

**DER SLAWISCHE GÜRTEL
UM DEUTSCHLAND**





Bild 1. Warschau. Schloßplatz in der Altstadt

M A X H O D A N N

**DER
SLAWISCHE GÜRTEL
UM DEUTSCHLAND**

**Polen, die Tschechoslowakei und
die deutschen Ostprobleme**

**Mit 64 Photographien, 19 Karten
und 2 Geschichtstafeln**

**UNIVERSITAS
Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft / Berlin**



908

3434 S

908(438 + 434): 324

ZBIORY SLASKIE

Akc V 508
Nr 6/64 C

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1932 by Universitas
Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin

Schutzumschlag von W. Born

Printed in Germany

Druck von P. Schmid & Co., Berlin

Inhalt

I. Teil. Die Nationalitätenfrage in der deutsch-slawischen Grenzzone

1. Was wissen wir von unseren slawischen Nachbarn	5
2. Grenzen und Sprachenwirrnis	9
3. Das nationale Problem in Osteuropa	16
4. Staatsvolk und Minderheit	20
5. „Pangermanismus“ und Slawentum	27
6. Der „Panslawismus“	33
7. Slawenziffern, Bevölkerungspolitik und Zivilisations- gefälle im Osten	37
8. Das Problem der Nationalitätenstatistik	47

II. Teil. Geschichte des polnischen Kulturkreises

9. Klassenkämpfe und Kultur im alten Polen bis 1772	58
10. Reformversuche und Verlust der staatlichen Selbstän- digkeit	66
11. Die polnische Emigration bis zum Aufstand von 1863 und zur Gründung der Internationalen Arbeiterasso- ciation (I. Internationale)	71
12. Kongreßpolen als russische Kolonie und der Beginn der kapitalistischen Entwicklung	76
13. Proletarische Bewegung in Polen	81
14. Posen und Pomerellen als preußische Kolonie	87
15. Galizien als österreichische Kolonie und die Wieder- gewinnung der staatlichen Selbständigkeit	104

III. Teil. Das neue Polen

16. Der Staat des polnischen Bürgertums	114
17. Das Ostjudentum	136
18. Westweißrußland als polnische Kolonie	158
19. Das ukrainische Volk bis zum Weltkrieg	167
20. Die Westukraine als polnische Kolonie	175

IV. Teil. Das Herrschaftsgebiet der Tschechen

21. Böhmisches Geschichte bis zum Konzil von Konstanz 1415	190
22. Hussitenkriege und Habsburger Gegenreformation	196
23. Die Tschechen im 19. Jahrhundert	201
24. Die Gründung des tschechischen Staates	205
25. Klassenkämpfe im neuen Staat	212
26. Die kulturellen Herrschaftsmittel des tschechischen Staates	218
27. Deutsche und Slowaken im neuen Staat	222
28. Magyaren und Ukrainer im neuen Staat	230
29. Die Arbeiterbewegung im Gebiet der Tschechoslowakei	236

V. Teil. Die deutsche Slawenpolitik

30. Die „Korridor“-Frage	247
31. Handelsfragen	258
32. Minderheitenfragen	265
33. Ostpreußen	275
34. Danzig	281
35. Oberschlesien	287

VI. Teil. Die internationalen Beziehungen

36. Polen und Tschechoslowakei im Militärsystem Frankreichs	295
37. Polen und Tschechoslowakei und die europäische Krise	302
38. Die Gegenkräfte	310

Sachregister	316
------------------------	-----

Geschichtstafeln	320
----------------------------	-----

Erster Teil

Die Nationalitätenfrage in der deutsch-slawischen Grenzzone

1. *Was wissen wir von unseren slawischen Nachbarn?*

„Will man gegen die anderen Nationen gerecht sein, so muß man ihre Probleme kennen; aber gerade in dieser Beziehung gibt es bei den Politikern und Staatsmännern in Europa wenig echte Kenntnis der Sprachen- und Nationalitätenfragen“.

Aus den Erfahrungen eines Lebens voll Kampf um die Anerkennung slawischen Kulturguts schrieb diese Worte der erste Präsident der tschechoslowakischen Republik, Thomas G. Masaryk, noch während des Weltkrieges, in seiner Schrift „Das neue Europa“. Soweit die Kenntnis des vorwiegend slawischen Osteuropa in Betracht kommt, wird man Masaryk gerade als Angehöriger der deutschen Sprachgemeinschaft zustimmen müssen. Denn obwohl Tschechen und Polen zu den unmittelbaren Nachbarn dieser deutschen Sprachgemeinschaft gehören, obwohl ihre Staaten mit keinem anderen Lande so lange gemeinsame Grenzen haben wie mit dem Deutschen Reich, ist doch die Kenntnis dessen, was jenseits dieser Grenzen sich vollzieht, innerhalb Deutschlands sehr gering.

Oder wissen Sie vielleicht, wieviel Einwohner die Polnische Republik hat? Ist Ihnen bekannt, an welche Staaten die Tschechoslowakei grenzt? Sind Sie sich darüber klar, daß es von Berlin bis an die polnische Grenze näher ist als bis nach Naumburg oder Rostock, daß die tschechische Grenze in vier Schnellzugstunden von Berlin aus erreichbar ist und die tschechische Hauptstadt von der deutschen nur zehn Eisenbahnkilometer weiter entfernt ist als Breslau, in der Luftlinie noch nicht einmal so weit wie dieses Handelszentrum des deutschen Südostens? Nun, beruhigen Sie sich: Ich habe eine Zeitlang viele Menschen in Deutschland, kluge,

gebildete, politisch interessierte Menschen der verschiedensten Gesellschaftsschichten, gefragt, ob sie über diese Verhältnisse Bescheid wüßten. Ich mußte wieder und wieder feststellen, daß von diesen einfachsten Voraussetzungen nachbarlicher Beziehungen so gut wie nichts bekannt war.

Dies ist um so bemerkenswerter, als allmählich doch die Erkenntnis breite Kreise in Deutschland ergreift, daß die sogenannten „Ostfragen“ in der Politik nicht nur Deutschlands, sondern Europas ständig an Bedeutung gewinnen. Die Folgerung aus dieser Erkenntnis, die östlichen und südöstlichen Nachbarn auch nur kennen, geschweige denn beurteilen zu lernen, ist daraus nur zum geringsten Teile bisher gezogen worden.

In einer Schrift des Alldeutschen Verbandes aus dem Jahre 1901 über die Polen im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbezirk heißt es auf der ersten Seite: „Die ‚Teilung‘ Polens: das ist ungefähr alles, was heutzutage das deutsche Volk von Polen und seiner Vergangenheit weiß“. Ergänzt man diese Feststellung nach nunmehr dreißig Jahren durch den Hinweis, daß zu dem Schlagwort der „Teilung“ auf Grund der Ereignisse der neueren Geschichte noch die Begriffe „Korridor“ und „Teilung Oberschlesiens“ hinzugekommen sind, so dürfte damit gewiß das Wesentliche dessen erschöpft sein, was im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit als „Kenntnis“ von dem Dreißigmillionenstaat jenseits der deutschen Ostgrenze lebendig ist. Noch im Jahre 1931 sagte mir ein sehr gebildeter Angehöriger der deutschen Kulturgemeinschaft in Danzig: „Wissen Sie, ich habe immer gedacht, Polak ist ein Schimpfwort. So wurde das wenigstens immer bei uns gebraucht. Das heißt ja „Pole“, weiter nichts, wie ich jetzt erfahren habe!“

Und was weiß man in Deutschland von den Tschechen? Kaum mehr als den Namen. Ein Zustand, der sein Spiegelbild auch da findet, wo man ihn vielleicht nicht erwartet: In den Kreisen der Wissenschaft.

Von vorurteilsloser Seite wird selbst aus Hochschulkreisen darauf hingewiesen, daß die wenigen deutschen Lehrkanzeln, an denen Kunde von slawischen Völkern gelehrt wird, sich fast ausschließlich mit Fragen der russischen Sprache und Geschichte befassen. In Breslau wird „auch die polnische Geschichte“ gepflegt. „Für die Geschichte eines wichtigen unmittelbaren Nachbarvolkes Deutschlands“ — eben Polens — „ist so in völlig unbefriedigender Weise — unbegreiflich genug! — gesorgt; für die Pflege der Geschichte der südslawischen Völker, wie auch der Tschechen, fehlt es fast völlig an einer offiziellen Fürsorge“. So klagten die deutschen Gelehrten H. F. Schmidt und Trautmann. Und weiter

heißt es in ihrer Schrift über Wesen und Aufgaben der deutschen Slawistik:

„In irgendeiner systematischen Weise erfährt also die deutsche Öffentlichkeit über die in kräftigem Geistesleben sich regende Welt der west- und südslawischen Völker, ihre heutige Kultur und ihre geschichtliche Entwicklung nichts oder fast gar nichts“.

Die Verfasser dieser berechtigten Klagen finden den herrschenden Zustand „unbegreiflich“. Aber im Grunde geben sie selbst an anderer Stelle indirekt eine Erklärung, die den angeblich unbegreiflichen Zustand doch einigermaßen begreiflich zu machen geeignet ist:

„Vorbedingung für den deutschen Forscher . . . ist freilich, daß er sich endgültig freimacht von der Vorstellung, daß sich deutsche Kultur und slawische Kulturlosigkeit wie Sonne und Schatten gegenüberstehen: nicht um den Gegensatz von Kultur und kulturellem Vakuum handelt es sich, sondern um die Wechselwirkung zweier verwandter, an eigenen Weiterbildungskräften reicher Kulturen“.

Es soll unter Hinweis auf die folgenden Belege für diese Behauptung schon hier betont werden, daß in der Art, wie in Deutschland Geschichte seit jeher unterrichtet wird, die höchst handgreifliche Erklärung dafür liegt, warum man hierzulande von den Slawen, selbst von den Deutschland unmittelbar benachbart wohnenden, nichts oder so gut wie nichts weiß. Die im deutschen politischen Einflußgebiet bis 1917/1918 herrschenden Kreise und deren deutschsprechende Bürokratie, also die Vertreter der deutschen und der habsburgischen Monarchie einschließlich der mit dieser verbündeten magyarischen *) Adels- und Finanzkreise hatten ein verständliches Interesse daran, das Slawentum innerhalb der von ihnen beherrschten Länder als möglichst belanglos erscheinen zu lassen. Systematisch wurde also, wo überhaupt von den Slawen — abgesehen vom russischen Zarenreich — die Rede war, die Ansicht verbreitet, daß die slawischen Völker nicht in der Lage seien, eigene staatenbildende Kräfte zu entfalten, ja, daß es sich bei ihnen um „minderwertige“ Völkerschaften handle. Diese Auffassung beherrscht auch heute noch weitgehend die Gehirne deutschsprachiger Nationalisten, für die feststeht: „Der Pole hat nun einmal nicht die Fähigkeit, zu organisieren und die technischen Errungenschaften der Neuzeit in der Weise zu verwerten, wie es der Deutsche vermag“. So wenigstens drückt diese Ansicht Walter John in einer deutschsprachigen Propagandaschrift aus.

Die politischen Voraussetzungen solcher Vorurteile, vor allem

*) Die Ungarn nennen sich selbst Magyaren (sprich Madjaren). Ihr Land heißt Magyarorszáq.

aber deren politische Wirkung auf Europa muß man kennenlernen, um die Entstehung gewisser ebenso vorurteilsvoller Ansichten auf slawischer Seite zu verstehen. Derartigen Vorurteilen gegenüber muß man Abstand bewahren, wenn man das Problem des Deutschland umgebenden Slawengürtels erfassen will. Dazu gehört zunächst die Erarbeitung trockener Tatsachen, deren Zusammenfassung dann vielleicht zu einem begründeten Urteil über die Summe dieser Europa beunruhigenden Fragen befähigen wird.

Die Tatsache, daß es sich in den fraglichen Ländern fast überall um nationale Mischgebiete handelt, nötigt uns, bei dieser Arbeit zunächst die Bedeutung des nationalen Faktors in der gesellschaftlichen Entwicklung zu erörtern. Das ist begreiflicherweise ein vorwiegend theoretisches Thema; wen das für den Anfang zu sehr ernüchtert, der überschlage den ersten Teil, beginne mit dem geschichtlichen zweiten Teil und lese jenen zuletzt. Wer sich indessen nicht scheut, gleich damit zu beginnen, bedenke noch folgendes: Nationale Fragen sind bisher fast nur von den unmittelbaren Interessenten behandelt worden, den Nationalisten. Diese Einseitigkeit soll hier vermieden werden. Daher kommen auf den folgenden Seiten in erster Linie die Internationalisten zu Wort. Man prüfe, ob das, was ihrem Kreise an Blickpunkten für das nationale Problem entstammt, nicht am Ende wirklichkeitsnäher und lebendiger ist als die nationale Gereiztheit, die uns bei allen Völkern in nur mäßig abgeändertem Gewande begegnet.

Da schließlich das Quellenmaterial für unseren Problemkreis, zum Teil in den in Deutschland vernachlässigten slawischen Sprachen, wenig bekannt und schwer erreichbar ist, wurde jedes Kapitel mit einem Literaturanhang versehen, der dem, der mehr wissen will, die notwendigen Anhaltspunkte gibt. Die im Text mit einer Zahl genannten Verfasser findet man jeweils in diesem Anhang, die Zahl gibt die Seitenzahl für das Zitat in dem dort genannten Werk an.

Literatur:

- B. Ischboldin, Der wirtschaftliche Neopanslawismus und seine Bedeutung für Deutschland. Weltwirtschaftl. Archiv, Kiel 1931, XXXIII, Teil I Abhandl. 574 ff., vor allem S. 589.
- W. John, Was aus dem deutschen Westpreußen geworden ist. Deutsche Flugschriften. Sammlung „Der polnische Korridor“, 1925 (?), S. 31.
- S. Kawerau, Denkschrift über die deutschen Geschichts- und Lesebücher, vor allem seit 1923. Berlin 1927, bes. S. 25 f.
- S. Kawerau, Die deutsch-polnische Frage im Spiegel der deutschen Geschichtsbücher. Flugschrift Deutsche Liga f. Menschenrechte. Berlin 1931.
- Masaryk, Das neue Europa. Der slawische Standpunkt. Deutsch v. Saudek. Berlin 1922, S. 54.

Die Polen im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbezirk. Hgg. v. Gau
Ruhr und Lippe des Alldeut. Verbandes, München 1901.
H. F. Schmidt u. R. Trautmann, Wesen und Aufgaben der deutschen Slawistik. Sächs. Forschungsinstitut der Univers. Leipzig, Slav.-Baltische
Quellen, Heft 1, Leipzig 1927, S. 17, 23, 65.

2. Grenzen und Sprachenwirrnis

Man findet, daß im Durchschnitt nur wenige Menschen eine klare Vorstellung von den geographischen Beziehungen haben, die auf Grund der Friedensverträge von 1919 in Europa geschaffen worden sind. Diese Beziehungen aber bilden in hohem Maße die Grundlage für das Verständnis der wirtschaftlichen, politischen, nationalen und kulturellen Fragen, die sich zwischen Deutschland und den slawischen Nachbarländern ergeben. Ein Blick auf die Karte der politischen Grenzen des Deutschen Reiches gegen Osten und Südosten genügt, um uns davon zu überzeugen (Karte 1), wie lang die Berührungslinie ist, die das deutsche Staatsgebiet mit slawisch geleiteten Staaten hat. Daraus allein schon ergibt sich die Tragweite des Problems der gegenseitigen Beziehungen.

Die Landgrenzen des Deutschen Reiches — also unter Abrechnung der Nord- und Ostseeküste — betragen 6383,5 km. Davon entfallen auf die Republik Polen (im folgenden mit RP bezeichnet) 1846,2 und auf die Tschedo-Slowakische Republik (im folgenden mit ČSR bezeichnet) 1528,2 km, zusammen also auf die angrenzenden slawischen Staaten 3374,4 km, demnach mehr als die Hälfte der deutschen Land-Zollgrenze überhaupt.

Rechnen wir noch die Grenzen der deutschsprachigen Republik Oesterreich mit slawischen Staaten, in diesem Falle auch mit Südslawien, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen*), hinzu, so erweitert sich die Berührungszone zwischen deutschen und slawischen Gebieten noch erheblich.

Weiter ist beachtlich, daß die Entfernungen der Hauptstädte der fraglichen Länder voneinander in jedem Einzelfall geringer sind als die großen Entfernungen innerhalb der betreffenden Länder:

*) Man verwechsle nicht Slowenen mit Slowaken. Die Slowenen sind ein südslawisches Volk, das am Oberlauf der Draue und Sawe, um Laibach, wohnt, während die Slowaken Staatsbürger der Tschechoslowakei geworden sind, mit der sie durch die Abtrennung der slowakischen Gebiete von Ungarn im Frieden von Trianon vereinigt wurden. Sie wohnen im karpathischen Bergland zwischen Tatra und Donauebene.



Karte 1

- Landesgrenzen
 ■ Grenze zwischen Deutschland und slawischen Staaten
 ▨ Grenze zwischen den anderen deutschen Staaten und slawischen Staaten
 C.S.R. Tschesko-Slovenska Republika (Tschechoslowakei)
 R.P. Rzeczpospolita Polska (Republik Polen)
 S.H.S. Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Südslowakei)

Deutsche Landesgrenzen: 6383,5 km. Davon an Polen 1846,2 und an die Tschechoslowakei 1528,2, zusammen 3374,4 km. Also mehr als die Hälfte der deutschen Landgrenzen berührt slawische Staaten.

Berlin—poln. Grenze . . .	188 km	
Grenze—Poznań (Posen) . .	74 „	
Posen—Warschau (Warschau)	304 „	also Berlin—Warschau. . . 566 km
dagegen		etwa Kraków—Wilno . . 776 „
oder		
Berlin—tschech. Grenze . .	221 km	
Grenze—Prag (Prag) . . .	130 „	also Berlin—Prag . . . 351 km
dagegen		Berlin—Hof—München . . 652,5 „
oder schließlich		
Wien—Prag	340 km	
dagegen		Wien—Innsbruck . . . 567 km
		Prag—Košice (Kaschau) . 717 „
sogar		Prag—Bratislava (Preßburg, Hauptstadt der Slowakei) 399 „



Karte 2

- Staatsgrenzen
- o-o-o Nordgrenze der Sowjet-Ukraine
- - - Sprachgrenzen
- - - - - Frühere Grenze zwischen Ungarn und den österreichischen Kronländern, jetzt zwischen „Slowakei“ und Mähren-Tschechisch-Schlesien
- U.S.S.R. Ukrainische sozialistische Sowjet-Republik
- Deutsche in der ČSR
- Polen in der ČSR (Gebiet von Teschen [Č. Tešín]) und in Deutschland: O. S.—Oberschlesien. Mas.—Masuren
- Litauer in Polen
- Weißrussen in Polen
- Ukrainer in Polen, in der ČSR (Podkarpatska Rus) und Rumänien (Bessarabien)
- Magyaren in der ČSR
- U. Užhorod, Hauptstadt der Podkarpatska Rus
- „Lausitzer Serben“ oder Wenden in Deutschland

Deutsche in Polen vgl. Karte 17.

Sprachgrenzen nach Lubor Niederle, La race slave, 1916 ergänzt durch Maschatschek, Tschechoslowakei, 1928.

Soviel zunächst über die örtlichen Beziehungen, die sich aus dem Kartenbilde ergeben. Diese örtlichen Beziehungen werden in ihrer Bedeutung gesteigert durch die Tatsache, daß diesseits wie jenseits der Staatsgrenzen jeweils Angehörige der im benachbarten Staate vorherrschenden Nationalität wohnen. Die politischen Grenzen stimmen also keineswegs mit den Sprachgrenzen überein, wie es, wenigstens vorwiegend, im Westen Europas zu sein pflegt.

Vielmehr überschneiden sich politische Grenzen und national-kulturelle Einflußgebiete im fraglichen Raum fast überall sehr erheblich (Karte 2).

Um so weniger versteht man die Torheit, die darin zum Ausdruck kommt, daß die nebeneinander und durcheinander siedelnden Angehörigen der verschiedenen Sprachgemeinschaften im Grunde nichts, jedenfalls nicht viel voneinander wissen.

Im Gegenteil: Ein Besuch der Grenzgebiete vermittelt einem vielfach den Eindruck, als wolle man dort geradezu nichts voneinander wissen. Wer etwa oberflächlich die deutsche Grenzmark, also die bei Preußen gebliebenen Reste der früheren Provinzen Posen und Westpreußen bereist, ebenso, wer das zu Deutschland gehörende schlesische Gebiet östlich von Oppeln durchfährt, wird äußerlich im Bilde der Städte und Dörfer schwerlich merken, daß er sich in einem Landstrich befindet, in dem ein großer Teil der Bevölkerung polnisch als Muttersprache spricht. Meist findet man polnische Inschriften ausschließlich auf den Grabsteinen der Kirchhöfe oder auf den Vereinsfahnen in den katholischen Kirchen.

Bild 2
Seite 16

Die deutsche Bevölkerung in den sprachlichen Mischgebieten hat auf Grund der offiziellen Politik, die von den preußischen Regierungen seit der Teilung des alten Polen im Jahre 1772 gefördert wurde, es zumeist „für unter ihrer Würde“ gehalten, sich mit der polnischen Sprache zu befassen. Genau so, wie die Deutschen in Böhmen zur Zeit der Habsburger-Herrschaft, also bis 1918, nur selten tschechisch lernten und damit der Mehrheit der Bevölkerung verständnislos gegenüberstanden. Bis 1918 mag das töricht, aber immerhin verständlich gewesen sein. Wenn aber, nach dem Wiedererstehen des polnischen Staates, beispielsweise die deutschen Bewohner des Freistaats Danzig, der laut Friedensvertrag dem polnischen Zollgebiet eingegliedert, demnach auf engste wirtschaftliche Beziehungen mit seinem polnischen Hinterland angewiesen ist, auch heute noch nur in den seltensten Fällen polnisch verstehen oder lernen, so ist das nur schwer verständlich. Denn ein solches Verhalten wird sich auf die Dauer nur gegen die Deutschen auswirken. Genau so, wie die zwei Sprachen beherrschenden Tschechen im alten Böhmen im Vorteil waren vor den nur deutsch sprechenden Deutschen.

Ein solches engstirniges Verhalten dem Sprachgut des Nachbarn gegenüber erzeugt gewöhnlich bei diesem wiederum Opposition: Was die deutsche „Ostmarkenpolitik“ vor dem Kriege in täppischer Weise gegen die Polen unternahm, vergilt heute der polnische Westmarkenverein in den polnisch gewordenen Gebieten der Woje-

wodschaften*) Posen und Pomerellen. Vor dem großen Kriege war das äußerlich ein deutsches Gebiet. Heute ist es äußerlich ein polnisches Gebiet. Diesseits der Grenze deutsche Anschriften und deutsche Zeitungen, trotz erheblicher polnischer Bevölkerung, jenseits der Grenze polnische Anschriften und polnische Zeitungen, trotz immer noch erheblicher deutscher Bevölkerung. Künstlich wird der Charakter des sprachlichen und kulturellen Mischgebietes zu verdecken gesucht. Ähnlich in Prag. Keine deutsche Aufschrift ist zugelassen, obschon jeder vierte Staatsbürger der ČSR deutsch als Muttersprache spricht und gut jeder zweite Tscheche in Prag deutsch versteht und spricht. Mit einer Ausnahme gilt das freilich. Diese Ausnahme aber ist in ihrer grundsätzlichen Bedeutung wesentlich genug: Zur Messezeit ist deutschsprachige Reklame zugelassen. Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit durchbricht das nationale Prestige.

Leider vorläufig noch viel zu selten. So selten, daß die größten Verkehrsbehinderungen aus dem auf die Spitze getriebenen nationalen Geltungstrieb erwachsen. Auf dem großen deutschen Grenzbahnhof Ratibor in Oberschlesien, 25 Eisenbahnkilometer von der tschechischen, 18 Eisenbahnkilometer von der polnischen Grenzstation und gute 5 km vom polnischen Straßenzollhaus, war es mir unmöglich, aus den aushängenden Fahrplänen festzustellen, welche Zuganschlüsse man nach dem knapp 50 km entfernten Beskiden-Gebirge benützen kann. Sonderzuganpreisungen zum Besuch des 150 km entfernten deutschen Glatzer Gebirges waren da. Auch konnte man sich über den Zugverkehr in Ostfriesland und in der bayerischen Pfalz in aller Ausführlichkeit unterrichten. Aber kein Aushang der polnischen oder tschechischen Staatsbahnen existierte. Nicht einmal die polnischen Fahrpläne für den abgetretenen Teil Oberschlesiens. Etwas besser ist es in Gleiwitz, wo man wenigstens die Pläne bis Katowice (Kattowitz) und Kraków (Krakau) findet. In Kattowitz selbst dagegen, auf polnischer Seite, fehlen bereits wieder die deutschen Pläne (Entfernung 28 km in dicht besiedeltem Industriegebiet!). Besonders sinnreich erschien mir eine Einrichtung in der ČSR: In Břeclava (Lundenburg), 84 km von Wien, auf der großen Durchgangsstrecke von der österreichischen Hauptstadt über Prag nach Deutschland, findet man auf dem Bahnhof alle Angaben in tschechischer und — französischer Sprache. Kein deutsches Wort. Ich machte mir eines Nachts das Vergnügen, die Beamten französisch anzureden, worauf sie mich, etwas hilflos, in bestem österreichischen Akzent fragten: „Verzeihn's, sprechen der

*) Polnische Verwaltungseinheit, die unseren Provinzen entspricht.

Herr net vielleicht deutsch?“ Allerdings ist es gelegentlich auch unter den Slawen selbst nicht besser. An einem Uebergang über die polnisch-tschechische Grenze in den Ostkarpathen war es zum Beispiel im halbamtlichen Reisebüro in einem polnischen Kurort des Prut-Tals nicht möglich, etwas Genaueres über die Verkehrsverbindungen jenseits der Grenze zu erfahren, noch auch nur eine Fahrkarte in die Tschechoslowakei zu bekommen. Man konnte bis zur Grenze lösen, wo man dann, infolge der trostlosen Zug-„anschlüsse“ reichlich Zeit hat, zu schauen, wie man weiterkommt.

Man versteht: Es handelt sich keineswegs um die politischen Grenzlinien allein. Es handelt sich um die nationalen Eifersüchteleien, die diesseits und jenseits der Grenzen ausgefochten werden ohne Rücksicht auf Verkehrszweckmäßigkeiten, geographische Beziehungen und national gemischte Siedlungsgebiete. Und damit ergibt sich das eigentliche Problem, um das es sich für die diesseits der deutsch-slawischen Grenzen wohnenden Menschen genau so handelt wie für die jenseits wohnenden.

Die nationale Voreingenommenheit ist nicht nur ein Hindernis für das gegenseitige Verständnis, nein, was viel bemerkenswerter ist, weil handgreiflicher, sie ist eine verkehrstechnische Unzweckmäßigkeit höchsten Grades. Das steht fest. Weiter steht fest, daß gerade in Gebieten mit national gemischter Bevölkerung solche Unzweckmäßigkeiten in ihrer Widersinnigkeit noch viel fühlbarer werden als da, wo wenigstens eine politische mit der Sprachgrenze einigermaßen zusammenfällt. Denn seitens der regierenden Schicht der in dem betreffenden Staate überwiegenden Nationalität, mag es sich dabei um Polen, Deutsche oder Tschechen handeln, wird bis heute angestrebt, ihren Nationalcharakter auch in den Mischgebieten in beherrschender Weise zum Ausdruck zu bringen. Woraus sich zwangsläufig ergibt, daß die nicht dieser vorherrschenden Nationalität, dem sogenannten „Staatsvolk“ angehörenden Bürger mehr oder weniger behindert oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt werden.

Damit stoßen wir auf die Frage, die seit den Friedensverhandlungen von 1919 nicht mehr aus den Erörterungen der europäischen Oeffentlichkeit verschwunden ist, obschon sie keineswegs etwa durch die Friedensverträge hervorgerufen wurde. Es handelt sich um den Kampf der jeweiligen nationalen Minderheit um Gleichberechtigung mit den Angehörigen des Mehrheitsvolkes. Die bloße, vorläufig nur angedeutete Tatsache, daß in der ČSR, neben der „Staatsnation“ der Tschechen und Slowaken, nach der Zählung von 1921 8,39 Millionen, Deutsche, Magyaren und Ukrainer in einer Zahl von ungefähr 5 Millionen leben, die weitere Tatsache, daß sich

in der RP das polnische „Staatsvolk“ zu den anderssprachigen Minderheiten, nämlich Ukrainern, Weißrussen, Litauern, Deutschen und Juden etwa wie 70 zu 30 auf 100 verhält, besagt genug. Aber auch in den deutschen Ostprovinzen lebt eine erhebliche polnisch sprechende Minderheit, vor allem in Deutsch-Oberschlesien und im masurischen Teil von Ostpreußen, wohl über eine Million, ferner gibt es tschechische Bevölkerungssplitter in Schlesien und die ebenfalls slawisch sprechenden Lausitzer Serben (Lužičtí Srbové) in Preußen und Sachsen, die in Deutschland gewöhnlich als „Wenden“ bezeichnet werden.

Die Probleme dieser nationalen Minderheiten werden in der bisherigen sogenannten Minderheitenliteratur vorwiegend von nationalen, um nicht zu sagen nationalistischen Gesichtspunkten behandelt, also mehr oder weniger einseitig im Interesse der Nationalität des betreffenden Schriftstellers. Die sozial entscheidende Frage aber wird kaum erwähnt. Fast keine dieser Minderheiten nämlich bildet in sich eine wirkliche Einheit. Ebenso wenig wie „das polnische“ oder „das deutsche“ Volk eine Einheit ist. Vielmehr gehen die Klassenschichtungen der modernen Gesellschaft wie durch die großen Volkskörper, so auch quer durch die nationalen Gruppen der Minderheiten hindurch. Es ergibt sich aus dieser Erscheinung die neue Frage, was auf die Dauer von stärkerem Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Gruppenbildung auch in den Nationalitätenstaaten der RP und der ČSR sein wird:

Die nationale oder die ökonomische Gruppierung ihrer Bewohner.

Literatur:

K. Keller, Die fremdsprachige Bevölkerung im Freistaate Preußen, Zeitschr. d. Preuß. Statist. Landesamts LXVI, 1926, S. 144 ff.

Lubor Niederlé, La race slave, Paris 1916.

Magyarország néprajzi térképe. Tervezte Cholnoky Jenő. Az 1900 évi népszámlálás szerint.

Machatschek, Tschechoslowakei, Berlin 1928, Nationalitätenkarte S. 27.

Mitteilungen des Statistischen Staatsamts in Prag, XII, 1931, Heft 5 bis 9.

Polen, Entwicklung und gegenwärtiger Zustand, Bern 1918, S. 120: Ansiedlungskarte der polnischen Bevölkerung auf dem historischen Boden Polens.

Putzger, Historischer Schulatlas, Karte 29: Völkerkarte von Mittel- und Südeuropa 1 : 15 000 000, Bielefeld-Leipzig, 28. Aufl. 1904.

Jakob Spett, Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des Deutschen Reiches, 1 : 5 000 000, Perthes, Gotha, Vorkriegszeit.

Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1929 S. 1.

Wąsowicz, Polska: Narodowości Rzeczypospolitej, 1 : 850 000.

3. Das nationale Problem in Osteuropa

Immerhin scheint das nationale Problem für jeden unbedingt im Vordergrund zu stehen, der sich mit den Angelegenheiten der in Mitteleuropa und Osteuropa nach dem großen Kriege entstandenen Staaten zu beschäftigen beginnt. Das nötigt vor einer Erörterung von Einzelheiten zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Frage, welche Rolle die nationalen Triebkräfte eigentlich in der Geschichte spielen.

Das Bedürfnis nach „nationaler“ Politik bestand in der Form, in der es heute den meisten Politikern selbstverständlich zu sein pflegt, keineswegs immer. Dieses Bedürfnis ist das Erzeugnis einer ganz bestimmten wirtschaftsgeschichtlichen Voraussetzung. Es entstand, als der Feudalismus, die Klassenherrschaft des Adels und der Geistlichkeit, abgelöst wurde durch das bürgerliche Zeitalter. Die werdende kapitalistische Gesellschaftsordnung fand ihren Klassenausdruck in der Herrschaft des dritten Standes der großen französischen Revolution, in der Herrschaft des Bürgertums.

„Im achtzehnten Jahrhundert wurden die Völker noch behandelt wie die Schafherden. Die Dynasten waren nicht bloß ihre Hirten, sondern auch ihre Besitzer. Die Völker konnten von diesen verkauft werden, verpfändet, vererbt, als Mitgift abgegeben. Meistens aber wurden sie durch Gewalt genommen“ (Kautsky).

In dem Maße aber, in dem der Feudalismus liquidiert wurde, meldete sich der Wille der nunmehr zur Herrschaft gelangten Bürgerklasse nach Festigung „ihrer“ Staaten auf „nationaler“ Grundlage. Die nationalen „Einheitsstaaten“ entstanden. Sie entstanden gemäß den Bedürfnissen der Vereinheitlichung der Marktwirtschaft: England, Frankreich, Deutschland, Italien. In diesen Staaten ergab sich als Folge des politisch-wirtschaftlichen Geschehens eine anscheinend ganz klare Begriffsbestimmung für das, was unter „national“ und „Nationalität“ zu verstehen sei. Im großen ganzen galt und gilt eben ein Inhaber der britischen Staatsangehörigkeit als „Brite“, als Bürger britischer „Nationalität“. So entsprechend in Frankreich, in Deutschland, in Italien. Ob schon zweifellos auch hier schon in manchem Falle eine Unstimmigkeit empfunden werden mag: Es bleibt fraglich, ob die „Nationalität“ eines französischen Staatsangehörigen baskischer oder bretonischer Sprache „französisch“ oder eben baskisch bzw. bretonisch ist. Ebenso steht es um die Bewohner des Hochlandes von Wales in England, um die Lausitzer Sorben, die Polen, die Dänen in Deutschland, um

zu Bild 3: Die vielen „Panje“-Fuhrwerke sind typisch für die Markttagc östlicher Städte, auch in deutschen Städten.



Bild 2. Friedhof in Bomst (Grenzmark)



Bild 5. Olmütz—Olomouc, Wilsonplatz (s. nebenst. Anm.)

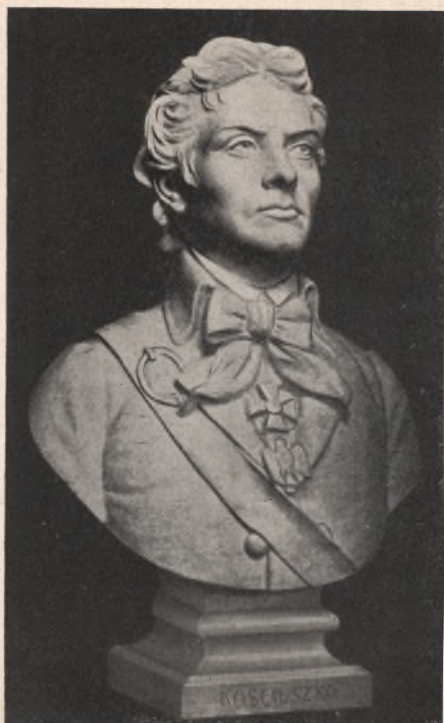


Bild 4.
Kościuszko (Büste von Brodzki)

Bild 5.
Lemberg. Hetmans-Wall
(s. nebenst. Anm.)



die Südtiroler in Italien. Die überwiegende Mehrheit der Bewohner im Gebiet dieser Nationalstaaten der siegreichen Maschinenwirtschaft aber ist dennoch von einheitlicher Nationalität.

Ganz anders verlief der geschichtliche Werdegang in Ost- und Südosteuropa. Hier wurde der Fendalismus vielfach noch gar nicht, jedenfalls nirgends in dem Maße überwunden wie im Westen; schon Deutschland bildet einen Uebergang in dieser Reihe staatlicher Gebilde. Es entstanden auf feudaler Grundlage Staaten, in denen mehrere Nationalitäten unter Führung einer herrschenden Nation vereinigt wurden, Nationalitätenstaaten wie Oesterreich unter der Herrschaft der Deutschen, Ungarn unter der Herrschaft der Magyaren, Rußland unter der Herrschaft der adligen, Militär und Bürokratie stellenden oder wenigstens beherrschenden Schicht der Großrussen. Die jeweils führende Nation gewann und behielt ihre Vormachtstellung, weil sie sich am frühesten die Elemente der kapitalistischen Wirtschaft zunutze machte. Die werdende Industrie stand unter ihrer Leitung.

Der Gegensatz von „Staatsvolk“ und „Minderheit“ wurde um so fühlbarer, je mehr der Kapitalismus auch das Siedlungsgebiet der Minderheiten eroberte, das heißt, sobald als Folge der Wirtschaftsumwälzung mit ihrem Verkehrsausbau, ihrer Großstadtbildung auch in den bisher unentwickelten Nationen eine Bürgerklasse mitverdienen wollte. Die „nationalen Gefühle“ erwachen, aber, wie Stalin schon 1913 zeigte,

„die zum selbständigen Leben erwachten Nationen schließen sich nicht mehr zu unabhängigen Staaten zusammen; sie stoßen auf ihrem Wege auf einen stärkeren Widerstand der führenden Schichten der herrschenden Nationen, die schon lange an der Spitze des Staates stehen. Sie sind zu spät gekommen! . . . So haben sich die Tschechen, Polen usw. in Oesterreich zu Nationen zusammengeschlossen; die Kroaten, Rumänen und andere in Ungarn; die Letten, Litauer, Ukrainer, Polen, Armenier und andere in Rußland“.

Im Westen Europas ist ein solcher Prozeß nur den Briten im Unabhängigkeitskampfe der Iren („Home rule“) bekanntgeworden. Im Westen bildete Irland eine Ausnahme. Im Osten und Südosten war diese nationale Zerklüftung innerhalb umfassender Staatsgebiete die Regel. Der westliche Nationalitätsbegriff erwies sich hier als unanwendbar. Angesichts dieser Erkenntnis ist versucht worden, den Begriff der Nationalität zu verfeinern. R. Sieger hat vorgeschlagen, „Kulturelle Nation“, „Politische Nation“ und „Staatsnation“ zu unterscheiden. Unter kultureller Nation versteht er die vorwiegend sprachliche Kulturgemeinschaft, unter politischer Nation die Gesamtheit der Staatsbürger ohne Rücksicht auf

zu Bild 5: In der Mitte Standbild des Königs Jan Sobieski. Im Hintergrund das städtische Theater.

ihre sprachlich-kulturelle Gliederung, und unter Staatsnation das innerhalb dieser politischen Nation im Mehrvölkerstaat herrschende „Staatsvolk“.

Was aber ist schon mit solcher Begriffszerspaltung gewonnen? Im Grunde gar nichts. Denn über die eigenartigen Beziehungen der national-kulturellen Gruppen in den Mehrvölkerstaaten erfahren wir damit nichts. Um das Zugehörigkeitsgefühl des einen oder anderen Staatsbürgers, um die Bedingtheit dieses Zugehörigkeitsgefühls geht es, zumal dabei sehr leicht verletzliche Gefühle lebendig werden, um so stärker, je gereizter der Nationalitätenstreit sich offenbart. Der deutschsprechende Einwohner von Reichenberg in der ČSR ist gemeinhin wenig erbaut, wenn ihn jemand auf Grund seiner tschedoslowakischen Staatsangehörigkeit als „Tschechen“ anspricht oder seine Post nach „Liberec“ adressiert (das ist der tschedische Name der Stadt Reichenberg — sprich Liberez). Gewiß ist er tschedoslowakischer Staatsbürger, von „Nationalität“ aber Deutscher, und Reichenberg ist eine deutsche Stadt. Er unterscheidet daher sehr genau zwischen „Deutschen“, zu denen er zählt, und „Reichsdeutschen“ — Staatsangehörigen des Deutschen Reiches —, zu denen er nicht gehört; eine Unterscheidung, die im politischen Deutschland vielfach zunächst gar nicht verstanden wird. Der irgendwie führende, intellektuelle Ukrainer in Ostgalizien ist im allgemeinen sehr unangenehm berührt, wenn man ihn in der „Staatsprache“ — auf polnisch — anspricht. Russisch läßt er sich schon gefallen; er antwortet — als alter „Oesterreicher“ —: deutsch.

Was ist nun die Ursache dieser Empfindlichkeiten im nationalen Streit? Und wer ist des Streites wesentlicher Träger? Diese Frage beantwortet uns keine noch so ausgetüftelte Begriffsbestimmung dessen, was „national“ ist. Erinnern wir uns, daß jede bekannte Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Nun denn: Der Nationalitätenstreit entbrennt oder entbrannte gar nicht zwischen den „Nationen“ als solchen, sondern zwischen den Vertretern ganz bestimmter Klassen dieser Nationen. Die herrschende Klasse der unterdrückten Nation sucht sich entsprechend dem steigenden Einfluß der kapitalistischen Wirtschaft zur Geltung zu bringen gegen die des Staatsvolkes, die früher auf dem Plan war, und die es rechtzeitig verstanden hatte, die Bürokratie, den Staatsapparat, in ihre Hand zu bringen. Für das Bürgertum des Staatsvolkes ist ein selbständig vorgehendes „national bewußtes“ Bürgertum der Minderheiten eine lästige Konkurrenz. Mit Hilfe des Staatsapparats sucht das im Sattel sitzende Bürgertum den aufkommenden Konkurrenten in seiner Entwicklung hintanzu-

halten — es gibt Konzessionsverweigerungen, Kämpfe um den Gebrauch der „Staatsprache“, die die herrschende bürgerliche Klasse als Unterdrückungsinstrument benutzt, es gibt einseitige, zuungunsten der Minderheiten wirkende Gesetzesauslegung auf dem Gebiet der Schul- und Kirchenpolitik, es gibt eine nur den Interessen des Mehrheitsvolkes dienende Wahlkreiseinteilung, kurz: Die Kampfmittel gewinnen sehr rasch politischen Charakter und — — das Bürgertum der unterdrückten Minderheit sieht sich nach Bundesgenossen um. Wo findet sie welche? Sie wendet sich an die „nationalen Genossen“, die „Landsleute“, an „ihr“ Volk, also an die unterdrückte Klasse der Minderheit. Die „nationale“ Bewegung kommt in Gang. Nicht nur aus psychologischen Gründen belebt, obwohl diese sehr erhebliche Bedeutung haben. So berichtet Robert Coester, der frühere preußische Landrat in Jarotschin (Preußisch-Polen) in seiner Schrift über die Loslösung Posens von Deutschland eine sehr bezeichnende Szene. Als der damalige Minister Ernst, Mitglied der deutschen sozialdemokratischen Partei, einen polnischen Soldaten im Posenschen ansprach, der deutsche Arbeiter müsse ihm doch näher stehen als der polnische Magnat*), antwortete jener prompt: „Aber der Magnat spricht polnisch!“

Hinter den psychologischen Erscheinungen aber stehen tiefere Ursachen für die Einordnung auch proletarischen Schichten in diesen Kampf ihres Bürgertums mit der herrschenden Klasse des Staatsvolkes um den Markt und um die Macht. Und diese tieferen Ursachen sind wiederum ökonomischer Natur. Die Durchschlagskraft einer nationalen Bewegung hängt davon ab, in welchem Maße sie die Bauern und Arbeiter, die breiten Massen der Werktätigen, erfaßt. Wovon aber hängt ab, wie weit das gelingt und wie lange das gelingt?

Literatur:

- R. Coester, Die Loslösung Posens. Berlin 1921 S. 15.
 K. Kautsky, Noch einige Bemerkungen über nationale Triebkräfte. Neue Zeit XXXIV, 1916, I. S. 707.
 Wassil Paneiko, Sedinjeni djeršawi sschidnoi jewropi, Galitschina i Ukraina ssuproti Pol'schtschi i Rossii. Wien 1922.
 R. Sieger, Zur politisch-geographischen Terminologie. Zeitschr. für Erdkunde, Berlin 1917.
 J. Stalin, Die nationale Bewegung, deutscher Auszug aus „Marxismus und nationale Frage“ 1913 in Roter Aufbau IV vom 15. Juli 1931 S. 494 ff.
 J. Stalin, Die nationale Frage und die Sozialdemokratie, russ., 1913, Proswjeschtschenija Nr. 3 bis 5.
 Leon Wasilewski, Sprawy narodowościowe w teorii i w życiu, Warszawa 1929.

*) Großgrundbesitzer; polnisch wird der Landadlige als „szlachcic“ = Schlachziz, die Klasse als szlachta bezeichnet.

4. Staatsvolk und Minderheit

Die Bindung bäuerlicher und industrieller Proletarierschichten an die nationale Politik der bürgerlichen Klasse gelingt soweit und solange, wie eine wirkliche oder vermeintliche Interessengleichheit für die verschiedenen sozialen Klassen einer Sprachgemeinschaft besteht. Die „nationale Bewegung“ bleibt Interessentenpolitik des Bürgertums. Aber auch ohne direkte nationalistisch gefärbte Werbearbeit der bürgerlichen Interessenten zieht diese Bewegung die arbeitenden Massen in Mitleidenschaft. Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer hat in seinem Buche „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ schon 1907 betont, daß die „herrschenden Ideen jeder Zeit die Ideen der herrschenden Klassen“ sind.

„Auch das Proletariat kann sich der Macht der nationalen Ideologie des Bürgertums nicht entziehen. Diese Tatsache wissen die bürgerlichen Parteien auszunützen. Sie verstehen es, die durch den bürgerlichen Nationalismus bestimmten Teile des Proletariats vom Klassenkampfe fernzuhalten“ (Ausg. 1924, S. 566).

Es sind nämlich sehr fühlbare Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, an denen der Proletarier in einer Zone des Nationalitätenstreites im bürgerlichen Staat die Tragweite des „Nationalen“ erfährt:

„Kleinbürger, Bauern, Arbeiter stehen in jedem Staate, auch im Nationalstaate unter Fremdherrschaft, werden ausgebeutet von Gutsherren, Kapitalisten, Bureaukraten. Aber diese Fremdherrschaft läßt sich verhüllen, sie ist nicht anschaulich, sondern sie muß begriffen werden. Die nationale Fremdherrschaft dagegen ist anschaulich, unmittelbar sichtbar. Wenn der Arbeiter in ein Amt kommt, wenn er vor einem Gerichte steht, so begreift er nicht, daß es eine fremde Macht ist, die ihn durch den Beamten, durch den Richter beherrscht: denn der Beamte und Richter gibt sich ja als Organ seiner Nation. Gehört aber der Beamte und Richter einer andern Nation an, spricht er eine fremde Sprache, so wird die Tatsache der Unterwerfung der Volksmasse unter fremde Mächte unverhüllt sichtbar und dadurch unerträglich... Das ist die große Bedeutung der Fremdherrschaft, daß sie alle Ausbeutung und Unterdrückung, die sonst begriffen werden will, unmittelbar anschaulich, sichtbar und dadurch unerträglich macht“ (ebenda S. 175/176).

Kein Wunder, daß es gerade ein Vertreter der österreichischen Arbeiterbewegung war, der zum erstenmal in einer umfassenden Schrift den Versuch machte, das nationale Problem von marxistischen Klassengesichtspunkten aus zu erfassen. Oesterreich und Rußland waren die großen Nationalitätenstaaten, die auf dem Wiener Kongreß 1815 die Form erhalten hatten, in der sie hundert Jahre lang der europäischen Welt die handgreiflichsten Beispiele für innerstaatliche nationale Auseinandersetzungen geliefert haben.

Wie denn auch diese beiden Staaten nicht nur den wesentlichen Gebietsanteil für die RP und die ČSR beisteuerten, sondern diesen neuen Republiken der Nachkriegszeit gleichzeitig die Erbschaft des innerstaatlichen Nationalitätenhaders übertrugen. Die österreichische Sozialdemokratie war also genötigt, die nationale Frage viel eingehender zu studieren, als Kreise der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Das gleiche traf zu für die sozialistische Bewegung in Rußland, die als Antwort der Unterdrückten auf den erstarkenden Kapitalismus entstanden war.

In Oesterreich war es meistens der deutsch-tschechische Gegensatz, der die nationalen Auseinandersetzungen hervorrief; im Zarenreich der russisch-polnische und der russisch-ukrainische. Es ist für das Verständnis der in der RP und ČSR heute akuten Fragen nicht unwesentlich, daß die nationalen Reibungsflächen der beiden alten Staaten Oesterreich und Rußland im Grunde unverändert in den Nachfolgestaaten erhalten blieben. Damit wird die geschichtliche Beziehung bedeutsam, die sich aus der Tatsache ergibt, daß die erste große Diskussion gegensätzlicher Meinungen über die Stellung bestimmter proletarischer Gruppen zur Nationalitätenfrage die Polenfrage betraf, mit anderen Worten, die Stellung des Proletariats zu den nationalen Bestrebungen, die auf Wiederaufrichtung eines unabhängigen polnischen Staatswesens abzielten. In der „Neuen Zeit“, dem damaligen wissenschaftlichen Organ der deutschen Sozialdemokratie, traten 1895/1896 als Wortführer an: Rosa Luxemburg, die 1919 von deutschen Gegenrevolutionären ermordete Führerin des Internationalismus, und S. Häcker, gegenwärtig Leiter des sozialdemokratischen Parteiorgans Naprzód (Vorwärts) in Krakau, und Führer der 1892 gegründeten Polska Partya Socyalistyczna („P. P. S.“).

In Oesterreich spielte die Nationalitätenfrage in den Programmdebatten des Hainfelder sozialdemokratischen Parteitages Neujahr 1889 eine entscheidende Rolle. Die Verständigung über den organisatorischen Ausgleich zwischen den deutschen, tschechischen, polnischen, magyarischen, südslawischen und italienischen Arbeitern brachte das Nationalitätenprogramm auf dem Parteitag in Brünn 1899. Und wiederum war es die Polenfrage, die 1903 Lenin zu seinen grundsätzlichen Äußerungen über Nationalität und Proletariat in der Zeitschrift Iskra (Funke, No. 33 und 44/1903) veranlaßte.

Erst während des Weltkrieges gelang es, die nationalpolitische Diskussion über den Kreis der auf russischem und österreichischem Boden erwachsenen proletarischen Parteigebilde hinaus vor ein großes internationales Forum zu bringen. 1916 entstand im Kampf



gegen den imperialistischen Weltkrieg in der Schweiz die sogenannte „Zimmerwalder Linke“, eine Gruppe von Internationalisten, die den Keim der späteren kommunistischen III. Internationale bildete. Im Organ dieser Gruppe („Vorbote“ Nr. 2 vom April 1916) finden wir, neben einer Erklärung des Landesverbandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens über „Imperialismus und nationale Unterdrückung“ Lenins Thesen über „die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ — die beiden Unterlagen für die Diskussion, deren Ergebnis Lenin im Herbst 1916 zusammengefaßt hat. In einer damals nicht gedruckten, erst 1924 veröffentlichten Arbeit „Ueber eine Karikatur auf den Marxismus und über den imperialistischen Oekonomismus“ heißt es:

„Ist etwa die wirkliche Lage der Arbeiter der unterdrückenden und der unterdrückten Nationen, was die nationale Frage anbetrifft, die gleiche?

Nein.

1. Oekonomisch ist der Unterschied der, daß Teile der Arbeiterklasse in den unterdrückenden Ländern Brocken von dem Ueberprofit der Bourgeois der Unterdrücknationen erhalten, die den Arbeitern der unterdrückten Nationen das Fell mehrfach über die Ohren ziehen. Die ökonomischen Daten besagen außerdem, daß aus den Arbeitern der Unterdrücknationen ein größerer Prozentsatz von „Zwischenmeistern“ hervorgeht, als aus den Arbeitern der unterdrückten Nationen — daß ein größerer Prozentsatz zur ‚Arbeiteraristokratie‘ emporsteigt. Das ist eine Tatsache. Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind bis zu einem gewissen Grade Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation.

2. Politisch ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der unterdrückenden Nationen eine privilegierte Stellung auf einer Reihe von Gebieten des politischen Lebens im Vergleich zu den Arbeitern der unterdrückten Nation einnehmen.

3. Ideell oder geistig ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der unterdrückenden Nationen durch die Schule und das Leben immer im Geiste der Verachtung oder der Mißachtung der Arbeiter der unterdrückten Nation erzogen werden.“

Vor etlichen Monaten sprach ich auf einem Grenzbahnhof der ČSR, im deutschen Sprachgebiet, mit einem Gepäckträger. Wie es ginge. Und wie die Lage wäre. „Ach“, meinte der, „es ist eine ver-teufelte Sache. Da müssen's mer halt jetzt alle a Examen in der Staatssprachen machen. Und wenn mer nit genügen, dann wer'n mer in der Dienststufen zurückdatiert, wenn mer nit schon ganz auf der Straßen sitzen.“ Ob's denn gar so scharf gehandhabt würde. „Jo freilich. Die Prüfer san doch alles Tscheden!“

Da haben wir's. Tschechisch ist jetzt „Staatssprache“. Und der deutsche Eisenbahner hat das Nachsehen. Früher war deutsch Amtssprache. Da war der Tscheche im Nachteil, wenn er nicht

beide Sprachen beherrschte. Ob aber deutsch oder tschechisch: Beide sind armselige „Staatsproleten“. Nur daß der eine den anderen schon als Konkurrenz, als Existenzbedrohung wertet und wittert, währenddessen sich tschechisches und deutsches Bürgertum nach Errichtung des neuen tschechisch geleiteten Staates längst verbrüdet haben.

Diese nunmehr verbrüdete Schicht hat begreiflicherweise einen erheblichen Vorteil davon, wenn ihr nicht eine geschlossene, sondern eine national-sprachlich-organisatorisch zersplitterte Arbeiterschaft gegenübersteht. So sieht man es von seiten der Industrie sicher nicht ungern, daß etwa in Aussig an der Elbe die deutschen Arbeiter einen Konsumverein haben und die tschechischen einen anderen. Und daß im deutschen „Volkshaus“ keine tschechischen Zeitungen aufliegen und also tschechische Arbeiter sich in einem tschechischen Verkehrslokal treffen. Mehr noch: Auf einem sehr maßgeblichen Büro der deutschsprechenden sozialdemokratischen Partei der ČSR erbat ich vom leitenden Sekretär Material über die Lage der tschechischen Arbeiter und bekam die unerwartete Antwort: „Ja, über die t s c h e c h i s c h e n Arbeiter haben mer hier nix. Da müssen's halt schon zu den Tschechen gehen, vielleicht...“

Auf der staatlichen Bergbauschule im polnischen Petroleumrevier Drohobycz-Boryslaw sind 99 v. H. der zugelassenen Schüler, die durch den Schulbesuch Anwartschaft auf gehobene Arbeit und besseren Verdienst haben, Polen, obschon diese Schule im ukrainischen Sprachgebiet liegt. Die ukrainische Bevölkerung und der prozentual starke jüdische Bevölkerungsanteil der Gegend ist also fast ganz ausgeschaltet. In österreichischer Zeit waren es, wie mir von Unternehmenseite aus gesagt wurde, wenigstens 15 v. H. Nichtpolen, die Zutritt fanden.

Die Zugehörigkeit zum „Staatsvolk“ bringt also im Mehrvölkerstaat auch dem, der nicht zur herrschenden Klasse zählt, Vorteile vor dem Klassengenossen der nationalen Minderheit. Diese Vorteile werden begreiflicherweise eine um so stärkere nationale Bindung bewirken, je weniger das Klassenbewußtsein der Beteiligten entwickelt ist. Je weniger nämlich Proletarier die sozialen Zusammenhänge einer solchen Lage durchschauen, desto seltener erkennen sie, daß die nationale Zersplitterung des Proletariats nur dazu dient, polnische Arbeiter gegen ukrainische oder jüdische, oder tschechische gegen deutsche oder magyarische auszuspielen, während andererseits gegebenenfalls die proletarischen Angehörigen der Minderheit als Lohndrucker mißbraucht werden, sofern es die soziale

Lage dieser Minderheit und der Mangel einheitlicher klassenpolitischer Organisation der Werktätigen gestattet.

Es liegt auf der Hand, daß die Benachteiligung bestimmter nationaler Schichten in Mehrvölkerstaaten auch in der Arbeiter- und Bauernschaft den Drang nach Gleichberechtigung hervorruft, genau wie vordem das erwachende tschedische Bürgertum gegen das deutsche, oder das polnische gegen das russische sich durchzusetzen versuchte. Diesen Bestrebungen wird aber um so weniger Erfolg beschieden sein, je mehr sich die Benachteiligten auf den nationalen Gegensatz festnageln lassen und nicht erkennen, daß der wesentliche Grund ihrer Bedrückung sozialer Art ist. Solange das eigene Bürgertum einer Minderheit noch nicht selbst der herrschenden Klasse des „Staatsvolkes“ gleichgeordnet ist, fällt allerdings für das Proletariat der Minderheit der soziale mit dem nationalen Gegensatz zusammen. Denn solange ist ja „der Umsturz des Bestehenden das Ziel nationaler Politik“ (Bauer, Nationale Frage 302). So etwa war es zum großen Teil in den tschedischen Gebieten des alten Oesterreich.

„Deutsch erschien (der tschedischen Arbeiterschaft) der Staat, der sie knechtete, deutsch die Gerichte, die die Besitzenden schützten und die Besitzlosen in den Kerker werfen, in deutscher Sprache waren die Bluturteile verfaßt, in deutscher Sprache die Armee kommandiert, die man bei jedem Streik gegen die hungernden wehrlosen Arbeiter schickte. Die deutsche Sprache war, wie Viktor Adler *) einmal sagte, die ‚Staats-, Amts- und Unterdrückungssprache‘ des alten Oesterreich. Mehr noch! Die deutsche Sprache war auch die Sprache des unmittelbaren Klassegegners, die Sprache des Fabrikanten und seines Antreibers, des Händlers und Wucherers. Dagegen erschien die nationale Bewegung der eigenen Nation revolutionär: war doch die Nation ausgeschlossen von der politischen Macht; war doch auch sie unzufrieden mit der geltenden Verfassung; wurden doch auch die Zeitungen der nationalen Parteien konfisziert und ihre Vorkämpfer eingekerkert; stand doch auch das Kleinbürgertum der Nation im Kampfe gegen die deutsche Bourgeoisie und Bürokratie. Der revolutionäre Instinkt erweckte in der Arbeiterschaft der geschichtslosen Nationen Haß gegen die herrschenden historischen Nationen, Zuneigung zur nationalen Machtpolitik der eigenen Nation... Ganz anders bei den national gesättigten Nationen außerhalb Oesterreichs und in Oesterreich selbst bei den Deutschen. Hier stand das Proletariat nicht national fremden Klassegegnern gegenüber, sondern die Klassen, die die Arbeiter ausbeuten und unterdrücken, gehören der eigenen Nation an“ (Bauer, Nat. Frage 303).

Seitdem die tschedische und die polnische bürgerliche Klasse aber durch die nationale Revolution 1918 beim Zusammenbruch des Habsburgerreichs an die Macht gekommen sind, hat sich für das

*) Der Mitbegründer und bedeutendste Führer der österreichischen Sozialdemokratie.

tschechische und polnische Proletariat die Lage geändert. Freilich im Laufe des ersten Jahrzehnts des Bestehens der neuen Staaten noch keineswegs so durchgreifend, daß man etwa behaupten dürfte, das Klassenbewußtsein der überwiegenden Masse der tschechischen oder polnischen Proletarier sei bereits so entwickelt wie das der Budapester oder Wiener Arbeiter. Dort, wo der magyarische Proletarier von jeher dem magyarischen Bürger oder Magnaten, hier, wo der deutsche Arbeiter dem deutschen Unternehmer gegenüberstand, entwickelte sich ja auch 1919 die Revolution über die demokratisch-bürgerlichen Bahnen zur Räteherrschaft in Ungarn und immerhin zum Versuch weitgehender Sozialisierung in Wien. In Prag, in Krakau, in Agram, bei den „befreiten“ Tschechen, Polen, Kroaten beruhigten sich die Verhältnisse nach der siegreichen nationalen Revolution, und nun erst begann bzw. beginnt dort der Prozeß einer bewußten Klassensonderung, nicht ohne daß neue Minderheitskämpfe auch innerhalb proletarischer Schichten entbrannt sind.

Gegensätze, Verhetzung, bis zur blutigen Verfolgung des in der Minderheit befindlichen Gegners: alle aus den beiden kaiserlichen Staaten bekannten Methoden des „Teile und herrsche“ der jeweils besitzenden Klassen finden wir in der RP und der ČSR wieder. Und die Frage der „Gleichberechtigung“ und „Selbstbestimmung“ hat keineswegs an Aktualität verloren, obschon es sich bei den Nachfolgestaaten um — dem Wortlaut ihrer Verfassungen nach — liberale Staaten demokratisch-westlichen Gepräges handelt. Es bestätigt sich in bemerkenswerter Wiederholung das, was Karl Kautsky 1916, als er während des Krieges noch in Opposition zu den bürgerlichen Parteien stand, gegen die Kriegshetzer und imperialistischen „Vaterlandsverteidiger“ schrieb:

„Keinem von denen, die heute so wegwerfend über das Recht auf Selbstbestimmung oder Selbständigkeit der Nationen urteilen, fällt es ein, dabei die Selbständigkeit der eigenen Nation zu meinen. Es ist nur die Selbständigkeit der anderen, die sie für eine lächerliche Flause erklären, denn die anderen sind eben Pack, über dem die eigene Nation turnhoch erhaben dasteht“ (Neue Zeit 1916 I 708).

Die RP und die ČSR sind in den Friedensverträgen auf Grund des „Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“ geschaffen worden. Dennoch ist gerade in diesen Staaten, „wo der Imperialismus eine Reihe kleiner Nationen in sein schweres Joch gespannt hat, die nationale Frage ein Faktor, der die inneren Widersprüche des Kapitalismus verschärft“. So formuliert es das Programm der kommunistischen Internationale. Von dieser Verschärfung sind nicht zuletzt deutschsprechende Bürger dieser Staaten betroffen, die

den Einflußwechsel um so schwerer empfinden, als sie — wenigstens in den früher österreichischen Teilen der neuen Länder — zum Staatsvolk und also zur herrschenden Schicht gehörten. Von ihnen hören wir vielfach Klagen. Und gerade diese Klagen finden begreiflicherweise im Deutschen Reich und in Oesterreich besonderen Widerhall. Wer aber darüber zu einem begründeten Urteil gelangen will, darf gerechterweise nicht außer Acht lassen, wie es um die „Minderheiten“ im Deutschen Reich steht, insonderheit um die slawischen Minderheiten, die Polen und die Lausitzer Sorben.

Mit anderen Worten: Bevor es möglich ist, die besonderen Probleme der RP und ČSR zu erfassen, ist es unentbehrlich, die für den slawischen Kulturkreis sehr entscheidenden Fragen: Deutschtum und Slawentum bzw. deutsch oder slawisch in ihrer geschichtlichen Entstehung und Bedeutung kennenzulernen.

Literatur:

Austerlitz, F., Die nationalen Triebkräfte. Neue Zeit 1916 I 641 ff.

Bauer, O., Die österreichische Revolution. Wien 1923.

Bauer, O., Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1924.

Häcker, S., Der Sozialismus in Polen. Neue Zeit 1895/96, II, 324 ff.

Horaček, Cyr., Počátky českého hnutí dělnického. Praha 1896.

Kautsky, K., Die vereinigten Staaten von Mitteleuropa. Stuttgart 1916.

Kautsky, K., Noch einige Bemerkungen über nationale Triebkräfte, Neue Zeit 1916 I 705 ff.

Kautsky, K., Die Befreiung der Nationen. Stuttgart 1917.

Lenin, W. U., Aus Anlaß der Erklärung des „Bund“ 1903, Gesamm. Werke V 332, Wien 1930.

Lenin, Die nationale Frage in unserem Programm, 1903, ebenda V, 478.

Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, 1916, ebenda XIX, 39, Wien 1930.

Lenin, Ueber eine Karikatur auf den Marxismus und über den imperialistischen Oekonomismus, 1916, ebenda XIX, 229.

Lenin, Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, ebenda XIX, 293.

Luxemburg, R., Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich, Neue Zeit 1895/96, II, 176 ff. und 206 ff.

Luxemburg, R., Der Sozialpatriotismus in Polen, ebenda 459 ff.

Modráček, Fr., Národnostní otázka v sociální demokracii rakouské, Praha 1908.

Programm der kommunistischen Internationale. Hamburg-Berlin 1928.

5. „Pangermanismus“ und Slawentum

In seinem Buche „Reise in Polen“ erzählt Alfred Döblin von einem Erlebnis im Nachtschnellzug Warschau-Danzig. Ein jüngerer Herr sitzt mit ihm im Abteil.

„Er liest polnische nationaldemokratische *) Zeitungen. Der Schaffner wird mit meinem Billett nicht fertig. . . Der Herr greift ein. Und als alles geklärt ist, bemerkte er in gutem Deutsch ohne Akzent: ‚Man macht sich nicht beliebt, wenn man in Polen deutsch spricht‘ . . . Von den Deutschen sagt er: ‚Sie halten Macht für Recht. Rußland und Deutschland sind unsere gefährlichsten Feinde. Deutschland ist schon wieder industriell das stärkste Land. Die Deutschen propagieren neuerdings durch einige Geistige die Idee der Vereinigten Staaten von Europa. Das ist nicht etwa Sentimentalität, sondern Hinterlist. Es ist niemand anders als die deutsche Industrie, die ein Interesse daran hat. Er spricht lange mit Furcht und Anerkennung von Deutschland. Es setzt Hiebe auf die alten Methoden Preußens gegen die Polen. . .“

Das war 1925. Mancher hat Ähnliches erlebt, als er durch Polen fuhr. Ich auch. Man macht sich nicht beliebt, wenn man in Polen deutsch spricht.

Wirklich? Nun, ich habe auch etwas anderes erlebt. Es gibt eine Formel, die jede Voreingenommenheit zerstreut: „Proszę, czy Pan mówi po niemiecku?“ Bitte, sprechen Sie deutsch? Und auf einmal versteht der Schaffner und der Zollbeamte und der Kutscher und der Hotelier und der Polizist und der Soldat. Auf einmal können sie deutsch, und man hat wirklich nicht das Gefühl, daß man sich bei ihnen unbeliebt macht, wenn man deutsch spricht. Die Anerkennung der Gleichberechtigung der fremden Sprache ist der Schlüssel zu den fremden Menschen. Man darf nicht erwarten, daß Analphabeten irgendwo mit offenen Armen aufgenommen werden. Wann aber kamen Deutsche anders denn als Analphabeten in slawische Länder? Allenfalls in den Zeiten Herders. Das ist indessen lange her.

Wen dürfte es da wundern, daß insbesondere die Slawen, die als politisch Unterworfenen mit der deutschen Herrschicht Bekanntschaft gemacht haben, daß Polen, Tschechen, Serbokroaten heute, da sie in ihren eigenen Staaten leben, vom Deutschen den Verzicht auf Germanisierungsgebärden verlangen? Lange genug galten dem Deutschen ihre Sprachen als unnötiger Ballast. Der Deutsche schien sich zu gut dafür, sie zu lernen. Er „hatte es nicht nötig“. Noch heute gibt es genug Deutsche im tschechischen Kulturzentrum, in Prag, Deutsche aus der Habsburger Zeit, die sich nur stockend auf tschechisch verständigen können. In Posen sprach ich mit einem alten „Preußen“, der heute polnischer Staatsbürger ist,

*) Extrem nationalistische Rechte in Polen, kurz „N.D.“

über die Vorkriegsverhältnisse. Er bestätigte, daß in den Schulen des deutsch-polnischen Gebiets vor 1914 kein Wort von polnischer Kultur, kein Wort von den großen Entwicklungslinien der polnischen Geschichte gelehrt wurde. Kenntnis- und verständnislos standen die jungen Leute, die von diesen Schulen abgingen, der bodenständigen Kultur ihres Landes gegenüber, das polnisch war und polnisch blieb trotz der deutschen Beamten und Militärs, die da regierten. Die Haltung der Deutschen in Oesterreich den österreichischen Slawen gegenüber war ähnlich, wenn auch nicht so verletzend.

Was weiß man aber von der Wirkung dieser deutschen Ueberheblichkeit auf nichtdeutsches Volkstum? Nach Möglichkeit wurde jede Kritik unterdrückt, und in den fraglichen Gebieten verkehrte deutsche „Gesellschaft“ und polnische „Gesellschaft“ nur in den seltensten Fällen miteinander. Ausschließlich von sozialistischer Seite aus wurden gelegentlich die Dinge ungefärbt benannt. Karski schrieb 1898:

„Die Germanisationspolitik der preußischen Regierung ist eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte Deutschlands, woran die Tatsache nichts ändert, daß diese Politik den Polen bisher wenig Schaden zugefügt hat. Wenn man an all die kleinlichen Mittelchen denkt, von der Stiftung des Hundert-Millionen-Fonds“ (zur Beförderung der deutschen Kolonisation im Osten. H.) „bis zur Ersetzung der Provinziallandfarben in Posen durch die schwarz-weißen Farben Preußens und die neueste Großtat, die darin besteht, daß einem Polen die Bestätigung als amerikanischer Konsul in Breslau versagt wurde, so kann man sich eines Lächelns kaum erwehren... Bedenkt man aber, wie viel Haß und Verbitterung diese kleinlichen Schikanen hervorrufen müssen, bedenkt man, wie der kulturelle Fortschritt der polnischen Bevölkerung durch das blöde Schulsystem gehemmt wird, bei welchem die Kinder Kenntnisse erwerben sollen, durch eine Sprache, die ihnen bis an ihr Lebensende fremd bleibt“ (seit 1873 war das Polnische in den Schulen verboten! H.), „so schwindet das Lächeln. Das völkerrechtliche Verbrechen, das vor hundert Jahren an Polen verübt war, erbt sich fort und fort und treibt stets neue Blüten der Vergewaltigung und des Hasses.“

Der Haß wuchs. Nicht nur bei den Polen. Nicht nur bei Tschechen und Kroaten. In der ganzen Welt verstand man sich, wenn von „Pangermanismus“ gesprochen wurde. Nur die Herrschenden in Berlin, München, Wien verstanden und — verstehen nicht. Innerhalb der deutschen Landesgrenzen einschließlich der österreichischen wird zumeist auch heute noch ängstlich verschwiegen, welche Wirkung die reichsdeutsche Vorkriegspolitik auf die benachbarten Kulturgebiete gehabt hat und welche Nachwirkung diese Politik im Grunde heute noch ausübt. Freilich hat N a d o l n y mit Recht darauf hingewiesen, daß der Ausdruck Pangermanismus als Bezeichnung einer politischen Idee insofern mißverständlich

sei, als niemals von einer politisch führenden Stelle des Deutschen Reiches der Gedanke einer politischen Zusammenfassung aller „germanischen“ Staaten vertreten worden ist. Richtiger spräche man also bei dem, was gemeint ist, von Alldeutschtum. Freilich hat auch dieses Alldeutschtum, gefördert durch den 1890 unter Führung des Ostafrikapropagandisten Karl Peters und des Dr. H u g e n b e r g begründeten Alldeutschen Verbands, nicht einmal den Einfluß auf die deutsche Vorkriegspolitik ausgeübt, den der Verband selbst angestrebt hat. Äußerungen aber wie die in den Verbandssatzungen von 1891: „Förderung einer tatkräftigen deutschen Machtpolitik in Europa und Uebersee. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu greifbaren Ergebnissen“ wurden im Ausland mehr beachtet als in Deutschland selbst. In der „Geschichte des Alldeutschen Verbandes“ von Otto B o n h a r d lesen wir: „Von dem Plane eines deutschen oder unter deutschem Einfluß stehenden Mitteleuropas bis zum Gedanken ‚Berlin-Bagdad‘ ist nur noch ein kleiner Schritt“ (S. 130). Solche Gedankenblitze, wo immer sie in deutschen Schriften auftauchten, wurden und werden vom Ausland sorgsam, aber mit Unruhe registriert. Was nutzt die heute in Abwehr gegen Masaryks Beschuldigungen ausgesprochene Kritik bei N a d o l n y, daß „viel weltfremdes deutsches Spießertum und falsch angewendetes Temperament“ die Äußerungen der Alldeutschen ausgezeichnet habe? „Die häufige Anwendung von Wortübertreibungen, wie Hochziele anstatt Ziele, kerndeutsch anstatt deutsch, bei B o n h a r d ist typisch für die temperamentvolle Großsprecherei der Alldeutschen.“ Gewiß. Das ist richtig. Aber „draußen“ blieb der Eindruck, daß die Großsprecherei, die ja als hervorragendes, international bekanntes Merkmal der politischen Tätigkeit des letzten deutschen Kaisers galt, das wesentliche an der geistigen Haltung des deutschen Volkes geworden, daß also die übernationale Verbundenheit der vorimperialistischen deutschen Kultur mit Europa verschüttet sei. Seiner zweibändigen Sammlung zum Teil in Deutschland ganz unbekannter Dokumente pangermanischen Schrifttums schickte Professor C h a r l e s A n d l e r während des Weltkriegs — 1915 — die Worte voraus:

„Wir hoffen stark auf die Erneuerung des deutschen Volkes... Das geistige Band zwischen dem erneuerten deutschen Volk und uns, das ist die deutsche Ueberlieferung von einst, die Ueberlieferung von Kant und Beethoven, von Goethe und Schiller, von Boerne und Heine und all der ‚guten Europäer‘, deren Kette mit Nietzsche abbricht. Diese Ueberlieferung muß man respektieren. Das ist klug und würdig. Diese Ueberlieferung arbeitet für uns, in der Tiefe des deutschen Volkes... Es lebt in der Tiefe des heutigen Deutschland, das, mit banaler Macht gewappnet, sein

Maß verlor, ein anderes Deutschland; reich an Herz, Fähigkeit und Kräften. Es ist unsere Aufgabe, dieses Deutschland wieder zu erwecken, es frei zu machen, es zu beleben.“

Das ist das ehrliche Bekenntnis eines kultivierten Franzosen zu jenem anderen Deutschland, das, obschon nicht tot, in der Vorkriegszeit für das Ausland unsichtbar geworden war. Es spielt an dieser Stelle für uns keine Rolle, daß das französische Bankkapital im Kriege etwas andere Ziele hatte als die Wiedererweckung des Deutschtums von Kant und Beethoven. Wesentlich bleibt, daß die ungeschickte kaiserliche Machtpolitik es den Konkurrenten auf dem Weltmarkt ungemein leicht gemacht hat, ihre eigenen imperialistischen Ziele mit demokratischer Entrüstung zu verhüllen. Für das Ausland, für auswärtige Kulturkreise zumal, blieb sichtbar vom Vorkriegsdeutschland nur das prahlerisch zur Schau getragene Machtstreben des späten Emporkömmlings unter den Völkern:

„Es ist die lichteste Eigenart unseres deutschen Denkens, daß wir die Vereinigung mit der Gottheit schon auf Erden vollziehen“ ... „So sollen wir Deutschen in unserer Zeit durch die Welt gehen, stolz erhobenen Hauptes, in dem sicheren Gefühl, das Gottesvolk zu sein. So wie des Deutschen Vogel, der Aar, hoch über allem Getier dieser Erde schwebt, so soll der Deutsche sich erhaben fühlen über alles Gevölk, das ihn umgibt, und das er unter sich in grenzenloser Tiefe erblickt.“

Das steht nicht etwa in einer Rede Wilhelms II., sondern in der Schrift „Händler und Helden“ von Werner Sombart, Professor der Volkswirtschaft an der Berliner Handelshochschule. Versteht man, daß diese Gottesmystik, die sich in der alldeutschen Gedankenwelt verbindet mit der antipolnisch gefärbten Romantik des deutschen Ritterordens, mit der antiaufklärerisch eingestellten Mystik der Kyffhäuserverheißung von der Auferstehung des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, mit dem Bürgerimperialismus der deutschen Hanse als dem Vorbild deutscher Vorherrschaft zur See, versteht man, daß all dieses Gottesgnadentum unter der Parole Berlin-Bagdad einen so besonnenen Denker wie Masaryk dazu berechnete, von der „inneren geistigen Verwandtschaft der monarchistisch-theokratischen Staaten von Preußen bis zur Türkei“ zu sprechen? In seiner Schrift: „Neues Europa“ schrieb Professor Masaryk angesichts dieser nationalistischen Verstiegenheiten:

Seite 40: „Zar Wilhelm beruft sich auf Gott, erklärt sich selbst für ein Instrument Gottes — auf Jesus beruft er sich allerdings nicht —, aber dieser preußische Jahwe ist in Wirklichkeit die politische Macht der vom Staate anerkannten und privilegierten Kirche, welche dem Zaren und seinem Staate in jedem Dorfe den Pastor als Gottes Gendarm beistellt. Es wurde bereits gesagt, daß die europäischen Staaten bisher theokratische Staaten sind; darum steht die Demokratie überall gegen die Staaten und die Kirchen: Die Demokratie ist menschlichen, nicht göttlichen Ursprungs,

wie ihn die Theokratie für sich in Anspruch nimmt, hat ihre Fundierung in der Sittlichkeit, nicht in der offiziellen Religion...“

Seite 74: „An Bismarck kann man sehen, was das Preußentum in politischer Hinsicht ist: seine Lebensarbeit besteht in der Sicherung des preußischen Monarchismus gegen die Revolution, den Sozialismus und die Demokratie — ein Stück von diesem Bismarck steckt in jedem Deutschen — auch in Herrn Scheidemann und David; und gerade diese Sozialisten, welche sich mit dem Monarchismus bereits versöhnt haben, sind ein Maßstab dafür, wie sich die Deutschen bereits an den preußischen Militarismus und Monarchismus gewöhnt haben.“

Seite 87: „Der Deutsche ist eine merkwürdige Mischung von Schullehrer und Söldner: Zuerst gibt er einen Vortrag über das Heil der Seele zum besten, und dann stößt er einen vor den Kopf (etwa auch umgekehrt).“

Seite 122: „Der Offizier wird zum Maßstab der Bürger und Welt überhaupt... Die preußischen Militaristen zeigen uns selbst ganz richtig, daß das ganze Leben in Deutschland militarisiert ist — die deutschen Theologen (die modernen!) haben auch aus Jesus einen Korporal und aus Gott einen Rechnungsfeldwebel gemacht.“

Das Bürgertum der fortgeschrittensten, weil von westeuropäischem Geist am tiefsten berührten Nationen unter den Slawen, der Tschechen und der Polen, wurde im Gegensatz zu dieser Gottesgnadenherrschaft in Mitteleuropa, die sie bedrückte, zwangsläufig zum Verfechter bürgerlicher Demokratie. Nun mag man sagen, dieser Gegensatz ergab sich in der Zeit vor dem Kriege. Meinetwegen noch während des Krieges. Aber nach dem Kriege wurde Deutschland eine demokratische Republik. Indessen änderte sich durch diese verfassungsrechtliche Entwicklung in Deutschland, das für das mißtrauische Ausland schon dem Namen nach das Deutsche „Reich“ blieb, wenig oder nichts an der ideologischen Haltung breiter Schichten, die in der Vorkriegszeit in militaristisch-chauvinistischen Gedankengängen erzogen worden waren. Die Friedensverträge, die das deutsche Einflußgebiet einschnürten, taten das übrige, um das Aufkommen einer „europäischen“ Gesinnung in Deutschland zu verhindern. Wiederum wenig unterrichtet über das, was jenseits der Grenzen des eigenen Landes vorgegangen war, dachte der große Teil der Deutschen nicht im entferntesten daran, daß die Verträge von Versailles (mit Deutschland), St. Germain (mit Oesterreich), Trianon (mit Ungarn) in hohem Maße die Quittung auf die militärische Anmaßung der Mittelmächte in den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest waren. In einer Note der französischen Regierung vom 20. Mai 1919 antwortete Clemenceau der deutschen Delegation:

„...Das deutsche Volk, erklären Sie weiterhin, könne nicht für die ‚von der früheren Regierung‘ begangenen Verfehlungen als haftbar erachtet werden. Deutschland hat indessen niemals behauptet, und eine solche Versicherung wäre gegen alle Grundsätze des internationalen Rechts gewesen, daß eine Veränderung seiner politischen Regierungsform oder

eine Umwandlung seiner leitenden Persönlichkeiten genügen könne, um eine von einer Nation bereits eingegangene Verpflichtung zum Erlöschen zu bringen. Es hat nach diesem Grundsatz, welchen es gegenwärtig verteidigt, weder im Jahre 1871 Frankreich gegenüber nach der Ausrufung der Republik gehandelt, noch auch im Jahre 1917 mit Bezug auf Rußland zur Zeit der Revolution, welche die zaristische Regierungsform beseitigte“ (Uebersetzung des deutschen Auswärtigen Amts).

Indessen sah man in Deutschland nur die eigene Knebelung, fühlte sich mit Recht von der Wilson-Politik betrogen, wählte schließlich den Generalfeldmarschall zum Präsidenten und bot damit — damals! in den Jahren der Präsidentschaft Hindenburgs und der Außenpolitik Stresemanns hat sich das geändert — dem Ausland stets neuen Stoff, um zu beweisen, daß sich in Deutschland keine wirkliche Wandlung vollzogen habe. Die Entwicklung der nationalen Verbände vom Stahlhelm bis zu den Hitlerscharen richtet sich entschieden gegen Frankreich und die vorwiegend von französischem Einfluß geschaffenen Nachkriegsstaaten, besonders gegen Polen. Wie stark dieser Haß, ohne jedes tiefere Verständnis für europäisches Geschehen, gerade in den Grenzdeutschen verankert wird, dafür nur ein Beispiel, das wichtig ist, weil die Deutschen jenseits der Landesgrenzen dieses Verfahren büßen müssen.

Durch den Versailler Vertrag II Art. 27,7 wurde die Stadt Bentzen dem polnischen Staatsgebiet eingegliedert. Unmittelbar gegenüber dem nunmehr polnischen Zbaszyn wurde mit einem großen Rangierbahnhof nach 1927 der neue Ort Neubentschen gebaut. In der evangelischen Kirche dieses Ortes hängt zwischen Altar und Liedertafel ein Bild, auf dem dargestellt ist, wie das vertragsgeknebelte deutsche Volk, mit einer Kette am Hals, von Luther der Freiheit entgegengeführt wird, zwischen unmißverständlich gehässig gemalten Fratzen der „Feindmächte“ und der Juden hindurch! Dokumente dieser Art unmittelbar an der Grenze müssen die Schlagworte nähren, mit denen das Selbstbewußtsein nicht-deutschen Volkstums wachgehalten wird. Der „deutsche Drang nach Osten“ belebt die antideutsche Politik der Nachbarn, und jede chauvinistisch klingende oder chauvinistisch gemeinte Bemerkung in den deutschen Staaten — Deutschland, Oesterreich, Danzig — wird in der Tat gegen die Mitglieder der deutschen Kulturgemeinschaft jenseits unserer Landesgrenzen von der dortigen nationalen Mehrheit ausgemünzt.

Literatur:

Andler, Les Origines du Pangermanisme 1800/1888 et Le Pangermanisme continental sous Guillaume II 1888/1914, Paris 1915.

Auswärtiges Amt, Die Friedensbedingungen von Deutschlands Gegnern, Berlin 1919.



Bild 6. Krakau. Die königliche Burg, der „Wawel“ mit der Kathedrale,
in der die polnischen Könige beigesetzt sind



Bild 7. Krakau. Markt (s. nebenst. Anm.)



Bild 8. Krakau. Hof der jagiellonischen Bibliothek (s. nebenst. Anm.)

- Auswärtiges Amt, Materialien betr. die Friedensverhandlungen I—III, Berlin 1919. Note Clemenceaus Band I/II S. 41 unter V, 14.
 Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig-Berlin 1920.
 Döblin, Reise in Polen, Berlin 1926.
 Herder, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Weimar 1784.
 Herrnsstadt, N. D., Ein Kapitel aus Polens Gegenwart, Berliner Tageblatt 2. 12. 31, Nr. 567.
 Karski, Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen, Neue Zeit XVI, 1, 1898, 653 ff. u. 676 ff.
 Masaryk, Neues Europa, s. o.
 Nadolny, Germanisierung oder Slawisierung. Eine Entgegnung auf Masaryks Buch „Das neue Europa“, Berlin o. Jahr.
 Rohrbach, Chauvinismus und Weltkrieg, Berlin 1919: I Die Alldeutschen, II Die Brandstifter der Entente, mit Hohobhm und Kühn bearbeitet.
 Sonter, Der neue deutsche Imperialismus, Hamburg 1931.

6. Der „Panslawismus“

Bereits mit dem frühesten nationalen Erwachen slawischen Bürgertums im deutsch-österreichisch-magyarischen Einflußgebiet begannen sich gedankliche Vereinheitlichungsbestrebungen des Slawentums gegen die wirkliche oder vermeintliche Angriffslust der Deutschen, gegen die Germanisierung zu richten. Freilich, als Johann Herkel, ein Slowake, im Jahre 1826 in einem Buch die Elemente einer konstruierten einheitlichen slawischen Schriftsprache behandelte und diese erhoffte literarische Einheit als panslawistisches Ziel bezeichnete, wohnte diesem „Panslawismus“ nichts Aggressives inne. Jedoch sollte die politische Beziehung zu Rußland sehr bald den aggressiven Panslawismus hervorbringen. Schon 1659 hatte der Priester Krischanitsch in Kroatien den damaligen russischen Zaren Alexej, den zweiten in der Reihe der Romanows, aufgefordert, sich als Schutzherrn aller, vor allem der unter türkisches Joch geratenen Slawen zu erklären, nachdem in poetischer Form bereits Ivan Gundelić aus Ragusa (1558—1638) die allslawische Idee behandelt hatte. Seither spielte der Gedanke der Vereinigung der Slawen unter der Herrschaft der russischen Zaren eine führende Rolle in der russischen Politik. Peter der Große (1672—1725) und Katharina II. (1762—1796) hofften bei den Westslawen Anknüpfungspunkte für die Ausbreitung des zaristischen

zu Bild 7: Links vorne das Denkmal des Mickiewicz, dahinter die Su-kienniza, die alten Markthallen von 1558. Das Gebäude beherbergt heute das polnische Nationalmuseum.

zu Bild 8: In der Mitte Standbild des Kopernikus. (15. Jahrh.).

Herrschaftsbereiches nach Westen zu finden. Mit dem nationalen Erwachen der europäischen Nationen allerdings begann unter Zar Nikolaus I. (1796—1855) der russische Panslawismus zeitweilig in der zaristischen Außenpolitik in den Hintergrund zu treten, weil die Feudalkreise des Petersburger Hofes die westlich-liberalen Einflüsse bei allzu enger Verbindung mit den Westslawen zu fürchten begannen.

Andererseits legten die Führer der slawistischen Bewegung außerhalb Rußlands auf die Dauer keinen allzu großen Wert auf die Bindung an das Zarentum, da sie selbst zu sehr Nutznießer einer durch die französische Revolution freiheitlich befruchteten, wenn auch erst werdenden europäischen Zivilisation waren. So entstand die Idee des Donau-Panslawismus, im wesentlichen eine Bewegung der österreichischen Slawen. Die Polen in Kongreßpolen, jenes im Wiener Kongreß 1815 für 100 Jahre zu Rußland geschlagenen Teiles des alten polnischen Reiches, standen als von Rußland mehr und mehr unterdrückte Nation ohnehin in scharfem Gegensatz zur russischen Zentralisation.

Die deutsche Einheitsbewegung, die Einberufung des Frankfurter Parlaments, gab den Donauslawen den Anstoß, 1848 einen Slawenkongreß nach Prag einzuberufen. Indessen hat dieser unter vorwiegend tschechischer Führung (Palacký, Havlíček, Rieger) zusammengetretene Kongreß nicht einmal den gewünschten Erfolg nationaler Autonomie für die Slawen in der Habsburger Monarchie erreicht. Im Gegenteil erwies er sich als eine Versammlung von Illusionisten, die Karl Marx bereits im Januar 1849 einer bissig-scharfen Kritik unterzog:

„Was nun speziell den Panslawismus betrifft, so haben wir entwickelt, wie er, abgesehen von den gutgemeinten Selbsttäuschungen der demokratischen Panslawisten, in der Wirklichkeit keinen anderen Zweck hat, als den zersplitterten, historisch, literarisch, politisch, kommerziell und industriell von Deutschen und Magyaren abhängigen österreichischen Slawen einen Anhaltspunkt zu geben, einerseits in Rußland, andererseits in der durch die slawische Majorität beherrschten, von Rußland abhängigen österreichischen Gesamtmonarchie. Wir haben entwickelt, wie solche, seit Jahrhunderten von der Geschichte wider ihren eigenen Willen nachgeschleifte Nationchen notwendig konterrevolutionär sein müssen, und wie ihre ganze Stellung in der Revolution von 1848 wirklich konterrevolutionär war.“

Genau so beurteilte 45 Jahre später der Verfasser des Gedächtnisartikels auf den ungarischen Revolutionär Kossuth — offenbar Karl Kautsky sen. — die damalige Lage:

„So waren die Deutschen und die Magyaren im österreichischen Staate revolutionär, weil sie die Träger der Kultur und der Zivilisation waren. Ihnen gegenüber schlossen sich die österreichischen Slawen in einem

Sonderbunde des Panslawismus zusammen, der nicht in Polen und Rußland, sondern in Prag und Agram geboren ist und als bewußter Gegensatz zu den revolutionär vorwärtsdrängenden Deutschen und Magyaren von vornherein reaktionär war.“

Es handelte sich bei dem damaligen Panslawismus eben um nichts als die ideologische Festigung des slawischen Bürgertums im Gegensatz zu ihren nationalen Unterdrückern, und so mußte es auf die wirklich revolutionären Kreise Europas, die damals bereits über die bürgerliche Epoche hinauszublicken begannen, wie eine Ironie der Geschichte sich ausnehmen, daß die sich gegen den habsburgischen Zentralismus empörenden demokratisch-panslawistischen Illusionisten genau so von slawischen Truppen zersprengt wurden wie die revoltierenden Wiener und Budapester Massen. 1849 schrieb Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung:

„Man weiß bis jetzt nur, daß das in seinen Grundfesten erschütterte Oesterreich durch die schwarzgelbe Begeisterung der Slawen am Leben erhalten und für einen Augenblick wieder sichergestellt ist; daß gerade die Kroaten, Slovenen, Dalmatiner, Tschechen, Mährer und Ruthenen es waren, die einem Windischgrätz und Jellacic ihre Kontingente zur Unterdrückung der Revolution in Wien, Krakau, Lemberg, Ungarn stellten, und was wir von Bakunin jetzt noch erfahren, ist, daß der Prager Slawenkongreß nicht durch Deutsche, sondern durch galizische, tschechische, slowakische Slawen ... zersprengt wurde. ... Auf dem Prager Slawenkongreß hatten die Phantasten die Oberhand. Als den aristokratischen Panslawisten, den Herren Graf Thun, Palacky und Konsorten die Phantasterei bedrohlich schien, verrieten sie die Phantasten an Windischgrätz und die schwarzgelbe Konterrevolution. Welche bittere, schlagende Ironie liegt nicht darin, daß dieser Kongreß von Schwärmern, verteidigt von der schwärmerischen Prager Jugend, durch Soldaten ihrer eigenen Nation auseinandergejagt, daß dem phantasierenden Slawenkongreß gleichsam ein militärischer Slawenkongreß entgegengestellt wurde. Die österreichische Armee, die Prag, Wien, Lemberg, Krakau, Mailand und Budapest einnahm, das ist der wirkliche, der aktive Slawenkongreß!“

Es konnte auch garnicht anders sein. Denn weder waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einheitliche „slawische“ Interessen vorhanden, die den Unterbau für eine gemeinsame politische Aktion auch nur einer gesellschaftlichen Klasse in den slawisch sprechenden Gebieten hätten geben können. Noch war eine einheitliche Zivilisationsstufe gegeben. Aber auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts blieben die „panslawistischen“ Bemühungen entweder Schachzüge der zaristischen, gegen Westen und Südwesten vorstoßenden Russenpolitik oder aber vorläufig fruchtlose Anläufe des donauslawischen Bürgertums zur Mitbeteiligung an der volkswirtschaftlichen Erschließung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Fischel, der deutsche Geschichtsschreiber des Panslawismus, hat das zaristische Doppelspiel enthüllt: Einerseits suchten sich die

Zaren durch Propaganda in den westlichen Gebieten einen ideellen Rückhalt zu schaffen, was um so mehr Aussicht hatte, als der nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848/49 einsetzende reaktionäre Wiener Zentralismus die Austroslawen zum Anschluß nach Osten geneigter machte; andererseits scheute sich Zar Alexander II. Nikolajewitsch (1855—1881), seit dem Aufstand der Polen 1863 Gegner des Panslawismus, keineswegs, bereits am 15. Januar 1877, um sich Oesterreichs Neutralität im Türkenkrieg zu sichern, diesem freie Hand in Bosnien und der Herzogewina, also fast rein slawischen Gebieten zu geben und so die Entwicklung zu fördern, die 1908 in der Annexion der fraglichen Länder durch die Habsburger den Höhepunkt der Antislawenpolitik Wiens erreichte.

War bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein noch der feudale Nachklang der „Dreikaiseridee“, der Heiligen Allianz des Wiener Kongresses, gelegentlich zu spüren, so traten nunmehr neue Kräfte auf den Plan, die für die slawistischen Ideen entscheidend werden sollten. Von einer russischen Schutzherrschaft über alle Slawen konnte keine Rede mehr sein. Der 1908 wieder in Prag tagende Allslawische Kongreß stand daher im Zeichen der „Wechselseitigkeit“ des kulturellen Austausches aller slawischen Gruppen; gleichzeitig aber, nur nach außen hin nicht so offensichtlich, stand er bereits im Zeichen der russisch-französischen Allianz gegen Deutschland. Seitens dieser Bündnisgruppe fanden die Prager und Agramer Nationalisten regste Unterstützung. So hätte damals schon dem kritischen Betrachter deutlich werden können, wie sehr die national-kulturellen „slawischen“ Bande nur noch äußeres Gewand einer Entwicklung waren, deren wahrhafte Triebkräfte im ökonomischen Kampf der Großmächte um die europäischen Märkte lagen. Mittlerweile hatte sich der moderne Finanzkapitalismus entwickelt, französische Anleihevermittler kontrollierten die zaristische Wirtschaft, und was die übrigen Slawen taten bzw. tun durften, bestimmte ebenfalls im wesentlichen das Pariser Bankkapital.

Wenn damit also deutlich zum Ausdruck kommt, daß die slawische Bewegung nur im Gesamtbild der europäischen Wirtschafts- und Klassenentwicklung verstanden werden kann, so ist dennoch die spezifisch-nationalistisch überbaute Gegensätzlichkeit zwischen deutscher und slawischer Einflußzone deshalb von besonderer Bedeutung, weil ja der akute Anlaß zum Ausbruch des Krieges 1914 in dieser slawisch-deutschen Spannungszone entstand. Und so ist es für die Kenntnis der Beziehungen zwischen deutschem und slawischem Kulturbereich wichtig genug, sich zu vergegenwärtigen,

was sich durch den Ausgang des Krieges im Kräfteverhältnis zwischen Deutschen und Slawen verschoben hat.

Literatur:

Bakunin, Aufruf an die Slawen. Von einem russischen Patrioten. Köthen 1848.

Durham, Edith, Twenty Years of Balcan tangle, London 1920, deutsch als „Die slawische Gefahr“ Stuttgart 1922.

Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart 1919.

Gedächtnisartikel „Ludwig Kossuth“, Neue Zeit XII, 2, 1893/94, Nr. 17.

Herkel, Elementa universalis linguae slavicae, 1826.

Marx, Aus dem Nachlaß, hgg. v. Mehring, Band III, 250 und 259, Stuttgart 1920.

7. Slawenziffern, Bevölkerungspolitik und Zivilisationsgefälle im Osten

Die geographische Zone, der unser Interesse gilt, gehörte vor dem Krieg 1914 bis 1918 zu Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland. Die Gebietsausdehnung dieser drei Staaten in ihrem ehemaligen Umfange ist auf der Karte 3 aus der Grundschrattierung erkenntlich. Durch die neuen Grenzen sind, wie aus Karte 4 hervorgeht, weite Länder unter slawischen Regierungseinfluß gekommen, die es vorher überhaupt nicht oder, wie etwa im österreichischen Galizien, nicht so ausschließlich wie heute waren.

Es handelt sich hierbei, wenn wir von den an Jugoslawien (SHS) abgetretenen Teilen Oesterreichs und Ungarns absehen, die uns im Rahmen dieser Darstellung nur mittelbar angehen, um das gesamte heutige Staatsgebiet der Tschechoslowakei, von der deutschen Böhmerwaldgrenze im Westen bis zum Kamm der Waldkarpathen (Tatarenpaß, s. Karte 5) im Osten, dann um das Gebiet des früheren österreichischen Kronlandes Galizien (G), das heute Südpolen bildet, sowie um die von Deutschland an Polen abgetretenen Teile von Posen und Westpreußen, das sogenannte Korridorgebiet (K) und Polnisch-Oberschlesien (OS).

Für die Grenzziehung der neuen Staaten, die keineswegs durch einen Generalbeschluß, sondern erst durch mehrjährige und teilweise nicht gerade friedliche Entwicklung ihre heutige Ausdehnung erhalten haben, waren die verschiedenartigsten Gesichtspunkte maßgebend; dem Range ihrer Bewertung nach strategische Rücksichten, Lage der Rohstoffgebiete, politische Grenzbeziehungen, Verkehrsrücksichten, historische Ansprüche und schließlich Verteilung nationaler Minderheiten. Es war von vornherein unmöglich, alle diese sich zum Teil überschneidenden Ansprüche gleichmäßig



Das Europa der Friedens-
verträge von 1919 nach
Horrabins Wirtschafts-
geographie

Karte 3



Karte 4

und reibungslos zu befriedigen. Ebenso war von vornherein eine enorme Schwierigkeit für die neuen Staaten dadurch gegeben, daß Gebiete, die zum Teil Jahrhunderte hindurch verschiedenen Ueberlieferungen unterworfen und also zivilisatorisch, ökonomisch und in der Entwicklung und Richtung ihres Verkehrs ganz uneinheitlich waren, nunmehr von einem neuen Zentrum her einheitlich verwaltet werden sollten. Es entstanden geographische Probleme, die zum Teil heute noch keineswegs gelöst sind und immer noch, vielleicht noch auf lange Zeit, Kern schwerwiegender internationaler Streitfragen bleiben werden.

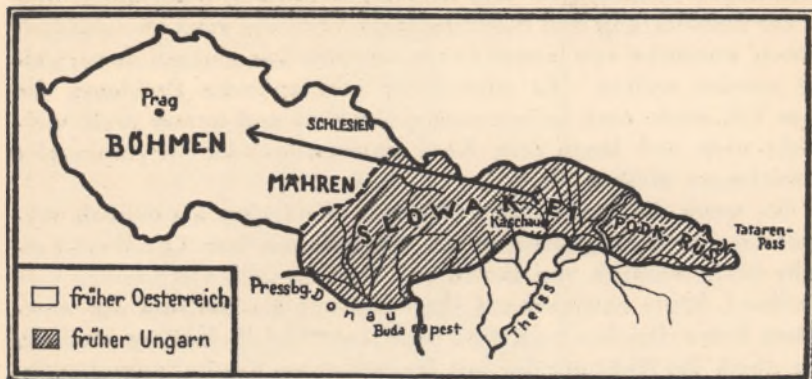
So, wenn die Stadt Posen (Poznań), die früher als deutsch verwaltetes Durchgangszentrum im wesentlichen nur Ost-West-Verkehr hatte, nämlich von Berlin und Breslau nach Ostpreußen und Rußland, heute entsprechend ihrer Stellung als Zentrum des westlichen Polen daneben noch eine neue Nord-Süd-Bedeutung gewinnt, die durch die Richtung der mit französischem Kapital auszubauenden Kohlenbahn Katowice—Gdynia (Gdingen) angedeutet wird.

So, wenn in den slowakischen und karpato-ukrainischen Gebieten der ČSR, die früher zu Ungarn gehörten und deren Stromnetz wie deren Verkehrsentwicklung zur ungarischen Ebene, dem sogenannten pannonischen Becken gerichtet ist, die wirtschaftliche, kulturelle und damit verkehrstechnische Blickrichtung auf die Ost-West-Richtung umgestellt werden muß, weil nun nicht mehr Budapest, sondern das im wesentlichen nur über eine große Bahnlinie erreichbare Prag Beziehungspunkt der politischen Entwicklung geworden ist (vgl. Karte 5).

Neben den geographisch-verkehrstechnischen Schwierigkeiten ergaben sich sofort politisch-rechtliche, die aus dem nationalen Mischcharakter der fraglichen Länder erwachsen oder, recht eigentlich, immer da waren, nur jetzt infolge des Herrschaftswechsels eine neue Färbung erhielten. Nutznießer der neuen Gebietsverteilung war das befreite Bürgertum der „befreiten“ Tschechen und Polen. Nur das Bürgertum dieser beiden Sprachstämme war im Augenblick des Kriegsendes in der Lage, gestützt auf die ihm zufallende Wirtschaftsbasis, staatenbildend aufzutreten. Die Deutschen waren die Besiegten und hatten nichts mehr mitzureden. Die Ukrainer und Weißrussen hatten weder unter zaristischer noch unter ungarischer Herrschaft (Gebiet der früheren Komitate*) Ungvar, Bereg, Mármaros, der jetzt tschechischen Podkarpatska Rus) und auch im österreichischen Ostgalizien kaum die Möglichkeit, bürgerliche Kräfte von erheblicher Bedeutung zu entwickeln, die sich bei den

*) Ungarische Verwaltungseinheit.

Friedensschlüssen entsprechend hätten zur Geltung bringen können. Da, wo es, wie bei den Versuchen zur Gründung einer bürgerlich-ukrainischen Republik (1917—1919), vorübergehend gelang, hatte diese Gründung keinen Bestand. Die zahlreichen



Karte 5

Juden aber des Ostens sind eine „Kaste“, kein Volk, sie leben „in den Poren“ der sie umgebenden Gesellschaft, wie Marx es einmal ausdrückte. Der Gewinn aus der Lage mußte also dem tschechischen und polnischen Bürgertum zufallen.

Was allein schon psychologisch wahrscheinlich war, erfolgte prompt. Das lange zurückgestaute Ressentiment der Unterdrückten entlud sich zunächst gegen die bisherigen Unterdrücker, im wesentlichen also gegen Deutsche und Magyaren; denn die Träger der russischen Kolonisierung Kongreßpolens waren ja durch die deutsch-österreichische Besetzung des Landes 1915 bis 1918 weggefeht worden. Der tschechisch-polnische Gegenstoß traf nicht nur die Herrschicht der früheren Kaiserreiche, sondern traf zunächst jeden Nichtpolen und Nichttschechen, im Osten also auch Juden, Ukrainer, Weißrussen, schließlich die Litauer in den Gebieten, die Polen in der Umgebung von Wilno (Wilna, litauisch Vilnius) beanspruchte und im Oktober 1920 besetzte.

Die endgültige Gestalt der neuen Staaten und die in ihnen zunächst überwiegenden nationalen Einflüsse zeigten also unter dem Gesichtspunkt des Slawismus folgendes:

Gewiß war nun die Herrschicht dieser Gebiete slawisch. Ebenso slawisch aber waren große Teile der an der Herrschaft nicht beteiligten Volksgruppen — es handelt sich hier zunächst nicht um Klassenschichtung, sondern um Sprachzugehörigkeit. So ergibt sich, wie bereits aus Karte 2 ersichtlich war, völkerkundlich in der ČSR und der RP ein sehr buntscheckiges Bild, dessen Bedeutung uns verständlich wird, wenn wir uns zunächst die zahlenmäßige

Verteilung des Slawentums auch außerhalb dieser beiden Staaten vergegenwärtigen.

Bei dieser Frage der zahlenmäßigen Verteilung der Sprachgruppen muß jedoch, um Mißverständnissen vorzubeugen, eines vorausgeschickt werden: Die Sprache ist gewiß Verkehrs- und Kulturvermittlungsmittel erster Ordnung. Aber aus der zahlenmäßigen Verteilung der Angehörigen verschiedener Sprachgruppen ist keineswegs auf einen der Zahl entsprechenden kulturellen und gar politischen Einfluß zu schließen. Welchen Einfluß eine sprachliche Gruppe auf den Gang der Geschichte hat, hängt von sehr verschiedenartigen politischen Kräften ab, die weiterhin untersucht werden sollen. Zunächst einiges über die Gliederung der slawischen Sprach- und Volksgruppen:

Wir folgen der Einteilung des Prager Forschers Lubor Niederle. Er unterscheidet

1. Russen, und zwar „Großrussen“ und „Kleinrussen“ — das sind die Ukrainer oder Ruthenen. Weißrussen führt er nicht als Sondergruppe auf. Dann

2. Polen und übrige Reste der baltischen Slawen, darunter die Kaschuben, die allerdings von den Polen als „Polen“ beansprucht werden.

3. Lausitzer Sorben, nach den beiden Dialektgruppen gesondert, von denen das Oberlausitzer Sorbisch dem Tschechischen, das Niederlausitzer dem Polnischen nähersteht.

4. Tschechen, „von denen“, wie Niederle selbst bemerkt, „sich die Slowaken in Ungarn mehr und mehr freimachen, besonders in politischer Hinsicht“ (das Buch ist 1916 erschienen, also vor Gründung des „tschechoslowakischen“ Staates).

5. Serbokroaten.

6. Slowenen.

7. Bulgaren, und eventuell gesondert

8. eine mazedonische Gruppe.

Niederle schickt dieser Einteilung die vorsichtige Bemerkung voraus:

„Im politischen Leben und in der Literatur ergeben sich unaufhörlich Streitfragen darüber, ob eine dieser Gruppen als ein Stamm oder als selbständige Nation gezählt werden muß. Es besteht über die Anwendung der Worte Nation, Nationalität, Stamm, Zweig keine größere Uebereinstimmung als über die Frage der aktuellen Einheit der Slawen“ (S. 4).

Es ist verständlich, wenn unter solchen Voraussetzungen Zahlenangaben nicht mehr als annähernde Schätzungen darstellen können.

So kommt Masaryk in seiner Schrift *Les Slaves après la guerre* (Praha 1923, S. 58) auf

9 800 000 Tschechen und Slowaken,

17 500 000 Polen,

10 050 000 Serben, Kroaten und Slowenen,

5 000 000 Bulgaren,

94 000 000 Russen (mit Weißrussen und Ukrainern),

150 000 Lausitzer Serben,

136 000 000 Slawen.

Nun besagt diese Summierung von Ziffern als solche gar nichts. Einen Sinn erhalten diese Zahlen allenfalls, wenn man versucht, sie nach europäischen Einflusssphären zu gruppieren. Masaryk selbst hat betont (S. 53): „Auf intellektuellem Gebiet sind die Russen und alle Slawen wie vor dem Kriege abhängig von den Einflüssen der westlichen Länder. Für die Nordslawen ist das Deutschland, für die Südslawen Italien“. Aber nicht nur die im wesentlichen geographisch-historisch bedingte Unterscheidung der „Nord“- und „Süd“-Slawen gilt es zu berücksichtigen, sondern vor allem, daß unter dem Einfluß der jüngsten Geschichte die Länder der nordslawischen Gruppen eine wirtschaftspolitisch entgegengesetzte und kulturell daher nicht mehr vergleichbare Entwicklung zeigen, je nachdem sie nämlich diesseits oder jenseits der Sowjetgrenze liegen. Unter diesem Vorbehalt kommen wir zu folgenden Ziffern, die freilich genau so wie Masaryks Ziffern nur als Annäherungswerte gelten können:

	Millionen	Jahr
Nord-Slawen: in der ČSR *)		
Tschechen, Slowaken, Ukrainer, Polen	9,6	1921
in der RP Polen, Ukrainer, Weißrussen	23,0	1921
in Deutschland Polen, Tschechen, Sorben	1,2**)	
	<u>33,8</u>	
Süd-Slawen: in Jugoslawien	Kroaten, Serben, Slowenen	11,5 1921
in Bulgarien	Bulgaren	4,5 1926
	<u>16,0</u>	
Nichtsovietistische Slawen also rund 50 Millionen.		Dazu kommen
Sowjetlawen: Großrussen	77,8	1926
Ukrainer	31,2	„
Weißrussen	4,7	„
Polen	0,3	„
	<u>rund 114,0</u>	<u>114,0</u>

*) Volkszählung 1921: „Tschechoslowaken“	8 760 937	Deutsche:
„Russen“	745 431	
Polen	75 853	3 123 568
	<u>9 582 221</u>	

**) Nach der deutschen Volkszählung von 1925 (Stat. Jb. d. Deut. Reich. 1929, S. 18) ergeben sich 896 141 slawische Inländer, eine Zahl, die sicher zu niedrig ist, vgl. folgende Ausführungen über Nationalitätenzählung. Jan Skala zählt demgegenüber 1 200 000 Polen (einschließlich „Wasserpolen“, Masuren, Kaschuben), 160 000 Sorben, 46 585 Tschechen, zusammen also 1 406 585.

Ebenso roh berechnet zählte man an Deutschsprechenden

		Mill. Deutsche	
in deutschen Staaten	Deutsches Reich	etwa	61,5
	Oesterreich	1923	6,5
	Danzig	etwa	0,3
			68,3
in vorwiegend deutschen Staaten	Schweiz		2,7
	Luxemburg		0,3
			3,0
in nichtdeutschen Staaten	ČSR	1921	3,1
	Polen	1921	1,1
	SHS	1921	0,5
	Elsaß		1,3
	Südtirol	1921	2,0
			8,0
zusammen etwa			81,0

Nicht berücksichtigt sind hierbei die Deutschen der sowjetistischen Wolgarepublik, die Deutschen und Ukrainer in Rumänien, die Polen in Litauen. Es stehen also, unter Zugrundelegung von Erhebungen der Jahre 1921 bis 1926, 34 Millionen Nordslawen und 16 Millionen Südslawen, das sind rund 50 Millionen Slawen in den europäisch-kapitalistischen Ländern und 114 Millionen Sowjet-slawen, rund 81 Millionen Deutsche gegenüber.

Die Bevölkerungsbewegung sowie starker, vorwiegend politisch bedingter Wanderungsaustausch — deutsch-polnischer und österreichisch-tschechischer — haben allerdings diese Ziffern bereits stark verändert. Die Vermehrung der verschiedenen Sprachgruppen erfolgt, den Beziehungen zwischen Zivilisationsstufe und Geburtenzahl zufolge, ganz ungleichmäßig. So zeigt als anschaulichstes Beispiel die ČSR mit ihrer mehr als 1000 km betragenden West-Ost-Ausdehnung in der Richtung des europäischen Kulturgefälles nach der Bevölkerungszählung von 1930 eine Gesamtvermehrung von 8,2 v. H. in 10 Jahren. Aber diese Vermehrung verteilt sich ganz verschieden auf die historischen Landesteile:

	Bevölkerung		Zunahme 1921/1930	
	1930	1921	Zahl	in Proz.
Böhmen	7 103 266	6 670 382	432 684	6,48
Mähren/Schlesien	3 562 957	3 335 152	227 805	6,83
Slowakei	3 329 717	2 997 048	332 669	11,10
Karpathorußland	725 294	604 593	120 701	19,96
ČSR	14 721 234	13 607 375	1 113 895	8,20

Die hochkultivierten liberal-westlerischen und in den Randgebieten stark von Deutschen besiedelten „alten“ Länder der böhmischen Krone zeigen eine Zunahme, die unter dem Gesamtdurchschnitt liegt. Die vorwiegend agrarische, streng katholische Slowakei hat bereits 11,1 v. H. Vermehrung, und das noch kaum zivilisierte ukrainische Karpathenland über das Doppelte des Landesdurchschnitts. Je höher die Zivilisation, desto größer der Geburtenrückgang. Ähnlich, wenn auch nicht mit ganz so schroffen Unterschieden, finden wir diesen Ost-West-Abfall der Geburten in Polen:

Im östlichen Staatsgebiet starke Geburtenziffern, hoher Geburtenüberschuß, im ehemals deutschen Westen das Gegenteil. Die genauen Ziffern — vgl. auch Karte 6 — ergibt für die

			in ‰	
			Geburten	Überschuß
Ostgebiete	Wojewodschaft	Wilno/Nowogrodek/ Polesie/Wolyń	36,7	19,5
Zentrum	„	Białystok/Lublin/ Kielce/Warszawa	32,0	15,4
Westen	„	Pomorze/Poznań/ Śląsk	29,1	13,9
Süden	„	Kraków/Lwów/Tarnopol/ Stanisławów	31,8	13,3

Der relativ niedrige Überschuß in Südpolen erklärt sich aus der hohen Kindersterblichkeit in den verelendeten, vor allem den ukrainischen Gebieten Ostgaliziens.

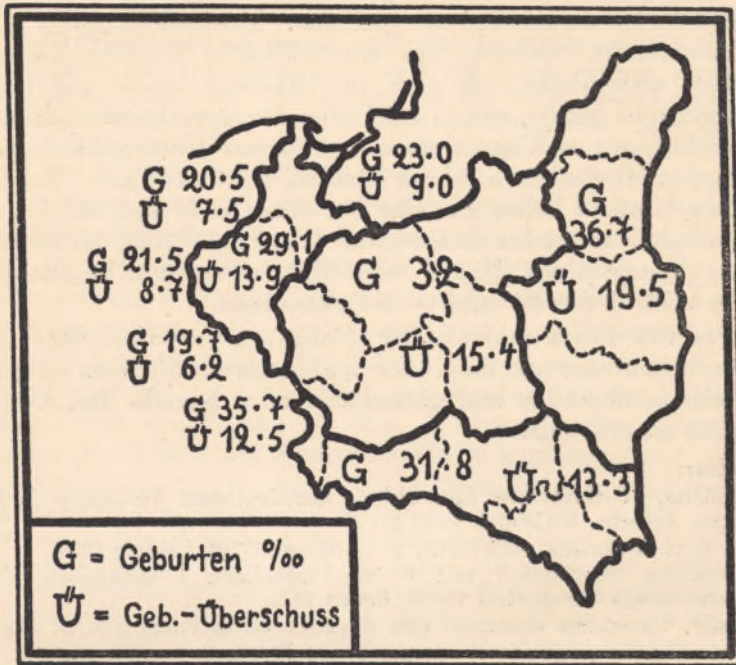
Diese Ost-West-Bewegung einer mit steigendem Zivilisationsgrad abnehmenden Geburtlichkeit zeigt sich deutlicher, wenn wir die an Polen grenzenden preußischen Provinzen in die Betrachtung mit einbeziehen:

		in ‰	
		Geburten	Überschuß
1927	Deutsch-Oberschlesien	25,7	12,5
„	Ostpreußen	23,0	9,0
„	Grenzmark	21,5	8,7
„	Pommern	20,5	7,5
„	Niederschlesien	19,7	6,2
„	Ganz Preußen	18,4	6,5
„	Deutsches Reich	18,4	6,4

Zweierlei geht aus diesen Übersichten hervor:

Daß zweifellos, vor allem durch die Bevölkerungsbewegung in der RP, ein starker Druck auf die deutschen Ostgrenzen ausgeübt wird, und daß innerhalb sowohl der RP wie der CSR die „nationalen Minderheiten“ slawischer Stämme in den östlichen Staatsgebieten sich rascher vermehren als die „Staatsvölker“ der Polen und Tschechen, der Prozentsatz also, rein biologisch, ständig zu deren Ungunsten verschoben wird.

Diese zweite Beobachtung nötigt uns aber zu betonen, daß es hier nicht auf rein biologische Vorgänge allein ankommt. Es taucht dabei nämlich ein Problem auf, das eigentlich schon die Voraussetzungen dieser Statistik berührt. Sowohl in der ČSR wie in der RP findet man in der „offiziellen“ Literatur das Bestreben, zu



Karte 6

R.P. Gesamtland	1930	79,1	Menschen pro qkm (Rocznik 1930 p. S. 598)
Litauen	1923	38,11	Memelgebiet 58,63
Deutsches Reich	1925	154,23	
Danzig	1824	202,74	

beweisen, daß es sich bei diesen beiden Staaten um „Nationalstaaten“ und nicht um „Nationalitätenstaaten“ handelt. Allerdings beweist schon allein das Aufwerfen dieser Frage die Zweifelhaftigkeit des erörterten Gegenstandes. Aber dieses Bestreben, das Vorhandensein des Nationalstaats zu „beweisen“, entspricht dem Interesse der herrschenden tschechischen bzw. polnischen bürgerlichen Klasse, die „Minderheiten“ als zahlenmäßig möglichst belanglos erscheinen zu lassen, um mit um so größerem „Recht“ vor der europäischen Öffentlichkeit ihre eigenen stark national gefärbten Klasseninteressen vertreten zu können.

Mit anderen Worten: Auf Grund national gefärbter Klassen-

interessen sucht eine bestimmte Schicht in den fraglichen Ländern den statistischen Ausdruck der Nationalitätenmischung zu verschleiern und durch politische Mittel zu ihren Gunsten zu ändern. Das aber gilt nicht etwa nur für die ČSR oder die RP. Wir finden dieses Bestreben in allen Ländern, die nationale Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen haben, sofern diese Minderheiten nicht wirklichen Minderheitenschutz genießen. Ein befriedigender Minderheitenschutz, vielmehr ein verwirklichtes Minderheitenrecht existiert aber bisher, wie auch der bekannte Osteuropaforscher Hoetzsch stets betont, nur in der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, wo es Klasseninteressen, die zur Unterdrückung von nationalen Minderheiten führen könnten, nicht mehr gibt. In allen anderen Ländern haben wir eine nur dem Grade und der Art der angewandten Methoden nach verschiedene Entrechtung der Minderheiten zugunsten des „Staats“- oder Mehrheitsvolkes. So also auch in der ČSR, in der RP und — in Deutschland.

Was von diesen zahlenmäßig erfassbaren Voraussetzungen der Minderheitenfrage und damit des Spannungsverhältnisses zwischen den sich berührenden und überschneidenden Sprach- und Kulturgebieten ist erkennbar?

Literatur:

- Burgdörfer, F. Natürliche Entwicklung des deutschen Volkstums in Europa. Zeitschr. f. Geopol. 1931, 211 ff.
- Diels, K. Die Slawen, Aus Natur u. Geisteswelt 740, Leipzig 1920.
- Doroschenko, Slavjanskij svit v jogo minuloma i sučasnom, Bibl. Ukrainskogo Slova, Heft 11-13. Berlin 1922.
- Dvorsky, Caractères communs aux pays slaves, in Pamiętnik II. Zjazdu słowiańskich geografów i etnografów w Polsce w r. 1927, zred. L. Sawicki, I, 38, Kraków 1929.
- Horra bin, Grundriß der Wirtschaftsgeographie, Wien-Berlin 1926.
- Keller, s. Kap. 2.
- Légrády, Gerechtigkeit für Ungarn, Pesti Hirlap, Budapest.
- Masaryk, Les slaves après la guerre, Praha 1923.
- Niederle, s. Kap. 2.
- Skala/Bogensee, Die nationalen Minderheiten im Deutschen Reich, Schriften z. europ. Minderheitenfrage Heft 1, Bautzen-Berlin 1929.
- Volkszählung in ČSR: 1921 in Stat. Uebersicht der Tsch.-Sl. Republ. Prag 1930, S. 8; 1930 in Wirtsch. u. Statist. 1931, 340.
- Volkszählung in Deutschland 1925: Statist. Jahrb. d. Deut. Reichs 1929, 18.
- Volkszählung in Polen: Rocznik Statystyki Rzeczyposp. Polskiej, Warszawa 1930, S. 16 ff.

8. Das Problem der Nationalitätenstatistik

Um mit Deutschland zu beginnen: Die Verfälschung der Minderheitenziffern zugunsten des Mehrheitsvolkes ist keine Erfindung der Nachkriegszeit. Schon 1848 kreidete Karl Marx in seiner Zeitung dem Berichterstatter des Frankfurter Parlaments, dem Historienschreiber Stenzel, an:

„Herr Stenzel rechnet heraus, daß 1843 im Großherzogtum (Posen) 790 000 Polen, 420 000 Deutsche und fast 80 000 Juden wohnten, zusammen fast 1 300 000 Einwohner. Der Behauptung des Herrn Stenzel stehen die polnischen Behauptungen, unter anderen des Erzbischofs Przyluski, entgegen, wonach weit über 800 000 Polen und, nach Abzug der Juden, Beamten und Soldaten, kaum 250 000 Deutsche in Posen leben“.

Wir sehen aber nicht nur rein ziffernmäßige Unterschiede von erheblicher Bedeutung in der Beurteilung der nationalen Verhältnisse, je nach der Nationalität des Berichterstatters. Wir sehen weiter, was uns Marx ebenfalls aus dem Frankfurter Bericht zitiert und kommentiert, daß die Posener Juden zur Verbesserung der deutschen Nationalitätenstatistik damals genau so „verwertet“ wurden, wie das heute die Tschechen mit der Zählung der „jüdischen Nation“ und die Polen mit den „Polen mosaischen Glaubens“ machen. Marx läßt erst Stenzel zu Worte kommen:

„Die Juden in dem Großherzogtum sind allen zuverlässigen Angaben nach durchgehends Deutsche und wollen es auch sein... Die religiöse Toleranz, welche ehemals in Polen vorherrschte, sowie mehrere Eigenschaften, welche den Polen abgingen, haben den Juden seit Jahrhunderten einen tiefeingreifenden (in die Geldbeutel der Polen nämlich. M.) Wirkungskreis in Polen gegeben. In der Regel sind sie beider Sprachen mächtig, obgleich sie in ihren Familien, wie von Jugend auf ihre Kinder, deutsch sprechen.“

Dann fährt Marx fort:

„Die unerwartete Sympathie und Anerkennung, welche die polnischen Juden in der letzten Zeit in Deutschland gefunden, hat hier ihren offiziellen Ausdruck erlangt. Verrufen, so weit der Einfluß der Leipziger Messe reicht, als der vollständigste Ausdruck des Schachers, der Filzigkeit und des Schmutzes, sind sie plötzlich deutsche Brüder geworden; Herr Stenzel reklamiert sie im Namen der deutschen Nation als Deutsche, welche auch Deutsche sein wollen. Und warum sollten die polnischen Juden keine echten Deutschen sein? Sprechen sie nicht in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder, deutsch? Und welches Deutsch noch obendrein! Wir machen übrigens Herrn Stenzel darauf aufmerksam, daß er auf diese Weise ganz Europa und halb Amerika, ja einen Teil von Asien reklamieren kann. Deutsch ist bekanntlich die jüdische Weltsprache“.

So war es 1848. Dachte Ludendorff 1915 anders, als er sich mit dem bekannten Aufruf an seine „geliebte Jidden in Paulen“ wandte?

Und wie ist es heute in Deutschland?

Derjenige Bundesstaat des Deutschen Reiches, in dem nationale

Minderheiten wohnen, ist, wenn wir von den Oberlausitzer Sorben im Freistaat Sachsen absehen, Preußen. Ueber „die fremdsprachige Bevölkerung im Preußischen Staate“ liegt eine umfangreiche, mit weitausholender Theorie über nationalitäten-statistische Erhebungsmethoden gewürzte Arbeit von Regierungs- und Volkswirtschaftsrat Dr. Karl Keller aus dem Jahre 1926 vor. Diese Arbeit ist, trotz ihres streng wissenschaftlichen Gewandes, eine Verteidigungsschrift für die Ideologie des nationalpolitischen deutschen Bürgertums, in der einesteils ständig behauptet wird, daß „der Staat ebensowenig wie mittels Bauernsiedlung, mittels der Schulen eine bewußte Germanisierung betrieb“ (S. 166), anderenteils die Methoden der preußischen Nationalitäten-Statistik gerechtfertigt werden.

In der preußischen Statistik, und von da übernommen in die Statistik des Deutschen Reiches (vgl. Stat. Jahrb. d. Deutsch. Reich. 1929, S. 18!) gibt es einen ebenso merkwürdigen wie bedeutungsvollen Begriff: Den des Menschen mit doppelter Muttersprache. Und demzufolge werden nun gezählt etwa: Personen mit deutscher, solche mit polnischer und solche mit — deutscher und polnischer „Muttersprache“. Bei der Summierung könnte nun zweifelhaft bleiben, ob die Personen mit „doppelter“ Muttersprache als Deutsche oder als Polen ihrer Nationalität nach gezählt werden sollen. In der Tat aber bleibt das gar nicht zweifelhaft. Vielmehr zählt die deutsche Statistik diese Personen als Deutsche, die polnische dagegen, wie Keller selbst beklagt, unter Anwendung „ihrer bekannten Kunstgriffe“ (S. 168) als Polen. Nun, diese Kunstgriffe haben die Polen, wie man im Jahre 1848 beispielsweise beobachten konnte, von den preußischen Eroberern gelernt, die seit dem Jahre 1773 den polnischen Osten zu germanisieren, besser zu prussifizieren begannen, was auch Keller nicht entkräftet, wenn er, sicher guten Glaubens, beteuert:

„Es sei hier nochmals ausdrücklich wiederholt, daß das Preußische Statistische Landesamt niemals den Versuch gemacht hat, die Zählungen in deutschem Sinne zu färben“ (S. 167).

Die Zählungen brauchten nämlich gar nicht gefärbt zu werden, das sei dem Statistiker Keller gern zugestanden. Vorbeeinflusst war bereits das zur Auszählung kommende Zahlenmaterial. Wenn nämlich einem Menschen von Jugend auf eingeprägt wird, es gäbe nur „tüchtige Deutsche“ und „polnische Schweine“, so bewirkt das eine gewisse Beeinflussung der Gehirne derer, die sich in statistischen Fragebogen zu erklären haben. Die politischen Herrschaftsverhältnisse mit anderen Worten beeinflussen den Ausfall der Statistik, da es aus ökonomischen Gründen stets opportun war und ist, unter deutscher Herrschaft ein „Deutscher“ — wie



Bild 9. Polnisch-Oberschlesien. Królewska Huta—Königshütte



Bild 10. Blick auf Łódź



Bild 11. Bohrtürme in der Petroleumstadt Boryslav



Bild 12. Arbeiterwohnungen in Boryslav

nunmehr in den polnisch gewordenen Ländern ein „Pole“ zu sein.

Weiter entsteht ein absichtlich unklar gehaltenes Bild von der Eigenart der deutsch-slawischen, genauer der deutsch-polnischen Mischzone in Ostdeutschland dadurch, daß die preußische Statistik einen Unterschied macht zwischen Polen, Kaschuben und Masuren, wozu gelegentlich noch die Behauptung tritt, die oberschlesischen Polen seien gar keine „Polen“, sondern „Wasserpollacken“, denen erst allmählich und soweit möglich — nach Keller (S. 166) durch die Bemühungen der preußischen Schulverwaltung ab 1848 — Hochpolnisch beigebracht werden mußte. Nun ist eine Erörterung dieser Nationalitätenspaltung an sich von rein theoretischer Bedeutung und also reichlich uninteressant, sofern wir nicht die Vorgänge als Teile eines geschichtlichen Prozesses untersuchen. Die dem Statistiker naheliegende und für seine Arbeit sogar notwendige Fixierung der Begriffe, wie etwa der Begriffe „Deutscher“ und „Pole“ ist etwas, was dem geschichtlichen Denken, das Entwicklung zu erfassen sucht, zuwiderläuft. Der „Pole“ unter deutscher Herrschaft wird zu einer anderen Erscheinung als der „Pole“ unter polnischer Herrschaft. Keller selbst sagt unter Berücksichtigung der von ihm verarbeiteten Wahlstatistik: „Je höher der soziale Stand der Bevölkerung, desto mehr deutsche Stimmen“ (S. 168). Ganz natürlich, weil nämlich ein „Pole“ in Deutschland nichts „werden“ konnte, andererseits auch die höhere und frei entfaltete Bürgerkultur des Westens der des unterdrückten Polentums überlegen sein mußte; so germanisierten sich die aufstrebenden Köpfe, sofern sie keine eigene Wirtschaftsbasis hatten wie polnische Güter, polnische Unterstützungskassen, polnische Banken, polnische Genossenschaften.

Bei solch einer Betrachtung der Dinge bietet auch die sogenannte Kaschubenfrage etwa ein erheblich anderes Bild als es die Zahlen der Statistik vermitteln. Das „nationale“ Bewußtsein der Kaschuben*) war immer sehr fragwürdig. Warum? Weil es kein kaschubisches Bürgertum gab — aus Gründen, die sich aus der Geschichte des Kaschubenlandes ergeben: Eroberung durch den Ritterorden, Repolonisierung während der polnischen Zeit bis 1772, dann Verwaltung durch deutsches Beamtentum ohne Kenntnis der Sprache und Sitten des Landes. Den Polen, nämlich der national bewußten polnischen Oberschicht in Deutschland, war es schon stets recht peinlich, daß die Kaschuben nach wie vor den Deutschen Land verkauften, als sich bei den Polen infolge der nationalen Propaganda längst der Grundsatz „Swój do swego“ — der Lands-

*) Bewohner des zwischen der heutigen pommerschen Grenze und dem Freistaat Danzig liegenden „Korridor“-Gebietes.

mann dem Landsmann, also nur Polen an Polen — für Landverkäufe durchgesetzt hatte. Durch den wirtschaftlichen Niedergang des Landes hatte sich ein bäurischer Dialekt entwickelt, das „Kaschubische“, das vom Hochpolnischen abweicht wie etwa das Plattdeutsche vom Hochdeutschen. 1339 aber schrieb der Archidiakonus Mathias von Plock: „Eine und dieselbe Sprache herrscht in Pommern und Polen, denn alle dort wohnenden Menschen sprechen polnisch.“ Der beste national-deutsche Kenner der Kaschubenfrage, Lorenz in Danzig, meint dazu, der Archidiakonus „wird nur die Kultursprache im Auge gehabt haben. Uebrigens waren Polnisch und Kaschubisch dem Klange nach damals wohl noch einander sehr ähnlich“ (S. 150). Und er selbst, der durchaus den Standpunkt vertritt, die Kaschuben seien keine Polen, sondern eben ein eigenes Volk, erwartet, daß nach dem Herrschaftswechsel von 1920 „auf dem Wege des Unterrichts die Vereinigung mit Polen dem Kaschubischen und den Kaschuben den Untergang bringt“ (S. 149). So die deutsche Ansicht. Uebrigens haben die Kaschuben für kirchliche Handlungen immer die polnische Sprache verlangt und die Verwendung des Kaschubischen als Entweihung des Gottesdienstes empfunden.

Von polnischer Seite werden daher die Kaschuben als „Polen“ beansprucht, ebenso wie die Masuren, unter Hinweis darauf, daß sich jeder hochpolnisch sprechende Warschauer Gebildete mit den Kaschuben genau so verständigen könne wie mit den Goralen, den südpolnischen Bergstämmen in Tatra und Beskiden, denen niemand ihre Zugehörigkeit zum polnischen Volk abspreche (Smogorzewski S. 27). Man sieht, wie das Hin und Her der gegensätzlichen Auffassungen einen ausgesprochen politischen Hintergrund hat, Gebietsansprüche der jeweils Herrschenden volkskundlich zu „rechtfertigen“, und daß demzufolge das Ergebnis der Statistik in hohem Maße von den politischen Machtverhältnissen in den strittigen Gebieten abhängt. Daß der Begriff der „Doppelsprachigkeit“ eine bestimmte politische Bedeutung hat, mindestens neuerdings gewonnen hat, gibt Keller selbst zu:

„Die Eintragung der doppelten Muttersprache ist nichts weiter als der Protest gegen die mißbräuchliche Auslegung, welche die Feinde Deutschlands und die großpolnischen Agitatoren der Eintragung der polnischen Muttersprache gegeben haben, indem sie diese für ein Bekenntnis zur polnischen Nationalität und zum polnischen Staate ausgaben. Indem unsere Oberschlesier und unsere Masuren sich als doppelsprachig eintrugen, wollten sie erklären: wir sind Menschen, die zwar zu Hause und mit unseren Kindern auch polnisch oder masurisch sprechen, aber wir fühlen als Deutsche und als zugehörig zur deutschen Kultur, und wir protestieren dagegen, daß man uns den Wunsch unterschiebt, vom Deut-

schen Reiche losgerissen und dem polnischen Staate angegliedert zu werden“ (S. 170).

Ist demgegenüber nicht die Kritik des Minderheitenvertreters Jan Skala absolut verständlich und gerechtfertigt, wenn er meint, die Kellersche Beweisführung diene

„nur der gegen die nationalen Minderheiten in Deutschland gerichteten, in ein wissenschaftliches Mäntelchen gekleideten Propaganda“ (Kulturwehr 1927/103)?

Statistische Konstruktionen, mit Hilfe deren bestimmte politische Klasseninteressen eines an möglichstster Ausdehnung seines Machtbereichs interessierten, aber auf „Rechtfertigung“ dieser Ansprüche vor der europäischen Öffentlichkeit wertlegenden Staates verfochten werden, finden sich in der RP und der ČSR genau so. Wir haben einige Beispiele aus Deutschland vorangeschickt, um dem Einwand zu begegnen, bei uns komme „so was“ natürlich nicht vor. Es kommt vor. Die immerhin gut eine Million zählenden sprachlichen Minderheiten im Deutschen Reich haben keinen einzigen parlamentarischen Vertreter in Preußen und im Deutschen Reichstag. In der ČSR aber erregt es die Deutschen sehr, daß durch die geschickte, in tschechischem Interesse vorgenommene Einteilung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke nur zwei von diesen in ganz Böhmen mit seiner starken und bis 1918 fast ungemischt deutschen Randbevölkerung rein deutsche Verwaltung haben (Karlsbad und Böhmisches Leipa), während in allen anderen auch bei sehr beträchtlichen deutschen Minderheiten durch Zusammenschlagung mit tschechischen Wohngegenden das Deutschtum böswillig bedroht werde. Durch Eingemeindung, sogenannte Agglomeration, von tschechisch sprechenden Vororten werde die deutsche Stadtverwaltung hier und da zerstört — richtig. Keineswegs zu begrüßen von dem, der den Standpunkt teilt, jeder Mensch habe das Recht, beim Gebrauch seiner Muttersprache nicht Nachteilen wirtschaftlicher und politischer Art ausgesetzt zu sein. Es sind aber überall dieselben Kräfte am Werk, um die Statistik im jeweiligen Herrschaftsinteresse zu vergewaltigen, nur hier und da geschickter und politisch „loyaler“, da und dort weniger geschickt und daher leichter kritisierbar. Wenn bei der letzten Volkszählung in der ČSR (1930) die „Juden“ als eigene Nationalität aufgeführt wurden, war das offenbar eine besondere Loyalität und entsprach im übrigen einer Forderung der Zionisten. Da aber die meisten Juden deutsch oder jiddisch sprechen, in diesen Fällen ihre Kinder also auf deutsche Schulen schicken würden, wenn welche da wären, diese ihre Kinder aber bei Sonderzählung der jüdischen Nation als „deutsche“ Kinder ausfallen, so fehlen diese Kinder bei der Zähl-

lung derjenigen, die für Errichtung bzw. Erhaltung einer deutschen Minderheitsschule notwendig sind. Deutsche Gruppen der fraglichen Zählbezirke haben dann nicht genug Kinder für deutsche Klassen oder Schulen, das Obsiegen der tschechischen Schule ist gesichert. So sieht die „Loyalität“ in der Praxis aus.

Das Beispiel wird hier nicht erwähnt, weil es sich zufällig gegen die Deutschen wendet. Sondern um zu zeigen, wie unter dem Schein völliger Demokratie dennoch nationalpolitische Absichten des Mehrheitsvolkes, der „Staatsnation“ durchgesetzt werden können, um so lautloser, je geschickter man operiert — und jedermann, der sachkundig und nicht voreingenommen ist, wird die zähe Geschicklichkeit tschechischer Politik anerkennen müssen.

Schon bei den Vorbereitungen zur Staatsgründung, in dem berühmten *Mémoire III*, das die Tschechenführer der Friedenskonferenz vorgelegt haben, finden sich falsche statistische Angaben. Um die deutschen Randgebiete Böhmens und Oesterreichisch-Schlesiens dem neuen Staat zu gewinnen, wurde unter anderem behauptet, daß sich im nördlichen und nordwestlichen Böhmen, das von 2 467 724 Deutschen (nach der österreichischen Statistik von 1910) bewohnt war, „große Inseln tschechoslowakischer Bevölkerung“ befänden.

„Zur Zeit leben in der stärksten Gruppe, in der von Eger-Saaz, wo die Deutschen fast eine Million zählen, zugleich auch mehr als 300 000 Tschechen... im allgemeinen erreichen die (tschechischen) Minderheiten 30 bis 35 v. H. (Uebersetzung der „Bohemia“, 10./19. März 1920).

Wie war der wahre Sachverhalt? Tschechische Inseln gab es dort und gibt es dort nur in ganz geringem Umfange, wohl tschechische Minderheiten. Dagegen gibt es große deutsche Sprachinseln im tschechischen Gebiet, deren Existenz den nichtsahnenden Staatsmännern der Pariser Konferenzen verschwiegen wurde. Die Ziffern selbst sind auch unrichtig. Die österreichische Statistik von 1910 gibt, wie Hassinger nachgerechnet hat, für 36 Bezirke des Nordens und Nordwestens von Böhmen 1 878 000 Deutsche und 122 000 Tschechen an (94 : 6 v. H.). Dazu kommt, daß selbst die von den Tschechen 1918 angegebenen 300 000 nur 23 v. H., niemals 30 bis 35 ergäben. In 90 v. H. aller deutschen Gemeinden Böhmens blieb der Prozentsatz der Tschechen unter 10 v. H., nur 5 v. H. hatten Minderheiten von über 20 v. H., 1900 sogar erst 1,56 v. H. (Hassinger S. 583-585).

Der klassenpolitische Mißbrauch der Zahlen, in diesem Falle zugunsten der neuen tschechischen Bürgerherrschaft, ist damit klar erwiesen.

Wie steht es damit in der RP? Polen ist ein Staat, in dem 30 v. H. der Bevölkerung zu den Minderheiten gerechnet werden

muß. Und welche Bedeutung haben diese Minderheiten politisch? Außer der deutschen Minderheit, die über ein eigenes Bürgertum verfügt, die also einen gewissen Einfluß ausüben kann, im Grunde gar keinen. Polnisch ist die Staatssprache, polnisch die Sprache der Verkehrsbeamten, polnisch die Armeesprache, polnisch die Gerichte — wer aber hätte in Deutschland ein Recht, sich darüber zu entrichten, solange nicht jeder deutsche Staatsbürger mit polnischer Muttersprache in den Grenzkreisen Bomsst oder Flatow mit immerhin 20 v. H. erreichenden Minderheiten, die 1925 polnisch oder polnisch und deutsch als Muttersprache angaben, vor Gericht in seiner Muttersprache reden darf?

In der polnischen Statistik gibt es bezeichnenderweise nur eine sehr unzureichende Erörterung der Nationalitätenfrage. Das statistische Jahrbuch der Polnischen Republik, der Rocznik Statystyki Rzeczypospolitej Polkiej, läßt im allgemeinen nur aus der Gruppierung der Konfessionen gewisse Rückschlüsse auf die Nationalitätengruppierung zu. Stellen wir die Ergebnisse der amtlichen Darstellungen und der privaten Ermittlungen einander gegenüber, so zeigt sich eine erhebliche Differenz, die entsprechend den durch nationale und zivilisatorische Unterschiede bedingten Vermehrungsunterschieden (vgl. Kap. 7) zwischen dem Osten und Westen des Landes mit der Zeit noch verstärkt werden dürften:

	Struktur der Volksgruppen in Polen, in absoluten Ziffern, nach Mornik, Polens Kampf gegen seine nationalen Minderheiten S. 25.			
	Poln. Stat. v. 30. 9. 21.	letzte österr. bzw. deutsche oder russ. Zähl. 1910 oder 1897	Eig. Berechnung	
			für 1921	für 1928
Polen	18 811 550	15 206 374	16 361 101	17 814 094
Ukrainer	3 878 000	4 880 312	4 895 992	5 772 700
Weißrussen	1 057 000	1 704 520	1 600 000	2 137 500
Großrussen	48 920	408 400	80 000	100 000
Litauer	72 000	66 610	72 000	82 668
Kassuben	—	104 464	130 000	140 000
Masuren	—	8 896	9 000	10 000
Tschechen	30 632	8 718	30 632	34 000
Juden	2 123 000	3 155 077	2 771 949	2 900 000
Deutsche	1 036 000	2 188 683	1 542 600	1 122 000
Andere	121 555	129 797	—	—
	27 192 674	27 861 851	27 492 674	30 212 962 *)

*) nach Kwartaln. stat. V, 3, 1928, S. 1316

Erheblich übersichtlicher gestaltet sich diese Tabelle, wenn man sie nach Prozenten auszählt (Mornik S. 26); es ergeben sich dann für die vier Spalten:

	RP 1921	Vorkriegszählung 1910/1897	Mornik für 1921	Mornik für 1928
Polen	69,2	54,6	59,5	59,3
Ukrainer	14,0	17,5	17,8	19,1
Weißrussen	3,9	6,1	5,8	7,1
Großrussen	0,2	1,5	0,3	0,3
Litauer	0,3	0,2	0,2	0,2
Kassuben	—	0,4	0,5	0,5
Masuren	—	0,1	0,1	0,1
Tschechen	0,2	—	0,1	0,1
Juden	7,8	11,3	10,1	9,6
Deutsche	3,8	7,8	5,6	3,7
Andere	0,6	0,5	—	—
	100,0	100,0	100,0	100,0

Bei der Zahl der Ukrainer in Ostgalizien ist zu bedenken, daß die Zählung auch schon unter österreichischer Herrschaft der Willkür der Polen ausgesetzt war (Mornik S. 26). Jedenfalls zeigen sich die großen Differenzen der amtlichen Angaben vor allem bei den großen Minderheiten der Ukrainer, der Juden und der Weißrussen, während der Prozentsatz der Deutschen wirklich sehr zurückgegangen ist. Der polnische Sozialdemokrat Leon Wasilewski rechnet sogar rund 6 Millionen Ukrainer, 2 Millionen Weißrussen, 2,8 Millionen Juden, 1,2 Millionen Deutsche, 0,1 Million Litauer für 1928 (Sprawy narodowościowe, vor allem S. 87 ff., erschienen Januar 1929).

Diese starken und ja schließlich mit keiner statistischen Verschleierung wegzudiskutierenden Minderheiten machen der nationalpolitischen Verwaltung arge Sorgen. Um wenigstens das prozentuale Ueberwiegen der Polen in den Verwaltungseinheiten sicherzustellen, wird daher in letzter Zeit eine Umorganisierung der Wojewodschaften in fünf große Einheiten erwogen, derart, daß in jeder dieser Einheiten polnische Mehrheiten vorhanden sind (nach Illustr. Kurjer Codzienny, Kraków, bearbeitet in „Die Kommenden“, 31. Mai 31). Das durchgeführt, ergäbe für die Teilgebiete:

Wojewodschaft	Einwohner	Polen	Juden	Ukrain.	WeißR.	Deut.
Masovien (Warszawa)	5 498 598	67	14	9	7	2
Großpolen (Poznań)	4 896 795	86	2			12
Oberpolen (Kraków)	6 859 978	72	4	18		5
Kleinpolen (Lwów)	6 785 379	58	8	32		0,5
Niederpolen (Wilno)	3 135 967	66	10		22	

DIE WIRTSCHAFTLICHEN KRÄFTE DES VON NICHTPOLNISCHEN VOLKSGRUPPEN BEWIEDELTEN TERRITORIUMS



ZEICHENERKLÄRUNG




über 650 kg	Getreideerträge
450-550 "	je Kopf der Be-
350-450 "	völkerung
250-350 "	
unter 250 "	



mehr als 30 % der Gesamtfläche
25 - 30 % Waldbestand
20 - 25 %
15 - 20 %
unter 15 %

Grenze zwischen den sogen. Westlichen-, Zentralen-, Südlichen und Östlichen Wojewodschaften.


 Spiritus
 Zucker
 Vieh
 Pferde
 Schafe
 Schweine

P Petroleum
K Steinkohle
E Eisenhütten-Industrie
N Zink

Die Größe der Buchstaben entspricht der Menge. Die Zeichen für Pferde, Schafe, Schweine, Vieh und für Petroleum gelten für die entsprechende Woiwodschaftsgruppe.

Karte 7

Aus Mornik, Polens Kampf gegen seine nicht polnischen Völkergruppen S. 51
Vergleiche hierzu für die nationalen Überschneidungen Karte 2, Seite 11

So könnte das Land dann als überwiegend „polnisch“ hingestellt werden, das Ziel des „Nationalstaats“ wäre „erreicht“, zugunsten der Machtansprüche des polnischen Bürgertums. Dieses braucht die vorwiegend, zum Teil ausschließlich von Nichtpolen bewohnten oder mindestens national umstrittenen Randgebiete als — Rohstoffbasis für die Wirtschaft der neuen Republik (vgl. Karte 7).

Es ist also immer das gleiche. Und so bestätigt sich, daß weder die Nationalitätenstatistik noch das äußere Bild der Städte etwas Maßgebliches für die wirkliche kulturelle oder politische Verfassung der fraglichen Länder beweist. Denn außer in der Sowjetunion wird etwa Zwei- oder Mehrsprachigkeit des öffentlichen Lebens nirgends freiwillig, sondern stets nur da durchgeführt, wo sie durch die Friedensverträge den betreffenden Staaten abgenötigt wurde. Der Deutsche ist häufig geneigt, die unerfreulichen Erscheinungen in den nationalen Mischgebieten der neuen Staaten als eine vorwiegend gegen das Deutschtum gerichtete Maßnahme anzusehen. Daher sei nochmals daran erinnert, daß man bei einer Bereisung der deutschen, polnisch durchsetzten östlichen Grenzmarken Deutschlands als nichtsahnender Reisender ebensowenig etwas von dem Vorhandensein polnischer Minderheiten im äußeren Bilde der Siedlungen erkennen kann wie in der Nieder- oder Oberlausitz etwas von der sorbischen Minderheit. Man darf daher wohl kaum die höfliche Frage wagen, was in der deutschen Öffentlichkeit passieren würde, wenn etwa in einem tschechisch-mährisch sprechenden Dorf des Kreises Leobschütz ein Antrag gestellt werden würde, zur Ehrung des großen Mährers eine Straße als Ulica Masarykowa zu benennen, oder wenn im westpreußischen Kreise Stuhm, wo 1925 14,94 v. H. polnisch sprechende und 11,02 v. H. polnisch und deutsch sprechende Bewohner gezählt wurden, also 25,96 v. H. Beziehungen zur polnischen Kultur haben könnten, wenn dort die polnischen Mitbürger deutscher Nationalität zur Erinnerung an die freiheitliche Verfassung des alten Polens vom 3. Mai 1791 eine Ulica trzeciego Maja beantragen würden.

Im Gegenteil: Man würde in weiten Kreisen, abgesehen von der nationalen Entrüstung über die mährischen Gäste in Deutschland — die beiläufig aus der vorpreußischen Zeit Schlesiens oder auf Grund der Kolonisationstätigkeit Friedrichs II. in den Kreisen Leobschütz und Ratibor sitzen —, und über die „frechen Pollaken“, harmlos erstaunt fragen: Wer ist eigentlich Masaryk und was bedeutet der dritte Mai?

Und so dürfte es an der Zeit sein, sich ein wenig mit der geschichtlichen Ueberlieferung unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn zu befassen, nicht nur mit der Geschichte der Polen und Tschechen, sondern auch mit der Entwicklung und dem Schicksal der in der RP und der ČSR wohnenden nichtdeutschen Minderheiten.

Literatur:

Hassinger, Die Tschechoslowakei. Ein geogr., polit. u. wirtsch. Handbuch, Wien, Leipzig, München 1925.

Keller, s. Kap. 2.

Lorenz, Geschichte der Kaschuben, Berlin 1926.

Mornik, Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Völkergruppen, Berlin-Leipzig 1931.

Oberschall, Die Nationalitätenfrage in der Tschechoslowakei, mit Sprachenkarte, Prag 1927.

Skala, Das System der Minoritätenstatistik Deutschlands, Kulturwehr 1926 146 ff., 293 ff., auch 510.

Skala, Die amtliche Statistik der nationalen Minderheiten im Preußischen Staate, Kulturwehr 1927, 49 ff. u. 97 ff.

Smogorzewski, La Pologne, l'Allemagne et le „Corridor“, Paris 1929.

Voigt, Polnischer Brief, Die Kommenden, 1931, S. 254.

Wasilewski, Sprawy..., s. Kap. 3.

Zweiter Teil

Geschichte des polnischen Kulturkreises

9. *Klassenkämpfe und Kultur im alten Polen bis 1772*

Wer die Hauptstadt des Deutschen Reiches nur von ferne kennt, hat immerhin Namen wie Friedrichstraße, Wilhelmstraße, Taentzienstraße, Kurfürstendamm gehört. Und wer mit einem alten Stadtplan bewaffnet, sich in Berlin zu orientieren sucht, geht in die Irre, bevor er bemerkt hat, daß es neuerdings, unter dem Einfluß der jüngsten deutschen Geschichte, eine Paul-Singer-, eine Friedrich-Ebert-, eine Stresemann-Straße gibt.

In Oesterreich gibt's dafür Maximiliangassen, Habsburger Straßen, Franz-Joseph-Plätze, Straßen, die an Maria Theresia und die Türken erinnern; man wandert durch Schubert- und Mozart-Gassen, wie in Deutschland durch Goethe- und Schiller-, Hegel- und Wagnerstraßen.

Je nach der Verbreitung des „nationalen“ Kulturgutes wird es wohl im deutschsprachigen Gebiet kaum jemand geben, der nicht mit den Namen von Schiller und Goethe, von Mozart und Wagner bestimmte Begriffe verbindet, und, wenn nicht mehr, so jedenfalls weiß, daß es „große Dichter“ oder „große Musiker“ waren. Andererseits sorgen die Schulen dafür, daß auch in der deutschen und österreichischen Republik niemand vergißt, wer der „große“ Kurfürst und Wilhelm und Bismarck und Maximilian und Franz Joseph waren.

Wo der Deutsche seinen Einfluß durchgesetzt hat, auch außerhalb seines Siedlungsgebietes, begleiteten ihn die Namen der deutschen Geschichte. In dem einst vorwiegend deutschen Olmütz in Mähren ging man früher vom Bahnhof durch die Franz-Joseph-Straße und die Elisabethgasse zum Rathausplatz. Heute liest man in Olomouc an den Schildern dieser Straßen *Třída českých legií* und *Štefanikova třída*. Tschechische Legion? Schtefanik? Was bedeutet das?

In Prag kommen wir, von Dresden aus, am Franz-Joseph-Bahnhof an, nach dem treuen Baedeker (von 1913). Am Bahnsteig aber lesen wir: Praha-Wilson. Und vor dem Wilsonovo nádraží, dem Wilsonbahnhof, steht das Denkmal Woodrow Wilsons. Am Vrchlicky-Park entlang kommen wir zum Wenzels-Platz, dem Václavské náměstí, zum Jungmann-Platz, zum Riegerufer, zum Palacky-Denkmal. Wilson, den kennen wir. Wir ahnen auch, daß sein Denkmal vor dem Prager Bahnhof steht, weil er entscheidend an der Begründung des tschechoslowakischen Staates mitwirkte. Aber Vrchlicky, Wazlaw, Jungmann, Rieger, Palatzky — wer waren sie? Wer weiß es im deutschen Sprachgebiete?

Bild 38
Seite 145

Bild 40
Seite 160

Wir fahren nach dem früher deutschen Posen. Statt der Großen Berliner Straße finden wir eine ulica Dąbrowskiego, statt der Berliner Straße eine ulica 27. grudnia, wir finden einen Kościuszko-Wall und eine Aleja Marcinkowskiego; wir finden in Kraków und anderen polnischen Städten einen Plac Matejki, eine Aleja Mickiewicza, Słowackiego, Krasińskiego — alles in Deutschland unbekannt, obschon der 27. Dezember (1918 nämlich, der Tag des Posener Polenaufstandes) und der Name von Marzinkowski (dem Gründer des „Vereins zur Unterstützung der lernenden Jugend“, mit dem 1840 die polnische Vereinsbildung in Preußen begann), schließlich auch mit der deutschen Geschichte einiges zu tun haben. Von Kościuszko, dem Revolutionär von 1774, von Dąbrowski (sprich Dombrowski), dem Gründer der ersten polnischen Legionen um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, dem ideologischen Vorläufer Piłsudzkis, von dem bedeutenden Maler Jan Matejko, von den großen und in der nationalen Bewegung führenden Dichtern Mickiewicz, Słowacki und Krasiński (sprich Mizkiewitsch, Suawazki) weiß fast niemand bei uns.

Bild 41
Seite 17

Die Namen der geistigen Führer der Ukraine, Schewtschenko, Dragomanow, Hruschewski — nie gehört. Die Geschichte der Millionen des osteuropäischen Judentums — allenfalls in zionistischen Kreisen erörtert. Weißrußland — ein vager Begriff. Und doch alles Probleme, die im Gebiet unserer unmittelbaren Nachbarn eine erhebliche Rolle spielen.

Nun mag ohne weiteres zugestanden werden, daß etwa die Dichtungen des Mickiewicz, eines Sohnes der Romantik, 1798 bis 1855, für das heutige Polen nur noch traditionelle Bedeutung haben und selbst von den Gebildeten wahrscheinlich ebensowenig gelesen werden wie etwa in Deutschland die Dichtungen von Wieland, obschon er zu den deutschen „Klassikern“ zählt. Geschweige, daß der polnische Bauer oder Industrieproletarier Beziehungen zu dieser Literatur „seines“ Volkes hat. Ebenso, wie

Bild 7
Seite 33

unzählige Straßenschilder in der ČSR an den großen tschechischen Pädagogen Komenský (Comenius, 1592—1670) erinnern, ohne daß dieser Name für die breiten Massen des tschechischen Volkes irgendeine lebendige Bedeutung hätte. Dennoch aber spielen die Einflüsse nationaler Ueberlieferung der jeweils in den verschiedenen Zeiträumen herrschenden Klasse in den nach dem Weltkrieg neu oder wieder errichteten Staaten insofern eine besondere Rolle, als vielfach die staatspolitischen, vor allem die räumlichen Ansprüche der Staaten mit geschichtlichen Hinweisen begründet worden sind und begründet werden. Auf diesem indirekten Wege gewinnt die Geschichte aktuelle Bedeutung und für uns nachbarliches Interesse.

So, wenn die Grenzen des „alten Polenreichs“ von 1771 den Rahmen für die Gebietsansprüche der polnischen Nationalisten während des Weltkriegs boten. Diese Herrschaftszone des „alten“ Reiches war entstanden aus der dynastischen Verschmelzung des polnischen Königreichs mit dem großlitauischen Gebiet, durch die Heirat Jagiellos von Litauen mit Hedwig von Polen (1386), ein politischer Zusammenschluß, der seine endgültige staatsrechtliche Bestätigung in der sogenannten Lubliner Union 1569 fand. Die Anfänge dieses großpolnischen Reiches gehen auf eine Staatenbildung zurück, die während des neunten Jahrhunderts im Stromgebiet der Weichsel entstand, jenes großen Flusses, der heute wieder von der Quelle bis zur Mündung ein polnischer Strom ist; denn der Freistaat Danzig, in dem die Weichsel mündet, liegt ja innerhalb des polnischen Zollbereichs.

Unter Miesko I. (966) beginnt, zu einer Zeit, als in Deutschland der Sachsenkönig Otto I. erster Kaiser des römischen Reiches deutscher Nation wurde (962), die Christianisierung. Bischof Adalbert, „der Heilige“, aus Prag, der 997 von den heidnischen Pruzen erschlagen wurde, gilt noch heute als besonderer Schutzheiliger der römischen Kirche Polens. Um das Jahr 1000 zog sich die Grenze zwischen deutschem und slawischem Sprachgebiet von der Mündung der Oder längs ihrem Lauf hinein ins ostsächsische und böhmische Gebiet. Erhebliche Raumverluste an das Deutschtum in den slawischen Westprovinzen ergaben sich daraus, daß der Slawenherzog Konrad von Masowien 1226 den deutschen Ritterorden zur Unterstützung gegen die Pruzen ins Mündungsgebiet der Weichsel berief, und daß nach dem Tatareneinfall von 1240 bis 1241 das durch die Züge der Mongolen entvölkerte Schlesien von Deutschen besetzt und germanisiert wurde. Hundert Jahre später, 1355, trat der polnische König Kasimir der Große Schlesien an Böhmen ab. Dies bedeutete die

endgültige Westorientierung des Landes. In diesen beiden Ereignissen sind die geschichtlichen Ausgangspunkte der heutigen deutsch-polnischen Streitfragen gegeben: Der Anspruch auf das „Korridor“-Gebiet und auf Oberschlesien.

Dem polnischen Staatswesen, dessen Königssitz damals Krakau war, wurde durch die Germanisierung nordwestlicher und westlicher Provinzen die Entwicklungsrichtung nach Osten und Nordosten gegeben, die in den engen Beziehungen zum litauischen Reiche und schließlich in der 1550 erfolgten Verlegung der Hauptstadt nach Warschau zum Ausdruck kam. Die frühe Geschichte und Kultur des polnischen Feudalismus aber spiegelt sich im Stadtbild von Krakau, das, würde es den großen europäischen Reisewegen näher liegen, als architektonische Sehenswürdigkeit ersten Ranges bekannt wäre. 1364 wurde hier die zweitälteste Universität Mitteleuropas gegründet — auch die älteste, Prag (1348), lag in slawischem Gebiet, während die Hochschulen in Wien erst 1365 und in Heidelberg 1386 errichtet wurden. Die polnische Wissenschaft der folgenden Jahrhunderte war von hohem Rang und entsprach der machtvollen Entwicklung des Polenstaates unter den Jagiellonen, den Nachfolgern Jagiello von Litauen. „Am Ende des 16. Jahrhunderts galt das Polnische neben dem Spanischen und Italienischen als eine der drei elegantesten Literatursprachen“ (Stanoyevich, S. 258). Eine geistige Großtat, die zu den umwälzendsten der Neuzeit gehört, nahm von Polen ihren Ausgang: Die Lehre, daß die Sonne Mittelpunkt des Planetensystems ist, wurde von dem Astronomen Kopernikus (1473 bis 1543) in seinem berühmten Werk über die Revolution der Himmelskunde („De revolutionibus orbium coelestium libri VI“) wissenschaftlich begründet. Sein Bildnis hängt, den Raum beherrschend, über dem Katheder der Jagiellonenuniversität in Krakau, von Matejko gemalt *).

Im Zeitalter der Jagiellonen erreichte Polen den Höhepunkt seiner politischen Macht. 1387 hatten sich die Moldau (Fürstentum im Gebiet des Prut) und Beßarabien an Polen angeschlossen, so daß nun die polnische Krone „von Meer zu Meer“, von Riga

Bild 6
Seite 32

Bild 1
Seite 1

Bild 8
Seite 33

*) Selbst hier ruht die deutsch-slawische Eifersucht nicht. Kopernikus ist in Thorn geboren, einer Stadt, die 1231 von den Ordensrittern gegründet wurde. Deutsche Quellen (Gräfe S. 210) reklamieren ihn als „Deutschen“ — seine Vorfahren seien aus Schlesien eingewandert. Die Polen dagegen erklären, sein Vater sei aus Krakau gewesen, seine Mutter stamme aus dem Geschlecht der Wacelrod, ihr Bruder war ermländischer Bischof. Sowohl Thorn wie Ermland gehörten seit 1466 zu Polen (Kopernik „urodził się w Toruniu z ojca Mikołaja Krakowianina, i matki z rodziny Wacelrodów. Wuj jego, Łukasz Wacelrod, biskup warmiański“, Baczyński, Dzieje Polski I, 242).

bis zur Donaumündung, herrschte. Die Gebiete, die das Slawentum an den deutschen Orden verloren hatte, wurden zum größten Teil wieder gewonnen. 1410 wurde das Ordensheer bei Tannenberg, oder wie die Polen sagen, bei Grunwald, geschlagen. 1433 zogen tschechisch-hussitische Heerhaufen unter polnischer Duldung in das kaschubische Land und zerstörten die Ordenssiedlungen Konitz, Pelplin, Stargard, Dirschau, Oliva, Schöneck und zum Teil Danzig. Der einheimische Adel litt unter der einbrechenden Wirtschaftskrise. Der Wohlstand der festen Ordenssitze mit ihrer deutschen Kultur führte zu steigenden Löhnen und, gemessen an den fallenden Preisen der Landprodukte, zu hohen Preisen für städtische Erzeugnisse. 1440 klagt der Adel, „alles kumpt darvon, daz die lewthe von dem lande yn dy stete szyhen“ — das Land fiel vom Orden ab. Aber auch in den Städten begehrte man auf gegen die strenge Ordensherrschaft (1453); Danzig sichert sich von Polen Sonderrechte (1454); im zweiten Frieden von Thorn geht die politische Herrschaft in Westpreußen (Pomerellen), Ermeland und im Kulmer Land (Chelmno) an Polen über. Von 1466 bis 1793, also drei und ein drittel Jahrhundert, galt in Danzig das Hoheitszeichen des weißen Adlers Polens.

Die Erfolge im Südosten, der Vorstoß ans Schwarze Meer, und nach Norden, die Wiedergewinnung Pomerellens wurden also erst Ende des 14. und Mitte des 15. Jahrhunderts erzielt. Hier liegt der Keim für den Niedergang und schließlichen Zusammenbruch des damals so gewaltigen Polenreiches. Die entscheidende Kraft für die gesellschaftliche Entwicklung des Mittelalters war der Handel. Der Handel war an die Städte gebunden. Ein Land, dessen städtische Entwicklung zurückblieb, konnte den Wettbewerb mit den anderen nicht bestehen. Im 10., 11. und 12. Jahrhundert nun führten die entscheidenden Handelswege von Konstantinopel östlich über Kiew und Nowgorod zum Baltischen Meer und westlich über Ungarn nach Norden. Sie umgingen also Polen. Als im 13. Jahrhundert die Küsten der Ostsee immer stärker der damaligen „Weltwirtschaft“ erschlossen wurden, fiel der Gewinn an die deutsche Hansa; Polen war ja durch die Ordensgebiete von der Küste abgeschnürt. Im 15. Jahrhundert aber, als die Küste wieder polnisch war, hatte der Welthandel schon andere Wege eingeschlagen, so daß es für Polen nichts mehr aufzuholen gab.

Die mäßige städtische Entwicklung aber, die der polnische Innenmarkt zuließ, wurde vielfach auf das verheerendste durch kriegेरische Verwicklungen gestört, vor allem durch den sich über die ganze Breite polnischer Wohnsitze ergießenden Einfall

der Mongolen 1240, die die Linie zwischen Kiew und Liegnitz bestrichen. Was an Anfängen städtischer Kultur da war, wurde zerstört. Deutsche und jüdische Einwanderung im 12. und 13. Jahrhundert, begünstigt von den slawischen Feudalmächten, der Krone, dem Adel und der Geistlichkeit, füllte die Lücken auf, führte aber gleichzeitig zur Beleihung der alten und neuen Städte mit deutschem Recht, das zum Teil erst 1831 unter Zar Nikolaus I. aufgehoben worden ist.

Zu diesem deutschen Städterecht stand die Feudalverfassung des übrigen Landes in unüberbrückbarem Widerspruch. Die Landbevölkerung der agrarischen Umgebung war unfrei, konnte also nicht in die Städte abfließen. Aber auch verarmten Adligen boten die Städte keinen Reiz; was sollte der slawische Adlige unter deutscher Zunftverfassung? So blieben die Städte isoliert. Der Rest von Außenhandel ging verloren, als sich das Schwergewicht der europäischen Wirtschaft mit dem Einzug der Türken in Konstantinopel nach Westen, an die atlantischen Küsten verschob.

Das Jahr 1453 leitete diesen weltpolitischen Umschwung ein.

1466 aber kam Pomerellen erst zu Polen zurück. Der Zeitverlust für die gesellschaftliche Entwicklung war nicht mehr einzuholen. Die Städte konnten in diesem osteuropäischen Gebiet nicht zu der führenden und für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutsamen Stellung gelangen wie im italienischen, deutschen und westeuropäischen Kulturkreis. Ihre Schwäche aber und Isoliertheit nutzte der Adel aus, und, wie Rosa Luxemburg einmal gesagt hat: „Das Polen bis zur Bauernreform, das war eben der Adel!“

Der Adel verstand, seinen Handel mit Agrarprodukten von jeder Belastung frei zu halten, die städtischen Händler aber bis zur Erträglichkeitsgrenze mit Gebühren zu bepacken. Schließlich war er, 1565, kurz vor der Lubliner Union, ökonomisch so stark, daß er polnischen Kaufleuten jeglichen Auslandshandel untersagte. An dieser Abdrosselung des Handels zerbrach die städtische Geldwirtschaft. Den Rest gab den Städten die gegen die Zünfte gerichtete Gesetzgebung des Adels, die in der Bestimmung der Preise für Handwerksprodukte durch die Senats- und Landbotenkammer, das heißt durch den Adel selbst, 1623 ihren Höhepunkt erreichte. Durch die Erklärung Polens zum Einheitsstaat hatte also 1569 das Jagiellonenreich den organisatorischen Gipfel kaum erreicht, als der Niedergang beginnen mußte. 1764 fielen bei der Eröffnung des polnischen Reichstags die Worte:

„Die Zierde des Königreichs: Städte ohne Bürger, und die, welche da

sind, ohne Handel, Handel ohne Nutzen, weil in jüdischen Händen, mit einem Worte, in den Städten muß man die Städte suchen: die Straßen sind nichts als Felder, und die Marktplätze nichts als Wüsteneien“ (zit. nach Mehring, S. 30).

Der Kampf des Adels gegen die wenn auch schwache städtische Konkurrenz wurde befeuert durch den Gegensatz zwischen deutschen Protestanten und polnischen Katholiken nach der Reformation. 1565 waren die Jesuiten in Braunsberg im Ermland eingezogen. Unter dem zweiten Wahlkönig — nach dem Aussterben der Jagiellonen im Jahre 1572 wurde Polen ein Wahlkönigtum — unter dem ursprünglich protestantischen Siebenbürger Fürsten Stephan Bathory gewann der Orden an Einfluß und leitete von 1581 ab die Gegenreformation mit schärfsten Mitteln. Nur in Danzig mit seinem Sonderrecht hatten die Protestanten einen Rückhalt; überall sonst in den polnischen Gebieten wurde katholisiert, besonders unter Bathorys Nachfolger Sigismund III. Wasa, aus dem schwedischen Herrscherhaus. Nichtkatholiken wurde die Zugehörigkeit zu den Zünften untersagt — ein Rückstrom deutscher protestantischer Handwerker aus Polen in die preußischen Länder war die Folge. Das Thorner „Blutgericht“ an den Protestanten 1724 tat das übrige: Der katholische Adel war Monopolist des Handels geworden.

„Polens Schicksal ist ein klassisches Beispiel dafür, wie eine bestimmte Austauschweise die gesamten Geschehnisse eines großen Staates bestimmen kann“ (Mehring S. 31).

Einen städtischen Handel, der durch Kapitalansammlung die Grundlage zur Bildung der Manufaktur und schließlich zur Industrie hätte schaffen können, gab es nicht oder nicht mehr. Der Adel verzehrte seinen Gewinn, statt ihn in gewerblicher Produktion anzulegen; er hatte nur ein Interesse: Jede Zentralisation der Staatsmacht zu verhindern, um desto mehr nach Belieben schalten und walten zu können. Er konnte es um so ungehemmter, als ein „dritter Stand“ nicht vorhanden war, der überall sonst in Europa den Feudalismus schließlich niedergerungen hat.

„Der vorwärts treibende Klassenkampf fehlte, weil der Adel die wichtigsten städtischen Funktionen mit dem feudalen Grundbesitz vereinigt hatte, aber der verfaulende und zersetzende Klassengegensatz blieb, der Gegensatz zwischen dem ausbeutenden Adel und der ausgebeuteten Volksmasse... Deshalb sind die politischen Kämpfe, deren Tummelplatz Polen im 17. und 18. Jahrhundert war, so gänzlich unfruchtbar; ohne Klassenkampf gab es keine historische Entwicklung... Wenn das gänzliche Fehlen eines dritten Standes verschuldete, daß keine moderne Monarchie, kein modernes Heer, keine modernen Finanzen entstanden, so war es nach den Begriffen der damaligen Staatsraison ganz selbstverständlich, daß ein Land ohne Regierung, ohne Geld und ohne Truppen von den mächtigen Nachbarstaaten verschlungen wurde“ (Mehring S. 32).



Bild 13. Prozession in Westgalizien



Bild 14. Goralische Bauern (Nördliche Tatra)



Bild 15. Westgalizische Bäuerin auf dem Markt

Der schwedisch-polnische Krieg, der das Land im 17. Jahrhundert verheerte, führte im Frieden von Oliva 1660 dazu, daß Ostpreußen aus dem Vasallenverhältnis zu Polen ausschied, in dem es seit der Huldigung des letzten Ordenshochmeisters Albrecht von Hohenzollern vor König Sigismund I. in Krakau 1525 gestanden hatte. Das im Westen Polens aufstrebende Preußen erhielt durch die Friedensentscheidung einen erheblichen Machtzuwachs. 1701 krönte sich der Kurfürst von Brandenburg in Königsberg zum König in Preußen, die östliche Provinz Preußens war damit selbständiges Königreich geworden. Von Osten her bedrohte das Moskauer Zarentum die polnische Krone. Die Königswahlen und damit die Herrschaft über Polen wurden zum Rechenexempel zwischen den europäischen Mächten. Auch der Sieg des Polenkönigs Jan Sobieski (1674—1696) über die Türken vor Wien 1683 konnte das Ansehen Polens nicht retten, obwohl dieser Feldzug noch einmal die polnische Macht der öffentlichen Meinung Europas als geschichtlich bedeutsamen Faktor bewußt machte: Kam doch damit der Vorstoß der Mohammedaner nach Zentraleuropa zum Stehen; der Sieg Sobieski's war die Vorbedingung der Rückeroberung von Budapest durch habsburger Truppen, die drei Jahre später, 1686, erfolgte.

Bild 5
Seite 18

Der augenblickliche Gewinn an Bedeutung verpuffte; die Zentralgewalt, verwaltungstechnisch schwach, konnte sich in keiner Weise gegen die mächtigen Adelskliken durchsetzen. Das alte Polenreich wurde zwischen den Kraftzentren der Berliner und Petersburger Politik zerrieben. Die „erste Teilung“ 1772 war der Anfang vom Ende seiner staatlichen Selbständigkeit.

Literatur:

Baczyński, Dzieje Polski Ilustrowane, I. II. Poznań 1910.

Gräfe, Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, Königsberg Pr. 1931.

Luxemburg, Zur Geschichte der bürgerlichen Klassen in Polen. Neue Zeit XVI, 1898, 1, S. 165.

Mehring, Einleitung zum III. Band des Marx-Engels-Nachlasses. Stuttgart 1920.

Roepell, Geschichte Polens, Hamburg 1840.

Roepell, Ueber die Verbreitung des Magdeburger Stadtrechts im Gebiete des alten polnischen Reichs. Breslau 1857.

Stanoyevich, Slavonic Nations of yesterday and to-day. New-York 1923.

10. Reformversuche und Verlust der staatlichen Selbständigkeit

Der ersten Teilung Polens ging ein Staatsvertrag zwischen dem Zaren Peter III. und Friedrich II. von Preußen voraus, in dem sich die beiden Herrscher über ihr gemeinsames Interesse verständigten, Polen zerklüftet zu erhalten, um die Teilung vorzubereiten. Der preußische Gesandte in Petersburg schrieb am 25. März 1763 an den preußischen König:

„Der Graf Panin ist nicht der Ansicht, daß man den Polen darin beistehen soll, daß sie, wie sie es vorhaben, bei sich eine solidere Verfassung einrichten. Er glaubt, daß es sowohl dem Interesse seines Hofes, wie demjenigen Ew. Majestät entspreche, daß die Confusion in diesem Lande immerwährend herrsche.“

Am 8. September 1763 antwortete Friedrich II.: „Sagen Sie dem Grafen Panin, daß ich in Betreff Polens ganz seiner Ansicht bin.“

Die erste Teilung aber wurde von den Teilungsmächten mit der Besorgnis begründet: Die „polnische Wirtschaft“ könne auf die Nachbarstaaten übergreifen. Indessen bestimmten sehr wirtschaftliche Gründe Friedrich II., den eigentlichen Anstifter der Teilung: Das manufakturlose Gebiet des polnischen Landes bot gewinnbringende Absatzmöglichkeit für die Erzeugnisse der preußischen Wirtschaft; die Landbrücke zwischen Ostpreußen und Brandenburg war militärisch beachtlich, und erst recht beachtlich war das Menschenmaterial des Landes unter dem Gesichtspunkt der Rekrutenaushebung. So sparte die preußische Diplomatie am Hof der Zarin Katharina II., der Frau Peters III., weder an Geld, noch an Tinte und guten Worten, um Rußlands Zustimmung zur Teilung zu gewinnen, da ganz Polen seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts unter russischem Protektorat stand — die „regierenden“ sächsischen Kurfürsten August II. (ab 1697) und August III. (ab 1733) waren nur durch russischen Einfluß Könige von Polen geworden.

Der militärische Einmarsch preußischer Truppen in Pomerellen und im Netzedistrikt sowie der Verlust weiter Gebiete im Osten an das Zarenreich (Karte 8, S. 69) und im Süden an das Oesterreich der Maria Theresia veranlaßte führende polnische Kreise, ernsthaft das Werk innenpolitischer Reform anzugreifen. Vor allem war es der niedere Adel, der zur Besinnung kam. Aber — wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß Preußen und Rußland in ihrem eigenen Interesse nach wie vor jede Reform auf polnischem Boden zu hintertreiben suchten: Gescheitert ist das Bemühen des polnischen Adels um Staatsreform damals daran, daß eben nicht die Feudalklasse den Feudalismus überwinden konnte.

An dieser Tatsache zerschellten alle einzelnen Versuche staatsrechtlicher Neuordnung der Verhältnisse. Die Selbstbesteuerung zur Schaffung einer modernen Armee sollte durch zehnprozentige Ertragsablieferung der Adelsgüter 40 Millionen Gulden bringen; sie brachte 6 Millionen. Die Zünfte wurden zur Belebung städtischer Wirtschaft erneuert; aber die 22 Vertreter der Städte im Reichstag durften nur bei Verhandlung städtischer Angelegenheiten mitreden. Die polnische Edukationskommission stellte das erste europäische Unterrichtsministerium; man beabsichtigte, das *Liberum veto* abzuschaffen, jenen Brauch, daß ein einziger Abgeordneter im Reichstag mit seinem Widerspruch jeden Beschluß verhindern konnte, da zu den Beschlüssen Einstimmigkeit erforderlich war. Ungelöst blieb das zentrale sozialökonomische Problem des Landes, die Bauernfrage.

Zwar versuchte Andreas Zamoyski 1778 eine Lockerung der Fronverfassung in einem Gesetzentwurf, zu dessen Abfassung er vom Parlament beauftragt worden war. Indessen kassierte der Reichstag die bescheidenen Vorschläge zur Erleichterung der Lage der Bauern mit dem Ausdruck der Entrüstung. Und so enthielt denn auch die berühmte polnische Verfassung vom 3. Mai 1791, dem Nationalfeiertag des heutigen Polen, kein Wort von Agrarreform. Man schuf, damals in Europa unerhört, sechs dem Parlament verantwortliche Ministerstellen. Man schuf die Möglichkeit zur Errichtung einer gefestigten Monarchie. Man strich das *Liberum veto*. Man bekannte sich zu religiöser Toleranz. Die in Polen seit König Stanislaus Leszczyński (Wahlkönig 1704 bis 1709 und 1733/34), dem Schwiegervater Ludwigs XV. von Frankreich, kultivierten Beziehungen zu Frankreich hatten, unter Führung der einflußreichen Adelsfamilie Potocki, die westliche Orientierung, trotz der russischen Eingriffe in die polnische Politik, gefestigt. Alle Anlehnung an die damals in Europa führende französische Kultur konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die moderne Verfassung von 1791, nach dem Sieg der Nationalversammlung in Paris, in Polen nur durch Zufall eine parlamentarische Mehrheit erhielt, weil der Reichstag in den Ostertagen 1791 nur schwach besetzt war. Es entstand erheblicher Widerstand, den Rußland, der Gegenspieler der Westorientierung, benutzte, um durch Bestechung großer Magnaten die Conföderation von Targowice ins Leben zu rufen, der die Verfassung zum Opfer fiel: Es kam zur zweiten Teilung des Landes 1793. Der Aufstand, den 1794 Kościuszko führte, scheiterte, denn auch dieser große Führer verstand es nicht, die Bauern wirklich an der national-polnischen Frage zu interessieren. Die

Bild 4
Seite 12

Revolutionsregierung versprach ihnen Befreiung vom Frondienst, „solange sie für die Herrschaft des Adels unter Waffen seien“ — das konnte nicht locken. So zerbrach dieser letzte Erhaltungsversuch des polnischen Adelsstaates; er verschwand mit der dritten Teilung 1795 von der Landkarte Europas (Karte 8—13).

„Der klägliche Verlauf, den die ‚Periode der Reformen‘ zwischen der ersten Teilung Polens und seinem endgültigen Untergange nahm, darf keineswegs der adligen Reformpartei aufs persönliche Schuldkonto geschoben werden. Sie war rührig genug, dabei vortrefflich organisiert und untadelhaft in ihrer Begeisterung für die bürgerliche Aufklärung, wovon heute noch eine reiche Literatur zeugt. Sie scheiterte allein an der hausbackenen Tatsache, daß wie kein Mensch, so auch keine Klasse über ihren Schatten springen kann. Sie bewies mit den schlagendsten Gründen, daß die Leibeigenschaft der Urquell alles Uebels sei, daß sie den ökonomischen Verfall des Landes um so unaufhörlicher herbeiführe, je schärfer die Konkurrenz auf dem Weltmarkte werde und je notwendiger daher eine intensive Wirtschaft sei, die nun einmal mit Leibeigenen nicht geführt werden konnte. Sie predigte auch keineswegs nur tauben Ohren; die großen Magnaten, die mit dem Auslande unter einer Decke spielten, begannen intensiver zu wirtschaften, da sie die Mittel dazu hatten; sie gaben ihre Bauern insofern frei, als sie ihnen größere Landparzellen zur Nutzung gegen bestimmte Zinszahlungen abtraten, und sonst auf ihren Gütern mit den reservierten Arbeitskräften eine rationellere Bewirtschaftung begannen. Jedoch für den kleineren Adel, den rücksichtslosen Ausbeuter einiger weniger Bauern, war diese Reform unmöglich, eine Milderung der Leibeigenschaft war sein Ruin. Nun ging die Reformpartei gerade aus dem kleinen Adel hervor, und so zeigte sich in logischer Weise in der wichtigsten Reformfrage auch am schlagendsten, daß die ganze ‚Periode der Reformen‘ eine auf den Kopf gestellte Welt war“ (Mehring 35/36).

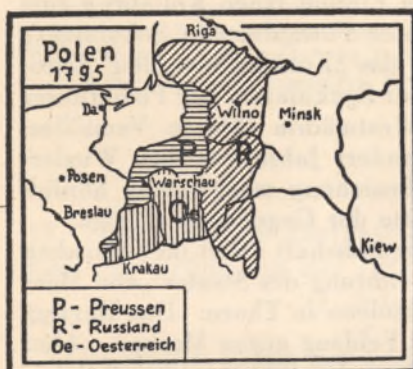
Die einzige Macht, auf die nach der Zerschlagung der staatlichen Selbständigkeit durch Preußen, Rußland und Oesterreich die Polen noch hoffen konnten, blieb Frankreich. Und so sehen wir die nach dem Zusammenbruch von 1795 entstehende polnische Emigration, die im 19. Jahrhundert für die europäische Geschichte so bedeutungsvoll werdende nationale Gruppe, zunächst im politischen Schatten von Paris. 1806 wenden sich Henryk Dąbrowski und Joseph Wybicki an Napoleon I., der damals, nach dem Niederbruch Preußens, auf der Höhe seiner Macht stand. Auf Dąbrowski geht die Idee der „polnischen Legionen“ zurück, eine geschichtliche Beziehung, die noch heute in polnischen Militärkreisen, im Kreise um Piłsudski, sehr lebendig ist; denn Piłsudski gelang es, hundert Jahre später Dąbrowskis Gedanken zu verwirklichen. Napoleon sah sofort, welchen Nutzen ihm polnischer Boden als strategische Basis bieten konnte. Jedoch ließ er Dąbrowski bedenkenlos fallen, als er nach der Niederlage der Russen und Preußen bei Preußisch-Eylau (8. Februar 1807) mit dem Preußenkönig über den Frieden unter Verzicht auf Wiedererrichtung des polnischen Staates verhandelte. Gleichzeitig aller-



Karte 8



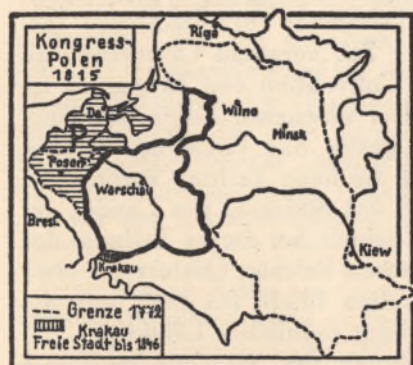
Karte 9



Karte 10



Karte 11



Karte 12



Karte 13

Die Entwicklung des polnischen Staatsgebietes

dings richtete Napoleon eine Aufforderung an Kościuszko, aus der Emigration nach Polen zurückzukehren. Der lehnt ab; er durchschaut das französische Doppelspiel. Indes ist auch der Zar mißtrauisch. Als ihm Napoleon in der Verhandlung vom 25. Juni 1807, auf einem Floß im Njemen, die polnische Königskrone anbietet, lehnt auch er ab. Nun erst entsteht das „Herzogtum Warschau“, als französischer Vasallenstaat, nicht ohne daß sich der „große Kaiser“ eine Truppenlandungsbasis in Danzig durch Abtrennung der Stadt vom Preußischen Staate als „Freie Stadt“ schafft. Das Herzogtum Warschau, 1809 vergrößert (Karte 11), wird für die Entwicklung des Ostens bedeutungsvoll, als die bestehende französische Tradition mit der Einführung des Code civil, des Rechts der französischen Revolution, im polnischen Lande befestigt wird. Polen als „Vorposten der aufgeklärten Völker“ im Osten wird unter dem Einfluß Hugo Kollatay's zum ideologischen Propagandaziel, in der Formulierung Sokolnicki's von der „barrière du nord“ gegen das „Kosackischwerden“ Europas ein interessanter Parallellfall zur Spekulation der Polenführer auf die Bolschewistenangst der Westmächte 1918 in Versailles; wie überhaupt diese Vorgänge hundert Jahre vor dem Wiedererstehen Polens in strategischer Beziehung merkwürdig ähnlich dem sind, was wir in der Geschichte der Gegenwart erleben.

Die Hoffnung auf Napoleons Freundschaft nährt im polnischen Adel den Gedanken an die Neuerrichtung des Staates „von Meer zu Meer“. Am 6. Juni 1812 ist Napoleon in Thorn. Das Herzogtum wird Operationsbasis für den Feldzug gegen Moskau. Aber wie 1806 werden die Polen auch diesmal enttäuscht. 70 000 Polen, die unter französischen Fahnen gegen den Zaren zogen, waren nutzlos geopfert. Denn schon im Dezember 1812 erschienen russische Truppen im Herzogtum; der Zar verstand Oesterreich zu sich herüberzuziehen, und mit den Convention von Tauroggen im Januar 1813 war die Allianz der drei schwarzen Adler (Rußland, Preußen, Habsburg - Oesterreich) gegen das Land des weißen Adlers, Polen, besiegelt und damit die neue Teilung vorbereitet, die 1815 auf dem Wiener Kongreß das Schicksal des Landes auf hundert Jahre festlegte. Rußland erhielt bei dieser Teilung, der „vierten“, 82 % des einstigen polnischen Reiches, Oesterreich etwa 10 % und Preußen etwa 8 %; erhalten blieb, bis 1846, nur die „freie Stadt“ Krakau als selbständiges polnisches Ländchen.

In den entscheidenden Jahrzehnten des Werdens moderner wirtschaftlicher Entwicklung waren so die drei Teile völlig verschiedenen Einflüssen unterworfen; sie wurden Anhängsel der Großmächte, die sie sich angegliedert hatten. Das Zentrum pol-

nischer Politik mußte zunächst völlig in die Emigration verlegt werden.

Literatur:

Damaschke, W., Quellenhefte für den polnischen Geschichtsunterricht, Heft 1: Der vierjährige Reichstag und die Konstitution vom 3. Mai. Bydgoszcz (Bromberg), ohne Jahr.

Feldman, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen 1793—1914, München 1917.

Kollatay, Vom Entstehen und Untergehen der polnischen Konstitution vom 3. Mai 1791, deutsch von Linde, Leipzig 1793.

Lewicki, Zarys historyi polskiej, Kraków 1904.

Mehring, Nachlaß von Marx und Engels, III, s. o.

de Pradt, Gesandter in Warschau 1812, Histoire de l'ambassade dans le Grand Duché de Varsovie en 1812. Paris 1813.

Roepell, Rousseaus Betrachtungen über die polnische Verfassung. Zeitsch. d. hist. Ges. f. d. Prov. Posen III, Posen 1887.

Rousseau, J. J., Considérations sur le gouvernement de Pologne et sur sa réformation projetée en avril 1792. 1792.

Smogorzewski, La Pologne restaurée, s. o.

Z. Cz. Ueber die antipolnische Politik der preußischen Regierung aus Anlaß des Enteignungsgesetzes, Krakau 1911.

11. Die polnische Emigration bis zum Aufstand von 1863 und zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale).

Die zweite Hälfte des achtzehnten und die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ist in Europa in ihrem geschichtlichen Verlauf bestimmt durch die Kämpfe des aufstrebenden Bürgerstandes gegen den um Erhaltung seiner Macht besorgten Feudalismus. Der Zusammenschluß der europäischen Reaktion gegen die Ausstrahlungen der französischen Revolution offenbarte sich in dem Bündnis der drei schwarzen Adler. Am 19. August 1848 schrieb Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“:

„Was hält diese Heilige Allianz zusammen? Die Teilung Polens, von der alle drei Alliierte Nutzen zogen. Der Riß, den die drei Mächte durch Polen zogen, ist das Band, das sie aneinander kettet; der gemeinsame Raub hat sie einer für den andern solidarisch gemacht..“

Die Teilung Polens war zustande gekommen durch das Bündnis der großen Feudalaristokratie in Polen mit den drei teilenden Mächten. Sie war kein Fortschritt..., sie war das letzte Mittel für die große Aristokratie, sich vor einer Revolution zu retten, sie war durch und durch reaktionär.

Die Folge schon der ersten Teilung war ganz natürlich eine Allianz der übrigen Klassen, das heißt des Adels, der Bürgerschaft der Städte und teilweise der Bauern, sowohl gegen die Unterdrücker Polens, wie

gegen die große Aristokratie des Landes selbst. Wie sehr die Polen es schon damals begriffen, daß ihre Unabhängigkeit nach außen unzertrennlich sei von dem Sturz der Aristokratie und von der agrarischen Reform im Innern, beweist die Konstitution von 1791.“

Indessen wurde trotz aller reformatorischen Beteuerungen den Bauern keine wirkliche Erleichterung gewährt. So scheiterte auch der zweite bewaffnete Versuch zur Wiederherstellung des polnischen Staates, der Aufstand gegen den Zaren im Jahre 1830/31. Unter dem Einfluß des Fürsten Adam Czartoryski hatten die kongreßpolnischen Adelskreise ihre Interessen zunächst durch Verständigungsversuche mit Petersburg wahrnehmen wollen. Jede Regung polnischer Sonderwünsche galt aber in Petersburg als liberal, und jede liberale Regung wurde unter dem Zarenregime, genau wie unter dem Europa beherrschenden System des Fürsten Metternich in Wien, unterdrückt, und damit zur Illegalität gezwungen. Es entstanden polnische Geheimbünde. Romantische Zirkel. Ohne organisatorische Straffheit. Nicht in der Lage, mit dem Militäraufstand der Dekabristen 1825 Fühlung zu nehmen, trotz Angebots der in der Aufstandsbewegung tätigen russischen Offiziere. Ungeachtet dieser Zersplitterung aber mußte es zum Zusammenstoß der polnischen Kräfte mit den Vertretern des nach Westen drängenden russischen Ausdehnungswillens kommen. 1830 brach der Aufstand aus. Am 25. Januar 1831 erklärte der vereinigte polnische Reichstag den Zaren für abgesetzt. Es gelang indessen auch diesmal nicht, die Bauern zur Teilnahme an der Bewegung zu bestimmen. Am 3. September 1831 wurde Warschau von russischen Truppen erstürmt. Die führenden Köpfe Polens wiesen die Amnestie, die Nikolaus I. anbot, zurück und gingen nach dem Westen. Unter ihnen Fürst Czartoryski und der Dichter Slowacki. Mickiewicz war schon seit 1829, seit seiner Rückkehr aus der sibirischen Verbannung, im Ausland.

Jenseits der Grenzen ihres Landes setzten die Polenführer ihre Arbeit für die Wiederaufrichtung des Staates fort. *Jeszcze Polska nie zginęła* — Noch ist Polen nicht verloren! wurde mehr denn je ihr Geleitwort. Der Gegensatz zur zaristischen Reaktion, ihre enge Verbindung mit französischen Ideen ließ sie zu östlichen Vorkämpfern der Demokratie werden; eine Tradition, die in der Vorstellungsweise der herrschenden Schicht des heutigen Polen noch immer eine bedeutende Rolle spielt. Für die damalige Zeit war diese Haltung der polnischen Emigration überaus bedeutungsvoll. 1881 bestätigten Marx und Engels:

„So hat der Schrei ‚Es lebe Polen‘ immer bedeutet: Tod der Heiligen Allianz, Tod dem Militärdespotismus Rußlands, Preußens und Oesterreichs, Tod der mongolischen Herrschaft über die moderne Gesellschaft“ (Rjasanoff 203).

1832 wurde die von Czartoryski gegründete „Literarische Gesellschaft“ (Towarzystwo literackie) zum Zentrum der Tätigkeit der Führer von 1830. Ueber die stärkeren Energien für die Zukunft aber, wenn auch über erheblich geringere finanzielle Mittel, verfügte die im Gegensatz zur Adelspolitik des Fürsten, des „ungekrönten Königs von Polen“, ins Leben gerufene „Demokratische Gesellschaft“ (Tow. demokratyczne Polskie). Ihre Mitglieder standen in engster Fühlung mit der französischen revolutionären Bewegung, den Vertretern des frühen Sozialismus. So erklärt sich, daß seit 1845 durch Propaganda in allen Teilgebieten Polens ein neuer Aufstand vorbereitet wurde, der trotz des Zusammenbruchs eine sehr weittragende Wirkung auf die revolutionären Strömungen in Europa auslöste. Am 24. Januar 1846 konstituierte sich in Krakau die „Nationale Regierung“. Am 22. Februar sprach sie sich in ihrem Manifest für Gleichberechtigung und Freiheit des Eigentums der Bauern aus. Die kleinbürgerlichen Elemente der Bewegung waren jedoch ohne die nötige Entschiedenheit: Wohl für den Bauern, aber nicht gegen den Adel. Immerhin konnte Karl Marx in einer Gedenkfeier am 22. Februar 1848 in Brüssel sagen, daß die Krakauer Erhebung aus der polnischen Sache eine Sache aller Völker gemacht habe. Und so hieß es dann im kommunistischen Manifest: „Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht.“ Damit war das Problem klar gestellt, das bis heute im Osten nicht gelöst ist: Die Beziehung zwischen sozialer und nationaler Befreiung.

Während so die Sozialisten der polnischen Bewegung ihre wirtschaftspolitische Kritik zur Verfügung stellten, wurde in den Kreisen des Fürsten Czartoryski das Feuer der nationalen Begeisterung geschürt. Das den Nichtpolen, besonders unserer Zeit, sonderbar und fremdartig berührende Pathos des Ausdrucks der polnischen Literatur jener Zeit hatte in der polnischen Heimat ungeheure Wirkung. Es zeigte sich hier wieder einmal, wie sehr äußerer Niedergang und das Gefühl der politischen Bedrückung die Neigung zum Mystizismus und zum Erlösungsglauben befördern. So lesen wir in den „Büchern des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft, Deutschland im Jahr der Gnade 1833“ von Mickiewicz:

„... Und am dritten Tage kehrt die Seele wieder zurück zu ihrem Körper, und das Volk wird auferstehen und alle europäischen Völker von der Sklaverei befreien. Und es gingen schon zwei Tage vorüber; ein Tag ging unter mit dem ersten Fall Warschaus, und der zweite Tag ging unter mit den zweiten Fall Warschaus, und der dritte Tag wird aufgehen, aber unter geht er nicht“ (24).

Nun, wir wissen, auch der „dritte Tag“ — 1863 — ging unter. Mickiewicz hat ihn nicht mehr erlebt. Er starb auf dem Wege zum Schauplatz des Krimkrieges, noch auf seinem letzten Wege alle Gedanken auf den Sturz des Zarismus richtend, 1855, in Konstantinopel. Aber so war er, wie er selbst in seinem stärksten Werk bekannt hat, dem III. Teil der Dziady (Bettler), der „Totenfeier“:

„Siehe, das ist mein Feuer: Gefühl. Ich sammle es, presse es, daß es wuchtiger werde. Ich zwänge es in die eiserne Fassung meines Willens, wie eine Ladung in eine Kanone.“

Man darf von diesem größten Dichter Polens, wie Max Beer im Gedächtnisaufsatz zum 100. Geburtstag von Mickiewicz betonte, „eine auch nur annähernd moderne Weltanschauung nicht erwarten. Er blieb litauischer Schlachziz sein Leben lang.“

Wer dieser damals so bedeutungsvollen Literatur — neben Mickiewicz stehen Slowacki und Krasiński — die Problematik der polnischen Gegenwart gegenüberstellt, erkennt den Abstand zwischen der Kriegszeit, in der sich das deutsche Bürgertum für Polen zu interessieren begann, und den die heutige Entwicklung bestimmenden Kräften. Damals, 1918, schrieb der polnische Historiker Feldman in der Einleitung zu einer deutschen Ausgabe der Werke des Malerdichters Stanisław Wyspiański:

„Wenn die Zeit kommt, und sie wird kommen, wo das Polnische aufhören wird, für Westeuropa ein versiegeltes Buch zu sein, wenn politische Vorurteile und Interessenpunkte nicht mehr zwischen Westeuropa und Polen eine chinesische Mauer der Fremdheit aufrechterhalten werden, wenn das böse Gewissen, das die Welt Polen gegenüber hat, schwinden und einem besseren Platz machen wird, dann wird die Zeit der ‚Entdeckungen‘ kommen, der Entdeckungen einer großen Literatur, großer, lebendiger, künstlerischer und ethischer Werte... Es wird dies die Zeit eines Mickiewicz, eines Slowacki, und nicht zuletzt eines Wyspiański sein... Seine Tragödien sind vom nationalen Hintergrund nicht zu trennen.“

Gewiß sind die literarischen Tragödien von der historischen Tragödie Polens im 19. Jahrhundert nicht zu trennen. Seit aber die polnische Bourgeoisie ihren eigenen Staat hat, gibt es nur noch eine Tragödie des polnischen Proletariats. Die literarische Romantik der Emigranten ist in den bürgerlichen Kreisen einem sehr unromantischen Imperialismus gewichen. Die Literatur des 19. Jahrhunderts hat insofern nur noch historische Bedeutung. Heute sind die großen Fragen des polnischen Geisteslebens der Aufstieg der Bürgerklasse, die Emanzipation der Frau — 30 Jahre später als in Zentraleuropa —, und der Sozialismus.

Und dieses letzte Problem führt uns wieder zurück in die Zeit der Mickiewicz und Krasiński, in die Zeit der Krakauer Re-

volte und der Vorbereitung der dritten großen Bewegung Polens im 19. Jahrhundert, des Aufstandes von 1863. Auch dieser Aufstand gegen die zaristische Herrschaft scheiterte, weil die Warschauer Nationalregierung nichts zur Verwirklichung des von ihr erlassenen Gesetzes über Verteilung des Grundbesitzes an die Bauern tat. So verrieten die Bauern die Aufständischen an die Russen. Aber dennoch konnten rückschauend Marx und Engels gelegentlich der 50-Jahrfeier der 1830er Revolution den Polen bescheinigen, wie entscheidend die polnische Bewegung für die Entwicklung des Sozialismus in Europa gewesen sei:

„Der polnische Aufstand von 1863, der den gemeinsamen Protest der englischen und französischen Arbeiter gegen die internationalen Mißbräuche ihrer Regierungen hervorrief, diente als Ausgangspunkt der Internationale, die unter der Teilnahme der polnischen Emigranten gegründet wurde“.*)

Die erwachende proletarische Bewegung des Westens nahm die Politik der polnischen Unabhängigkeitsbewegung auf. Warum? In der Denkschrift, die Marx im September 1866 dem Zentralrat des internationalen Kongresses in Genf vorlegte (veröff. „Vorbote“, Zentr.-Org. d. Sekt.-Gruppe deutscher Sprache der Internat. Arb.-Assoc. 1866), heißt es darüber:

a) Warum nahmen die Arbeiter Europas diese Frage auf? Erstens, weil die Bürgerklasse, Schreiber und Agitatoren, konspirieren, sie zu unterdrücken, obgleich sie alle Arten von Nationalitäten auf dem Kontinent in Schutz nehmen, sogar Irland. Woher dieser Widerwille? Weil beide, Aristokratie und Bourgeoisie, die finstere asiatische Macht im Hintergrunde als eine letzte Zuflucht gegen das Vorschreiten der Arbeiterklasse betrachten. Diese Macht kann nur wirklich unschädlich gemacht werden durch die Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage.

b) In dem gegenwärtigen veränderten Zustande von Mitteleuropa und speziell Deutschland ist es mehr als je nötig, ein demokratisches Polen zu haben; von seiner Existenz wird es abhängen, ob Deutschland ein Vorposten der Heiligen Allianz oder ein Verbündeter des republikanischen Frankreich ist. Die Arbeiterbewegung wird beständig unterbrochen, aufgehalten und verzögert, bis diese große europäische Frage abgetan ist.

c) Es ist speziell die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, die Initiative zu ergreifen, weil Deutschland ein Mitschuldiger an der Teilung Polens ist.“

Schon in der Sitzung des provisorischen Zentralrats der Internationalen Arbeiterassoziation (I. A. A.) vom 25. November 1864

*) Der Originaltext dieser bedeutsamen Erklärung wurde 1881 in Genf veröffentlicht, unter dem Titel „Sprawozdanie z międzynarodowego zebrania zwołanego w 50-letnią rocznicę listopadowego powstania przez redakcję „Równosci“ w Genewie“. Er lautet: „Powstanie polskie 1863 r. dając sposobność do wspólnego protestu robotników angielskich i francuzkich przeciw nadużyciom międzynarodowym ich rządów, było punktem wyjścia dla Internacyonalu, założonego przy udziale wygnañców polskich.“

war eine Resolution angenommen worden, in der der Mißerfolg des Polenaufstandes von 1863 als ein schwerer Schlag für Zivilisation und menschlichen Fortschritt in Europa bezeichnet und den Polen das unveräußerliche Anrecht auf Hilfe der führenden Nationen Europas bei der Wiedererrichtung des polnischen Staates zugestanden wurde (Rjasanoff 192). Die enge Verbindung zwischen polnischem Freiheitskampf und internationaler Arbeiterbewegung wurde schließlich besiegelt durch die Teilnahme von Wróblewski und Dąbrowski an der Pariser Kommune, bei deren Niederschlagung Dąbrowski am 24. Mai 1871 auf der Barrikade fiel. So konnte Engels am 11. Juni 1874 im „Volksstaat“ schreiben:

„Polen ist noch weit mehr als Frankreich durch seine geschichtliche Entwicklung und seine gegenwärtige Lage vor die Wahl gestellt, entweder revolutionär zu sein oder unterzugehen. Und damit fällt das alberne Gerede von dem wesentlich aristokratischen Charakter der polnischen Bewegung.“

Wie war dieser Umschwung zustande gekommen?

Literatur:

Beer, A. Mickiewicz und seine Weltanschauung. Neue Zeit XVII 1. 388, 1899.

Feldman, Geschichte der polit. Ideen in Polen, München u. Berlin 1917.

Gadan, Emigracja polska, Kraków 1901.

Knorr, Die polnischen Aufstände seit 1830. Berlin 1880.

Lisicki, Le marquis Wielopolski, sa vie et son temps 1803—77, I II Wien 1880. Polnisch I—IV Kraków 1878.

Marx, Nachlaß III.

Mieroslawski, La nationalité polonaise dans l'équilibre européen. Paris 1856.

Narkiewicz-Jodko & Dyksztajn, Polski socyalizm utopijny na emigracji. Kraków 1907.

Rjasanoff, Marx und Engels über die Polenfrage. Grünbergs Archiv VI, 1916, 175 ff.

Wyspiański, Warschauerin, München 1918.

12. Kongreßpolen als russische Kolonie und der Beginn der kapitalistischen Entwicklung

Die russische Regierung hat den kongreßpolnischen Land-erwerb von 1815 von vornherein als Erweiterung ihres kolonialen Machtbereichs betrachtet. Sie verstand, bestimmte Gesellschaftskreise der neuen Reichsgebiete an der Union mit Rußland zu interessieren. Die höfischen Beziehungen mit den Kreisen des Fürsten Czartoryski waren keineswegs die wesentlichen Bande zwischen Petersburg und dem „Königreich Polen“. Eine offen gegen den polnischen Adel gerichtete Politik zu treiben ge-

statteten die Verhältnisse allerdings erst nach dem Zusammenbruch des Aufstandes von 1830. Die Politik wirtschaftlicher Erschließung, die die Kolonie ertragreich machen sollte, konnte sich nur bewähren, wenn Rußland den nationalen Separatismus der Polen zu überwinden verstand. Daß diese Politik der „nationalen Unterdrückung“ bei den nationalen Kreisen der Emigration den stärksten Widerstand auslöste, ist begreiflich. Diesem Widerstand waren westeuropäische Sympathien in hohem Maße sicher. Der Zarismus war für den Westen der asiatische Absolutismus, die Emigranten die vertriebenen Stützen westlich-demokratischer Zivilisation. Um so mehr war die Zarenregierung gehalten, ihre Kolonisierungsmaßnahmen zu verschleiern. Sie tat das mit derselben „Loyalität“, mit der heute die Pilsudzki-Regierung bei größtem Terror im Lande insbesondere gegen die östlichen „Minderheiten“ sehr gesittete und gewandte Diplomaten für die Interessen der polnischen Bourgeoisie nach Genf zu schicken versteht:

„Der Zar verlieh dem Lande am 14. (26.) Februar 1832 das ‚Organische Statut‘ statt der Konstitution, hob den Reichsrat, die Königskrönung, das polnische Heer, die Nationalregierung auf, versprach aber: Ständeversammlung, Wojewodschaftsräte, Bezirks- und Gemeindeversammlungen, Aufrechterhaltung der polnischen Sprache. Dieses Statut — dessen einziger Zweck war, dem Auslande Sand in die Augen zu streuen — ist nie ins Leben getreten; als Vorwand zu seiner Sistierung wurde die Verschwörung des Zaliwski von 1833 angegeben; die Regierung provozierte aber die Bevölkerung sowohl im Lande wie in der Emigration, um nur dem Ausland gegenüber einen Vorwand zu fortwährendem Anwenden von Repressalien zu schaffen (Tygodnik emigracyi polskiej II Paris 1831)... Es begann die Fälschung der Geschichte, das Vergiften der Jugend, die mit himmelschreienden historischen Lügen vollgepfropft wurde; Erziehung zu einer abgöttischen Verehrung des Zarismus mit Hilfe eigens für diesen Zweck präparierter Katechismen...“

So schildert der polnische Historiker Feldman die Lage (119).

Die entscheidenden Schläge gegen die polnische Nationalpolitik fielen indessen erst nach dem Aufstand von 1863. 1865 wurde in den litauischen Gouvernements der Bodenverkauf an Polen verboten, 1868 dort der Gebrauch der polnischen Sprache untersagt. Im Königreich Polen wurde ab 1869 der Unterricht russifiziert, 1873 das Gerichtswesen. Wesentlicher für die Entwicklung des Landes wurden jedoch die ökonomischen Maßnahmen.

Schon zwischen 1815 und 1830 lockte zaristisches Entgegenkommen auswärtige Manufakturisten ins Land. 1816 wurde einwandernden Handwerkern Steuererlaß zugesagt. 1822 alle industriellen Unternehmungen für drei bis sechs Jahre von der Einquartierung befreit. 1820 und 1823 verordnet, daß die Städte Boden für industrielle Zwecke zinsfrei abzugeben hätten. Der

1822 gegründete Industriefonds von 45 000 Rubeln jährlich wurde schon 1823 auf 127 500 Rubel erhöht. 1828 wurde die Polnische Bank gegründet, für die Zukunft das wichtigste Kreditinstitut des Landes. Ihre bedeutendste Leistung war die erste Eisenbahn in Kongreßpolen, die 1845 eröffnete Strecke Warschau—Wien.

So begann die Durchbrechung der Feudalordnung. Das werdende polnische Bürgertum wurde durch die Aussichten auf Warenabsatz im weiten Rußland und zollfreien Durchgangsverkehr nach Ostasien zur Vertreterin der Verschmelzung mit Rußland, lange „bevor sie zu einem bedeutenden Faktor im sozialen Leben Polens wurde“ (Luxemburg, Neue Zeit 165). Der Wiener Kongreß hatte dem Königreich zollfreien Verkehr mit den alten, an Preußen und Oesterreich gefallenem Teilgebieten gesichert. Nach Rußland aber konnte fast zollfrei ausgeführt werden. Polen wurde so zum Verarbeitungsland für aus dem Westen kommende Halbfabrikate, worauf sich besonders die Entwicklung der Textilindustrie gründete. Erst 1831 wurde, als Antwort auf den Aufstand, der Zolltarif zwischen Rußland und Polen erhöht. Zwar sank die polnische Ausfuhr. Aber damit war ein Anreiz zur Intensivierung der Produktion im Lande gegeben. Mit Hilfe der Polnischen Bank wurde sie durchgeführt.

1807 war, unter Napoleon, die Hörigkeit abgeschafft worden. Die Fronarbeit blieb aber „die herrschende Arbeitsweise in der Landwirtschaft“ (Luxemburg Ind. 8). Auf dem Lande herrschte demgemäß Naturalwirtschaft. Dies und die Beschränkung auf den inneren Markt konnte eine Ueberwindung der Manufakturperiode nicht beschleunigen, im Gegenteil. Noch in den 50er Jahren arbeitete die Textilindustrie, der fortgeschrittenste Industriezweig, ohne Dampfkraft und ohne Frauenarbeit.

1851 aber wurde Polen ins russische Zollgebiet eingegliedert. Mit dem nunmehr völlig freien Weg der Produkte in den unermesslichen weiten Osten war der Weg zur Industrialisierung gegeben. Die Verkehrsverbindungen wurden ausgebaut: 1862 nach Petersburg, 1866 nach Wolhynien und Weißrußland, 1870 nach Moskau, 1871 nach Kijew, 1877 nach Südrußland. 1861 wurde in Rußland die Leibeigenschaft aufgehoben. 1864 folgte der gleiche Schritt — als letzter Schlag gegen den polnischen Adel — in Kongreßpolen. Auf der Feier der Erhebung von 1863, am 22. 1. 67, analysierte Marx die Bedeutung dieser Maßnahme:

„Die Bauernbefreiung habe nur alle Hindernisse, die der Adel einer Zentralisation in den Weg lege, beseitigt. Jeder Versuch, das geistige Niveau des Bauern zu heben, werde bestraft. Und was immer man von der Bauernbefreiung für die Zukunft erwarten möge: Vorläufig habe sie den Zarismus gestärkt“ (Rjasanoff 199).

Rußland hatte also folgendes erreicht: Der polnische Bürger war an der Wirtschaftsbeziehung zu Rußland interessiert. Der Adel war als Klasse erledigt, er war zum „grundbesitzenden Bourgeois“ geworden (Luxemburg). Der „befreite“ Bauer aber war keineswegs eine revolutionäre Gefahr. Im Gegenteil, die Landbesitzreform machte eine Million Landproletarier besitzlos und schuf damit die Arbeiterarmee für die Fabriken, eine Armee, die sich bis 1891 auf 1½ Millionen, bei 8 Millionen Einwohnern, vermehrt hatte (einschließlich Landarbeiter).

Die Bindung der kongreßpolnischen Kolonie an das Herrscherland wurde aber in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auch außenpolitisch begünstigt. Seit 1891, dem Jahre des russisch-französischen Militärbündnisses, kannte das französische Kapital im Osten nur noch ein Interesse: Die Sicherung seiner finanziellen Anlagen im Zarenreich. Und so mußten die Polen loyal gegen den Zaren sein, sonst hätte das Militärbündnis an Wert verloren. Der nationaldemokratische Polenführer Roman Dmowski, der von jeher die russische Orientierung der Polenpolitik begünstigt hatte, verriet vor dem Kriege, daß sich in Paris eine geradezu polenfeindliche Stimmung breitgemacht habe, als die dortigen Polen von dem neuen Kurs nicht gerade begeistert waren (Question 286). Frankreich aber hat seine Polenpolitik stets in seinem und keineswegs im polnischen Interesse gemacht. Das hätten die Polen eigentlich aus der Geschichte lernen können. Nicht nur aus den Erfahrungen mit Napoleon. 1830 verriet der französische Generalkonsul in Warschau die Revolutionskorrespondenz an die russische Regierung. Im Krimkrieg ließ Frankreich Polen fallen. 1891 erneut. Auch die Protegierung Polens nach dem Weltkrieg war keine „Wiedergutmachung historischen Unrechts“, sondern ein überaus geschickt in den Gesamtplan einer klugen Europapolitik eingefügter Baustein der geschulten Pariser Diplomatie und Bankwelt.

Kapitulation vor dem Zaren war also für das kongreßpolnische Bürgertum gleichbedeutend mit der Teilnahme an der Reichspolitik. Es kapitulierte willig. Wie wenig ihm an einer Wahrung romantisch-nationaler Auferstehungspläne gelegen war, wieviel wichtiger ihm der Absatz des Łodzer Barchent war als das Schicksal des Weißen Adlers, ergab sich eindrucksvoll am 3. Mai 1891, als in Warschau einige hundert begeisterte Studenten zur Hundertjahrfeier der Verfassung von 1791 demonstrierten: Die „Gesellschaft“ lehnte eine Beteiligung schroff ab (Winiarski, 487). Dagegen gestaltete sich der Zarenempfang in Warschau am 1. und 2. September 1897 zu einem Triumphzug des Absolutismus in

Polen. Kein Wunder. Denn infolge der Entwicklungsbedingungen im Zarenreich hatte sich der Konzentrationsprozeß in der Industrie wie folgt entwickelt:

1879 produzierten	6627 Fabriken für	118 000 000 Rubel,
1882	7060	139 000 000
1884	6580	191 851 000

Bild 10
Seite 48

Die Neugründungen der Jahre 1870—1890 machten Dörfer wie Łódz und Sosnowice zu Großstädten. Der innere Markt brachte den Fabrikanten 40—60 prozentige Profite. Der Gesamtwert der industriellen Produktion stieg in diesen 20 Jahren um 215 v. H., in der Textilindustrie um 432 v. H., in der Eisen- und Stahlproduktion um 733 v. H., in der Kohlenförderung um 1098 v. H. — die Geschäftswelt hatte guten Grund, mit ihrer Eingliederung in das zaristische Wirtschaftsgebiet zufrieden zu sein.

Die Industrie jedoch, die in engem Austausch mit Rußland stand: Polen lieferte Wollspinngarne, Maschinen, Kohle, Rußland lieferte Rohwolle, Roheisen, Koks, Baumwolle; diese Industrie bildete im Ganzen der Wirtschaft doch nur einen schmalen Sektor. Wenn man die zahlenmäßig absolut im Vordergrund stehende Agrarwirtschaft betrachtet, so ergibt sich das wahre Bild: Gerade das Bündnis zwischen Zarenabsolutismus und polnischem Bürgertum gestattete in um so ungehemmter Weise der russischen Regierung, in dem überwiegenden agrarischen Wirtschaftssektor die polnische Kolonie auszubeuten und zur ertragreichsten des ganzen Reiches zu machen. Während die Grundsteuern und andere Abgaben der Landwirtschaft im nördlichen Schwarzerdegebiet, der fruchtbarsten Gegend Zentralrußlands, 3 649 021 Rubel ergaben und im Wolgadistrikt 668 304, lieferte Polen 7 956 425 Rubel. Dazu kommen die Gemeinde- und Staatssteuern, pro Desjatine (1 Desj. gleich 1,029 Hektar) in Kopeken:

Gebiet	Staatssteuer	Gemeinde- und Lokalsteuer	Zusammen
Nördliche Schwarzerde	13	22,1	35,1
Ost- und Südostgebiet	4	10,2	14,2
Südwestgebiet	15	11,3	26,3
Wolgagebiet	1	10,9	11,9
Industriegebiet	3	44,4	47,4
Nordgebiet	0,06	2,7	2,76
Polen	72	30,0	102,01

Es waren also in Polen die Staatssteuern erheblich höher als die Lokalsteuern, obschon die Produktionskosten in Polen damals höher waren als in den zentralen Gebieten — ein klarer zahlenmäßig faßbarer Beweis für die koloniale Abhängigkeit. Dazu

zu Bild 16 und 17: Die Bilder zeigen die Folgen der dreiwöchigen Haft in der Brester Kasematte. Sie stammen aus einer in Polen sofort nach Erscheinen konfiszierten Nummer des „Robotnik“.



Bilder 16 u. 17. Abgeordneter Liberman vor und nach Brest
(s. nebenst. Anm.)



Bild 18. Ukrainische Prošvita bei Lemberg nach der „Pazifizierung“ 1950



Bild 19. Die Pogrom-Ruinen im Lemberger Judenviertel 1931



Bild 20. Das Konferenzzimmer des Jüdischen Gymnasiums in Lemberg
(s. nebenst. Anm.)

kamen produktionsverteuernde bzw. profitmindernde Maßnahmen der Transportpolitik, zum Beispiel eine Tarifiermäßigung beim Transport von Getreide und Mehl nach Polen.

Der Bauer indessen, den diese Lasten drückten, war, wie bis zum Ausgang des Weltkrieges in ganz Osteuropa, noch keine politische Kraft. Er revoltierte nicht, weil er nicht konnte. Der Adel war zum Bürger geworden. Der Bürger hatte seine Angriffsrichtung geändert. Nicht mehr gegen den Zaren, sondern mit dem Zaren, gegen die Juden. Aus Nationalismus war Antisemitismus geworden (vgl. Kapitel 17). Mittlerweile aber meldete sich eine neue Kraft des gesellschaftlichen Geschehens: der Industriearbeiter, das Proletariat.

Literatur:

Dmowski, Niemcy, Rosya i kwestya polska. Łwów 1908.

Dmowski, La question polonaise, Paris 1909.

Feldman, vgl. Kap. 11.

Luxemburg, R., Von Stufe zu Stufe, zur Geschichte der bürgerlichen Klassen in Polen. Neue Zeit XVI 1 1898 164 ff.

Luxemburg, R., Die industrielle Entwicklung Polens. Leipzig 1898.

Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927.

Rjasanoff, vgl. Kap. 11.

S. G. Beitrag zur Geschichte der Agrarpolitik Rußlands in dessen polnischen Provinzen. Neue Zeit XIV, 2 1895/96, 431 ff.

Winiarski, Der Sozialismus in Russisch-Polen, Neue Zeit X 1 1891/92 453 ff. und 485 ff.

15. Proletarische Bewegung in Polen

Zahlenmäßig hielt sich die Entwicklung der neuen Klasse entsprechend dem schmalen Sektor, den die Industrie in der Gesamtwirtschaft bildete, in bescheidenen Grenzen. Es gab

1877	90 767	Industriearbeiter
1883	144 786	"
1895	205 827	"
1903/04	252 126	"
1905	276 747	"
1910	400 922	" (Feldman, 312).

Die Arbeitsbedingungen waren, gemessen am Durchschnitt der damaligen Zeit, in Kongreßpolen etwas günstiger als in Zentralrußland, die Intelligenz und Bildung stand zweifellos auf höherem Niveau. Rosa Luxemburg teilt eine Zahl von Prof. Jan-

zu Bild 20: Nach einem Besuch der Polen am Fronleichnamstage 2. Juni 1929. Angeblich war von einem Fenster aus die Prozession gestört worden.

schul mit, nach der im zentralen, also Moskauer Bezirk 64 bis 78 v. H. aller Arbeiter Analphabeten waren, in Polen dagegen nur 35 bis 55 v. H. Dennoch entstand die sozialistische Bewegung in Polen erst durch Anregungen, die aus dem großrussischen Gebiet herübergebracht wurden.

1873 hatte Lopatin das „Kapital“ von Marx ins Russische übersetzt. 1876 war der Verband Sendlja i Wolja, Erde und Freiheit, gegründet worden, der eine planmäßige Organisation der Terroristen anstrebte, und aus seinen Kreisen, von den russischen Universitäten, kamen polnische Studenten und gründeten gemeinsam mit Arbeitern die ersten Geheimzirkel im Lande. Der Student Ludwik Warynski war mit 22 Jahren an den Studentenunruhen beteiligt, die 1875 an der Petersburger Universität ausbrachen. Aus Petersburg verwiesen, ging er 1876 nach Warschau, als Arbeiter, war dann ein Jahr auf dem agronomischen Institut in Pulawy und kehrte 1878 nach Warschau zurück. In diesem Jahre schuf er die erste polnische sozialistische Organisation „Proletaryat“, — ohne Zusammenhang mit der Ueberlieferung der polnischen Emigration, daher auch unbeeinflusst von den national-revolutionären Ideen der Emigranten. Ein Jahr später entstand in Rußland der Bund Narodnaja Wolja, „Volks-Freiheit“, der über den bloßen Terrorismus der Sendlja-i-Wolja-Kämpfer hinaus ein sozialistisches Gesellschaftsziel durch Umgestaltung des absolutistischen Staates in eine moderne Demokratie erreichen wollte. Mitglied seines Exekutivkomitees waren der spätere Proletaryat-Führer Kunitzki sowie der Pole Hryniewjecki, der am 1./3. März 1881 den Zaren Alexander II. tötete. Die engen Beziehungen zwischen russischen und polnischen Revolutionären in jener aufopferungsreichen und bewegten Zeit hat mit unerhörter Anschaulichkeit ebenfalls ein Pole, Stanisław Brzozowski, in seinem Roman „Flammen, aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des Michael Kaniowski“ geschildert. Bereits 1878 setzten die Verfolgungen des „Proletaryat“ in Warschau ein. Warynski geht ins österreichische Polen, über die galizische Grenze, gründet die ersten sozialistischen Organisationen in Lemberg und Krakau. Im Oktober 1879 erscheint zum ersten Male, unter Mitarbeit von Mendelson und Dykztain, die Równość (Gleichheit). 1879 steht Warynski mit 34 Genossen vor dem Krakauer Gericht, er wird ausgewiesen. Er versorgt, nunmehr illegal, die polnische Bewegung mit den notwendigen geistigen Waffen durch einen umfangreichen Literaturschmuggel. 1881 ist er wieder in Warschau. Es beginnt eine fieberhafte Tätigkeit. 1882 finden wir ihn an der Arbeit für das Programm des „Proletaryat“, das 1883 er-

scheint und über die üblichen demokratischen Forderungen wie Pressfreiheit, Selbstverwaltung, Freiheit des politischen Vereinswesens hinaus bereits das Ziel der Gleichberechtigung der Frauen in der Arbeit, der Gleichberechtigung der Nationen und der internationalen Solidarität aufstellt. Hier beginnt jene geistige Auseinandersetzung, die in den Formen, die sie später gewann, den Ausgangspunkt jenes Konfliktes bilden sollte, der im Grunde noch heute die proletarische Bewegung in Atem hält. Nationalismus oder Internationalismus. Im Programm des Proletaryat hieß es:

„Länger als in den anderen Ländern blieb das polnische Proletariat in Schlaf versunken. Außer den allgemeinen ökonomischen und politischen Bedingungen trug hierzu die politisch-nationale Abhängigkeit unseres Landes von den fremden politischen Mächten nicht wenig bei. Die nationalen Aufstände und Bewegungen, die alle Polen zur Einigkeit und zum gemeinsamen Kampfe gegen den Eindringling riefen, ertöteten das Klassenbewußtsein unserer Gesellschaft, in besonderem Maße dasjenige der arbeitenden Klassen... Man suchte diese zu überzeugen, daß der Widerspruch zwischen ihren Interessen und denjenigen der herrschenden Klassen bei uns künstlich durch den inneren Druck hervorgebracht würde, so daß er mit dem Augenblick der Wiedererlangung der nationalen Selbständigkeit fallen müsse. Eben diese 'Unabhängigkeit des Vaterlandes', die als Heilmittel aller sozialen Uebel in den Vordergrund gerückt, zur Eintracht und zu gemeinsamem Handeln anfeuerte, eben sie war es, welche die Aufmerksamkeit des Arbeiters von den wirklichen Ursachen seines Elends und Druckes, unter dem er litt, ablenkte... Dieser Zustand der Dinge darf nicht länger dauern; der moralischen Befreiung des polnischen Proletariats von den Einflüssen der privilegierten Klassen, Regierungen und nationalen Traditionen, die seinen Klasseninteressen schädlich sind, muß unabänderlich eine Bewegung vorangehen, die mit gutem Recht den modernen Volkserhebungen eingereiht werden darf.“

Hier ist also der Standpunkt des Klassenkampfes dem des „Burgfriedens“ klar gegenübergestellt. Den ersten großen öffentlichen Erfolg hatte Proletaryat im Februar 1883, als der Warschauer Oberpolizeimeister Buturlin einen Erlaß herausgab, alle Fabrikarbeiterinnen seien den Prostituierten gleichzustellen und ärztlichen Untersuchungen zu unterziehen; ausgenommen sollten nur solche Frauen sein, die ein Sittlichkeitszeugnis des Fabrikbesitzers vorweisen könnten. Der Erlaß erschien am 10. Februar. Am 13. Februar erfolgte ein Aufruf an die Arbeiter, der mit den Worten schloß: „Sie wollen den Kampf — sie sollen ihn haben!“. Die Aktion wirkte ungeheuer. Anfang März wurde der Erlaß zurückgezogen. Damit aber setzten erneut die Verfolgungen ein. Im September wird Warynski verhaftet. Anfang 1884 folgten weitere Verhaftungen. Der Prozeß gegen ungefähr 200 Genossen endete damit, daß am 29. August 1885 vier von ihnen zum Tode, die anderen zu schweren Kerkerstrafen in russischen Gefäng-

nissen verurteilt wurden. Am 28. Januar 1886 wurden Bardowski, Kunitzki, Ossowski und Pietrusinski am Galgen hingerichtet. Warynski wurde in die berüchtigte Schlüsselburg gebracht. 1891 soll er dort gestorben sein, wie so viele andere, die für die Freiheit des russischen und polnischen Proletariats gekämpft haben.

Mittlerweile hatte sich unter dem Einfluß von Bolesław Limanowski ein Nationaler Arbeiterverband (Narodowy związek robotniczy) gebildet. Limanowski, 1835 geboren, hatte 1860 in Paris noch vor dem Aufstand von 1863 mit der Demokratischen Gesellschaft Fühlung gehabt und war so in der Lage, die geistige Verbindung zwischen dem damaligen Frühsozialismus der Emigration und der nunmehr erwachsenden Arbeiterbewegung Polens herzustellen. Durch den Prozeß von 1883 war die Warschauer marxistische Organisation auf Jahre hinaus zerschlagen, zur gleichen Zeit, in der auch in Rußland durch die Hinrichtung des Exekutivkomitees der Narodnaja Wolja nach der Ermordung Alexanders II. die Sozialisten aktionsunfähig waren. Eine gewisse Enttäuschung gegenüber der internationalistischen Richtung griff Platz. Das war der Boden, auf dem sich von neuem der Gedanke entwickeln konnte, daß doch erst die nationale Befreiung und dann die soziale Befreiung kommen müsse. Aus den Kreisen dieser Vertreter des nationalen Unabhängigkeitsgedankens, den Niepodległościowcy, bildete sich ein neues Organisationszentrum. Erfolge mit trotz Verbotes durchgeführten großen Demonstrationen am 1. Mai und Streiks (1891 und 1892 in Warschau und Łódz) stärkten das Selbstbewußtsein der polnischen Arbeiter wieder. Die antipolnische Politik Bismarcks im benachbarten Preußen förderte das nationale Unabhängigkeitsbewußtsein auch in den proletarischen Kreisen. Im November 1892 fand in Paris eine Zusammenkunft des „Auswärtigen Verbandes polnischer Sozialisten“ statt, auf der ein neues Programm angenommen wurde, das die Forderung einer „unabhängigen demokratischen Republik“ enthielt. Das war die Geburtsstunde der Polska Partja Socjalistyczna, der PPS.

Die Sonderstellung der polnischen Sozialdemokraten wurde eindeutig von dem nunmehrigen Führer der galizischen Sozialisten, Ignac Daszyński auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie 1892 betont:

„Angesichts der besonderen Lage unseres Landes (Galizien), dessen politische Grenzen den realen und sprachlichen nicht entsprechen, ferner mit Rücksicht auf unsere Stammesgenossen, die außerhalb des (österreichischen) Staates leben und Hilfe von uns erwarten, können sich die polnischen Sozialisten aus Galizien nicht so fest an die österreichische Organisation anschließen, wie es andere Nationalitäten tun können und sollen.“

Dementsprechend splitterte auch in Preußen eine besondere polnische Sozialdemokratie von der deutschen SD. ab (1893), die die Redaktion der von der deutschen Partei für die polnischen Arbeiter gegründeten *Gazeta Robotnicza* übernahm und mit Galizien, Kongreßpolen und dem Auslandkomitee in London in engster Fühlung blieb. Auf dem Internationalen Kongreß in Zürich 1893 waren zum ersten Male die PPS.-Gruppen aller drei Teile des ehemaligen polnischen Staates vertreten und gingen einheitlich vor. Auf diesem Kongreß erschien die Herausgeberin eines oppositionellen Blattes, der unregelmäßig erscheinenden *Sprawa Robotnicza* (Arbeiterfrage) und wollte gegen die nationale Tendenz der polnischen Sozialdemokratie Stellung nehmen. Das Mandat dieses „Fräulein Róża Kruszyńska“ wurde indessen nicht anerkannt.

Diese Róża Kruszyńska war aber niemand anderes als die nachmalige Rosa Luxemburg, der die deutsche Partei bei der sich nun entwickelnden theoretischen Debatte die Spalten ihres theoretischen Organs, der *Neuen Zeit*, öffnete (vgl. Kapitel 4).

Luxemburg wurde mit Karski zusammen die Führerin der internationalistischen Gruppe, der SDKP., der Sozial-Demokratie des Königreichs Polen, auch als SDKPL. (Litauens) abgekürzt. Aus ihrer Auffassung von der ökonomisch bedingten Bindung der kongreßpolnischen Bourgeoisie ans Zarenreich heraus verfocht sie die Ansicht, daß das kongreßpolnische Proletariat gemeinsam mit der russischen Bewegung, nicht aber mit der unter ganz anderen ökonomischen Voraussetzungen und anderen staatlichen Bedingungen arbeitenden PPS. in Oesterreich und Deutschland fechten sollte. Vor allem verwahrte sie sich dagegen, daß proletarische Kräfte für die Errichtung eines demokratisch-bürgerlichen Staates eingesetzt werden sollten, anstatt dem Klassenkampf gegen die jeweilige Bourgeoisie der Teilgebiete und der herrschenden Nationen zu dienen:

„Nun soll die polnische Unabhängigkeit von dem polnischen Proletariat selbst, von seinem Klassenkampf verwirklicht werden; es handelt sich hier wohlgemerkt nicht etwa um die Befreiung der Polen als einer Nation durch die alles befreiende sozialistische Umwälzung, sondern um die staatliche Unabhängigkeit der Polen im Rahmen der bestehenden Ordnung, also um einen unabhängigen polnischen kapitalistischen Klassenstaat. Diesen Klassenstaat soll sich das polnische Proletariat zur nächsten politischen Aufgabe seines Klassenkampfes stellen, ganz wie das österreichische die Erringung des allgemeinen Wahlrechts...“ (*Neue Zeit* 1895, 178.)

Und nun kommt die Formulierung jenes Begriffs, der in der späteren Diskussion der nationalen Frage vor internationalem Forum, vor allem 1914 und in der Zeit seit 1914 die scharfe Gegen-

überstellung der Politik des Klassenkampfes und der des Bürgerfriedens erleichtert hat: „Die Sozialpatrioten geben unserm Proletariat“ eine harte Nuß zu knacken.

„Während bisher neue Staatenbildungen von den besitzenden Klassen in ihrem eigenen Interesse geschaffen wurden, und zwar unter Benutzung der Volksklassen als eines unbewußten Werkzeugs, soll hier das bewußte Proletariat selbst einen neuen Klassenstaat ins Leben rufen. Ja, noch mehr, es soll dahin, ihrem Willen und Interesse zuwider, mit Gewalt seine sich dagegen mit Händen und Füßen wehrende Bourgeoisie, genauer seine drei Bourgeoisien verpflanzen, dabei die gegebene Richtung der ökonomischen Entwicklung seiner Länder vergewaltigend. Um also die Unabhängigkeit Polens zu erobern, mußte das Proletariat nicht nur die Gewalt der drei mächtigsten Regierungen Europas brechen, sondern auch stark genug sein, die materiellen Lebensinteressen seiner Bourgeoisie zu bezwingen. Mit anderen Worten, es mußte trotz seiner Stellung als geknechtete Klasse zugleich die Stellung einer herrschenden Klasse einnehmen und seine Herrschaft dazu gebrauchen, um durch Schaffung eines neuen Klassenstaats mit Bewußtsein wieder ein Werkzeug seiner fernern Unterdrückung zu schaffen“ (181).

Der spätere Chefredakteur des Krakauer *Naprzód*, Häcker, antwortete Rosa Luxemburg, es sei „keineswegs zu ersehen, was denn eigentlich in der Welt der ökonomischen Entwicklung Russisch-Polens den Weg nach Rußland zeigt“; Kautsky gab ihr gegen Häcker wenigstens soweit recht, daß er erklärte: „Aber mit dem Niedergang des Panslawismus und dem Erstarken einer innerrussischen starken revolutionären Bewegung hört die Wiederherstellung Polens auf, dringende Notwendigkeit der westlichen Demokratie zu sein“, meinte aber andererseits, sie unterschätze doch die Frage der Sprache. „Opposition der schwächeren Nation nimmt immer nationalen Charakter an“. Daneben sei die bürgerliche Intelligenz eine von Luxemburg unterschätzte Kraft, die aber werde gerade am meisten von den Russen unterdrückt (*Neue Zeit* 491 ff.). Im übrigen meinte er in harmlosem Optimismus, die PPS. würde schon trotz der nationalen Ziele ihren Sozialismus nicht verraten: „Soviel Vertrauen müssen wir schon zu unserer Partei haben . . .“ (522).

Rosa Luxemburg, die Führerin des Internationalismus, ist vor der Geschichte unterlegen; aber trotzdem hat sie Recht behalten. Was sie der deutschen PPS. prophezeite: „Sollten die polnischen Sozialisten in Deutschland dahin kommen, dieser Taktik konsequent zu folgen, dann müßten sie freilich zu einer gegen die Bourgeoisie kämpfenden, zu einer nach der bürgerlichen Pfeife tanzenden Partei werden“ (212) — was sie nur der deutschen PPS. prophezeite, das wurde das Schicksal der ganzen PPS., und die Einkerkierung der PPS.-Führer in Brest-Litowsk unter der Regierung des ehemaligen Genossen Piłsudski hat zunächst den

Schlußstrich unter diese Entwicklung gesetzt. Genosse Piłsudski, 5 Jahre in sibirischer Verbannung geschult, hatte 1894 die illegale Redaktion des Robotnik in Łódź übernommen. Er ging dann nach Galizien, um dort mit Hilfe der PPS. die Verwirklichung seines nationalen Programms vorzubereiten. Und als nach der Uebnahme der Leitung des polnischen Staates durch Piłsudski im November 1918 eine sozialdemokratische Deputation bei ihm erschien und ihn als Genossen begrüßte, gab er zur Antwort:

„Genosse Piłsudski? Wir sind auf den gleichen Straßenbahnwagen gestiegen, das stimmt. Aber ich bin auf der Station ‚Unabhängiges Polen‘ ausgestiegen, und Ihr fahrt zur Endstation ‚Sozialismus‘ weiter, habe ich gehört?“

Literatur:

Brzozowski, Flammen, Berlin-Stuttgart 1920 I II.

Daszyński, Polityka proletaryatu. Kilka uwag o taktyce rewolucyj w Polsce. Warszawa 1907.

Daszyński, Pamiętniki, Kraków I 1925, II 1926.

Herrnstadt, Die Geschichte der ersten Brigade. Berl. Tagebl. 31. 12. 31, 614.

Kulczycki („Mazowiecki“) Historia ruchu socjalistycznego w zaborze rosyjskim. Kraków 1903.

Limanowski, Socjalizm-demokracja-patriotyzm. Kraków 1902.

Luxemburg, Diskussion mit Häcker und Kautsky, vgl. Kap. 4.

Luxemburg, Czego chcemy? Komentarz do programu SKPL. Warszawa 1906.

Stegmann/Hugo, Handbuch des Sozialismus. Zürich 1897. Darin „Polen“ 609-637, bearbeitet von dem PPS-Führer Jodko. Unverändert 1906 in der russischen Ausgabe, St. Petersburg, Sprawotschnaja kniga.

Szkie programu polskiej partji socjalistycznej, Przedświt 1893, No. 5 (Kommentar von Mendelson).

Wasilewski, Zarys dziejów polskiej socjalistycznej w związku z historją socjalizmu polskiego w trzech zaborach i na emigracji. Warszawa 1926.

Winiarski, vgl. Kap. 12.

14. Posen und Pomerellen als preußische Kolonie

Eine selbständige, den bürgerlich-nationalen Ansprüchen des kapitalistischen Zeitalters entsprechende Politik konnte sich in den kongreßpolnischen Landesteilen erst entwickeln, als die industrielle Erschließung des Gebietes und russische Bauernpolitik den Adel in der Tat enteignete, indem sie ihm die wirtschaftliche Grundlage entzog. Bis dahin war polnische Ueberlieferung und Adelstradition dasselbe gewesen. Nun aber entstand Bürgertum und Proletariat; erst diese neuen Klassenkräfte gaben die Grundlage für die Vorbereitung des neuen polnischen Staates.

Auch in den 1772 bzw. 1815 preußisch gewordenen Provinzen des alten polnischen Reiches vermochte der polnische Adel, obwohl dem preußischen Feudalismus wesensverwandt, keine positiven politischen Kräfte zu entwickeln. Die Bauern, die unter der Fürsorge des preußischen Militärstaates mit seiner geordneten Bürokratie immerhin gewisse Erleichterungen gegenüber der bis dahin gewohnten Adelswillkür verspürten, hatten keinerlei Neigung, „ihren“ Adel, die verhaßte Schlachta, irgendwie bei separatistischen Unternehmungen zu unterstützen. Als 1830 in Warschau der Aufstand ausgebrochen war, zogen polnische Adlige aus Preußen zur Unterstützung dieser Aktion nach Kongreßpolen. Die Bauern hielten zur preußischen Regierung. Als 1831 polnische Revolutionäre, bedrängt von zaristischen Truppen, auf preußisches Gebiet übertraten (es waren die Rybinskische Armee und die Gielgudsch Scharen, zusammen 27 659 Mann), erklärten die Polen: „Bei uns sind wir Sklaven. Der Edelmann gebietet allen unsern Kräften zu seinem Vorteil. Hier ist jeder Herr, und wenn wir hier die Elendsten würden, so wären wir im Vergleiche zu unserer ehemaligen Lage noch sehr glücklich“ (Preuß. Verh. S. 57).

So hat die Politik des soldatischen Preußen in hohem Maße den Klassengegensatz innerhalb des polnischen Volkes auszunutzen verstanden: Der Bauer wurde gegen den Adligen, den alleinigen Hüter der Tradition, ausgespielt. Man versuchte, ihn, den Bauer, zum preußischen Bürger zu machen, was zunächst weitgehend Erfolg zu haben schien, obschon die Garantien, die der Wiener Kongreß der polnischen Bevölkerung auch der preußisch gewordenen Landesteile zugestanden hatte, in keiner Weise geachtet wurden. Schon 1827 begann der Kampf gegen die polnische Sprache, noch gehemmt durch außenpolitische Rücksichten. Als diese nach dem von Rußland niedergeschlagenen Aufstand fortfielen und auch in Kongreßpolen die Entnationalisierungspolitik einsetzte, antwortete Preußen mit der Einführung der deutschen Amtssprache in den eroberten Ländern 1832.

Ein polnischer Mittelstand, der Träger eigener nationaler Ideen hätte werden können, existierte vorläufig nicht. Indessen machte sich in der Emigration mehr und mehr das Gefühl geltend, daß der Kampf gegen die Teilungsmächte sich nicht allein in der Hoffnung auf französische Hilfe erschöpfen dürfe. *Powrot do kraju!* — Rückkehr in die Heimat! wurde zur Parole. Diesem Ruf folgte 1836 ein Mann, der für die Entwicklung des preußischen Polentums überragende Bedeutung gewinnen sollte. Kein Bauer, kein Adliger, sondern bezeichnenderweise einer der wenigen führenden „Bürger“ der Emigration, der Arzt Karl Marcinkowski.

Mit Mickiewicz und den Freunden Czartoryskis hatte er schon Ende 1832 in Paris das Towarzystwo Pomocy Naukowej, den Verein für Unterrichtshilfe gegründet. Dieser Verein sollte der polnischen Jugend in der Emigration den Besuch der ausgezeichneten französischen Hochschulen ermöglichen und auf diese Weise die intellektuell-wissenschaftliche Grundlage für den nationalen Wiederaufbau schaffen helfen. Diese akademische Arbeit schuf die Voraussetzungen für den starken kulturellen Aufschwung vornehmlich des Polentums im Posener Gebiet in den vierziger Jahren, einer Bewegung, an der Marcinkowski einen erheblichen Anteil hatte. Der „Bazar“, das polnische Haus, wurde zum Zentrum der polnischen Bewegung in Posen.

1841 gründete Marcinkowski den „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend“, der nach dem Jahresbericht von 1897, ein halbes Jahrhundert später, für das Berichtsjahr 18 000 Mark an Studenten, 20 000 Mark an Techniker, Apotheker und andere Angehörige praktischer Berufe, schließlich 17 000 Mark an Schüler zahlen konnte, bei einem eisernen Stipendienfonds von 683 000 Mark. Diese Bildungsarbeit des Polentums atmete den gleichen Geist demokratischen Selbstbewußtseins, wie die vom französischen Republikanismus befruchtete Emigration. Schon in dieser ideologischen Gegensätzlichkeit zum feudalen Klassencharakter der preußischen Regierung lag ein Konfliktsstoff.

Preußen war vor seinem Aufgehen im Norddeutschen Bund und später im Deutschen Reich kein „Nationalstaat“. Das Deutsche Reich von 1870 dagegen war die staatsrechtliche Konsequenz des Strebens des deutschen Bürgertums nach einem nationalen Einheitsstaat. Diese bürgerlich-nationale Färbung der Reichspolitik mußte den fremdnationalen Bevölkerungsteilen das Bewußtsein ihrer Fremdheit in diesem politischen Gemeinwesen aufnötigen, sofern sie es nicht schon vorher gewonnen hatten. Im feudalen Preußen konnten preußischer und polnischer Bauer nebeneinander leben, wenn beide nur „getreue Untertanen“ ihres „gnädigen Herrn“, des preußischen Königs, waren, zu dem im Feudalstaat eine persönliche Beziehung bestand. Im bürgerlichen Deutschen Reich wurde das anders. Das nationale Parlament mit seiner einflußreichen Bürgerpartei, den Nationalliberalen, trat an die Stelle der königlichen Person. Bismarck mußte sich entscheiden zwischen deutsch-nationalen und preußisch-feudalen Zielen. Und wenn er, Gegner des Nationalliberalismus, auch stets preußischer Adelsmann und in dieser Eigenschaft Diener „seines“ Königs blieb: In der Polenfrage konnte das nicht hindern, daß sein ursprünglicher, der preußischen Staatsidee entsprungener Ge-

danke einer Verschmelzung der beiden völkischen Gruppen des preußischen Ostens scheitern mußte:

„Die preußischen Polen waren zu preußischen Menschen geworden nicht der Nationalität, sondern dem Charakter nach, indem sie sich auf Ordnung, Disziplin und planmäßige Unternehmungen einstellten. Die Loyalität des polnischen Bauern wurde in dem Augenblick in Frage gestellt, wo man ihm seine fremde Nationalität zum Bewußtsein brachte... Eine Eindeutschung Preußens im Sinne des liberalen Konstitutionalismus mußte früher oder später die Nationalisierung des preußischen Polentums nach sich ziehen und den sozialen Gegensatz zwischen Adel und Bauerntum zum Ausgleich bringen. Da die breite Masse der polnischen Bevölkerung sich am politischen Leben kaum beteiligte, so sicherte das konstitutionelle System gerade dem entschiedensten Gegner der preußischen Monarchie, dem polnischen Adel, die politische Führung des Volkes. In Kriegszeiten folgte der polnische Bauer zwar nach wie vor dem preußischen König als guter Soldat, in den parlamentarischen Wahlzeiten aber ließ er sich von den adligen Herren mit polnischen Wahlzetteln in die Stadt schicken“ (Schinkel 92).

Dazu kam bei Bismarck, als dem Vertreter einer protestantischen Macht, der Gegensatz zum Katholizismus. Bismarcks „kleindeutsche Idee“ hatte mit der Ausschaltung des katholischen Oesterreich aus der deutschen Reichspolitik 1866 gesiegt. Die Tatsache, daß der katholische Klerus in jeder Weise die polnische Nationalisierung des Bauern in den preußischen Ostprovinzen förderte, gab dem Kanzler den Anlaß zu dem berühmten gewordenen Brief an den damaligen Minister des Innern Fritz von Eulenburg vom 7. Februar 1872:

„Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute noch nicht auffällig wankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen könnte, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickelt.“

Damit begann die aktive Polenpolitik der Bismarckzeit. Sie sollte das deutsche Element im Osten stützen, stand aber im Gegensatz zu zwei sozialökonomischen Kräften, die stärker waren als alle Machtpolitik des Staates: Die Tatsache der stärkeren Vermehrung des polnischen Bevölkerungsanteils und die Abwanderung der ostdeutschen Bevölkerung in den Westen, der dringend Industriearbeiter anforderte. Ueberschüssiges Menschenmaterial war nun für den Osten nicht mehr verfügbar zu machen, wenigstens nicht ohne sehr intensiven staatlichen Druck. Das „Preußentum“ verlor an Boden, das „Polentum“ konnte um so mehr gewinnen, als der Kulturkampf Bismarcks gegen die katholische Kirche den polnischen Priestern eine Handhabe bot, auch den bisher nationalpolitisch kaum interessierbaren Bauern zu erfassen.

Das deutsche Bürgertum fühlte sich bedroht. Der Einfluß der katholischen Priester auf die Schulen wurde abgebaut durch die auf Bismarcks Betreiben erfolgende Einsetzung der staatlich-

weltlichen Schulaufsicht. Jetzt müsse man endlich, nach hundert Jahren, anfangen, den Polen, im Gegensatz zum Bestreben der Geistlichen, deutsch beizubringen. 1873 wurde die Unterrichtssprache auch der bis dahin polnischen Volksschulen deutsch, mit Ausnahme des Religionsunterrichtes und des Kirchengesanges. Es entstand die „Volksschule ohne Volkssprache“, wie es der Abgeordnete Jazdzewski einmal genannt hat. Wurde durch diese Maßnahme auch dem letzten polnischen Bauer des Ostens beigebracht, daß er einer „unterdrückten Nationalität“ angehörte, so schufen schließlich die dem nationalliberalen Wunsch nach deutscher Siedlungspolitik entsprechenden Ansiedlungsgesetze als Reaktion auch einen national-polnischen Arbeiter- und Mittelstand.

Die Ansiedlungspolitik war im Grunde schon der Ausdruck der durch den polnischen Einflußgewinn hervorgerufenen Nervosität des Deutschtums der Ostmark. Zunächst beschränkte sich die Bismarcksche Regierung auf negative Maßnahmen der zahlenmäßigen Schwächung des Polentums durch Ausweisung „ausländischer“ Polen. 1885 wurden plötzlich ohne weiteren Anlaß 40 000 Polen ausgewiesen und über die russische Grenze gejagt, obschon sich im Reichstag 154 Unterschriften dagegen fanden. Ein lendenlahmer Antrag kam zur Annahme, daß die Ausweisungen „nicht gerechtfertigt erscheinen“ — zurückgenommen aber wurde nichts. Bismarck zog sich auf den sicheren Boden des preußischen Dreiklassen-Parlaments zurück. Schon die Reichtagsrede des Kanzlers vom 28. Januar 1886 enthielt den oft zitierten Satz: „Die Polen erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung an“. Gestützt auf die in dieser Rede zum Ausdruck kommenden Gedanken schrieb Delbrück 1894:

„Der Gedankenzug, mit dem national gesinnte Deutsche sich heute durch die Polenfrage hindurchzuschlagen pflegen, dürfte sich etwa folgendermaßen wiedergeben lassen. Die Polen sind Staatsbürger, auf die wir uns niemals voll verlassen können. Sie streben nach der Wiedererrichtung eines großen polnischen Reiches und müssen das tun, wenn sie ihrer Nationalität treu bleiben wollen. Sie sind nur Preußen auf Kündigung. Die Gefahr, die hieraus für Deutschland erwächst, müssen wir suchen möglichst zu verringern, indem wir den Polonismus auf jede Weise bekämpfen. Durch deutsche Schulen, deutsche Amtssprache und deutsche Beamte muß die deutsche Sprache und das Deutschtum in den polnischen Provinzen möglichst gefördert werden. Die polnischen Rekruten müssen in deutsche Regimenter eingestellt werden, um vollständig Deutsch zu lernen. Alle polnischen Aspirationen müssen durch die Regierung scharf unterdrückt werden. Eine systematische Kolonisation, mit Aufwendung großer Mittel, muß deutsche Ansiedler, namentlich Bauern, in diese Gegenden führen; die Güter des polnischen Adels, des Hauptträgers des Polentums, müssen zu dem Zweck aufgekauft werden. Die Polen sollen nicht mit Gewalt zu Deutschen gemacht werden, denn das wäre barbarisch und

unmöglich, aber sie sollen deutschem Wesen möglichst angenähert und namentlich soll weitere Ausbreitung und Wachsen des Polentums schlechterdings verhindert werden. Die praktischen Maßregeln zur Bekämpfung des Polonismus und Beförderung des Deutschtums, die im letzten Jahrzehnt zur Anwendung gebracht, am meisten in die Augen springen, sind die Kolonisation und deutsche Volksschule" (Polenfrage 1).

Im Preußenparlament erreichte der Kanzler entsprechend diesem Programm alles, was er wollte.

Die Kolonisation erhielt ihre gesetzliche Grundlage durch das Gesetz vom 26. April 1886, Gesetzsammlung für die königlich preußischen Staaten Nr. 14, ausgegeben am 5. Mai 1886, „betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen“, dessen § 1 lautete:

„Der Staatsregierung wird ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um zur Stärkung des deutschen Elements in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisierende Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter 1. Grundstücke käuflich zu erwerben, 2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen a) aus der erstmaligen Einrichtung, b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauften oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden.“

§ 12 begann:

„Die Ausführung dieses Gesetzes wird, soweit solche nach den Bestimmungen des § 9 nicht durch den Finanzminister erfolgt, einer besonderen Kommission übertragen, welche dem Staatsministerium unterstellt ist.“

Das war die Gründung der Ansiedlungskommission und der deutschen „Rentenguts“-Siedlung.

Otto Hoetzsch, und diese Stimme des so hervorragenden deutschen Kenners der Ostfragen ist bedeutungsvoll genug, schrieb 1913: „Die Bismarcksche Politik ist zunächst eine Politik der Repression“, so daß es „in gewissem Sinne richtig“ ist, „wenn die Polen diese Fragen der Bismarckschen Polenpolitik auffassen als eine erneute Aufnahme des Kampfes, der seit dem 10. Jahrhundert geht“ (Ostmark S. 609). Diese Politik des deutschen „Dranges nach dem Osten“ mußte unter den Polen böses Blut machen. Und gerade angesichts dieses Eingeständnisses fragt man sich um so mehr, welchen Erfolg diese Politik dem „Deutschtum“ gebracht hat. Wenige Jahre später, als Bismarck bereits durch Caprivi abgelöst war, konnte man feststellen:

„Seither 101 landwirtschaftliche Betriebe und 33 Bauernbesitzungen gekauft worden. Bei einem Verlust von 2 400 000 Mark hat das Deutschtum 3000 Personen gewonnen, deren jede also 8000 Mark kostet. Die Interessenten sind keineswegs zufrieden; 14 Kolonisten haben ihre Kolonien schon wieder verkauft...“ (Neue Zeit X, 2, 340).

Angesichts dieses offensichtlich unbefriedigenden Ergebnisses der Aktion machte die Regierung eine Schwenkung. Caprivi versuchte, die wachsende Polenfraktion des Reichstages für die Regierung zu gewinnen, wohl im wesentlichen, um ein Gegengewicht gegen das unversöhnlich preußenfeindliche Zentrum zu bekommen. Die Ausweisungspraxis wurde gemildert. Der Religionsunterricht in polnischer Sprache und die Erteilung polnischen Unterrichts in Schulräumen wurde seit 1891 wieder gestattet, 1894 auch der Unterricht im Lesen und Schreiben des Polnischen wieder eingeführt. Der polnische Kulturkampfführer Erzbischof von Stablewski wurde in Posen von der Regierung bestätigt. Mit den polnischen Wirtschaftskräften nahm man Verbindung auf: 1892 wurde den polnischen Genossenschaften gestattet, eigene Revisoren zu bestellen; die Generalkommission für die Finanzierung des Rentengutsgeschäfts trat in enge Verbindung mit der polnischen Landbank — auch Polen konnten nun Rentengüter erwerben. Dafür stimmten die Polen im Reichstag 1891 für die Militärvorlage, 1892 für die Marinevorlage und 1893 wieder für den Heeresetat.

Die Zugeständnisse der Regierung aber genügten den Polen nicht, die sich gegen die beiden wesentlichen Angriffspunkte der deutschen Ostmarkenpolitik richteten: Sie wollten die polnische Schule und die Aufhebung der Ansiedlungskommission. Die Militärvorlage 1893 war in der Tat nur durch die 19 Polenstimmen mit 201 gegen 185 angenommen worden. Als die Regierung den Polen nicht weiter entgegenkam, begannen ihre Vertreter die Politik der Regierung zu sabotieren. Die Quittung von deutscher Seite blieb nicht aus. Seit 1894 verschärfte sich der Kampf wieder.

Am 24. August 1894 hatte sich, unter führender Mitwirkung des katholischen Klerus, aus den Kreisen der nach Hunderttausenden zählenden, in das rheinisch-westfälische Industrierevier eingewanderten Polen der *Związek polaków w Niemczech*, die „Vereinigung der in den deutschen Provinzen lebenden Polen“, bei bedingungsloser Ausschließung „sozialdemokratischer und ähnlicher Machinationen“ gebildet. Am 28. September 1894 wallfahrteten westpreußische und Posener Deutsche zum Altkanzler Bismarck, am 3. November des Jahres wurde der Deutsche Ostmarkenverein begründet, der nun im Verein mit den Alldeutschen zur Vertretung der schärfsten antipolnischen Politik wurde. Die Führer dieses Verbandes waren Rittergutsbesitzer von Hanse-
mann auf Pempowo im Posenschen, Landesökonomierat von Kennemann in Klenka in Posen und Major von Tiedemann, ebenfalls Rittergutsbesitzer, in Seeheim/Posen. Nach den Anfangsbuchstaben

dieser drei Männer gewöhnten sich die Polen daran, die Politik des Ostmarkenvereins als HKT-Politik zu bezeichnen, woraus dann das Schlagwort des Hakatismus wurde, das als Bezeichnung rücksichtsloser Nationalisierungspolitik historische Bedeutung gewonnen hat.

Der Hakatismus entfachte die polnischen Wirtschaftsenergien in ungeahnter Weise. Der Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen und Westpreußen wies 1899 eine Bilanz von 40½ Millionen aus. Die Vereinsbank der polnischen Erwerbsgenossenschaften hatte 1897 einen Umsatz von 89,9 Millionen, die Bank Włociański 40 Millionen, die Industriellenbank 2380 Mitglieder — 140 Großgrundbesitzer, 430 Kleingrundbesitzer, 319 Eigentümer von Grundstücken in Städten und Dörfern, 669 Industrielle, 575 Geistliche, Rechtsanwälte und Aerzte, 247 Kaufleute. Das polnische Bürgertum konstituierte sich. Der Volksbibliothekenverein hatte ungeheuren Zulauf. Und wieder wurde der nationale Gegensatz durch den konfessionellen verschärft. Noch heute kann man von Polen in Schlesien etwa hören: „Ich spreche nicht evangelisch“, soll heißen „deutsch“, oder „Ich bin polnischen Glaubens“, soll heißen katholisch.

Bei überaus geschickter Geschäftsführung konnte die polnische Parzellierungsbank ihren Einlagebestand folgendermaßen vergrößern:

1897	13 024	Mark
1898	130 773	„
1899	337 841	„
1900	641 497	„
1901	907 736	„
1902	1 386 465	„
1903	2 151 044	„
1904	2 560 085	„
1905	2 628 221	„
1911	4 517 360	„
1912	5 000 000	„ (Bernhard 523, 525.)

Die Ersparnisse polnischer Saisonarbeiter und der polnischen Arbeiter des rheinischen Industriezentrums wurden so zum Ankauf polnischen Bodens verwandt. Insbesondere wuchs auch unter dem kaschubischen Teil der polnischen Bevölkerung die Zahl der Sesshaften (Lorenz 133).

Der Bodengewinn der Polen war weitaus größer als der der Deutschen. Die deutsche Nervosität stieg. Am 10. August 1904 erließ die preußische Regierung eine Ergänzung zum Ansiedlungsgesetz, das sich nunmehr auf den gesamten Osten bezog, um die Sesshaftmachung von Polen auch außerhalb Posen und Westpreußens möglichst zu unterbinden, „betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen,

Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen“ (Gesetzsammlung für die königlich preußischen Staaten 29 vom 25. August 1904). Durch dieses Gesetz wurde nicht mehr und nicht weniger verboten, als sich auf eigenem Grund und Boden eine Wohnung zu errichten, sofern es der preußischen Behörde nicht gefiel:

„Wer außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Ortschaft ein Wohnhaus errichten oder ein vorhandenes Gebäude zum Wohnhaus einrichten will, bedarf einer vom Kreisausschuß, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde zu erteilenden Ansiedlungsgenehmigung. Vor deren Aushändigung darf die polizeiliche Bauerlaubnis nicht erteilt werden.“

„Die Ansiedlungsgenehmigung ist im Geltungsgebiete des Gesetzes betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen... zu versagen, solange nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliegt, daß die Ansiedlung mit den Zielen des bezeichneten Gesetzes nicht im Widerspruche steht... Wird die Bescheinigung versagt, so findet nur die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt, der endgültig entscheidet... Vorstehende Vorschriften greifen nicht Platz, wenn es sich um die einmalige Teilung eines Grundstücks zwischen gesetzlichen Erben oder um die einmalige Ueberlassung eines Grundstücks im Wege der Teilung seitens der Eltern an ihre Kinder handelt.“

Und nun, um den eigentlichen Zweck der Aktion zu verschleiern, heißt es:

„Die Ansiedlungsgenehmigung ist zu versagen, wenn nicht nachgewiesen ist, daß der Platz, auf dem die Ansiedlung gegründet werden soll, durch einen jederzeit offenen fahrbaren Weg zugänglich... ist“ usw.

Das Gesetz verbitterte ungeheuer. Vor allem entfremdete es der preußischen Regierung die schon durch den Kulturkampf aufgebrachten Kaschuben.

Trotz der Schärfe des preußischen Vorgehens wurde die polnische Bodenpolitik immer geschlossener. 1905, ein Jahr nach Erlaß des Zweiten Ansiedlungsgesetzes, kaufte die Ansiedlungskommission 32 000 Hektar aus deutscher und nur 2620 Hektar aus polnischer Hand. Es erwies sich auch hier, daß in der Konkurrenz zwischen Nationalismus, genannt „Nationalbewußtsein“, und Wirtschaftlichkeit die ökonomischen Kräfte siegen, und daß also die Gesetzlichkeit der materialistischen Geschichtsauffassung auch in der Handlungsweise ostelbisch-deutscher Bodenbesitzer zum Ausdruck kommt.

„Die stürmische Verkaufslust der deutschen Grundbesitzer äußerte sich mehr und mehr in rücksichtsloser Form, nämlich unterstützt durch die Drohung, daß das Gut in polnische Hand übergehe, falls der preußische Staat nicht sofort kauft. Sogar die sehr vorsichtig abgefaßte Denkschrift der Ansiedlungskommission wies ganz unumwunden auf die Gewinnsucht der deutschen Grundbesitzer. So heißt es in dem Bericht 1905/06 S. 6 f.:

„Das Angebot trat — mehr noch als in den Vorjahren — in dringlicher Form und unter dem Druck an die Ansiedlungskommission heran, daß

bei Ablehnung des Ankaufs das angebotene Gut für die deutsche Hand verloren gehen würde, so daß eine ruhige und sachliche Prüfung und Entscheidung vielfach erschwert war.'

Man macht sich kaum einen Begriff davon, wie rücksichtslos deutsche Grundbesitzer sich um die millionenreichen Kassen der Ankaufsbehörden drängten. Mitten im Winter, wenn das Land mit Schnee bedeckt ist und eine Schätzung gar nicht vorgenommen werden kann, wurden deutsche Güter dem Fiskus zu hohen Preisen angeboten mit der kurzen Erklärung, daß das Gut — falls die Entscheidung nicht innerhalb vier Wochen falle — in polnische Hände übergehen werde.

Hier nun, in solchem schwierigen Moment, greift die polnische Spekulation...ein. Denn um die Situation zuzuspitzen, genügt die bloße Drohung des Grundbesitzers, er werde an Polen verkaufen, nicht. Auch ein polnisches Kaufangebot genügt nicht, denn die Behörden sind hiergegen bereits abgehärtet und wissen, daß solche Kaufangebote billig zu haben sind.

Es wird daher viel energischer vorgegangen: Der deutsche Grundbesitzer bietet sein Gut dem Fiskus an, an demselben Tage aber verkauft er es an einen polnischen Händler. Um jedoch „seinem Patriotismus gerecht zu werden“, reserviert er sich bis zum Ablauf von vier Wochen ein Rücktrittsrecht und gestattet dem Fiskus, sich vier Wochen zu überlegen, ob er das Gut „retten“ will. Der Kaufvertrag aber, der mit Biedermanns Firma, Drwęski und Langner, geschlossen ist und z. B. den Preis von 600 000 Mark festsetzt, enthält folgenden Paragraphen:

„Wenn ein Dritter (gemeint ist der preußische Fiskus) zugelassenermaßen bis zum...in den Kauf eintritt, soll derselbe 30 000 Mark mehr zahlen. Dieser Gewinn aber soll zwischen der Firma Drwęski und Langner und Herrn Rittergutsbesitzer...geteilt werden“ (Bernhard 541 ff.).

Durch ausgestreute Gerüchte wird dann die öffentliche Meinung auf die Dringlichkeit des Verkaufs gelenkt, und der „einzige, der in diesen aufgeregten Wochen die Dinge ruhig gehen lassen konnte, war der polnische Spekulant, denn er erhielt entweder das Gut um 30 000 Mark billiger, als es der preußische Staat erhalten hätte, oder er bekam 15 000 Mark Reugeld aus der preußischen Staatskasse.“ (Bernhard 544).

Der Kampf um den Boden endete angesichts des egoistischen Verhaltens der deutschen Grundbesitzer, der sich unverfälscht bis zum heutigen Tage in der deutschen Agrarwirtschaft erhalten hat, mit einer Niederlage des Deutschtums. Bis zum Abschluß der Bodenaktion, dem endgültigen Uebergang der umkämpften Provinzen in den Besitz des neuen polnischen Staates nämlich, ergab sich, daß die Deutschen nur in 15 Kreisen der Provinzen Posen und Westpreußen Boden gewonnen haben. In 49 Kreisen dagegen sind sie zugunsten der polnischen Siedlungen zurückgedrängt worden. „Der preußische Fiskus wurde zum Spekulationsobjekt. Die Folge war: die Demoralisation des östlichen Gütermarktes und schließlich die vollständige Einkreisung der preußischen Ansiedlungskommission“ (Bernhard 572).

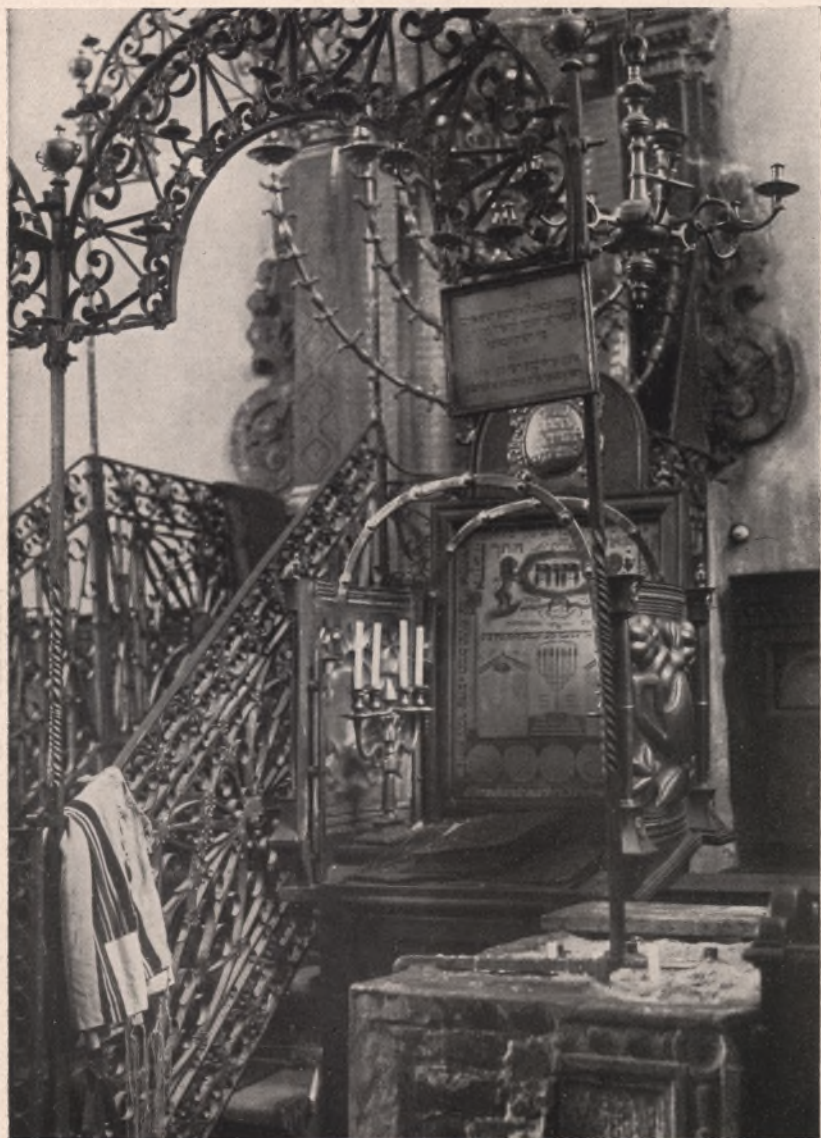


Bild 21. Aus einer der ältesten Lemberger Synagogen („Goldene Rose“).
Im Hintergrund der Thoraschrein, über dem Geländer ein Tallis, ein
Gebetsmantel.



Bild 22.
Chassidische Jungens
mit Peies



Bild 25. Wandernde Juden in der Podkarpatska Rus

Die deutsche Nervosität stieg zusehends. In Frontgemeinschaft mit den ostmärkischen Hakatisten traten die Alldutschen auf den Plan. Als in Herne im Juni 1899 Unruhen der polnischen Bergarbeiter ausbrachen, erklärten die Alldutschen: „Die Herner Polenrevolten sind wahrlich nicht geeignet, die geringen Sympathien, die ein Vaterlandsfreund und Volksfreund diesen Eindringlingen in deutsches Land entgegenzubringen vermag, zu erhöhen“ (Alldutsche 104).

Auf einmal waren also die polnischen Einwohner der 1772, 1795 und 1815 annektierten Kolonialgebiete, die zu billigen Löhnen für die Herren Krupp usw. arbeiteten, „Eindringlinge“ geworden, deren „Eindeutschung“ — der Ausdruck stammt von den Alldutschen selbst — mit aller Macht betrieben werden mußte. Der Alldutsche Verband Ruhr-Lippe stellte 1901 folgende Forderungen auf:

„Unter den gleich weiter darzulegenden Bedingungen ist es sogar wahrscheinlich, daß die Eindeutschung der Polen sich im Industriegebiet wesentlich rascher vollziehen wird als im Osten. . . Die polnische Presse im Industriegebiet ist streng zu beaufsichtigen; zu dem Behufe sind alle polnischen Blätter zu verpflichten, den polnischen Text und eine deutsche Uebersetzung nebeneinander zu drucken, da das Polnische keine gemeinverständliche Umgangssprache ist. . . Es ist anzustreben, daß alle Versammlungen im Industriegebiet in der Landessprache abgehalten werden. Die entgegenstehende Rechtspraxis des Oberverwaltungsgerichtes muß eventuell durch ein Gesetz abgeändert werden. Die polnischen Vereine im Industriegebiet bedürfen nach wie vor einer Beaufsichtigung. Aufzüge in polnischer Tracht und Demonstrationen, wie z. B. das Anbringen polnischer Schilder aller Art sind zu verbieten. . . Die polnische Sprache ist unter keinen Umständen in den Schulen, Fortbildungsschulen, Konfirmationsunterricht zu zulassen. Vom nationalen Standpunkt ist die polnische Seelsorge zu beanstanden. Es ist daher grundsätzlich seitens der Kirchenbehörden den immer gesteigerten Ansprüchen der Polen nicht stattzugeben, vielmehr die polnische Seelsorge einzuschränken und mit der Zeit ganz zu unterlassen.“

Die preußische Polizei entsprach durchaus den Forderungen der Alldutschen. Der Wiarus Polski vom 22. November 1898 meldet über die Mickiewicz-Hundertjahrfeier des Vereins des Heiligen Petrus zu Horst an der Ruhr, daß die Polizei einen Festzug in Reih und Glied nicht gestattete.

„Als wir am Brunnen der Fabrik Union vorbeikamen, vertrat uns der Wachtmeister aus Königsstele mit drei Gendarmen den Weg und befahl den Fahnenjunkern und Fahnenträgern, sie sollten die Vereinsmützen und Schärpen ablegen, heute werde nicht Fastnacht gefeiert. . . Derselbe nahm dem Vorsitzenden in sehr unzarter Weise den Degen fort, den dieser in der Hand trug. Solch taktloses Benehmen erbittert ruhige Bürger. Im Lokal wurde um 6 Uhr die Feier eröffnet. Die Vorträge über Mickiewicz ließ die Polizei nicht zu. Das Buch nahm die Polizei fort. In Warschau errichtet man für Mickiewicz ein Denkmal, und die russische

Regierung hat hierzu die Erlaubnis erteilt; hier in Preußen läßt man nicht einen Vortrag über Mickiewicz zu. Eine schöne Freiheit herrscht in Preußen, welches eine Konstitution besitzt. Die Polen sind den Preußen offenbar nur gut dafür, um ihr Blut auf den Schlachtfeldern für die Größe ihres Vaterlandes zu vergießen und hohe Steuern zu zahlen.“

Aber trotz aller nationalen Verhetzung war auch hier wieder die ökonomische Bindung stärker als die Parolen der Hugenberg-Peterspartei. Die Alldutschen mußten in ihrem Buch feststellen:

„Jeder Patriot wird mit Staunen und Schmerz die vielen Anzeichen dafür wahrnehmen, daß auch hier wieder der Deutsche mit Hintansetzung seiner nationalen Würde sich der polnischen Anmaßung fügt. Der Kaufmannsstand hat sich den Ruhm erworben, in Verbeugungen gegen den polnischen Kuli das Größtmögliche zu leisten“ (Alld. 48).

„Anstatt jeden polnischen Frechling, der sich grundsätzlich der verachteten deutschen Sprache nicht bedient und daher von dem Deutschen im Herzer Deutschlands verlangt, daß dieser ihm zu Gefallen polnisch redet, die Tür zu weisen, hängen sie Schilder aus mit der Inschrift: „Rozmamiamy po polsku!“ (Alld. 49).

Die Tatsache, daß deutsche Kaufleute in polnischen Blättern inserieren, quittieren die Alldutschen damit:

„Fühlen denn diese Deutschen gar nicht, daß jede ihrer Anzeigen ihren guten deutschen Namen an den Pranger stellt?“ (Alld. 50).

Je weniger die deutsche Abneigung den Polen schädigte, desto größer wurden die Schikanen. Seit 1872 waren die polnischen Ortsnamen des Ostens germanisiert worden. Aus Maczniki wurde Montsdnik, aus Chwalkowo Weifenburg, aus Czarniejewo Schwarzenau, aus Inowracław Hohenzalza, aus Gwiazdowo Alpwende, aus Sobiewola Eigenwill und so weiter. Nicht genug damit. Die Post begann auf höheren Befehl die Empfänger von Postsachen zu schikanieren, sofern die Briefe polnisch adressiert waren.

„In der ganzen Welt und auch in den übrigen Provinzen Preußens wird es den bei der Post Angestellten als ein Verdienst und ein Vorzug angerechnet, wenn sie mehrere Sprachen verstehen. Hier umgekehrt dürfen sie seit einigen Jahren die einheimische polnische Sprache nicht mehr verstehen, oder vielmehr müssen sie, sowohl die Postbeamten als auch die Briefträger simulieren, daß sie polnische Adressen nicht lesen können. Namentlich müssen sie tun, als seien ihnen die uralten polnischen Ortsnamen plötzlich unbekannt geworden, sobald dieselben durch neuerfundene deutsche ersetzt sind. Das Adressieren auf polnisch ist nicht verboten, aber die polnisch adressierten Briefe dürfen den Adressaten nicht sogleich eingehändigt werden, sondern müssen zuerst nach dem Uebersetzungsbüro in Posen resp. Bromberg wandern. Der Briefträger darf bei strenger Strafe einen polnisch adressierten Brief nicht ohne weiteres zustellen, auch wenn er die Adresse genau versteht und sogar, wenn ihm der Adressat persönlich bekannt ist. Wir adressierten einmal einen Brief auf polnisch an einen uns bekannten Volksschullehrer, der zugleich Postagent im Orte war. Da derselbe in seiner Schule sowohl den Religionsunterricht auf polnisch erteilt als auch auf der höheren Stufe noch polnischen

Sprachunterricht erteilt, so muß er als Lehrer von Amts wegen und notorisch der polnischen Sprache mächtig sein. Als Postagent aber darf er die polnische Sprache und namentlich polnische Adressen auf Briefen nicht verstehen. Im vorliegenden Falle wandte er sich an sein vorgesetztes Postamt mit der Frage, ob er die Adresse auf dem an ihn adressierten Briefe verstehen und den Brief sich selbst einhändigen dürfe, oder ob er denselben an das Uebersetzungsbüro senden solle. Das Postamt antwortete, in einer so heiklen Sache wolle es keine Verantwortung übernehmen. Er möge nach eigenem Ermessen, aber auf eigenes Risiko handeln“ (Cz. 94 f.).

Kaufleute, gleich ob deutsche oder jüdische, wurden amtlich vermahnt, wenn sie aus Rücksicht auf ihre polnischen Kunden unterlassen hatten, zu Kaisers Geburtstag zu flaggen. Verkauf polnischer Zeitungen auf Bahnhöfen wurde verboten. Für Polen trat Aemtersperre in jeder Form ein. Kein Pole wurde zum Richter ernannt. Die Lehrer wurden bei Androhung eines Dienstverweises ermahnt, in ihrem Hause kein polnisches Wort zu dulden, und für alle Haushaltsangehörigen haftbar gemacht. Dies alles ging den Hakatisten noch nicht weit genug. Bezeichnend für ihre Haltung ist, was Fink in seinem „Kampf um die Ostmark“ sagt:

„daß das Dolmetscherwesen sich in den Ostmarken immer breiter macht, und daß sich die Richter in dieser Hinsicht gegenüber der polnischen Bevölkerung viel zu nachsichtig zeigen. Wollen wir auch gern zugeben, daß es für eine Person, die die deutsche Sprache nicht täglich gebraucht, Schwierigkeiten macht oder machen kann, sich vor Gericht, wo unter Umständen von der Formulierung einer Antwort Leben oder Vermögen einer Partei abhängt, deutsch auszudrücken, so darf auf der anderen Seite doch nicht übersehen werden, daß der Staat ein gutes Recht hat, von seinen Bürgern die Kenntnis der Landessprache zu verlangen. Er trägt dafür Sorge, daß jedes Kind in der Schule deutsch lernt: er bietet den Männern später nochmals während der Dienstzeit im Heere Gelegenheit, sich im Deutschen zu vervollkommen. Wenn die Polen im Familienkreise oder im Verkehr untereinander die ihnen vom Staat gelehrt Sprache nicht weiter benutzen, sie vielmehr absichtlich vernachlässigen, so ist das doch nur ihre Sache. Aus politischen Gründen erscheint es kaum wünschenswert, daß eine Verpflichtung für den Staat besteht, für den Verkehr mit solchen Erwachsenen, die er als Kinder im Deutschen unterrichtet hat, einen Dolmetscher zu bestellen“ (134)!

Je mehr die Wirtschaftskraft der Polen wuchs, je mehr das deutschsprechende Bürgertum durch Abwanderung jüdischer Kreise nach Westen zerbröckelte, desto mehr geriet die Führung der östlichen Provinzen ausschließlich in die Hände der preußischen Beamtschaft. Systematisch wurden die Polen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts aus den Kommunalverwaltungen herausgedrängt, was natürlich wieder nur zur Verstimmung einerseits, zur Abwanderung fähiger Köpfe in die polnischen Wirtschaftsorganisationen andererseits führte. Das Beamtentum der

Ostprovinzen aber, so tüchtig es vielfach für wirtschaftliche, verkehrstechnische und hygienische Erschließung der polnischen Lande gearbeitet hat, war ständig in Gefahr, zu demoralisieren durch die seit 1886 eingeführte Ostmarkenzulage, einen Zuschuß zum Gehalt, der an alle Beamten gezahlt wurde, die sich „erboten“, ins Kolonialgebiet zu gehen. Im wesentlichen bestand diese Besserstellung in einer zehnprozentigen Gehaltszulage, wobei 1903 an 8111 Beamte von 8250 diese Zulage gezahlt wurde. Begreiflich, daß — wiederum aus höchst individuell-ökonomischen Gründen, das Ostbeamtentum ein Interesse daran hatte, die Polengefahr als möglichst groß und das polnische Siedlungsgebiet als möglichst ausgedehnt erscheinen zu lassen. Je größer dieses war, desto mehr Zulagestellen gab es natürlich. Diese Methode hat politisch eine sehr unerwartete Folge gehabt. Als nämlich die Polen in Versailles ihre Gebietsansprüche begründeten, konnten sie die Angaben der Ostmarkenbeamten und des Ostmarkenvereins zugrunde legen, die das polnische Siedlungsgebiet aus sehr materialistischen Gründen so weit umgrenzt hatten, daß es auch den weitgespannten polnischen Wünschen entsprach (vgl. Karte 14).

Den letzten Schlag gegen das Polentum sollte das neue Gesetz „über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußens und Posen“ vom 20. März 1908 bringen (Preußische Gesetzesammlung 7 vom 25. März 1908). Hier wurde „dem Staate das Recht verliehen, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedlungen möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als siebenzigtausend Hektaren nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben“.

Dieses Gesetz ist für die deutsche Bodenpolitik völlig wirkungslos geblieben. Es ist überhaupt nur einmal im Jahre 1912 zur Uebernahme von vier kleinen Anwesen, davon drei in Posen, eins in Westpreußen, angewandt worden. Dagegen lieferte dieses Gesetz der deutschfeindlichen Propaganda der Polen ein Material, wie sie es sich nicht besser wünschen konnten. Die deutsche Regierung glaubte sich in ihrer Machtsicherheit allerdings um das, was als Widerhall ihrer Maßnahmen im Ausland besprochen wurde, nicht kümmern zu brauchen, und das deutsche Volk erfuhr davon wenig oder gar nichts. Bereits ein Jahr nach Erlass dieses „Enteignungsgesetzes“ veröffentlichte der bekannte polnische Schriftsteller Henryk Sienkiewicz in Paris das Ergebnis einer internationalen Umfrage bei hervorragenden Persönlichkeiten aller Länder über das Thema „Preußen und Polen“, und



Karte 14

Die Polen und Kaschuben in Westpreußen, Posen und Schlesien.

Nach Teßner, Slawen in Deutschland

Braunschweig 1902, S. 473.

es wäre vielleicht damals durchaus im deutschen Interesse gewesen, auf die Stimmen der internationalen Kritik zu hören. Als Beispiel nur zwei von den über 250 Zuschriften, die Sienkiewicz erhielt.

Victor Margueritte: „Ich schließe mich aus ganzem Herzen dem Protest an, der sich an den vier Ecken Europas, ja der ganzen Welt erhebt gegen das Verbrechen, das da vorbereitet wird. Das ist Raub mit bewaffneter Hand, das ist kalte und brutale Rechtsverletzung. Niemand, der nicht aus Rechtsbewußtsein und Vernunft mit Ihrem Protest und Ihrem Leid solidarisch wäre!“ (129).

Knut Hamsun: „Es ist für den Polen, so wie er jetzt kämpft, hoffnungslos, weiterzukämpfen gegen die deutsche Staatsroheit. Mit Kruppschen Kanonen und einem Gewissen aus dem Zeitalter der Steinaxt ist das politische Preußen für Ihr Volk unüberwindlich. Aber es gibt einen Ausweg: Einem jeden eingewanderten deutschen Spekulant das Gefühl einzugeben, daß er auf Polens Grund zu jeder Tagesstunde seines Lebens nicht sicher ist. Das wird ihn zuletzt matt machen. Für die Polen als deutsche Untertanen gilt es, sich ein deutsches Gewissen anzulegen und sich nicht zu schämen, der Welt das zu zeigen. Es lebe Polen“ (216).

Das war die Antwort der Welt an die preußischen Polen. Und nichts hat also die Begründung der staatsrechtlichen Ansprüche Polens auf der Friedenskonferenz nach dem Weltkrieg mehr erleichtert, als die Politik der deutschen Hakatisten und der Niederschlag dieser Politik in der preußischen Gesetzgebung. Mit dieser Politik wurde die Katastrophe vorbereitet, die der Posener Polenaufrastand vom Dezember 1918 für Preußen besiegelte. Alles, was preußische Leistungsfähigkeit für die östlichen Provinzen getan hat und was von polnischer Seite nie verkannt wurde, war für Deutschland nutzlos vertan. Die Regierung, von der ein Pole sagt, daß sie, „obschon uns ungeneigt, dennoch durch ihre Justiz und ihre Verwaltung uns sehr imponierte und wegen ihres Wirkens in ökonomischer und sozialer Hinsicht Anerkennung verdiente und genoß“ (Cz. 3), hat es nicht verstanden, weder in Preußen noch im Reich, auch nur das polnische Bürgertum mit der eigenen herrschenden Klasse zu versöhnen. Sie hat die Provinzen an das west- und mitteleuropäische Zivilisationsgebiet angeschlossen, was noch heute gegenüber den anderen Staatsteilen der RP unverkennbar ist und besonders von den Posener Polen stets stark in ihrem Behauptungskampf gegen Warschau betont wird. Sie hat politisch mit der Ueberspitzung des Nationalismus, mit ihrer pangermanisch wirkenden Ueberheblichkeit den Zustand hervorgerufen, unter dem heute genug Deutsche, die zu polnischen Staatsbürgern wurden, zu leiden haben. Denn die Polen haben gelernt, sie haben in Preußen von den Preußen gelernt und sind in ihrem 1922 gegründeten Westmarkenverein die Schüler und Nachfolger des deutschen Ostmarkenvereins geworden. Sie wissen

aber besser als die alte preußische Regierung, daß man bei einer solchen Politik gut tut, auf das Ohr der Welt zu hören; und so ist es eine geschickte und keinesfalls nur oberflächliche Geste, daß über der Tür des Gebäudes, das einst in Posen die Ansiedlungskommission, diesen Inbegriff nationaler Unterdrückung, beherbergte, heute steht: Collegium Medicum. Heute ist in diesen Räumen die medizinische Fakultät der neuen Posener Universität untergebracht, als Zeichen dafür, daß die polnische Bourgeoisie nicht nur gelernt hat von den preußischen Unterdrückern, sondern auch von den Lehrern der westlichen Diplomatie, von Frankreich, bei dem die Emigration in die Schule gegangen war.

Literatur:

- Alldeutscher Verband, Polen im Rheinisch-Westfäl. Steinkohlenbezirk, München 1901.
- Bernhard, L., Preußische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes, bearb. v. Jaffé, Karpiński, Vosberg, Zitzlaff I II Leipzig 1909, im Auftr. d. Vereins f. Sozialpolitik.
- Bernhard, L., Die Polenfrage, der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen, München/Leipzig 1920.
- D., Erfolge der Kolonisationskommission in Posen und Westpreußen, Neue Zeit X, 2 1891/92 340.
- Delbrück, Polenfrage. Berlin 1894.
- L'Espropriazione forzata delle terre polacche in Prussia. Roma 1913.
- Germanskaja Kolonizacija polskich prowincji prussii po sakonu 26. aprila 1886 g. St. Petersburg 1894.
- How Prussia governed Poland. Genève 1918.
- Karski, Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen. Neue Zeit XVI 1 1898 653 u. 676.
- Ostmark, die Deutsche, hgg. v. Ostmarkenverein, Lissa 1913.
- Preußens Verhältnisse zu Polen in den Jahren 1830 bis 1832, aus amtlichen Quellen dargestellt.
- Preußische Gesetzsammlung 1886, 1904, 1908.
- Schinkel, Polen, Preußen und Deutschland, Breslau 1931.
- Sienkiewicz, Prusse et Pologne, Enquête internationale organisée. Paris 1909.
- Tetzner, Slawen in Deutschland, Braunschweig 1902.
- Wagner, G., Der Polenkoller. Berlin 1899.
- Z., Cz. Antipoln. Politik, vgl. Kap. 10.

15. Galizien als österreichische Kolonie und die Wiedergewinnung der staatlichen Selbständigkeit

Die sozialökonomische Lage Galiziens war bei Uebernahme des Landes durch die österreichische Krone ähnlich wie die der anderen polnischen Teilgebiete. Ein eigentliches Bürgertum war nicht vorhanden, die Stadtwirtschaft befand sich in Auflösung, die wirtschaftliche Grundlage für das Leben der Bevölkerung bildete die Agrarwirtschaft — feudaler Großbesitz und leibeigene Bauern, zwischen denen die Juden zu vermitteln pflegten. Denn nur etwa ein Viertel der bebauten Fläche war in herrschaftlicher Eigenregie, alles andere verpachtet.

Joseph II. suchte durch Hebung des Landes, unter anderem auch durch Ansetzung deutschsprachiger Kolonisten, in diesem Lande der Monarchie einen Ersatz für das an Preußen verlorene Schlesien zu geben. Indessen wurde es unter Metternich zu einer reinen Kolonie herabgedrückt. Die gewerbliche Entwicklung wurde in jeder Weise gedrosselt; das Land sollte Absatzgebiet für die Produktion der alten Kronländer bleiben. So war ein Abfluß überschüssiger Bauern in eine Manufaktur oder Industrie nicht möglich, die Bevölkerung staute sich auf dem Lande, die Zwergwirtschaft stieg infolge des slawischen Erbteilungsrechtes, das die Höfe zersplitterte; 1834 hatte der Wadowicer Kreis bereits eine Bevölkerungsdichte von 91, der Bochniaer von 75, der um Neusandec von 73, der Jasloer von 70 Köpfen auf den qkm. Die Bevölkerung hatte sich von 1810 bis 1846 trotz schlechtester Lebensbedingungen um 31 v. H. vermehrt.

Joseph II. hatte 1781 die Leibeigenschaft aufgehoben. Aber schon 1790 führte die Reaktion die Frondienste wieder ein, so daß Leibeigenschaft in „gemäßigter“ Form bis 1848 bestand. Vormalige leibeigene Bauern wurden durch „Ablösung“ ins Proletariat hinuntergedrückt, und zwar ins Lumpenproletariat; der Adel ging, genau wie bei der Landregulierung in Preußen, bereichert aus der „Befreiungs“-Aktion hervor. Es entstanden damals 727 558 Bauernwirtschaften von weniger als 20 Joch (1 Joch gleich $\frac{1}{2}$ ha), darunter 349 032 mit weniger als 5 und 215 997 mit weniger als 2 Joch; das waren über 90 v. H. des Bauernbesitzes von 1848. 1846 kam es infolge steigender Verbitterung der Bauern zur Revolte. 1847 wurde ein großer Teil des aufblühenden Kartoffelbaues durch Kartoffelfäule vernichtet. Hungersnot folgte. 1855 die Cholera. Die Bevölkerung ging zurück. Trotz kolonialer Ausbeutung durch Oesterreich, geschah nichts zur Besserung der Lage. 1852 verfügte das ganze Land erst über 20 stehende Dampf-

maschinen mit 254 PS, das waren 2,1 v. H. der damals in Oesterreich betriebenen Maschinen. Erst 1861 wurde Lemberg an die Eisenbahn angeschlossen; die erste Karpathenquerbahn wurde 1874 eröffnet (nach Ungarn).

Das Elend mußte steigen. Die Produkte der Westprovinzen überschwemmten das Land. Die 1848 gleichberechtigt gewordenen Juden vermehrten sich rapid, da sie mit dem Handel eine einigermaßen tragfähige ökonomische Grundlage hatten: 1831 waren sie 5,6 v. H. der Bevölkerung, 1846 6,4 v. H., 1857 7,3 v. H., 1869 10,6 v. H., 1890 11,6 v. H. Erst seitdem ist der jüdische Prozentsatz etwas gesunken. Die Juden ersetzten den „dritten Stand“. Ein polnisches Bürgertum gab es kaum. Gegen 70 v. H. der überhaupt vorhandenen größeren gewerblichen Betriebe waren in jüdischer Hand. Sie beherrschten den Warenverkehr, an dem der Bauer Anteil hatte.

Ueber die Arbeitskraft der Bauern aber herrschte der polnische Adel. Das Gesetz vom 26. Februar 1861 gab den Schlachzizen die Möglichkeit, alle Steuern auf den Bauern abzuwälzen. Der Landtag erhielt durch Gewalt und Fälschung ausschließlich adliges Gepräge. Die entsprechenden Gesetze über Jagdrecht, Schulwesen, Kirchenbau, Gemeindelasten machte sich der Adel wie in den Zeiten des liberum veto zu seinen Gunsten. 1887 kam das Straßenbaugesetz heraus: Während der Großbesitz mit einem Spottgeld, der „Beisteuer“ davonkam, mußten die Bauern die Arbeit in natura umsonst leisten — eine Gewohnheit, die sich in den polnisch-ukrainischen Gebieten bis heute erhalten hat. Die Bauern begannen gegen die neue „panszczyzna“, die Hörigkeit zu revoltieren — Militär wurde gegen sie aufgeboten. Der christlich-soziale Priester Stojalowski nimmt sich ihrer an. In seinen Blättern predigt er: Bauern, wählt eure Leute! Erfolg: Während der Wahlen 1889 wird er eingekerkert, entweicht dann nach Schlesien. Die Bischöfe beschimpfen die Bauernbewegung und machen — wie immer — gemeinsame Sache mit der herrschenden Klasse, der Schlachta. Im September 1895 konnte die Arbeiterzeitung in Wien Wahlfälschungen anprangern, die das Wahlergebnis im Juli und August hatten färben sollen. Galizien wurde zu dem Lande, in dem sich 70 v. H. der Bevölkerung ungenügend ernährten, wo in den neunziger Jahren jährlich 50 000 Menschen am Hunger starben, wo nur eine Massenauswanderung von zwei Millionen das gräßliche Elend mildern konnte. Diese Erbschaft ist dem Lande wenigstens zu einem Teil bis heute geblieben.

Mit der 1873 verliehenen „Autonomie“ begann eine mäßige Industrialisierung; es kam etwas Bewegung in die Bevölkerung.

Bäuerliche Kräfte gingen ins mährisch-schlesische Kohlenrevier von Karvina und Ostrau, sie gingen zum Eisenbahnbau, sie gingen auf Saisonarbeit nach Deutschland. 82 v. H. waren 1880 Analphabeten, 1900 immer noch 64 v. H. Langsam konnten die Vorläufer der proletarischen Bewegung Fuß fassen. Der Sozialistenprozeß von 1879, der mit Freispruch der Angeklagten endete, war eine Werbeaktion vor Gericht. Am 1. Mai 1890 findet die erste Maifeier in Lemberg statt, ab 15. Februar 1891 hat Lemberg seine erste sozialistische Organisation, 1893 beginnt mit dem Bauarbeiterstreik in Lemberg auch die sozialistische Erfassung jüdischer Kreise. Die Partei wird Sektion in der österreichischen Gesamtpartei, allerdings alsbald unter den polnisch-nationalen Vorbehalten (vgl. Kap. 13). 1905 kommt Pilsudzki nach Galizien und beginnt schon damals, mit der sozialistischen Partei hinter sich, seine polnisch-nationalen Ideen zu propagieren. Er war Revolutionär. Aber weniger gegen den Besitz, als gegen Rußland. Und so hat er in den Folgejahren drei Gedanken gehegt und ihre Verwirklichung vorbereitet: Die Schaffung einer polnischen Armee, die Schaffung eines polnischen Kriegsschatzes und die Schaffung einer vollendeten Tatsache für die Mächte Europas, die Ausgangspunkt werden könnte für die Durchsetzung der polnischen Staatsziele. Oesterreich wird als „Verbündeter“ anerkannt, solange es gegen Rußland geht. Polen aber steht im Vordergrund. 1912 gelingt es ihm, in Krakau die Verständigung der verschiedensten polnischen Gruppen über die Schaffung des Kriegsschatzes herbeizuführen. Aus den seit 1905 geschaffenen geheimen Kampforganisationen wird der legale Związek Towarzystw Strzeleckich, die Schützenorganisation, die Vorstufe der „Legionäre“. In der Zeit vor dem Kriege bestanden etwa 200 Gruppen. Und das Fazit accompli, die vollendete Tatsache? — —

Der Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Rußland brachte ihm die Gelegenheit. Am 6. August 1914, 3 Uhr morgens überschritt er mit einer Gruppe seiner Schützen die kongreß-polnische Grenze Oesterreichs in der Richtung auf Kielce. Das erste, was jetzt nötig war, waren Soldaten. Es erschien ein Anschlag:

„Polen! Wir bringen Euch folgenden Aufruf zur Kenntnis:

Polen! In Warschau hat sich eine Nationalregierung gebildet. Es ist Pflicht aller Polen, sich solidarisch unter ihrer Führung zu sammeln. Zum Kommandeur der polnischen Wehrmacht wird der Bürger Jozef Pilsudzki ernannt, dessen Verordnungen jeder Folge zu leisten hat.

Warszawa, am 3. August 1914.

Die Nationalregierung.“

Der Aufruf gab Pilsudzki die Möglichkeit der Rekrutierung. Er war militärischer Führer des polnischen Galizien. Das erreichte

er mit seinem raschen Entschluß. Was machte es aus, daß es in Warschau gar keine „Nationalregierung“ gab, daß er von niemandem zum Kommandeur ernannt war, denn aus eigener Machtvollkommenheit, mit anderen Worten, daß der Aufruf von Anfang bis zu Ende fingiert war. Er wirkte. Und darauf allein kam es an.

Am 13. August vereinigte der Staatspräsident von Krakau alle polnischen Richtungen im Naczelny Komitet Narodowy, dem NKN (Oberstes Volks-Komitee), und zwar unter Einbeziehung der offiziell immerhin noch sozialdemokratischen Schützen. Es war das ein geschickter Schachzug des Nationaldemokraten Grabski; durch die Verbindung mit den bürgerlichen ND verloren die Schützen ihre Stoßkraft, während die ND die Hände frei behielten. Das um so mehr, als der Sozialistenführer I. Daszyński, getreu dem Vorbild der Berliner und Wiener sozialdemokratischen Genossen, sich „für das Vaterland“ erklärte und am 22. August in Krakau als Vorsitzender des Klubs der polnischen SD-Abgeordneten einen Aufruf herausgehen ließ, der mit den Worten endete: Do broni! Do szeregu! Do legionów polskich! (Zu den Waffen, schließt die Reihen, zu den polnischen Legionen!)

Im Gegensatz zu der Krakauer Richtung, der Piłsudzki nahestand, hatten die polnischen Nationaldemokraten seit 1907, der Haltung ihres Führers Roman Dmowski folgend, das Unabhängigkeitsprogramm verlassen und eine auf Rußland bauende revisionistische Politik eingeschlagen. Dmowski war aus dem Kreise der von Milkowski 1887 in der Schweiz gegründeten Liga Polska hervorgegangen, einer Organisation, in der die Ueberlieferung der alten Demokratischen Gesellschaft fortlebte. Seit 1896 war er Führer der ND und Redakteur der seit 1895 in Lemberg erscheinenden Allpolnischen Umschau (Przegląd Wszedpolski). Bereits 1908 entwickelte er in seiner Schrift Niemcy, Rosya i kwestya polska (Deutschland, Rußland und die polnische Frage) die Ansicht, daß nur ein russischer Krieg gegen Deutschland zur Lösung der polnischen Frage führen könne. Getreu dieser Auffassung steht er bei Ausbruch des Weltkrieges von vornherein auf Seiten der Entente und entfaltet in Petersburg eine rege Tätigkeit. Er wird zum Führer des Polnischen National-Komitees, das seine Vertreter an allen maßgebenden Regierungssitzen hatte. Der russischen Orientierung gemäß gingen die galizischen ND bei der Besetzung des Landes durch russische Truppen sofort zum Zarismus über und gerieten damit in entscheidenden Gegensatz zu den für die Mittelmächte Stellung nehmenden Legionen. Sie wurden jedoch bitter enttäuscht, als der Polenfresser Bobrinskij zum russischen Kommandeur von Galizien ernannt wurde. Es

kamen russische statt polnischer Beamter, es kamen Züge voll russischer Popen, an 3000 polnische und ukrainische Schulen wurden von den Russen geschlossen, kurz, die nationaldemokratischen Politiker, die von den russischen „Befreiern“ Galiziens etwas für die polnische Sache erhofft hatten, hatten fürs erste ihre Rolle ausgespielt. Nicht anders war es in Kongreßpolen. Das Manifest des Nikolaus Nikolajewitsch vom 14. August 1914 hatte den „Polen“ Selbstverwaltung zugesagt. Im Original hieß das Ssamoprawljenje. In der französischen Uebersetzung wurde es mit „autonomie“ wiedergegeben, was unter den Polen höchste Begeisterung auslöste. Dann aber hieß es, dieses Versprechen gelte nur für die „befreiten“ oder noch zu befreienden galizischen und preußischen Polen. Die ganze Erklärung wurde indessen durch den Gang der Ereignisse überholt, da die deutschen Truppen Kongreßpolen besetzten und nun die russische Armee auf dem Rückzug das polnische Land wie Barbaren verwüstete, während sie vier Millionen Menschen wie Vieh vor sich hertrieben oder in Güterzügen ins Innere bzw. nach Sibirien abschoben. Im Herbst 1915 war die ND-Politik, die auf ein Bündnis mit der russischen Regierung gerechnet hatte, völlig gescheitert.

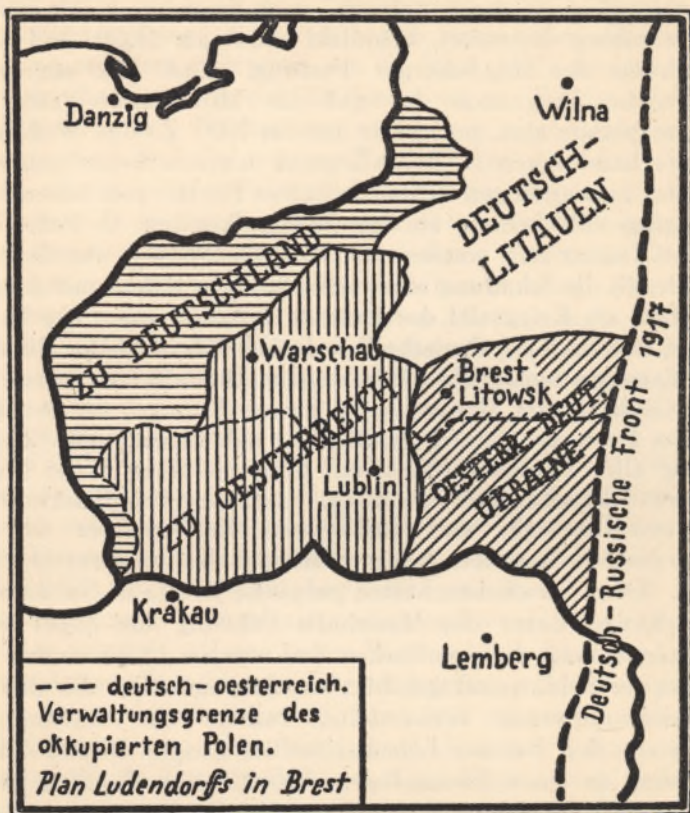
Die preußischen Polen hatten der Mobilisierung Folge geleistet; sie hatten am wenigsten Interesse daran, russische Untertanen zu werden; ihre bürgerliche Klasse schon gar nicht. So sehen wir, daß maßgebende galizische Kreise, die SD und das Krakauer Bürgertum mit Oesterreich gingen, die Posener mit Deutschland, die Warschauer Nationaldemokraten zunächst mit Rußland. Es herrschte absolute Verwirrung im polnischen Lager. Die einzigen, die damals bereits klar die Lage erkannten, waren die durch die SDKPL geschulten Arbeiter des Dombrowaer Kohlenreviers, deren Komitee im August 1914 nicht ins Horn der PPS oder der SD Deutschlands und Oesterreichs stieß, sondern in seinem Aufruf erklärte:

„Jede der drei Bourgeoisien beeilt sich, ihrer Regierung die treu untätigen Gefühle zu Füßen zu legen... Dmowski wird vom Fürsten Czartoryski und vom Erzbischof Likowski Verräter geheißen, weil er Rußland unterstützt. Verräter sind andererseits nach Dmowski alle Polen, die Rußland nicht unterstützen. Die polnische Fraktion der besitzenden Klassen in der Petersburger Duma spricht sich für Rußland aus. Die Wiener Fraktion für Oesterreich. Die Berliner für Deutschland. So zögert die polnische Bourgeoisie nicht, die für die ganze Nation heiligen Losungen im Namen ihrer egoistischen Klasseninteressen auszubeuten.“

Als Dmowski erkannte, daß die Russen keinerlei Zusicherungen betreffs Polen geben wollten — am 15. April 1916 hatte Briand eine entsprechende Frage an die Zarenregierung gerichtet, aber einen sehr ausweichenden Bescheid erhalten —, begab er sich

1917 nach Paris. Kopicki war in London, Skirmunt in Rom, Padewski in den Vereinigten Staaten Nordamerikas für die polnische Sache tätig. In der Heimat selbst aber, ohne Verbindung mit dem Nationalkomitee und zunächst noch Hand in Hand mit den Mittelmächten, versuchte sich Pilsudski.

Am 5. November 1916 erschien die Erklärung des deutschen und des österreichischen Kaisers über die Wiedererrichtung eines polnischen Staates. Seit dem Juli 1916 unterstanden Pilsudski



Karte 15

Nach Smogorzewsky Pol. rest. 44.

drei Brigaden polnischer Legionäre. Er durchschaute das Spiel seiner „Verbündeten“: Polen sollte durch eine geschickte Werbung den Boden für Auffüllung der gelichteten Armeen der Mittelmächte abgeben. Erst später wurde bekannt, daß bereits am 12. August 1916 ein geheimes Protokoll zwischen Deutschland und Oesterreich unterzeichnet worden war, das für den Fall des

Sieges der Mittelmächte eine neue Aufteilung Polens nach einem unter Mitwirkung von Ludendorff zustande gekommenen Plan vorsah (Urkunden der Obersten Heeresleitung 1920, 298 ff., vgl. Karte 15). Am 14. Januar 1917 trat in Warschau ein provisorischer Staatsrat für das „Neue Polen“ zusammen, mit Pilsudzki. Da aber ein garantierter Einfluß auf die Legionen als selbständige polnische Armee nicht gewährt wird, demissioniert Pilsudzki am 2. Juli, der Staatsrat am 25. August. Die Spannung verschärft sich; die Legionen werden als „unzuverlässig“ nach Szczepiorn, Benjaminów und Havelberg deportiert, Pilsudzki selbst am 21./22. Juli in die Kasematten der Magdeburger Festung. Auch das sogenannte aktivistische Programm der auf die Mittelmächte zählenden Polen zerplatzte also, genau wie das der ND. Zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk wurden keine polnischen Vertreter herangezogen — die Initiative für die polnischen Interessen ging vollkommen an das Nationalkomitee in Paris über.

Am 8. Januar 1918 wurden die 14 Punkte Wilsons veröffentlicht, unter denen die Schaffung eines selbständigen Polens mit Ausgang zum Meer als Kriegsziel der Entente genannt war. Am 23. November, nachdem die deutsche Revolution Pilsudzki die Rückkehr nach Warschau ermöglicht hatte, schickte Dmowski als seinen Vertreter Grabski zum Marschall. In seiner Antwort, 21. Dezember 1918 aus Przemyśl datiert, erklärt er sich bereit, unter Zurückstellung aller Parteiinteressen mit Dmowski eine Front für die Friedensverhandlungen zu bilden. Auf der Friedenskonferenz erscheinen Dmowski und Paderewski als Vertreter des polnischen Nationalkomitees mit dem Mandat des wiedererstandenen Polens. Denn inzwischen hatten polnische Kräfte in Galizien und Kongreßpolen unter des Marshalls Führung die Zügel in die Hand genommen. Im preußischen Teil war am 12. November 1918 ein Posener Soldatenrat gebildet worden, mit dem die deutsche Revolutionsregierung verhandelte. Infolge der Abhängigkeit Berlins von den Posener Lebensmittellieferungen befand sich die Hauptstadt in einer Zwangslage. Nur ein von Polen geleitetes Provisorisches Ernährungsamt konnte bei der Spannung zwischen den beiden völkischen Bestandteilen der Provinz Posen Regelung der Lebensmittelzufuhr garantieren; damit aber war die Reichsregierung von den Polen abhängig. Ein politisches Programm für die Regelung der polnischen Frage fehlte. Die allgemeine Verfahrenheit führte zu Zeitverlust; das Kriegsministerium wollte auch jetzt noch nicht auf Gewaltmethoden verzichten. Alle Bemühungen des Unterhändlers der preußischen Regierung in Posen wurden vom Militär sabotiert. So brach am 27. Dezember 1918,

als Paderewski in Posen weilte, der Aufstand aus, der in wenigen Tagen die ganze Provinz fast widerstandslos in polnische Hände brachte.

In Paris aber begannen die Verhandlungen über die Begrenzung der RP. Und in demselben Augenblick, als die über hundert Jahre unterdrückten Polen die Möglichkeit hatten, wieder selbständig in die Geschichte einzugreifen, brach bereits wieder das alte Problem auf, das jahrhundertlang Polen zu schaffen gemacht hatte, ohne je gelöst worden zu sein: Völkisches oder Jagiellonisches Polen? Bismarck hat in einer seiner Auseinandersetzungen mit dem Polentum, am 18. März 1867, gesagt, daß der Jagiellonische Gedanke und die Bemühung um Wiederaufrichtung des Jagiellonischen Reiches von vornherein eine Ueberspannung der Ansprüche und der inneren Kräfte Polens bedeute. Von jeher sei das historische Polen viel größer gewesen als das ethnographische, als die Länder, die wirklich von Polen bewohnt werden. Die bürgerlichen Vertreter des neuen Staates in Versailles aber sahen nur die Wiedergeburt des alten Reiches. Sie wehrten sich schon gegen den Gedanken von Abstimmungen in ethnographisch oder politisch zweifelhaften Gebieten, so daß am 5. Juni 1919 Lloyd George ärgerlich Paderewski entgegenhielt:

„Wir haben Polen, Böhmen, Jugoslawien die Freiheit gegeben, und gerade diese Länder lehnen sich gegen die Volksabstimmung auf? Sie sind viel mehr Imperialisten als die großen Länder selbst!“ (Mermeix.)

Angesichts dieses Imperialismus des nunmehr ans Ziel seiner Wünsche gelangten polnischen Bürgertums war es verständlich, daß insbesondere jüdische Kreise aus Amerika in Erinnerung an die Tradition des polnischen Antisemitismus ihren Einfluß auf die Friedenskonferenz geltend zu machen suchten in dem Sinne, daß mit Polen wie den anderen neuen Staaten besondere Minderheitenschutzverträge abgeschlossen werden müßten. Das war der Anstoß zu dem schließlich am 28. Juni 1919 zustande gekommenen Minderheitenvertrag. Die polnische Delegation wehrte sich zunächst gegen alle Zugeständnisse mit der Begründung, jedes derartige Zugeständnis enge die Selbstbestimmung, die Souveränität des neuen Staates in unerträglicher Weise ein. Eine solche Einengung sei gleichbedeutend mit der Einschätzung der polnischen Nation als einer Nation minderen Zivilisationsgrades (Actes S. 25). Die Möglichkeit für Minderheitsangehörige, sich an eine auswärtige Stelle zu wenden, würde nur eine übergroße Reizbarkeit gegenüber diesen Minderheiten hervorrufen und damit zur Quelle ewigen Streites werden. Und die Juden brauchten keine Sorge zu haben. Sie hätten seinerzeit bei ihrer Vertreibung aus

Deutschland ein Domizil in Polen gefunden und erst, als die polnische Sache verloren schien, gemeinsame Sache mit Polens Feinden gemacht. Nun aber, unter der ganz neu geschaffenen Lage, würde hoffentlich Uebereinstimmung in allen Fragen erzielt werden können.

Am 24. Juni 1919 antwortete Clemenceau der polnischen Delegation in einem Brief an Paderewski, daß vor allem anderen festzustellen sei, derartige Garantien seien keinesfalls eine neue Sache. Auf dem Berliner Kongreß 1878 seien Garantien für Serbien, Montenegro und Rumänien gegeben worden, und zwar durch die vertragschließenden Mächte. An deren Stelle trete jetzt der Völkerbund. Clemenceau schließt:

„Man kann nur hoffen, daß die bloße Kenntnis von der Existenz dieser Garantien dazu beitragen wird, die Befriedung, die alle wünschen, materiell zu erleichtern. Und, zu gleicher Zeit, daß die Tatsache der Festlegung dieser Garantien zu hoffen erlaubt, daß es nicht notwendig sein wird, sie zu verstärken.“

Die Polen fügten sich. Der Vertrag wurde unterzeichnet. Der neue Staat war anerkannt als Glied der bürgerlichen Welt. In seiner Verfassung heißt es im Artikel 95: „Die polnische Republik garantiert Jedem innerhalb ihres Gebietes volle Sicherung seines Lebens, der Freiheit und des Eigentums ohne Unterschied der Abstammung, der Nationalität, der Sprache, der Rasse oder der Religion . . .“ Und im Artikel 96: „Alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz . . . Die Republik anerkennt keine Vorteile der Geburt oder Klasse . . .“

Die Tradition der französischen Revolution von 1792 begleitete das Polentum auf dem Wege zu seiner staatlichen Wiedergeburt. Die Form einer bürgerlichen Republik war gegeben. Nun galt es, diese Form mit Inhalt zu erfüllen: Keine Kleinigkeit angesichts der Tatsache, daß auf dem neuen Gebiet viererlei verschiedene Währungen: russische, österreichische, deutsche und kongreßpolnische Kriegswährung galten; angesichts der Tatsache, daß dreierlei verschiedene Rechtsordnungen herrschten, russische, österreichische, deutsche; angesichts schließlich der Tatsache, daß auf rund 20 Millionen Polen 10 Millionen Nichtpolen als Einwohner der neuen Republik zu rechnen waren.

Literatur:

Actes concernant le traité entre les cinq principales puissances et la Pologne signé à Versailles le 28. Juin 1919. Paris 1919.

Aulard, Mirkine, Guetzévitich, Les Déclarations des Droits de l'Homme, Paris 1929, S. 149.

Coester, Loslösung Posens, Berlin 1921.

zu Bild 24: Im Hintergrund polnische und ukrainische Plakate.



Bild 24. Alte Juden in einer Kleinstadt der polnischen Ukraine
(s. nebenst. Anm.)



Bild 25. Diskutierende Ostjuden



Bilder 26—28.
Drohobycz
(s. nebenst.
Anm.)



- Cwikliński, Wirtschaftliche Zustände Galiziens in der Gegenwart. Sammelwerk Wien 1913.
- Dmowski, Niemcy, Rosya i kwestya polska. Łwów 1908.
- Dmowski, La question polonaise, Paris 1909.
- Filasiewicz, La question polonaise pendant la guerre mondiale. Tome 12, Paris 1920 (hier die Uebersetzung von Ssamouprawljnje mit autonomi!).
- Gerlach, v., Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik. Berlin 1919.
- Grünbergs Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung VII, 120 ff.
- Kumaniecki, Zbiór najważniejszych dokumentów do powstania państwa polskiego. Warszawa 1920.
- Kumaniecki, Odbudowa Państwowości Polskiej. Warsz.-Kraków 1924.
- Leser, Die Bauernbewegung in Galizien. Neue Zeit XIV 1 1895 270 ff.
- Mermeix, Le Combat des Trois. Notes et Documents sur la Conférence de la Paix. Paris 1922, 235 ff.
- Moraczewski, Zarys sprawy Polskiej w obecnej wojnie. Lausanne 1915.
- Petrycki, Roman Dmowski. Warszawa 1920.
- Piłsudski, Moje pierwsze boje. Warszawa 1925.
- Piłsudski, The memories of a Polish revolutionary and soldier. London 1931.
- Raciborski, La Question Rhutène en Galicie. Paris 1911.
- Roth, Die Entstehung des polnischen Staates. Berlin 1926.
- Sieroszewski, Józef Piłsudski. Warszawa 1921.

zu Bild 26 bis 28. Oben: Marktplatz. In jedem Haus ein bis zwei jüdische Rechtsanwälte, die die Interessen des Petroleumkapitals vertreten. — Mitte: Wenige Schritte vom Markt das jüdische Elendsviertel. — Unten: Der jüdische Tandelmarkt in Drohobycz.

Dritter Teil

Das Neue Polen

16. Der Staat des polnischen Bürgertums

So stark in den Köpfen der polnischen Bürger, die nun Besitz von dem neuen Staat ergriffen, das geschichtliche Bewußtsein von der polnischen Vergangenheit war, so gering war die gemeinsame wirtschaftliche und soziale Tradition. Die bisherigen Teilgebiete hatten in den entscheidenden hundert Jahren der kapitalistischen Umwandlung Europas eine völlig getrennte Entwicklung durchgemacht. Die Industrie des bisherigen russischen Anteils war handelspolitisch auf den Absatz im zaristischen Hinterland eingerichtet, überdies durch die Kriegsereignisse zum größten Teil produktionsunfähig. Die Verluste durch Zerstörung der Fabriken wurden seinerzeit auf 10 Milliarden Goldfranken beziffert. Die Industrie des preußischen und österreichischen Anteils war bis auf Oberschlesien, die Textilindustrie von Bielitz und die Erdölvorkommen von Gorlyce und Boryslaw nicht sehr beachtlich. Städte über hunderttausend Einwohner gab es auch 1930 erst 11:

Warschau	1 109 478
Lodz	606 980
Posen	248 000
Lemberg	240 725
Krakau	210 632
Wilna	201 925
Kattowitz	128 270
Lublin	119 215
Bromberg (Bydgoszcz) . .	118 274
Tschenstochau	115 000
Sosnowice	103 441

(Rocznik stat. 1930, 14.)

Die Produktionsgrundlage des Landes ist also vorwiegend agrarisch. Der Anteil der agrarischen Bevölkerung wird auf 65 v. H. geschätzt, gegen 28 in Deutschland (Osteuropa II, 422). Die

Bodenqualität ist durchschnittlich besser als in Deutschland, die Erträge aber sind in Deutschland höher. Sie sind auch in den einzelnen Teilgebieten des neuen Staates sehr verschieden: es entsprechen sich die Erträge von etwa 5 ha im preußischen Anteil, 7 ha in Kongreßpolen und Oberschlesien, 8 ha in Galizien und Wolhynien und 10 ha in den übrigen Ostgebieten einschließlich der Wojewodschaft Bialystok. Zu diesen Verschiedenheiten in der Intensität der Bearbeitung des Bodens kommt die für die Produktion ungünstige, nur geschichtlich verständliche Klassenschichtung in der Landwirtschaft. 0,9 v. H. der Eigentümer besitzen nach dem amtlichen Jahrbuch für Polen (1929—30, 155) 30 v. H. des Bodens. Auf 18 916 Besitzungen über 100 ha entfällt 45 v. H. des Bodens, bei 3 261 909 Besitzungen überhaupt (El. ess. de l'éc. 11). Andererseits häuft sich vor allem in Galizien infolge der aus dem slawischen Erbrecht erklärbaren Besitzersplitterung der Zwergbesitz. 2,1 Millionen, zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe Polens liegen unter der Größenklasse von 5 ha, davon 1 Million in Galizien, wo kaum 10 v. H. der Betriebe größer sind. Da gerade dort ein Abfluß überschüssiger Menschen in die Industrie nicht möglich ist, weil es nur unbedeutende Industrie gibt, die außerdem von der Weltwirtschaftskrise stark erfaßt ist, da ferner Auswanderung nach dem Kriege kaum noch in Frage kam, so finden wir sogar in der amtlichen, für das Ausland bestimmten Schrift über die polnische Landwirtschaft (l'agricult. pol. 2) das Zugeständnis, daß dort eine ländliche Uebervölkerung herrscht, die „einzig in ihrer Art“ ist. Zu dem dadurch bedingten Elend kommt als technisch bedeutsames Hindernis für rationelle Bodenbearbeitung, daß Besitzstreifen von 1 bis 5 km Länge, aber nur 2 bis 10 m Breite keine Seltenheit sind. Insofern steigt der Arbeitsaufwand im Verhältnis zur Kleinheit der Betriebe. Das Institut für landwirtschaftliche Forschung in Pulawy hat den Arbeitsaufwand für die Bodeneinheit vergleichsmäßig berechnet für

Betriebe von	2— 3 ha auf	. . .	566,56 Zloty
„	3— 5 ha „	. . .	393,64 „
„	5—10 ha „	. . .	263,55 „
„	10—15 ha „	. . .	220,74 „
„	15—30 ha „	. . .	156,26 „
„	30—50 ha „	. . .	125,02 „

(Mitgeteilt von Wojtowicz auf dem internat. Bauernkongreß im März 1930 in Berlin).

54,7 v. H. der Bauern sind genötigt, vom Großgrundbesitz weniger als 1 ha zuzupachten, mehr können sie nicht bezahlen. 37,2 v. H. pachten 1 bis 5 ha, 8,1 v. H. über 5 ha, so daß im

Pachtsystem auch hier, wie in ganz Europa, ein erheblicher Tribut an den Großgrundbesitz geleistet wird.

Bild 15
Seite 65

Landmangel und Bodenzersplitterung kennzeichnen also das Los der übergroßen Zahl von Bauern. Die sogenannte Bodenreform, die diesem Uebel abhelfen sollte, mußte im wesentlichen versagen, da einem Landbedarf der Bauern von 7,5 Millionen ha bestenfalls 2,2 Millionen verfügbare Fläche gegenüberstanden (Osteuropa III, 354). Dazu aber kommt, daß das erste radikale, unter dem Druck der bolschewistischen Agrargesetzgebung gemachte Agrarreformgesetz von 1920 aus finanziellen und gesamtwirtschaftlichen Gründen gar nicht durchgeführt worden ist. Das Landreformgesetz vom 28. Dezember 1925 (veröff. Dziennik ustaw. 9. 1. 26, Ausführ.-Best. 3. 2. 27) wurde in der Hand der herrschenden Klassen mehr zum Kampf gegen die nationalen Minderheiten als zu wirklicher Agrarreform benutzt. So sollte in Pommern, dem früheren Westpreußen, auf dem qkm Oberfläche viermal, in den 12 Grenzkreisen Posens fünfmal mehr Land parzelliert werden, als in den 24 inneren Kreisen der Wojewodschaft Posen (Osteuropa III, 360 f.). Von polnischer Seite wird das allerdings bestritten. Die Minderheiten seien an der Landzuteilung in einem ihrem Prozentsatz entsprechenden Maße beteiligt worden (für 1924 u. a. Zieliński). Es soll an dieser Stelle gewiß nicht verkannt werden, daß selbst bei bestem Reformwillen nicht nur nationale, sondern auch große technische Schwierigkeiten vorhanden waren. Der Agrarreformminister Witold Staniewicz hat sich über die Frage der Westprovinzen in einem sehr zurückhaltenden Sinne geäußert:

„In den westlichen Wojewodschaften besteht der größte Landvorrat, der zur Vergrößerung der bestehenden Bauernbetriebe, die vor dem Krieg häufig aus politischen Gründen keine Möglichkeit hatten, ihren Besitzstand zu vergrößern, sowie zur Bildung neuer Ansiedlungen für die Bauernkinder und zur Ansiedlung von Bauern aus mehr überfüllten Gegenden des Landes bestimmt werden mußte. Diese Aktion ist vorläufig nur in geringem Umfange geführt, da vor allem die nötigen Erfahrungen und auch erstklassiges Ansiedlungsmaterial gewonnen werden müssen, welches die hohen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse unserer westlichen Teilgebiete nicht herabsetzt“ (Agrarreformarbeiten 15).

Bei mäßiger Ernte kann sich das Land zur Not selbst ernähren. Die Wirtschaft ist aber auf Agrarexport angewiesen, die angesichts der Preisbildung auf dem internationalen Getreidemarkt ungemein erschwert ist. Dazu kommt, daß die Förderung der Agrarwirtschaft bisher gering war im Gegensatz zu dem, was für die Industrie getan worden ist. Freilich, es sind weitgehend Landregulierungen und Zusammenschlagung von Zwergbetrieben

vorgenommen worden, auch die Einrichtung und Unterhaltung landwirtschaftlicher Fachschulen war bis zum Etat 1931 zu verzeichnen. Die neuen Stickstoffwerke in Tarnów gewinnen für künstliche Düngewirtschaft — soweit bezahlbar — steigende Bedeutung. Die wilde Parzellierung ist verboten worden. Indessen geschah wenig oder nichts für die Trockenlegung der Sümpfe im Osten. Auch der Ausbau des Verkehrsnetzes geht nur sehr langsam vonstatten.

Die Bahnen in Kongreßpolen und in den Ostgebieten waren unter den Zaren nach rein strategischen Gesichtspunkten angelegt worden. Gut ausgebaut waren und sind Straßen und Eisenbahnen nur in den früher preußischen Gebieten, in denen die preußische Regierung dem Land ein zentraleuropäisches Gepräge gegeben hatte. Ein Blick auf die Eisenbahnkarte läßt noch heute an der verschiedenen Dichtigkeit des Bahnnetzes die ehemalige Grenze deutlich erkennen.

Die polnische Staatsbahn verfügte 1929 über 17 239 km Streckenlänge. 1927 waren es 17 146 km, vergleichsweise zu Deutschland mit 52 404 km im gleichen Jahre, bei einem Gebiet, das etwa vier Fünftel der Fläche des Deutschen Reiches gleichkommt. Dabei kommen

auf 1 km Bahnstrecke	Lokomotiven	Personenwagen	Güterwagen
in Polen 1929	0,19	0,59	7,38
in Polen 1927	0,18	0,56	6,49
in Deutschland 1927	0,45	1,17	12,32

Weder agrartechnisch noch verkehrstechnisch konnte also eine erhebliche Besserung der vielfach kläglichen Lage der übergroßen Zahl der ländlichen Einwohner der RP herbeigeführt werden. Dagegen lastet natürlich bei dem prozentualen Ueberwiegen der Landwirtschaft der Hauptteil des Steuerdrucks auf dem agrarischen Sektor der Wirtschaft. Neuerdings ist sogar das Agrarreformministerium mit dem Ministerium für Landwirtschaft „vereinigt“ worden: Das Ende der Reform?

Die industriellen Hauptproduktionsgebiete liegen, wenn man von der Warschauer Metall- und der Łódzer Textilindustrie abieht, vornehmlich in nicht rein polnischen, vielmehr stark von Minderheiten durchsetzten oder gar vorwiegend von Minderheiten bewohnten Gebieten. So die oberschlesische Kohlen- und Schwermetallindustrie (viel Deutsche), die Textilindustrie von Bielitz (Deutsche und Juden), die nordöstlichen und karpatischen Holzverarbeitungsgebiete (Ukrainer, Weißrussen und Litauer), die Erdölquellen (Ukrainer). Das ist der tiefere Grund, abgesehen von dem strategischen Bedürfnis nach gemeinsamer Grenze mit

Rumänien, aus dem die polnische Propaganda von vornherein die Tradition des „jagiellonischen“ Reiches von 1772 zur Grundlage ihrer Gebietsansprüche machte und sich nie auf das „ethnographische“ Polen beschränkt hat (vgl. Karte 7, S. 55).

Bild 11
Seite 49

Bild 74
Seite 144

Die Polonisierung dieser randständigen Industrie war eine der ersten Aufgaben für die nunmehr herrschende Klasse des Landes. Das bezieht sich natürlich nicht auf die Kapitalzusammensetzung, denn das kreditsschwache Polen war, obwohl ein von Kriegsschulden nicht belasteter Staat, von jeher genötigt, den größten Teil des Betriebskapitals im Ausland aufzunehmen, so daß zum Beispiel die Petroleumgewinnung in Boryslaw-Drohobycz mit 93 v. H. fremdem, vornehmlich französischem Kapital arbeitet. Aber der polnische Einfluß in Sprache, Verwaltung, bevorzugter Heranziehung polnischer Elemente für alle gehobenen Arbeitsstellen wurde in der Industrie mehr und mehr herrschend. Das nicht polnische Bürgertum, etwa im früher deutschen Oberschlesien und in der Ukraine, einigte sich sehr bald auf gemeinsamer Klassenbasis mit dem polnischen, wie bereits früher in Łódz. In Łódz zeigte sich, „was sich bei der Großindustrie oft beobachten läßt, daß gerade die größten Unternehmen, die noch von den Nachkommen ihrer deutschen Gründer geleitet werden und rein deutsche Namen tragen, ihre Verbindung mit dem Deutschtum verloren haben oder immer mehr verlieren“ (Roth 305). Eine in diesem Kampf zwischen Wirtschaftsinteresse und „Nationalbewußtsein“ klassische Mitteilung formulierte man mir gegenüber in Kreisen der gemischten Kommission für Oberschlesien im Jahre 1931: „Ja, wenn die deutsche Regierung den deutschen Betriebsleitern Kredite gegeben hätte! So müssen sie natürlich sehen, sich mit den Polen gut zu stellen.“

Der Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen und die damit stark einsetzende Abschließung von der Einführung industrieller Halb- und Fertigwarenfabrikate gab einen Anreiz zur Provozierung des Industrieausbaues, der an sich im Interesse des auf ökonomisch-nationale Selbständigkeit (Autarkie) bedachten Bürgertums lag. Erschwerend auf den Ausbau solcher Anlagen, sofern es sich nicht um solche handelte, die im strategischen Europa-plan Frankreichs lagen und also auf Finanzierung hoffen durften (Hafen Gdynia (Gdingen), Kohlenbahn Katowice—Gdynia, Waffenindustrie, chemische Industrie), wirkte die Finanzkrise, die den jungen Staat den schwersten Erschütterungen aussetzte. Die Erkenntnis aber, daß bei einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszuwachs von $\frac{1}{4}$ Million Polen kein agrarisches Land bleiben dürfe, ist allgemein und, angesichts der heute bestehenden

Grenzen und Zollschranken, vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus auch richtig. Dazu kommt ein von Gliwic (Cond. d. dév. 18) offen ausgesprochener militärischer Gesichtspunkt: „Der Krieg hat uns die Lehre hinterlassen, daß nur industrialisierte Länder bestehen können, sofern sie sich zu gleicher Zeit auf ein ins Gewicht fallendes agrarisches Element stützen können.“

Dem Zuge der Zeit, den polnischen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts und den westeuropäischen Einflüssen auf die Staatsgründung entsprach seinerzeit die Schaffung der formal-demokratischen Verfassung vom 17. März 1921: Wahlalter 21, Wählbarkeitsalter 25 Jahre, Frauenwahlrecht. Die demokratischen Zugeständnisse „gleicher Rechte“ am Staate bargen aber angesichts der schmalen Produktions- und Kreditbasis von vornherein Konfliktsstoff selbst innerhalb der Besitzenden der RP. Die Konflikte entluden sich außenpolitisch in provozierten Souveränitätsgebärden der jeweils herrschenden Gruppen, die um so überbetonter wirken und sind, je stärker die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich sicht- und fühlbar ist. Innenpolitisch mußte sich die Schmalheit der Wirtschaftsdecke in Druck gegen die Minderheiten der „Kolonialgebiete“ im allgemeinen, gegen das bäuerliche und industrielle Proletariat im besonderen umsetzen. Mit der Zuspitzung der Konflikte und der Verschärfung der Klassengegensätze verlor notwendig ihre parlamentarische Austragung an Bedeutung zugunsten der direkten Einwirkung der Machtmittel der herrschenden Gruppe auf die Geschehnisse, von der Personalpolitik der Legionärführer Piłsudzkis bis zum Terror ihrer Untergebenen.

1924 wurde die Bank Polski gegründet. Die Zlotywährung wurde zur allein maßgebenden in allen Teilen des Landes. Aber die Währungsstabilisierung ruinierte die Wirtschaft. Die schwache Deckung, die Geldknappheit und die Tatsache der trotz Steuerdrucks nur mäßig eingehenden Mittel führte zur Ausgabe von 460 Millionen ungedeckten Kleingelds, das waren 120 v. H. des Notenumlaufs! Die Währung kam ins Gleiten. Im Frühjahr 1926 steht der Zloty auf 50 v. H. des Nennwerts: Spekulationsgeschäfte, Parteistunk, Panik. Der Finanzminister wird gestürzt. Alles schreit nach dem starken Mann. Es kam nur einer in Frage, darüber waren sich alle Oppositionellen der damaligen Zeit bis in die Reihen der Sozialdemokraten hinein einig: Piłsudski, der, abgestoßen vom parlamentarischen Betrieb, zurückgezogen auf seinem Landsitz lebte, erschien, geholt von seinen Legionären und unterstützt von den sozialdemokratischen Eisenbahnern, wieder auf der politischen Bühne. Vom 12. bis 14. Mai 1926 Straßen-

kämpfe in Warschau — Staatsstreich — das Ministerium geht — die Diktatur beginnt. Zunächst mit parlamentarischen Mitteln; sonst wäre der Widerstand des nationaldemokratischen Posen zu unangenehm geworden. Pilsudski wird Kriegsminister. Die Nationalversammlung wählt ihn am 31. Mai zum Präsidenten — er lehnt ab. Begründung: Mangel an Vertrauen zu den Wählern! Man kann diese Parlamentsverachtung verstehen angesichts dieser Wahl, die 24 Stunden nach der Rede Pilsudzkis vom 30. Mai erfolgte, in der er gesagt hatte:

„Ich mache noch einen Versuch, ob man in Polen ohne Peitsche regieren kann. Ich will keinen Druck ausüben, aber ich warne Sejm und Senat...“

Vollmachten an die Regierung. Entrechtung des Parlaments. Vertagung des Sejms am 2. Oktober 1926; am 25. März 1927; am 13. Juli 1927; am 20. September 1927. Am 10. Mai 1927 erscheint das Presseedikt der Regierung, das, trotz Ablehnung durch beide Kammern am 19. September 1927, nicht außer Kraft gesetzt wird. Vielmehr wird am folgenden Tage das Parlament erneut heimgeschickt.

Im Oktober 1926 hatte der ehemalige Sozialist Pilsudski durch Vermittlung des Fürsten Radziwill eine Zusammenkunft mit den führenden Magnaten — Bündnis mit dem polnischen Großgrundbesitz. Der Leviatanverband, die Spitzenorganisation der Industrie, war für ein Zusammengehen mit der realen, auf die Bajonnette gestützten Regierungsmacht — Bündnis mit der Industrie. Damit hatte Pilsudski die Kapitalbasis, deren er vor allem zur Mattsetzung der ND bedurfte. Die Grundlage zum „überparteilichen Block der Regierung“ war gelegt, dieser demokratischen Kulisse für die militärische Diktatur. Zum Ueberfluß stieß zu Pilsudski auch noch ein Splitter der PPS, der sich als Gruppe der Blocksozialisten ausgerechnet „revolutionäre Fraktion“ nannte. Das Heft in der Hand hatten und haben die Obersten, geführt von Slawek, und die Generäle, geführt von Sosnkowski und Beck. Das Ueberwiegen der militärischen Interessen in der Geschäftsführung der Regierung erklärt sich leicht aus dieser ausschlaggebenden Rolle der Legionärskreise, deren Personalpolitik, das „Oberstenregime“, der Schutzmacht Polens, Frankreich, nur allzu genehm ist. Gibt dieses Oberstenregime doch weitgehende Gewähr dafür, daß bis in die untersten Verwaltungsstellen auch der „zivilen“ Gewalt zuverlässige Personen sitzen, was für Frankreich in diesem Vorpostengebiet gegen die Sowjetunion von höchster Bedeutung ist.

Die durchgreifende Personalpolitik der Legionäre rief die

Gegner auf den Plan. Die Wirtschaftskrise engte die Erfolgsbasis der Regierung ein, so ehrlich der Vorstoß der „Soldaten“ gegen die Verwaltungskorruption, das Programm der „moralischen Sanierung“ gemeint gewesen sein mag. Die wirtschaftliche Ankurbelung nach dem Staatsstreich von 1926 war eine scheinbare. Sie hörte mit dem Zusammenbruch des englischen Bergarbeiterstreiks auf; allein die Lieferung von Streikkohle hatte nämlich kurzfristig eine Erweiterung des polnischen Wirtschaftsradius zugelassen und Devisen ins Land gebracht. 1928 schließlich brach die Weltkrise in Polen ein. Die Opposition konsolidierte sich. Die Regierung, ohne klares Programm, „schoß die Schuld an den gelösten Lebensfragen mit der Geste des Abscheus den Oppositionsparteien zu“ (Herrnstadt). Diese Oppositionsparteien wurden jetzt das Ziel der Angriffe für die Anhänger des Marschalls. Auf der Rechten waren es die Nationaldemokraten, kleinbürgerliche Mittelständler klerikal-allpolnischer Färbung mit ihrer starken Vertretung in den Westprovinzen, und Korfanty, der Führer der katholischen bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft reichenden Polenpartei Oberschlesiens. Auf der Linken die PPS, die bäuerliche „Piasten“-Partei (Führer Witos, der frühere Ministerpräsident), die radikale Bauernpartei „Freiheit“ (Wyzwolenie) und die Minoritätengruppen (Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutsche).

Trotz aller Selbstherrlichkeit muß dem herrschenden Regime freilich eins zugestanden werden. Es hat unter Beiseiteschiebung aller Währungs-, Produktions-, Verkehrs-, Rechts-, Nationalfragen den Staat zusammengeschweißt und das alte Vorurteil entkräftet, daß slawische Nationen keine staatenbildenden Kräfte besäßen. Pilsudzki herrscht, gestützt auf die Waffen der Legionäre, weil er bisher keinen ernsthaften Gegner hat, außer in den Kräften, die die steigende Wirtschaftskrise mobilisiert. Je würgender die Krise wird, desto mehr erwacht der bäuerliche und proletarische Abwehrwille gegen Lohnraub, Steuereintreibung und Hunger. Am 28. Mai 1931 schrieb die bürgerliche „Polonja“:

„Die Lage ist schwierig, und wer weiß, ob sie nicht sehr gefährlich ist. Die Unzufriedenheit mit dem Staat ist sehr groß. Die Stilllegung von Betrieben, Massenentlassungen, Streiks, Kämpfe der Polizei mit den Arbeitern, bei denen Arbeiterleichen auf dem Kampfplatz bleiben — das sind Warnungssignale!“

Die Regierung hat kein Mittel zur Belebung der Wirtschaft. Sie besitzt nur zwei Möglichkeiten, um die Folgen der Krise aufzuhalten: die ideologische Beeinflussung der Massen durch zensurierte Presse, Kirche und Schulwesen, und den militärischen und

polizeilichen Machtapparat. Dieser Machtapparat beträgt nach amtlichen Angaben:

17 100 Offiziere
37 000 Unteroffiziere
198 000 Mann
<hr/>
252 000 Militärpersonen

Die polnische Propaganda betont, daß nach Ansicht des alten Preußen ein Prozent der Bevölkerung unter Waffen sein müßte. Das wäre für Polen bei rund 30 Millionen Einwohnern 300 000 Mann. Man habe aber nur 198 000, wozu allenfalls noch etwa 32 000 Köpfe Polizei zu rechnen seien. Nun ist das die offizielle Statistik. Man weiß, daß auch der offizielle Heeresetat erheblich geringer ist als der wirkliche, der genau nicht bestimmbar sein dürfte. Schon im Mittelalter waren die „Narren“ die besten Kritiker der Gesellschaft; die Witzblätter der Gegenwart sind es nicht minder. Schrieb da ein polnisches Blatt vor nicht langer Zeit, die Minister seien zu Jan Piłsudski gekommen, der von Gnaden seines Bruders Finanzminister der RP ist. „Es wird nichts übrig bleiben, man muß das Militärbudget senken.“ „Ja“, habe Jan Piłsudski resigniert erwidert, „ich habe mir das auch schon gedacht.“ „Man wird es dem Marschall sagen müssen...“, hätten die Minister gemeint. „Gewiß“, habe Jan Piłsudski erwidert, „aber wer wird es ihm sagen —?“ (Herrnstadt B. T. 142/1932).

Die reale Wirkung des Militärregimes allerdings ist alles andere als witzig. Einmal zum Siege gekommen infolge des relativen Gleichgewichts der Klassenkräfte im Sejm, wo eine klare Mehrheitsbildung eben deshalb nicht möglich war, hat es eine Vorzugsstellung der Offiziere im öffentlichen Leben mit sich gebracht, gegen die der Zwischenfall von Zabern im seinerzeit preußisch verwalteten Elsaß, über den sich vor dem Kriege die ganze Welt aufregte, harmlos erscheint. Tritt ein Offizier in ein Café, so breitet sich Schweigen aus, man zahlt ruhig und geht. Denn bei jeder Auseinandersetzung, zu der es angesichts der öffentlichen Nervosität leicht kommen könnte, würde man zugunsten des Vertreters der Staatsmacht zweifellos den kürzeren ziehen.

Als der Sejm 1928 wieder ohne klare Mehrheit zusammentrat, hielten die Legionäre die Zeit für gekommen, um die Schaffung einer klaren, ihnen günstigen Mehrheit aktiv vorzubereiten. 1929 wurde das Gerichtsverfassungsgesetz geändert, die Absetzbarkeit der Richter proklamiert und damit der letzte Rest von Rechtssicherheit, den das formale Verfahren bürgerlicher Klassenjustiz

immerhin bietet, beseitigt. Die Arbeitervertreter in den Selbstverwaltungskörpern der Sozialversicherung wurden durch Offiziere ersetzt. Presse und Versammlungsfreiheit, obschon formell zugestanden, polizeilich nach Möglichkeit beschränkt. Ebenso sollte die Immunität der Abgeordneten beschränkt werden. Für „staatsfeindliche Reden“ wollte man sie zur Verantwortung ziehen. Für die Verabschiedung des Budgets wurde den beiden Kammern eine ganz kurze Frist gestellt, andernfalls die Verabschiedung im Verordnungswege angekündigt. Es bestand keinerlei Möglichkeit mehr für eine Einigung mit dem Parlament. Zum offenen Bruch kam es indessen infolge des Gebarens der Finanzverwaltung. Da 91 v. H. der Schulden im Ausland aufgenommen werden müssen, verlangte der Sejm Rechnungslegung über diesen internationalen Kredit. Dabei kam heraus, daß der Dispositionsfonds des Ministerpräsidenten im Wahlmonat um das Vierzigfache überschritten worden war (Birnbaum, Gesellschaft 154). Nachtragsanträge für 1929 waren von der Regierung zugesagt. Pilsudzki greift ein und vereitelt sie. Daraufhin reicht der Sejm Klage gegen den Finanzminister ein. Der PPS-Führer Liberman vertritt die Anklage. Der Staatsgerichtshof spricht den Finanzminister nicht frei, sondern verweist die Anklage an den Sejm zurück. Bei der Neueinberufung des Sejms bricht Pilsudzki in Begleitung von Offizieren in das Parlament ein. Der PPS-Vorsitzende des Sejms, Daszyński, verweigert die Eröffnung. Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Rücktritt. Ein neues Pilsudzikabinett unter Bartel sucht nach einem Kompromiß.

Währenddessen hatte bereits der Terror begonnen. Am 15. Dezember 1929 wurde das Mitglied des Sejms und des Exekutivkomitees der PPS Pragier in Pruszkow bei Warschau auf dem Weg zu einer sozialistischen Versammlung überfallen und verprügelt. Es folgte der mysteriöse Tod des Generals Zagorski, dessen Leiche eines Tages enthauptet aus der Weichsel gezogen wurde. Journalisten wurden überfallen; die Spuren der Täter führten zu Polizeiquartieren. Der Sejm wurde in der Regierungspresse in jeder Weise verunglimpft, die Abgeordneten lächerlich gemacht. Jan Locquin schrieb am 29. November 1929 im Pariser Populaire, es herrsche dem Parlament gegenüber eine Stimmung wie vor dem Staatsstreich von Cromwell, von Bonaparte, vom Prinzen Napoleon oder von Mussolini. Die Wahlen von 1930 rückten heran und der Terror enthüllte sich in Reinkultur. Im August erklärte der Marschall nach einem im Regierungsblatt, der Gazeta Polska, veröffentlichten Interview:

„Die ganze Arbeit des Parlaments stinkt derartig, daß die Luft vergiftet ist.“

Das erste Entgiftungsmittel bestand in der plötzlichen Verhaftung von 88 Abgeordneten des alten Sejm auf Befehl des Marshalls und ihrer Abtransportierung in die Festung Brest. Unter ihnen war der 66 Jahre alte Liberman, der Vizepräsident der PPS Barlicki, der frühere Bauernpremier Witos, Korfanty, der Oberschlesien für Polen erkämpft hatte. Das war die Avantgarde der Opposition. Ungezählt blieben die Tausende, die in die Gefängnisse geworfen wurden, um sie von der Wahlpropaganda fernzuhalten. Die Ereignisse, die sich in den Verließen von Brest abgespielt haben, sind zu einem Teil der „großen Welt“ bekannt geworden, keineswegs hinreichend. Nach der Aktion haben 46 Professoren der Krakauer Universität einen offenen Brief an ihren Kollegen, das Mitglied des Regierungsblocks Krzyzanowski im Sejm gerichtet, in dem protestiert wurde gegen die Behandlung der Gefangenen, die man mit Schlafen auf harten Pritschen, Dunkelarrest, Nahrungsentzug, Verbot des Liegens oder Sitzens gefoltert hatte. Mitten in der Nacht weckte man die Gefangenen, zog sie nackt aus und stellte sie in einer kalten, nassen Zelle mit dem Gesicht zur Wand. Dann wurde auf sie geschossen, so, daß die Kugeln nahe am Kopf vorbei in die Wand gingen. Die Abgeordneten wurden mit Ohrfeigen und Knüppelschlägen traktiert, sie wurden gezwungen, ihre eigenen Exkremente mit den Händen wegzuräumen, es wurde ihnen aber vor allem auch eine intellektuelle Folter auferlegt, indem man ihnen Erklärungen abzunötigen versuchte, die ihre Wähler im Lande draußen irreführen sollten. Der offene Brief aus Krakau schloß mit den Worten: „Wir müssen das alles als ein Polen angetanes Unrecht brandmarken. Brest-Litowsk schändet den Namen Polens vor Europa. Brest ist ein Merkmal des Niedergangs und der Korruption Polens.“ Inzwischen — lange nach den Terrorwahlen — hat der Prozeß gegen die Opfer von Brest stattgefunden. Sie wurden von einer den Terroristen willfährigen Justiz unter an den Haaren herbeigezogenen „Beweisen“ mit Hilfe von Polizeispitzelaussagen und gefälschten Behauptungen verurteilt.

Im Lande draußen bearbeitete man inzwischen die Bevölkerung. Wahllisten der Opposition wurden annulliert. Mitglieder der Wahlkommissionen gingen in die Häuser der Unterzeichner der Oppositionslisten. „Sie haben die Vorschläge der Liste Nr. ... unterzeichnet?“ „Gewiß. Ist das verboten?“ „Nein. Sie kennen die Mitglieder dieser Liste?“ „Natürlich kenne ich sie!“ „Bitte wollen Sie mir die Namen sagen?“ Der Befragte begann mit den

Namen, einer, zwei, vier, sechs, dann stockte er und wurde unterbrochen: „Sehen Sie, Sie kennen die Leute gar nicht, für die Sie durch Ihre Unterschrift garantieren!“ Ein Protokoll wird gemacht, der Name des Unterzeichners gestrichen, und nach etlichen Wiederholungen dieses Vorgangs die ganze Liste als „ungenügend gestützt“ kassiert.

Individuell entzog man vielen Personen das Wahlrecht mit einer Zustellung etwa am 15. des Monats, daß ihre Wahlrechtsfähigkeit bezweifelt werden müsse, weil ihre polnische Staatsbürgerschaft nicht feststünde. Wenn Sie bis zum — 14. des Monats den Nachweis hierfür erbrächten, würde ihr Wahlrecht anerkannt werden. Und so fort.

Die „Wahlen“, die Pilsudzki die notwendige Mehrheit brachten, veranlaßten den Manchester Guardian am 18. November 1930 zu schreiben: „Dieser Wahlsieg der polnischen Diktatur ist der Triumph der Gewalt und des Betruges.“

Mit Rücksicht darauf, daß begreiflicherweise dieses Terrorregiment auch in weiten Kreisen derer abgelehnt wird, die nicht zu den unmittelbar Leidtragenden gehören, so von der überwiegenden Zahl der Angehörigen der bürgerlichen Intelligenz, wird neuerdings der ideologische Rückhalt der Diktatur mit verstärkten Mitteln ausgebaut. Das Kriegsbudget für 1932 ist vom Sejm in Höhe von 837 Millionen Zloty angenommen worden, beträgt also einschließlich der verschleierten Fonds über eine Milliarde. Die Ausgaben für die Landwirtschaft wurden gegenüber 1931 um 40 v. H. gekürzt, die Fonds für landwirtschaftliches Schulwesen gestrichen. Dagegen hat man 8 Millionen Zloty für militärische Schulung der Jugend eingesetzt.

Die Zentralbehörde für körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung der Jugend auf den höheren Schulen der Bourgeoisie schreibt in ihren neuen Richtlinien vor, daß zur körperlichen Ausbildung auf diesen Schulen gehört: Militärisches Exerzieren, Bajonettfechten, Handgranatenübungen, Ausbildung im Schießen mit Militärwaffen, Geländeübungen, Ausbildung in Gaskunde usw. (Inprekor, 26. 2. 32). Die Abschlußprüfungen sollen beweisen, „daß die militärische Ausbildung der Jugend mit Ernst durchgeführt und nicht als Spielerei betrieben wird.“

Es ist, abgesehen von der radikalen Polonisierung des Schulwesens, nicht zu verkennen, daß im übrigen für den Ausbau des Bildungsapparats in den letzten zehn Jahren sehr viel getan worden ist. Vor allem hat man die einklassigen Zwergschulen auf dem Lande vielfach durch Zusammenlegungen zu mehrklassigen Schulsystemen erweitert. Die Zahl der einklassigen Schulen ist

von 1922/23 bis 1929/30 von 1 065 042 auf 698 193 vermindert, die der sieben- und mehrklassigen vollständigen Schulsysteme von 869 717 auf 1 207 718 in derselben Zeit vermehrt worden. 28 v. H. der Schüler besuchen heute sieben- und mehrklassige Schulen. Im einzelnen verteilen sich die Schüler auf:

S c h u l e n m i t								
	Schüler	I	II	III	IV	V	VI	VII u. mehr Klassen
1922/23	3 132 074	1 065 042	577 252	235 948	161 065	122 018	101 037	869 717
1923/24	3 173 048	1 016 735	610 972	254 372	169 342	115 750	105 686	900 191
1924/25	3 137 312	973 950	615 652	267 961	172 039	105 968	99 493	902 239
1925/26	3 152 136	878 040	625 333	290 968	187 315	118 430	94 8 2	957 188
1926/27	3 244 961	842 546	653 518	333 680	194 844	123 440	105 849	991 084
1927/28	3 255 635	786 827	650 046	350 481	199 317	129 085	100 406	1 039 473
1928/29	3 359 323	722 001	639 177	411 060	237 497	152 051	98 934	1 098 608
1929/30	3 570 413	698 193	683 644	442 049	261 094	160 021	117 694	1 207 718

(Rocznik Stat. 1930, 377).

Was das an Leistung bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man weiß, daß es in den russischen Teilgebieten bis 1914 überhaupt keine Schulpflicht gab, im preussischen Teil zwar Schulpflicht, aber keine einzige polnische Schule und nur in Galizien bei sechs- bis siebenjähriger Schulpflicht ein polnisches Schulwesen. Dieses traurige Bild in dem Lande, in dem schon 1773 in der Kommission der Nationalen Erziehung das erste europäische Unterrichtsministerium entstanden war! 1910/11 besuchten 19,4 v. H., 1927/28 aber 90,2 v. H. der im Schulalter stehenden Kinder die Schulen im kongreßpolnischen Gebiet, die Zahl der erfaßten Kinder wuchs von 9448 auf 27 270 (Maas 440).

Der Bau von Schulhäusern und die Ausbildung von Lehrern nahm bisher die ganze Kraft des Unterrichtsressorts in Anspruch. Immerhin ist der deswegen stark angefeindete Unterrichtsminister Slawomir Czerwinski auch um Einführung neuer Unterrichtsmethoden bemüht gewesen, wie denn etwa 12 Schulen (1930) den Daltonplan, die sogenannte Komplexmethode anwenden. In einer Rede am 8. Juli 1929 in Posen führte der Minister aus:

„Wir haben uns bisher zu sehr um die äußeren Formen des Schulwesens gekümmert, um Aufbau, Lehrmittel, Lehrmethoden, zu wenig aber um ein Erziehungsideal. Ich bin der schärfste Feind der Bürokratisierung der Schule. Wir haben uns von unseren Zöglingen durch eine Mauer von Reglements und Vorschriften aller Art abgegrenzt. Claparède unterscheidet als psychologische Typen den Arbeiter und den Kämpfer. Das ist der alte Gegensatz von Klassiker und Romantiker, und in gewissem Sinne vom preussischen und russischen Polen. Ich halte den Kämpfertypus für sehr wertvoll; die Lehrer sind geneigt, ihn, da er mehr Arbeit verursacht, nicht zu schätzen. Aber Polen braucht Arbeiter. Pilsudski hat gesagt: „Es kommen Zeiten, deren Kennzeichen der Wettkampf der Arbeit sein wird, wie es vorher der Wettkampf des Eisens war und noch vorher der Wettkampf des Blutes.“ Ich halte dieses Wort für die tiefste Wahrheit, die seit

dem Kriege in polnischer Sprache ausgesprochen wurde. So bin ich der Ansicht, daß die Lehrer versuchen müssen, beide Typen zu verschmelzen. Die guten Eigenschaften sowohl des Kämpfers wie des Arbeiters sollen den neuen Polen auszeichnen.“

Man sieht, ein durchaus modernes Erziehungsideal für den Aufbau und die Sicherung einer dem Regime dienenden Ideologie. Möglich war die Bewältigung der schulorganisatorischen Aufgaben nur durch den relativen Kinderrückgang infolge des Geburtenausfalls im Krieg. Es gab

1921/22	5 075 000	Schulkinder
1927/28	3 605 000	„
1929/30	3 900 000	„

und es wird

1933/34	. . .	etwa 5 201 000	„	
1939/40	. . .	„ 6 000 000	„	geben.

Das bedeutet einen jährlichen Mehrbedarf von 10 000 Lehrern, während die Seminare nur 5500 jährlich entlassen können. Bis 1940 würde weiter, unter Zugrundelegung der vorschriftsmäßigen Durchschnittsbelegung der Klassen mit 43 (!) Kindern, ein Bedarf von 80 000 Schulräumen entstehen. Das kostet 3,6 Milliarden Zł. Im Budget von 1930/31 hatte die Regierung für Schulbauten eingesetzt — 7,5 Millionen. Die PPS beantragte 50 Millionen, was zugunsten eines Antrags der Wyzwolenie auf 20 Millionen abgelehnt wurde. Für die Polizei wurden zu gleicher Zeit 125 Millionen bewilligt. Man schelte nicht über „Osteuropa“! Es ist genau wie in Deutschland mit der Teilung der Gelder zwischen „Kultur“- und Machtapparat. Im preußischen Etat für 1932 betragen die Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung berechnete:

für Polizei	10,30 RM.,	für allgemeine Wohlfahrt	0,92 RM.
für Justiz	9,22 RM.,	für Volksgesundheit	0,07 RM.
für Kirchen	1,97 RM.,	für Säuglingsschutz	0,0014 RM.

(Arendsee 316.)

Wie verhält es sich nun neben der Schule mit dem zweiten ideologisch für die herrschende Klasse wichtigen Machtfaktor, wie steht es um die Kirche in Polen?

Die Verfassung der RP beginnt mit den Worten: „Im Namen Gottes des Allmächtigen...“, und der Artikel 114 räumt ein: „Das römisch-katholische Bekenntnis als die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes nimmt im Staat die Hauptstellung ein unter den gleichberechtigten Bekenntnissen.“ Demzufolge wurde am 10. Februar 1925 ein Konkordat mit dem Vatikan geschlossen, das die Stellung des Katholizismus im Lande ungemein festigte. Polen war immer ein „treues Land“ der katholischen Kirche. Papst Clemens XIII. hatte gegen die Teilungen seine Stimme erhoben, und der gegenwärtige regierende Papst Pius XI.

hat stets ein besonderes Interesse für Polen bekundet, wo er vor seiner Wahl zum Papste Vertreter des Vatikan gewesen ist, als Kardinal Achille Ratti. Als er am 15. Mai 1931 in Rom einen Zug polnischer Pilger empfing, begrüßte er ihn mit den Worten:

„Gott wollte, daß ich mich in eurem Lande für das hohe Amt vorbereitete, Vater der ganzen Welt zu sein. Ihr habt eure Sorgen mitgebracht, sie sind auch meine Sorgen. Die lange Grenze eures Landes ist stets offen und ausgesetzt den gewaltigen Attacken der bolschewistischen Idee, die der Religion und dem Christentum verfeindet ist. Ihr stellt euch diesen Angriffen würdig entgegen. Aber eure Mission wird erst dann beendet sein, wenn ihr in eure glanzvolle Vergangenheit zurückkehrt und die Wahrheit jenes Wortes bestätigt: jeder Pole ein Katholik!“

Eine bessere Stütze kann sich das Regime der Legionäre und kann sich vor allem das antibolschewistische Frankreich wirklich nicht wünschen. Die Konfessionen verteilen sich in der RP bei absolutem Uebergewicht der beiden dem Vatikan angeschlossenen Richtungen mit

62,5 v. H. auf die römisch-katholische
und 11,8 v. H. auf die griechisch-katholische Kirche, denen mit
11 v. H. die orthodoxe (ehemals „russische“) Kirche,
mit 10,8 v. H. das Judentum und
mit 3,7 v. H. die Protestanten gegenüberstehen (Kürbs 7).

Der Apparat der katholischen Kirche umfaßte am 1. Januar 1925 in der RP:

2 Kardinäle
39 Bischöfe
4614 Pfarreien
7944 Priester
1481 Seminaristen

bei damals 17 946 922 Lateinisch-Gläubigen. Der Staat leistet Hilfe bei Durchführung der kirchlichen Rechtsprechung und Verwaltung. Der niedere Klerus ist stark national-demokratisch, im verfassungsgebenden Sejm saßen 80 Priester. Mit dem Regime der Legionäre ist der offizielle Katholizismus keineswegs immer in Uebereinstimmung; aber im großen Ganzen bildet natürlich das konfessionelle Gebäude eine treue und zuverlässige Stütze der Herrschaft der regierenden Schicht.

Eine besondere Stellung im ideologischen Hilfsapparat der herrschenden Klasse nimmt die Wissenschaft ein. Gemäß ihrer Entwicklung ist besonders die historische Wissenschaft für das polnische Bürgertum stets ein politisches Mittel gewesen, das auch während der Friedensverhandlungen eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Institute für Geschichte und Vorgeschichte, sowie für Geographie und Sprachwissenschaft finden im Lande die größte, auch finanzielle Unterstützung. Professoren der historischen Wissenschaften werden in wichtige Staatsstellungen und in den diploma-



Bild 29. Wilna



Bild 30. Wilna. Judenviertel



Bild 31. Huzulenjunge (die ganze
Kleidung ist Hauserzeugnis)



Bild 32. Huzulische Mädchen im
Bystrzycatal (Waldkarpathen)



Bild 33. Der Prut in den Karpathen

tischen Dienst berufen. Die Wacht im Westen versehen im polnischen Interesse vor allem das Westslawische Institut der Universität Posen und das Baltische Institut in Thorn. Es erscheint an sich naiv, aus der Tatsache, daß vor so und so viel hundert oder tausend Jahren hier oder da Slawen oder „Polen“ oder „Germanen“ gewohnt oder „gesessen“ haben, heutzutage Gebietsansprüche herleiten zu wollen. Aber in der Ideologie der kapitalistisch-nationalen Diplomatie der Gegenwart spielen solche Gedankengänge auf polnischer Seite genau wie auf deutscher eine erhebliche Rolle.

Nun darf man daraus aber nicht den Schluß ableiten, als ob etwa die polnische Geisteswissenschaft nur politische Aufgaben erfülle. So sehr man sich in jedem Lande vor dem Fehlschluß hüten muß, der in der Annahme einer „vorurteilslosen“, also von Klassenbedingtheiten unabhängigen Wissenschaft liegt, so sehr muß doch gerade in Deutschland auf das reiche und lebendige wissenschaftliche und literarische Leben in Polen hingewiesen werden. In weitaus höherem Maße als zu uns gehen die Beziehungen dieses Lebens nach Frankreich. Was in deutscher Sprache vom Niederschlag polnischer Forschung und Kunst zugänglich ist, hat Kasimir Zieleniewski in einem Literaturanhang zum offiziellen „Jahrbuch für Polen 1929/30“, S. 658-682, zusammengestellt.

Gerade aus den Kreisen der Literatur und Wissenschaft erwächst dem regierenden System auch innerhalb des Bürgertums eine vielfach scharfe und durchschlagend begründete Kritik. Und so finden sich denn trotz allen Terrors auf dem Gebiet dieser Einflüsse ungemein fortschrittliche Tendenzen, die vielfach auch im Strafrechtsausschuß des Sejm zum Ausdruck gekommen sind. In der modernen polnischen Literatur nimmt das soziale Problem eine überragende Rolle ein, so bei Reymont, Żeromski, Boy Żeleński.

Dieses Interesse für die soziale Frage erklärt zu einem Teil auch die formale Fortschrittlichkeit des Arbeitsrechts der RP. Der wesentliche Teil dieser Gesetze ist durch eine ausgezeichnete Zusammenstellung von Dr. Wilhelm Wolff über das „Arbeitsrecht in Polen“ in deutscher Sprache zugänglich. Besondere Beachtung verdient dabei das Arbeiterurlaubsgesetz vom 16. Mai 1922, nach dem für die in Artikel 1 genannten Privat-, Staats- und Kommunalbetriebe bzw. die in diesen beschäftigten Arbeitnehmer gilt:

„Art. 2: Der Anspruch auf einen achttägigen entlohten Urlaub steht den in Art. 1 aufgezählten Arbeitern zu, wenn ihre Arbeit in demselben Unternehmen ohne Unterbrechung ein Jahr dauerte; auf fünfzehntägigen Urlaub, wenn sie ohne Unterbrechung drei Jahre dauerte. Jugendliche Arbeitnehmer unter 18 Jahren haben auf einen vierzehntägigen Urlaub Anspruch, wenn sie ein Jahr ohne Unterbrechung beschäftigt waren. Auf

diesen Urlaub haben auch Lehrlinge derjenigen Unternehmen Anspruch, welche vier oder weniger Arbeiter beschäftigen. Allen Angestellten, die im Handel, Industrie oder Büros beschäftigt sind, gebührt nach halbjähriger ununterbrochener Arbeit ein zweiwöchentlicher, nach einjähriger ununterbrochener Arbeit ein einmonatlicher entlohnter Urlaub. Eine Unterbrechung der Arbeit im Betriebe infolge Krankheit, Unglücksfall, wie auch infolge Einberufung zum Waffendienst wird nicht als Unterbrechung im Dienstvertrag angesehen, die den Anspruch auf Urlaub aufhebt oder einschränkt.

Art. 3. Der Arbeitnehmer verliert den Anspruch auf Urlaub, wenn er selbst den Dienstvertrag gelöst hat oder wenn die Auflösung aus solchen Ursachen erfolgte, die dem Unternehmer das Recht auf Auflösung ohne vorherige Kündigung verleihen.

Der Arbeitnehmer verliert das Recht auf Entlohnung für die Urlaubszeit, wenn er während des Urlaubs beruflich in einem anderen Unternehmen tätig war.“

Die Durchführung dieses Gesetzes ist nun allerdings eine sehr fragwürdige Angelegenheit. Ein eindeutiges Bild zu bekommen war mir trotz aller Bemühungen nicht möglich. Einesteils hört man, das Gesetz werde strengstens durchgeführt, besonders Artikel 3 Abs. 2. Andererseits, und diese Stimmen sind die häufigeren, heißt es, von einer Durchführung des Gesetzes sei keine Rede, es würde umgangen oder ignoriert. Solche Widersprüche erklären sich aus den ungemein verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Wojewodschaften, zum Teil aus den noch heute ganz unausgeglichenen Differenzen zwischen den einzelnen historischen Teilen des Staates (z. B. hat das Gesetz in Oberschlesien keine Geltung, da es erlassen wurde, bevor Oberschlesien zur RP kam. Man versucht dort einen Ausgleich durch tarifvertragliche Bestimmungen zu schaffen). Bei der steigenden Wirtschaftskrise besteht natürlich eine starke Tendenz des Unternehmertums, das Gesetz auszuschaftern, was bei der außerordentlichen Zersplitterung der Gewerkschaften in der RP bei diesem Gesetz wie bei anderen Teilen der Sozialgesetzgebung durchaus möglich ist.

Das Industrieproletariat, das den Unternehmern gegenübersteht, wurde 1929 mit etwa drei Viertel Millionen angegeben, bei damals 30 737 448 Einwohnern. Gliwicz schätzte für 1928 816 500 Industriearbeiter, also jedenfalls eine in der wirtschaftlichen Gesamtgliederung des Landes geringe Zahl. Diese verteilt sich mit etwa

202 000	auf Bergbau und Hüttenwesen,
164 000	„ Textilindustrie,
116 000	„ Nahrungsmittel- und Holzindustrie,
80 000	„ Metallindustrie,
47 000	„ Elektroindustrie und öffentliche Arbeiten
und mit 140 000	„ verarbeitende und Bauindustrie.

769 000

(Nach Kossow 14/15.)

Das sind also nur rund dreimal soviel Menschen, als es offizielle Militär- und Polizeipersonen gibt. Wichtig bei diesen Zahlen ist, daß die Metall- und Waffenindustrie so weit gesteigert wurde, daß z. B. seit 1928 Eisenbahnmaterial nicht mehr eingeführt zu werden braucht, und daß die Zahl der Arbeiter in der chemischen Industrie von 1923 bis 1928 von 20 000 auf 38 000 stieg (Gazeta Handlowa 1929, No. 242).

Der Druck der Krise richtet sich begreiflicherweise vornehmlich und kontrollierbar gegen diesen industriell zusammengeballten Sektor des Proletariats. Man begreift, was es angesichts dieser inzwischen vielleicht etwas gestiegenen Zahl von Industrieproletariern bedeutet, wenn, allerdings unter Einrechnung von „Landarbeitern“

am 15. 6. 1929	115 335
am 14. 6. 1930	225 153
am 13. 6. 1931	304 321

Arbeitslose registriert waren (Vorwärts 23. 6. 1931, Nr. 287), von denen nur 127 694 Unterstützung bezogen. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen, besonders bei Einrechnung der gar nicht abschätzbaren Verminderung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten auf dem Lande, dürfte weitaus höher sein.

Das Sozialversicherungswesen befindet sich finanziell in einer katastrophalen Lage. Am 7. Januar 1932 wurde in einer Konferenz im Warschauer Arbeitsministerium mitgeteilt, daß Industrie und Landwirtschaft mit Versicherungsbeiträgen in Höhe von 300 Millionen Złoty im Rückstand sind. Die Arbeitgeber verlangen eine Stundung der Rückstände für sieben Jahre und wollen mit der Abzahlung der Schulden erst nach drei Jahren beginnen. Die Lage hat Pläne zum Umbau der gesamten Sozialversicherung gezeitigt. Man will die Unfall- und die Krankenversicherung, sowie die Versicherung der geistigen Arbeiter in der bisherigen Form aufheben und eine gemeinsame Anstalt für Sozialversicherung schaffen, die neben den genannten drei Versicherungszweigen eine neue Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter übernehmen soll. Die durchschnittlich geltende 46-Stunden-Woche soll unter Fortfall des freien Wochenendes auf 48 Stunden verlängert werden, der gesetzliche Urlaub soll um 50 v.H. gekürzt werden (Berl. Tgbl. 1. 3. 32, 102).

Diese Absichten des sozialen Abbaus entspringen der wirtschaftlich erschütterten Lage auch des polnischen Kapitalismus. Diese Erschütterung zeigt sich in täglichen Lohnkämpfen, Streiks, Aussperrungen, Massenentlassungen und polizeiterroristischen Maßnahmen gegen die Arbeiter. Im Textilzentrum Łódz sind

Bild 12
Seite 49

von 75 000 Arbeitern die Hälfte arbeitslos. In 60 Fabriken arbeiteten

	6	5	4	3	2 Tage wöchentlich
am 11. 10. 1930	46 160	8075	10 835	6090	390 Arbeiter
am 20. 6. 1931	35 395	6630	3 370	9315	5380 Arbeiter

Die Leistung, auf die sich die Pilsudzki-Regierung am meisten gestützt hat, war die mit Hilfe einer amerikanischen Anleihe ermöglichte engültige Stabilisierung des Złoty, und die Ausgleichung des Budgets im Jahre 1927. Dieser Erfolg ist längst zerronnen. Die Budgetperiode von 1930/31 brachte schon ein Defizit von 52 Millionen Złoty, die ersten vier Monate des neuen Etatjahres schlossen mit einem Fehlbetrag von 102 Millionen ab. Die Vertrauenskrise des internationalen Kapitals macht genau wie in Deutschland eine geordnete Etatberechnung oder gar Etateinhaltung unmöglich, obwohl die polnische Wirtschaft in geringerem Maße als etwa die deutsche von der internationalen Wirtschaftslage abhängig ist — der Außenhandel nimmt eine viel weniger entscheidende Stelle in der Gesamtwirtschaft ein.

Die Schwierigkeiten führten zu Bestrebungen steigender Militarisierung der Wirtschaft. Das äußere Zeichen dafür war die Berufung des früheren Vorsitzenden des Administrativrats der Kriegsindustrie, des Generals Zarzycki, zum Handels- und Industrie-minister. In dieser Krisenstimmung trat im vorigen Jahre (1931) der XXII. Parteitag der PPS in Krakau zusammen. Das bürgerliche Blatt „Nasz Przegląd“ schrieb darüber:

„Müdigkeit und Unglaube in die Kräfte klangen aus den Reden der alten Garde... Kwapiński erklärte nicht, wir liquidieren die Diktatur, sondern die Diktatur liquidiert uns; die Regierung hat unsere Leute für Groschen gekauft“ (Henrykowski 1223).

Aber nicht nur die Widerstandskraft der PPS ist geschwächt, ihre Jugend läuft in Scharen zur zwar illegalen, aber ungemein tätigen kommunistischen Partei — auch das Bürgertum fühlt den Boden unter sich wanken. Gehaltsabbau bei den Beamten bis zu einem Drittel der Gehälter, sogar der begünstigten Offiziere bis zu einem Fünftel brachte unter anderem den Verfall der bürgerlichen Bildungseinrichtungen mit sich. Die Schließung der Warschauer Bühnen im letzten Winter ist dafür ein beredtes Zeichen. Wichtiger ist natürlich die psychische Unruhe im Verwaltungsapparat, eine Erscheinung, die der Regierung begreifliche Sorge macht. Und das Land?

Die Bauernpartei Wyzwolenie hat viel an Kredit verloren, seit das Doppelspiel ihrer Führer Lypacewicz und Malinowski zwischen Polizei, Bauern und Auslandberichterstattung von Stanislaw Wojtowicz enthüllt wurde. Die Verschuldung steigt. Der Steuer-

exekutor ist ständiger Gast auf dem Dorf. Aber schon viele Exekutoren haben sich blutige Köpfe geholt. Bauernaktionen gegen die Polizei werden aus den Bezirken Kowel, Wilna, Oberschlesien, Bialystok und anderen gemeldet. Brandstiftungen, Sabotageakte, Verjagung der Gerichtsvollzieher und kollektive Verhinderung von Versteigerungen jagen sich. Gegen die Spontanausbrüche der Verzweiflung ausgebeuteter Massen wütet der Terror in verstärktem Maße. Am 16. März 1932 erschoss die Polizei fünf Arbeiter. Die Liste von nur zehn Tagen aus dem November 1931 sieht folgendermaßen aus:

„In den letzten zehn Tagen gab es in Polen 11 Hinrichtungen und 13 Todesurteile.

In Tschortkow in der Westukraine wurde am 25. November auf Grund des Urteils des Standgerichts der ‚kommunistische Spion‘ Skorubkij gehängt.

Am nächsten Tage fällt das Geschworenengericht in Lemberg sein Urteil im Prozesse der ukrainischen nationalen Gruppe. Die Hauptangeklagten in diesem Prozesse, Goliwinskij und Pissetzkij, waren bei der Verhandlung nicht zugegen. Sie waren von der Polizei noch vor der Untersuchung ohne jegliches Gerichtsverfahren erschossen worden. Das Gericht verurteilte in diesem Prozeß den Angeklagten Datzischin zum Tode, die übrigen Angeklagten zu 6, 8 und 15 Jahren schweren Kerkers.

Tags darauf, am 27. November, wurden in Baranowitschi, in Westweißrußland, sieben weißrussische Arbeiter und Bauern auf Grund eines Urteils des geheimen Standgerichts wegen ‚Spionage‘ gehängt. Im westukrainischen Städtchen Skala wurden am 28. November 60 Einwohner wegen ‚Verdachts des Kommunismus und der Spionage‘ verhaftet. Man erwartet die Uebergabe dieser Gruppe von ‚Spionen‘ an das besondere Mordgericht.

Von der Hinrichtung der Arbeiter aus Tomaschow, die sich an der blutig verlaufenen Demonstration für die Verteidigung der Sowjetunion beteiligt hatten, mußte der Faschismus unter dem Druck der Protestkampagne des internationalen Proletariats Abstand nehmen.

In Luck wurde am 1. Dezember der Monsterprozeß beendet, in dem das Gericht 77 Angeklagte wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei der Westukraine zu langjährigen Kerkerstrafen (acht bis zehn Jahre) verurteilte. Todesurteile gab es bei diesem Prozeß nur deswegen nicht, weil die Angeklagten noch vor der Einführung des Standrechtes verhaftet worden waren und nach dem dort noch geltenden Strafrecht des zaristischen Rußland behandelt wurden, das für die bloße Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation die Todesstrafe nicht vorsieht.

In Posen wurde am 2. Dezember auf Grund des Urteils des Kriegsgerichts der Soldat Bruno Lamke wegen... ‚Spionage‘ erschossen. Am nächsten Tage, dem 3. Dezember, wurden in Grodno auf Grund des Urteils des geheimen Standgerichts zwei Weißrussen wegen... ‚Spionage‘ gehängt...“ (Najda 2619).

So geht es Tag für Tag. Der Unterschied zwischen gewöhnlichen und „politischen“ Gefangenen in den Kerkern ist aufgehoben worden. Die neueste Version bei den Prozessen ist, daß mißliebige Elemente zu „Spionen“ gestempelt werden. Natürlich Spionage für die Sowjetunion, um um so stärker die kulturschützende Mission

der RP zu dokumentieren, Abwehrbarriere gegen den Bolschewismus zu sein. Je stärker der Terror gegen das Proletariat, desto schärfer natürlich auch das Vorgehen gegen die Minderheiten.

Der Bodenbesitz der Nationalitäten in der RP verteilt sich unter Zugrundelegung des Besitzes von über 50 Hektar in Prozent:

	Polen		Deutsche		„Ruthenen“		Weißrussen	
	Bevölk.	Besitz	Bevölk.	Besitz	Bevölk.	Besitz	Bevölk.	Besitz
Gesamtpolen	69.2	80.3	5.9	7.9	14.5	10.2	5.9	
Posen, Pomerellen, Schlesien	77.6	55.7	19.8	42.4				
Tarnów, Lemberg, Stanisław, Wolynien	39.4	80.5			52.1	14.7		
Polesien, Nowogrodek, Wilna	45.6	76.6					54.9	21.2

(Annuaire stat. d.l.Rép.Polon. Warschau III 1924 S. 14f.)

Formell sind die Rechte dieser Minderheiten durch zahlreiche Verträge geschützt:

Die internationale Garantie für die Minderheiten enthält das Abkommen mit den Westmächten vom Juni 1919 (Kap. 15).

Der Schutz der Russen, Ukrainer und Weißrussen ist dann gesondert im Friedensvertrag mit der Sowjetunion in Riga anerkannt worden. Ein nie zur Ausführung gekommenes Gesetz vom 26. September 1922 sollte außerdem den ukrainischen Wojewodschaften Selbstverwaltung mit „nationalen Kurien“ sichern. Die polnische Verfassung vom 17. März 1921 garantiert den Minderheiten in Artikel 104 bis 115 weitgehende Zusagen. Am 17. März 1922 wurde der Warschauer Vertrag zum Schutz der Letten, Esten und Finnen in Polen geschlossen, am 15. Mai 1922 das Oberschlesien-Abkommen mit Deutschland, am 23. April 1925 das Abkommen mit der ČSR zum Schutz der in der RP lebenden Tschechen und Slowaken.

Also Gesetze genug, Verträge genug, und in Wirklichkeit? Wie hat die herrschende polnische Kaste sich in den letzten zehn Jahren zu diesen Verträgen gestellt? Eine politische Macht, an die sie sich anlehnen können, hat als eventuellen Rückhalt nur die deutsche Minderheit. Sie wird daher auch am mildesten behandelt, zumal ihre Vertreter aus den zivilisiertesten Bezirken der Republik kommen. Eine Anlehnung der Ukrainer und Weißrussen an ihre Volksgenossen in der Sowjetunion ist aus internationalen Gründen unmöglich: die Sowjetunion kann ihren inneren Aufbau nicht durch polnische Grenzkonflikte gefährden. Und die Juden? Sie sind gerade in letzter Zeit wieder zum Angriffspunkt der Nationaldemokraten geworden. Was sagt die Regierung dazu? Sie hat dringendere Sorgen, als ausgerechnet die Juden zu schützen.

Literatur:

- L'agriculture polonaise. Warszawa 1929.
Arendsee, „Sozialpolitik“ in Preußen. Roter Aufbau V, 1932, 313 f.
Askenazy, Uwagi, Warszawa 1924.
Belcikowska, Stronnictwa i związki polityczne w Polsce, Warszawa 1925.
Birnbäum, Der polnische Verfassungskampf, Gesellschaft VII 1930 I 14 1.
Birnbäum, „Schlimmer kann es nicht kommen...“ Voss. Ztg. 5. 10. 31, 469.
Boy-Zeleński, Zmysły... Zmysły..., Warszawa 1932.
Brand, Ekonomiczne momenty w Przewrocie majowym i w polityce obecnego rządu. Warszawa 1927.
Bratkowski, Verschärfung der Lage in Polen. Inprekor 1931, 48, S. 1137.
Brückner, Polnische Literaturgeschichte, Sammlung Goeschen 789.
Bujak, Rozwój gospodarczy Polski w krótkim zarysie. Kraków 1926, engl. Polands econ. devel. London 1926.
Czem jest oboz Wielkiej Polski? Lwów 1927.
Czernicki, Schematyzm kościoła Rzymsko-katolickiego w Rzeczypospolitej Polskiej. Kraków 1925.
Danyś, Studja z dziejów wychowania w Polsce, Kraków 1921.
Dmowski, Kościół, naród i państwo, Warszawa 1927.
Dyboski, Literature and national life in modern Poland, Slavonic Rev. June 1924.
Ehrlich, Polnische Wissenschaft im Dienste politischer Propaganda. Deut. Allg. Ztg. 31. 5. 31.
Fiedler, Tło gospodarcze przewrotu majowego, Kraków 1927 (in Polen verboten).
Gewerkschaftsbewegung in Polen, Kommun. Internat. 1920, Nr. 16, 376 ff.
Henrykowski, Regierungsumbildung in Polen 1931. Inprekor 1931, 53, S. 221.
Herrnstadt, Herkunft und Gesicht der Pilsudskidiktatur. Berl. Tagebl. 28. 2. 31, 100.
Herrnstadt, Lodz, der Begriff, Berl. Tagebl. 3. 10. 31, 466.
Herrnstadt, Lodz, der Betrieb, Berl. Tagebl. 16. 10. 31, 488.
Herrnstadt, Polens Exportkrise, Berl. Tagebl. 6. 11. 31, 524, Handelsblatt.
Herrnstadt, ND, ein Kapitel aus Polens Gegenwart, Berliner Tageblatt 2. 12. 31, 567.
Herrnstadt, Polen im Spiegel seiner Witzblätter, Berl. Tagebl. 24. 3. 32, 142.
Hoetzsch, Die osteurop. Randstaaten im zehnten Jahre ihres Bestehens, Osteuropa III, 822 ff.
Jahrbuch für Polen 1929/30, Warszawa 1930.
Jaworski, Projekt Konstytucji, Kraków 1928.
Kleiner, Die polnische Literatur, Wildpark/Potsdam 1929.
Komischke, Geschichte der polnischen Literatur, Breslau 1921.
Kossow u. a. Les éléments essentiels de l'économie polonaise, Warsz. 1929.
Kürbs, Die osteuropäischen Staaten als Staats- und Wirtschaftskörper, Stuttgart 1931.
Kuhn, Polnische Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1930.
Lenski, Die Lage in Polen und die Aufgaben der KPD. Referat vor dem IX. Plenum des Ekki, Inprekor 1931, 54, S. 1242 ff.
Maas, Polens Schulwesen und Erziehungsziele. Soz. Monatsh. Mai 1930, 439 ff.
Mackiewicz, Dzisiaj i jutro. Wilno 1929.
N., Offensive der polnischen Kapitalisten und der Kampf der Frauen. Inprekor 1932, 17, S. 471.
Najda, Die Herrschaft der Galgen. Inprekor 1931, 115, 2619.

- Naphthapolitik Polens, Ztsch. d. internat. Verein. d. Bohringenieur u. Bohrtechniker, 1920 Nr. 13.
- Niedzialkowski, Demokracja Parlamentarna w Polsce, Warszawa 1930.
- Orłowicz, Guide illustré de la Pologne. Varsovie 1927.
- Political Prisoners in Poland, in The internat. Com. f. pol. Pris. by Beckett, Shepherd, Mrs. Horrabin, London 1927.
- Roth, Die wirtschaftlichen Grundlagen Polens und die polnischen Außenhandelsbeziehungen. Weltwirt. Arch. 25 1927 I Abhandl. 294 ff.
- Roth, Die innerpolitische Entwicklung in Polen seit dem Staatsstreich Pilsudskis. Osteuropa III 1927/28 16 ff.
- Ruwido, Bank Polski, Organizacja, statut, ogólne zasady załatwiania czynności. Warszawa 1927.
- Santoro, En Pologne pendant les élections de 1930. Genève 1931.
- Seifter, Krisenwirkungen in Polen, Berl. Tgbl. 3. 9. 31 414 Handelsblatt.
- Smogorzewski, Le Jeu complexe des Parties en Pologne. Paris 1928.
- Socjalizm. Zarys bibliograficzny i metodologiczny. Tur, Kraków 1931.
- Staniewicz, Die Agrarreformarbeiten in Polen im Jahre 1928 und 1929, Vierteljahrshefte d. poln. Landwirtsch. I 1930, 3 und 4, S. 15.
- Tiltman, The Terror in Europe, London 1932.
- Vandervelde, By Order of Marshall Pilsudski. Zürich 1931.
- Vandervelde, Justizverbrechen droht. Die Anklageschrift gegen Liebermann und Genossen, Vorwärts 24. 10. 31, 499.
- v. Vossberg, Polen, eine einleitende Betrachtung. Osteuropa I 1925/26, 667 ff.
- v. Wedel, Die Landwirtschaft in Polen. Osteuropa II 1926/27 422 ff.
- v. Wedel, Die Agrarreform in Polen. Osteuropa III 1927/28 343 f.
- Der Weiße Schrecken in Polen, Hamburg 1921.
- Der Weiße Terror in Polen. Berlin 1924.
- Wolff, Das Arbeitsrecht Polens, Katowice-Kattowitz 1931.
- Zehntausend Gekettete kämpfen. Berlin 1932.
- Zieliński, Bemerkungen zur wirtschaftlichen Lage der polnischen Gebiete, Weltwirt. Arch. 27 1928 I Abhandlg. 293 ff.
- Zweig, Nożyce cen w Polsce, Wirtschaftl. Beilage des Kuryer, Kraków 16. 3. 29.
- Außerdem Wirtschaftsberichte aus Polen in Wirtschaftsdienst, Hamburg-Kiel, laufend.
- Ostlandberichte des Ostlandinstituts Danzig, Auszüge aus der polnischen Literatur, bisher fünf Bände.

17. Das Ostjudentum

In der Sitzung der Nationalversammlung der französischen Republik vom 21. Dezember 1789 verständigte sich der siegreiche Dritte Stand darauf, daß „niemand wegen Konfession oder Beruf in seinen Rechten beschränkt werden dürfe“. Clermont-Tonnère erklärte dazu: den Juden als Nation müßte man alles verweigern, den Juden als Menschen aber alles gewähren. Acht Jahre später veranstaltete Napoleon I. eine Umfrage bei den Juden, ob sie eine Nation oder eine religiöse Gemeinde sein wollten. Die Juden in

Frankreich sagten sich von ihrer Nation los, aus ökonomischen Gründen. Damit begann die Emanzipation des Judentums und zugleich sein Untergang. Denn es ist trotz allen Bemühens bestimmter jüdischer Kreise um nationale jüdische Kultur nicht zu widerlegen, was der eigene Gesinnungsgenosse dieser Kreise, der Zionist Artur Ruppin, gesagt hat: „Ein Jahrhundert freier Betätigung in der kapitalistischen Wirtschaft im Verein mit weltlicher Schulbildung haben die Juden in allen kapitalistisch entwickelten Ländern der jüdischen Religion entfremdet.“ Die Angleichung an das Volk, auf dessen Boden sie wohnen, die „Assimilierung“, hat die deutschen Juden zu Deutschen, die englischen zu Engländern, die französischen zu Franzosen werden lassen. Lenin hat das Ergebnis dieser Entwicklung eines Jahrhunderts schon 1913 in einem Aufsatz „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ in der „Proswjetschenje“ gekennzeichnet:

„Die jüdische nationale Kultur ist die Losung der Rabbiner und Bourgeois, die Losung unserer Feinde. Aber es gibt in der jüdischen Kultur und in der ganzen Geschichte des Judentums auch andere Elemente. Von den 10,5 Millionen Juden des Erdballs (1913!) lebt etwas mehr als die Hälfte in Galizien und in Rußland, in rückständigen, in einem Worte halbbarbarischen Ländern, wo die Juden mit Gewalt gezwungen werden, als Kaste zu leben. Die andere Hälfte lebt in zivilisierten Ländern, wo es keine kastenmäßige Absonderung der Juden gibt. Dort haben sich die großen universal-fortschrittlichen Züge der jüdischen Kultur: ihr Internationalismus, ihre Empfänglichkeit für die fortschrittlichen Strömungen des Zeitalters (der Prozentsatz der Juden in den demokratischen und proletarischen Bewegungen ist überall höher als der Prozentsatz der Juden innerhalb der Gesamtbevölkerung) klar und deutlich gezeigt.“

In jenen ehemals österreichischen und russischen Teilen der RP ebenso wie in den entsprechenden Gebieten der ČSR und Rumäniens sind die Juden noch heute eine „Kaste“. Das ist das Geheimnis ihrer Erhaltung als „Nation“ bzw. als „nationale Minderheit“. Sie sind kein Volk, sie sind eine Kaste. Sie, die „Ostjuden“, haben hier, in den „Poren der polnischen Gesellschaft“ — der Ausdruck stammt von Karl Marx (Kapital I. Volks-A. 42) — einen Wirtschaftsraum gefunden und bis heute sich erhalten können, als der Raum für sie in den zentral- und westeuropäischen Ländern immer enger, die christliche Konkurrenz immer schärfer und angriffslustiger wurde. Wo, wie in den preußisch gewordenen Gebieten Polens, der westliche Einfluß zu herrschen begann, assimilierten sich die Juden genau so wie im übrigen Europa des 19. Jahrhunderts. Als nach Errichtung der RP 1919 galizische und polnische Juden mit Kaftan und Schläfenlocken nach Posen kamen, mußten sie schleunigst wieder verschwinden. Für die Kaste war hier kein Platz mehr.

Bild 25
Seite 112

Die Verfolgungen der Kreuzfahrer drängten die Juden im zwölften Jahrhundert aus Deutschland und Böhmen nach Osten ab. Im dreizehnten Jahrhundert finden wir sie in Plock und Kalisz. Der weite, von den Tataren verwüstete östliche Raum bot nicht nur Platz; das polnische Königtum hatte auch ein Interesse daran, die gewieften, zivilisatorisch hochstehenden Händler ins Land zu ziehen. Die christlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Kirchenversammlungen von Breslau (1267) und Ofen (1279) sowie des Konzils von Łęczyca (1285), bei denen man sich für abgesondertes Wohnen der Juden (Ghettozwang), Tragen von Judenabzeichen, Verkehrsbeschränkungen, Pachtverbot aussprach, blieben in Polen fast ohne Wirkung. Nach 1300 finden wir große jüdische Niederlassungen in Posen, Krakau, Sandomierz, Lemberg. 1334 gibt Kasimir der Große sein berühmtes Privilegienstatut, das den Juden in Polen mit dem Steuererhebungsrecht der jüdischen Gemeinden, der „Kahalen“, die Möglichkeit unabhängiger, wirtschaftlicher Entwicklung gab. Ihr Kastensystem begann sich zu bewähren, als Mittler zwischen Adel und „Volk“. Je mehr Macht der Adel an sich riß, je mehr er die städtischen Privilegien zerrückte, desto mehr wurden die Juden Markthalter und Kreditgewährer der Schlachta. Die Pachten zog der Jude ein, die Zölle verwaltete der Jude, er hatte die Schenke und das Braurecht vom Adel und für den Adel; er widmete sich seiner Religion und der Thora, studierte den Talmud, um nebenbei auch die Pffiffigkeit zu lernen, die er brauchte, um jede Ausbeutungspraktik in der Diskussion mit seinem Gott, dem großen Jehova, rechtfertigen zu können.

„Die jüdische Religion... ist eine Verfassung, ein Gesetz, ein berechnendes Gesetz, ein Nachschlagebuch für das Soll und Haben der Seele, ein Kontokorrent, ein Dossier, in dem man die Wechsel auf die Seligkeit aufbewahrt. Dieses Gesetz ist in dem Augenblick unmöglich, da seine Grundlage versinkt. Die Basis der jüdischen Religion ist allein die besondere soziale und ökonomische Funktion der Juden, nichts anderes. Erlischt diese Funktion, so stirbt mit ihr auch ihr ideologischer Ueberbau, die jüdische Religion“ (Heller, 83).

Dieser „jüdische Jesuitismus ist das Verhältnis der Welt des Eigennutzes zu den sie beherrschenden Gesetzen, deren schlaue Umgehung die Hauptkunst dieser Welt bildet“ (Marx Nachlaß I 429).

Je brutaler die Gesetzgebung des polnischen Adels den Bauern knebelte — 1496 wurde ihm das Tragen besserer Kleidung verboten; 1503 die Freizügigkeit abgeschafft; der Reichstag in Radom nahm den Bauern das Klagerecht gegen den „Edelmann“ und unterstellte ihn der Adelsgerichtsbarkeit; ab 1521 herrscht bru-

talste Leibeigenschaft —, desto stärker bedurfte der Adel der jüdischen Kaste. Wenn auch 1420 die Konzilsbeschlüsse gegen die Juden auf dem Konzil zu Kalisz für das polnische Gebiet bestätigt wurden und 1521, dem Jahre des Einsetzens völliger Freiheitsberaubung des Bauern, auch den Juden eine gewisse Beschränkung ihrer Privilegien zugunsten der christlichen Konkurrenz von Sigismund I. zugemutet wurde; die Zeiten des Wahlkönigtums brachten dennoch neue Einwanderung aus Deutschland. Die Bauernkriege in Deutschland waren mit neuen antisemitischen Ausbrüchen verbunden. Das erstarkende Bürgertum der deutschen Städte hatte die Juden aufs Land getrieben, wo sie dem zu Fronlasten verpflichteten Bauern Kredit gaben, aber ihr hohes Risiko mit Wucherzinsen ausgleichen mußten. Was Wunder, wenn sich die Wut der aufständischen Bauern gegen die Juden richtete. Die Bauern trafen in dem Juden jedoch nur einen Teil der feudalen Ordnung, gegen die sich ihre Revolution richtete. Diesen Teil aber trafen sie gründlich. Die Juden strömten wie im Zeitalter der Kreuzzüge nach den östlichen Gebieten, wo es infolge geringer entwickelter Warenzirkulation noch „Poren“ für sie gab. Unter König Stefan Bathory, in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, um 1572, hatte die Autonomie der Kahalen ihren Höhepunkt erreicht; die wirtschaftlichen Kräfte waren auch im mittelalterlichen Polen stärker als alle Abneigung und Konkurrenzfurcht. Sigismund III. Wasa erneuerte die Privilegien.

Mit der Erweiterung der Warenzirkulation im Osten aber wurde auch die Lage der Juden schwieriger. Hundert Jahre nach dem Ausbruch der „Judenschlägerei“ in Deutschland machen sich Anzeichen ähnlicher Ereignisse im Osten bemerkbar. Die Aufstände der ukrainischen Kosaken richteten sich nicht zuletzt gegen die Juden. In der Revolte von 1637 gab es bereits Tausende von Toten und, die Kosaken Chmelnickis (vgl. Geschichte der Ukraine Kap. 19) hängten grundsätzlich nebeneinander einen katholischen Popen, einen polnischen Edelmann, einen Juden und einen — — Hund. Dem Chmelnicki-Aufstand von 1645 sollen 600 000 Juden zum Opfer gefallen sein. Mit der Angespanntheit der wirtschaftlichen Lage — der Adelsrepublik ging es immer schlechter — verschärfte sich das Risiko für die Juden: die Ausbeutung der Bauern stieg. Da die „religiöse Welt nur der Reflex der wirklichen Welt“ ist (Marx Kap. I 42), hatte die geistliche Leitung der Kahalen immer mehr Mühe, vor Gott das Geschäft der Rechtfertigung zu besorgen. Je mehr die Juden zur Ausbeuterkaste wurden, desto starrer wurde die Orthodoxie. Je verhaßter sich die

Juden durch ihre Sonderfunktion in der polnischen Gesellschaft machten, je mehr also die Verfolgungen wuchsen, wenn auch die Könige den Antisemitismus einzuschränken suchten, weil sie nur zu gern mit Hilfe der Juden verdienten, je öfter es denn noch zu Judenhetzen („Schülergeläufen“) kam; je mehr Kahalen zerstört wurden — um 1700 schon 700! —, desto mehr vergruben sich die Juden in die Schrift, desto mehr schlossen sie sich ab. Wachsender Mystizismus war die unmittelbare Antwort auf den wirtschaftlichen Niedergang 1764. Die alte jüdische Weisheit, diese Vorahnung der materialistischen Geschichtsauffassung: Im ejn kemach — ejn thora — ohne Brot keine Wissenschaft! bestätigte sich in dieser wirren Zeit auf das Ueberzeugendste. Unter Stanislaus August wurde durch Aenderung der Kopfsteuererhebung von jedem einzelnen, nicht mehr von der Gemeindeverwaltung, die Autonomie der Kahalen völlig vernichtet. Verschuldung, wachsende Armut, Niedergang der Bildung unter den Juden war die Folge, und in der Judenhetze von Uman 1768 wurden 20 000 Juden ermordet: es ist kein Zufall, daß diese Zeit des Verfalls und diese polnisch-ukrainische Reibungszone Geburtsstunde und Geburtsort für jenen merkwürdigen Ausdruck des jüdischen Mystizismus wurden, der als „Chassidismus“ (Chassid heißt „der Fromme“) noch heute im Osten eine erhebliche Rolle spielt. Er wurde in den ostgalizischen Karpathen, im Quellgebiet des Prut, von einem Manne, dem sogenannten Baalschem (Baal-schem-tow), 1747 gegründet und von dessen Schüler Baer von Meseritsch (Mizriz) organisiert.

Der Chassidismus war ursprünglich eine Protestbewegung gegen die trockene, rationalistische Scholastik der Talmudisten, sowie gegen den pharisäischen Hochmut und den starren Legalismus der Schriftgelehrten. Er wandte sich an das Gemüt, an das sozial-ethische Empfinden und fand Gefallen am Legendären, Wunderbaren und Mystischen. Der Quell seines religiösen Lebens entsprang dem Satze: „Diene Gott in Freude“. Seine Anhänger scharten sich um die geistigen Führer, die „Zaddiks“, pilgerten zu deren Wohnsitzen, tanzten sich dort an den Sabbathen, Fest- und Feiertagen in eine Lebensfreude und Extase hinein, die sie alle Mühsal der Existenz vergessen ließen. Ablehnung der Askese, Betonung der Seelenfreude als Quelle der Begeisterung, Gebrauch der Volkssprache, des Jiddischen, das war äußerlich das volkstümlich anmutende Bild der neuen Bewegung, die begreiflicherweise in einen scharfen Gegensatz zu den Talmudisten und Philistern (den sogenannten Missnagdim, den Gegnern) geriet. Die Persönlichkeit des Zaddik, des geistigen Führers, stand von vorn-

herein sehr stark im Mittelpunkt der Bewegung, im Gegensatz zu der überkommenen Ansicht, daß allein das „Gesetz“ ausschlaggebend sein dürfe. Unter der Ungunst der Verhältnisse und Verfolgungen erstarrte die Bewegung bald zu einer esoterischen Sekte. Die irrationalen Elemente des Chassidismus verdrängten das Weltliche und Volkstümliche und er verfiel in einen Mystizismus, in dem manche abstrus-agnostische und magische Ueberreste enthalten sind. In der Sekte brachen bald persönliche Rivalitäten aus, da jeder Zaddik die Vorzugsstellung für sich in Anspruch nahm. Der noch heute erstaunlich anmutende geistige Schwung der Schriften des Baalschem und der Legenden des Rabbi Nachman von Brazlov, in deutscher Sprache durch die Uebertragung von Martin Buber zugänglich geworden, wurde abgelöst durch einen öden Wunderglauben an die Macht der „Wunderrabbis“, der in chassidischen Gebieten, vor allem an der tschedisch-rumänischen Grenze, noch im 20. Jahrhundert zu richtigen Glaubenskriegen zwischen den Anhängern des einen und des anderen Zaddiks führt. Reporter wie Ilja Ehrenburg und Albert Londres haben davon in jüngster Zeit berichtet.

Die Chassidim sind heute der reaktionärste Teil des Ostjudentums und ihre Zaddikim im allgemeinen gute Geschäftsleute. Der Zustrom zu den Höfen der Wunderrabbis ist nur mit dem Besuch katholischer Wunderstätten wie Częstochowa oder Lourdes zu vergleichen. Der bedeutendste Zaddik in Polen ist gegenwärtig der von Góra Kalvaria — hebräisch Ger, daher der „Gerer Zaddik“. Ilja Ehrenburg hat ihm einen Besuch gemacht:

„Hier kann man den Lauf der Zeit, die Ablösung der Generationen studieren. Man erzählt sich, der Vater des jetzigen Zaddik sei in der Tat ein Weiser und Heiliger gewesen. Er pflegte lakonische Episteln an die reichen Chassidim zu schicken: „Verteile unverzüglich 50 000 Rubel unter die Armen und erstatte mir Bericht“. Er hat viel gelesen und eine vortreffliche Bibliothek althebräischer und arabischer Bücher hinterlassen. Sein Sohn — der heute „herrschende“ — ist ein kleinlicher und heuchlerischer Mann. Er spart Geld. Von Zeit zu Zeit veranstaltet er eine Lotterie. Wäre er nicht der Gerer Zaddik, sondern ein gewöhnlicher Sterblicher, er hätte schon längst mit den Paragraphen des Gesetzes Bekanntschaft gemacht, die gemeine Gaunerei betreffen. Aber den Zaddik lassen die Behörden unbehelligt. Ist doch der Zaddik ihr Verbündeter. Nach Verteilung der (von ihm berührten) Fischstückchen an die Götzenanbeter (die ihm zuströmenden Juden) wäscht er sich die Hände und geht nach Hause. Dort befaßt er sich mit ganz weltlichen und zeitgemäßen Dingen. Er ist Politiker und hat gegenwärtig nicht wenig Sorgen: bald sind ja doch Wahlen. Der Gerer Zaddik hat 50 000 Stimmen. Das ist keine Kleinigkeit, das fällt ins Gewicht. Die orthodoxen Juden wollten sich dem ‚Block der nationalen Minderheiten‘ anschließen, aber der Block

ist gegen Pilsudski und Pilsudski ist gegen den Block. Und so bemüht sich der Gerer Zaddik: er muß den Eintritt der Juden in den Block verhindern. Ist er doch für jede beliebige Regierung. Nach der Unterstützung Stolypins und der Nationaldemokraten fällt es ihm nicht schwer, Pilsudski zu unterstützen. Sein Wort ist Gesetz. Sie haben die 'heiligen' Teller beleckt und werden hingehen und abstimmen, selbst wenn sie für den Teufel stimmen müßten. Das ist ein Zaddik" (139—140).

Die Sekte der Chassidim wurde durch Ukas des Zaren vom 27. November 1800 trotz des Widerstandes der orthodoxen Rabbiner anerkannt. Zar Alexander I. dachte damals genau so wie Pilsudski heute denkt: warum soll man nicht den Juden gestatten, sich am Sabbath als auserwähltes Volk zu fühlen und in den Tallis, den Gebetsmantel gehüllt, sich in heiligem Gesang über das ökonomische Elend hinwegzuwiegen, wenn sie nur sonst zur Regierung stehen? Die politische Ergänzung zu der freundlich-liberalen Geste von 1800 war die vorher angeordnete Wohnbeschränkung für Juden im Zarenreich durch kaiserlichen Ukas vom 23. Dezember 1791 und 23. Juni 1794. Außerhalb dieses Ansiedlungsrays oder, wie es im Volksmund hieß, des Tschort ossjodlosti, des Ansässigkeitsteufels, durften Juden nicht wohnen, bis auf persönliche Ausnahmen, die bei jüdischen Akademikern, reichen Bürgern, Apothekern und Schnapsbrennern gemacht wurden. Die geballte Masse der Juden mußte also unter dem Zaren in den westlichen und südwestlichen Gebieten des Reiches wohnen. Soweit dieser Rayon nicht sowjetistisch wurde, vielmehr zur RP kam, herrscht hier die Kastenform des Judentums unverändert. Wie stark sich die Polen in den früher deutschen Gebieten von diesem „Wohnrayon“ abgrenzen, kann man in Kattowitz hören: „Nach Będzin müssen sie gehen. Da sind die Juden!“ Und wirklich, die Grenze zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem einst zaristischen Kongreßpolen ist noch heute sichtbar an der Judensiedlung, obschon die politische Grenze seit 1922 nicht mehr existiert. Hier aber, im Rayon, herrscht noch der Jude mit Tallis und Tefillin und Peies, dem Gebetsriemen, den Schläfenlocken und den mittelalterlichen Gebräuchen des Ghetto. Im Rayon ist, heute mehr denn je, bei Juden wie bei Nichtjuden die Erinnerung an die Pogrome (Pogrom ist russisch und bedeutet Zerstörung) lebendig. In den Städten, den großen wie den kleinen, erlaubt die Zusammenballung jüdischer Massen leicht genug, den Unwillen irgendeiner Schicht, mögen es Studenten, Bauern oder national verhetzte Arbeiter sein, auf den Juden abzulenken.

Es gab eine Zeit, in der sich Polen und Juden zu verstehen begannen: die Zeit vor dem Aufstand von 1863. Die polnische Lite-

Bild 24
Seite 112

Bild 22
Seite 92

ratur fing an, sich wohlwollend mit dem Elend der Juden zu beschäftigen (Świętochowski: „Chawa Rubin“; Marja Konopnicka: „Mendel Gdański“; Eliza Orzeszkowa: „Meier Ezofowicz“). Auf Grund der Politik von Wielopolski erhielten die Juden durch kaiserlichen Ukas vom 25. Mai 1862 formell bürgerliche Gleichberechtigung. Sie durften Grundstücke erwerben; der Zwang des Ghetto, in Europa seit 1789 gesprengt, war also formell auch in Polen beseitigt; der besondere Judeneid wurde abgeschafft. Indes mit dem Aufkommen des Kapitalismus in Kongreßpolen nach der Bauernbefreiung wuchs die Konkurrenz, also der Antisemitismus. Die Schlachta, durch die Bauernbefreiung in ihrer wirtschaftlichen Grundlage erschüttert, suchte durch Beteiligung an der entstehenden Industrie, im Handel und in freien Berufen ein Unterkommen. Hier aber saßen vorwiegend Juden. Der Kapitalismus ließ sichtbar werden, daß hier zweierlei Volks war. Der Ruf „Jeder zu den Seinen“ gestattete, jeden wirtschaftlichen Mißerfolg dem Konkurrenten anzuschreiben. Und wie sich im deutschen Gebiet der Wirtschaftskampf der polnischen und deutschen Interessen im religiösen Gegensatz der Katholiken und Protestanten spiegelte und dadurch verschärfte, so auch hier im Gegensatz zwischen Katholiken und Juden.

Dazu kam, daß die russische Regierung die nach Kongreßpolen einwandernden litauischen Juden als Russifizierungskraft benutzte. Diese „Litwaken“ sprachen besser russisch als die polnischen Juden, sie waren meist wohlhabender, besser orientiert, schickten ihre Kinder auf russische Schulen, besuchten russische Veranstaltungen; gegen sie richtete sich die Wut des polnischen Kleinbürgers in noch höherem Maße als gegen die seit neun Jahrhunderten ansässigen polnischen Juden, die mit für die Freiheit Polens gekämpft hatten.

Die Ideologie des verbitterten polnischen Kleinbürgers wurde zum Programm der 1897 gegründeten Nationaldemokratischen Partei (ND). Die Russen waren politisch stärker als die Polen und engten die Bewegungsfreiheit der Polen auch wirtschaftlich immer mehr ein. Seit 1863 waren Stellen mit mehr als 800 Rubel Gehalt für Polen gesperrt. Es war also nicht weiter wunderbar, daß sich die Spitze des polnischen Bürgertums gegen die Linie des geringsten Widerstands richtete, gegen das Judentum. Die ND wiesen immer wieder darauf hin, daß die Unternehmungen in ungewöhnlich hohem Maße in jüdischer Hand seien. 1905 besaßen in Kongreßpolen die Juden 30 v. H. der Industrie, 80 v. H. der

Kommissionshäuser, und in den einzelnen Wirtschaftszweigen standen

in der Textilbranche	640 jüdischen	645 christliche
„ „ Buch- und Papierbranche .	103 „	77 „
„ „ Handelsbranche	199 „	52 „
„ „ Bekleidungsbranche . . .	2797 „	1613 „
„ „ Branche d. Haushaltswaren	857 „	696 „
„ „ chemischen Produktion und		
kosmetischen Branche .	220 „	519 „
und im Lebensmittelhandel . . .	917 „	1071 „

Betriebe gegenüber.

Den Höhepunkt erreichte diese aus der Wirtschaftskonkurrenz erwachsene Judenhetze 1912, als die Juden in Warschau mit der PPS für den sozialistischen Kandidaten anlässlich der Wahl der vierten Duma stimmten. Der Boykott gegen die Juden ließ sich nur deswegen nicht auf längere Dauer durchhalten, weil der polnische Proletarier bald merkte, daß ihn der polnische Krämer noch mehr betrog als der Jude.

Der russischen Regierung aber kam dieser Gegensatz sehr zu-
statten. Die Spannung der Gemüter infolge der wachsenden Krise des Zarenreiches wurde seit der Regierung Alexanders III. schon gewohnheitsmäßig durch Ablenkung der Wut auf die Juden gemildert. Unter seiner Regierung wurde der Pogrom in seiner klassischen, blutigen Form erfunden. 1881/82 gab es 700 Pogrome in 28 Gouvernements. Dann 1903 das im Gedächtnis der Juden unauslöschbare furchtbare Gemetzel in Kischinew. Dann 1905.

Der Gegensatz zu den Polen und Russen war begreiflicher-
weise auch noch im 20. Jahrhundert ein starkes Band für das Ost-
judentum. Schließlich aber mußte sich die Besonderheit der
Klassenschichtung, die der Kapitalismus mit sich brachte, auch
unter den Juden bemerkbar machen. Reiche und arme Juden gab
es schon zur Zeit der polnischen Teilung. In Oesterreich wurde
es dann Sitte, daß die reichen Juden Pächter der Judensteuer
wurden und mit deren Ertrag die armen Juden statt ihrer Söhne
zum Militärdienst schickten. In der Absonderung des Judentums
von seiner Umgebung beruhte die Macht des werdenden jüdischen
Bürgertums. Dabei war und ist die religiöse Bindung das stärkste
Versklavungsmittel.

Unter Durchbrechung dieser Bindung finden wir 1886/87 in
Wilna die ersten propagandistischen jüdischen Arbeiterzirkel.
1893 breitet sich die Bewegung nach Warschau aus. 1896 ist zum

zu Bild 36: Aus dem Tal der Bystrzyca Nadwórnianska (Waldkarpathen).
Bild 35 zeigt seine Wohnung. Ein schwachsinniges Kind auf dem Ofen.
Rechts die Wiege.



Bild 34. Ukrainischer Arbeiter
in Drohobycz



Bild 35. Huzulen-Wohnung



Bild 36. 27 jähriger huzulischer Bauer mit Familie (s. nebenst. Anm.)



Bild 57. Prag mit der Burg (Hradschin) und Karlsbrücke



Bild 58. Prag. Der Wenzelsplatz (s. nebenst. Anm.)

ersten Male die jüdische Arbeiterschaft durch einen eigenen Abgeordneten auf einem internationalen Kongreß, in London, vertreten. Zunächst ergab sich besonders im litauischen Gebiet die organisatorische Einheit mit der russischen Sozialdemokratie. Ab 1897 wurde der gesondert organisierte „Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Rußland und Polen“, kurz als „Bund“ bezeichnet, die stärkste Organisation der Russischen SD. Der Bund nimmt auf seinem vierten Parteitag 1901 in Bialystok das sogenannte Hainfelder Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie an, das sich für „nationale“, aber nicht für territoriale Autonomie der Minderheiten in völkischen Mischgebieten aussprach. Es gab scharfe Auseinandersetzungen mit der russischen Partei wegen dieser Absonderung, insbesondere als die jüdische Arbeiterschaft durch den Kampf des Bundes gegen die zionistische Poale Zion weiter zersplittert wurde.

Der Zionismus, die Idee der Befreiung der Juden durch Rückkehr aus dem Galuth (Zerstreuung) in die „Heimat“ Palästina, gewann seine propagandistische Grundlage durch das Buch „Der Judenstaat“, das sein Verfasser, Theodor Herzl (1860 bis 1904), 1896 veröffentlichte. Im nächsten Jahre organisierte Herzl, ein sephardischer*) Jude aus Budapest, in Basel einen Zionistenkongreß, der der erste Versuch einer Zusammenfassung der bewußt jüdischen Kräfte im Gegensatz zur internationalen Assimilation der Juden war. Bei dem Bestreben, die „Rückwanderung in das gelobte Land“ politisch zu ermöglichen, ergaben sich jedoch Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Das Land war bis 1917 türkisch. Seit dem Jahre 638 sitzen dort die Araber. Die Idee, die Juden ansässig zu machen, führte angesichts der Abneigung der Türkei, sie in ihrem Gebiet aufzunehmen, zu dem von England propagierten Projekt, sie im ostafrikanischen Uganda anzusiedeln. Damit hätte das britische Imperium eine gute Kolonisationsgruppe zur Urbarmachung seiner Kolonie gewonnen. Indessen lehnten die rechtgläubigen Zionisten diesen Verzicht auf die Ueberlieferung empört ab. Auch die Erörterung über Zypern als „Heimstätte“ führte zu keinem Erfolg. So ist es bei dem Gedanken der Palästinasiedlung geblieben.

Die Arbeiterkreise, die mit dem Zionismus sympathisierten,

*) Sphardische Juden nennt man die Nachkommen des ursprünglich in Spanien heimischen Zweiges der Judenheit im Gegensatz zu den Aschkenasim, den „deutschen“, d. h. den aus Deutschland stammenden Ostjuden.

zu Bild 38: Vorn links die Statue des „heiligen“ Wenzel, 911—929 König von Böhmen.

eben die Poale Zion, waren begreiflicherweise an den heimischen Fragen des osteuropäischen Proletariats nicht so brennend interessiert wie der Bund, der unter Ablehnung des Zionismus eine Lösung der sozialen Frage an Ort und Stelle erstrebt. So wurden die parteitaktischen und politischen Auseinandersetzungen im wesentlichen zwischen den Anhängern des Bundes und der russischen Partei gepflogen. Lenin sprach sich stets gegen nationalen Separatismus aus:

„Es ist aus der Geschichte des Marxismus in Rußland bekannt, daß die Partei, als der Bund im Jahre 1906 wieder in sie zurückkehrte, die Bedingung stellte, daß der Separatismus aufzugeben ist, das heißt, daß die marxistischen Arbeiter jeglicher Nationalität in den örtlichen Organisationen zusammenzuschließen sind. Trotz der speziellen Bekräftigung dieser Bedingung durch einen besonderen Parteibeschluß vom Dezember 1908 wurde sie von den Bundisten nicht erfüllt.“ (Prawda 21. (8.) Mai 1913).

So war die Lage, als der Krieg ausbrach: Elend der zum großen Teil dem Einfluß orthodoxer Geistlichkeit oder mystischen Sektierertums unterworfenen jüdischen Massen, von denen sich nur eine dünne Oberschicht, auch sie im Kampf mit Polen und Russen, abhob. Die Orthodoxie der Kaste war begründet auf der besonderen ökonomischen Schichtung der Juden in den Poren der sie umgebenden Gesellschaft. Im Kampf mit diesen rituell gebundenen und dadurch auf mittelalterlichem Standpunkt verbliebenen Massen die jüdischen Westler: Assimilanten einerseits, marxistisch aufgeklärtes Proletariat andererseits. Oder wie Döblin diese auch nach dem Kriege nicht erheblich veränderte Lage kennzeichnete:

„Also nicht nur Baalschem gegen Staat, Mittelalter gegen Neuzeit, sondern noch Orient gegen Okzident... Der erste Riß durch das Judentum: Baalschem gegen weltliche Politik. Der zweite Riß durch die Emanzipierten: Bürgerstaatler gegen Sozialisten. Die Sozialisten, universelle Menschheitler, halten besser die alte Gaon-Linie, die große überstaatliche Idee“ (Reise in Polen, 154).

Es kam der Krieg. Der Rayon wurde praktisch aufgehoben, als die Polen die Juden des Sympathisierens mit den Deutschen bezichtigten und die zaristische Regierung sie daraufhin, soweit erreichbar, in die Innengebiete des Reiches abtransportierte. Auf diese Weise war Platz für den polnischen Krämer geschaffen.

Die Provisorische Regierung der Februarrevolution erklärte die Juden am 4. April 1917 für gleichberechtigte Bürger, womit für das Gebiet der späteren Sowjetmacht der erste Schritt zu einer wirklichen Lösung der Judenfrage im Osten getan war. Im polnisch-ukrainisch-rumänischen Gebiet dagegen ging das Judentum weiter den gewohnten Leidensweg. Die Führer der Gegen-

revolution, Petljura, der dann später am 25. Mai 1926 in der Emigration in Paris von Schalom Schwarzbart erschossen wurde, und Denikin, haben sich besonders hervorgetan, Progrome zu veranstalten. Vom Dezember 1918 bis April 1921 zählte man im ukrainischen Gebiet 887 große und 349 kleine Pogrome. 1918 und 1919 gab es in der Ukraine und in Galizien über 150 000 Tote, über 300 000 Verwundete und über eine Million Mißhandelter und Geplündelter. Coralnik hat das Resultat einer Befragung von 7876 Juden über die Jahre 1918 bis 1921 mitgeteilt. Es erinnerten sich von den Befragten, Zeuge gewesen zu sein:

bei keinem Pogrom		51, das sind	0,6 v. H. der Befragten,
„ 1	„	1589, „ „	20,2 „ „ „ „
„ 2	Pogromen	1444, „ „	18,3 „ „ „ „
„ 3	„	1703, „ „	21,6 „ „ „ „
„ 4	„	1118, „ „	14,2 „ „ „ „
„ 5	„	788, „ „	10,0 „ „ „ „
„ 6	„	412, „ „	5,2 „ „ „ „
„ 7	„	149, „ „	1,9 „ „ „ „
„ 8	„	131, „ „	1,7 „ „ „ „
„ 9	„	49, „ „	0,6 „ „ „ „
„ 10	„	171, „ „	2,2 „ „ „ „
„ 11—20	„	111, „ „	1,4 „ „ „ „
„ mehr als 20 „	„	2, „ „	0,1 „ „ „ „
keine genaue Erinnerung		158, „ „	2,0 „ „ „ „

Einer besonderen Erwähnung bedarf in dieser Erörterung, die sich mit den Beziehungen zwischen Juden und Polen befaßt, der Lemberger Pogrom, den die nach dem Krieg in die Ukraine einrückenden polnischen Truppen veranstalteten. Am 1. November 1918, 3 Uhr nachts, hatten die Ukrainer sich in den Besitz der Stadt Lemberg gesetzt. Der ukrainische Nationalrat erkannte die Juden als gleichberechtigte nationale Minderheit an. Nach einem drei Wochen währenden Kleinkrieg in den Straßen der Stadt eroberten die Polen am 21. November Lemberg zurück. In dem Kampf zwischen Polen und Ukrainern bewahrten die Juden Neutralität. Bereits am 1. November 1918 war diese Neutralität proklamiert und vom jüdischen Sicherheitsausschuß verkündet worden. Eine jüdische Miliz und die Unterschrift von 26 Führern aller jüdischen Parteien übernahm die Gewähr für den Inhalt der Kundgebung. Die Neutralität wurde von beiden kämpfenden Parteien, dem polnischen wie dem ukrainischen Kommando, ebenso wie die Tatsache der Bildung einer jüdischen Miliz mit 200 Gewehren wohlwollend zur Kenntnis genommen. Indessen gestatteten die Polen bereits in den ersten Novemberwochen „Banditenüberfälle“ auf das Judenviertel, und es ist ja aus der modernen

Kriegsgeschichte hinreichend bekannt, daß „Banditen“ stets festgestellt werden, wenn reguläre Truppen Ungesetzliches unternehmen. Am 10. November wurde trotzdem zwischen Juden und Polen der Neutralitätsvertrag in aller Form unterzeichnet.

Am 22. November rückten mit Johlen und Pfeifen die polnischen Soldaten in das Lemberger Judenviertel ein. Um 7 Uhr morgens begann die Judenhetze. Um 8 Uhr wurde die jüdische Miliz entwaffnet und die Zugänge zum Judenviertel mit Maschinengewehren und Panzerwagen abgeriegelt. Dann überfielen Patrouillen die einzelnen Häuser:

„Der Schrei: „Jude, Deine Börse her!“ gellte in aller Ohren. Die Opfer wurden mörderisch geschlagen und gequält, wobei ihnen ein ganzes Sündenregister vorgehalten wurde. „Ihr Juden habt auf uns geschossen, heißes Wasser und Lauge auf unsere Kämpfer geschüttet, vergiftete Zigaretten verkauft, den Ukrainern Millionen gegeben, Ihr seid Polenfeinde, Polen kann keine Juden mehr vertragen. Ihr müßt heute alle sterben“. Es begann ein Morden und Schlachten, ein Würgen und Abstechen von Männern, Frauen und Kindern, grauerregende Szenen, die in Worten nicht wiedergegeben werden können. Greise wurden mit Kolben zu Tode geschlagen, Frauen mit Füßen getreten, junge, zarte Mädchen vergewaltigt, und nicht einmal Kinder wurden verschont... Es half kein Schreien, kein Weinen, kein Stöhnen und kein Aechzen... Es wurde alles geplündert, was nur halbwegs einen Wert hatte, und was nicht weggetragen werden konnte, wurde vandalisch vernichtet oder unter die christliche Bevölkerung verteilt. Die Soldaten nahmen den armen Opfern alles Geld und allen Schmuck ab, bepакten sich mit Kleidungsstücken und Wohnungseinrichtungen und warfen alles Bettzeug auf die Straße hinaus. In wenigen Stunden waren fast sämtliche jüdischen Wohnungen im jüdischen Bezirk ausgeleert... Speziell die jüdischen Geschäfte wurden arg zugerichtet. Ganze Abteilungen machten sich an die jüdischen Geschäfte heran. Handgranaten sprengten die schweren Läden der Geschäftslokale, Bajonett und Gewehrkolben taten das weitere, und im Nu waren sie geöffnet. Vor die großen Geschäftslokale fuhren Automobile mit Offiziersbesatzung, und unter Kommando eines höheren Offiziers wurde alles geraubte Gut samt Einrichtungen aufgeladen und unter Eskorte weitergeführt... Am 22. November abends brannte das jüdische Viertel lichterloh zur höheren Ehre Polens. Die polnischen Soldaten steckten die jüdischen Häuser in Brand, bedächtig, systematisch, nach einem wohlwogenen Plan... Die Brandstiftung war oft von Offizieren geleitet, welche mit eigenem Beispiel vorangingen... Ein Teil der Mannschaften blieb unten und hielt scharf Umschau, daß niemand aus den brennenden Häusern davonkäme. Wer sich hinauswagte, wurde mit Maschinen- und Handgewehrsalven empfangen.“

Bild 19
Seite 81

Feuerwehrkräfte, die helfen wollten, wurden unter Bedrohung mit Schußwaffen davon abgehalten. In 98 Fällen sah man Frauen an den Plünderungen teilnehmen. Darunter 14 Rote-Kreuz-schwester. In 15 Fällen waren Studenten an den Plünderungen beteiligt, in fünf Fällen Universitätshörer, in zwei dem Namen

nach bekannte Gymnasialprofessoren, weiterhin Beamte, ein Polizeikommissar, Magistratsfunktionäre, einige Mitglieder der städtischen Miliz usw. (Bendow 34, 36, 38, 39).

443 Verwundete, 72 Todesopfer und ein Sachschaden von 102 897 339 österreichischen Kronen sind festgestellt worden. Viele „Vermißte“ konnten nicht mehr ermittelt werden. Für alle die Untaten trägt offensichtlich die Leitung des polnischen Militärs die volle Verantwortung.

Wie sieht nun dieser Pogrom in der polnischen Geschichtsschreibung aus? So:

„Die Juden hatten auf ein falsches Pferd gesetzt. Sie haben verloren. Der germanisch-jüdische Plan einer Reorganisation Osteuropas ist durch den Sieg der Alliierten erledigt worden. Niedergeschlagen und unruhig über die Aussichten ihrer nationalen Ansprüche begingen die polnischen Juden Fehler. Sie verletzten das polnische Nationalgefühl, indem sie die polnischen Truppen angriffen, die in das befreite Lemberg am 22. November 1918 einrückten. Die Soldaten wehrten sich. Es gab etwa 60 Opfer.“

So schreibt Smogorzewski in seinem Buch *La Pologne restaurée* S. 218.

Es hatte schon seine Gründe, daß gerade von jüdischer Seite aus Amerika bei der Friedenskonferenz so sehr auf festgelegte Minderheitsgarantien gedrungen worden war. Trotz dieser formellen Zusicherungen wird das jüdische Wirtschaftsleben im wiedererstandenen Polen restlos abzdrosseln versucht. Eine Unzahl von „Luftmenschen“, ein Ausdruck des Herzschrülers Max Nordau, fristet in den Judenvierteln der Städte ein unvorstellbar ärmliches Leben. Und von Tag zu Tag verschlechtert sich die Lage unter dem Druck der Wirtschaftskrise und des der Krisentiefe entsprechenden, von der Regierung allerdings stets abgestrittenen Antisemitismus.

„Je weiter ein Beruf von der Natur entfernt ist, um so mehr wird gerade in diesem Beruf die jüdische Arbeit konzentriert... Nun ist klar, daß die Juden kein konstantes Kapital produzieren, denn sie produzieren keine Gebäude, keine Maschinen, keine Verkehrsmittel, keine Rohmaterialien, keine Hilfsmaterialien usw. Die ganze jüdische Arbeit dient der Produktion des variablen Kapitals. Und auch da müssen die Juden die Konkurrenz der nicht jüdischen Arbeiter ertragen“ (Boruchow).

Da nun, wie Marx bewiesen hat, das konstante Kapital rascher wächst als das variable, wird die jüdische Arbeit schon allein durch diese wirtschaftliche Entwicklung immer mehr verdrängt, die „Poren“ werden immer enger, das Luftmenschentum wird immer umfangreicher.

Statistisch sieht das für die Vorkriegszeit so aus:

Bilder
26—28
Seite 113

Produktionszweig	Berufstätig waren:			
	im russ. Ansiedl.-Rayon		in Galizien	
	Juden	v.H. z. Ges.-Bevölk.	Juden	v.H. z. Ges.-Bevölk.
1. Landw. Urproduktion: (Ackerbau, Viehz., Gartenbau)	35 822	0,6	47 996	1,5
2. Industrie (Urproduktion):				
a) Bergbau, Erzgewinn . . .	1 006	1,8	1 053	8,3
b) Stein- und Erdgewinn . . .	5 185	12,5	696	10,6
c) Forstwirtschaft	3 200	12,4	928	10,6
Zusammen	9 393	7,7	2 677	9,5
3. Sekundäre Mittelstadien:				
a) Metallindustrie	40 082	21,2	4 410	15,9
b) Textilindustrie	35 200	19,0	1 421	14,7
c) Baugewerbe	37 136	18,9	3 110	13,0
Zusammen	110 418	19,7	8 941	14,5
4. Tertiäre Mittelstadien:				
a) Holzbearbeitung	41 359	27,2	4 229	18,1
b) Chemische Industrie	6 514	34,1	1 430	37,9
c) Leder- und Papierindustrie	20 446	43,9	1 938	39,2
Zusammen	68 319	31,3	7 597	23,7
5. Letzte Produktionsstadien:				
a) Lebensmittelindustrie . . .	44 797	34,8	11 036	48,9
b) Getränke und Tabak . . .	23 548	38,3	22 981	70,8
c) Bekleidung und hygienische Industrie	244 534	48,1	20 298	35,2
d) Druckerei usw.	18 996	53,9	450	21,4
e) Uhren- und Präzisions-industrie	5 240	66,5	—	—
Zusammen	337 115	45,5	54 765	47,7

Die Statistik der RP vom 30. November 1921 gibt kein erheblich verändertes Bild. Die Juden verteilen sich nach wie vor im wesentlichen auf die Städte. Es leben von der jüdischen Bevölkerung in

	Kongreß-Polen	Galizien
	v. H.	v. H.
großen Städten	78,6	70,7
kleinen Städten	14,3	9
Dörfern	7,1	20,3

Berechnet auf die Gesamtbevölkerung macht der jüdische Anteil aus in

	Kongr.-Pol. v. H.	Galizien v. H.	östl. Randgeb. v. H.	RP v. H.
überhaupt	14,3	9,9	10,2	10,5
nur in Städten	37,2	34,2	50,2	31,2
davon sind beschäftigt in:				

	Juden v. H.	Nichtjuden v. H.
Landwirtschaft	9,8	80,7
Industrie	32,2	7,7
Handel, Kredit, Vers.	35,1	1,5
Verkehr	2,7	1,7
öffentliche Dienste, freie Berufe	4,4	2,3
häusliche Dienste	5,0	1,8
Rest unerfaßt	10,8	4,1

Diese Zahlen geben zwar dem Volkswirt ein deutliches Bild. Sie geben aber keine Vorstellung davon, welches Elend in diesem Ostjudentum herrscht, das kastenmäßig in den Zweigen der Produktion des variablen Kapitals zusammengedrängt und auch in diesen vielfach arbeitslos ist oder dem Luftmenschentum angehört. Lassen wir einen der besten Schilderer der Dinge sprechen, Albert Londres:

„... Die Straßen sind noch gar nichts, das wahre Lemberger Ghetto ist im Innern der Häuser. Wir haben drei Tage damit verbracht, sie zu besuchen. Wenn wir Rechenschaft über diese Arbeit ablegen wollten, müßten wir eine Straße nach der andern anführen und mit der Hausnummer 1 beginnend, eine Liste dieser Art aufstellen:

Synagogengasse Nr. 1: neun Familien mit je fünf bis acht Kindern, die vor Hunger und Kälte schreien und auf dem mistigsten Mist faulen.

Nr. 2: zehn Familien dasselbe.

Nr. 3, Nr. 4 zu beiden Seiten der Straße bis ans Ende: dasselbe... Vorgestern von 2 bis 6, gestern von 9 Uhr bis mittag, heute von 1 bis 7: dasselbe.

Am ersten Tag mußte ich einmal aus einem dieser Löcher schnell herausstürzen, weil ich sonst infolge des Gestanks erbrochen hätte. Dasselbe geschah einmal am zweiten Tag und zweimal am dritten Tag. Die beiden Juden, die mich begleiteten, weinten; sie setzten sich am Abend zwar an meinen Tisch, konnten aber nichts essen.

In der Stonecznastraße (Sonnenstraße) steigen wir in einen Keller hinunter. Meine Begleiter zünden ihre Kerzen an, und wir kriechen vorwärts. Keine Menschenstimme ist zu hören, und doch wohnen hier unter der Erde 32 Menschen. Wir stoßen eine Tür auf. Wo sind wir? Wir waten durch Schlamm. Eine Luke, von Schnee verstopft, läßt ein bleichsüchtiges Licht durch. Feuchtigkeit schlägt uns entgegen und legt sich wie ein Schleier um unsere Gesichter. Wir leuchten die Höhle mit unseren Kerzen ab. Wir erblicken zwei kleine Kinder von drei und vier Jahren, die nur mit einem Hemd bekleidet sind, und mit Lumpen an Händen und Füßen, ihre Haare sind offenbar, seitdem sie das Unglück hatten, auf diesen Köpfen zu wachsen, niemals gekämmt worden; vor Kälte zitternd,

stehen sie neben einer elenden Lagerstatt. Uns scheint, daß sich etwas darauf bewegt. Wir halten die Kerzen tiefer. Eine Frau liegt da. Worauf? Auf nassen Hobelspänen? Auf Streu? Ich strecke die Hand aus: es fühlt sich kalt und klebrig an. Das, womit sie zugedeckt ist, hat wohl einmal Federbett geheißt; jetzt ist es ein Brei aus Federn und Stoff; wie wenn es eine Mauer wäre, so sickert Feuchtigkeit heraus. Zwei ganz kleine Kinder, vier und vierzehn Monate alt, liegen noch unter dem Federbrei. Das größere lächelt dem Licht zu, das wir in seine Nähe bringen.

Die Frau hat kein Wort gesprochen... Ein Jude, mit einem langen Bart, in einem Shawl, grüßt uns im Halbdunkel. Er hatte ein Haus. Beim Pogrom im Jahre 1918 hat man es ihm verbrannt. Und er hinkt, weil man ihn aus dem Fenster des ersten Stocks heruntergeworfen hat. Seit-her ist er nicht mehr in die Höhe gekommen. Er lebt in diesem Keller...

Bild 30
Seite 128

Londres war 1929 da. Ich fand es 1931 unverändert. Und wie in Lemberg, so in den Judenvierteln von Krakau, Lublin, Tarnopol, Luck, Warschau, Wilna und allen anderen.

Was tun die Juden? Vom Staatsdienst sind sie so gut wie ausgeschlossen. Für die freien Berufe, zu deren Ausübung ein Diplom notwendig ist, herrscht Sperre, numerus clausus, wie für den Besuch der Hochschulen überhaupt. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise, verschärft durch den nationalen Gegensatz.

Die jüdischen Parteien versuchen verschiedene Wege zu gehen.

I. Das jüdische Bürgertum verträgt sich mit den Polen. Das sind die „Polen mosaischer Konfession“. Assimilanten, die sich mit dem Regime zu stellen suchen, so gut es geht.

II. Dann die Orthodoxie. Sie ist der Gnade Piłsudzkis, denn diese „Frommen“ sind „unpolitisch“. Ihnen liegt daran, daß der Cheder erhalten bleibt und damit genug. Cheder, im Vulgärjiddisch Cheider, Mehrzahl Chadarim, heißt eigentlich Zimmer. Im üblichen Sprachgebrauch bedeutet es eine Talmud-Winkelschule. So etwas muß man gesehen haben: in einem engen, brüchigen, stickigen Raum zusammengepfercht, eine Menge Knaben — um die Mädchen kümmert man sich nicht. Die gehen auf polnische Schulen. Die Knaben sitzen oder stehen vor aufgeschlagenen dicken Bänden der „Schrift“, sie schreien, toben, singen, nicht im Chor, jeder für sich, aber im gleichen Rhythmus den Laut der Gebete. Im Kaftan schleicht der Schulmeister, besser Betmeister, der Melamed herum und berichtigt. Die Knaben lernen den Inhalt jenes spitzfindigen und ein „getreues Abbild der sozialen Struktur der jüdischen Kastengesellschaft“ (Heller 121) gebenden babylonischen Talmud, neben dem es noch die Midraschim, die Auslegungen, gibt. Sie lernen „das“ Gesetz und bleiben in der Kaste. Der Chederjud trägt die Uniform der Kaste, Kaftan und Peies, die Schläfenlocken. Und ist ein Glied des auserwählten

Volkes. Weiter keine Bedürfnisse und Forderungen, keine kostspieligen Schulen, keine Forderungen an die Hygiene oder Sozialpolitik; nur Sicherung der religiösen Erziehung und Sabbathheiligung, das ist das Programm dieser Orthodoxen, das keinen Kredit erfordert und daher dem Regime der RP durchaus zusagt. Reaktionsär und anspruchlos.

III. Ähnlich sind die **Agudisten** (Agudah von agudath, der Verband). Fromme, aber politisierte Reaktionäre, die stark von Deutschland her gestützt werden. Auch sie sind in der Gnade Piłsudzkis; auch sie wollen nichts von der neuen Zeit. Die Richtung ist dadurch gekennzeichnet, daß ihre Anhänger zum Beispiel in Munkacz, dem heutigen Mukačevo in der Tschechoslowakei gegen die Benennung einer Straße nach Jehuda Halevy protestierten. Halevy war ein berühmter, aber — freisinniger Dichter, der 1085 bis 1140 in Spanien lebte. Eine Straße, nach ihm benannt, „verletzt das religiöse Gefühl“!

Diesen Gruppen stehen die Oppositionellen gegenüber. Als große Gruppe

IV. Die **Zionisten**. Sie gliedern sich in

- a) Fromme, Misrachi (die nach Osten, misrach, sich Wendenden). Sie sprechen hebräisch und jiddisch, kommen aus allen Kreisen und haben eigene Arbeitergruppen,
- b) Allgemeine Zionisten, wenig Arbeiter, ebenfalls hebräisch und jiddisch benutzend; zu ihnen gehören die „Zionisten-Revisionisten“.
- c) Poale Zion (rechte), Arbeiterpartei, verbunden mit Hitachduth (Einigkeit) und Chaluzim (sozialistischen Jugendlichen vornehmlich des Mittelstandes), Angehörige der II. Internationale, für jiddisch im Galuth und hebräisch in Palästina.

V. Dann der ausschließlich im früheren Kongreßpolen eine Rolle spielende **Bund. National**, aber nicht für Palästina, für die jiddische Volkssprache, umfaßt Arbeiter und Handwerker. Seit 1931 ebenfalls in der II. Internationale.

VI. Die **Poale Zion, Linke**, die aus dem Zionistenkongreß ausgetreten sind. Sie erstreben ein proletarisches Palästina. Für Jiddisch.

VII. Eine programmatisch nicht starr festgelegte, unreligiöse Gruppe, die **Volkisten**, Jiddischisten, aus teils proletarischen, teils der Jugendbewegung nahestehenden Kreisen.

VIII. Die **jüdischen Kommunisten**, die nicht gesondert organisiert sind, sondern der Kommunistischen Internationale angehören, die ja nicht nach „nationalen“, sondern nach Landes-sektionen gegliedert ist.

So das reichlich verwickelte Bild des jüdischen Parteiwesens in Polen, wohlbemerkt in großen Zügen. Im einzelnen ist es noch verwickelter. Was bleibt nun dem Juden in Osteuropa für seine Entscheidung? Es gibt drei Möglichkeiten:

Die erste ist der Weg des auf Gott vertrauenden Luftmenschen. Verbreitet, aber aussichtslos, und zwar von Tag zu Tag mehr.

„In der letzten Zeit kommen täglich Nachrichten aus Polen, daß sich dort eine bisher beispiellos dastehende Selbstmordepidemie unter der jüdischen Bevölkerung ausgebreitet hat... Offenbar sind die Verhältnisse bis zu einem Grade unerträglich aussichtslos geworden, daß alle Findigkeit versagt und alle Lebensfähigkeit zerstört wird..., daß der frühere Zustand, in welchem sie nicht genug zum Leben und zu viel zum Sterben hatten, sich gewandelt hat in eine Situation, in der sie vom Sterben durch nichts abgehalten werden“ (Jüdische Rundschau 66 vom 25. August 1931).

Die zweite Möglichkeit ist die des Zionismus.

Die dritte ist die Hoffnung auf die Sowjets.

Wie steht es um den Zionismus?

Als 1917 die britische Regierung die berühmte Balfour-Deklaration erließ, die den Juden die Schaffung der palästinensischen „Heimstätte“ zusagte, leuchtete Hoffnung für alle jüdisch-bewußten Menschen auf. Der in Europa entsprechend der kritischen Verfassung der kapitalistischen Wirtschaft erstarkte Antisemitismus ist für weite bisher assimilatorisch empfindende Kreise des Judentums ein starker Antrieb zu zionistischer Begeisterung geworden. Indes, wie sieht es mit der Verwirklichung der „Heimstätte“ aus, wenn man unvoreingenommen die Dinge beschauf?

1928 gab es in Palästina 7603 zionistische Kolonisten, bei etwa 30 000 jüdischen Kolonisten überhaupt. Seitdem ist ihre Zahl nur unerheblich gewachsen. Im ganzen werden jetzt in Palästina etwa 180 000 Juden leben. Es soll nicht bestritten werden, daß die Zahl vermehrbar ist, wenn auch die größte Schwierigkeit der jüdischen Kolonisation des Landes darin liegt, daß 29,4 v. H. der dort wohnenden Araber landlos sind. Es soll weiter nicht bestritten, es muß vielmehr betont werden, daß die Kolonisten mit ungeheurem Opfermut ans Werk gegangen sind und gehen, und daß diese Begeisterung Rückwirkungen hat im Galuth in Osteuropa, wo die zionistische Jugend sich körperlich und geistig in vorteilhaftester Weise von dem Elendstandard des üblichen Ostjuden abhebt und frei ist von dem Jahrtausende alten Minderwertigkeitsgefühl der Kaste dem wirklichen Leben gegenüber.

Aber ist das ein Grund zu romantischen Betrachtungen selbst sozialdemokratischer Schriftsteller, daß dem Palästinawerk entgegengebrachte Sympathien „nicht einer unproduktiven oder aussichtslosen Bewegung zugewandt“ seien (Kaliski 1930)? 1929 brach

der Araberaufstand gegen die Juden aus. Die britische Mandatsregierung hat keinerlei Garantien gegen die Wiederholung derartiger Zwischenfälle gegeben. Hat sie nicht vielleicht sogar ein Interesse daran, den Zwiespalt zwischen ansässigen Mohammedanern und als Eindringlingen empfundenen Juden, die das tote Hebräisch wieder zum Leben erweckten, aber damit das Jiddische, die lebende Volkssprache, bekämpfen, zu erhalten? Kann es nicht mit um so mehr Recht, je unruhiger das Land ist, vor dem „Gewissen der Welt“ begründen, daß seine militärisch „schützende Hand“ in diesem Lande auf die Dauer nötig ist, dem Land, das die Brücke bildet zwischen den britischen Mittelmeerpositionen und dem Landweg nach Indien über Mossul mit seinen Oelquellen? Auf dem Zionistenkongreß in Basel, der vom 30. Juni bis 15. Juli 1931 stattfand, hat der jüdische Führer Ussischkin folgende dramatische Bitte um Schutz ausgesprochen:

„Großes, mächtiges England, verstehe die Lage eines 17-Millionen-Volkes, mit gewaltigen intellektuellen Kräften und ungeheurem Idealismus, das 2000 Jahre lang wandert und sein altes Heim sucht. Lege uns nicht Steine in den Weg. Zwingt uns nicht den Streit mit dir auf. Vergiß nicht die Erzählung vom großen Kampf des mächtigen Philisters Goliath mit dem kleinen Juden David... Erez Israel werden wir bauen, ob die Engländer oder Araber wollen oder nicht...!“

Solche Ueberzeugungstreue ist achtbar. Aber sie überzeugt nicht. Zwischen der Zeit des kleinen David und dem 20. Jahrhundert besteht nämlich der Unterschied, daß man heute nicht mit Steinschleudern, sondern mit Bombenflugzeugen kämpft. Und was hören wir heute, dreivierteil Jahre nach dieser Beschwörung? Das Exekutivkomitee der revisionistischen Zionisten in London kündigt dem britischen Imperium das Vertrauen in schärfster Form; es heißt in dieser Erklärung, die unter dem 14. März 1932 aus Genf verbreitet wird:

„...die Juden in Palästina würden immer mehr am Landerwerb gehindert, die jüdische Einwanderung sei eingestellt worden, die Unsicherheit im Lande wachse, und trotzdem bereite man der Organisation der jüdischen Selbstverteidigung größte Schwierigkeiten. Jerusalem werde systematisch in ein Zentrum des extremen antieuropäischen Pan-Islamismus verwandelt, der die Existenz des palästinensischen Judentums bedrohe... Das palästinensische Judentum werde auf neue Wege der systematischen Opposition gegen die antizionistische Politik der Mandatsverwaltung getrieben.“

Während also das Palästina-Experiment, das vor allem, trotz aller gegenteiliger Hoffnungen und Beteuerungen aus Kreisen der Chaluzim keine sozialistische Angelegenheit ist, höchst zweifelhaft wird, ist es zu verstehen, daß die zionistische Propaganda nervös wird, wenn in eindeutig marxistischer Form das Judenproblem

der Gegenwart aufgerollt wird. Es handelt sich um das Buch von Otto Heller „Der Untergang des Judentums“, das die Jüdische Rundschau mit der Bezeichnung „kommunistische Parteigeschäftigkeit“ und „getarnter Prospekt“ abtun zu können glaubt (Nr. 99/100, 23. 12. 31, S. 581). Hier wird fußend auf den Erkenntnissen marxistischer Geschichtswissenschaft gezeigt, daß das Judentum als solches, als sozialer Begriff, sich eben wirklich nur so lange halten kann, wie es als „Kaste“ besteht oder durch Abfluß aus dieser östlichen Kaste im Westen Auffüllung erhält. Der Abfluß hat seit dem Krieg so gut wie aufgehört. Der Rayon besteht nicht mehr. Und in der RP, in Rumänien und im Ostzipfel der ČSR wird den Juden beim Scheitern der Palästinahoffnung wirklich nur der dritte Weg bleiben: Der Anschluß an die Sowjets.

Bild 20
Seite 81

Die jüngste Zeit hat in Polen erneut organisierte und der Staatsmacht der RP durchaus genehme Pogrome gebracht. Die Schließung der Krakauer Universität Ende Oktober 1931 infolge der mittelalterlich anmutenden Kämpfe um die Frage der Leichen zu Sezierzwecken (die polnischen Studenten wollten nicht dulden, daß die jüdischen etwa „christliche“ Leichen sezieren!!) war nur ein Fall im Rahmen der Pogromhandlungen. In Wahrheit fanden die Pogrome nicht nur in Universitätsstädten, sondern in zwanzig Städten (es gibt sechs Universitäten: Warschau, Krakau, Posen, Wilna, Lublin, Lemberg) und sogar in Dörfern statt. Es handelt sich angesichts der würgenden Krise um ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. In angemessener Abwandlung des alten zaristischen Schlachtrufes: Schlagt die Juden, rettet Rußland! heißt es jetzt: Schlagt die Juden, rettet Polen! Natürlich ist die Regierung offiziell von den Pogromen abgerückt. Aber in Wilna wurden zwei Polizeikommissare entlassen, die „zu energisch“ gegen die auf Juden einschlagenden Studenten vorgegangen waren. Und als in Lemberg der Vorsitzende des jüdischen Pressesyndikats bei einer Besprechung mit dem Wojewoden äußerte, es gäbe keine Pogrome, wenn die Regierung sie nicht wünsche, wurde ihm wenige Minuten nach der Konferenz auf der Straße „durch unbekannte Täter“ ein Auge ausgeschlagen.

Eine Million Juden in Polen ist brotlos. 10 000 polnische Juden studieren in der Emigration, in Padua, Marseille, Wien, Prag — Deutschland ist zu teuer (ein Wink für die deutsche Kulturpropaganda!). Sie werden in geraumer Zeit zurückkehren. Ihre Diplome werden in Polen nicht anerkannt werden. Sie werden sich, mit Sprachkenntnissen und Intelligenz bewaffnet, der Million Arbeitsloser eingereiht sehen. Kann es bessere Agitatoren für die Zertrümmerung der kapitalistischen Kräfte des

Ostens geben als diese brotlosen, aber geschulten Köpfe? Jedoch wird ein solcher Kampf nicht geführt werden mit dem Ziel einer jüdischen Autonomie in jenem kleinbürgerlichen Sinne, in dem dieses Ziel einst die alte österreichische Sozialdemokratie aufgestellt hat. Weder zionistische noch bundistische Losungen können einen Ausweg bieten, nur die grundsätzliche Systemänderung und eine Lösung der Judenfrage, wie sie unter den Sowjets jenseits der Grenze der kapitalistischen Welt bereits angebahnt ist. Schon 1903 schrieb Lenin — und wer könnte es heute klarer sagen? —:

„Wer direkt oder indirekt die Losung der jüdisch-nationalen Kultur aufstellt, der (mögen seine Absichten noch so gut gemeint sein), ist ein Feind des Proletariats, ein Anhänger des Reaktionären und Kastenmäßigen im Judentum, und ein Helfershelfer der Rabbiner und der Bourgeoisie.“

Literatur:

- American Jewish Year Book für das Jahr 5665, 5680, 5681, 5686.
Bartoszewicz, Antisemitizm w literaturze polskiej, Warszawa 1924.
Baruch-Hagani, Le sionisme politique et son fondateur: Théodor Herzl (1860—1904), Paris 1917.
Beer, Die russischen und polnischen Juden in London, Neue Zeit XII, 730, 1893/94.
Bendow, Der Lemberger Judenprogrom 1918, Brünn-Wien 1919.
Boruchow, Die wirtschaftliche Lage des jüdischen Volkes, Berlin 1920.
Boruchow, Jüdische Arbeiterbewegung in Ziffern, Berlin 1923 (jidd.).
Boruchow, Klasse und Nation, Berlin 1932.
Brutkus, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden vor und nach der Revolution, Arch. f. Sozialwiss. u. Soz. Pol. Bd. 61, 267 u. 280.
Der allg. jüd. Arb.-Bund zur Zeit der russ. Revolution, Arch. f. Sozialwiss. Bd. 36 u. 37.
Calmanson, Essai sur l'état actuel des Juifs en Pologne et leur perfectibilité, Warszawa 1796. Vorschläge f. d. preuß. Gouverneur von „Südpreußen“ nach der III. Teilung Polens.
Coralnik, Pogrom-Material, Blätter f. Demogr. u. Stat. der Juden 1923, 1, 24 f. (jidd.).
Dmowski, Separatyzm żydow i jego źródła. Warszawa 1909.
Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, VI, VII, X. Berlin 1925—1929.
Ehrenburg, Visum der Zeit, Leipzig 1929.
Feinberg, La question des minorités à la conférence de la paix de 1919/1920 et l'action juive en faveur de la protection internationale des minorités. Paris, Cons. pour les droits des minorités juives.
Feist, Stammeskunde der Juden, Leipzig 1925.
Graetz, Geschichte der Juden, I—XI, Berlin 1923.
Heller, Der Untergang des Judentums, Wien-Berlin 1931.
Herrnstadt, In der Warschauer Judenstadt, Berl. Tagebl. 8. 11. 31, 528.
Jüdisches Lexikon I—V, Berlin.
Kaliski, Die Zukunft der jüdischen Palästina-Arbeit. Soz. Monatshefte, Oktober 1930, 990 ff.
Kaplun-Kogan, Wanderbewegungen der Juden, Bonn 1913.
Kon, Felix, Die Juden in Polen. Neue Zeit 34 1916, I 169 ff.

- Kossowky, Die Ausrottung der russischen Juden, herausgegeben v. Bund, Genève 1915.
- Kreppel, Juden und Judentum von heute. Zürich-Wien 1925.
- Landsberger, Blumenthal, Poritzki, Volk des Ghetto, Berlin-Wien 1921 (Üebersetzungen aus dem Russischen und Polnischen).
- Lenin, Ueber die Judenfrage, Wien-Berlin 1932.
- Leontiew, Jüdische Arbeiterbewegung. Petrograd 1920 (jidd.).
- Lestschinsky, Wirtschaftlicher Verfall des osteurop. Judentums. Blätter f. Demogr. u. Stat. d. Jud. III/5, Berlin 1925, 81 ff. (jidd.).
- Loehr, Chassidismus, Leipzig 1924.
- Londres, Der ewige Jude am Ziel, Wien 1930.
- Marx, Judenfrage. Nachlaß Bd. I, S. 399 ff.
- Meir Jaari, Die jüdische Bourgeoisie, Blätt. d. Haschomer Hazair, April 1931.
- Meisel, Juden im Zartum Polen. Bonn 1916.
- Meisl, Geschichte der Juden in Polen und Rußland. Berlin 1922/23. I-III.
- Milwicz, Wojna polsko-żydowska. Poznań 1921.
- Minzin, Die Beteiligung der Juden an den Wahlen zu den polnischen Sejms 1919 und 1922, Blätt. f. Demogr. d. Jud. 1923/2, 86 ff. (jidd.).
- Najda, Die Judenprogrome in Polen. Inprekor 1931, No. 112, S. 2546.
- Oberländer, O sprawie żydowskiej, Kraków 1925.
- Palaeztina, der Zionismus am Scheidewege. Wirtschaftsdienst XVI. 1931 S. 646.
- Philippson, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Leipzig 1911/1922, I-III.
- Rezawa, Die Judenausweisungen in Rußland und die polnische Frage. Neue Zeit XII 2 1893/94 324 f.
- Ruppin, Juden der Gegenwart, Berlin 1920.
- Ruppin, Soziologie der Juden, Berlin 1931.
- Scholz, Juden in Rußland, Dokumente, 1900.
- Weinstein, 40 Jahre jüdischer Arbeiterbewegung, New York 1924 (jidd.).

18. *Westweißrußland als polnische Kolonie*

Das Land der Weißrussen, das Quellgebiet der Flüsse Njemen (Memel), Pripet, Dnjepr und Beresina, gehört politisch heute zu einem Teil zur Sowjetunion, zum anderen zu Polen. Während aber den rund 5 Millionen Weißrussen, die innerhalb des Rätebundes in einer eigenen Föderativrepublik leben (Hauptstadt Minsk), freieste Entwicklungsmöglichkeit gewährt ist, führen ihre Stammesgenossen auf polnischem Boden das ärmliche Leben eines vom polnischen Imperialismus ärgstens unterdrückten Bauernvolkes.

Verwickelt wird die Lage der Weißrussen auf polnischem Boden, in den Wojewodschaften Bialystock, Wilna, Nowogrodek und Polesien, also im Nordosten des Staates, dadurch, daß ihr Siedlungsgebiet zum Teil, besonders in der Zone um Wilna, gleich-

zeitig von den Litauern beansprucht wird. Die Litauer, deren geschlossen siedelnde Menge von etwa 2½ Millionen in einem eigenen, dem südlichsten der drei Ostsee-„Randstaaten“ lebt, sind ein Volk, das eine indogermanische Sprache spricht. Die litauische Sprache gehört mit ihrem nördlichen Nachbarn, dem Lettischen, und dem ausgestorbenen Altpreußischen zur Gruppe der sogenannten baltischen Sprachen.

Schon im frühen Mittelalter ergab sich eine Interessengemeinschaft zwischen litauischem und polnischem Adel im Kampf um den freien Zugang zur Ostseeküste gegen die germanisierende Kolonisation des Deutschen Ritterordens. Die Gemeinsamkeit der Interessen fand ihren dynastischen Ausdruck durch die Heirat zwischen Jagiello von Litauen und Hedwig von Polen, auf Grund deren von 1386 ab ein mehr und mehr einheitliches polnisch-litauisches Einflußgebiet entstand, das in der „Lubliner Union“ von 1569 den Höhepunkt seiner staatsrechtlichen Festigung gleichzeitig mit dem Verschwinden der letzten Reste litauischer Selbständigkeit erreichte.

Da die polnische Kultur der litauischen überlegen war, konnte es nicht ausbleiben, daß die litauischen Gebiete, zu denen bereits in früher Zeit von Weißrussen bewohnte Länder zählten, dem polnischen Einfluß kulturell unterlagen. Immerhin hatte sich weißrussischer Einfluß im litauischen Herzogtum erhalten, solange das litauisch-weißrussische Land formell selbständig war, also bis 1569. Seitdem ist das weißrussische Element als eine von allen Beziehungen mit der „großen Welt“ abgeschnittene Leibeigenenklasse dem polnischen Adel, ab 1772 den russischen Zaren hörig gewesen, bis erst in neuerer Zeit, im wesentlichen seit der russischen Revolution von 1905, nationale Kräfte lebendig werden konnten.

Das ehemals freie litauisch-weißrussische Gebiet, dessen alte Hauptstadt Wilna noch heute vom litauischen Staat beansprucht wird, ist im Laufe seiner

Bild 29
Seite 128

„Zugehörigkeit zum polnischen Reiche mit einem mehr oder minder dichten Netze von Siedlern, meist adliger Herkunft überzogen worden. Vor allem aber war der eingesessene litauisch-ruthenische Adel“ (der Historiker Recke macht hier zwischen Weißrussen und „Ruthenen“ keinen Unterschied. H.) „den Einflüssen der höheren polnischen Kultur erlegen und polonisiert worden. Es ist bemerkenswert, daß die geistigen und politischen Führer des polnischen Volkes fast bis zur Gegenwart vorwiegend aus diesem polnischen Koloniallande hervorgegangen sind. Der größte Dichter Polens, die reinste Verkörperung polnischen Geistes, Adam Mickiewicz, stammt aus einer in diesem Gebiete ansässig gewesen kolonisierten litauischen (im heutigen Sprachgebrauch: weißrussischen) Adelsfamilie. Ebenso sind z. B. Słowacki und Sienkiewicz Söhne

dieses Landes. Von Politikern seien nur zwei genannt: Tadeusz Kościuszko, der einer polonisierten ruthenischen Adelsfamilie entstammte, und aus neuester Zeit der erste Marschall und Staatspräsident des neuen polnischen Staates, Józef Piłsudski, der Nachkomme einer alten Adelsfamilie Litauens“ (Redke S. 111).

Auf diese Tatsache jahrhundertelanger kultureller Führung in den litauisch-weißrussischen Gebieten stützte von jeher das polnische Bürgertum seine Ansprüche auf Angliederung dieser, der sprachlichen Zugehörigkeit nach keinesfalls polnischen, Gouvernements des Zarenreiches an den neuen polnischen Staat. Der Holzreichtum war durchaus geeignet, die polnische Produktionsbasis zu erweitern, und das Verschieben der Landesgrenze bis an die Düna, entsprechend der Ausdehnung des „alten polnischen“ Reiches, mußte als „nationales“ Ziel erhalten, während als Köder für den Westen die „Abwehr des Bolschewismus“ in Kraft trat.

Trotz aller Polonisierung der Oberschicht war aber das fragile Gebiet im wesentlichen weißrussisch geblieben. Die weißrussische Sprache hat sich erhalten und bildet heute das bindende Element für die kulturelle Eigenart der weißrussischen Sowjetrepublik und für die Minderheitenansprüche der Weißrussen polnischer Staatsangehörigkeit in den vier nordöstlichen Wojewodschaften. Bohuševič, der unter dem Decknamen Buračok schrieb (1840—1900), betonte in seiner Dudka biełaruskaja (weißrussische Schalmei): „Unsere Sprache ist ebensolch eine Volks- und Herrensprache wie französisch oder deutsch oder irgendeine andere“ — Mowa naszaja jość takaja ludskaja i panskaja, jak i francuskaja, albo niemeckaja, albo inszaja jakaja. In der Volksdichtung, für die teils russische, teils polnische Lettern verwendet wurden, spielt das Elend der Landbevölkerung eine führende Rolle. Zerlumpt, schmutzig ist der Bauer, der Mušik, seine Hütte ist verfallen, durch die Bretter pfeift der Wind, mit Kuh, Schwein und Hühnern haust er unter einem Dache, wehrlos fühlt er sich der Willkür der zaristischen Gerichte ausgeliefert, ungebildet und unfähig, sich der Hilfsmittel der Zivilisation zu bedienen. Nach der russischen Revolution von 1917 meldet sich das Aufbegehren in der Dichtung, besonders nach 1921, in den Dichtungen des Konstantin Mickevič (Jakub Kolas) und der Kommunisten Cisca Hartny, Čarot und des Führers der nationalen Literatur Ivan Łucevič (Janka Kupała).

Woher eigentlich die Bezeichnung „Weiß“-Russen stammt, ist unbekannt. Ihre Zahl ist ebenfalls unsicher. Weißrussische Quellen beziffern das von Weißrussen bewohnte polnische und sowjetistische Gebiet auf 380 000 Quadratkilometer (Deutschland hat 470 671, Finnland 388 451 qkm). Die Ziffer der in der Sowjetunion



Bild 39. Prag.
Denkmal des
Sokolführers Tyrš

Bild 40.
Prag. Denkmal
des Historikers Palacký





Bild 41.
Deutschböhmischer Hof im
Duppauer Gebirge bei Karlsbad



Bild 42. Aussig.
Konzernverwaltung

Bild 43. Grenzbrücke zwischen
ČSR und RP, die die Stadt Teschen
zerschneidet



lebenden Weißrussen wird mit 4 738 925 angegeben (1926), das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl von ganz Schottland (1921). Die Weißrussen in Polen bezifferte der polnische Außenminister Zaleski auf „etwas über eine Million“ (in dem 1926 erschienenen Buch von Smogorzewski über die französische Polenpolitik). Dem stehen die Angaben der Weißrussen selbst gegenüber, die das von Weißrussen beanspruchte polnische Gebiet mit 101 000 qkm angeben, auf dem etwa 2 800 000 Weißrussen leben sollen. Die polnische Volkszählung von 1921, auf die sich vermutlich Zaleski stützte, nennt 1 057 000 Weißrussen, Mornik in seiner Minderheitenberechnung (vgl. Kap. 8) 2 137 500. Fest steht, daß in Polen mehr Weißrussen leben, als mancher Kleinstaat Einwohner hat (Island, nordirische Republik, Estland).

Diese Weißrussen sind, ebenso wie die im teilweise gleichen Gebiet lebenden Angehörigen des litauischen Volkes, sehr ohne ihr Zutun und absolut gegen ihren Willen an Polen gekommen, obschon die polnische Staatsleitung von jeher das Gegenteil vorzutäuschen versucht hat. Bereits im Frühjahr 1919 hatten polnische Truppen die Stadt Wilna besetzt, die damals trotz eines Drittels weißrussischer und eines weiteren Drittels jüdischer Einwohner ein russisch-litauisches Gepräge hatte. Es wurde sofort ein Verbot erlassen, litauisch zu sprechen, litauische Anschriften an den Häusern zu belassen und so fort. Als im Sommer 1920 während des polnischen Krieges mit den Sowjets die Rote Armee Wilna einnahm, wurde entsprechend dem Nationalitätenprogramm Lenins die litauische Verwaltung wiederhergestellt. Jedoch im Herbst 1920 durchstreiften bereits wieder polnische Soldaten das Land, während sich, auf dringendes Ersuchen der Litauer, eine Völkerbundskommission mit der Regelung der Grenzfragen zu befassen begann. Indessen kümmerte sich die Regierung in Warschau ebensowenig um die Völkerbundstheoretiker wie heutzutage die japanischen Militärs im Osten. Polen ließ sich zwar sehr feierlich durch seinen damaligen Außenminister Fürst Sapieha auf der Konferenz in Suwalki (6.—8. Oktober 1920) vertreten und von ihm den Grenzvertrag unterzeichnen, der Wilna den Litauern ließ. Am 9. Oktober aber besetzte Pilsudzkis Getreuer, der General Żeligowski, die Stadt; er wurde mit seinen Truppen pro forma von Warschau aus als „Meuterer“ erklärt, obschon er ja in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober den Vertrag von Suwalki noch nicht kennen „konnte“. Er richtete, während neue Verhandlungen mit den Westmächten eingeleitet wurden, eine „autonome“ Verwaltung des Wilnagebietes ein. Zur Wilnaregierung des Generals entsendet die Warschauer Regierung einen

Bevollmächtigten, womit sie diese „Regierung“ anerkennt, während sie sie zur gleichen Zeit dem Völkerbund gegenüber als Meuterei bezeichnet. In Brüssel beginnt eine polnisch-litauische Konferenz (20. 4. 21). Polen macht den Vorschlag: Staatsunion zwischen Polen und Litauen unter verwaltungstechnischer litauischer Autonomie der beiden Bezirke Kowno (Kaunas) und Wilna mit Wilna als litauischer Hauptstadt. Das lehnt Litauen ab. Gegenvorschlag des Völkerbundvertreters Hymans, ein autonomes Wilnagebiet im Rahmen des litauischen Staates zu schaffen, lehnt Polen ab. Am 24. September 1921 berichtet Hymans dem Völkerbund über die gescheiterten Versuche, eine Verständigung herbeizuführen; am 30. November aber setzt der Machthaber von „Zentral-Litauen“, General Żeligowski nämlich, die Wahlen zum Wilna-Parlament auf den 8. Januar 1922 fest. Weißrussen, Litauer, Juden halten sich fern. Sie haben begriffen, was polnische Herrschaft in diesen Gebieten bedeutet. Zustande kommt ein „Parlament“, das am 20. Februar 1922 „aus freiem Willen“ den bedingungslosen Anschluß an Polen beschließt und der Warschauer Regierung die Souveränität über das besetzte Gebiet „überträgt“. Am 25. Mai 1922 werden 20 Abgeordnete des Wilnaer Parlaments in den polnischen Sejm als Vertreter von „Zentral-Litauen“ aufgenommen, und am 14. März 1923 werden die durch militärischen Handstreich geschaffenen Machtverhältnisse — von der Botschafterkonferenz anerkannt. Litauen hat sich damit nie einverstanden erklärt, die Sowjets waren durch den Frieden von Riga gebunden, haben aber in dem neuerdings abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit der RP deren Ostgrenze nicht ausdrücklich garantiert.

Was seither in den okkupierten Gebieten sich abgespielt hat, ist in Europa zumeist unbekannt. Bereits am 20. und 21. Januar 1921 waren in Wilna 28 Vertreter der nichtpolnischen Intelligenz, davon 25 Weißrussen, ohne Verfahren verhaftet worden. Grund: „Kommunistische Umtriebe“. Das Land mußte vom „Moskauer Einfluß befreit“ werden. Danach wurden in der Provinz ganze Familien arretiert, meist einfache Leute, die ihre „Identität“ nicht nachweisen konnten. Man schickte sie zu Hunderten, Greise, Frauen, Kinder, in der Winterkälte an die Sowjetgrenze, oft wurden sie drei-, viermal von polnischen Truppen wieder zurückgejagt; gelegentlich ließ man sie, ohne jede materielle Unterstützung, passieren. Der durch das Land flüchtende Rest kampierte in Höhlen und Gräben. Die Leute konnten sich in keiner Weise helfen. Machtmittel hatten sie nicht. Die Sprache zur „Welt“ fanden sie nicht — waren es doch zum größten Teil Analphabeten.

Das war die Erbschaft der zaristischen Verwaltung. 1921 waren

von der über 10 Jahre alten Bevölkerung Analphabeten in den Wojewodschaften

	im ganzen v. H.	Städte v. H.	Dörfer v. H.
Białystok	31	22	33,9
Wileńskie Woj. (Wilna)	58,3	38,7	59,2
Nowogródzkie Woj. (Nowogrodek)	54,7	37,7	78,1
Poleskie Woj. (Polesien)	71,0	38,4	74,0

Man sieht, daß dabei die Weißrussen, die vorwiegend die Landbevölkerung stellen, besonders schlecht abschneiden, da die günstigeren Prozentsätze der Städte vorwiegend durch die starken jüdischen Einwohneranteile bedingt sind. Die Vergleichszahlen sind für ganz Polen im gleichen Jahre 1921 32,8, Kongreßpolen 30,2, Ostgebiete 63,2 (!), Kleinpolen 33,5, preußische Gebiete 4,5, Schlesien und Teschener Gebiet 2,5.

Die Lage des weißrussischen Gebiets in jener Zeit wird halbwegs begreiflich, wenn man weiß, daß am 1. Januar 1923 560 865 zerstörte Häuser gezählt wurden, von denen 1928 erst 35 v. H. wieder aufgebaut waren, da die Polen jegliche Hilfe verweigerten. Dagegen wurden weite Landstrecken, von denen die Besitzer vertrieben waren, konfisziert und für großzügige polonisierende Kolonisation in Benutzung genommen. Von 1919—1929 wurden parzelliert (Rocznik Statyst. 1930, S. 38):

Woj. Wilna	178 097 ha
„ Nowogrodek	209 913 ha
„ Polesien	140 154 ha
„ Białystok	83 889 ha

Natürlich vollzog sich die Ansiedlung unter Gewährung erheblicher Staatsunterstützungen — das ist der politische Hintergrund der „Agrarreform“ in diesen Gebieten.

Kleinkrieg im besetzten Gebiet mußte fruchtlos verlaufen und kostete zwecklose Opfer. Die Führer des Weißrussentums versuchten, auf friedlichem Wege auf Grund der verfassungsmäßigen Rechte zu einer ihrem Zahlenanteil entsprechenden Mitbestimmung im Staate zu gelangen. Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß in den wirklich polnischen Gebieten auf 42—45 000 Stimmen ein Abgeordneter, in den weißrussischen Gebieten aber einer erst auf 75—101 000 Stimmen entfällt. 1922 ergaben sich z. B. bei über einer Million weißrussischer Stimmen für die Weißrussen nur 11 Sitze im Sejm und 3 im Senat. Dementsprechend war die Einflußnahme weißrussischer Vertreter auf die Politik überaus schwach, selbst wenn nicht die ganze politische Kraft des Staates für die Polonisierung eingesetzt worden wäre. Das polnische statistische Jahrbuch (1930, S. 378) gibt an, die

Ziffer der mit weißrussischer Unterrichtssprache arbeitenden Schulen habe sich folgendermaßen entwickelt:

1922/23	32
1925/26	11
1928/29	78
1929/30	77

Weißrussische Quellen dagegen teilen mit, daß von den 1924 existierenden 3385 weißrussischen Schulen nach Erlaß der Grabskischen Schulgesetze nur 20 übrigblieben. Die amtliche Ziffer von 77 weißrussischen Schulen gewinnt übrigens erst die richtige Bedeutung, wenn man weiß, daß in der gleichen Veröffentlichung die polnische Regierung das Vorhandensein von 4697 Schulen in den fraglichen Ostgebieten mit polnischer Unterrichtssprache verzeichnet. Es besteht keine Möglichkeit für Weißrussen in Polen, eine gehobene Ausbildung in eigener Sprache zu erhalten. 1928 waren bereits etwa 2000 weißrussische Studenten in der Emigration, weil sie in Polen nicht studieren können. 1928 waren von etwa 500 orthodoxen Kirchen rund 350 für andere Bekenntnisse beschlagnahmt. Die weißrussischen Genossenschaften werden bedroht. Weißrussisches Theater ist so gut wie unmöglich gemacht. 3 bis 4 Monate braucht die Zensur zur Entscheidung. Trotzdem kann jeder Polizist eine genehmigte Aufführung unterbrechen. Vom 1. Januar 1922 bis 15. August 1925 wurden, also in 2 Jahren und 7 Monaten, 19 weißrussische Zeitungen mit 54 Nummern beschlagnahmt, seit Beginn der polnischen Besetzung bis Ende 1926 48 Zeitungen mit 217 Nummern. Zwei weißrussische Zeitungen dagegen gibt die polnische Regierung selbst heraus, ohne daß sie allerdings in der Bevölkerung erhebliche Wirkung hätten. So weit die Maßnahmen verwaltungstechnischer Polonisierung.

Aber neben diesen „indirekten“ Maßnahmen wird die physische Ausrottung der Weißrussen in den polnischen Gebieten betrieben. In 7 Jahren wurden im polnischen Weißrußland 80 000 Menschen in die Gefängnisse gebracht. Ostern, den 2. April 1925, wurden in Nowogrodek 1368 Personen verhaftet, weil sie eine weißrussische Schule haben wollten (Biellarussk. Dola, Nr. 24). Gefangene sitzen 2 bis 3 Jahre, ohne verhört zu werden. Urteile auf 4 bis 8 Jahre Zwangsarbeit gehören zum üblichen. Schläge auf Kopf, Rücken, Brust, Gesicht, Gesäß mit Fäusten, Gummiknüppeln, Gewehrkolben gehören hier wie in Ungarn und Rumänien zu den polizeilichen Ermittlungsmethoden. Ist der Verhaftete nicht zur Unterzeichnung des polizeilich aufgesetzten Protokolls bereit, so wird ihm eine Mischung von Wasser und Essig

in die Nase gegossen, bis er unter Erstickungsanfällen ohnmächtig wird. Mit Schnee, glühendem Eisen, Stechen mit Stecknadeln unter die Nägel wird er wieder munter gemacht. Knebelung, Hunger, Finger zwischen Tür und Wand quetschen, auf den Boden schmeißen, Fußsohlen prügeln, Hunde auf die Häftlinge hetzen, Anwendung des elektrischen Stroms zur Folterung ist als ziemlich alltäglich beglaubigt (Interpellation der weißrussischen Abgeordneten im Sejm 22. November 1926). Eine Parlamentskommission unter Minister Thugutt im Oktober 1925 mußte die Methoden, gegen die sich solche Beschwerden richteten, bestätigen. Geschehen ist nichts. In 7 Jahren sind wenigstens 7000 Weißrussen in den Gefängnissen umgekommen. Politische Prozesse jagen sich. Nicht alle werden, wie der Brester, in Europa beachtet.

Besonders war den Polen der 130 000 Mitglieder zählende Verband der weißrussischen Gromada ein Dorn im Auge (gromáda heißt russisch bzw. weißrussisch eigentlich die „große Masse“, dann die Gemeinschaft, auch Hromada geschrieben). Aufgabe der Gromada war der Ausbau der sozialen Arbeit durch breite Organisation und damit allgemeine Hebung der Masse, ferner die Durchkämpfung aller verfassungsmäßigen Rechte für die weißrussische Minderheit. Um diesem Verband beizukommen, mußten Moskauer Bestechungsgelder und Landesverratsvorwürfe erfunden werden. Im Dezember 1925 übergab der Kommissar der polnischen Polizei Koutcener dem Gefangenen Grudzinski in Nowogrodek mit Versprechen, ihn freizulassen, eine hohe Dollarsumme, falls er angebe, er habe sie aus Minsk für die weißrussischen Abgeordneten erhalten. Grudzinski wies das Anerbieten zurück. Er wurde mit dem Revolver bedroht. Interpellation im Sejm. Geschehen ist nichts. Um die Beziehungen der Gromada mit Moskau zu erweisen, wurden 692 Untersuchungen angeordnet, 116 Einzelverhaftungen in 5 Distrikten, über 800 in 20 anderen vorgenommen; Resultat Null. Im Februar 1927 wurde der Belagerungszustand verkündet. 1928 strengte man einen Prozeß gegen 490 Mitglieder der Gromada an. Etwa 10 000 Zeugen waren von beiden Seiten aufgeboten. So etwas hat es auch unter den Zaren nicht gegeben. Diese Spitzenleistung politischer Monstrep Prozesse blieb dem faschistischen Polen vorbehalten. Wie denn die vom Zarenreich an Polen gefallenen Länder juristisch die rückständigsten Europas sind: In ihnen gilt nämlich noch das zaristische Strafgesetzbuch, dessen Gültigkeit in den eigentlichen russischen Gebieten von der bolschewistischen Revolution natürlich sofort aufgehoben wurde. Der Gromada-Prozeß traf die weißrussische Bewegung schwer. Im Sejm hatte man die vier

weißrussischen Abgeordneten ihrer Immunität beraubt, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Minderheiten und der radikalen Bauern. Die Urteile ergingen wegen „Landesverrat“; jeder der vier Abgeordneten bekam 12 Jahre Zuchthaus, die anderen Angeklagten zwischen 3 und 8 Jahren. Im ganzen wurden 212 Jahre Zuchthaus verkündet. Die Gromada war tot.

Aber die illegale Gromada lebt!

Der Terror gegen die Weißrussen in Polen wird fortgesetzt, verschärft durch die Wirtschaftskrise. Die Arbeitskämpfe in der allerdings mäßig entwickelten Industrie der Städte, örtliche Versuche bewaffneten Widerstands auf den Dörfern gegen Pfändungsversuche und Steuereintreibung häufen sich. Waldbrände werden angelegt, Sabotageakte gegen öffentliche Gebäude und Eisenbahnen versucht. Noch sind es meist ungeordnet anarchistische Ausbrüche einer gequälten Bevölkerung. Aber auch im polnischen Weißrußland wird sich die Erkenntnis auf die Dauer nicht durch polnischen Terror unterdrücken lassen, daß es sich hier um einen Kampf zwischen unterdrücktem Bauerntum und herrschendem imperialistisch-faschistischem Bürgertum handelt, der sich unter dem Schein des nationalen Gegensatzes abspielt, aber nur durch Organisation auf klassenmäßiger Grundlage und in internationalem Maßstab für die Unterdrückten gewonnen werden kann.

Literatur:

Buračok (Bohuševič, Dudka Bielaruskaja, Krakau 1891.

Federowski, Lud białoruski na Rusi Litewskiej, I-III. Krakau 1897.

Ethnopolitischer Almanach. Wien 1930.

Karin, Wachsende Gärung in Westweißrußland, Inprekor 1931 S. 1610.

Karskij, Bjelorussii, Wilna 1904.

Karskij, Geschichte der weißrussischen Volksdichtung und Literatur.

Grundriß d. slaw. Philologie Bd. 2, Berlin/Leipzig 1926.

Lausic, Procès 490. Prague 1928.

Niederle, s. o.

Oertzen, Das ist Polen! München 1932.

Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927.

Rocznik stat. RP. 1930.

Smogorzewski, La Politique polonaise de la France, av. Introd. de Zaleski, Paris 1926.

Statistitsch. Sprawatschnik sa 1928, Moskwa 1929 S. 32.

Weinfeld, Tablice statystyczne Polski 1925/26 S. 27, Warszawa 1927.

Zukowski, Polacy i białorusini, Wilno 1907.

19. Das ukrainische Volk bis zum Weltkrieg

Der Südosten der RP ist ukrainisches Land. Die vorwiegend von Ukrainern bewohnten Wojewodschaften Stanislaw (Stanisławów), Lemberg (Lwów), Tarnopol und Wolhynien (Wołyń) bilden geographisch die sogenannte Westukraine, ukrainisch als SU (von „sachid“ der Westen) bezeichnet. Westukraine nennt man dieses Gebiet, dessen größter Teil früher als Ostgalizien zu Oesterreich gehörte, im Gegensatz zur „östlichen“ Ukraine, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik (USSR).

Vor dem Kriege herrschten in den von Ukrainern bewohnten Teilen Oesterreichs, in Ostgalizien und der an Rumänien gefallenen Bukowina, halbwegs erträgliche Verhältnisse in nationaler Beziehung, während im zaristischen Rußland alles Ukrainische soweit überhaupt möglich unterdrückt und der österreichische Liberalismus als unangenehme Störung der Ruhe in Südrußland empfunden wurde. Dieses Bild hat sich in sein Gegenteil verkehrt. In der Sowjetukraine herrscht heute entsprechend dem Nationalitätenprogramm der Bolschewiki eine lebendige ukrainische Kultur. Sogar die bürgerlich-nationalen „Ukraineberichte“ der in Deutschland herausgegebenen Osteuropäischen Korrespondenz müssen zugeben (21. Mai 1931):

„Der rasche Fortschritt (in der Sowjetunion) in den letzten Jahren zeigt, daß das ukrainische Volk auf dem besten Wege ist, seine kulturelle Stellung wieder herzustellen, die ihm seinerzeit durch die Entnationalisierungspolitik der russischen Regierungen geraubt wurde.“

Dagegen werden die an Rumänien gefallenen ukrainischen Wohnsitze einschließlich Besarabiens, auf das die Sowjetunion niemals formell verzichtet hat, schonungslos „rumänisiert“. Bei den Ukrainern dieser Gebiete handelt es sich nach einem Ausspruch des rumänischen Ministers Lupka von 1919 nur um „ukrainische Rumänen, die zu ihrer Nationalsprache zurückkehren müssen“. Das rumänische Schulgesetz vom 30. Juli 1924 (Monitorul National Nr. 101) zwingt solche Bürger, die ihre Muttersprache „verlernt“ haben, ihre Kinder in rumänische Schulen zu schicken.

Während dieses Gebiet also als Kolonie der Rumänen behandelt wird, ist die polnische Westukraine ökonomisch eine polnische Kolonie, in der mit den rücksichtslosesten Mitteln polonisiert wird, unter Berufung darauf, daß das Land „immer“ polnisch war, mit anderen Worten, 1772 zum „alten“ Reiche gehörte.

Man weiß in Deutschland wenig von den Ukrainern, obwohl es sich um ein Volk von etwa 40 Millionen handelt. Es gibt also

etwa doppelt soviel Ukrainer wie Polen! Von diesem großen Volke lebt heute der größere Teil, national und sozial befreit, in der Ukrainischen Sowjet-Republik (Hauptstadt Charkiv, russ. Charkow). Dagegen sind in Rumänien etwa eine Million, in der ČSR, und zwar in der Karpatho-Ukraine oder, wie es tschechisch heißt, in der Podkarpatska Rus, ungefähr 600 000, schließlich in Polen wenigstens 6½ Millionen abgesplittert. Diese Ukrainer polnischer Staatsangehörigkeit leben in den Flußgebieten des San, Dnjestr, Prut, Styr und Prypetj als nationale Mehrheit, bilden also dort keineswegs eine „nationale Minderheit“. Dazu werden sie nur im Verhältnis zur Gesamteinwohnerschaft des polnischen Staates.

Zu 90 v. H. sind die polnischen Ukrainer Kleinbauern, ja Zwergbauern, die unter den ärmlichsten Verhältnissen leben. Sie leben, im wesentlichen ohne nationale Ueberlieferung, weil ohne erhebliches Bürgertum, auf einem Boden, auf dem schon 981 ein ukrainisches Staatswesen bestand. Dieser Staat zerfiel unter dem Ansturm der Mongolen des Dschingiskhan, der 1240 die Hauptstadt Kijew zerstörte. Schon vorher hatte sich unter Absplittierung vom Kijewer Staat ein Fürstentum Halytsch — (heutiges Halicz am Dnjestr) gebildet, dessen politische Bedeutung — nach ukrainischen Quellen — dem Land lange vor der österreichischen Zeit den Namen „Galizien“ gegeben haben soll*).

Das Halytscher Fürstentum hat für die europäische Politik damals die Bedeutung eines Pufferstaates gegen die Tataren gehabt. Als aber die Fürstenlinie 1340 ausstarb, entstand Streit zwischen Polen, Litauen und Ungarn um den Besitz des Landes. Durch die Personalunion zwischen Ungarn und Polen unter der Regierung Ludwigs „des Großen“ (1370) und die Heirat seiner Tochter, der polnischen Königin Hedwig mit dem Litauer Jagiellonen 1386 waren die dynastischen Voraussetzungen für den Erwerb des strittigen Landes durch das hinfort vereinigte Litauen-Polen gegeben.

Seit 1387 wurde die adlige Oberschicht des Landes mehr und mehr polnisch-litauischem Einfluß unterworfen oder einfach ausgerottet. In der polnischen Geschichtsschreibung spielt als Beispiel für teutonische Grausamkeit die Germanisierungsmethode des 965 gestorbenen deutschen Markgrafen Gero eine große Rolle, der slawische Fürsten einlud und dann kaltblütig abschlachten ließ, um das führerlos gewordene Land um so leichter zu erobern. Ähnlich aber haben polnische Adlige ukrainische Bojaren zu

*) Der Wechsel von g und h findet sich in slawischen Sprachen oft. Z. B. die Stunde: polnisch godzina, tschechisch hodina. Berg: russ. gora, poln. góra, tschech. hora.

„Verhandlungen“ nach Przemyśl geladen, um sie dort zu ermorden und sich ihrer Güter zu bemächtigen. Auf diese Vorgänge, aus denen sich keineswegs ein begründeter Vorwurf gegen die eine oder andere „Nationalität“ ableiten läßt, bezieht man also am besten die Worte, die Franz Werfel in seinem Hussiten-drama den Erzbischof Philibert sprechen läßt:

„Ich habe in meinem langen Leben erfahren, daß die Unterschiede zwischen den Menschen und den Völkern ergötzlich gering sind“ (Reich Gottes in Böhmen, 116).

Bis zum 17. Jahrhundert wurde allmählich der gesamte Grundbesitz polonisiert, zum Teil, wie der polnische Geschichtsforscher Długosz bestätigt, mit brutaler Vertreibung der früheren Besitzer, die in ihrer Verzweiflung gelegentlich zu den Tataren übergingen.

Andererseits aber war der polnisch-litauische Staat zu schwach, um in den weit vom Zentrum entfernten Gebieten die Bevölkerung gegen die ständigen Tatareneinfälle zu schützen. Es bildeten sich daher die Kosakenorganisationen, deren bedeutendste die „Saporoger“ wurden, die, geschützt von den Stromschnellen des Dnjepr, eine militärisch-demokratische Republik unter eigenem Herrscher (Hetman) schufen (porohy sind Stromschnellen, russisch porogy; daher Sa-Poroger Ssitsch, die hinter den Schnellen gelegene Festung). In der Saporoger Republik fanden die aus dem polnischen Hoheitsgebiet nach Osten entweichenden Fronbauern eine Zuflucht — der russische Maler Rjepin hat dem republikanischen Selbstbewußtsein dieser Saporoger in seinem berühmten Kosakenbild ein Denkmal gesetzt (in der Tretjakow-Galerie in Moskau).

Je drückender die Frondienste wurden, die die polnische Feudalklasse dem ausgesogenen Land aufzwang, desto häufiger kam es zu Aufständen gegen die Kolonisatoren, wobei die freien Kosaken in der östlichen Steppe ständig die polnische Herrschaft bedrohten. Begreiflich also, daß die Polen nach 1569, dem Jahre der Lubliner Union, die letzten unter formell litauischer Hoheit noch gebliebenen Reste ukrainischer Ueberlieferung auszurotten suchten. Zum ökonomischen Gegensatz kam der religiöse. Die während der Gegenreformation (vgl. Kap. 9 S. 58) erstarkte römische Kirche erreichte auf Betreiben der polnischen Könige die Vereinigung von Teilen des griechisch-katholischen Bekenntnisses, dem die Ukrainer anhängen, mit dem Vatikan (Kirchenunion von 1596). Die Kosaken blieben „orthodox“. Nach polnischer Darstellung versuchte die polnische Regierung die Kosaken zu einer halbwegs disziplinierten Grenzmiliz zu machen. Der Hetman

Bohdan Chmelnicki (sprich Chmjelnizki) geriet dabei in Streitigkeiten mit dem polnischen Hof. 1635 verlangte er vom Reichstag Erhöhung des Kosakenkontingents. 1637 folgt der erste Kosakenaufstand. Die Polen antworten im Jahrzehnt 1638—1647 mit vermehrten Repressalien. Da fällt 1648 Chmelnicki in das galizische Land ein; nach ukrainischer Darstellung erzwang er die „Unabhängigkeit des ukrainischen Staates“ (Strauß 262), wobei nicht verschwiegen werden soll, daß sich bei diesen Kosakenzügen die Wut der „Eroberer“ oder „Befreier“ — je nachdem, von welcher Seite man die Historie sieht — vor allem gegen die jüdischen Pächter der adligen Güter richtete. Schon der Aufstand 1637 hatte ca. 2000 Juden das Leben gekostet. 1648 waren die Opfer nicht zu zählen.

1654 schließt Chmelnicki in Perejaslawl einen Vertrag mit dem russischen Zaren Alexej, der dem ukrainischen Staat bei Personalunion des Herrschers völlige Autonomie im Rahmen des Moskauer Reiches gewähren sollte: Verwaltung und Gesetzgebung in der Hand des gewählten Hetmans und seiner Regierung, eigene Miliz, Offenhaltung der Staatsämter für Ukrainer mit Ausnahme der Stellen der Reichssteuerbeamten. Der Zar indessen sah in diesem Vertrag einen Ansatzpunkt für die Erweiterung seiner Macht und dachte nicht daran, die ukrainische Autonomie zu achten. So sah sich Chmelnickis Nachfolger, der Hetman Wychowskyj, veranlaßt, 1658 in Hadjacz mit den Polen zu verhandeln. Im Vertrage heißt es: „Es wird die Freiheit des Druckens und der Gründung von Druckereien in der Ukraine verbürgt. In Kijew und noch einer anderen ukrainischen Stadt werden ukrainische Universitäten, in der ganzen Ukraine allerlei Volks- und Mittelschulen gegründet“. Den Polen indessen behagten die ökonomischen und kulturellen Autonomieansprüche der Ukrainer damals ebensowenig wie heute und ebensowenig wie dem Zaren Alexej. So kam es 1667 zur ersten Teilung der Ukraine, fast 100 Jahre vor der ersten Teilung Polens: Polen und Rußland erklärten den Dnjepr zur Grenze (Vertrag von Andrussow) und die Kosaken — wenden sich unter Hetman Doroschenko um Hilfe an die dritte Macht des umstrittenen Raumes: an die Türken.

Polen gibt nach. Moskau nicht. Der Einfall der vom Ukrainerhetman zu Hilfe gerufenen türkischen Scharen empört das Volk gegen die Kosakenführung. Deren Aktionsunfähigkeit ermöglicht 1681 die zweite Teilung der Ukraine zwischen Polen, Rußland und der Türkei. Wenigstens auf russischem Gebiet wird die ukrainische Selbstverwaltung noch nicht völlig zerschlagen. Erst während des Nordischen Krieges nach der Niederlage des Schwedenkönigs

Karl XII. bei Poltawa 1709 gewinnt Moskau aus dem Bündnis des Hetman Mazeppa mit den „ungläubigen“ Protestanten einen Anlaß, ihn, Mazeppa, aus der orthodoxen Kirche auszuschließen und die „Rechtgläubigen“ gegen Mazeppa als Personifikation alles Ukrainischen aufzubieten. Noch bis zur bolschewistischen Revolution 1917 wurde am ersten Sonntag der großen Fastenzeit neben Arius und anderen Sektierern Mazeppa feierlich von den russischen Bischöfen verflucht.

So begann seit 1709 die Aufsaugung alles Ukrainischen im Zarenreich. Für 200 Jahre wird jede ukrainische Selbständigkeit ausgelöscht.

1720 unterdrückt die in Kijew eingesetzte Zensurbehörde die ukrainische Sprache außer in kirchlichen Schriften. 1764 zwingt die Zarin Katharina II. den letzten Hetman Rasumowskyj zum Rücktritt. 1775 wird die Saporoger Ssitsch durch Ueberfall vernichtet. Seit 1780 beginnt die Russifizierung der Verwaltung. 1783 wird die russische Leibeigenschaft in der Ukraine eingeführt. Am Anfang der Regierung Alexanders II. (1855—1881) schien sich die Unterdrückung etwas zu mildern. Aber nach dem Polenaufstand von 1863 setzte sie umso stärker ein. 1863 wurde erneut ukrainischer Buchdruck und ukrainisches Theaterspiel untersagt sowie der Gebrauch des Ukrainischen in Schulen und Aemtern verboten. Am 5. Juli 1876 erschien ein neuer Ukas der Oberzensurbehörde, Z 3158:

„Der Kaiser geruhte am (18.) 30. Mai allergnädigst zu befehlen: I. Die Einfuhr in die Grenzen der Monarchie — ohne spezielle Genehmigung der Oberpreßbehörde — jeder Art der im Auslande herausgegebenen ruthenischen Druckschriften zu untersagen. II. Innerhalb der Monarchie ist das Drucken und Herausgeben von Originalwerken und Uebersetzungen in dieser Sprache zu verbieten, mit Ausnahme a) von historischen Dokumenten; b) von Werken aus dem Bereiche der schönen Literatur, unter der Bedingung aber, daß bei Veröffentlichung der historischen Dokumente die Orthographie des Originals, bei belletristischen Werken ausschließlich die russische Rechtschreibung angewandt wird. Daß ferner die Bewilligung des Druckens ruthenischer Bücher nicht anders als nur nach Prüfung der Handschrift von der Oberpreßbehörde erteilt wird. III. Ebenso sind die Bühnenvorstellungen jeder Art und Vorträge in der ruthenischen Sprache sowie die Drucklegung ruthenischer Texte in Musiknoten zu verbieten. Chef des Hauptdepartements für Presseangelegenheiten: Grigorjew.“

Damit schien alles Ukrainische ausgerottet. Die Ukraine war zur zaristischen Kolonie geworden.

Aber inzwischen hatte bereits das nationale Erwachen anderer slawischer Nationen begonnen, bei denen sich allmählich bürgerliche Kräfte entwickelten. Damit erwachten auch die Gebildeten der Ukraine. Schon 1798 erschien in ukrainischer Sprache von

Iwan Kotljarewskyj (1766—1838) eine Parodie der Aeneis des römischen Dichters Vergil. Damit beginnt die moderne ukrainische Literatur. Allerdings konnte sich eine ukrainisch-nationale literarische Bewegung im wesentlichen nur da entwickeln, wo die ökonomische Entwicklung die Bildung wenigstens bescheidener bürgerlicher Kräfte hervorrief: In der österreichischen Ukraine. Im Zarenreich blieb das Ukrainische eine Mundart der Kleinbauern und Arbeiter. Die „Gebildeten“ des ukrainischen Volkes wurden russifiziert und schrieben, soweit sie die Literatur befruchteten, russisch, wie Gogol, Koroljenko, Kowalewskyj, wenn auch ein romantisches volkskundliches Interesse für Volkslieder und Sprachforschung seit 1820 in Rußland an Raum gewann.

Wo es im übrigen unter dem Zaren eine ukrainische Bewegung gab, war sie von vornherein revolutionär. So wenn der bedeutende ukrainische Dichter Taras Schewtschenko sich an der 1846 in Kijew gegründeten „Brüderschaft“ beteiligte, die 1847 an die zaristischen Behörden verraten und aufgelöst wurde. Ein politisches Programm hatte Schewtschenko im Grunde nicht, wenigstens nicht im Sinne eines ukrainischen Separatismus. Wenn er „zum Kampfe gegen die Moskowiter“ rief, so warb er damit gegen die Bedrückung der Bauern unter der Leibeigenschaft, deren Aufhebung er nicht mehr erlebte — er starb drei Jahre vorher, 1858. Auch der Gründer der nach den slawischen Missionaren Cyrillus und Methodius benannten Kijewer Brüderschaft, Kostomarow, hatte ausschließlich ein soziales Bauernprogramm. Einzig Kulisch (1819—1894) hat durch die Schaffung der ukrainischen Schrift, der von den Polen als Kuliszówka bezeichneten Anwendung der russisch-cyrrillischen Lettern auf die ukrainische Sprache eine spezifisch „ukrainische“ Tätigkeit entfaltet, obschon er sich in der Bruderschaft und auch später, in seiner *Istorijsa Wozsojedynenja Rusi* für russische Reichseinheit eingesetzt hat und gegen nationale Gefühlsromantik war.

Die nach der Auflösung der Bruderschaft sich verschärfende Russifizierung lockerte sich erst 1870 etwas. Und erst 1904 wurde in Rußland der Druck eines ukrainischen Neuen Testaments „gestattet“, nachdem bereits 1902 das Kommunistische Manifest ins Ukrainische übersetzt und illegal verbreitet worden war. Die sozialistische Literatur, die in ukrainischer („ruthenischer“) Sprache über die österreichische Grenze geschmuggelt wurde, um dem sozialen Befreiungskampf in Rußland zu dienen, hatte kein ukrainisch-nationales Ziel. Und so war die Lage am Ende des 19. Jahrhunderts so, wie sie Rezawa in der Neuen Zeit 1893/94 etwas ironisch kennzeichnete:

„Wir gehören nämlich zu denjenigen, die voller Anerkennung sind für die kleinrussischen Lieder und Hemdenstickereien, die aber in die, übrigens nicht vorhandenen, politisch-separatistischen Tendenzen der Kleinrussen kein Vertrauen haben, wenigstens so lange nicht, als die Kleinrussen kein nationales Bürgertum haben.“ Dem ist eine Fußnote angefügt: „Ich meine eine wirkliche Bourgeoisie und nicht Geographielehrer und Broschürenverfasser. Wir werden konsequent sein, wenn wir die sogenannten Ukrainophilen in Galizien trotz ihrer radikalen Programme als eine erzreaktionäre Partei betrachten, da die Vereinigung von Lemberg und Kijew nur durch Moskau geschehen könnte.“

Eine nationale Bewegung konnte sich wie überall auch hier erst entfalten, als entsprechend starke bürgerliche Kräfte da waren. Aber selbst 1912 zeigte die Berufsgliederung des ukrainischen Gebiets in österreichisch Galizien noch folgendes Bild (Statistische Nachrichten XXIV, Heft 3, Lemberg 1912):

	Land- u. Forst- wirtschaft	Gewerbe	Handel	Oeff. Dienste u. freie Berufe
Polen	59,7	12,8	7,7	3,8
Ruthenen (Ukrainer!)	94,4	1,4	0,4	0,5
Juden	19,0	20,0	27,7	5,5

Man sieht, daß die überwältigende Mehrheit der Ukrainer in der Landwirtschaft tätig ist, während die Städte polnische und jüdische Mehrheiten haben. 1900 waren in Lemberg nur 12 v. H. der Einwohner Ukrainer (Feldman 417). Das begann sich aber zu ändern.

In Rußland war die Organisation der proletarischen Schichten der ukrainischen Städte bereits seit 1900 von der Revolutionären Ukrainischen Partei in die Hand genommen worden. 1905 nahm die Rev. Ukr. Partei das Programm der russischen Sozialdemokratie an. In Oesterreich hatte 1877 ein Sozialistenprozeß in Lemberg die Gemüter in Aufregung versetzt. Oekonomisch-soziale Bestrebungen fielen hier, wie überall in den gemischt-sprachigen Gebieten der Doppelmonarchie, mit dem nationalen Freiheitsstreben zusammen. So war 1880 in Lemberg, das immer mehr zum Mittelpunkt der bewußt ukrainischen Kräfte wurde, die Tageszeitung „Dilo“ gegründet worden. 1891 entstand der ukrainische Bildungsverein Prosvita, der gleichzeitig kulturellen und ökonomischen Bestrebungen diente. In den 90er Jahren wurde der ukrainische Historiker Hruschewskyj an die Universität Lemberg berufen. Die Schewtschenko-Gesellschaft, noch heute ein Zentrum der bürgerlich-ukrainischen Intellektuellen, wurde gegründet.

„Die Industrialisierung des Landes führte immer mehr ukrainische Elemente in die Städte und fördert den Aufstieg der ukrainischen Mittelschichten, die Herren sein wollen auch in den Städten der Ukraine. Auf

dem flachen Lande macht sich ein noch tiefergehender Prozeß bemerkbar. Hier kämpft der ukrainische Bauer um die Grundrente, die ihm zu einem großen Teil von dem russischen und polnischen Latifundienbesitzer vor-enthalten wird. Zwar proletarisiert sich das ukrainische Dorf mehr und mehr. Aber mit um so größerer Wucht rennt der Mittel- und Großbauer gegen den Großgrundbesitz an, der, ebenso wie in Galizien, dem Landhunger der Bauern nicht standzuhalten vermag. Infolge der nationalen Gliederung nimmt auch dieser Kampf einen nationalen Charakter *) an. Die in seinen Bannkreis gezogenen Schichten der bauerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz liefern ihm gleichfalls, bewußt oder unbewußt aus eigenem Interesse, die entsprechende nationale Ideologie" (Stein, 810).

So ging damals die bürgerlich-demokratische Bewegung gemeinsam mit der sozialistischen gegen die Feudalkräfte, die in Galizien im wesentlichen polnischer Nationalität waren. Der Erfolg der russischen Revolution von 1905 war der Einzug von 40 ukrainischen Abgeordneten in die Duma. 1906 werden die Sprachbeschränkungen im Zarenreich aufgehoben. Allerdings raubt schon die Gegenrevolution von 1907 die Dumavertretung. Die ukrainische Presse erscheint trotzdem in Rußland weiter. Die nationalistische Bewegung in Oesterreich wächst. 1907 gewinnen mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die Ukrainer Einfluß im Reichsrat. Die ukrainischen Nationaldemokraten beginnen mit den polnischen ND in Galizien an Chauvinismus zu wetteifern. 1913 fordern allukrainische Studenten in Lemberg die unabhängige Ukraine.

Begreiflich, daß angesichts solch einer Entwicklung eines der ersten Kriegsziele des Zaren 1914 die Vernichtung dieses ukrainischen Separatismus in Galizien war. Unterstützt von den Mittelmächten, die schon immer ein Interesse an der Kornkammer des russisch-ukrainischen Schwarzerdegebiets hatten, bildete sich zur Abwehr der politischen Absichten des Zaren der „Bund zur Befreiung der Ukraine“, dessen Zentrale in Wien war, und in dessen Auftrag Hruschewskyj 1915 die bemerkenswerten Worte schrieb:

„Jeder Kenner der osteuropäischen Verhältnisse muß im voraus sagen, daß — wenn die ukrainische Frage durch den Weltkrieg nicht gelöst werden wird — dieselbe eine Quelle neuer Erschütterungen in Osteuropa bilden wird“ (Ukr. Frage 52).

Die ukrainische Frage wurde durch den Krieg nur zum Teil gelöst. Und so kam es, wie Hruschewskyj, der heute an der ukrainischen Akademie in Kijew arbeitet, vorausgesagt hat: Das ukrainische Gebiet außerhalb der Sowjetgrenzen wurde zur Quelle ständiger Erschütterungen in Osteuropa.

*) Diesem Kampf fiel 1908 der polnische Statthalter der habsburgischen Krone, Graf Potocki, in Lemberg zum Opfer.

Literatur:

- Bernstein, E. Ueber die Anfänge der ukrainischen sozialistischen Bewegung (Dragomanow u. Podolinskyj), Wien 1922.
- Doroschenko, Ukrainstwo w Rossii. Widenj (Wien) 1917.
- Doroschkewitsch, Pantelejmon Kulisch, Bibl. Ukr. Kljasikiv, Charkiv 1931, Band 6.
- Fedenko, Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukrainer. Berlin 1925.
- Galizina, Bukowina, ugarskaja Rus, Šurnal. Ukr. šisnj. Moskwa 1915.
- Hnatjuk (Gnatjuk), Nazionalne Widrošennje awstro-ugorskich ukrainziw 1772—1880 rr. Wien 1916.
- Hruschewskyj, Die ukrainische Frage in historischer Entwicklung. Wien 1915.
- Hruschewskyj, Geschichte der Ukraine I, Lemberg 1916.
- Jablonowski, Historya Rusi, Kraków 1912.
- Jaworškyj, Korotka istorija Ukrainy, Charkiv 1924.
- Korduba, Territorium und Bevölkerung der Ukraine, Wien 1919.
- Kulisch, Istoria Wozsojedynenja Rusi, Moskwa 1874—1877, I-III.
- Lewnitzkyj, Istoria polititschnoi dumki galizkich Ukrainziw 1848—1914. Lwiw 1926.
- Losinskyj, Galitschina w šitto ukraini, Wien 1916.
- Marx-Engels, Briefwechsel IV, Briefe 1383 und 1384.
- Rezawa, Judenausweisungen in Rußland, Neue Zeit XII 2 1893/94, 324 f.
- Russov, Carte de la distribution du peuple ucrainien, St. Petersburg 1916.
- Rudnickij, Ukraina, Wien 1916.
- Schischmanow, Dragomaniw ta ideja „slawjanskoho bratstwa“. Slavia 1925/1926 320 f.
- Schuchewycz, Guzulschtschina. Lwów 1899 ff., I-IV.
- Sembratowycz, Das Zarentum im Kampfe mit der Zivilisation. Frankfurt/Main 1905.
- Stein, Die ukrainische Frage, Neue Zeit, XXXIV 1 1916 801 ff.
- Strauß, Der Freiheitskampf der Ukrainer, Gesellschaft IV 1927, II 261 ff.
- Szujski, Die Polen und Ruthenen in Galizien, Wien 1882.
- In Tausend Worten. Die wichtigsten Angaben über die Ukraine und ihr Volk in der Vergangenheit und Gegenwart. Wien 1915.
- L'Ukraine et la guerre. Lausanne 1916.
- Die Ukraine, ein Problem oder ein Phantom, von einem österreichischen Polen. Wien 1916, infolge Zensurverbots erst 1918 erschienen.
- „Ukrainer“, ein, Einige Bemerkungen zum Artikel „Mitteleuropa“, von Karl Kautsky, Neue Zeit XXXIV 1 1916 731.
- Velitchko, Carte ethnographique du peuple ukrainien (ruth.) Lemberg 1896.

20. Die Westukraine als polnische Kolonie

Mit dem Ausgang des Krieges haben sich, geographisch gesehen, die Verhältnisse der Vorkriegszeit in der Ukraine in ihr Gegenteil verkehrt. In den ehemals russischen Gebieten, die heute zur Sowjetunion gehören, sind die bürgerlichen Bestrebungen

nach ukrainischer Selbständigkeit bereits überholt. Das in den Sowjets herrschende Proletariat hat die ukrainische Kulturautonomie innerhalb des sowjetistischen Staatenbundes auf höherer Ebene verwirklicht:

„In der Ukraine konnten 1926 69 v.H. der Männer und 38 v.H. der Frauen lesen und schreiben, 1930 79 v.H. und 53 v.H. Dabei ist die Zahl der unterrichteten Analphabeten, die 1928/29 544 000 betrug, 1930/31 auf 1 704 000 gestiegen, und während 1929/30 76 v.H. der acht- bis zehnjährigen Kinder vom Schulunterricht erfaßt wurden, waren es 1930 98,2 v.H. Besondere Fortschritte hat die Polytechnisierung der Schule gemacht: 1931 wurden 1000 Siebenjahrsschulen in Fabrik-, 1200 in Kolchoschulen (von kollektivnui chosjaistwo, Kollektivwirtschaft) umgewandelt. Insgesamt bestehen gegenwärtig 25 188 Schulen mit 3 507 800 Kindern. Gegenüber den 53 Millionen Rubel, die 1927/28 für Volksbildung ausgegeben wurden, beträgt die Summe 1920/21 147 Millionen. Statt 24 höherer Lehranstalten mit 27 000 Studenten 1914 besitzt das Land heute 162 Wuse *) und 715 Technika mit 200 000 Studenten“ (Mehnert 178).

Das ist ein Bild ukrainischen Kulturaufschwungs unter der Herrschaft des Fünfjahrplans der Sowjets. In den „europäisch“ gebliebenen, das heißt in der kapitalistischen Zone liegenden und vornehmlich polnischen Gebieten der Ukraine herrscht heute ein Zustand der Unterdrückung ukrainischen Wesens, der nicht nur an den unter zaristischer Herrschaft üblichen heranreicht, sondern ihn stellenweise bei weitem übertrifft.

Schon vor dem Kriege war der ukrainisch-polnische Gegensatz in hohem Maße fühlbar. Der polnische Historiker Feldman, ein sehr ruhiger Beobachter der Dinge, schrieb 1917 über das Verhältnis der nationalen Kräfte in Galizien:

„Die Teilung Galiziens wurde zur Parole fast aller ruthenischen Parteien. Mit dieser Forderung kann sich kein Pole einverstanden erklären, denn das östliche Galizien ist kein rein ruthenisches Land, in ihm steckt zu viel polnisches Blut und polnische Kultur“ (Geschichte 417).

Allerdings habe nach 1913 im galizischen Landtag „die polnische konservative und demokratische Mehrheit... auf die imperialistische Politik in bezug auf die Ukraine verzichtet“ (421). Einflußreiche polnische Regierungskreise im österreichischen Galizien seien einer weitgehenden ukrainischen Autonomie nicht abgeneigt gewesen, aber „die Ukrainer“ hätten jedes Einvernehmen mit den Polen zurückgewiesen.

Die Dinge drängten zur Entscheidung, als mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches leitende Kreise der ukrainischen Sozialdemokratie in der Zentralukraine Handlungsfreiheit bekamen. Zu einer eigentlichen Regierungsbildung kam es allerdings nach der Februarrevolution noch nicht. Immerhin aber wurden eine

*) Höhere Bildungsanstalten (*Wüssscheje utschjebnoje sawjedjenije*).

Bild 44. Tatra. Wasserfälle



Bild 45. Tatra. Štrbské Pleso

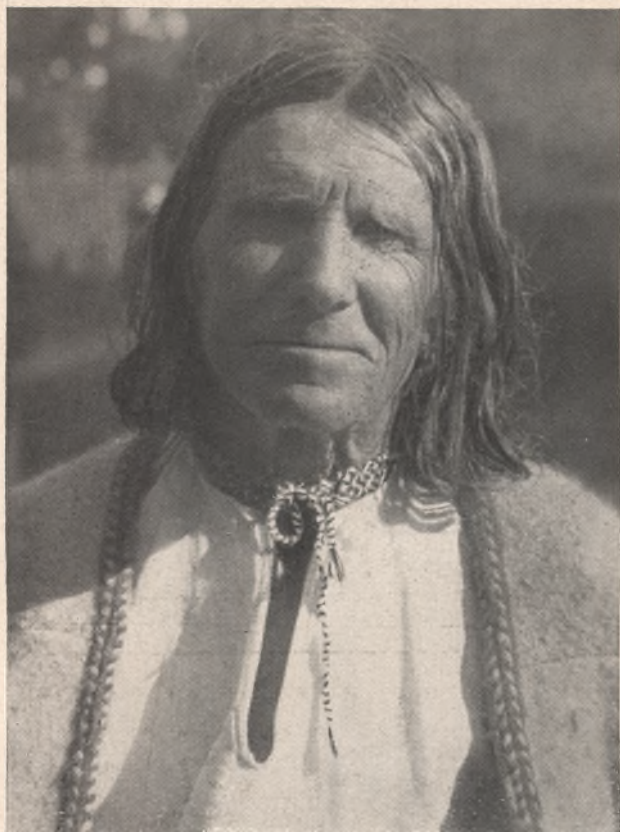


Bild 46.
Slowakischer
Bauer aus der
Gegend
von Trenčín



Bild 47. Kesmark in der Zips; deutsche Siedlung

Reihe von revolutionären Maßnahmen, wie Aufhebung des Großgrundbesitzes und des Klosterbesitzes, Abschaffung der Todesstrafe und Einführung des achtstündigen Arbeitstages durchgeführt.

Nach der Oktoberrevolution der Bolschewiki bildete sich am 20. November 1917 die Regierung der „Ukrainischen Volksrepublik“, mit einer starkem sozialdemokratischen Einfluß gehorchenden Zentralrada in Kijew. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung erhielten Ukrainische SD und Ukrainische Sozialrevolutionäre mit dem Bauernbund drei Viertel aller Stimmen. Die Ukrainische SD war bereits seit 1905 größtenteils menschestisch, das heißt, sie gehörte der Richtung in der russischen sozialistischen Bewegung an, die als gemäßigte auf dem Parteitag in London 1903 gegenüber der von Lenin geführten Mehrheit (bolschistwo) in der Minderheit geblieben war (mjenschestwo). Aus diesem Richtungsstreit ergaben sich schon im Frühjahr 1918 Konflikte mit den bolschewistischen Truppen, wozu der Einfall der Zentralmächte ins ukrainische Gebiet kam. Die Agrargesetzgebung der Zentralrada, die sich gegen den Großgrundbesitz richtete, stand im Gegensatz zu den Verproviantierungsinteressen der Mittelmächte. Deutsch-österreichische Truppen jagten die Zentralrada auseinander und setzten am 24. April 1918 eine reaktionäre Regierung unter dem jetzt in Berlin lebenden „Hetman“ Skoropadsky ein.

Der Vorsitzende der Regierung der Volksrepublik, der Sozialdemokrat und spätere Kommunist Wynnitschenko, organisierte einen Aufstand der Arbeiter und Bauern, die ihre revolutionären Rechte durch Gutsbesitzer und deutsch-österreichische Waffen bedroht sahen. Bessarabien, die Karpatho-Ukraine und Ostgalizien, also die österreichisch-ukrainischen Länder, schlossen sich dem Aufstand an, als die deutsche und österreichische Militärmacht infolge der Revolution in Berlin und Wien ihren Rückhalt verliert. Im Januar 1919 beschließt der „Allukrainische Kongreß des werktätigen Volkes“ die Errichtung einer demokratischen Republik, er erklärt sich also ebenso gegen die von deutsch-österreichischen Imperialisten gestützte Regierung der reaktionären ukrainischen Gutsbesitzer wie gegen die Herrschaft der Räte. Am 24. Januar 1919 wird in der ersten Kongreßsitzung unter dem Vorsitz von Wynnitschenko die Vereinigung der russischen Ukraine mit den österreichischen Grenzländern beschlossen. Am 28. Januar 1919 mußten die Sitzungen abgebrochen werden, da neue Vorstöße der Roten Armee begannen.

Gleichzeitig aber fingen die Westmächte im Rahmen der Frie-

densverhandlungen in Paris an, sich für den „bolschewistischen“ Osten zu interessieren. Das Regierungsdirektorium der Ukraine hatte versucht, eine Neutralitätserklärung Frankreichs zu erreichen. Frankreich dagegen, um seine Milliardenanleihen im ehemaligen Zarenreich besorgt, verlangte Einstellung der Feindseligkeiten gegen Skoropadsky und landete schon im Dezember 1918 Truppen an der ukrainischen Schwarzmeerküste, die mit der Denikinschen gegenrevolutionären Armee sowie mit den unter französischem Kommando marschierenden Polen und Rumänen Hand in Hand arbeiteten. Während dieser unsicheren Lage gewannen die Sowjets im Lande stetig an Einfluß. Das nahmen die Polen im Mai 1919 zum Anlaß, um ihre mit besten französischen Waffen ausgerüstete Haller-Armee „gegen den Bolschewismus“ marschieren, das heißt, in Ostgalizien einfallen zu lassen. Während sich ukrainische, besonders galizische Abgeordnete auf der Friedenskonferenz nicht genug tun konnten, durch Betonung ihrer Bolschewistenfeindschaft die Sympathien des Großen Rats zu erringen *), hatte sich bereits eine sowjet-ukrainische Regierung gebildet, die ab Juni das Direktorium zwang, sich nach Kamjenez-Podolsk zurückzuziehen. Im August 1919 waren die Sowjets in Kijew. Zunächst hatten diese Sowjets stark russifizierende Bestrebungen. Im Gegensatz zur Volksrepublik, die ein starkes ukrainisches Kulturleben zu entfalten begonnen hatte, wurde wieder Russisch zur Amtssprache. Nachdem aber auf Anregung Lenins eine Vereinbarung zwischen Bolschewiki und Volksrepublik gegen Denikin zustandegekommen war, wurde auch von bolschewistischer Seite das Recht der Ukraine auf Unabhängigkeit und kulturelle Autonomie betont.

Vorher bereits, im Juli 1919, waren die ukrainischen Truppen in Galizien zum Waffenstillstand mit den weitaus besser ausgerüsteten Truppen der Hallerarmee genötigt gewesen, nachdem der Oberste Rat in Paris am 25. Juni 1919 offiziell den Polen das Recht zur vorläufigen Besetzung Galiziens gegeben hatte. Anfang Juli wurde auch der Einrichtung einer polnischen Zivilverwaltung zugestimmt. Seither galt in Ostgalizien jede Betonung des „Ukrainischen“ als „bolschewistische“ Regung; alles, was sich gegen die polnische Besetzung richtete, wurde ausgerottet: Massenverhaftungen, Erhängungen, Niederbrennung ganzer Dörfer waren an der Tagesordnung. Die ukrainische Zivilisation wurde unterdrückt,

*) Paneiko im Gespräch mit Lloyd George in der Sitzung des Obersten Rats vom 21. 5. 21: „Mi chotschemo wssi sswoji ssili swernuti proti bolschewikiw“ — wir wollen alle unsere Kräfte gegen die Bolschewisten wenden! (Losinskyj, Halitschina, S. 136, auch 95 ff.).

die ukrainische Presse und Schrift wurde damals verboten, das Lemberger Theater geschlossen, freihändige Parzellierung von Grundbesitz untersagt. Dagegen setzte lebhaft polnische Kolonisation ein, obwohl noch im Vertrag von Sèvres am 1. August 1920 zwischen der Entente einerseits, Polen, der ČSR und Rumänien andererseits Galizien als „außerhalb der Grenzen Polens“ bezeichnet wurde. Die Tatsache, daß bei der militärischen Besetzung des galizischen „Mandatsgebietes“ etwa 20 000 Köpfe der ukrainischen Intelligenz von den polnischen Machthabern in Internierungslager gebracht wurden, wo die Hälfte davon elend ums Leben kam, erklärt, wieso der Rest der ukrainischen Intelligenz nunmehr erkannte, daß nicht die demokratische Volksrepublik, sondern nur die Sowjets eine Rettung für das ukrainische Kulturgut bedeuten konnten. Insofern ist es etwas widerspruchsvoll, wenn Fedenko, ein Sozialdemokrat, über diese Zeit schreibt, daß die Bolschewiki einen furchtbaren Terror gegen alles Ukrainische entfesselt hätten (S. 44), dann aber im gleichen Heftchen: „in der (Sowjet) Ukraine vollzieht sich eine umfassende ‚Ukrainisierung‘“ (72). Nachdem die Stabilisierung der Sowjets in der Ukraine durch den im Herbst 1920 zustande gekommenen Bündnisvertrag, zwischen dem ukrainischen Vertreter Rakowskyj und Lenin, gesichert war, schien es für die Westmächte selbstverständlich, daß man aus militärischen Gründen die Polen gegen die Sowjetukraine stützen müsse, wenn dabei auch das Recht der Galizier, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ etwas zu Schaden kam. Die gemeinsame Grenze von Polen und Rumänien war strategisch weitaus wichtiger als eine ideologische Rücksichtnahme.

Der Frieden von Riga brachte, nachdem Polen vor dem Ansturm der Roten Armee durch das Eingreifen des französischen Generals Weygand gerettet worden war, am 18. März 1921 den Verzicht der Sowjetunion auf die ukrainischen Randgebiete und gab damit der bereits begonnenen polnischen Kolonisation freie Hand, wenn auch über die staatsrechtliche Stellung Galiziens noch nicht endgültig entschieden war.

Am 27. September 1921 verlangte der Völkerbund diese Entscheidung. Um die Westmächte zu gewinnen, brachten die polnischen Abgeordneten im Sejm ein Gesetz am 26. September 1922 ein, daß „Autonomie“ für die drei vorwiegend ukrainischen Wojewodschaften Lemberg, Tarnopol und Stanislaw vorsah. Außerdem sollte innerhalb von zwei Jahren in Lemberg eine ukrainische Universität errichtet werden. Daraufhin hatte die Botschafterkonferenz den erwünschten Anlaß, um Polens Hoheitsrechte in diesem Gebiet anzuerkennen. Mit dem entsprechenden Beschluß

vom 14. März 1923 wurde der Schlußstrich unter die neue Teilung der Ukraine gesetzt.

Was ist seither geschehen?

Von einer Autonomie ist keine Rede.

Die Universität, die spätestens 1924 hätte errichtet werden müssen, besteht heute noch nicht. Die 1921 in Lemberg geschaffene private ukrainische Universität bestand, da die Polen sie nicht anerkennen wollten, bis 1925 geheim weiter. Da man dann Professoren und Studenten wegen Staatsverrat zu Kerker verurteilte, wurde der Universitätsbetrieb „auf unbestimmte Zeit“ eingestellt. Eine Eingabe der ukrainischen Vertreter im Sejm vom 5. Februar 1926 in Sachen der Universität ist bis heute wirkungslos geblieben.

In österreichischer Zeit bestanden in Ostgalizien 2612 ukrainische Volksschulen. Während der Zeit der selbständigen ukrainischen Republik stieg die Zahl auf 3600, und in Wolhynien und dem Chelmer Land auf 500. Davon sind 700 geblieben (1928), in Wolhynien nur 31, alle anderen sind polonisiert. Der Dilo gibt am 5. Oktober 1930 an, daß 1929 716 ukrainische Schulen und 1794 mit polnischer und ukrainischer Unterrichtssprache (sogenannte utraquistische Schulen) existierten. Gegenwärtig (1931) sollen nur noch 500 ukrainische Schulen und in Wolhynien ganze zwei existieren (Féderat. balk. déc. 31 S. 21). Das Schulplebiszitgesetz vom 21. Juli 1924, das für Minderheiten zur Verwirklichung ihrer Schulansprüche in Polen 25 v. H. der Bevölkerung des Schulbezirks vorschreibt, bringt es mit sich, daß 45 000 Ukrainer in der Stadt Lemberg mit ihren 240 000 Einwohnern keine einzige öffentliche Schule haben. Fachschulen mit ukrainischer Unterrichtssprache gibt es überhaupt nicht, obwohl die ukrainische Bevölkerung in Polen über 6 Millionen zählt. Es gibt keine ukrainischen Lehrerseminare und kein höheres ukrainisches Bildungswesen. Von den 12 393 im Lemberger Schulkreis tätigen Lehrer sind nur 1981 ukrainischer Nationalität; über 600 ukrainische Lehrkräfte sind nach Innerpolen versetzt worden. Die Bezeichnung ukrainisch ist in Polen verboten. Es gibt keine Ukrainer. Es gibt nur „Ruthenische Polen“.

Die ukrainischen Selbstverwaltungskörper der Gemeinden waren schon 1919 und 1920 aufgelöst worden. Bis 1927 herrschte eine kommissarische Bewirtschaftung der Verwaltung. Dann fanden „Wahlen“ statt. Aber die Kommissare sind immer noch im Amt.

Daß vor dem Kriege und während der Zeit der ukrainischen Republik errichtete private Volksbildungswesen ist von den Polen restlos zerstört worden. Erst seit 1923 hat unter größten Schwie-

rigkeiten die Wiederaufbauarbeit begonnen, mit der die Prosvita bis 1928 83 Stadtilialen und 2500 Lesehallen auf den Dörfern errichtete, was ungefähr dem Vorkriegsstand entspricht. Was davon im Verlauf der jüngsten Geschichte erhalten blieb, läßt sich nicht feststellen.

Heute ist Ostgalizien eine polnische Militärkolonie. 1922/24 wurde zur Besserung der „Staatsfinanzen“ dreimal eine außerordentliche Geldsteuer erhoben. 1928 erhielten die polnischen Genossenschaften an Kredit 79 Millionen Zł., die ukrainischen 150 000. Diese 150 000 Zł. wurden bereits im Juli von der Bank Polski wieder gekündigt. Trotz dieser Benachteiligung und trotz örtlichen Terrors gab es 1928 über 3000 ukrainische Genossenschaften. Welche außerordentliche finanzielle Leistung das bedeutet, ist nur zu verstehen, wenn man die ökonomische Schichtung der Ukrainer kennt.

Bereits im 19. Jahrhundert war Galizien ein Land des ständigen Hungers. Die in slawischen Gebieten verbreitete Realteilung des Hofes unter die Erben (im Gegensatz zum vorwiegend deutschen Anerbenrecht, bei dem der älteste Sohn erbt und die Geschwister auszahlt), führte zur Zersplitterung des Bodenbesitzes in immer kleinere und ertraglose Teile. So gehörten von den 42,36 v. H. des von Kleinbauern bebauten Bodens in Ostgalizien

1819	519 592	Wirtschaftern, pro Kopf	14	Joch
1859	793 970	„	„	9,35 „
1883	1 408 000	„	„	5,25 „ *)
1894 etwa	1 500 000	„	„	5,25 „ *)

Diese Enteignung durch Besitzteilung führte zu größter Unwirtschaftlichkeit. Der Bauer arbeitete nicht um zu essen, sondern um Steuern zu zahlen. Das feudale Regiment in Galizien hob Weide- und Holzrecht auf. 32 000 Prozesse gingen den Bauern infolge der gegen sie geübten Klassenjustiz verloren (Zetterbaum 181). Hungersterben des Viehs war alltäglich. Mit dem geringer werdenden Bodenertrag wuchs die Verschuldung:

1868	465 513	Gulden
1878	15 155 479	„
1888	43 155 479	„
1894	ca. 55 000 000	„

mit Pfandschulden wahrscheinlich 82 Millionen. Die Zahl der proletarischen Bauernexistenzen unter 2 Joch hatte sich in dreißig Jahren verdoppelt. 70,83 v. H. der Besitzungen fielen in die Klasse bis zu 5 Joch, nur 1,43 v. H. der Besitzer besaßen über 25 Joch. Das war das galizische Bauernelend in Oesterreich, das

*) Ein Wiener Joch gleich 0,5746 Hektar.

in gleicher Weise die polnischen Bauern in Westgalizien und die ukrainischen in Ostgalizien traf.

Prozentual gliederte sich der Bodenanteil der sozialen Klassen in folgender Weise: bei etwa einer Million Betriebe in Ostgalizien besaßen 1913

	Zahl der Betriebe	Anteil a. d. Fläche
bis 2 ha	45 %	6 %
von 2 bis 5 ha	38 %	17 %
„ 5 „ 10 „	13,5 %	18 %
„ 10 „ 20 „	4 %	17 %
„ 20 „ 100 „	1 %	7 %
über 100 „	0,5 %	35 %

Also 43 v. H. der Betriebe waren Zwergbetriebe von 2 ha und darunter, während ein halb v. H. der Besitzer über ein Drittel des gesamten Bodens inne hatten, der polnische Feudaladel nämlich und die Kirche.

Und heute:

Im galizisch--ukrainischen Gebiet ergab sich (Nascha Prawda Juli 1931 S. 2):

bis 2 ha	2 bis 5 ha	5 bis 20 ha	über 20 ha besaßen
57,3 %	31,3 %	10,5 %	0,9 % der Besitzer.

88,6 v. H. der Bauern litten also und leiden unverändert unter ärgster Bodennot. Dabei kommen in diesem industriearmen Gebiet im Kreise Stanislaw 182 Einwohner auf den qkm, in Kolomya 166, in Wolhynien 70. Vergleichsweise wohnen von der Landbevölkerung in Deutschland 33 Personen auf den qkm, in Frankreich 35, in Dänemark 34. Trotz dieses Landhungers wurden in Galizien noch tausende Hektar für polnische Militärkolonisten weggenommen.

Die Folge dieser verhängnisvollen Bodenverteilung ist, daß der ukrainische Bauer für 40 bis 80 Groschen (20 bis 40 Pfennige) 16 Stunden im Sommer und 12 Stunden im Winter mit vorsintfluthlichen Methoden arbeiten muß. Von der sogenannten Bodenreform von 1925 hat der kleine Bauer keinen Gewinn gehabt. Sofern dieses Gesetz nicht rein nationalpolitischen Zwecken diente, führte es zur Abrundung größerer landwirtschaftlicher Betriebe. Und so ergibt sich heute nach wie vor das alte Bild, daß 80 v. H. der Unternehmungen Zwergbetriebe sind, deren Besitzer hungern und für Hungerlöhne arbeiten gehen. Ich habe Karpathenbauern gesehen und gesprochen, die die ganze Woche in Holz- und Sägewerke, sofern sie noch im Betrieb sind, auf Arbeit gehen und pro Tag 80 Pfennige verdienen. Das reicht zum Schlafen auf Pritschen im Gemeinschaftsraum und für dreimal Maisbrei am Tage. Sonnabend/Sonntag gehen sie auf ihr Dorf und arbeiten

Bilder
31, 32,
34, 36
Seite
129, 144

auf dem Stückchen Land das auf, was die Frau die Woche über nicht geschafft hat. Die Bevölkerung ist so verarmt, daß zum Teil, wie auch in manchen polnischen Landgebieten, der Warenkreislauf der kapitalistischen Wirtschaft aufhört und die geschlossene Hauswirtschaft neu entsteht, bis auf ganz Weniges, was gekauft werden muß.

Diese verelendete Bevölkerung wird von den Polen auf jede erdenkliche Weise gepeinigt. Massenarrest und Prozesse, Steuerexekution und kulturelle Unterdrückung häuften sich, bis sich im Herbst 1930 die Wut in einer Massenfeuersbrunst polnischer Höfe entlud. Es brannten die Höfe der polnischen Adligen und Militärkolonisten, wie die der Kulaken und ukrainischen Popen. Die verzweifelten Bauern wurden geführt von der einzigen bestehenden revolutionären Massenorganisation, der Selrob — die kommunistische Partei kann wie in ganz Polen natürlich auch hier nur illegal arbeiten. Alle bürgerlichen ukrainischen Parteien rückten ebenso wie die ukrainische Sozialdemokratie von diesem Ausbruch revolutionärer Empörung ab und unterwarfen sich, noch während polnische Truppen das Land zwecks Befriedung („Pazifizierung“) durchzogen, dem Regime Piłsudzkis, indem sie die unterdrückten Massen im Stich ließen. Was sich aber bei dieser Pazifizierung abgespielt hat, war derart, daß es sogar in die Zeitungsspalten der ausländischen Presse kam. Es ist das Verdienst vornehmlich britischer Journalisten, die Greuel vom Herbst 1930 aufgedeckt zu haben.

Was hat sich während der Pazifizierung in Ostgalizien abgespielt?

Die Aktion hatte den offenkundigen Zweck, mit Hilfe brutalster Vernichtung ukrainischer Einrichtungen und physischer Ausrottung jede nationalrevolutionäre Tätigkeit ukrainischer Elemente zu brechen, gleichzeitig aber durch Einschüchterung des Volkes einen regierungsfreundlichen Ausfall der bevorstehenden Wahlen vorzubereiten. Wenn man weiß, was geschehen ist, wird man den Wahlausfall begreifen, da die ukrainischen Bauern von polnischen Gendarmen zum Wahllokal geführt wurden.

Die polnischen Ulanen und andere Pazifizierungstruppen hausten unter Führung ihrer Offiziere in den ukrainischen Dörfern der Wojewodschaften Lemberg und Tarnopol sowie Teilen von Stanislaw und Wolhynien schlimmer als die Tataren im Mittelalter. Das hatte zur Folge, daß die Dorfbevölkerung bei der bloßen Kunde von der Annäherung einer Strafexpedition ihre Wohnungen verließ und sich tage- und nächtelang in den Wäldern

Bild 18
Seite 80

versteckt hielt. Wie berechtigt in jedem Falle solche Flucht war, davon zeugen die Protokolle der Geschehnisse.

Für gewöhnlich vollzog sich die Pazifizierung derart, daß 30 bis 150 Mann Polizei und Militär unverhofft die Ortschaft umzingelten und durch aufgestellte Maschinengewehre das Entweichen der Einwohner verhinderten. Nach dieser Einkreisung wird der Gemeinde befohlen, binnen kurzer Frist eine Kontribution zu stellen bis 200 Zentner Getreide, etliche Stück Schweine und Hornvieh, etliche Wagen Futter und Stroh. Hühner oder Gänse für jeden der „Pazifikatoren“, dazu die nötigen Getränke. Kann die Gemeinde den schon entsprechend unmöglich befristeten Auftrag nicht erfüllen, so wird sie mit der Auferlegung einer doppelt so hohen Abgabe bestraft; das Eigentum der öffentlichen Einrichtungen, vor allem der ukrainischen Büchereien und Konsumgenossenschaften wird vernichtet und die Einwohner werden gezwungen, ihr Eigentum selbst zu vernichten, die Häuser zu zerstören, das Getreide zu zerstreuen, die Fußböden aufzureißen und zu zerhacken. Die verantwortlichen Personen der Gemeinde aber werden bestialischen Mißhandlungen unterworfen.

Der Manchester Guardian meldet, ein Jahr nach der Pazifizierung am 4. September 1931 (S. 190, weekly edition):

„Die Spuren sind noch sichtbar . . . ein Dorfbewohner war für mehrere Tage bewußtlos geschlagen worden. Ein anderer schwer mißhandelt, obwohl er 70 Jahre alt war. Wieder einer schwer mißhandelt, während seine Frau, die das mit ansehen mußte, schrie und die Kinder wimmerten. Er blieb bewußtlos liegen. Frau und Kinder fanden ihn zerstößen und blutend im Flur liegen. Der Gemeindevorsteher wurde an ein Pferd gebunden und durch die Straße geschleift, während ihm Polizisten unmittelbar folgten und ihn auf Kopf und Schultern schlugen. Eine Frau von 75 Jahren, die angeblich grob zu einem Polizisten war und ihm im Wege stand, wurde fürchterlich geprügelt. Ein neunjähriges Kind wurde von einem in die Hütte eindringenden Polizisten roh beiseite gestoßen. Es starb infolgedessen kurz danach.“

Kushnir hat, mit einem Vorwort des Parlamentsmitgliedes Cecil Malone, seitenlange Protokolle über die Strafmaßnahmen in den verwüsteten Dörfern mit dem Namen der Ortschaften und der Mißhandelten, sowie den genauen Nummern der beteiligten Truppenteile veröffentlicht.

Nicht genug mit den Vorgängen bei der Pazifizierung der Dörfer. Unbeschreiblich ist, was sich in den Polizeigefängnissen abspielt und das keineswegs nur gegen Ukrainer. Tschutschmann teilt 1928 mit:

„Ueber die Art, in der die Verhafteten in den Polizeigefängnissen mißhandelt werden, schweigt man lieber. Jedenfalls hat man allen Anlaß, an gewissen „Selbstmorden“ der Verhafteten zu zweifeln (Fall Bessarabowa). Unter den Zeugnissen, die es z. B. über die Anwendung des elek-

trischen Stromes bei dem „Verhör“, und zwar auf die Weise gibt, daß man den Verhafteten mit Leitungsdrähten berührt, erwähnen wir nur das des berühmten kürzlich verstorbenen Schriftstellers St. Żeromski in seinem Buch: „Przewiosnie“. Dort beschreibt er genau die Torturen in den polnischen Polizeigefängnissen in Lemberg und nennt sogar den Namen des Polizeikommissars Kajdan, der diese Mißhandlungen anordnete und sich an denselben beteiligte. Auch die vom Sejm eingesetzte Kommission unter Führung des Sejmabgeordneten Thugutt zur Untersuchung der herrschenden Zustände in den polnischen Polizei- und Gerichtsgefängnissen hat in dem Lemberger Polizeigefängnis, in der Untersuchungszelle einen elektrischen Kontakt und Drähte vorgefunden, über deren Verwendung die Polizeibehörde keine Auskunft erteilen wollte.“ (39)

Ueber die Methoden des Polizeichefs Zaremba in Luck und seines Untergebenen zitiere ich aus einem Brief einer ins Gefängnis eingelieferten Frau, nach dem Text in Tiltman, „The Terror in Europe“, S. 368. Die Gefangene berichtet:

Um Geständnisse zu erpressen, „wurden wir in unaussprechlicher Weise gefoltert. Die Männer wurden mit Gummiknütteln auf die Geschlechtsorgane geschlagen, so daß sie impotent wurden . . . Die Mädchen wurden vergewaltigt. Ich wurde zweimal vergewaltigt. Sie zogen mich splitter-nackt aus, gossen mir 5 Gallonen Wasser in die Nase, zwei oder drei Wasserstrahlen zugleich, während 50 oder 100 Stockhiebe auf meine Fußsohlen gegeben wurden. Das wurde gemacht, bis man gestand . . . Einer von den Gefangenen wurde ermordet und seine Leiche in den Styr geworfen. Er hieß Stepan Boiko. Im Bericht hieß es, er sei geflohen. Als sie sah, was für Foltern an vielen der Gefangenen vorgenommen wurden, versuchte Nina Matul Selbstmord durch Oeffnen der Pulsadern zu be-gehen. Sie ist jetzt im Gefängnis in Luck. Jan Kosak ist bis zur Verkrüppelung auf die Nieren geschlagen worden. Bolawka hat so zerschlagene Sohlen, daß sich zwei bösartige Abszesse gebildet haben und er sich einer Operation unterziehen mußte. Kurz, wir wurden zu lebenden Leichen gemacht.

Die Mißhandlungen bei mir wurden von den Polizeikommissaren Tkaczuk und „Vladja“ Postovicz ausgeführt. Es war am 25. November zwischen 11 und 12 Uhr nachts. Nach verschiedenen Insulten zog man mich nackt aus, befahl mir, mich auf den Boden zu setzen, band mir Hände und Füße zusammen und steckte einen Stock durch. In dieser Lage verbanden sie mir die Augen mit einem Tuch, dann hoben sie mich auf einen Tisch und vergewaltigten mich“.

Es sollte eine Eingabe im Sejm erfolgen, der pilsudzkistische Sejmmarschall ließ sie „mangels der erforderlichen Unterschriften“ nicht zu. Die Kommunisten übergaben sie daraufhin der Presse. Es waren Gefangene mit glühendem Eisen gesengt worden, man hatte sie an den Haaren aufgehängt, man hatte ihnen Nadeln unter die Nägel getrieben, einer Arbeiterin, Malka Stifter, wurde glühendes Eisen und elektrischer Leitungsdraht in die Geschlechtsorgane eingeführt (Bericht deutsch veröffentlicht Tribüne Magdeburg 22. Januar 1931). General Skladkowski antwortete auf die Veröffentlichung im Auftrage der Regierung: „In Luck sind einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen“.

Manchester Guardian bringt in einem Artikel „Oppression of Ukrainians“ am 29. Januar 1932:

„Die ukrainische Minderheit lebt noch unter terroristischem Druck, der gegen sie als nationale Minderheit ausgeübt wird . . . die Beziehungen zwischen Polen und Ukrainern sind nicht besser, sondern schlechter geworden“.

Und was geschieht?

Dieselben ukrainischen Parteien, die von der revolutionären Erhebung der Bauern abrückten und schleunigst Pilsudzki ihre Loyalität versicherten, legten, um ihren Einfluß bei den Massen nicht einzubüßen, Beschwerde beim Völkerbund ein. Seit 1½ Jahren wird diese Beschwerde geprüft. Der unter Henderson in London tagende Dreierausschuß wurde von der polnischen Regierung monatelang mit nichtssagenden Auskünften hingehalten. Inzwischen werden künstliche „ukrainische“ Organisationen geschaffen, die der polnischen Regierung ihre Zufriedenheit versichern, wie die „Ukrainische Gesellschaft der Freunde des Völkerbundes“ mit Sitz in Luck und Hauptbüro in — Warschau! Henderson wurde offiziell falsch von Polen unterrichtet, nie sei von der Warschauer Regierung eine Forderung auf Zurückziehung der ukrainischen Beschwerden beim Völkerbund an die Beschwerdeführer gestellt worden. Dilo vom 4. Juli 1931 veröffentlicht aber Aussagen der ukrainischen Politiker Luckyj, Lahnszcynskyj und Zahajkewytsch, daß sie zu der Erklärung bevollmächtigt seien, die Regierungsvertreter Holowko und Jendrziewski hätten die Zurückziehung der Beschwerden zur Vorbedingung für eine ukrainisch-polnische Verständigung gemacht.

Mittlerweile hat den zu Pilsudzki übergegangenen Renegaten Holowko sein Schicksal erreicht. Er fiel einem Terrorakt zum Opfer. Ob Provokation der Polizei oder wirklich ukrainischer Racheakt, weiß man nicht. Immerhin hat die polnische Regierung Zeit genug gehabt, mit dem ukrainischen Bürgertum sich zu verständigen und eine „neue“ Politik der Versöhnung anzubahnen, auf dem Rücken der gequälten Arbeiter und Bauern natürlich. Dem entspricht durchaus, daß der Völkerbund nach dem Vortrag des Berichterstatters über die Pazifizierungsaktion, des Japaners Sato, einstimmig die Beschwerden in Sachen der Westukraine ablehnte und die Richtlinien der polnischen Regierung in dieser Frage annahm. Der Völkerbund hat sich damit erneut als gefügiges Werkzeug der französischen Europapolitik erwiesen; man kann in Genf nicht zugeben, daß die Regierung des wichtigsten Vorpostens Frankreichs im europäischen Osten etwa „Unregelmäßigkeiten“ begangen habe, noch dazu in einem Gebiet,

auf das es strategisch so hochgradig ankommt wie auf die Westukraine.

So ist denn die Lage heute folgende:

Die drei bürgerlich-ukrainischen Parteien, die Nationaldemokraten, die Christlich-Sozialen und die Agrarier, zusammengeschlossen als UNDO (Ukrainskie Narodno-Demokratyczne Objednanie) mit ihrem Organ Dilo treiben nur noch Scheinpolitik gegen Pilsudzki. Die Erklärung der Regierung in Warschau, sie sei sehr für eine unabhängige Ukraine, aber mit der Hauptstadt Kijew; Ostgalizien sei und bleibe polnisches Land (Aufsätze von Górka in der Gazeta Poranna im August 1931) hat zwar zu einer Erwiderung im Dilo geführt (Bjeskonetschna tjema, 27. August 1931). Seither aber ist es still.

Die illegale nationale ukrainische Terrororganisation UWO, wörtlich ukrainische Kriegruppe, hat ihren Kampf gegen die polnische Herrschaft so gut wie eingestellt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Agenten Pilsudzkis mit der UWO verhandelt haben, und daß die Organisation daraufhin immer mehr außenpolitisch in ein antisowjetistisches und innenpolitisch in ein antikommunistisches Fahrwasser gerät.

Dabei ist nicht unwichtig, daß es ebenso ein offenes Geheimnis ist, über das z. B. bereits 1927 der polnische Propagandist Smogorzewski genaue Angaben gemacht hat (Pol. rest. S. 168), daß Beziehungen zwischen nationalen Ukrainern und deutscher Reichswehr bestehen. Das entspricht übrigens alter Ueberlieferung: Schon vor dem Kriege stand der Ostmarkenverein zu antipolnischen Kreisen in Galizien in Beziehungen (vgl. How Prussia governed Poland S. 38). Es ist auch kein Zufall, daß die in deutscher Sprache erscheinenden Ukraineberichte und die Osteuropäische Korrespondenz vom ukrainischen Pressedienst in Berlin herausgegeben werden, der sein Büro in dem dem preußischen Staat gehörenden Schloß Bellevue hat. Neuerdings ist einiges über Verhandlungen zwischen ukrainischen Nationalistenführern (Konowalew) und Hitler bekanntgeworden. Auch zu den erwachenden Ungarn gehen Fäden (Konferenz in Miskolcz in Ungarn 1931!).

Gegenüber diesen Chauvinisten, deren in Polen lebendes Bürgertum aber, wie betont, mit dem polnischen Bürgertum Frieden macht, spielt die Sozialdemokratie in den ukrainischen Gebieten nur eine geringe Rolle.

Es bleibt als Rückhalt für das verelendende, mit dem Hunger und dem polnischen Terror ringende ukrainische Bauertum nur die Anlehnung an die Kommunisten, die in steter Fühlung mit ihren polnischen und weißrussischen Gesinnungsgenossen ein klares

Befreiungsprogramm aufgestellt haben und, soweit es unter dem Druck der Illegalität möglich ist, an seiner Verwirklichung arbeiten. Die politische Parole der Kommunistischen Fraktion der Westukraine wie der polnischen KP, die vom Selrob, der „legalen“ Bauernorganisation, übernommen ist, besagt: Die nationale Befreiung ist nur eine revolutionäre Kraft. Der Stoß muß aber zugleich geführt werden gegen die polnische Okkupation und gegen das eigene ukrainische Bürgertum. Aus taktischen Gründen kann zurzeit eine Vereinigung mit der Sowjetukraine weder von sowjetistischer noch von galizischer Seite her betrieben werden. Um so mehr aber die Verbindung mit den ausgebeuteten Schichten der anderen Nationalitäten innerhalb der RP und mit den Ukrainern in der ČSR und in Rumänien. Die nationale Frage hat in der Westukraine innerhalb der kommunistischen Bewegung, vor allem gelegentlich der Absetzung des Führers Schumski in Charkow wegen seiner Fehler in der Nationalitätenpolitik der Sowjetukraine, zu schwierigen Auseinandersetzungen geführt. Nach dem neuen Programm der KP der Westukraine (KPSU) kann indessen diese Stufe des Klassenkampfes als überwunden angesehen werden. Die Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei vom 3. Juni 1931 zeigen den Weg, auf dem für die gequälte Bevölkerung der Westukraine die Befreiung erkämpft werden kann.

Literatur.

- Baraba, Das westukrainische Dorf 6 Monate nach der Pazifikation im Herbst, Inprekor 1931 57 1306.
- Baraba, Položenija sach-ukrainskoho sjela i sawgannja partyi, Nascha Prawda XII 1931 7 f.
- Bril, Sachidna Ukraina i Wyina, Lwiw 1929.
- Les Cruautés polonaises dans la Galicie orientale. Berlin 1919.
- Csáky, La question ruthène, Budapest 1930.
- Zwikliński, Wirtschaftliche Zustände Galiziens in der Gegenwart, Wien 1915.
- Doroschenko, Entwicklung und Errungenschaften der ukrainisch-wissenschaftlichen Forschungstätigkeit in den letzten 50 Jahren. Mitt. d. ukr. wiss. Inst. Berlin, April 1927 1 ff.
- Doroschenko, Die Entwicklung der Geschichtsforschung in der Sowjetukraine in den letzten Jahren. Mitt. d. ukr. wiss. Inst. Berlin 1928 35 ff.
- Erfolge der Nationalitätenpolitik der UdSSR. Moskauer Rundschau 27. September 1931.
- Gerdano, Le complot rouge en Routhénie. Paris 1930.
- Górka, Kwestja polsko-ukraińska, Gazeta Poranna, 26. August 1931, 28. August 1931, 29. August 1931 (Nr. 9679, 9681, 9682).
- Kriwawiy pochid polskoho faszizmu na okupowanich seljach sachidnoi ukraini. Lwiw 1930.
- Krutschinsky, Die Zusammenarbeit der russischen Minderheiten. Ethnopolit. Almanach 1930.

- Kushnir, Polish atrocities in the West-Ukraine. Vienna 1931.
- Lenski, Ukrainische Bourgeoisie, Inprekor 1931 54 1240 ff.
- Losinskyj, Halitschina w rr. 1918 bis 1920. Wien 1922.
- Losinskyj, Etudes et documents relatifs à l'histoire de la révolution ukrainienne de 1917/20, Band V.
- Manchester Guardian 1930, 1931, 1932.
- Mazepa, Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine. Berlin 1923.
- Mehnert, Rußland und Osteuropa, Kulturbericht, Osteuropa VII 1931 166 ff.
- Mirtschuk, Die Ukrainische Schewtschenkogesellschaft der Wissenschaften in Lemberg. Mitt. d. ukr. wiss. Inst. Berlin 1927, 27 ff.
- Najda, Die Westukraine und der Völkerbund, Inprekor 1932 15 407.
- Osteuropäische Korrespondenz Berlin 1930/32.
- Pogrom Ukrainziw pid polschtscheju, Praha 1931.
- Preuves pour l'indépendance de la Galicie orientale, Paris 1922.
- Resoluzii poschirjenoho sazidannja ZK KPSU 3. tscherwnja 1931 r. Lwiw 1931 r.
- Sytuacja polityczna na Ukrainie Zachodniej i zadania KPSU, Lwów 1929.
- Tiltmann, The Terror in Europe, London 1931.
- Tschutschmann u. a. Die Ukraine unter Fremdherrschaft, Berlin 1928.
- Ukraineberichte Berlin 1931.
- Ukraine und die kirchliche Union. Die Kirche und das östliche Christentum. Berlin 1930.
- Ukrainische Nationale Frage. Materialien zur Frage der sog. ukr. nationalen Abweichungen (Schumskismus), Lemberg 1928.
- Valnitzki, La situation dans l'Ukraine occidentale. Fédération balkanique Déc. 1931 146.
- Weißer Terror in Polen. Berlin 1924.
- Zalozieckyj, Das geistige Leben der Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart. Münster 1930.
- Zalozieckyj, Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung über alte Kunsterscheinungen in der Ukraine 1914—1927. Mitt. d. ukr. wiss. Inst. Berlin 1927 49 ff.
- Zetterbaum, Bauern und Bauernparteien in Galizien. Neue Zeit XII 1894 178 ff. u. 211 ff.

Vierter Teil

Das Herrschaftsgebiet der Tschechen

21. *Böhmische Geschichte bis zum Konzil von Konstanz 1415*

Genau so wie im heutigen Polen trotz mehr als zehnjährigen Bestehens des neuen Staates die Produktions-, Verkehrs- und Kulturunterschiede, die sich aus über 100 jähriger getrennter Entwicklung der einstigen Teilgebiete ergeben hatten, noch klar erkennbar sind, gibt es in der tschechoslowakischen Republik eine geschichtliche Grenzlinie, die, heute nur noch Verwaltungsgrenze, für tausend Jahre eine Kulturgrenze war und es im Grunde heute noch ist. Das ist die Grenze der Länder der ehemaligen „böhmischen Krone“ gegen das Gebiet des früheren Ungarn. Zu den Ländern der böhmischen Krone gehörten Böhmen, Mähren und in jüngster Zeit „Oesterreichisch“-Schlesien, der Rest, der von dem einstigen großen schlesischen Lande, das die Böhmenfürsten 1355 von Polen gewannen, nach den Eroberungen Friedrichs II. von Preußen der Habsburger Herrschaft geblieben war. Durch die Pariser Verträge von 1919 gewannen die Tschechen von dem ehemaligen ungarischen Gebiet die schmale nördliche Zone, die in ihrem westlichen Teil, den Flußgebieten des Vah (Waag), Hron und Hernad vorwiegend von Slowaken, im östlichen Zipfel, der „Podkarpatska Rus“, von Bergukrainern und, soweit beide Gebiete in die große ungarische, die „pannonische“ Ebene einschneiden, auch von Magyaren bewohnt wird (vgl. Karten 2 und 5, S. 11 und 40). Diese beiden Verwaltungseinheiten der heutigen ČSR, die Slowakei und Karpatho-„Rußland“ (der Ausdruck Karpatho-Ukraine, der volkscundlich berechtigt wäre, widerspricht den militärischen Interessen sowohl der ČSR wie auch der RP, denen das Vorhandensein des ukrainischen Volksbestandteils im Osten ihrer Staaten peinlich genug ist), sind produktionstechnisch und zivilisatorisch weitaus geringer entwickelt als die Länder der böhmischen Krone, in denen sich vor dem Kriege der größte Teil der

„österreichischen“ Industrie konzentrierte und die also völlig dem mittel- bzw. westeuropäischen Kulturkreis angehören. Die Slowakei und die Karpatho-Ukraine dagegen gehören zu Ost- oder, wie man sich heute zu sagen gewöhnt, zu „Zwischeneuropa“. Es besteht ein erhebliches Kulturgefälle zwischen diesen beiden historischen Teilen des neuen Staates.

Der westliche, geographisch durch die Gebirgsränder des „böhmisches Beckens“ ziemlich scharf begrenzte Teil der ČSR umfaßt die Quellgebiete der Elbe (Labe), Eger (Ohře) und Vltava (Moldau), sowie das Quellgebiet der Oder und das Flußgebiet der Morava (March). Dieses Gebiet ist der Schauplatz eines rund ein Jahrtausend währenden Kampfes zwischen tschechischen und deutschen Bevölkerungsteilen gewesen. Es hat viel Streit darüber gegeben und ist vor dem Forum einer mehr oder weniger politisierten Geschichtswissenschaft noch heute nicht entschieden, seit wann deutsche Siedler in böhmischen Landen wohnen. Angesichts der Klassenkämpfe der Gegenwart, bei denen sich immer deutlicher offenbart, wie sehr es in der Geschichte um soziale Gegensätze geht und wie sehr das Nationale nur Klasseninteressen verschleiert, haben die historischen Streitpunkte nur wenig Interesse. Denn wie schon gelegentlich der Erörterung entsprechender Streitpunkte zwischen deutscher und polnischer Vorgeschichts- und Geschichtswissenschaft betont wurde, erscheint es naiv, aus irgendwelchen Feststellungen über die völkische Siedlungsweise früherer Jahrhunderte politische Gebietsansprüche der Gegenwart rechtfertigen zu wollen.

Fest steht, daß in den böhmischen Kronländern wenigstens seit tausend Jahren alle wirtschaftlichen Auseinandersetzungen unter der Form nationaler oder religiöser Gegensätzlichkeiten ausgefochten worden sind. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze durch den völkisch-sprachlichen Gegensatz der Tschechen und Deutschen und die damit von vornherein erleichterte Bewußtwerdung der Frontstellung hat in hohem Maße die Zuspitzung der Verhältnisse mit sich gebracht, die Böhmen zum klassischen Land der „Ketzerie“ und früher als die deutschen Stammgebiete reif für eine Bauernrevolution gemacht haben.

Der Gegensatz, den man durch die Jahrhunderte verfolgen kann, beginnt schon vor Anfang des zweiten nachchristlichen Jahrtausends mit der Einführung des Christentums in die slawischen Gebiete. An March und Donau wirkten im 9. Jahrhundert die Slawenapostel Cyrillus und Methodius. Das böhmische Kerngebiet aber wurde von deutschen Missionaren dem Christentum gewonnen, die mit der Einführung der Gewerkekennzeichen, höherer

Zivilisation und fortgeschrittener Ackerbautechnik der Kirche von vornherein eine beherrschende Stellung sicherten.

Schon 895 hatten sich böhmische Fürsten dem Römischen Reich deutscher Nation angeschlossen, in der Erkenntnis, daß diese politische Verbindung mit dem damaligen „Westen“ für sie selbst zum Vorteil sein würde. 1158 empfing der böhmische Herzog Wladislaw aus der Hand des deutsch-römischen Kaisers Friedrich Barbarossa in Regensburg die böhmische Königskrone. Genau wie die polnischen Fürsten beriefen auch die Böhmen deutsche Handwerker und Bergleute ins Land. Der Bergbau von Kuttenberg (Kutná Hora, das ist „Schürfberg“, von kutiti oder kutati, schürfen) von Deutschen erschlossen, förderte das Silber, aus dem die „guten böhmischen Groschen“ geschlagen wurden. Das Silber von Kutná Hora gab den böhmischen Königen den wirtschaftlichen Rückhalt für den Ausbau des Reiches. Der Machtzuwachs führte zum Zusammenstoß mit den deutschen Kaisern. König Přemysl Ottokar II. hatte unter seiner Herrschaft die tschechischen und die Alpenländer, die beiden österreichischen und das steiermärkische Herzogtum vereinigt. Die Wahl des Habsburgers Rudolphs I. zum Deutschen Kaiser bedrohte die tschechische Großmacht. Ottokar schickte den deutschen Bischof Bruno von Olmütz und den Prager Bischof Johann II. zum Papst mit der Bitte, die Kaiserwahl nicht zu bestätigen. Gregor X. lehnte das ab. Der erste große Kirchenstreit zwischen der römisch-deutschen Macht und einem tschechischen Herrscher brach aus. Papst Nikolaus III. tat Ottokar in den Bann. In der folgenden kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Habsburger fiel der Böhmenkönig im heutigen tschechisch-österreichischen Grenzgebiet, auf dem Marchfelde, in die Hände seiner Gegner und wurde ermordet. Sein Sohn Wenzel behielt die böhmischen Länder, die österreichischen Herzogtümer fielen an Habsburg und wurden zum Ausgangspunkt der späteren österreichischen Monarchie.

1310 erlosch das tschechische Königshaus der Přemysliden. Fürsten aus Luxemburger Haus erhielten die böhmische Krone. 1346 wurde Karl von Luxemburg, böhmischer König, zum Deutschen Kaiser gewählt. Böhmen wurde zum Zentrum der mittteleuropäischen Politik. Der wirtschaftliche Aufschwung bot den Boden für regsames geistiges Leben. 1348 wurde in Prag die erste Universität des römischen Reichs deutscher Nation gegründet, die sich an Bedeutung bald mit den alten Kulturstätten Paris, Bologna und Oxford messen konnte. Der hohe Stand der Bildung in den Städten und der ökonomische Aufschwung des ganzen



Bild 48.
Waldkarpathen
bei Jasine

Bild 49.
Trenčín am Vah
(Slowakei)



Bild 50.
Donaugrenze
bei Komorn
(Komaróm)





Bild 51. Magyarische Bauern in Mukačevo



Bild 52. Bäuerliche magyarische Siedlung in der Karpatho-Ukraine

Landes hatte notwendig eine stärkere Klassenabstufung zur Folge als bis dahin zu verzeichnen war:

„Mit der Blüte der Städte . . . stieg der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse; die Bauern mit größerem Landbesitz kamen zu Wohlstand, kauften sich von den Frondiensten frei; viele Landarbeiter wanderten nach den Städten ab; die Hörigkeit lockerte sich; Schaden davon hatte nur der kleine Adel, der nunmehr gezwungen war, seine Bauern entweder stärker auszubeuten oder höhere Löhne zu zahlen, und keine dieser Möglichkeiten war leicht, während die Ausgaben überall stiegen. Dem kleinen Adel war nur durch Zuteilung größerer Landgüter zu helfen. Deshalb schlug er sich auf die Seite der Reformatoren, die der Kirche den weltlichen Besitz, die großen Landgüter, streitig machten“ (Beer 268 ff.).

König Richard II. von England heiratete eine Tochter Karls IV., des böhmischen Königs und deutschen Kaisers. Der Verkehr zwischen England und Böhmen wurde ungemein rege. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Ideen des damals in England lehrenden, 1382 zum Ketzer erklärten John Wycliffe (1320—1384) nach Böhmen drangen und dort auf fruchtbaren Boden fielen. Wycliffes Lehren liefen darauf hinaus, die nationale Unabhängigkeit Englands vom Papste zu verfechten, gleichzeitig aber die Bauern gegen die Ausbeutung seitens des Adels und der Kirche zu verteidigen. Er trat für „evangelische Armut“, das heißt für Auflösung des weltlichen Besitzes der Kirche ein. Darin berührte er sich mit den Lehren der Waldenser, die, begründet durch den Laien Peter Waldes in Lyon um 1170, in Südfrankreich und von da nach Lothringen und nach Süddeutschland bis in die Alpenländer und südböhmischen Gebiete verbreitet worden waren und schließlich Anfang des 13. Jahrhunderts zu einem regelrechten, auf Veranlassung des Papstes, unternommenen Kreuzzug gegen die „Irrlehren“ geführt hatten. Aus diesen Quellen, den Lehren Wycliffes und der Waldenser, schöpften die tschechischen Theologen, die, gestützt auf die sich verschärfende soziale Spannung im Lande, im Evangelium nach einer Lösung suchten. Der Privatsekretär Karls IV., Militsch von Kremsier, hoher Kirchenbeamter, legte 1362 seine Ämter nieder und wurde Volksprediger. Ebenso wie er wurde der Beichtvater des Kaisers, Matthias von Janow, mit seiner kritischen Haltung dem Papsttum gegenüber zum Vorläufer des Jan Hus, unter dessen Führung die böhmische Ketzerei zum offenen Bruch mit der römischen Kirche kam.

Hus war 1369 geboren, erwarb auf der Prager Universität die akademischen Grade, wurde 1400 Priester, 1402 Rektor der Universität. 1403 begann er gegen die Verweltlichung der Priester aufzutreten, im Sinne Wycliffes für evangelische Armut zu predigen, ja, gegen Ablass, Heiligenkult und Scheidung der Laien von den Priestern aufzutreten, also die Grundlehren der römischen

Kirche anzugreifen. Theoretische und nationale Gegensätze brachten die Deutschen an der Universität gegen ihn auf, die 1408 die Lehren Wycliffes verworfen hatten. Seit der Gründung der Universität hatten, bei lateinischer Vortragssprache, vier Nationen an ihr das Stimmrecht: Die tschedische, die sächsische, die bayerische und die polnische. Das führte dazu, daß die Tscheden in allen Fragen mit 3 : 1 überstimmt wurden. Die nunmehr offen gegen Hus ausbrechende Gegnerschaft der Deutschen gab dem Kampf eine nationale Note. Hus wandte sich an den König, um die Benachteiligung der Tscheden zu beseitigen.

Im Gegensatz zu Karl IV., der, wie der klerikale Kirchenhistoriker Martinu schreibt, sich „1376 selbst bewogen fühlte, ein Edikt herauszugeben, demzufolge alle Ketzer aus Böhmen verbannt werden sollten und, falls einer im Lande aufgegriffen werde, solle er seinen Abfall mit dem Feuertode büßen“ (Frind II 108), war sein Nachfolger keineswegs so glaubenseifrig. Bedauernd teilt Martinu mit: „Leider verstarb Kaiser Karl bereits am 29. November 1378, bald folgte ihm auch der Erzbischof, und so wurde das goldene Zeitalter der Kirche in Böhmen unter traurigen Ereignissen beschlossen“ (S. 22). Worin dieses bestand, wird ebenfalls nicht verschwiegen: „Mit dem wachsenden Wohlstand des Säkular- und Regularklerus, der nicht weniger als ein Drittel des Königreichs sein Eigentum nannte, wuchs natürlich auch den Pilzen gleich die Zahl desselben“ (35). Diese Tatsache, daß die Vertreter der Kirche sich ein volles Drittel des Landes angeeignet hatten, wird auch von Wycliffe selbst bestätigt*). Hier also haben wir den sozialökonomischen Grund für die Kirchenfeindschaft der böhmischen „Ketzer“. Hus hatte Erfolg: Im Kuttenberger Dekret von 1409 befahl König Wenzel, daß — nach Palacký — „die eingeborene böhmische Nation, nach dem Beispiele der Pariser und der italienischen Universitäten bei allen Acten und Abstimmungen fortan drei Stimmen, die fremden Nationen zusammen aber nur eine haben sollten“.

Die deutschen Professoren und Studenten räumten daraufhin den Tscheden das Feld, verließen Prag und begründeten noch im gleichen Jahre auf sächsischem Gebiet die Universität Leipzig. Hus aber wurde durch diesen für die Tscheden bedeutsamen politischen Sieg der erklärte Führer aller Mißgestimmten im Volke. Obwohl er keineswegs offen für revolutionäre Gedanken eingetreten war, genügte seine nationalpolitische Tätigkeit für das Tschedentum und seine Kritik an den katholischen Lehren, um ihm den

*) De veritate s. scripturae I, 87: „Plus quam tertia pars reddituum regni erat in manu clericorum . . .“

Bannspruch des Papstes zuzuziehen (1413). Er reiste nach Konstanz, um vor dem Konzil seine Lehren zu verteidigen. 1415 wurde er dort als Ketzer verbrannt, ein Jahr später erlitt sein Freund und Mitstreiter, Hieronymus von Prag, den Feuertod.

Das war der offene Bruch. Der Kirchenstreit, der zum Krieg und zur Revolution der tschechischen Bauern führte, ist im Grunde heute noch nicht beigelegt. Der Vatikan hat die Verurteilung des Magisters Hus nicht zurückgenommen, obschon neuerdings aus verständlichen Gründen eine solche Maßnahme ernsthaft erwogen wird. Die Länder der böhmischen Krone sind nämlich in kirchenpolitischer Beziehung heute dadurch ausgezeichnet, daß dort die Freidenker die zweitstärkste Konfession sind, die gleich nach der römischen Kirche kommt. Ich erinnere mich einer Ostermesse im St. Veitsdom in Prag, zur Zeit, als noch die Habsburger herrschten. Der Erfolg der unter ihrer Herrschaft durchgeführten Gegenreformation war noch spürbar. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ostern 1932 war ich wieder zur Messe im Veitsdom. Die Wiedererstehung des selbständigen tschechischen Staates hat auch die alte Gegnerschaft gegen die katholische Kirche wieder belebt, die immer noch durch ihre Verbindung mit „den Deutschen“ und als Verantwortliche für das Konzil in Konstanz im Tschedentum unbeliebt ist. Ostern 1932, obwohl der Erzbischof selbst amtierte und ein feierlicher Kreis von Bischöfen mitwirkte, waren kaum 200 Personen in dem riesigen Kirchenschiff, und unter diesen gleich mir ein großer Teil „Zuschauer“. Die tschedischen Gebiete sind kein gutes Gelände für den Katholizismus, im Gegensatz zur Slowakei; denn die Länder der ungarischen Krone sind nie von der Ketzerei der Husiten und von dem durch den Konzilsstreit entbrannten Krieg berührt worden.

Literatur:

Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, 7. Aufl. Berlin 1931.

Bender, Geschichte der Waldenser. Ulm 1850.

Bretholz, Palackys Kolonisationstheorie. Ztsch. f. Ver. d. Gesch. Mähr. u. Schles. Brünn 1922.

Bretholz, Uebersicht über die Literatur zur böhmisch-mährischen Kolonisation, Jahr.-Ber. f. Kult. u. Gesch. d. Slawen, hgg. Hanisch, I, Breslau 1924, 9 bis 32.

Frind, Kirchengeschichte Böhmens I bis IV, Prag 1872/77.

Höfler, Mag. J. Hus und der Abzug der deutschen Professoren und Studenten aus Prag 1409. Prag 1864.

Kaindl, Zur ältesten Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern, Histor. Vierteljahrssch. 1919, 377 ff.

Loserth, J., Hus und Wycliffe, Prag 1884.

- Martinu, Die Waldenser und die hussitische Reformation. Wien 1910 (mit „imprimatur“ der Kirche!).
- Naegle, Kirchengeschichte Böhmens, Wien 1921.
- Palacký, Geschichte des Hussitentums und Prof. Höfler, Prag 1868.
- Palacký, Ueber die Beziehungen und das Verhältniß der Waldenser zu den ehemaligen Sekten in Böhmen, Prag 1869.
- Palacký, Geschichte von Böhmen. I bis V. Prag 1864/67.
- Zycha, Prag, ein Beitrag zur Rechtsgeschichte Böhmens im Beginn der Kolonisation, Mitt. d. Ver. f. Gesch. d. Deutsch. i. Böhmen, 1911 u. 1912, Prag 1912.
- Zycha, Ueber den Ursprung der Städte in Böhmen und die Städtepolitik der Přemysliden, ebenda 1913, 1914.

22. Hussitenkriege und Habsburger Gegenreformation

Die Grundlage für den religiös-national gefärbten Gegensatz, der in den Hussitenkriegen zum Austrag kam, war auch in diesem Falle in den Klassengegensätzen und dem Klassenkampf um wirtschaftlichen Spielraum zu suchen: Die herrschende Gruppe, Großgrundbesitz, hoher Adel, katholische Kirche, war im wesentlichen deutsch. Im anderen Lager standen der kleine Adel, die Kleinbürger, die Bauern, die Besitzlosen — im wesentlichen das tschechische Element. Aber dieses tschechische Element war in sich keineswegs einheitlich. Der Kleinadel und das Bürgertum hätte sich mit einer Aufteilung der Kirchengüter und dem Zugeständnis des Abendmahls in beiderlei Gestalt zufriedengegeben — diese kirchenorganisatorische Frage berührte das Problem des Unterschiedes zwischen Laien, denen der „Kelch“ nach katholischer Lehre verweigert wird, und Priestern, die mit dem Kelch das „Blut“ des Heilands genießen dürfen. Das Zugeständnis des Kelches an die Laien entsprach also dem demokratischen Bedürfnis nach Aufhebung des Unterschiedes zwischen Laien und Priestern — vor Gott!, keineswegs ohne weiteres in sozialer Hinsicht. Dieser gemäßigten, revisionistischen Gruppe standen die radikalen tschechischen Bauern gegenüber, unter denen die wirtschaftskommunistischen Ideen Wycliffes starke Verbreitung gefunden hatten, sowie die Handwerker gleicher Gesinnung; diese kommunistische Richtung sammelte sich immer mehr um ihren festesten Stützpunkt, das Städtchen Tabor (auf der Bahnstrecke von Prag nach Wien, ca. 100 km von Prag). Daher stammt der Name „Taboriten“ für diese Bewegung.

So scharf nun die Gegensätze zwischen Taboriten und „Revisionisten“ waren — nach außen, im Kampf gegen die Kirche, die „ihren“ Hus verbrannt hatte, im Kampf gegen die Deutschen, waren sie einig. Der regierende böhmische König Wenzel verbot, unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit, die religiösen Kundgebungen der Taboriten. Da begann unter Führung von Žižka der Sturm gegen das Regime. Am 30. Juli 1419 tobte in Prag der Straßenkampf. Wenzel stirbt. Der Nachfolger, der seit 1410 als deutscher Kaiser regierende Sigismund, war den Tscheden als Schirmherr des Konzils von Konstanz und als Deutscher gleich verdächtig. Tabor wird befestigt. Der päpstliche Legat predigt den Kreuzzug gegen die Kommunisten. 1421 ziehen 150 000 Ritter und Söldner gegen die Böhmen. In fünf Schlachten wird das Kreuzheer geschlagen. „In den Jahren 1418 bis 1421 und aufwärts, also genau 500 Jahre vor der russischen und deutschen Revolution, war Tabor, wie jetzt Moskau, der Mittelpunkt aller ketzerisch-sozialen und kommunistischen Bestrebungen Europas“ (Beer 275). Sehnsucht und Glauben der Unterdrückten wirkten in diesem Sammelpunkt selbst nach Abschluß der Hussitenkriege so stark nach, daß noch 1451 der päpstliche Legat Aeneas Sylvius nach einem Besuch der Stadt schrieb:

„Alle Ungeheuer der Schlechtigkeit und der Lästerungen, die sich unter den Christen auffinden, laufen hier zusammen und finden da ihre Zuflucht. Da gibt es so viele Häresien (Irrlehren), wieviel Häupter, und hier ist es freigestellt, zu glauben, was man will“ (Palacký, Beziehungen, 17).

Als Žižka 1424 starb, übernahmen die beiden Prokop den Oberbefehl über die hussitischen Streitkräfte. Und nun, ab 1427, begannen die aktiven Vorstöße der tschedischen Revolutionäre, ihre Scharen zogen nach Oesterreich und Bayern, nach Schlesien, vor Danzig durch das Kaschubenland, ins Sächsische und nach Brandenburg. Als das Kreuzheer, das der Kaiser erneut aufgeboten, 1431 wieder bei Taus geschlagen wurde, sannen Kaiser und Papst auf Vermittlung. Der Friede von Basel 1433 gestand den Laien den Kelch zu und überließ die beschlagnahmten Kirchengüter endgültig dem Adel. Die Revisionisten waren befriedigt. Es kam zur Spaltung: Die Revisionisten erklärten sich zum Frieden mit dem Reich bereit, die kommunistischen Taboriten waren gegen jede Koalitionspolitik, also auch gegen diesen Frieden, die sogenannte „Prager Kompaktate“. Es kommt zum Kampf. Am 30. Mai 1434 wird bei Lipar—Český-Brod die „Rote Armee“ der Linken von dem zahlenmäßig überlegenen Heer der Reformisten geschlagen. Prokop fällt. Die Taboritenmacht war zerschlagen. Eine lebendige Schilderung dieses Ausgangs der Hussitenkriege

findet sich in dem Drama „Das Reich Gottes in Böhmen“ von Franz Werfel.

Wenn auch die Macht Tabors zugrunde ging, die Gedanken Tabors wirkten nach. Aus ihrem Kreise erwuchs die Gemeinschaft der „böhmischen Brüder“. Ihren geistigen Ausgangspunkt bildeten die Schriften des Peter Chelcicky (1390—1460). Aus Elementen der Lehren von Wycliffe, Hus und den Waldensern erwuchs diese Brüdersekte, die manches Aehnliche mit der später entstandenen englischen „Gesellschaft der Freunde“, den Quäkern, besitzt und sich bis auf die Gegenwart erhalten hat. Ihr bedeutendstes Mitglied war der tschedische Erzieher Komenský, als Comenius in der Geschichte der Pädagogik bekannt, eine Persönlichkeit von internationalem Rang (1592—1671). Es war zweifellos ein Erfolg der Hussiten, daß der kulturelle Einfluß des Tschedentums im Osten Europas sich politisch festigte. Tschedisch wurde zur Diplomatensprache für die Höfe der osteuropäischen Staaten. Eine isolierte Politik des siegreichen tschedischen Adels aber auf nationaler Grundlage scheiterte an den wirtschaftsgeographischen Bedingungen des Landes. Die von Südosten drohende Türkengefahr machte schon damals, wenn auch aus ganz anderen Gründen als heute, die Frage der donaustaatlichen Vereinigung dringend. Als die Tochter Sigismunds, die Erbin der böhmischen und der ungarischen Krone, den Herzog von Oesterreich heiratete, entstand aus dieser fürstlichen Verbindung zum ersten Male die staatsrechtliche Vorahnung der späteren österreichischen Monarchie. Gegen den Oesterreicher aber kam es in den böhmischen Landen zu heftigem Widerstand, bis aus den Kämpfen der böhmischen Gruppen das national-tschedische Königtum des Georg von Poděbrad erwuchs. Dieser Zustand dauerte bis 1471. Schon in das Ende seiner Regierung fielen neue Streitigkeiten, die Krone ging formell erst an einen polnischen, dann an einen ungarischen Herrscher über. Im Grunde regierte im Lande die Willkür des einheimischen Adels, der aus seinen Klasseninteressen heraus sich für das Ideal einer Adelsrepublik einsetzte, ähnlich der des benachbarten polnischen Staates. Die Abneigung gegen die deutschen Handwerker, die deutschen Bergleute im besonderen, führte zu deren Abzug; die Beschränkung der Prager Universität auf tschedische Lehrkräfte mußte ihrer internationalen Bedeutung abträglich sein. So lag in der nationalen Begrenzung, die das Hussitentum mit sich brachte, der Keim zum wirtschaftlichen Niedergang des Landes infolge der Lockerung der wirtschaftspolitischen Beziehungen zum römischen Reich deutscher Nation, dessen Teil staatsrechtlich Böhmen und Mähren ja auch während der Zeit der

tschechischen Selbständigkeit geblieben war. Die Abschnürung wird durchbrochen, als durch die deutsche Reformation die böhmisch-reformatorischen Kräfte eine neue Stütze im „Reich“ erhielten, weiter, als 1526 ein Habsburger Katholik die Thronfolge in Böhmen antritt. Gegenreformatorische Bestrebungen der neuen Herrscher richteten sich gegen protestantische Niederlassungen im tschechischen wie im deutschen Sprachgebiet Böhmens. Die Klassenkämpfe der Zeit, die im Reich zur Auseinandersetzung zwischen Zentralgewalt und Ständemacht drängten, machten auch vor Böhmen nicht Halt. Unter Rudolph II., dem romantischen Kaiser, der sich mehr um die Sterne, als um die irdische Politik kümmerte, nahmen die böhmischen Wirren zu. 1609 mußte er im „Majestätsbrief“ den hussitischen Rittern und Stadtvertretern Religionsfreiheit zusichern. Es kam aber unter seinem Nachfolger zu Streitigkeiten über die Auslegung des Majestätsbriefes zwischen den Protestanten und der Partei der Gegenreformation. Mit dem Fenstersturz der kaiserlichen Bevollmächtigten aus der Prager Burg, dem böhmischen Adelsaufstand begann der Dreißigjährige Krieg, dessen erstes geschichtliches Ereignis die Niederschlagung des böhmischen Aufstandes in der Schlacht am Weißen Berge 1620 war. Die Folge dieser Schlacht war der Verlust der politischen Selbständigkeit für die Tschechen und der Einbruch der blutigen Gegenreformation unter Führung der Jesuiten, deren Ehrgeiz es war, jede Erinnerung an Jan Hus und seine Nachfolger auszutilgen. Die Errichtung der böhmischen Hofkanzlei in Wien war das äußere Zeichen für den nun einsetzenden Habsburger Zentralismus.

„Ueber die wichtigsten Angelegenheiten des Landes entschieden fortan nicht die Stände mit ihrem König, sondern dieser selbst nach dem Rate seiner Vertrauten, die oft nicht einmal in Böhmen wohnhaft oder begütert waren. Endlich leitete auch die Schlacht einen Umwandlungsprozeß in den nationalen Verhältnissen ein: Während bis dahin die slawische Bevölkerung im Lande die gebietende war und der Deutsche als „Gast und Fremdling“ eine untergeordnete Stellung einnahm, trat allmählich das umgekehrte Verhältnis ein, der Slawe galt zwar nicht gerade als Gast und Fremdling, wurde aber zu jener untergeordneten Stellung herabgedrückt, welche die Deutschen bis dahin eingenommen hatten“ (Gindely 83).

In Prag wurde eine „Prinzipal-Reformationskommission“ begründet, deren Tätigkeit sich auch auf die Wiederkatholisierung des Adels erstrecken sollte. Nach dem im Prager Stadtarchiv befindlichen Patent des Kaisers Ferdinand II., das am Gedenktage des Jesuitengründers Ignatius von Loyola, am 31. Juli 1627, veröffentlicht wurde, sollte niemand mehr im Lande geduldet werden,

der sich nicht zum Katholizismus bekenne, gleich, ob Mann oder Frau, Adliger, Bauer oder Bürgersmann. Am 21. Juni 1621 waren auf dem Prager Altstädter Ring 27 Führer des tschechisch-protestantischen Aufstandes hingerichtet worden, darunter 11 Deutsche; es wurden in Böhmen 491, in Mähren 135 große Güter eingezogen, aber, um den Schein zu wahren, dem böhmischen Adel eine Sechsmonatsfrist für die Bekehrung zugebilligt, und für den Fall seiner Auswanderung eine Frist von weiteren 6 Monaten zum Verkauf der Güter, „damit es nicht scheine, als ob der Kaiser die Reformation nicht zur Ehre Gottes, sondern um eines Gewinnes willen durchführen wolle“. Die kaiserliche Gewalt suchte den Anschein aufrechtzuerhalten, als ob alles mit „christlichen“ Mitteln erreicht worden sei, was die Gegenreformation sich zugute hielt. Wie das in Wahrheit zugeing, dafür bot die reiche Gegend von Kuttenberg ein besonders anschauliches Beispiel: „Obwohl Wolfsstirn (der kaiserliche Befehlshaber) selbst zahlreiche Einkerkierungen verfügte oder die von seinen Untergebenen verfügten guthieß, und obwohl durch die einquartierten Soldaten den Bedrängten ihre letzte Habe weggenommen wurde, behauptete er doch in sonderbarer Verblendung, daß er bei der Bekehrung nicht das geringste angewendet habe, was das Ansehen eines Zwanges habe, sondern lauter „glimpfliche Herz und Gemüt erweidende Mittel““ (Böhmisches Staathaltereiarchiv, Gindely 282). Verweigerung der Bekehrung zur katholischen Kirche wurde als Ungehorsam gegen die kaiserlichen Befehle ausgelegt und daher als politisches Verbrechen geahndet. An 30 000 Familien, unter ihnen Komenský, wurden ausgewiesen, drei Viertel des Bodens beschlagnahmt und an die Söldner von ganz Europa ausgehändigt. „Einen beträchtlichen Teil des böhmischen Vermögens hat sich der Kaiser selbst angeeignet“, stellt Masaryk fest.

Der Ständekampf wurde so mit Hilfe der Jesuiten zugunsten der Habsburger Kaiser entschieden. Der Ausgang des Kampfes ging zwar mit einem Vordringen des Deutschtums Hand in Hand, hatte aber für die tschechischen Länder den Vorteil, daß ihre Verbindung mit dem Westen erhalten blieb und zunehmend verstärkt wurde. Soweit die Länder überhaupt bei der Krone blieben — 1635 ging die Lausitz, das wendische Land, 1763 der größere Teil Schlesiens verloren —, hat der unter Maria Theresia nach preußischem Vorbild eingeführte Verwaltungszentralismus (seit 1749) immerhin bewirkt, daß unter den Westslawen die Tschechen heute diejenige Gruppe sind, die in einem Lande herrschen, das einen west- bzw. mitteleuropäischen Zivilisationsstandard aufweist, im

Gegensatz zur Slowakei etwa oder den jenseits der ehemaligen schlesisch-galizischen Grenze liegenden, heute polnischen Gebieten.

Literatur:

Beer, siehe Kap. 21.

Chaloupecky, Selská otázka v husitství. Bratislava 1926.

Gindely, Geschichte der Gegenreformation in Böhmen, Leipzig 1894.

Kuffner, Husitské vojny v obrazech. Kral. Vinohrady 1908.

Vogl, Peter Chelzizky, ein Prophet an der Wende der Zeiten. Zürich-Leipzig 1926.

23. Die Tschechen im 19. Jahrhundert

Mit dem Siege der Warenproduktion als allgemeiner Form der Produktion kündete das 19. Jahrhundert seinen Sieg über das feudale Mittelalter an: Die Stärke des Verkehrs wächst, die Menschen kommen inniger in Berührung miteinander, das mündliche Herkommen muß durch Benutzung der Schrift abgelöst werden, der Analphabetismus geht zurück, und „aus der Gemeinschaft der Schriftsprache erwächst die moderne Nationalität“ (Kautsky). Das Tschechische war infolge der Gegenreformation zu einer ländlichen Mundart herabgesunken. Das ergab sich aus dem Bestreben nach einheitlicher Geschäftssprache in der österreichischen Monarchie, es war keinesfalls, wie es die neuere tschechische Propagandaliteratur darzustellen liebt, ein gegen die Tschechen als Nationalität gerichtetes Vorgehen. Der feudale Staat Maria Theresias kannte das Bestreben nach Nationalpolitik noch nicht — die Nationalpolitik ist, wie bereits öfters ausgeführt wurde, eine Begleiterscheinung des bürgerlichen Zeitalters. So erklärt sich denn auch, daß 1752 das Tschechische Lehrgegenstand an der Militärakademie wurde, 1775 ein Lehrstuhl für tschechische Sprache in Wien, 1791 in Prag errichtet wurde. Joseph II. führte durch Dekret 1784 allgemein das Deutsche als Amtssprache ein unter ausdrücklicher Betonung, daß diese Maßnahme nicht die Ausrottung der Muttersprache, sondern die Erleichterung des Wirtschaftslebens durch eine allgemeine im ganzen Reich verstandene Geschäftssprache zum Zwecke habe. Diese Auffassung teilte in einer Entscheidung sogar das Oberverwaltungsgericht der ČSR (Hassinger 254).

Die enge Verflechtung der tschechischen Gebiete mit dem deutsch geleiteten Wirtschafts- und Kulturkreis erklärt es, daß die ersten großen wissenschaftlichen Leistungen tschechischer For-

scher im 19. Jahrhundert, auf sprachwissenschaftlichem und geschichtlichem Gebiete, zuerst in deutscher Sprache veröffentlicht wurden (Palacký, Dobrowsky). Das geschichtliche Interesse in Verbindung mit den wirtschaftspolitischen und verkehrstechnischen Erfordernissen des entstehenden Bürgertums schuf auch in den böhmisch-tschechischen Ländern die Grundlage für das Wiedererwachen der „tschechischen Nationalität“. Eine Literatursprache der Tschechen gab es bislang noch nicht. Es ist das Verdienst des Gymnasiallehrers Josef Jungmann (1773—1847), sie geschaffen zu haben. Die literarische Vereinigung „Mutterlade“ (Maticе) machte sich die Pflege des Tschechischen zur Aufgabe, und aus ihrem Gedankenkreise erwuchsen die Förderer des Tschechischen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Dichter Kollár, ein panslawistischer Romantiker, der Zeuge des Wartburgfestes der deutschen Burschenschaft 1817 gewesen war; Šafařík, der Erforscher der „slawischen Altertümer“; schließlich Havlíček (1821—1856), der Herausgeber der ersten tschechisch-politischen Zeitung in Prag (Národní Noviny 1845). In diese Zeit fällt bereits die erste Ueberspitzung des slawischen „Nationalgefühls“: der spätere Bibliothekar des böhmischen Nationalmuseums Wenzel Hanka fälschte die „Königinhofer“ und die „Grünberger“ Handschrift, um zu beweisen, daß die tschechische Schriftsprache bereits im 9. und 13. Jahrhundert eine Rolle gespielt habe. Dobrowsky erkannte die „Dokumente“ sofort als Fälschungen, vermochte sich aber mit seiner Ansicht gegenüber der Autorität von Palacký, der sie für echt hielt, nicht durchzusetzen. Der Streit um diese Handschriften — an sich eine wissenschaftliche Fachfrage — ist ein überzeugender Beweis für die Schärfe, die die Auseinandersetzung zwischen herrschendem deutschen und aufkommendem tschechischen Bürgertum bereits angenommen hatte. Psychologisch war die Ueberempfindlichkeit des Tschechentums verständlich, wie sogar der sehr entschieden deutsche Interessen wahrnehmende Hugo Hassinger, Geograph in Basel und Verfasser der bisher vollständigsten Darstellung des Wesens des tschechischen Staates (1925), zugibt,

„daß ein von der Warte älterer gesellschaftlicher, geistiger und wirtschaftlicher Kultur herabblickendes, durch die Geschichte an Privilegien gewöhntes deutsches Bürgertum ältere und jüngere Leistungen der Tschechen öfters allzu vornehm übersah, allzu gering bewertete“ (115).

Während der tschechische Bauer auf durchschnittlich fruchtbarem Lande halbwegs sein Auskommen fand, waren die randständigen „Gebirgler“, vornehmlich deutschsprachige Böhmen, genötigt, ihre Ackerwirtschaft durch Aufnahme der Manufaktur zu

ergänzen. Das ist der wirtschaftsgeographische Grund dafür, daß die werdende böhmische Industrie sich vorzugsweise in den deutschen Randgebieten entwickelte. Es entstand nunmehr ein politischer Wettstreit des deutschen und des tschedischen Bürgertums. Beide Gruppen forderten in Prag 1848 die Selbständigkeit Böhmens, aber am 25. April 1848 traten die Deutschen aus dem Prager Nationalausschuß aus und nahmen Fühlung mit der deutschen Frankfurter Nationalversammlung. In Frankfurt traten die demokratischen Deutschböhmern für Anschluß der deutsch-böhmischen Gebiete an Oesterreich ein, unter Beseitigung der Habsburger. Das deutsche Großbürgertum aber wollte die Großmonarchie aufrechterhalten, um die nichtdeutschen Gebiete weiter ausbeuten zu können. Die Verhandlungen wurden durch die geschichtlichen Ereignisse überholt; die Niederschlagung des 48er Aufstandes in Wien am 31. Oktober 1848 machte Oesterreich zum Herrschaftsbereich der Gegenrevolution, nachdem die Unterdrückung des Prager Pfingstaufstandes und die Zerschlagung des Slawenkongresses durch die Truppen von Windischgraetz (16. Juni 1848) die separatistischen Absichten der demokratischen Tschechen schon vorher erledigt hatte.

Obwohl gerade der hervorragende Historiker Palacký auf dem Prager Slawenkongreß zunächst eine sehr zwiespältige Rolle spielte — er hatte sich zur Teilnahme nur bereit erklärt, wenn der Kongreß loyal zur „Rettung Oesterreichs“ sich zusammenfinde! — schreibt Masaryk nicht mit Unrecht:

„Das Jahr 1848 hatte für unser Volk eine große Bedeutung, eine größere als für andere Völker. Zum ersten Male ist nach mehr als 200 Jahren die Nation politisch und selbständig aufgetreten. Zum ersten Male nach 100jähriger Unterdrückung durch die Gegenreformation hat die böhmische Nation politisch ihre Stimme erhoben. Die Nation! Die offizielle Nation bildeten nach absolutistischer Verfassung allerdings die Stände und ihr volkliches Anhängsel. Die Nation meine ich nicht, sondern die durch das Volk, durch den kleinen Mann repräsentierte Nation... Auf der denkwürdigen St.-Wenzeslaus-Versammlung befinden sich unter den ersten politischen auch soziale Forderungen (Organisation der Arbeit und Lohnes)“ (Palackýs Idee, 38).

Die sozialen Forderungen seitens des radikalen tschedischen Flügels nötigten auch die Gemäßigten und Loyalen zur entschiedeneren Stellungnahme. So entstand dann das berühmte Wort Palackýs: „Wir Slawen werden dem (Zusammenbruch Oesterreichs) mit aufrichtigem Schmerz, aber ohne Furcht entgegensehen. Wir sind vor Oesterreich gewesen und werden auch nach ihm sein!“ Als aber die in Habsburger Uniformen einrückenden slawischen Soldaten den Kongreß auseinanderjagten, fand sich die

Loyalität des Adels und des gemäßigten Bürgertums rasch wieder und rechtfertigte die Ansicht des revolutionär-anarchistischen Russen Bakunin (der auf den Prager Barrikaden mit nur zwei anderen Mitgliedern des Kongresses, Brlic und Hurban, mitkämpfte), daß die Regierung den Kongreß nur solange geduldet habe, wie sie glaubte, ihn als Gegenkraft gegen die Wiener und Budapester Revolution gebrauchen zu können.

Das tschedische Bürgertum mußte sich zunächst bescheiden und versuchen, im wirtschaftlichen, aber staatsrechtlich loyalen Kampf seine Stellung zu sichern. Für die Festigung der nationalen Bestrebungen gewannen größte Bedeutung die 1862 von Fügner und Tyrš nach dem Vorbild der deutschen Turner begründeten Sokoln, die 1910 95 000, 1922 360 000 Mitglieder zählten. Am wirtschaftlichen „Unterbau“ arbeiteten die führenden Kreise des tschedischen Bürgertums. 1868 entstand die erste tschedische Bank, die heute noch führende Živnostenská Banka, 1898 die Böhmisches Industriebank. Das tschedische Genossenschaftswesen wurde ausgebaut; von den fünf Handelskammern Böhmens wurden drei tschedisch (Prag, Budweis, Pilsen); seit 1884 gewannen die Tschechen auch in der landwirtschaftlichen Großindustrie eine führende Stellung. Die übrige Großindustrie dagegen, der Großhandel und vor allem die für Böhmen so wichtige Berg- und Hüttenbranche blieb fast ganz in deutscher Hand. Welche Verschiebung die Neugründung des tschedischen Staates für den deutschen Wirtschaftseinfluß in Mitteleuropa bedeutete, läßt sich zahlenmäßig ermessen, wenn man berücksichtigt, daß das Gebiet der heutigen ČSR ein Fünftel der Fläche der früheren Monarchie und ein Viertel ihrer Einwohner umfaßt, aber drei Viertel ihrer Industrie, darunter 93 v. H. der Zuckerindustrie, 66 v. H. der Brennstoffgewinnung, 60 v. H. der Bierproduktion, 50 v. H. der Alkoholgewinnung, zwei Drittel der Eisen- und fast vier Fünftel der Textilindustrie. Mit diesem Produktionsapparat ist die ČSR der industriell stärkste der 1919 neu geschaffenen Staaten geworden und daher auch die wichtigste Größe in der Europapolitik der Schutzmacht der osteuropäischen „Nachfolgestaaten“, das besondere politische Protektionskind Frankreichs.

Literatur:

Beneš, Le problème Autrichien et la Question Tchèque, Paris 1908.

Fichelle, Les conditions historiques et géographiques de l'économie nationale tchécoslovaque, Pamiętnik II. Zjazdu słow. geog. . . . II 41, Kraków 1930.

Hassinger, Die Tschechoslowakei, Wien-Leipzig-München 1925.

Masaryk, Palackýs Idee des böhmischen Volkes, Prag 1898.

Bild 39
Seite 160

Bild 58
Seite 224

Bild 42
Seite 161

- Pollatschek, Die böhmische Frage, Neue Zeit XIV 1895 I 173 f.
 Strauß, Die nationale Revolution in Deutschböhmen 1848, Kampf XX, 1927, 32 ff.
 Vesely, Industrie et Commerce, in Encyclopaedie tschécoslovaque, Paris 1923 (Orbis Praha).
 Wendel, Der Prager Slawenkongreß von 1848, Gesellschaft III 1926, 2, 459 ff.

24. Die Gründung des tschechischen Staates

Im alldeutschen Lehmannschen Verlag in München erschien 1918 die Schrift eines Mitgliedes des österreichischen Reichsrats Dr. F. Wichtl: „Dr. Karl Kramarsch, der Anstifter des Weltkrieges“. Diese, von nationalistischer Einseitigkeit bestimmte Darstellung geht von der naiven Auffassung aus, daß Personen die Geschichte und also auch die Kriege „machen“. Die Schrift ist ohne jedes wahrhafte Verständnis für geschichtliche Kräfte. Aber ihr Verfasser erkennt die große Rolle, die in der Vorbereitung des Staates des tschechischen Bürgertums Dr. Kramář, der erste Ministerpräsident der ČSR, gespielt hat. Er war, der Gesinnung nach, keineswegs demokratisch, der Leiter der tschechischen Inlandrevolution. Als Vertreter des national-kapitalistischen tschechischen Bürgertums hatte er bis zu seiner Verhaftung und dem ihm 1915/16 gemachten Hochverratsprozeß die Fäden der von Prag aus organisierten Opposition gegen die Habsburger und die Kriegspolitik der Mittelmächte in seiner Hand. Sein bedeutendster Mitarbeiter war der kürzlich verstorbene Prager Rechtsanwalt Scheiner, der langjährige Obmann der tschechischen Sokolverbände, die den demokratischen Teil der tschechischen Bewegung verkörpern. Scheiner war es zuzuschreiben, daß der tschechische Propagandadienst mit Hilfe des Technikers Očenášek die geheime Telephonleitung ausfindig machte, die das Berliner Schloß während des Krieges mit der Wiener Hofburg bzw. dem Schloß Schönbrunn, dem Sitze des österreichischen Kaisers, verband, der also jede Geheimnachricht wie auch die Privatgespräche der beiden Kaiser abhören konnte. Die Stenogramme dieser Telephonate gingen jeden Abend an Scheiner und wurden von diesem der tschechischen Auslandspropaganda durch einen eigenen, der österreichischen Militärverwaltung unbekannten Kurierdienst nach der Schweiz und von da nach London befördert.

In der Schweiz wirkte seit Januar 1915 Masaryk für die tschechische Sache. Er hatte im ersten Kriegsjahr in Holland, England

und Italien die Stimmung abgetastet. Im Januar wurde ihm durch seinen Freund und Schüler Beneš, den späteren Außenminister der ČSR, mitgeteilt, daß die österreichische Heeresverwaltung Geheimbefehl erlassen habe, ihn, Masaryk, beim Grenzübertritt verhaften zu lassen. So blieb der künftige Präsident im Ausland und knüpfte die Fäden zwischen der tschechischen Emigration und den Kabinetten von London, Paris und Rom enger und enger. Masaryk hatte nicht nur einen Namen von wissenschaftlichem Rang, er war auch als Politiker freiheitlich-demokratischer Richtung seit Jahrzehnten bekannt. Bereits um die Jahrhundertwende hatte er im alten Oesterreich gegen den Ritualmordaberglauben Sturm gelaufen, als der Jude Hilsner im sogenannten Polnaer Prozeß verurteilt worden war, weil er angeblich ein christliches Mädchen aus religiösen Gründen ermordet hatte. Im Dezember 1907 führte er die berühmt gewordene Kulturdebatte gegen den reaktionär-klerikalen Wiener Oberbürgermeister Lueger im österreichischen Parlament, in der er den Klerikalen aller Richtungen entgegentrat:

„Auf daß Sie zum Unheil unserer Völker die Schule nicht schädigen, darum sind wir auf der Hut. Denn was wollen Sie?... Sie wollen mit dem Staate, d. h. mit der Polizei... die Religion stützen... So können Sie die Schule schädigen; Sie können durch Ausnutzung der Staatsgewalt ein Matrikelchristentum stärken, aber das wahre Christentum werden Sie damit keinesfalls begünstigen. Diese Art und Weise, fast möchte ich sagen, Philosophie zum höchsten Heurigen und diese Rathauskellertheologie, die werden Oesterreich nicht retten!... Ihre religiösen Gefühle tastet niemand an. Wir wollen die Freiheit für uns, während Sie der Verweltlichung, dem Mammon der Kirche das Wort reden... Ich muß und darf hier als Tscheche sprechen, als ein Sohn des Volkes, das einen Hus, einen Chelcicky und einen Comenius gehabt hat. Dieses Volk wird in seiner Majrität nie klerikal sein, und kann es nicht sein. Das tschechische Volk hat als das erste die Fesseln Roms gesprengt in der hussitischen Reformation, und wenn einer von den Rednern auf dem Katholikentage uns die Ferdinande und die Gegenreformatoren als Ideale hinstellt, so müssen wir als tschechische Politiker... die Antireformation mit ihrer religiösen Gewalttätigkeit und ihrer fürchterlichen Konfiskation der Güter — fast drei Viertel des ganzen Landes wurden konfisziert — nur verurteilen...“

Den entscheidenden Schritt seiner politischen Tätigkeit aber brachten die Jahre 1908 und 1909. Hatte er bislang versucht, als tschechischer Liberaler gegen Aberglauben und Klerikalismus und für nationalen Föderalismus, aber doch innerhalb einer verbesserungsbedürftigen, jedoch auch verbesserungsfähigen österreichischen Monarchie zu kämpfen, so machten die Auseinandersetzungen zwischen Masaryk und dem österreichischen Außenministerium nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina seinem Glauben an die Ehrlichkeit des Gegners ein Ende. Am 3. März 1909

begann in Agram-Zagreb der Hochverratsprozeß gegen 53 Serben und Kroaten, der mit 53 Galgen enden sollte. Masaryk wies in mehreren Verhandlungen des Parlaments und der sogenannten Delegationen nach, daß die Unterlagen zu diesem Prozeß mit Wissen des österreichischen Gesandten Forbach in Belgrad gefälscht worden seien und daß also das kaiserliche Außenministerium sich bei seiner gegen die Südslawen gerichteten Politik gefälschter Dokumente bediene, wofür ein maßgebender Beamter des auswärtigen Dienstes die Verantwortung trage. Der Außenminister Graf Aehrenthal gab ausweichende Antworten. Nicht eine der Anklagen des tschedischen Abgeordneten vermochte er zu entkräften. Seither war sich Masaryk darüber klar, daß eine Politik für die freiheitliche Entwicklung der in Oesterreich lebenden Völker nur gegen, nicht mit Oesterreich gemacht werden konnte. Das war der Mann, der nun, ab 1915, geistiges Haupt der tschedischen Auslandpropaganda wurde.

Noch im Herbst 1915 wurde in Paris von Beneš und dem slowakischen Astronomen, nachmaligem Kriegsminister Štefaník der Conseil National des Pays Tchèques, der tschedische Nationalrat begründet, der 1916 von der französischen und englischen Regierung als offizielle Vertretung des tschedischen Volkes anerkannt wurde. Das geschah auf Grund der Tätigkeit der un-
gemein geschickten Diplomaten, als die sich Masaryk und Beneš erwiesen. Es war nämlich keinesfalls so, daß das „ganze tschedische Volk“ bereits bewußt die Ablösungsbestrebungen vertrat und somit „hinter der Auslandsvertretung“ stand. Vielmehr hat die „Bohemia“ am 19. März 1924 ein Schreiben des Tschedischen Verbandes veröffentlicht, das unter anderem vom damaligen Führer der tschedischen Sozialdemokraten Šmeral unterzeichnet war und lautete:

„Wir wollen dem Kaiser versichern, daß wir immer zu ihm und seinen Nachfolgern stehen werden, daß wir unsere Forderungen stets zugunsten der Habsburgerdynastie und des Reiches halten werden, daß wir dem König und Staat treu dienen und daß unsere Beschwerden niemals den Glauben erschüttert haben, daß wir nach einer für uns siegreichen Beendigung des Weltkrieges die Rechte des tschedischen Volkes im Rahmen des Reiches und unter den Habsburgern erreichen werden. Unterfertigt: Staněk, Šmeral, Mastalka.“

Selbst am 30. Mai 1917, nachdem der neu gekrönte Kaiser Karl das Parlament zusammengerufen hatte, sprachen sich die tschedischen Parteien noch für ein Verbleiben der „historischen Länder“ der böhmischen Krone in der Monarchie aus, erhoben aber anläßlich dieser Erklärung zum ersten Male Anspruch auf die slowakischen Gebiete Ungarns. Erst die Revolution in Rußland und

die Wendung der Kriegslage zugunsten der Westmächte schuf für die Auslandspropaganda den wirklichen Rückhalt in der Heimat, dessen Vorhandensein sie längst behauptet hatte. Am 2. Juli 1917 wurden die seinerzeit zum Tode verurteilten, dann zu zwanzig Jahren Kerker begnadigten Kramař, Scheiner usw. freigelassen. Am 10. Januar 1917 war von den Ententemächten die Schaffung einer unabhängigen Tschechoslowakei als Kriegsziel aufgestellt worden. Masaryk war inzwischen über Schweden nach Rußland gegangen, hatte dort den Abtransport der „tschechischen Legionen“ in die Wege geleitet, die 1917 offiziell in den Heeresverband der Entente aufgenommen worden waren. Er war dann über Japan nach Amerika gereist, hatte am 30. Mai 1918 in Pittsburg mit den amerikanischen Slowaken den Vertrag über Anschluß der slowakischen Gebiete an den neuen Staat unter Gewährung einer Autonomie abgeschlossen und am 3. Oktober 1918 erreicht, daß der ruthenische Nationalrat in Scranton den Anschluß einer ebenfalls autonomen „Podkarpatska Rus“ an die ČSR zugestand. Inzwischen überstürzten sich in Europa die Ereignisse. Am 28. Oktober 1918 übernahm in aller Ruhe und ohne einen Schuß die vom Prager Nationalrat eingesetzte Regierung die Geschäfte, am 14. November 1918 erklärte die tschechische Nationalversammlung die Habsburger für abgesetzt, nachdem Kaiser Karl bereits drei Tage zuvor abgedankt hatte. Zu einer ernsthaften Auseinandersetzung kam es erst, als es sich um die Hoheitsrechte in den deutschen Gebieten Böhmens zu handeln begann.

In der Provinz hatte der Umsturz vielfach zu Deutschenverfolgungen geführt. In den deutschen Gebieten der Sudetenländer hatten aber die Tschechen fast gar keinen Einfluß, weil es außer in den Braunkohlengebieten des böhmischen Nordens dort kaum größere tschechische Siedlungen gab. Andererseits wollte die neue Regierung keinesfalls auf diese Teile der „historischen Länder“ verzichten. Es kam zu Zusammenstößen, als die in den Sudetengebieten gewünschte Teilnahme an den Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung verweigert wurde. Am 4. März 1919 trat die deutsch-österreichische Nationalversammlung zusammen. In den deutsch-böhmischen Städten gab es Kundgebungen für das „Selbstbestimmungsrecht“. An sieben Orten kam es zu Zusammenstößen mit dem Militär, wobei in Kaaden 25, in Sternberg 16, im ganzen 57 Tote und an 100 Schwerverwundete am Platze blieben. Die tschechischen Truppen hatten in der Zeit vom 28. November bis 16. Dezember ohne Widerstand das deutschsprachige Gebiet besetzt. Die in Reichenberg aus den deutschen Reichsratsabgeordneten gebildete Regierung dieses Gebietes, der sich der Znaimer



Bild 53. Boikische Bäuerinnen auf dem Markt in Užhorod



Bild 54. Ukrainische Waldarbeiter in Tiačëvo



Bild 55. Die Bat'afabriken in Zlín (Mähren)



Bild 56. Eingang der Bat'abetriebe (s. nebenst. Anm.)

Kreis und der Böhmerwaldgau angeschlossen hatten, verlegte am 11. Dezember ihren Sitz nach — Wien; sie gab damit praktisch den Einfluß auf das nordböhmische Gebiet auf. Aber auch die Besetzung der österreichischen Grenzkreise durch die Tschechen war nicht zu hindern, sofern sich nicht Deutsch-Oesterreich von jeder Kohlenzufuhr abschneiden wollte, die die Tschechen in der Hand hatten. Schließlich darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, daß in Aussig, wo infolge des Hungers Plünderungen vorkamen, das deutsche Bürgertum aus Angst vor dem „Bolschewismus“ selbst nach tschechischer Besatzung rief! Dieses Bürgertum hat also wenig Grund, sich über Vergewaltigung zu beklagen. Es hat sich auch mittlerweile mit der tschechischen Bruderklasse verbündet.

Damit aber soll keineswegs entkräftet werden, daß die folgenden Jahre, bis etwa 1925, eine ziemlich schonungslose Tschedisierung brachten. Die „historische“ Begründung für dieses Vorgehen, das im Grunde den früher von Masaryk geäußerten Ansichten schnurstracks zuwiderlief, aber durch die von Kramář eingeleitete Politik begünstigt wurde, fand man in der nun Schule machenden tschechischen Geschichtsdarstellung, die alles, was es in dem neuen Staatsgebiet gab, auf tschechische Kulturleistungen zurückzuführen bemüht war, abgesehen von den statistischen Fälschungen, die das sogenannte *Mémoire III* enthielt, das die tschechischen Vertreter zur Begründung ihrer Gebietsansprüche der Friedenskonferenz vorlegten. Daß sich diese auf der Friedenskonferenz schon halbwegs gemäßigt hatten, versteht man, wenn man die ans Phantastische grenzenden Pläne kennt, die in gewissen tschechischen Kreisen vor der Staatsgründung ernsthaft erwogen wurden und später dann von den offiziellen Unterhändlern abgeleugnet worden sind. Es handelt sich da vor allem um den von Hanuš Kuffner ausgearbeiteten Plan der Aufteilung Mitteleuropas, der in der Tat der Friedenskonferenz in 150 Exemplaren vorgelegt hat. In Kuffners Schrift *Náš stát a světový mír* (Unser Staat und der Weltfriede) — vgl. Karte 15 — heißt es, daß das tschechisch-slowakische Gebiet die Oder, die Donau und die Theißlinie beherrschen müsse. Die Einschnürung der tschechischen Gebiete durch ein deutsches Reich solle vermieden werden durch Abschnürung eines „deutschen Reservats“ („*Německá Re-*

zu Bild 56: Die Ueberschriften über den Toren lauten: „Tragen wir tadelloses Schuhwerk, seien wir allen ein Vorbild der Beschuhung! Tragen wir Spezialschuhe für jeden Zweck, laßt uns die Ersten sein in ihrer Ausnutzung! Pflegen wir unsere Füße durch Kultur des Schuhwerks!“

service“) von der Küste durch Schaffung einer Reihe von Pufferstaaten.

Wenn also auch diese imperialistischen Pläne wirkungslos bleiben mußten, so erschien nunmehr das Bild der tschedischen Geschichte ein wenig anders, als es die Wissenschaft rechtfertigen



Karte 16

Aus Hanuš Kuffner, *Náš stát a světový mír*.

Das tschedisch-slowakische Gebiet muß die Oder-, die Donau- und die Theiß-Linie beherrschen. Die Umklammerung durch einheitlich organisiertes deutsches Gebiet soll vermieden werden durch Abschüttung des „deutschen Reservats“ (Německá Reservace) vom Meer und den Nachbarstaaten mit Hilfe der Bildung einer Reihe von „Pufferstaaten“ und Trennung von Italien durch Vergrößerung der Schweiz, zu der Tirol und Vorarlberg geschlagen werden. Die anderen Pufferstaaten sind die „Mittelmark“ (Středomezí) im Süden mit Wien und Salzburg, „Oberrhein“ (Hornorýnsko) mit Straßburg und Mainz und den entsprechenden Brückenköpfen auf dem rechten Rheinufer, Vergrößerung Belgiens bis zur Rheinlinie mit Koblenz und Köln und den Brückenköpfen, Vergrößerung der Niederlande (Nizozemí) durch das Ems-Land, „Weserland“ (Vezefansko) mit Hannover, „Untereibe“ (Dolnolabí) mit Hamburg, „Oderelbe“ (Odrolabí) mit Berlin und Stettin, „Pommern“ (Pomofany) als selbständiges Küstengebiet unter polnischem Einfluß.

könnte. In Amerika beispielsweise wurde ein Artikel veröffentlicht, in dem es hieß: „Die Tschechoslowaken leben in kompakter Masse in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei... in einer Menge von über 13½ Millionen“ (Stanoyevitch, 268). Die amtliche Volkszählung im neuen Staat von 1921 ergab für die ganze Republik Tschechen und Slowaken oder, wie es nun amtlich hieß, „Tschechoslowaken“, 8 760 937 bei 13,6 Millionen überhaupt, in denen also rund 5 Millionen Deutsche, Magyaren, Ukrainer usw. enthalten sind. In der Einleitung zum Industrie-Band der tschedischen Enzyklopädie, die tschedisch und französisch erscheint,

heißt es: „Es gibt in Prag großartige Monumente aller Stilarten, vom romanischen aus dem 9. Jahrhundert bis zu den modernsten Stilen über die Gotik, die Renaissance, den Barock und des Empire... Diese einfache Tatsache zeigt klar die große wirtschaftliche Bedeutung Prags und des tschedischen Staates im Wandel der Jahrhunderte.“ Es ist wie bei den Polen: Kaum ist ein unterdrücktes Bürgertum die Unterdrücker los, unterdrückt es alle anderen. Und man kann sich angesichts solcher kindlichen Geschichtsklitterung, die alle „fremden“ Einflüsse verschweigt oder ableugnet, nur den Worten Döblins anschließen, der in seiner „Reise in Polen“ klagt: „Ich weiß, wie Geschichte gelehrt wird: Größenwahn mit Unwissen gekoppelt. Ich weiß, wie Freiheit gelehrt wird: mit Haß auf den Nachbarn.“ Zur Begründung der Errichtung eines ausgedehnten tschedischen Minderheitsschulwesens in den nichttschedischen Gebieten hieß es noch 1931, daß es

„gerade im Grenzgebiet viele Familien gebe, welche unter dem alten Regime ihrem Volke entfremdet wurden; diese frisch zu gewinnen ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. Und dieses Recht und diese Pflicht muß gelten auch für unsere Schulen. Wir müssen so viel zurückerobern, und wenn dies unsere Minderheitsschulen nicht täten und nicht tun dürften — wohin kämen wir dann?“ (Silesia, Troppau, nach Hraníčar [Grenzkämpfer], 21. März 31).

Stark ist diese imperialistische Politik innerhalb des eigenen Landes beeinflusst worden durch den Druck, den die nach abenteuerlicher Fahrt über Sibirien zurückkehrenden tschedischen Legionen auf die Regierung ausübten. Die national aufgepeitschten Soldaten forderten den Lohn für ihre „Heldentaten“ in Form einer angemessenen Wirtschaftsgrundlage. Ihre Abschiebung in die Verwaltung der Trafiken, der Verkaufsläden der Staatsmonopole, war ein nicht ernst zu nehmender Versuch zu ihrer Beruhigung. Also schickte man sie auf „Vorposten“ in die neu erworbenen Gebiete — übrigens weitaus weniger in die deutschen Randgebiete als in den Osten. Der Vormarsch der Roten Armee der ungarischen Räte gab den Anlaß, tschedische Truppen in die Slowakei und die Karpatho-Ukraine zu legen. Dort waren „Stellen“ zu besetzen. Und sie wurden besetzt. Von Autonomie war nichts mehr zu hören, trotz der Verträge von Pittsburg und Scranton und der Friedensverhandlungen in Paris. Zu harten Auseinandersetzungen kam es mit der polnischen Republik. Am 22. Januar 1919 hatten Legionäre im Auftrage von Kramář Teschen (Těšín) besetzt. Es kam zu Kämpfen mit den polnischen Truppen. Als die ČSR im russisch-polnischen Krieg neutral blieb, wuchs die Spannung zwischen den Staaten, zumal die Grenzen im schle-

Bild 43
Seite 161

sischen und im Tatragebiet noch nicht bereinigt waren. Erst am 6. März 1924 wurden in Krakau die Streitpunkte beseitigt und seither herrschen freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn — nicht ohne daß wiederum Frankreich seine Interessen an dieser Befriedung sehr dringlich geltend gemacht hätte.

Literatur:

- Beneš, Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution, Berlin 1928.
 Kramař, Das Slawentum, sein Abbild in der Vergangenheit und Gegenwart, Prag 1912.
 Kuffner, Naš stát a světový mír, Praha 1918. Deutsch: Warnsdorf 1922.
 Klante, Von der Wolga zum Amur, die tschechische Legion und der russische Bürgerkrieg. Berlin/Königsberg Pr. 1932.
 Masaryk, Die Notwendigkeit der Revision des Polnaer Prozesses, Wien 1899.
 Masaryk, Der Agramer Hochverratsprozeß und die Annexion von Bosnien und Herzegowina. Wien 1909.
 Masaryk, Vasic-Forgach-Aehrenthal, Einiges Material zur Charakteristik unserer Diplomatie. Prag 1911.
 Pollatschek, Thomas Masaryk, Gesellschaft VII, 1930, I. 213 ff.
 Rychnovsky, Masaryk. Prag 1930.
 Stanoyevitch, siehe Kap. 9.
 Vesely, siehe Kap. 23.
 Wichtl, Der wahre Anstifter des Weltkrieges. München-Wien 1918.

25. Klassenkämpfe im neuen Staat

Im Gegensatz zu dem landwirtschaftlichen Uebergewicht, das die Wirtschaft der anderen „Nachfolgestaaten“ auszeichnet, besteht in der ČSR ein halbwegs ausgeglichenes Strukturgleichgewicht infolge der industriellen Erbschaft der Donaumonarchie. Im Westen, in den böhmischen Ländern, vereinigt sich die Industrie, während in den östlichen ehemals ungarischen Gebieten die Landwirtschaft durchweg ausschlaggebend ist.*) Die auf kurze Frist

*) Gewerbliche Betriebe in der ČSR am 27. Mai 1930:

Beschäftigte Personen	Böhmen	Mähren und Schlesien	Slowakei	Podkarp. Rus	ČSR
1 bis 5	390 748 91,3 v. H.	162 938 92,0 v. H.	89 949 93,3 v. H.	15 706 94,9 v. H.	91,8 v. H.
6 bis 19	26 521 6,2 v. H.	10 290 5,8 v. H.	5 094 5,3 v. H.	697 4,0 v. H.	6,0 v. H.
20 bis 49	6 327 1,5 v. H.	2 249 1,3 v. H.	793 0,8 v. H.	70 0,4 v. H.	1,3 v. H.
50 bis 199	3 410 0,8 v. H.	1 299 0,7 v. H.	416 0,4 v. H.	58 0,4 v. H.	0,7 v. H.
über 200	959 0,2 v. H.	413 0,2 v. H.	128 0,2 v. H.	12 0,1 v. H.	0,2 v. H.

zusammengedrückte Bemühung, aus geschichtlich und wirtschaftlich bisher getrennten Teilen eine Staatseinheit zu schaffen, läßt in den Nachfolgestaaten, wie wir schon bei der Betrachtung der RP sahen und wie man es also auch in der ČSR beobachten kann, die „Staatsmacht“ als unmittelbares Ausführungsorgan zunächst der staatsbegründenden Bildungsschicht des Bürgertums viel deutlicher in Erscheinung treten als in den alten Staatswesen, wo von bürgerlicher Seite immer noch mit mehr oder weniger Geschick die Vorspiegelung aufrechterhalten werden kann, als sei „der Staat“ eine über den Parteien stehende und also „ausgleichende“ Gewalt. In der bürgerlichen Ausdrucksweise hören wir bezüglich der „neuen“, in den Friedensverträgen geschaffenen Staaten, daß der „Staat“ hier einen unvergleichlich größeren Einfluß auf die Wirtschaft genommen habe als in den „alten“ Staaten — in Wahrheit ist es anders: Der „Etatismus“, die starke Staatsreglung wirtschaftlicher Maßnahmen, ist nur eine durchsichtigere Form der Regierung der jeweils herrschenden Klasse. In Wahrheit sind alle Regierungen Ausführungsorgane der herrschenden Klasse.

Nun ist die Widerspiegelung der Klassenverhältnisse im Regierungsapparat auch in den Staaten vom Typus der ČSR nicht ohne weiteres bis in die Einzelheiten deutlich. Die herrschende Klasse der ČSR ist keine Einheit. Obwohl Kramář persönlich längst aus der Leitung der Staatsgeschäfte verdrängt ist und sich in Opposition zur Masaryk-Beneš-Gruppe befindet, beherrscht die Schlüsselstellung der Regierung nach wie vor das von ihm, Kramář, geführte großbürgerliche Finanzkapital durch die Person des ungemein vorsichtigen Finanzministers Engliš. Am 26. Februar 1919 war die Währungstrennung von Oesterreich durchgeführt worden; der damals, bis 1923 amtierende Finanzminister Rašín suchte den Kurs der Tschechenkrone hinaufzutreiben, aber diese Deflationspolitik war keineswegs im Interesse der Industrie, also vorwiegend der Kramářgruppe, die die stärkste tschechische Bank, die Živnostenská Banka, in ihrer Hand hat. Diese Bank stand auch 1930 unter den sechs großen tschechischen Aktienbanken noch am günstigsten, obschon sich ihre Liquidität 1931 erheblich verschlechterte. Engliš brach mit der Deflationspolitik, die von ihm geschaffene „Steuerreform“ von 1927 hat die Banken entlastet; 1926 wurde die „vom Staat unabhängige“ Nationalbank mit einem Kapital von 2 Millionen Dollar begründet. In steigendem Maße ist die Ablösung des Finanzapparats von Wien vor sich gegangen, wo vor Errichtung des neuen Staats die Zentralen lagen. „Die Prager Finanzinstitute machen, ohne bisher

die Bedeutung und den Einfluß der Wiener Banken zu erreichen, diesen bereits Konkurrenz“ (Kaskeline).

Die zähe Vorsicht der Etataufstellungen ist bezeichnend für den tschechischen Charakter, sofern man vom „Charakter eines Volks“ sprechen kann. Für das tschechische Bürgertum handelte es sich — darin war es in all seinen Richtungen einig — darum, zunächst den Staat fest in die Hand zu bekommen. Und man muß ihm zugestehen: Diese Aufgabe hat es, soweit das nicht am Krisencharakter der letzten Jahre gescheitert ist, gelöst. Die zweite große Interessentengruppe, die Agrarbourgeoisie, deren hervorragendster Vertreter der schon vor dem Kriege regsame Švehla, der Koppler aller bisherigen Kabinette, ist, hat ihr Geschäft mit der sogenannten „Agrarreform“ gemacht. Die tschechische Revolution von 1918 bedeutet nichts anderes als die „Hinwegräumung der letzten Reste der feudalen Gesellschaftsordnung auf dem Lande, die ökonomische Entwurzelung jener Gesellschaftsklasse, die im alten Oesterreich bis zu dessen Untergang eine gewichtige Rolle gespielt hatte, und den vollen Sieg des bürgerlichen Eigentums in der Landwirtschaft. In keinem Geschehnis in der ČSR kommt, seitdem dieser junge Staat besteht, die eigentliche Bedeutung der Ereignisse von 1918 so prägnant zum Ausdruck, wie in der Gesetzgebung, Durchführung und den Folgen der Bodenreform“ (Strauß 47). Der feudale Großbesitz vereinigte in den Händen von 0,18 v. H. der Besitzer 1918 in den ungarischen Gebieten der ČSR 35,6 v. H. der Fläche, in den Ländern der böhmischen Krone über ein Viertel des Bodens. Allein dem Fürsten J. A. zu Schwarzenberg gehörten 3,4 v. H. des böhmischen Landes. Mit dem auf „Sozialisierung“ des Bodens gerichteten Bestreben beruhigte das tschechische Bürgertum die tschechische Sozialdemokratie, deren formalem Verlangen diese „Sozialisierung“ entgegenkam, und verstand es zugleich, sich zur Erbin des deutschen Feudalismus in den tschechischen Ländern zu machen, unter Ausnutzung der antideutschen, der „nationalen“ Stimmung. Strauß stellt im wissenschaftlichen Organ der deutschen Sozialdemokraten 1925 enttäuscht fest, daß „die Hoffnungen der sozialistischen Arbeiterschaft nicht erfüllt werden konnten“ (Gesellschaft II, 1, 57). Sehr viel deutlicher sagt es der bürgerliche Kritiker Flöter:

„Den Sieg bei diesem Wettbewerb haben entschieden die Agrarier davongetragen: In der Praxis sind die Sozialisierungsideen fast gar nicht zur Geltung gelangt, die Agrarpartei hat es verstanden, sich den maßgebenden Einfluß im Bodenamt zu sichern“ (237).

Einen bewußten und also politisch zum Ausdruck kommenden Landhunger wie etwa in Galizien gab es in den tschechisch ge-

wordenen Gebieten nicht. Es handelte sich also bei der tschechischen Bodenreform von vornherein nicht um die Befriedigung spontanen Aufteilungsbegehrens bäuerlicher Massen, sondern um eine nationalpolitisch organisierte „Wiedergutmachung des Unrechts der Schlacht vom Weißen Berge“, wobei die nationalistische Geschichtslegende von der einseitigen Benachteiligung tschechischer Anlieger durch die Gegenreformation keine geringe Rolle gespielt hat. Im Gesetz über die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes vom 16. April 1919 wurde aller landwirtschaftlicher Besitz über 150 ha landwirtschaftlichen Bodens oder über 250 ha Bodens überhaupt als dem Staate verfallen erklärt. Der Beschlagnahme verfielen 28,17 v.H. der gesamten Staatsfläche, 1 224 746 ha Acker und Wiesen und 2 721 030 ha Wald. Innerhalb dieser Beschlagnahme lag auch die Uebereignung von Boden an langjährige Kleinpächter. Dieser Teil der Reform ist der einzige, der wirklich wirtschaftlichen Ertrag brachte. Hierbei handelte es sich auch nicht um eine „betriebsorganisatorische, sondern um eine rechtliche Veränderung, von der man annehmen kann, daß sie psychologisch günstig gewirkt hat. Diese einzige Maßnahme, die sich wirtschaftlich wirklich bewährt hat, ist von tschechischer Seite stark kritisiert worden, weil auf diese Art auch eine ganze Anzahl deutscher Pächter Boden erhalten hat, was nach Meinung der tschechischen Oeffentlichkeit den Zwecken der Gesetze zuwiderläuft“ (Flöter 231).

Im übrigen haben bei der Agrarreform infolge der mit unumschränkten Vollmachten versehenen und für Tschechen vorbehaltenen Stellung des Bodenamtes, der Ausführungsbehörde mit 1100 Beamten (Strauß 1925/51) im wesentlichen nicht betriebstedschnische, sondern privatwirtschaftliche Gesichtspunkte der der Agrarpartei nahestehenden Personen und national-strategische Gesichtspunkte im Vordergrund gestanden.

„Bis zum 1. Januar 1930 wurden in der Tschechoslowakei an 573 017 Bewerber insgesamt 758 926 ha Land verteilt, auf den einzelnen Bewerber entfällt im Durchschnitt 1,32 ha. Allerdings wurde die bisher enteignete Fläche nur zu 59 v.H. parzelliert. An 2425 Bewerber wurden ferner noch Restgüter und Objekte über 30 ha zugeteilt, der Durchschnitt erhielt hier 262 ha, was jedoch gegenüber den Kleinbewerbern nicht ins Gewicht fällt“ (Wirsing 322).

Machatschek behauptete, bis 1927 seien 90 v.H. des beschlagnahmten Bodens verteilt worden, „an etwa 100 000 Personen, davon 3 v.H. Deutsche“. Für die sehr im Vordergrund stehende Enteignung des Großwaldbesitzes waren vorwiegend strategische Gründe maßgebend, wie auch bei der Bodenzuteilung an die wenn auch demokratischen, so doch nationalistischen Sokoln. Die Sokoln wurden bei Bodenanforderungen für Turn- und Sportplätze in

58,5 v.H. befriedigt, die Verbände der nationalen Minderheiten nur in 1,78 v.H. (bis 1925). Die Grenzwälder wollte man aus militärischen Gründen in staatlicher Hand vereinigen,

„als ob der Staat nicht andere Mittel hätte, die Interessen der Grenzsicherung zu wahren. Die wahren Ursachen liegen einmal in der sehr einflußreichen staatssozialistischen Doktrin, sodann hofft man bei den Grenzwäldern, welche durchweg im deutschen Sprachgebiet liegen, durch Ansetzen tschechischen Forstpersonals tschechische Sprachinseln zu schaffen, um so das geschlossene deutsche Sprachgebiet mehr und mehr zu durchsetzen“ (Flöter 233). „Daß man nicht im größeren Maße neue Bauernstellen geschaffen hat, liegt nicht zuletzt an dem völligen Versagen der Kreditorganisation“ (Flöter 234).

Und damit ergibt sich die Beziehung der Auswertung der Bodenreform zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Staates.

Der Zerreißung bisher organisch entwickelter Wirtschaftsgebiete nötigte von vornherein den „Staat“, das heißt die den Regierungsapparat beherrschenden Gruppen, eine Unterstützungspolitik großen Stils einzuleiten. Dies um so mehr, als jeder der neuen Staaten sich auf den Standpunkt stellte, den der tschechische Außenminister anlässlich der Rede über den französischen Donauföderationsplan am 22. März 1932 in den Außenausschüssen des Prager Parlaments betonte, „daß die Vorkriegszeit nicht mehr wiederkehrt und die mitteleuropäischen Staaten ihre Souveränität sehr eifersüchtig hüten“. Die Industrie der nunmehr tschechischen Gebiete war auf den Absatzmarkt der 52 Millionen der Monarchie eingerichtet. Sie konnte sich also nur halten, wenn sie auf Ausfuhr umgestellt wurde. Die entsprechende Politik des Außenministers, der sich bei allen Parteikombinationen mit Hilfe seiner Beziehungen zu den im neuen Staatsapparat ungemein einflußreichen Sokolvereinigungen zu halten wußte, hat sich bisher durchgesetzt, wenn sie auch durch die Weltkrise immer mehr erschwert worden ist. Dem Widerstand der Kramařgruppe des Finanzkapitals (Nationaldemokraten) und der gelegentlich auftauchenden Opposition der Klerikalen (tschechoslowakische Volkspartei) gegenüber stützt sich die Regierung, die „Burg“ (weil der die Regierung repräsentierende Präsident Masaryk auf der Prager Burg, dem Hradschin, wohnt), auf ihr bisher ungelockertes Bündnis mit der Sozialdemokratie, aus deren Reihen Beneš selbst hervorgegangen ist, und aus deren Vorstellungskreis er eine Anzahl von Gedanken in seine „national-sozialistische“ Partei herübergenommen hat (nicht zu verwechseln mit den deutschen Nationalsozialisten des Hitlerflügels). Es stehen also in der Regierung sich Nationaldemokraten und Klerikale einerseits, Agrarpartei, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten andererseits gegenüber. In der Opposition sind im wesentlichen die deutschen und magyarischen Oppositions-

vertreter, die slowakische Autonomiepartei (Hlinka, klerikal) und die Kommunisten. Bisher ist der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Flügeln des tschedisch-bürgerlichen Lagers noch nicht so scharf geworden, daß er die Koalition gesprengt hätte. Es bestehen auch Verbindungen vom linken Flügel (Sozialdemokraten, Beneš) zum rechten (Kramař), die hinter den Kulissen des sogenannten Střibrný-Prozesses eine erhebliche Rolle gespielt haben.

Střibrný ist aus den Reihen der nationalsozialistischen Partei (Beneš) hervorgegangen, aber, nachdem er acht Jahre in den Kabinetten Minister war, 1926 ausgeschlossen worden, weil er gemeinsam mit dem General Gajda, dem Führer der tschedischen Legionen in Sibirien, gegen die Burg intrigiert hatte. Seither ist Střibrný mehr und mehr zum Führer einer ausgesprochen faschistischen Gruppe geworden, der sich mit Gajda, gestützt auf die „Nationalliga“, unter Erfassung verärgerter kleinbürgerlicher Elemente seit 1929 in gesteigertem Maße gegen die Regierung wandte. Je mehr die Regierung durch den Einbruch der Wirtschaftskrise in die ČSR bedrängt wurde, desto unangenehmer wurde ihr der faschistische Störenfried, zumal man sich nach hinreichender Festigung der national-tschedischen Positionen mit dem deutschen Bürgertum im wesentlichen verständigt hatte.

Anfang 1931 wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt und Střibrný unter Bezeichnung der „Korruption“ an das ordentliche Gericht „ausgeliefert“. Nun war die Aufrollung eines Bestechungsprozesses aber für die Regierungsparteien auch keine angenehme Sache, denn sowohl im Bodenamt wie in den übrigen Subventionsaktionen des Staates „hingen“ im Grunde alle Parteien der Koalition. Andererseits aber wird angesichts des Steigens der Krise und der dadurch bedingten Radikalisierung des Proletariats die faschistische Gruppe der Nationalliga für das Bürgertum zu einer wichtigen Hilfstuppe im Kampfe um die Erhaltung seiner Klassenstellung. So war es keine allzu große Ueberraschung für den Kenner der Klassenverflechtung in der ČSR, daß im Januar 1932 Střibrný vor dem Prager Strafgerichtshof freigesprochen und danach von seinen Anhängern in den Straßen Prags als Märtyrer gefeiert wurde. Dieser Prozeß ist ein Beweis dafür, daß auch das tschedische Bürgertum trotz aller in den letzten zehn Jahren ausgebauten Machtstellungen den Boden unter sich wanken fühlt. Je mehr das aber zum Bewußtsein der regierenden Schicht kommt, desto bedeutsamer wird begreiflicherweise der geistig-kulturelle Hilfsapparat, den jede herrschende Klasse neben ihrer Wirtschaftsgrundlage braucht, um ihre Stellung zu sichern.

Literatur:

- Beneš, Problémy nové Evropy a zahraničná politika československá, Praha 1924.
- Bürger, Bäuerliche Liegenschaftsübertragung und Vererbung im Gebiet der Tschechoslowakei, Schr. f. Ver. f. Sozpol. 178, S. 116, 1930.
- Flöter, Die Bodenreform in der Tschechoslowakischen Republik, in Sering, Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa, Berlin/Leipzig 1930, 205 ff.
- Kaskeline, Die Bankenstadt Wien — Kapitalverflechtung in Mitteleuropa — Der Aufstieg Prags. Berl. Tagebl. 7. 4. 31 Handelsteil (Nr. 163).
- Machatschek, siehe Kap. 2.
- Oberschall, Erste Ergebnisse der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung in der ČSR, Wirtschaftsdienst 23. 1. 31, XVI 4.
- Oberschall, Die Großbanken (der ČSR) im Jahre 1930. Wirtschaftsdienst 5. 6. 31, XVI, 23.
- Rašín, Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der ČSR, München 1923.
- Strauß, Die tschechoslowak. Bodenreform, Gesellschaft II 1925 1, 47 ff.
- Strauß, Volks- und Staatswirtschaft der ČSR, ebenda S. 448 ff.
- The Constitution of the Cz. Slov. Republik, Internat. Conciliation New York 1922 Nr. 179.
- Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932.

26. Die kulturellen Herrschaftsmittel des tschechischen Staates

Es ist ein Gebot der geschichtlichen Folgerichtigkeit, daß die Kirche in der ČSR nicht die entscheidende Rolle im Rahmen der die bürgerliche Gesellschaft stützenden Begriffswelt spielt wie anderwärts, insonderheit wie in der RP. Auch in der Kirchenfrage „haben die geschichtlichen Motive die gleiche Rolle gespielt wie überall in unserem intellektuellen Leben“, stellt der tschechische Propagandist Rádl fest (28). Bald nach der Revolution, 1921, kam eine national-panslawistisch gefärbte Absplitterung vom „habsburgischen“ Katholizismus zustande, die sogenannte „Tschechoslowakische“ Kirche, die allerdings keine große Bedeutung erlangen konnte. Immerhin aber hat die nationale Opposition dazu geführt, daß die katholische Kirche in der ČSR etwa eineinhalb Millionen Anhänger verloren hat und daß in diesem Lande die Freidenker die zweitstärkste Bekenntnisgruppe sind. Im Osten des Staates ist die griechisch-katholische Kirche stark, aber auch die russisch-orthodoxe unter den ukrainischen Bauern vertreten (1921 54,9 und 10,1 v.H.), während im übrigen Staatsgebiete, vor allem in der Slowakei und in Mähren-Schlesien, die dem Namen nach Römisch-Katholischen überwiegen. Angesichts der antiklerikalen Haltung

der Regierung, insbesondere der Masaryk-Beneš-Gruppe drohte 1925, nach einer Beteiligung der Minister an einer Hus-Feier, ein ausgesprochener Kulturkampf auszubrechen. Die slowakischen Bischöfe erließen einen Hirtenbrief, der Vatikan griff ein, aber — interessant, wie der sonst ganz bürgerlich-idealistisch betrachtende Hassinger hier die materialistischen Grundlagen des Geschehens erkennt: — „wiederum wurde der Riß in der all-tschechischen Koalition verkleistert, um diese zu erhalten. Das Interesse der großen fünf Parteien, an den Vorteilen der Regierungsbildung teilnehmen zu können und die Mitregierung der Deutschen zu verhindern, die Sorge um die Aufrechterhaltung der nationaltschechischen Alleinherrschaft erweist sich eben immer stärker als das Interesse an der Vertretung der Weltanschauungsfragen“ (387). Inzwischen ist das tschechische Bürgertum dem deutschen gegenüber versöhnlicher geworden, es hat sich aber auch vor dem Vatikan gelegentlich freundlich gebeugt, sogar wenn der Prager Nuntius in die Dienstverhältnisse tschechischer Geistlicher eingriff (1931).

Von den jüdischen Gruppen spielen politisch nur die Zionisten eine Rolle, die auch den Anlaß gaben, daß die Juden bei der letzten Volkszählung als „Nation“ gezählt wurden (vgl. Kap. 8 S. 51). Agudisten gibt es in wirksamer Zahl nur in den Judenstädten der Podkarpatska Rus (1921 dort 15,3 v.H. Israeliten). Sonst schließen sich die Juden, vorwiegend Assimilanten, ihren wirtschaftlichen Gruppen an, nähern sich, wie früher den Deutschen oder Magyaren, heute vielfach den Tschechen.

*Bild 23
Seite 97*

Eine weitaus wichtigere Rolle als die Kirchen spielen in diesem Zusammenhang in der ČSR die Sokoln. Gegenwärtig, 1932, geben die Vorbereitungen zum IX. Sokolkongreß, der eine 50-Jahrfeier des ersten seiner Art sein wird, besonderen Anlaß, die Bedeutung des Sokol zu studieren. In dem in deutscher Sprache geschriebenen Regierungsorgan „Prager Presse“ schreibt der Universitätsprofessor Weigner am 7. März 1932:

„Tyrš (der Gründer der Sokoln) lehrt, daß der letzte Sinn des Lebens, unsere Religion, der Dienst an der Nation sein muß. Wann verliert diese Lehre ihre Geltung? Man möge die Sokolorganisationen studieren, nach dem Sinn ihrer Betätigung forschen, die Beschlüsse ihrer letzten Generalversammlung analysieren, die turnerische und erzieherische Sokolarbeit prüfen, und man wird erkennen, daß sie der Ideologie Tyrš' einen neuen Inhalt gibt. So wie die Sokolschaft von Anfang an imstande war, den tschechischen Menschen derart umzuwandeln, daß er den Willen besaß und befähigt war, für die Befreiung zu kämpfen, so ist sie imstande, wieder den neuen Menschen zu erziehen, d. i. einen Menschen, wie ihn das Milieu erfordert...“ Und noch genauer: „Einen Demokraten, Republikaner, mit vollem Verständnis für die heutige Wandlung der menschlichen Gesellschaft, mit für die sozialen Bedürfnisse offenem Verstande und Herzen.“

*Bild 39
Seite 160*

Klarer kann das regierende Bürgertum sein Erziehungsziel nicht enthüllen.

Wie steht es, neben diesem Sammelbecken für die politisch aufgeschlossenen Jugendlichen, mit der Schule? Die Schule ist im Nationalitätenstaat eines der Hauptkampfbjekte. Sofern man die Sprache als das Hauptkennzeichen eines nationalen Kreises ansieht, ist die Unterrichtssprache und die Gerichtssprache Machtmittel im nationalen Mischgebiet.

Die Sprachen der verschiedennationalen Staatsangehörigen in der ČSR sind nicht gleichberechtigt. Das Sprachengesetz vom 29. Februar 1920, aus der Zeit stärkster Tschedisierung, erklärt die „tschechoslowakische“ Sprache zur Staatssprache. Nun gibt es eine solche Sprache gar nicht. Denn das Slowakische weicht vom Tschedischen in vielem erheblich ab. Das kann bereits der flüchtig durch das Land Reisende feststellen, wenn er die Eisenbahnwagen beobachtet. Die Nichttrauerwagen der Staatsbahn haben auf den böhmisch-mährischen Strecken ein Schild „Nekuřáci“. Wagen, die vorwiegend auf slowakischen Strecken verkehren, haben ein Schild „Nefajčiari“. Ein vor dem Sprachengesetz herausgegebenes Gesetz vom 19. März 1919 ordnete an, daß die Gesetze neben dem tschedischen Text auch in slowakischer und deutscher Uebersetzung erscheinen müssen. Es gibt tschedisch-slowakische Wörterbücher, es gibt amtlich beglaubigte tschedisch-slowakische Dolmetscher bzw. Uebersetzer — es gibt keine tschedoslovakische Sprache. 1921, durch Gesetz vom 20. Dezember, wurde die Notwendigkeit der slowakischen „Uebersetzung“ der Gesetze aufgehoben. Man wollte anscheinend den Slowaken gegenüber den Anschein erwecken, als ob ihre sprachlichen Ansprüche unverkürzt bewilligt würden. Man hat zweifellos stellenweise in der Slowakei das Gegenteil erreicht, obschon die Slowaken nunmehr zur „tschechoslowakischen Nation“, also zum Staatsvolk gehören (weil nämlich die Tschechen allein noch nicht ganz 50 v. H. der Bevölkerung haben!).

Anspruch auf eigene Schulklassen haben nun die Minderheiten nur dann, wenn sie in dem betreffenden Schulbezirk 20 v. H. erreichen. Nach demselben Prozentsatz richtet sich die Zulassung der Gerichtssprache, der Verhandlungssprache in öffentlichen Körperschaften usw. Die Staatssprache ist natürlich überall zugelassen. Abgesehen von den zahlreichen Streitigkeiten, die sich aus der Sprachenfrage ergeben, muß betont werden, daß die Tschechen für den Ausbau des Bildungswesens sich ungemein eingesetzt haben. Insbesondere verdient das 1919 erlassene Gesetz über die Einrichtung von Volksbüchereien in den Gemeinden und über die Organi-

sation des Bürgerkundeunterrichts Erwähnung. Die Bürgerkunde hält sich begreiflicherweise im Rahmen des der herrschenden Klasse Genehmen. Die Volksbüchereien dagegen sind, von den Gemeinden selbständig verwaltet, wirklich eine Quelle der Bildung und Massenschulung, die in ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Dezentralisierung vorbildlich genannt werden kann.

Neben diesen Bestrebungen, ideologisch die Massen an den bürgerlichen Tschechenstaat zu fesseln, betreibt die Regierung eine großzügige und ungemein geschickte Auslandswerbung. Deren Mittelpunkt ist der Orbis-Verlag in Prag, unter dessen Aktionen sich Beamte des Außenministeriums mit Millionenzeichnungen, die Živno- und die Bohemiabank, der Direktor des staatlichen Bodenamts usw. befinden (Hassinger 534). Es lohnt sich, und jedem Interessenten steht es frei, sich von Orbis, Prag XII, Fochova 62, einen Katalog kommen zu lassen: „Fremdsprachige Publikationen über die Čechoslovakei“. Man wird staunen, was da nicht nur an englischer, französischer und deutscher Literatur über das Land und seine Verhältnisse, sondern auch an Schriften in portugiesischer, holländischer, griechischer, chinesischer, serbischer, ja sorbisch-lausitzer Sprache, um nur einige herauszugreifen, zusammengetragen ist. Ein großer, wenn nicht der größte Teil der angeführten Schriften entspringt unmittelbar der Regierungsinitiative.

Daneben gibt die Regierung eigene Zeitungen heraus, wie die schon erwähnte und zitierte deutschsprachige Prager Presse; sie hat eigene Druckereien, ähnlich dem Orbisunternehmen in Preßburg (Bratislava), Kaschau, Saaz, Užhorod. Sie gibt in vielen Städten Blätter in der Sprache der Minderheiten aus, die, wie die anderen Zeitungen des Regierungsblocks, in allen Eisenbahnkiosken und in den Trafiken, den Verkaufsläden des Tabakmonopols, bevorzugt, wenn nicht ausschließlich ausgelegt werden.

Literatur:

Beneš, Škola a výchova v demokratickém státě. Praha 1920.

Butter-Ruml, Tschechoslowakische Republik. Orbis Prag 1921.

Masaryk, Les Slaves après la guerre. Orbis Prag 1923.

Rádl, La question religieuse en Tchécoslovaquie. Orbis Prague 1923.

Rauchberg, Bürgerkunde der Tschechoslowakischen Republik, Reichenberg 1925.

27. Deutsche und Slowaken im neuen Staat

Die ČSR ist derjenige Staat Europas, der prozentual die meisten nationalen Minderheiten besitzt, selbst wenn wir, entsprechend der amtlichen Auffassung, Tschechen und Slowaken gemeinsam als Staatsvolk zählen. Dann ergeben sich Minderheiten für

die ČSR	34,5 v. H.	
RP	30,8 „ „	
Rumänien	28,1 „ „	
Lettland	26,6 „ „	
Türkei	20,2 „ „	
Bulgarien	16,6 „ „	
Litauen	15,8 „ „	
Jugoslawien	15,6 „ „	
Estland	12,4 „ „	
Ungarn	10,4 „ „	(Karg)

Die Rechte dieser Minderheiten sind zusammen mit dem Frieden von St. Germain (10. September 1919) sowie in den Hauptstücken V und VI der tschechoslowakischen Verfassung festgelegt, daneben im Brünnener Vertrag mit Oesterreich (17. Juni 1920), im Ergänzungsvertrag hierzu (Karlsbad 23. August 1920), im Warschauer Vertrag mit Polen (23. April 1925), sowie in dem bereits erwähnten Sprachengesetz. Im Interesse der Staatshoheit gilt aber, daß Staatsbedienstete in den Amtsräumen sich untereinander ausschließlich der Staatssprache zu bedienen haben, wie auch ein Erlaß des Ministeriums für Nationalverteidigung anordnet, daß Offiziere der tschechoslowakischen Armee in der Öffentlichkeit tschechisch zu sprechen haben.

Die Verwaltungsreform von 1927 teilte das Land in vier große Gebiete, innerhalb deren die Minderheitenfragen sehr verschieden gelagert sind. In Böhmen und Mähren, zu dem der schlesische Rest hinzugeschlagen wurde, steht im Vordergrund die Deutschenfrage. Die Polen im Kohlengebiet von Karvina und bei Teschen sind zahlenmäßig nicht bedeutend. In der Slowakei handelt es sich zunächst um die Slowaken selbst, dann aber um die zahlreichen Magyaren, die in der Südslowakei zur ČSR gekommen sind. Ferner gibt es in der Slowakei starke deutsche Kolonien, vor allem in der Südtatra (Zipser Deutsche). In der Podkarpatska Rus schließlich ist es die Ukrainerfrage, die den Tschechen zu schaffen macht; die Juden gehen, soweit sie Chassidim sind, unter der Diktatur des Rabbi Spira von Munkacz (Mukačevo) mit der tschechischen Agrarpartei; allenfalls machen die Zionisten gelegentlich eigene Politik.

Der deutsche Minister in der Regierung der ČSR, Spina, Vertreter der deutschen Agrarpartei, kennzeichnete den Angelpunkt

der Deutschenfrage in der Republik sehr unzweideutig: „Der nationale Kampf zwischen Deutschen und Tschechen erscheint vor allem durch den Kampf um Arbeitsplatz und wirtschaftliche Position bedingt, der von beiden Seiten mit ruhiger, aber zäher Energie geführt wird.“ Bei diesem Kampf war das Deutschtum bereits in den letzten fünfzig Jahren der österreichischen Monarchie ständig in der Verteidigungsstellung. Die „Slawisierung“ Oesterreichs war ein unaufhaltsamer Prozeß, im Gegensatz zur Magyarisierung Ungarns, die dort mit rücksichtslosen Methoden durchgeführt wurde*). Nach der Umwälzung wurde der Rückgang zahlenmäßig verstärkt durch Abwanderung nach Deutschösterreich, durch Rückwanderung von Tschechen in die ČSR, durch Anschluß der Juden an das neue Staatsvolk, nachdem schon vorher größere Kriegsverluste, größere Hinterlandsterblichkeit, größerer Geburtenausfall zu verzeichnen gewesen waren. Es ist lehrreich genug, an einem Einzelbeispiel die Durchsetzung früher rein deutscher Gebiete mit Angehörigen des tschechischen Sprachkreises zu studieren.

Wenige Kilometer nördlich von Karlsbad liegt, am Südabhang des Erzgebirges, das kleine Industriestädtchen Neudek (Nejdek). Die Produktionsbasis bildeten in dieser Stadt die Zweigfabrik des inzwischen verkrachten Konzerns der Norddeutschen Wollkammerei (Lahusen), die „Neudeker Wollkammerei und Kammgarnspinnerei“, dann das Blechwalzwerk der Eisenwerke A. G. Rothau-Neudek und die Neudeker Papierfabrik. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 gab eine einzige Person tschechisch als „Umgangssprache“ an, und das soll eine Frau gewesen sein, die zu Besuch in Neudek war. Es mögen damals vielleicht einige Tschechen unter den Staatsbeamten gewesen sein, die sich aber aus Rücksicht auf das politische Uebergewicht der deutschsprachigen Regierung nicht als solche bekannten.

Nach 1918 begann die Verdrängung der deutschen Staatsangestellten und Eisenbahner durch vorzeitige Entlassung und Pensionierung. Es entstand eine ständig wachsende tschechische Minderheit, tschechische Volksangehörige wurden angestellt (bis zum Juli 1931):

*)	Deutscher Anteil an der Bevölkerung in			
	Oesterreich	Böhmen	Mähren	Oest.-Schlesien
	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
1880	36,70	37,17	29,38	48,91
1890	36,05			
1900	35,78			
1910	35,58	36,67	27,62	43,90

Bezirksbehörde: 1 Oberkommissär, 1 Militärreferent, 1 Sekretär, 3 bis 4 Kanzleikräfte.

Steueradministration: bis auf 2 Beamte und 1 Diener alles Tschechen.

Gendarmerie: bis auf den Kapitän und den Oberwachtmeister alles Tschechen.

Steueramt: mit Ausnahme des Vorstandes alles Tschechen.

Gefällskontrolle: alles Tschechen.

Evidenzhaltung des Grundsteuerekatasters: alles Tschechen.

Post: 3 deutsche Beamte und ein Telephonfräulein, sowie einige deutsche Briefträger sind geblieben. Der Oberpostmeister und alle übrigen Angestellten sind Tschechen.

Forst- und Domänenverwaltung (ehemal. Baron Königswarter, dann Böhm. Religionsfonds): ganz tschechisch.

Bezirksgericht: nur die Stellen des Kanzleipersonals mit Tschechen besetzt.

Bahnamt: mit Ausnahme von 2 Beamten und etwa 10 anderen Angestellten alles Tschechen.

Entsprechend der Tschedisierung der amtlichen Verwaltung erfolgte auch das Eindringen des tschechischen Einflusses in die Privatwirtschaft. Die Wollkämmerei wurde „nostrifiziert“, ein oder zwei Tschechen kamen in den Verwaltungsrat, tschechische Banken erhielten maßgebenden Einfluß. Die Eisenwerke gerieten ebenfalls unter den Einfluß vor allem der Živnobank und dadurch in die „Interessengemeinschaft“ mit der rein tschechisch geleiteten Berg- und Hüttengesellschaft. Das große Werk in Rothau wurde stillgelegt. Dafür wurde in Mährisch-Ostrau ein neues Werk mit großen Kosten errichtet. Abbau im Blechwalzwerk mit etwa 1400 Arbeitern war 1931 vorgesehen. Die Papierfabrik wurde von Wien aus an die tschechoslowakische Firma Alois Wiesner in Prag verkauft und steht jetzt unter tschechischer Leitung; einige deutsche Beamte sind belassen worden.

Bei den Wahlen 1927 vereinigten die Tschechen auf ihre Liste 133 Stimmen und erhielten ein Mandat in der Gemeindevertretung. Bis 1931 dürfte die Minderheit bereits etwa 300 Köpfe bei etwa 9000 Einwohnern erreicht haben. 1919 wurde eine Ortsgruppe der Narodní Jednota Severočeská, des Nordtschechischen Volksvereins gegründet, der im Jahre 1927 ein Wohnhaus erbaute mit der Inschrift „Češí sobě“ (Die Tschechen sich selbst). Jährlich veranstaltet die Jednota anläßlich des Geburtstags von Masaryk und des Republikgründungstages Konzerte, die von der deutschen Bevölkerung stark besucht werden. Außer der Teilnahme an diesen Festlichkeiten und den Beziehungen auf dem Gebiet des Schulwesens bestehen allerdings „gesellschaftliche“ Verbindungen zwischen Tschechen und Deutschen gar nicht.



Bild 57. Masarykschule in Zlín (Bat'a)

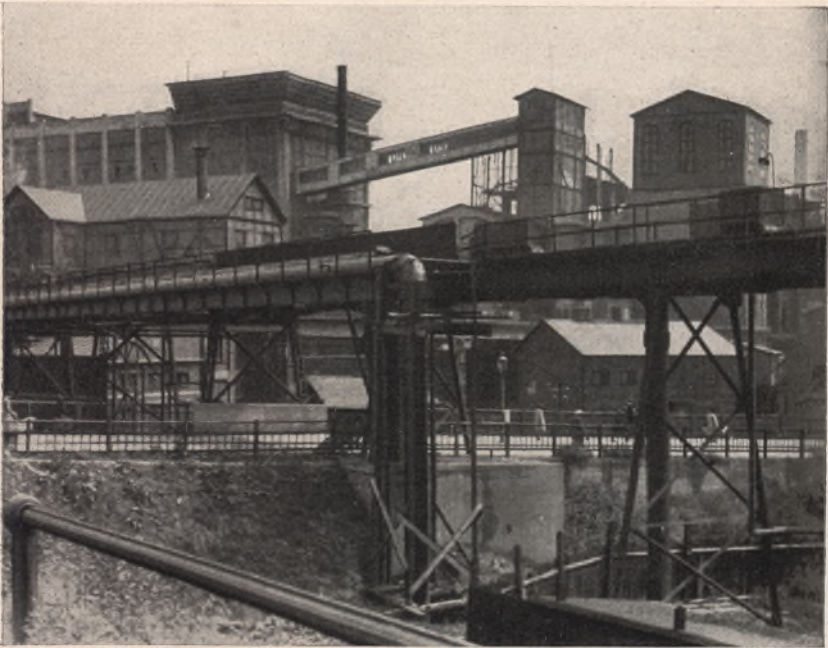


Bild 58. Vitkovice: Schwerindustrie (Moravská-Ostrava)



Bild 59. Gdynia—Gdingen. Hafen und Seebad



Bild 60. Warschau. Demonstration gegen Danzig 23. April 1931

1919 wurde eine tschechische Schule gegründet, seit 1929 ist sie zweiklassig, mit 89 Kindern, davon viele von deutschen Eltern oder aus nationalen Mischehen. Seit 1929 besteht auch ein tschechischer Kindergarten, ebenso eine tschechische Jugendfürsorge (Péče o mládež). Ein ungenannter Spender gründete einen Unterstützungsfonds der tschechischen Minderheit. Seit 1922 besteht ein tschechischer Bezirksbildungsausschuß (Český okresní osvětový sbor), der in Verbindung mit der Jednota arbeitet. 1930 wurde eine Gruppe des tschechischen Touristenklubs begründet.

Betont wird, daß das Verhalten der tschechischen Beamten der deutschen Bevölkerung gegenüber durchaus zuvorkommend sei — die jüngeren fühlen sich nicht wohl und trachten wieder fortzukommen, da sie die deutsche Sprache nicht beherrschen und schwer Anschluß finden.

Neben dieser nationalen Durchdringung von „oben“ gibt es aber auch eine nationale Aufsaugung „von unten“, wie man sie besonders in deutschsprachigen Gebieten findet, die in andersnationales Sprachgebiet eingelagert sind, wie etwa in der Iglauer Sprachinsel. Die Deutschen sind vorwiegend in den sozial gefestigteren Schichten vertreten, das Proletariat, tschechisch, drängt nach und ist bevölkerungspolitisch die weitaus stärkere Kraft. Dazu kommt, daß die deutschen Gemeindeverwaltungen stark in ihren autonomen Rechten beschränkt worden sind. Das Jahr 1927 brachte staatliche Eingriffe in die Finanzhoheit der Gemeinden, wodurch die Handhabung der deutschsprachigen Kultureinrichtungen erschwert wurde. Allerdings ist durch die Teilnahme deutscher Minister an der Regierung in dieser Richtung wieder manches ausgeglichen worden. Der tiefere Grund dieser „Entgiftung der Nachkriegsatmosphäre“, wie Minister Spina sagt, ist allerdings die wirtschaftspolitische Anbiederung des deutschen und tschechischen Bürgertums. Im übrigen geht das nationale Ausdehnungsbestreben der Tschechen weiter. Lidové Noviny (ND, Kramář!) in Brünn klagen am 2. März 1923: In ganz Mähren gibt es unter 1543 Gemeiden 264 deutsche, und von diesen sind Tschechen nur in 39 vertreten. „Die Tatsache zeigt uns, daß wir vor uns ein großes Stück Arbeit für die künftigen Wahlen haben.“ Und die ebenfalls nationaldemokratischen Národní Listy in Prag erklärten am 16. Juli 1931 in einem Artikel des Ingenieurs Leger, daß „niemals eine Einstellung des gegenseitigen Kampfes erreicht werden“ kann. Nun ist das der chauvinistische Flügel des Tschechentums und zugleich die Vertretung des finanzkapitalistischen Großbürgertums, das die Gewinne gern allein einheimsen will. Das erklärt alles, auch solche Ueberspitzungen, wie sie im bürgerlichen

Nationalitätenkampf täglich auf beiden Seiten verzeichnet werden, etwa: Der Venkov, das zentrale Organ der tschechischen Agrarpartei, beschwerte sich am 30. Januar 1931 über Teerung tschechischer Straßen mit deutschem Teer: „Wie schön ist es, wenn man zum Beispiel Sonntags die Gegend von Jevan besucht und längs der Straße einige hundert Teerfässer mit der übermütigen Aufschrift ‚Straßenteer Rego‘ sieht. Gleich stellt sich die Illusion ein, daß du nicht in Jevan, sondern irgendwo in Preußen bist...“ — der Nationalismus ist eben überall gleich.

Die Slowakei zeigt ein etwas anderes Bild als die deutsch-tschechische Reibungszone. Die Slowaken gehören seit 1919 zum „Staatsvolk“. Diese Tatsache hat keineswegs gehindert, daß große Unzufriedenheit im Lande den Boden für die scharfen Autonomiebestrebungen gegenüber der Prager Zentrale abgaben, für die zunächst der klerikale Pfarrer Hlinka als Wortführer auftrat. Wenn es um diese Autonomieerklärungen neuerdings merkwürdig still geworden ist, so dürfte das etwas andere Gründe haben, als die halbwegs erreichte Befriedung zwischen tschechischem und deutschem Bürgertum. Die Slowaken sind vorwiegend Bauern, in den kleinen Städten auch Arbeiter. Eine eigene Bildungsschicht hatten sie beim Umsturz kaum, da diese sich magyarisierte, um in Ungarn bestehen zu können. So ist die slowakische „Nationalgeschichte“ erst jüngeren Datums, sie beginnt mit der Schaffung einer slowakischen Schriftsprache am Ende des 18. Jahrhunderts durch den katholischen Geistlichen Antonin Bernolák und fand ihren ersten geschlossenen Ausdruck in den seit 1845 einsetzenden Bestrebungen, die sich gegen Budapest richteten und in Ludevít Štúr ihren Sprecher fanden (1815—1856). Die slowakische „Volksgeschichte“ ist freilich viel älter. Und für volkskundliche Studien ist die Slowakei noch heute ein Land wie wenige in Europa. Vom urzeitlichen Aberglauben bis zu Helden sagen finden sich hier alle Seiten einer urwüchsigen Bauernkultur erhalten. In den Erzählungen spielt die Erinnerung an die Kuruzenkriege eine hervorragende Rolle. Die Kuruzen (von crux, das Kreuz, im Gegensatz zu den Türken!) waren in den Zügen ungarischer Fürsten gegen die Habsburger versprengte Scharen, die insbesondere unter Franz Rákóczy II. (1676—1735) eine Rolle spielten und damals als Befreier des Landes auftraten. Als 1708 der Aufstand niedergeschlagen wurde, flohen sie in die slowakischen Gebirge und haben hier noch lange unter ihrem Führer Janošik den kaiserlichen Truppen Sorgen bereitet. Janošik gilt in der Legende als Verfolger der Reichen und Schützer der Armen, so daß es in freundlicher Anerkennung seiner Leistungen für die

Bild 46
Seite 127

armen slowakischen Bauern noch heute in einem Lesebuch für die zweite Elementarklasse heißt: „Janošik bol jedon zbojnik, ale jedon poriadny zbojnik!“ Janoschik war ein Räuber, aber ein anständiger Räuber! Auf den Hinterglasmalereien der Bauern sieht man ihn stets in seinem berühmten Sprung abgebildet: Er springt baumhoch, und im Sprunge schießt er mit der einen Hand eine Pistole ab, in der anderen schwingt er sein Schwert und köpft damit eine Tanne. Alle Magyarenfeindschaft der Slowaken verkörpert dieser Janoschik.

Die Magyaren haben ihrerseits ein Sprichwort, daß die Slowaken als Schimpf empfinden, und das daher seit der tschedischen Herrschaft auch verboten ist: *Tót nem ember!* Der Slowak ist kein Mensch. Ein Kenner der Kuruzenzeit erzählte mir aber, daß die Sache einen sehr harmlosen Ursprung haben soll. Versprengte Kuruzen wollten sich im Oberland zurechtfragen und riefen einen Bauern an, der vor ihnen weglief: „*Allj meg ember, állj meg ember!*“ (Steh, Mensch, steh, Mensch!). Der Bauer aber in seiner Angst sei weitergelaufen und habe gerufen: „*En nem vagyok ember, én vagyok tót!*“ (Ich bin kein Mensch, ich bin ein Tót!). Und daher käme eben dies verruchte Sprichwort. Sei es wie es sei: gut behandelt haben die Magyaren die Slowaken bestimmt nicht. Die Geschichte des ungarischen Reiches ist so gut wie ganz eine Geschichte der Magyaren, und obschon die hervorragendsten Persönlichkeiten der ungarischen Geschichte keine Magyaren waren — Mathias Corvinus war Rumäne, Zriny Kroate, Kossuth Slowake! —, bestanden die anderen Nationen des großen pannonischen Beckens vor der Geschichte nicht. So geht es auch ganz und gar auf das Konto der Magyaren, daß die Landwirtschaft dieser Gebiete überaus rückständig ist, daß die Analphabetenziffer zeigt, je weiter man sich von der mährisch-slowakischen Grenze nach Osten hin entfernt. Den Slowaken war es unter ungarischer Herrschaft unmöglich gemacht, einen eigenen Abgeordneten ins Parlament zu schicken, die Wahlen wurden mit Gendarmerie gefälscht wie heute in Polen, ja, es war ihnen verboten und genügte schon für einen Hochverratsverdacht, Musikvereine zu gründen und Genossenschaften zu errichten. Auf jede volkstümliche Regung der slowakischen Bauern antworteten die Budapestener Eroberer mit dem Rufe: *Polizei!* Der Panslawismus regt sich! (Popovici, *Question*, 193). Als die Slowaken 1889 in Turč. Sv. Martin, ihrem kulturellen Zentrum, Museum und Bibliothek errichteten, wurden beide Einrichtungen von der Regierung geschlossen. Wenn man aber heute durch die neu und wahrhaft mustergültig aufgestellten volkskundlichen Sammlungen in Buda-

pest geht, so findet man die Dokumente der „geraubten Slowakei“ in dieser Sammlung ungarischer Kultur an hervorragender Stelle, wie denn das gesamte Völkerkundemuseum in Budapest unter dem gegen den Vertrag von Trianon gerichteten Schlagwort Nem, Nem Soha! (Nein, nein, niemals!) geordnet st.

Kein Wunder, daß beim Zusammenbruch 1918 die Wut sich gegen die Magyaren richtete. Es kam stellenweise zu argen Ausschreitungen. Aber keineswegs wurden die tschechischen Legionäre, die nun einrückten, als Befreier empfunden. Denn deren Ausschreitungen waren um nichts besser als die magyarische Herrschaft. Die Rückeroberung eines Teils der besetzten Gebiete durch die Rote Armee gab für Prag erneuten Anlaß zum Vorstoßen: Strategische Gründe waren jetzt maßgebend dafür, daß weite von Magyaren bewohnte Gegenden bis an die von Preßburg nach Szob besetzte Donaulinie tschechisch wurden. Hochverratsprozesse jagten sich, willkürliche Verhaftungen und Ausweisungen führten dazu, daß durch Flucht das Land in zwei Jahren eine halbe Million Einwohner verlor (Hassinger, 480). Seither ist die Slowakei zwar ein von der „Staatsnation“ bewohntes Gebiet, aber im Grunde eine Kolonie von Prag.

Dieser koloniale Charakter kommt vor allem in der Drosselung der im slowakischen Gebiet gelegenen Industrie zum Ausdruck, die zum Teil zugunsten der böhmischen stillgelegt wurde. Es litten darunter übrigens ganz besonders die Deutschen aus den alten ungarisch-deutschen Bergstädten. Neuerdings kommt die Valutasperre der mitteleuropäischen Staaten erschwerend hinzu. So hat eine ungarische Firma Erzgruben in dem früher ungarischen, jetzt tschechischen Gebiet der Slowakei. Dort beschäftigt sie an 2000 Arbeiter, die in Tschedokronen entlohnt werden müssen. Die Rohstoffe werden in Budapest verarbeitet und von dort gegen Pengö verkauft. Tschedokronen kann man aber in Ungarn nicht bekommen, jedenfalls nicht genügend zur Auslohnung von 2000 Arbeitern. So wollte man Naturalien nach der ČSR einführen, um gegen deren Erlös Kronen für die Arbeiter zu bekommen. Protest der tschechischen Agrarier. Wahrscheinlich wird es damit ausgehen, daß die Werke stillgelegt werden und 2000 Arbeiter mit ihren Angehörigen das Arbeitslosenheer der ČSR vermehren. Durch die Grenzziehung ist die sommerliche Wanderarbeit auf den ungarischen Gütern abgesperrt. Tschechische Staatsbürger brauchen noch heute ein Visum nach Ungarn. Der Sommerverdienst der jüngeren Bauernsöhne fällt aus. Das Land leidet. Obwohl dort „Staatsnation“ wohnt. Die versprochene Autonomie ist nicht verwirklicht worden. Als

aber Professor Tuka in Preßburg daraus die politische Folgerung zog und zehn Jahre nach dem Pittsburger Vertrag erklärte, infolge Nichterfüllung sei die Slowakei nicht mehr an die ČSR gebunden, verurteilte man ihn zu 15 Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Das Urteil wurde in Prag durch die Blätter verkündet eine Stunde, bevor das Gericht es gefällt hatte (Ethnopol. Alm. 1930, 119).

Und dennoch ist es um die Autonomiebewegung des Pfarrers Hlinka so still geworden? Man hat Grund anzunehmen, daß der Vatikan heute mehr Interesse an der Unterstützung der Kulturreaktion in der ČSR als an den Sonderwünschen seiner ohnehin getreuen Slowaken hat. Der Film „Ariane“ wurde in der ČSR wegen Gefährdung der Sittlichkeit verboten. Gegen das Schlafen von Pärchen in Zelten, sogenannte Tramps, erging der berühmt-berüchtigte Erlaß von Kubat — sind das vielleicht die Kompensationen? Die Vermutung liegt nahe genug.

Inzwischen wird die nationale Ueberlieferung der Slowaken ein wenig der Neuzeit angepaßt. Vor mir liegt ein am 8. August 1924 vom Ministerium legitimates Schulbuch, Slovenská Vlastiveda pre školy ľudové von Cyril Merhout, erschienen in Prešov 1924 (Slowakische Landeskunde für Volksschulen). Es beginnt mit den von einem Ruhmeskranz umwundenen Bildnissen von Masaryk, Beneš und dem durch Flugzeugabsturz verunglückten Kriegsmminister Štefanik, der ein Slowake war. Geographie, Volkskunde, Historie von der Einführung des Christentums durch Cyrill und Methodius über Hus, Komenský, Štúr, Palacký (der in Preßburg geboren ist), bis zu Štefanik. Nur ein Mißgeschick ist dem Herausgeber passiert. Auf Seite 22 heißt es: „Die Hauptstadt der Slowakei ist Bratislava“ (das ist der tschechoslowakische Name für Preßburg). „Sie liegt am Abhang der Kleinen Karpathen“. Und dann kommt ein Bild mit der Unterschrift Bratislava — das Bild jedoch zeigt eine Ansicht von Budapest! So etwas ist freilich peinlich. Und deshalb ist es empfehlenswert, sich in der Landeskunde nicht nach mehr oder weniger zurechtgemachten Historien zu richten, sondern nach dem, was aus den lebendigen Kämpfen der Gegenwart gewachsen ist: Dem ersten großen slowakischen Roman, der ein überzeugendes Bild vermittelt von der Bewegung im slowakischen Land: „Die lebende Peitsche“ von Milo Urban (Berlin 1931).

Literatur:

Boháč, Die nationalen Verhältnisse in Böhmen, Prager Tageblatt 13. 5. 31, Nr. 112.

Haberlandt, Die nationale Kultur der österreichischen Völkerstämme. Wien 1917.

Karg, Europakongreß der Autonomisten. „Der Weg“ 1931, S. 146. Č. Tešin.
 Kober, Vom sudetendeutschen Sterben, Grenzlandzeitschrift Deutsche Arbeit, Oktober 1930.
 Král, Reiseführer durch die Tschechoslovakische Republik. Prag 1928.
 Krofta & Kafka, Die Deutschen in der Tschechoslowakei. Prag 1928.
 Peters, Die österreichisch-ungarischen Kriegsanleihen als wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der Minderheiten in der ČSR, Prag 1925.
 Musée Ethnographique Tchéco-slave de Prague, Guide Prague 1914.
 Popovici, Die Vereinigten Staaten von Großösterreich, Leipzig 1906.
 Popovici, Question roumaine en Transsylvanie et en Hongrie. Paris 1918.
 Oberschall, Das deutsche und tschechische Schulwesen in der ČSR, Prag.
 Situation des minorités en Slovaquie et en Russie Subcarpathique, Mémoire à la SDN 1923, Berlin 1924.
 Spina, Deutsche und Tschechen, Sonderschrift „Tschechoslowakei“ des Berl. Tagebl. 19. 12. 30.
 de Viski, Guide dans la section ethnographique du musée national hongrois, Budapest 1929.

28. *Magyaren und Ukrainer im neuen Staat*

Die Wirtschaft der ehemals ungarischen Gebiete der ČSR, also der heutigen Slowakei und der Podkarpatska Rus, war vor der Machtergreifung durch die Tschechen in den Händen des magyarischen Bürgertums bei mäßiger Teilnahme deutscher Kreise. Es versteht sich also von selbst, daß das tschechische Bürgertum sein erstes Ziel darin sah, die magyarischen Kräfte zurückzudrängen, und daß sich aus diesem Bestreben, wenigstens in den ersten Jahren nach der Staatsgründung, eine ausgesprochene Ungarnfeindschaft entwickelte. Die Bevorzugung der böhmisch-mährischen Industrie führte dazu, daß die ungarische Industrie „einfach zugrunde gerichtet wurde, so daß mit wenigen Ausnahmen alle Anlagen stillgelegt und die Unternehmer zur Auswanderung gezwungen wurden. Das Bank- und Kreditwesen hat einen außergewöhnlichen Schrumpfungsprozeß durchgemacht. Der genossenschaftliche Gedanke, welcher für die ungarische Minderheit äußerste Wichtigkeit besitzt, ist durch das Verbot der freien genossenschaftlichen Organisation in der Slowakei schwer behindert“ (Szent-Ivány).

Die kulturelle Benachteiligung der Minderheit entspricht und entsprach in den ersten Jahren in noch höherem Maße dem Monopolbestreben der Tschechen: Die Einfuhr von Zeitungen und Fachliteratur aus Ungarn in die Slowakei ist im allgemeinen verboten, man bekommt nur vier bis fünf magyarische Zeitungen im Handel, während in Böhmen alle frei verkauft werden können. Der Vertrieb von ungarischen Büchern, die nach 1918 erschienen, ist an

behördliche Genehmigung gebunden, die nur erteilt wird, wenn eine Empfehlung der tschechischen Gesandtschaft in Budapest vorliegt und die Ueberprüfung der beglaubigten slowakischen Uebersetzung beim Landesamt in Bratislava oder bei der Prager Polizeidirektion keine Bedenken seitens der Tschechen aufgenommen läßt. Es wurden schon hebräische Gebetbücher beschlagnahmt, weil Gebete für — Kaiser Franz Joseph darin waren!

Die militärische Bedeutung der Donau-Linie veranlaßte die Tschechen in diesem Gebiet ganz bewußt zu „bodenreformatorischen“ Maßnahmen im Sinne tschechischer Militärkolonisation. In der Werbeschrift von Butter und Ruml über die ČSR heißt es ausdrücklich:

„Vom nationalen Standpunkt aus muß zur Kolonisierung einiger Gebiete, z. B. der südlichen Grenzstreifen der Slowakei, geschritten werden.“

Bild 50
Seite 192

Immerhin darf man sagen, daß im Vergleich zu der vollkommenen Unterdrückung des Bauerntums im Magnaten-Ungarn die Lage der magyarischen Bevölkerung in den tschechisch gewordenen Gebieten politisch noch einigermaßen erträglich ist.

Bild 52
Seite 193

Ganz anders steht es mit dem ukrainischen Bevölkerungsbestandteil in der Karpatho-Ukraine.

Der von Masaryk am 12. Januar 1918 in Scranton abgeschlossene Vertrag mit den damals noch ungarischen Ukrainern versprach eine vollkommene Autonomie für das Gebiet. Ebenso sieht der Friedensvertrag von St. Germain in den §§ 10 bis 13 Sonderrechte vor; formell gilt auch in diesem Gebiete Tschechisch nicht als Staatssprache in dem Sinne wie in der übrigen Republik. Das Gesetz vom 22. Februar 1920 sieht vielmehr vor, daß die Sprachenfrage durch das eigene Parlament der Podkarpatska Rus erledigt werden soll. Indessen ist dieses Parlament bis heute noch nicht einberufen worden; bis 1924 hatten die Ukrainer nicht einmal einen Abgeordneten in den tschechischen gesetzgebenden Körperschaften. Der Ausdruck Karpatho-Ukraine, der sachlich begründet wäre, darf in der ČSR nicht gebraucht werden. Die Nichterfüllung der vertraglichen Zusicherungen wird im Lande von maßgebenden und es sicherlich nicht schlecht meinenden Personen damit „begründet“, daß infolge der Verfahrenheit der politischen Verhältnisse in diesem Gebiet die Bildung eines Landesparlaments bisher keine Gewähr für sachgemäße Verwaltung gegeben hätte. Rein äußerlich betrachtet, scheint diese Begründung einiges für sich zu haben. Es bestehen hier Gegensätzlichkeiten, von deren Verwicklung man sich selbst in Böhmen schwer einen Begriff macht, geschweige denn im Ausland. Von den etwas über dreiviertel Millionen zählenden Einwohnern sind etwa 600 000

Ukrainer. Diese Ukrainer sind im wesentlichen Armbauern in den wenig ertragreichen Gebirgsgegenden, während das Flachland vorwiegend von ungarischen Bauern besetzt ist und in den Städten der jüdische Bevölkerungsanteil eine sehr erhebliche Rolle spielt. Wirtschaftlich hat es das tschechische Bürgertum verstanden, mit Hilfe der Bodenreform den größten Teil des Landes zu einer Kolonie der tschechischen Agrarpartei zu machen. Der Staat beschlagnahmte 6300 qkm bei einer Gesamtfläche des Landes von 12 656 qkm. Neben dem, was im Besitz des Bodenamtes blieb, ist das tschechische Kapital vorwiegend im Großbesitze Schönborn und in der französisch-tschechischen Aktiengesellschaft Latonica verankert. Zur Erschließung des Landes im Interesse der Tschechen und ihrer Militärstellung hat die Regierung zweifellos viel getan. Das Budget der Karpatho-Ukraine ist stark passiv. Jährlich wurden fast 300 Millionen Kč. für dieses Gebiet draufgezahlt, ein Betrag, der in der ČSR immerhin sehr erheblich ist. Es mag bei der Erschließung des Landes (Straßenbau, Elektrifizierung usw.) auch viel guter Wille eine Rolle gespielt haben; denn die Tschechen sind, wie selbst der deutsche Minister Spina zugibt, ein Volk, das „mit einem Höchstmaß von Aktivität, kultureller Aufnahmefähigkeit und fruchtbarer Eigenart begabt ist“. Die Entwicklung war dennoch zwangsläufig durch die einseitige Politisierung des Bodenamtes und den Monopoleinfluß der Agrarpartei in diesem Amte bestimmt.

Neben der gewinnbringenden Stellung, die sich die Agrarpartei hier im Osten geschaffen hat, spielen im Lande eine unverhältnismäßig große Rolle russische und ukrainische Emigranten, die sich, jede Gruppe für sich und in stetem Kampfe gegeneinander, im Grunde als die einzig berechtigten Herren des Landes fühlen. Die Reste des magyarischen Bürgertums stehen auf Seite der Groß-Russen, weil das Obsiegen des großrussischen Einflusses ein Aufkommen der ukrainischen Bauern hintanhaltend und damit den sinkenden Einfluß der Magyaren stützen würde. Die Ukrainer wiederum suchen sich auf die einheimische Bauernbevölkerung zu stützen, kommen damit aber mit den tschechischen Interessen in Streit und werden sogar zu einer bedeutsamen internationalen Frage; obwohl ein wirtschaftlicher Verkehr über den Karpathenkamm kaum besteht, unterhält die polnische Republik in der Landeshauptstadt Užhorod ein beträchtliches Konsulat. Dieses Konsulat dient ausschließlich, und zwar mit Hilfe geschickter gesellschaftlicher Veranstaltungen, Presseempfangen usw. der antiukrainischen Propaganda, da das polnische Militärregime mit Recht in einem Aufkommen der ukrainischen Einflüsse in der tschechischen Kar-

patho-Ukraine eine Bedrohung seiner eigenen ukrainischen Militärkolonie sieht (vgl. Kap. 20). — Die Juden im Lande spielen entweder, soweit sie rituell gebunden sind, politisch keine Rolle und sind nur höchst unzufrieden damit, daß die Großzügigkeit des ungarischen Magnaten im Geldausgeben abgelöst worden ist durch die engherzige Sparsamkeit des tschedischen Beamten, oder sie treiben als Zionisten ihre eigene Politik.

Die Ausnutzung dieser vielfachen Gegensätze boten den Tscheden von vornherein die Möglichkeit, „ausgleichend“ aufzutreten. Ein russischer Anwalt lehnt es etwa ab, auf einen ukrainischen Schriftsatz zu antworten. Da der Ukrainer nicht russisch schreibt, so schreibt er tschedisch. Der tschedische Schriftsatz wird tschedisch beantwortet. Vielfach sind solche Vorgänge der selbsttätig wirkende Hintergrund der Tschedisierung. Daneben spielt aber natürlich die bewußte Politik des tschedischen Bürgertums eine sehr entscheidende Rolle. Das drückt sich vor allem in der Schulpolitik aus, wohlgemerkt in einem Gebiet, in dem es vor 1919 überhaupt kaum Tscheden gab. Die neueste Uebersicht über den Stand der Schulpolitik gibt folgendes Bild. Es dürften gegenwärtig nach dem „Postup“, einer in Prag seit 1931 erscheinenden ukrainischen Zeitschrift, bereits an 200 tschedische Schulen im Lande bestehen (Nr. 1, S. 7). Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild für die Volksschulen in der Podkarpatska Rus:

Unterrichtssprache			In den Jahren	Zuwachs	
	31. 12. 1920	31. 10. 1926	1929—1930	absolut	prozentual
ukrainisch	321	383	375	54	16,8
tschedisch	22	46	149	127	577,3
andere	132	145	139	7	5,3
zusammen	475	574	663	188	35,3

Die Entwicklung der Lehrerschaft gibt ein noch deutlicheres Bild:

Nationalität	Zahl der Lehrer		Zuwachs	
	31. 12. 1921	In den Jahren 1929—1930	absolut	prozentual
ukrainisch	664	776	112	16,8
tschedisch	53	355	302	569,8
andere	262	265	3	1,1
zusammen	979	1396	417	41,7

Die tschechische Lehrerschaft ist also seit 1921 um 569,8 v. H. vermehrt worden. Das einzige Zugeständnis, das man der Mehrheit der Einwohner, den Ukrainern, gemacht hat, ist, obwohl das von national-ukrainischer Seite wahrscheinlich entschieden bestritten werden dürfte, keineswegs im Interesse der Ukrainer gewesen. Man hat die von den Magyaren seinerzeit abgeschaffte cyrillische (russische) Schrift wieder eingeführt, obwohl der von den Ungarn angestrebte Gebrauch der Lateinschrift den Ukrainern den Anschluß nach Westen erheblich erleichtert hätte.

Wirtschaftlich ist das Bauerntum in einem Zustande von Verelendung, der in den letzten Monaten bereits in internationalem Maßstabe Aufsehen erregt hat. Die amtliche Statistik gibt darüber kein klares Bild. Durch den tschedisch-ungarischen Zollkrieg und die Sperrung der Grenzen ist hier wie auch in der Slowakei die sommerliche Saisonarbeit in der ungarischen Tiefebene unterbunden. Von dem armseligen Land im Gebirge können jedoch die Bauern nicht leben. Dazu kommt die Verschuldung an die Dorfwucherer, die Agrargenossenschaften und die Banken bei Zinsen, die zum Teil bis zu 50 v. H. betragen. Rücksichtslose Eintreibung der Steuern und Massenexekutionen der Gendarmerie sind an der Tagesordnung.

Die amtliche Statistik gibt zu, daß etwa der Verbrauch beträgt von:

Rindfleisch	3,83 kg pro Person und Jahr gegen 16 kg in Böhmen
Schweinefleisch	3,56 kg " " " " " 14,1 kg " "
Fett	0,79 kg " " " " " 3,77 kg " "

Die durchschnittlichen Hektarerträge nach derselben amtlichen Statistik sind für:

Winterweizen	6,8 Ztr. pro Person und Jahr gegen 18,6 Ztr. in Böhmen
Korn	8,4 Ztr. " " " " " 14,5 Ztr. " "
Hafer	9 Ztr. " " " " " 16,6 Ztr. " "

In Wahrheit leben die Bauern von Maisbrot, das mit gemahlener Baumrinde vermischt ist, Kohlsuppe, Hafer und einigen oft faulen Kartoffeln. Selbst Salz gibt es nicht. Die Leute müssen bis zu 40 km laufen, um Salzwasser aus den Quellen zu holen, und selbst das müssen sie dem Staat, der das Monopol hat, noch bezahlen, in einem Lande, in dem die größten tschechischen Salzbergwerke liegen (Akna-Szlatina). Das Holz der riesigen, von den Tschechen beschlagnahmten Wälder verfault zu zehntausenden cbm, weil es auf dem Weltmarkt nicht verwertbar ist. Die Bauern leiden in dem harten Karpathenwinter unter Frost, weil sie das Holz nicht anrühren dürfen unter der Drohung, wegen

Waldfrevel bestraft zu werden. Entsprechend dieser furchtbaren Notlage und der durch sie bedingten Hungersnot ist der Gesundheitszustand grauenhaft. Dessen ungeachtet gab es im Jahre 1926 erst 23 Aerzte auf 100 000 Einwohner oder 1,1 auf 100 qkm. Zur gleichen Zeit gab es eine Apotheke auf 300 qkm. Man hat zwar in einigen Orten ärztliche Hilfsstellen eingerichtet, zu denen das Rote Kreuz beisteuert. Der Arzt, der mit 1700 Kč. monatlich besoldet ist, darf aber im ganzen Jahre Freimedikamente nur in der Gesamthöhe von 500 Kč., also etwa für 63 RM. ausschreiben. Ueberdies ist vielfach die nächste Apotheke bis zu 20 km entfernt. Fahren können die Leute nicht, dazu haben sie kein Geld. Laufen können sie vielfach auch nicht, denn sie haben keine Schuhe, und im Winter ist alles vereist. Es ist verständlich, daß angesichts einer solchen Lage die eingeborene Bevölkerung allmählich in einen Zustand ständigen Aufruhrs geraten muß.

Das Aktionskomitee der werktätigen Bauern (Sojuz Pracujucih Selanstwa) hat in der letzten Zeit die Organisation der verelendeten Bauern und vor allem die Abwehr gegen die Steuerexekutionen in die Hand genommen. Begreiflicherweise fühlt sich die tschedische herrschende Klasse durch diese Selbstabwehr bedroht und geht mit den schärfsten Mitteln dagegen vor. Das Blutbad von Hust ist ein lehrreiches Beispiel. Dessen ungeachtet schlossen sich die Bauern in steigendem Maße zusammen und zwingen vielfach Steuererheber und Gendarmen zum Rückzug aus den Gemeinden. Je stärker diese Bewegung sich durchsetzt, desto tatkräftiger versucht man in Prag, die Situation zu verschleiern, obschon sich in der letzten Zeit sogar die bürgerliche Presse für die Karpatho-Ukraine einzusetzen begann. Die Internationale Arbeiterhilfe der Tschedoslowakei hat vor wenigen Monaten zu einer internationalen Hilfsaktion für das Hungergebiet aufgerufen. Am 23. März 1932 antwortete die tschedische Regierung darauf mit dem Verbot der Arbeiterhilfe in der Tschedoslowakei. Die amtliche Mitteilung darüber besagte, daß die Organisation „staatsfeindliche Ziele“ verfolgt habe. In Wahrheit dürfte die Entsendung des deutschen Journalisten Renn und des englischen Journalisten Hamilton nach dem Osten und deren Berichte den Grund für dieses Vorgehen abgegeben haben, da die Berichte dieser beiden Beobachter zweifellos nicht geeignet sein konnten, den Ruf der tschedischen Verwaltung vor der internationalen Oeffentlichkeit zu heben. Es ist kein Wunder, daß dieser Gegenstoß des tschedischen Bürgertums gegen die Arbeiterhilfe und die Hilfsaktion für die ukrainischen Bauern zusammen-

fällt mit einer außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes in allen Gebieten des Staates.

Literatur:

Butter-Ruml, vgl. Kap. 26.

Czaban, Die Lage in der tschechischen Karpatho-Ukraine, Inprekor 2. II. 1932 Nr. 9, S. 230.

De Gerando, La russie subcaparthyque, Journal de Genève 30. 8. 29.

Hnatjuk, Etnografični materijaly z Uhorskoi Rusy, Etnogr. Sbirnyk III, 1897; IV, 98; IX, 1900. XXV, 1909; XXIX, 1910; XXX, 1911.

Hnatjuk, Slovaky čy Russyny? Mitt. Schewtschenko-Ges. XLII, Lemberg.

Jahoda, Die revolutionäre Bewegung der werktätigen Bauern in der Karpatho-Ukraine, Inprekor 24. II. 1932 Nr. 16, S. 454.

Nečas, Karpatho-russischer Epilog. „Die Wahrheit“ XI, Prag 1. 4. 32 Nr. 7.

Karpatho-Rußland, ein Land verhungert mitten in Europa! Berlin 1932.

Pawlo, Narodnje schkilniztwo na sakarpatti, Postub 1931 Nr. 1.

Stein, Wochenendflug in die Karpathen. Berl. Tagebl. 31. 10. 31, 514.

Suk, The peoples of the sub-carpathian highlands. Man, May 1931 XXXI S. 95.

Szent Ivány, Die ungarische Minderheit, Sonderschrift des Berl. Tagebl. 19. 12. 1930.

Yuhasz, Wilson's Principles in Czechoslovak Practice. The situation of the Carpatho-Russian Peoples under the Czech yoke, 61 p., 1 map. Homestead 1929.

29. Die Arbeiterbewegung im Gebiet der Tschechoslowakei

Die Verschärfung wirtschaftlicher Auseinandersetzungen in der ČSR ergab sich notwendig aus den wachsenden Schwierigkeiten des tschechischen Bürgertums in den Jahren der Wirtschaftskrise. In der ersten Zeit nach der Staatsgründung konnte die herrschende Klasse in weitaus höherem Maße als heute die nationalen Gegensätze innerhalb des Proletariats zu ihren Gunsten ausnutzen, denn die tschechische Arbeiterschaft fiel, wie angesichts der Haltung ihrer Führung nicht anders zu erwarten war, zunächst dem nationalen Befreiungswahn zum Opfer, da von seiten der sozialdemokratischen Parteileitung in Prag in keiner Weise erkannt oder betont wurde, daß die angestrebte soziale Befreiung nicht gemeinschaftlich mit dem tschechischen Finanzkapital, sondern nur gegen dieses erreicht werden kann. Die tschechische sozialistische Bewegung ist unter den Voraussetzungen ihrer nationalen Stellung innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie gedanklich denselben Weg gegangen wie die P. P. S. in Polen. Die tschechische Arbeiterbewegung entwickelte sich im Anschluß an die Bewegung der deutschen Arbeiter in Wien. Als 1866 im Kriege

gegen Preußen die österreichische Bürokratie zusammengebrochen war, bildeten sich zum erstenmal deutsche Arbeitervereine in Wien, nachdem ein einigermaßen freiheitliches Vereinsgesetz 1867 dazu die Möglichkeit geboten hatte. Und 1868 entsteht in Wien Anfang Mai der sogenannte „Böhmisch-Slawische Arbeiter-Verein“, der tschedische und polnische Handwerker und Arbeiter vereinigte. Damals hatte die Führung der deutschen Arbeitervereine viel klarer die Beziehungen zwischen nationaler und sozialer Frage erkannt, als etwa die deutsche und die tschedische Parteileitung während des Krieges und kurz danach. Das Komitee des 5. Wiener Arbeitertages erließ am 10. Mai 1868 ein Manifest an das arbeitende Volk in Oesterreich (das deutsche Original befindet sich im Archiv des Ministeriums des Innern in Wien, das tschedische Original im Archiv der Statthalterei in Brünn):

„Die Wiener Arbeiter stehen bereits als eine einige kompakte und Achtung gebietende Masse da, welche die Vorurteile der Religions- und Nationalitätenverschiedenheit über Bord geworfen hat. Vergeblich versuchte die Reaktion die Eintracht des arbeitenden Volkes der Hauptstadt zu stören, ihr Bestreben, die tschedischen und polnischen Arbeiter in separaten Vereinen zu organisieren, scheiterte vollständig... die Zeit der Nationalitätenabsonderung ist vorüber. Das Nationalitätenprinzip steht heute nur auf der Tagesordnung der Reaktionsäre... die nationale Wiederherstellung Polens wurde zum Teil durch die Sonderstellung des jetzigen Adels vereitelt, wie dies das Jahr 1863 beweist, und die Vorkämpfer der tschedischen Nationalität gehen Hand in Hand mit dem genuß- und herrschsüchtigen Klerus... Der Arbeitsmarkt kennt keine nationalen Grenzen, der Weltverkehr schreitet über alle Sprachgrenzen hinweg. Das überall herrschende Kapital, dessen Ausdruck und Maßstab das Geld ist, kümmert sich nicht um die vermeintliche Abstammung.“

1869 erzwingen die Wiener Arbeiter das Koalitionsrecht. 1870 fordert eine Versammlung von 50 000 deutschen und tschedischen Arbeitern auf dem Jeschkengebirge bei Reichenberg die Versöhnung der Nationen, die Verbesserung der Lage der Arbeiter und die Gründung von Arbeitervereinen.

Indessen trat auch damals bereits innerhalb der tschedischen Arbeiterschaft eine nationale Richtung auf, die ihren organisatorischen Inhalt zunächst in der am 1. März 1868 von František Chleborád gegründeten Genossenschaft „Úl“ (Der Bienenstock) fand. Im Dezember 1867 war der Dělník (Arbeiter) als erstes tschedisches Organ geschaffen worden. 1878 bildete sich im Wirtshaus St. Margareten vor dem Strahover Tor in Prag die tschedische Sozialdemokratie als selbständige Partei. Schon damals hatte die nationale Richtung im Gegensatz zu jenem von Wilhelm Liebknecht beeinflussten Manifest des Wiener Komitees

eine gewisse Bedeutung erlangt. Auf dem Hainfelder Parteitag (1889) kam dessen ungeachtet eine einheitliche sozialdemokratische Partei für die Monarchie zustande, die 1891 über sieben deutsche, fünf tschedische, zwei polnische, ein italienisches und ein slowenisches politisches Blatt verfügte. Indessen meldete sich bereits wenige Jahre später, 1893, der tschedische Separatismus, der 1896 auch auf die Gewerkschaftsbewegung übergriff. Die Tscheden forderten in diesem Jahr einen eigenen tschedischen Sekretär in der Wiener Gewerkschaftskommission. Ein Jahr später wurde eine eigene tschedische Gewerkschaftskommission in Prag begründet, die die oberste Leitung der tschedischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beanspruchte. Ihr Antrag, als Landeszentrale im internationalen Maßstab anerkannt zu werden, wurde 1905 auf der internationalen Konferenz in Amsterdam abgelehnt; indes verschärfte das nur die Gegensätze und führte schließlich dazu, daß die Tscheden auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen 1910 gegen die „deutsche Einmischung in ihre Angelegenheiten“ protestierten. Der Kopenhagener Kongreß hielt die Spaltung der Gewerkschaften innerhalb eines Landes für unzulässig. Die tschedischen Separatisten erklärten dazu nach dem Kongreß:

„Wenn der internationale Kongreß gegen alle bisherigen Gepflogenheiten sich in den internen organisatorischen Streit zweier Sektionen eingemischt und im vorhinein eine bestimmte These über die Form der Gewerkschaften ausgesprochen hat...wenn er sich also die Kompetenz arrogiert hat, im vorhinein in einer Sache zu entscheiden, über die erst entschieden werden sollte nach vorhergegangener Verhandlung der beteiligten Parteien, so hat er ein geradezu verkehrtes Vorgehen gewählt und auch dem Werke der Einigung in keiner Weise gedient.“

Die Verschärfung führte zu einer Spaltung innerhalb der tschedischen Bewegung. Die mährischen Organisationen nämlich waren im Gegensatz zu Böhmen zentralistisch. Die Zentralisten tagten 1910 in eigener Konferenz in Brünn, wo sie 28 804 organisierte Arbeiter vertreten konnten. Trotz dieser starken Organisation lösten die separatistischen Sozialdemokraten Tusar und Vaněk im Auftrag der Prager Zentrale sämtliche 13 zentralistischen Organisationen auf, was dazu führte, daß 1911 die Zentralisten eine selbständige „tschedische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegen die Separatisten begründeten.

Inzwischen waren seit 1896 die Bildungseinrichtungen legal ausgebaut worden. 1899 wurde Marx' „Kapital“ ins Tschedische übersetzt. Aus den damaligen Bestrebungen erwuchs die Arbeiterakademie in Prag, die 1926 ihr 30jähriges Bestehen feiern konnte.

Noch in der Festschrift zu dieser Gelegenheit betont František Tomašek,

„daß die sozialen Elemente der Bewegung dazu führten, die nationale Assimilation zu bekämpfen und die tschechische Kultur zu stützen“ (S. 42).

Man sieht also, daß das angeblich ausgleichende Nationalitätenprogramm des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie in Brünn 1899 keineswegs ausreichte, um innerhalb des Proletariats die nationalen Gegensätze in einer revolutionären Weise auszuwerten. Es war eine Folge der Vorkriegspolitik der II. Internationale, daß sich auch während des Krieges eine klare Stellungnahme in der Frage sozial oder national weder bei den deutschen noch bei den tschechischen Sozialdemokraten Oesterreichs finden konnte. Während in der Sozialdemokratie in Deutschland vor dem Kriege immerhin die linke Gruppe von Mehring und Luxemburg eine revolutionäre Opposition bildete, aus der dann später der Spartakusbund entstand, fehlte eine entsprechende Bewegung in Oesterreich vollkommen. Die Parteiführung hatte sich im Anfang des Krieges genau wie die deutsche Mehrheit dem heimischen Imperialismus gebeugt. Friedrich Adler, gegenwärtig Sekretär der II. Internationale, hat es in seinem Prozeß, der ihm wegen der Erschießung des österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh (21. Oktober 1916) gemacht wurde, richtig ausgeführt:

„Wir haben es in Oesterreich erlebt, daß die sozialdemokratische Partei aus anderen Prinzipien gehandelt hat, als jenen, die ihrem Programm entsprachen, daß sie gehandelt hat einerseits aus deutschnationalen Prinzipien, repräsentiert durch die Herren Pernerstorfer, Leuthner, Hartmann, und daß sie aus Prinzipien gehandelt hat, denen nicht das Höchste gewesen ist die Sozialdemokratie, denen nicht das Höchste gewesen ist die Internationale, sondern daß sie gehandelt hat und beeinflusst worden ist von Leuten wie Dr. Renner, deren höchstes Prinzip der österreichische Staat ist.“

Genau so wie die von Friedrich Adler kritisierte Haltung seiner deutschen Parteigenossen, ist die Haltung Šmerals zu bewerten, der sich, wie bereits im Kapitel 24 erwähnt wurde, noch während des Krieges für die Durchsetzung der tschechischen Forderungen „im Rahmen des Reiches“ eingesetzt hat. Man hat seitens der tschechischen Partei später, als Šmeral die Führung der Kommunisten übernommen hatte, diese sozialpatriotische Haltung als persönliche Politik von Šmeral hinstellen wollen. Indessen entsprach sie durchaus der Kriegspolitik der gesamten Parteiführung.

Der Schuß auf den Ministerpräsidenten, den Friedrich Adler 1916 abgegeben hatte, weckte die arbeitenden Massen. Es fehlte aber jedes klare Programm. Indessen ließ sich die Wirkung des Hungers, der politischen Unterdrückung und der Hochverratsprozesse der österreichischen Militärverwaltung nicht hintan-

halten: Ab 1916 mehrten sich die Streiks, das Auftreten der Mittelmächte in Brest-Litowsk verschärfte die Lage, und an sich wären also die Voraussetzungen für einen Umsturz nicht nur im Sinne der Herbeiführung einer bürgerlichen Demokratie, sondern darüber hinaus durchaus gegeben gewesen, wenn nicht die Leitung der tschechischen Sozialdemokraten im Bereich des neuen Staates sofort gemeinsame Sache mit dem damals noch liberalen Bürgertum gemacht hätte. Wie stark aber die Verbindung zwischen tschechischer Parteileitung und tschechisch-bürgerlichen Nationalisten war, geht daraus hervor, daß etwa ein Antrag des damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten, heutigen Ministers der deutschen Sozialdemokratie in der ČSR, Čech, der von 130 Abgeordneten der Opposition unterschrieben war und die Beratung der nationalen Frage in einem eigenen Ausschuß verlangte, von den tschechischen Sozialdemokraten gemeinsam mit der tschechischen Nationaldemokratie niedergestimmt wurde (Strauß, 591). Diese Solidarität der Sozialdemokraten mit dem Bürgertum veranlaßte einen außenstehenden Betrachter wie Hassinger (116) zu der Feststellung: „Das Wort vom ‚tschechischen Volk‘ ist eine Wahrheit, das vom ‚deutschen Volk‘ erhebt sich nicht immer dazu — bei den Sokoln marschieren sie alle nebeneinander.“ Es war und ist ganz das gleiche, was etwa der Berliner Polizeivizepräsident Weiß für die Entwicklung eines großen Teils der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter bestätigt:

„Hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter, die früher ihr Ideal einzig darin fanden, den Klassenkampf für den Aufstieg der Arbeiterschichten zu führen, fanden sich im Reichsbanner mit Vertretern des freiheitlichen Bürgertums zusammen und kämpften... für Bestand und Erstarben des demokratischen Volksstaates. Diese gemeinsame Front führte zu einem Gemeinschaftsgefühl zwischen Arbeiter und Bürger“ und „verhinderte eine Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft“, ... „Eine Auflösung des Reichsbanners würde eine Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bewirken“, ... „Klasseninstinkte werden bei ihr wieder das Interesse am Staate überwuchern“.

Man sieht, die Entwicklung ist durchaus vergleichbar. Was war die Folge dieser Politik in der ČSR?

Als 1918 das Bürgertum noch so weit auf die immerhin revolutionäre Erregung der breiten Masse Rücksicht nehmen mußte, daß es den von Habsburger-Loyalität in ausgesprochensten tschechischen Chauvinismus entgleisten Kramář ausschiffte, sah es sich auf sozialpolitischem Gebiet zu gewissen Zugeständnissen dem Proletariat gegenüber genötigt. Es verstand indessen ausgezeichnet, unter Ausnutzung der nationalen Einstellung der tschechischen

zu Bild 61: Bei Alt-Sabrze-Poremba. Bahn durch Gitter zerschnitten.



Bild 61. Deutsch-Oberschlesien: Grenze (s. nebenst. Anm.)



Bild 62. Grenze Grenzmark-Poznań bei Tirschtiegel



Bild 65. Deutsch-Oberschlesien. Markt bei Hindenburg



Bild 64. Fliegerbombe auf der Straße in Posen als Flugabwehrreklame

Sozialdemokratie, diese bei der Unterdrückung der Minderheiten zugunsten des Sieges des tschechischen Bürgertums auszuschalten, indem es, wie bereits bei Besprechung der Bodenreform gezeigt wurde, unter dem Schein einer Sozialisierung seine Geschäfte machte. Für diese „Sozialisierung“ setzten sich die tschechischen S.D.-Führer ein, warnten aber gleichzeitig vor einer „Nachahmung des russischen Beispiels“. Selbst als sich im Jahre 1921 die einheitliche tschechische kommunistische Partei gebildet hatte, war in ihr die sozialdemokratische Ueberlieferung noch so stark, daß dem Klassenstaat des tschechischen Bürgertums der tschechische Staat „in seiner reinen Form“, „losgelöst vom Klassenkampf, als ein über den Klassen stehendes Gebilde“ gegenübergestellt wurde (Reimann 95). Diese gedankliche Unklarheit des damals unter der Führung wiederum von Šmeral stehenden Zentrums der kommunistischen Partei wurde erst sehr allmählich unter vielen Rückschlägen für die Arbeiterbewegung überwunden.

Je mehr sich die Machtstellung des tschechischen Bürgertums unter Zurückschlagung der deutschen und ungarischen bürgerlichen Ansprüche festigte, begann die herrschende Klasse mit dem Abbau der Demokratie. Dieser Abschnitt setzt in der ČSR 1923 ein. Politisch durch den Erlaß des Republikschutzgesetzes gekennzeichnet, geht Hand in Hand mit dieser „verfassungsmäßigen“ Verstärkung des Polizeieinflusses das Streben nach Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften. Die Arbeitslosigkeit sank 1924/25 etwas infolge der im Interesse des Finanzkapitals umgeschalteten Devisenpolitik (vgl. Kap. 25): die bis dahin allgemeine Arbeitslosenversicherung wurde unter Mithilfe der Gewerkschaften zum sogenannten Genter System abgewandelt, bei dem die Zahlung der Arbeitslosenunterstützungen unter finanzieller Bürgschaft des Staates den Gewerkschaften in die Hand gegeben wird, anstatt einer öffentlichen Versicherung, wie sie bis dahin bestand. Die Gewerkschaften sahen darin insofern einen Machtzuwachs, als nunmehr ein neues wirtschaftliches Interesse große Scharen der Arbeitnehmer den Gewerkschaften, eben wegen der Arbeitslosenunterstützung, in die Arme trieb. Politisch war indessen dieser zahlenmäßige Zuwachs keineswegs gleichbedeutend mit einem Gewinn an Einfluß, sonst hätten die Streiks gegen die einbrechende Teuerung, ebenfalls eine Folge der Politik des Finanzministers Engliš, mit größerem Erfolg ausgehen müssen. 1925 fühlte sich die tschechische Regierungsgruppe stark genug, bürgerliche Vertreter der Minderheiten in die Regierung aufnehmen zu können. Damit war die Tatsache der Verbündung der verschiedenen nationalen bürgerlichen Gruppen gegen das verschiedennationale

Proletariat eindeutig bewiesen, und der Beschluß des zweiten Parteitages der K. P. Č. (31. Oktober bis 4. November 1924), die über die Nationalitätenfrage zum erstenmal in diesem Lande eine klare Losung enthielt, bestätigt:

„Die Versuche, zu beweisen, daß das Selbstbestimmungsrecht in der ČSR aus ökonomisch-politischen oder anderen Gründen bis zur Los-trennung von diesem Staat überhaupt nicht ausgenutzt werden kann, bedeuten eine objektive Unterstützung des tschechischen Imperialismus. Die Partei kann nicht den bürgerlichen Schwindel von der tschechischen Staatsnation akzeptieren, durch den die tschechische Bourgeoisie die koloniale Ausbeutung und die blutige Unterdrückung der Karpatho-Ukraine und der Slowakei und der unterdrückten nationalen Minderheiten verschleiern will“ (Reimann 217).

Reimann bemerkt hierzu richtig, daß in dieser Stellungnahme nur noch der Ausdruck „kolonial“ anfechtbar bleibt, weil er zu einer unklaren Haltung gegenüber dem nationalen Bürgertum in den erwähnten Gebieten verleiten könnte.

Der Zusammenschluß der herrschenden Gruppen verschiedener Nationen in der ČSR brachte in eindeutiger Linie die Zuspitzung des Klassenkampfes, die stufenweise durch die Entwicklung des Staatsapparates gekennzeichnet wird: 1926 wurde der Lohnsteuer-abzug dem Proletariat aufgezwungen. Im selben Jahre setzte die Agrarpartei die Schutzzölle durch. 1927 kam die Verwaltungs-reform mit ihrem weitgehenden Abbau besonders der kommunalen Selbstverwaltung. 1928 die Vorstöße gegen die Sozialversicherung.

1927 begann gleichzeitig die Erschütterung des Kapitalismus. In der ČSR trat diese Bewegung nicht gleich so offenkundig in Erscheinung wie in den benachbarten Ländern; es waren erst wiederum die deutschen und östlichen Gebiete, die zugunsten der böhmischen Kerngebiete zu leiden hatten. Gleichzeitig verstand man, eine geschickte Werbung für tschechische Wirtschaftskraft mit der Organisation des „tschechischen Ford“, des Inhabers der großen Schuhfabriken in Zlín in Mähren, Thomas Bat'a (sprich Batja) zu machen. Aeußerlich ist der Aufbau des Bat'a-Konzerns mit seinem außerordentlichen Produktions- und Vertriebsapparat zweifellos eine erstaunliche Leistung. Man kann auch gewiß darüber zweierlei Meinung sein, ob in Einzelheiten das Propagandabüro von Bat'a oder seine Kritiker, wie vor allem Rudolf Philipp, Recht haben. Letzten Endes dürfte folgendes ausschlaggebend sein: Bat'a ist, vom psychologischen Standpunkt betrachtet, sicherlich ein ungemein begabter Agitator für die eigene Sache. Er veranstaltet für die von ihm abhängigen Arbeitermassen jedes Jahr unter persönlicher rednerischer Mitwirkung eine Maifeier und „dokumentiert“ damit, daß er der einzig wahre Verwirklicher

des „Sozialismus“ ist. Er versteht den Arbeiter durch Entfaltung seines eigenen wirtschaftlichen Interesses an den Betrieb zu binden (jede Abteilung ist verwaltungsmäßig selbständig und arbeitet auf eigenes Risiko, und innerhalb jeder Abteilung geht dieser Grundsatz bis zu den untersten Stellen), aber — jede gewerkschaftliche Organisation ist bei Bat'a untersagt, obschon das gelegentlich wieder bestritten wird. Die Folge ist, daß ein Arbeiter, der wegen irgendeines Streitpunkts aus dem Konzern ausscheidet, solange das Genter System herrscht, völlig mittellos auf der Straße steht. Im übrigen gehört Bat'a die Fabrik, es gehören ihm die Wohnungen in Zlín, es gehört ihm die Kantine, es gehört ihm das Verkehrswesen, von den Autobussen, die die Arbeiter antransportieren, bis zum eigenen Flugpark, es gehört ihm im Grunde ganz Zlín, vielleicht mit Ausnahme des kleinen vergitterten Kastens am Marktplatz, in dem jeweils die gegen Bat'a veröffentlichten Artikel der kommunistischen Presse rot angestrichen ausgehängt werden. Man muß ihm lassen, er hat in der Taktik und in den Schlagworten, mit denen er die Zäune seiner Fabriken bemalen läßt und den Fabrikeingang schmückt, von der kommunistischen Propaganda allernachahmbarst gelernt. Er bleibt aber, gerade wegen seiner zweifellos innerhalb des tschechischen Bürgertums nicht wieder erreichten Genialität, eine wirtschaftliche Kraft, die keineswegs geeignet ist im Sinne einer endgültigen Verbesserung der Lebenslage des Proletariats zu wirken. Der Beweis für diese letzte Behauptung ist wohl genügend geführt, wenn ich folgendes aus der von den Bat'a-Betrieben an Interessenten bereitwilligst zu Werbezwecken verschickten Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes über die Fabriken zitiere:

Bild 57
Seite 224

Bild 56
Seite 209

„... dieses System bringt für Bat'a keine Einschränkung seiner Autorität. Er behält sich alle leitenden Funktionen vor; er allein setzt völlig selbständig die Bestimmungen der verschiedenen Verträge auf, die er mit jedem seiner Angestellten abschließt, und bestimmt, wie der Lohn eines jeden berechnet werden soll. Bat'a gestattet in dieser Beziehung weder einen Eingriff der Gewerkschaften noch irgendwelche kollektiven Vereinbarungen.“ Und weiter wird in dieser Schrift angeführt: „Das System Bat'a ist derartig organisiert, daß zur Durchführung des Arbeitsprozesses eine Ueberschreitung des Achtstundentages nicht im gesetzlichen Sinne, sondern tatsächlich notwendig wird... Wenn das Programm nicht eingehalten wird, sieht der Arbeiter seinen Lohn gekürzt. Tatsächlich wird es durchgeführt, weil das im Interesse der Vorarbeiter liegt, die die volle finanzielle Verantwortung für die Tagesleistung übernehmen müssen. Bei Bat'a gibt es keine Ueberstunden in dem Sinne, wie das Gesetz sie vorsieht, und die er besonders bezahlen muß... Als ich in Zlín war (April 1928), konnte ich feststellen, daß Arbeitsbeginn und Arbeitsschluß in den Werkstätten durch das Pfeifen von Sirenen bekanntgegeben wurden, daß aber tatsächlich die Arbeiter ihre Arbeit viel früher begannen oder viel später beendeten...“ (S. 39, 41, 42).

Die Bedeutung der gegen die bisherige Schuherzeugung gemachten Kampfpreise Bat'as liegt in derselben Linie, in der man im internationalen Rahmen bereits von einem „sozialen Dumping“ der ČSR spricht (Wirtschaftsdienst 27. März 1931 S. 559):

„Nach einer Mitteilung im Parlament beziehen 1,4 Millionen Arbeiter eine Tagelöhnung von nur 6—22 Kč., 736 000 einen Tagelohn von 22—36 Kč.“ (die Kč. gilt etwa 12 Pfg.; das macht also Wochenlöhne für 1,4 Millionen der Arbeiter zwischen 4,50 und 16,50 RM., für den Rest von etwa 27,— RM.). Dabei wird in diesem Aufsatz 1931 die Arbeitslosigkeit auf ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung, mindestens auf 600 000 geschätzt und festgestellt, daß „die bisher getroffenen Maßnahmen zur Linderung der Erwerbslosigkeit noch keine nennenswerten Erfolge gehabt haben“.

Bei dieser Gesamtlage konnte es nicht ausbleiben, daß das Proletariat von Monat zu Monat stärker in Bewegung geriet. Am 6. Februar 1931 kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Gendarmen und den Bergarbeitern in Dux, im selben Jahre war der Zusammenstoß in Koschuti in der Slowakei zu verzeichnen: Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Major, vier Tote, fünf Verwundete. Am 25. November kam es im Prager Abgeordnetenhaus zu beispiellosen Sturmszenen, als mitgeteilt wurde, daß in Freiwaldau im deutsch-schlesischen Gebiet die Gendarmerie auf eine Arbeitslosendemonstration geschossen, 7 Personen getötet und 17 verwundet hatte, und in den letzten Wochen wurde die tschechische Öffentlichkeit erschüttert durch den Ausbruch des Bergarbeiterstreiks im Braunkohlengebiet, der an Ort und Stelle zum Generalstreik anwuchs und von Sympathiestreiks im Ostrauer Kohlgebiet und in Prag begleitet war.

Der Bergarbeiterstreik war ausgebrochen am Tage nach dem Verbot der Internationalen Arbeiterhilfe. Trotzdem wurden spontan in zwei bis drei Wochen eine Viertelmillion Kč. für die Streikenden gesammelt. So wie in dieser Sammlung bewährte sich die proletarische Solidarität auch im Kampf gegen die bewaffnete Gewalt des Klassegegners. Nach Erklärung des Generalstreiks im nordwestböhmisches Gebiet wurden die Kundgebungen trotz Verbots und trotz Waffengebrauchs der Gendarmerie und des Militärs durchgeführt. Es kam zu Barrikadenbau und Verbrennung von Polizeiautos. Bei Kavallerieangriffen gegen die Arbeiter in Brück gab es drei Tote; der Druck der Arbeiter erreichte, daß für den Tag des Begräbnisses die Bewaffneten zurückgezogen wurden. Das Ministerium hatte zu den anberaumten Verhandlungen die Zuziehung der Streikleitung abgelehnt und nur die Verbände eingeladen. Trotzdem brachen 80 v. H. der Streikenden die Bewegung

erst zwei Tage nach dem „Friedensschluß“ der Verbände ab; gemäß den Weisungen der Streikleitung ging man am 20. April 1932 wieder in die Betriebe. Die Entlassungen auf Grube Humboldt, deretwegen der Streik ausgebrochen war, sind bis Ende 1932 zurückgenommen worden. Laut Abkommen sollen bis dahin überhaupt keine Massenentlassungen vorgenommen werden, eine Bestimmung, die allerdings dahin eingeschränkt ist, daß sie nur gilt, wenn „keine erhebliche Absatzverschlechterung“ eintritt.

Der ideologische Gewinn des Streiks wird von der Arbeiterschaft hoch eingeschätzt: Deutsche und tschechische Proletarier haben Seite an Seite gegen die bewaffnete Macht des Bürgertums beider Nationen gekämpft; das hat Widerhall gefunden nicht nur in den Industrierevieren des Zentrums und im Kohlen- und Verhüttungsrevier von Ostrau und Karvina, sondern auch bei den Bauern der Slowakei und der Waldkarpathen. So stärkte sich in den Kreisen der Werktätigen das Bewußtsein der eigenen Kraft und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit übernationaler Solidarität auch mit den „Unorganisierten“. Das proletarische Klassenbewußtsein wurde durch den Streik geschärft. Es schärft sich — nach den Pressestimmen zu urteilen — um so mehr, je deutlicher die Tendenz wird, die Krisenfolgen auf die Schultern der Arbeiter abwälzen zu wollen. 1930 hat der Generaldirektor der „Epiag“ in Karlsbad, Benedikt, geschrieben: „Wir müssen uns also energisch — so reaktionär dies auch auf den ersten Blick aussehen mag — auf eine Verkürzung der Lohnquote in den Kosten des Endprodukts vorbereiten.“ Solche und ähnliche Aeußerungen steigerten die Erregung des Proletariats. Die gesteigerte Erregung förderte wiederum die gesteigerte Anwendung faschistischer Methoden, mit anderen Worten, die Einschränkung demokratischer Gewohnheiten.

Seit dem großen Bergarbeiterstreik beginnen die Werktätigen das Vertrauen zu den immer noch in getrennten nationalen Gruppen marschierenden SD und den ihr angegliederten Gewerkschaftsgruppen zu verlieren. Die tschechische SD hatte vor einigen Jahren unter dem Druck der Entwicklung zeitweise die Regierung verlassen; inzwischen ist sie, verstärkt durch einen Vertreter der deutschen SD in der ČSR, ins Kabinett zurückgekehrt und unterstützt damit die Burgfriedenspolitik der leitenden Kreise der Staatsnation. Peinlich berührt, stellt, angesichts der durch den japanisch-chinesischen Konflikt heraufbeschworenen Kriegsgefahr, die bürgerliche Presse in der ČSR fest, daß die SD mehr und mehr den Einfluß verliert, auf den das Bürgertum bisher gerechnet hat. Straffere Organisation der Arbeiterschaft unter den Weisungen

der Komintern ist die Folge dieses Einflußverlustes, wie der Aufruf zu stärkerem Ausbau der Stellungen der KPČ in den Betrieben beweist, in denen im April 1932 erst 12 bis 14 v. H. der Parteimitglieder durch Betriebszellen erfaßt waren.

Literatur:

- Benedikt, Die Schwierigkeiten der industriellen Produktion in der ČSR, Sonderheft ČSR Berl. Tagebl. 19. 12. 30.
- Bunzel, Manifest über die nationale Frage aus den Anfängen der Arbeiterbewegung, Grünbergs Archiv IV Leipzig 1913/14, 100 ff.
- Denkschrift der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ČSR an den internationalen Kongreß in Hamburg 1923.
- Deutsch, Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1919.
- Die Arbeitsbedingungen in einem rationalisierten Betrieb. Das System Bat'a und seine sozialen Auswirkungen. Internationales Arbeitsamt Genf 1930.
- Falta, Dějiny vývoje sociální demokracie československé. Brno 1928.
- Generalstreik im nordböhmischem Braunkohlenrevier. Inprekor 15. 4. 32, Nr. 31, 933 ff.
- Genko, Werbearbeit und Fluktuation der Mitgliedschaft in der KPTsch. Inprekor 19. 4. 32 Nr. 32 S. 988.
- Horáček, Počátkové dělnického hnutí v Čechách. Praha 1896.
- Kautsky, Die Arbeiterbewegung in Oesterreich, Neue Zeit VIII 1890 S. 49 f., 97 f., 154 f.
- Konrad, La question nationale en Tchécoslovaquie, Fédérat. Balkanique VIII, Déc. 1931, 23 ff.
- Olberg, Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei, Volkszeitung f. d. Oberlausitz, 4. 4. 31, 79.
- Philipp, Der unbekannte Diktator Thomas Bat'a. Berlin 1928.
- Reimann, Geschichte der kommunistischen Partei der ČSR, Hamburg-Berlin 1931.
- Reimann, Nach dem Bergarbeiterstreik in der ČSR. Die Lehren des großen Massenkampfes, Inprekor 22. 4. 32, Nr. 33, S. 999 f.
- Sinowjew, Die II. Internationale und das Kriegspröblem. Gegen den Strom. Hamburg 1921, 453 ff.
- Stegman-Hugo, Handbuch des Sozialismus 1894, „Oesterreich“.
- Strauß, Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie in der ČSR, Gesellschaft I 1924 H. 6, 585 ff.
- Tobolka, Dějiny československé sociální demokracie až po sjezdu Hainfeldském. Praha 1923.
- 30 let dělnické výchovy D. A. 1896—1926 Praha 1926, darin F. Tomášek, Česká dělnická vzdělávací práce ve Vídni.
- Tschechoslowakei: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsdienst XVI, 27. 3. 31, Nr. 13, 558 f.
- Tschechoslowakischer Bergarbeiterstreik. Arbeiter-Illustrierte XI Nr. 17, 1932 S. 402/403.
- Weiskopf, Tschechische Lieder, Berlin 1925.
- Weiß, Für das Reichsbanner! Berl. Tagebl. 23. 4. 32, Nr. 193.
- Wolker, Die schwere Stunde, Wien 1924.

Fünfter Teil

Die deutsche Slawenpolitik

30. Die „Korridor“-Frage

Das Problem der deutsch-slawischen Beziehungen hat sich seit dem Kriege im wesentlichen als ein deutsch-polnisches Problem erwiesen. Der deutsch-tschechische Gegensatz, der in der Politik der ehemaligen Donaumonarchie eine so entscheidende Rolle spielte, ist zu einem innerpolitischen Problem der ČSR geworden, soweit sich das Sudetendeutschtum durch Tschechisierung bedroht fühlt. Die deutsch-polnische Frage dagegen ist heute in erster Linie ein außenpolitisches Problem zwischen Deutschland und Polen, darüber hinaus aber ein internationales Problem für ganz Europa.

Zwischen der ČSR, dem Staate des tschechischen Bürgertums, und dem gegenwärtigen Deutschen Reich, gibt es keine erheblichen Reibungsflächen. Das Wirtschaftsleben beider Staaten steht in starker gegenseitiger Beziehung, ohne daß gleichzeitig Streitpunkte von Belang vorliegen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der RP und dem Deutschen Reich sind zwar, geopolitisch betrachtet, ebenfalls ungemein bedeutungsvoll und sind es auch in der Praxis trotz des seit Jahren herrschenden Handelskrieges. Die politischen Reibungsflächen indessen zwischen diesen beiden Staaten sind so ausgedehnt, daß die deutsch-polnische Frage zu einer ernststen Gefahrenquelle für den Frieden Europas geworden ist.

Dieser Tatsache gegenüber erscheint es als allzu bequem, wenn von deutscher Seite aus der Versuch der Verschleierung gemacht wird, für jeden Einsichtigen zu dem Zwecke, um die alleinige Schuld an der bestehenden Spannung der polnischen Republik zuzuschieben. So schreibt etwa Wilh. v. Kries in seiner zusammenfassenden Darstellung „Deutschland und der Korridor“ im Vorwort:

„Die deutsche politische Öffentlichkeit hat sich im Laufe der verfloßenen Jahrhunderte daran gewöhnt, die deutsch-polnische Frage als ein gelöstes Problem anzusehen. Sie wurde etwa in dem Licht betrachtet, in dem der Engländer seine Beziehungen zu Schottland sieht. Natürlich kannte auch das Deutsche Reich, wie die deutsche Öffentlichkeit eine polnische Frage, wenn auch, wie gesagt, keine deutsch-polnische. Alle Beweisgründe für die Behauptung, daß die deutsch-polnische Frage zum Vorteil beider Völker und Staaten gelöst worden war, stehen auch heute noch in unabsehbarer Fülle zur Verfügung. Für die Richtigkeit dieser Feststellung gibt es einen vollgültigen Beweis, der sich auch vor einem gegnerischen internationalen Forum mit Erfolg würde vertreten lassen: nämlich die durch das Deutsche Reich und seine Bundesgenossen vorgenommene Neugründung des polnischen Staates während des Krieges, der die Gründung der polnischen Legion vorausging“ (S. 3).

Solche „Beweisführung“ ist stets von neuem überraschend. Es ist leicht genug, darauf hinzuweisen, daß diese Schrift von Kries als Beiheft zu der Zeitschrift „Volk und Reich“ erschienen ist, in der wenige Monate zuvor der wahre Grund der Errichtung des polnischen Staates durch die Mittelmächte weitaus wahrheitsgetreuer begründet wurde. Im Jahrgang 1931 S. 380 schreibt Karl C. v. Loesch: Die Geschichte der polnischen Legion

„ist auf militärischem Gebiete nicht allzu erfolgreich; immerhin genügte sie, den Mittelmächten die Errichtung eines polnischen Staates schmackhaft zu machen. Aus den fast unberührten Menschenreservoirs Kongreß-polens sollte sie Heere schaffen helfen, die zur Entlastung der Truppen der Mittelmächte so überaus wünschenswert erschienen“.

Das war der wahre Grund für die „Polenfreundlichkeit der Heeresleitung“ unter Ludendorff und Hindenburg. Im übrigen ist ja bereits in Kapitel 14 hinreichend dargestellt worden, daß die Behauptung des Herrn v. Kries, die deutsch-polnische Frage sei vor dem Kriege zum Vorteil beider Völker gelöst gewesen, eine sehr einseitige Auffassung der deutschen Vertreter darstellt. Ueberhaupt muß bei aller Anerkennung der technisch vorzüglichen kartographischen Arbeit der Ostlandhefte von „Volk und Reich“ betont werden, daß die Naivitäten in internationaler Beziehung sich in diesen Spalten peinlich häufen. Wenn es z. B. im Vorwort zu dem „Zweiten Korridorheft“ (Juli-August 1931) heißt, daß die Friedensverträge den Osten „aus friedlichem Miteinanderleben zur politischen Schreckenskammer des europäischen Kontinents“ (S. 375) gemacht haben, so muß betont werden, daß die früheren polnischen Staatsbürger des deutschen Reichs dieses Zusammenleben keineswegs als friedlich empfunden haben. Wie schief das historische Gesichtsfeld der Politiker von „Volk und Reich“ oft genug ist, zeigt sich etwa darin, daß auf Seite 374 die Regelung im Osten auf die feindliche Propaganda zurückgeführt wird, die „im Kriege den Begriff des Hunnen“ ge-

schaffen hat. In Wahrheit weiß heute jeder geschichtlich unterrichtete Deutsche, daß dieser Ausdruck aus einer Rede Wilhelms II. stammt, der gelegentlich des Boxeraufstandes in China deutschen Truppen die Weisung mit auf den Weg gab, sie sollten dafür sorgen, daß der deutsche Name im Osten gefürchtet werde, wie einst der der Hunnen.

Wenn man sich bemüht, die Frage der deutsch-polnischen Spannung ohne Vorurteil klarzulegen, so muß man drei Gesichtspunkte gesondert berücksichtigen, aus deren Summe sich eine Stellungnahme zu den verwickelten Verhältnissen ergeben kann, die die Friedensverträge in der Tat an der deutschen Ostgrenze geschaffen haben. Es handelt sich dabei

1. um die Frage der Grenzregelung,
2. um die Frage der Regelung der Handelsbeziehungen, schließlich
3. um die Frage der nationalen Minderheiten in beiden Ländern.

Wie steht es nun um diese einzelnen Probleme in Wahrheit?

Niemand, der die Verhältnisse an Ort und Stelle kennt, wird die Grenzziehung für vernünftig erklären können; insbesondere muß man unumwunden feststellen, daß die Regelung der Weichselgrenze in dem heute zu Ostpreußen gehörenden Rest der früheren Provinz Westpreußen, also an der Linie von Garnsee über Marienwerder nach Marienburg, ausgesprochen und gewollt schikanös gegen Deutschland festgesetzt ist. Obwohl bei der Volksabstimmung in diesem an die Weichsel grenzenden Gebiet eine überwältigende deutsche Mehrheit zustande kam, wurde die polnische Grenze auf das rechte Weichselufer gelegt und damit das deutschbleibende Land von der Flußgrenze um 200 m und mehr abgedrängt. Der im Friedensvertrag zugestandene „freie Zugang“ zur Weichsel besteht in einer 4 m breiten Straße zum Hafen Kurzebrack. Nicht genug damit, vernichteten die Polen in sinnloser Zerstörungswut, um den Verkehr zwischen Ostpreußen und Pomerellen nach Möglichkeit zu drosseln, die in den Jahren 1906 bis 1909 mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark errichtete Weichselbrücke zwischen Münsterwalde und Marienwerder, so daß jetzt zwischen Graudenz (Grudziądz) und Dirschau (Tczew) kein einziger fester Weichselübergang mehr besteht. Eine Revision wenigstens dieser Grenzstrecke ist wirklich begründet. Im übrigen aber steht bei der Begründung des Strebens nach Grenzberichtigung stets die unsachliche Berufung auf die Geschichte im Vordergrund. Wir wollen davon absehen, daß geschichtliche Hinweise von deutscher wie von polnischer Seite her in gleichem Maße begreiflicherweise nur dann herangezogen werden, wenn sie ins System der Politik des einen oder des anderen Staates passen. Im anderen Falle

wird dann kurzerhand festgestellt, daß geschichtliche Vorgänge heutzutage nichts mehr besagen. In der deutschen Agitation für die Revision der Zerreißung deutscher Ostgebiete wird immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß das sogenannte Korridorgebiet im Grunde niemals polnisches Land gewesen sei. Vor dem auf Veranlassung eines slawischen Fürsten erfolgten Einrücken des deutschen Ordens hätten dort zwar Slawen, aber keine Polen, sondern Polaben gewohnt, deren letzter Rest die Kaschuben seien. Als später die Gebiete der heutigen Wojewodschaft Pomerellen an Polen fielen (1466, vgl. Kap. 9), habe sich in den Städten die deutsche Kultur herrschend erhalten; das Land sei kulturell stets vorwiegend deutsch geblieben, trotz der Polonisierung des Adels, und auch im Jahre 1914 bzw. 1918 sei das Korridorgebiet kulturell ein ausgesprochen deutsches Gebiet gewesen.

Daß der Unterschied zwischen Kaschuben und Polen, der in der deutschen Propaganda eine erhebliche Rolle spielt, dasselbe Gewicht hat, das man der Behauptung beimessen müßte, Bayern und Mecklenburger seien zwei verschiedene Völker, ist bereits in der Einleitung dieses Buches erwähnt worden. Zweifellos ist aber an der deutschen Behauptung soviel richtig, daß die Kaschuben vor dem Kriege im wesentlichen nur durch die unzumutbare Preußenpolitik in Agrar- und Kirchenfragen der national-polnischen Propaganda zugänglich gemacht worden sind, und weiter, daß die Einwohner des Korridorgebietes auch 1918 noch keineswegs einen eigenen Willen zur Polonisierung bekundet haben. Dafür spricht, daß der Polenaufstand des Posener Landes im Dezember 1918 im Korridorgebiet keinerlei Widerhall fand und auch die damals zustande gekommene militärische Demarkationslinie nur das Gebiet der damaligen preußischen Provinz Posen, ausschließlich des sogenannten Netzegeaus, umschloß. Damit ist denn auch begrifflich klargestellt, was sinnvollerweise unter dem Begriff des „polnischen Korridors“ verstanden werden kann: Das Gebiet zwischen der Weichsellinie, von der ehemals preußisch-russischen Grenze oberhalb Thorn (Toruń) bis zur Südspitze des Freistaates Danzig, und dem Grenzpunkt zwischen deutscher und polnischer Küste, deren Linie den Freistaat Danzig von Pommern trennt, entlang der Reichsgrenze durch das kaschubische Land hinauf bis zum Netzelau bei Bromberg (Bydgoszcz). Dazu kommt in einem weiteren Sinne noch der in das polnische Zollgebiet einbezogene Freistaat Danzig mit Stadt Danzig und Zoppot und den Kreisen Danziger Höhe, großes Werder und Danziger Niederung.

Die Polen haben bekanntlich ihre Gebietsansprüche teils unter Bezugnahme auf ihre Reichsgrenzen von 1771, teils aber und vor-

wiegend unter Heranziehung der deutschen Sprachenkarte des Ostmarken-Vereins begründet. Es ist der deutschen Behauptung durchaus eine erhebliche Beweiskraft zuzubilligen, daß Sprachzugehörigkeit und Kulturkreis keineswegs übereinzustimmen, mit anderen Worten also die Tatsache polnischer Muttersprache noch keineswegs ein Bekenntnis zur polnischen Staatlichkeit einzuschließen braucht. Da diese Auffassung zweifellos von polnischer Seite aus energisch bestritten werden wird, sei auf das Zeugnis eines für Polen sicherlich unverdächtigen Zeugen hingewiesen, nämlich auf Guillaume Martin vom Journal de Genève, der in seiner in Amerika erschienenen Schrift „Europa, wie ich es sehe“ ausdrücklich feststellt:

„Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung wurde in erster Linie verletzt durch die Annahme des ausschließlich sprachlichen Kriteriums für nationale Zugehörigkeit, das ein falsches Kriterium ist. Nationalität ist ein Element, Sprache ein anderes. Ueberall in der Welt ist es leicht, Völker zu finden, die die gleiche Sprache sprechen, aber von unterschiedlichem Patriotismus beseelt sind, oder Völker, die verschiedene Sprachen sprechen und einen gleichartigen Patriotismus bekunden. Dieser irrtümliche Charakter des sprachlichen Kriteriums zeigte sich bei vielen Volksabstimmungen entlang der Grenze von Deutschland und Polen“ (S. 305).

Im übrigen hätte, wird von deutscher Seite aus erklärt, eine Volksabstimmung im pomerellischen Gebiet 1918/19 genau so eine Mehrheit für Deutschland ergeben, wie in den zur Abstimmung zugelassenen Teilen von Ostpreußen. Im Grunde genommen sei diese Abstimmung nachträglich insofern erfolgt und habe gegen Polen entschieden, als infolge der antideutschen Politik der Polen in den polnischen Westmarken etwa 800 000 Deutsche aus diesem Gebiet abgewandert sind, allerdings unter Einschluß der Provinz Posen berechnet.

„Der prozentuale Verlust im Posener Land ‚beträgt‘ 67,9 v. H., im Netzegau 66,0 v. H., in Pomerellen sogar 72,2 v. H. Polen hat eine ganze Reihe von Kreisen der beiden Provinzen (Westpreußen und Posen) zugeteilt erhalten, die nach der Zählung von 1910 eine deutsche Mehrheit gehabt hätten. Ihre Entdeutschung fällt besonders ins Gewicht. So fiel

Kreis	mit 62,1 v. H. deutscher Bevölkerung auf	13,0 v. H.
Dirschau	mit 62,1 v. H. deutscher Bevölkerung auf	13,0 v. H.
Graudenz-Stadt	„ 84,8 „ „ „ „	10,6 „
Graudenz-Land	„ 58,9 „ „ „ „	21,4 „
Thorn-Stadt	„ 66,0 „ „ „ „	5,7 „
Zempelburg (Sopolno)	„ 70,6 „ „ „ „	39,0 „
Bromberg-Stadt	„ 77,4 „ „ „ „	12,6 „
Bromberg-Land	„ 53,7 „ „ „ „	25,7 „
Kolmar	„ 72,1 „ „ „ „	34,0 „
Wirnitz	„ 50,9 „ „ „ „	21,6 „
Birnbaum (Międzychód)	„ 48,6 „ „ „ „	15,3 „
Lissa	„ 56,9 „ „ „ „	18,2 „
Neutomischel	„ 53,1 „ „ „ „	29,4 „

... Besonders stark ist, verglichen mit der Entdeutschung der Landgemeinden, deren Gesamtverlust 54,4 v. H. betrug, die städtische mit 85,8 v. H. Das findet zum großen Teil seine Erklärung in den breiten Angriffsflächen, die die städtische Wirtschaft der Entdeutschung in der Zeit der Inflation und Zwangsbewirtschaftung bot. Das verbliebene Restdeutschtum ist somit eine ausgesprochen ländliche Bevölkerung" (Rauschnig 440).

Heute hört man in Thorn oder Posen auf der Straße wenig mehr deutsch sprechen als polnisch in Berlin. Die Völkerwanderung, die diesen Umschwung erklärt, ist eine Folge der Tatsache, daß die gesamte Lebenshaltung dieser verhältnismäßig hoch kultivierten und nach Westen hinneigenden Gebiete leiden mußte durch Angliederung an das osteuropäische übrige Polen. Eine Tatsache, die sich ja zweifellos dadurch bestätigen läßt, daß die Kulturgrenze von 1914, die mit der ehemals deutsch-russischen Grenze übereinstimmt, heute noch in unveränderter Schärfe erkennbar ist, obschon sie politisch seit 1919 nicht mehr besteht.

Der Gegensatz zwischen Kernpolen und diesen Gebieten kommt oft genug in der Gegnerschaft zwischen Posen und Warschau zum Ausdruck und offenbart sich sogar in einer boshaft-spöttischen Bezeichnung, die in Kernpolen gelegentlich für die Polen in Westmarken mit ihrem preußisch geschulten Organisationsvermögen benutzt wird: Man nennt sie schlechthin Szwaby, d. h. Schwaben, also deutsch Infizierte.

Des weiteren aber ist zweifellos diese übermäßige Abwanderung deutscher und deutschfühlender Elemente nach dem Deutschen Reich ein Vorgang, der durch die Westmarkenpolitik der polnischen Republik: „Rechtsverweigerung, Benachteiligung, Enteignung, Bedrohung, Freiheitsberaubung" (Rauschnig 440) bestimmt worden ist.)*

Kries berechnet nun für den Stand von 1918, auf Grund des Abstimmungsergebnisses der ostpreußischen Gebiete, daß von der nach der Nationalitätenzählung von 1910 als polnisch sprechend gezählten Bevölkerung etwa die Hälfte sich für Deutschland erklärte. Wenn ein entsprechender Prozentsatz angewandt wird auf die ohne Volksabstimmung an Polen abgetretenen Korridorgebiete, so kommt er auf eine Mehrheit für Deutschland, die je nachdem, ob mit oder ohne Danzig berechnet, zwischen 75 und 80 v. H. schwankt. Nach der Sprachenstatistik von 1910 wohnten in den von Ostpreußen und Westpreußen abgetretenen Gebieten und im Netzegau 1 724 469 Menschen. Davon sprachen deutsch, masurisch oder kaschubisch 1 151 014, polnisch 571 801. Von diesen polnisch Sprechenden für den Netzegau ein Drittel, in den übrigen Ge-

*) Vgl. hierzu die übersichtliche graphische Tabelle der Nationalitätenverschiebung im an Polen abgetretenen Gebiet. Volk u. Reich 1931, S. 441.

bieten ein Halb für Deutschland eingesetzt, ergibt 235 030. Es liegt auf der Hand, daß die Bedenklichkeit dieser Berechnung in der Nichtauseinanderhaltung der deutschen, masurischen und kaschubischen Sprachgruppen liegt; denn die Polen beanspruchen Masuren und Kaschuben begreiflicherweise für ihr Volkstum. Wenn man, wie Kries, die gesamte Bevölkerung des Korridorgebietes ohne Danzig (das ja auch heute noch national unbestritten deutsches Gebiet ist) nach dem Stande von 1910 mit 1 411 839 ansetzt, so kann man davon die vertriebenen oder abgewanderten Deutschen mit 600 000 und die verbliebenen Deutschen und deutschgesinnten Kaschuben mit 300 000 = 900 000 ansetzen und käme damit für den heutigen Stand immer noch auf eine deutsche Mehrheit von 64 v. H. im polnischen Pomerellen. Nicht berücksichtigt hierbei ist freilich, daß sich in der Zeit von 1910 bis heute der polnische Bevölkerungsanteil viel stärker vermehrt hat als der deutsche, wie ja denn der deutsche Bevölkerungsteil bereits seit 1831 ständig zahlenmäßig im Rückgang war. Die Polen werden darauf hinweisen, wie eindeutig selbst in deutschen Quellen festgestellt wird, etwa in dem ganz deutschnationalen Buch von Fink „Der Kampf um die Ostmark“ (1897), daß in Kulm (Chelmno), „früher als deutsche Stadt bekannt“, jetzt die Schüler des Gymnasiums „untereinander fast ausschließlich polnisch sprechen, ja, es ist durchaus nichts ungewöhnliches, daß in nebensächlichen Dingen sich auch der Lehrer im Unterricht des Polnischen bedient“ . . . Ueber Kulmsee: „Auf der Straße hört man fast nur die polnische Sprache“ (S. 136).

Es ist natürlich heute eine ziemlich müßige Frage, wie das Korridorproblem im Bilde einer Volksabstimmung 1919 hätte beurteilt werden müssen. Die Tatsache, daß keine Volksabstimmung stattgefunden hat, ist natürlich ein sehr starkes Beweismittel für die deutsche Stellung, die das Gebiet als Brücke zu Ostpreußen nach wie vor beansprucht und sich dabei, von ihrem Standpunkt mit Recht, auf Bismarck beruft, der schon im April 1848 in der Magdeburger Zeitung schrieb:

„Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen, ihm ganz Posen, Westpreußen und Ermland wiedergeben; dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutsche der polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, Polnisch-Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfang beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben

würden, solange sie nicht die Weichselmündung sowie jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden..." (Halm, Fürst Bismarck V 344).

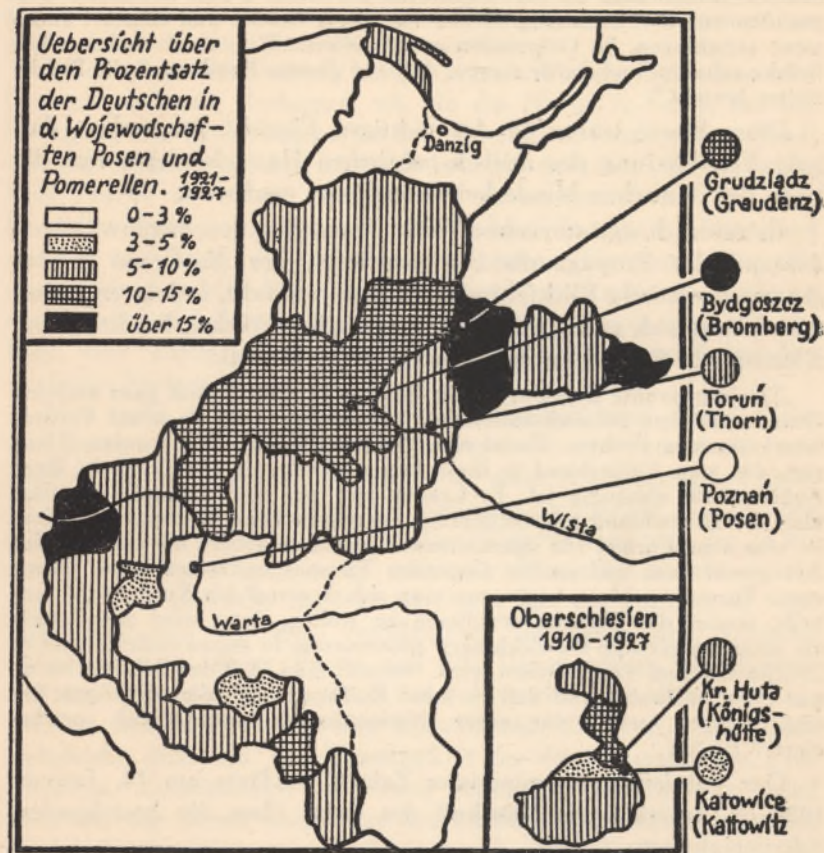
Der politische Gesichtspunkt, den Bismarck hier äußert, ist natürlich auch für die hinter Polen stehenden Machthaber Frankreichs und die polnischen Imperialisten 1919 maßgebend gewesen. Zweifellos ist es wiederum richtig, wenn von deutscher Seite aus erklärt wird, daß die Wilsonsche Zusicherung eines freien Zugangs zum Meer für den polnischen Staat auch durch Freihäfenzonen und internationalisierte Land- und Wasserwege hätte erreicht werden können. Die französisch-polnische Politik auf der Friedenskonferenz erwies sich jedoch als durch Bismarcks Ideen ungemein befruchtet; denn sie war im Grunde der Ausdruck für das, was Bismarck mit seinem ganzen Einfluß stets bekämpft hat und was infolgedessen in einem Augenblick der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz vom europäischen Markt zugunsten französischer Vorherrschaft getan werden mußte. Bismarck schrieb am 9. März 1863 an den Preussischen Gesandten in London, Graf Bernstorff:

„Man kann sich in London doch nicht darüber täuschen, daß alles, was man für Polen tut, wenn es Erfolg hat, nur dazu dient, die Stellung Frankreichs auf dem Kontinent zu stärken. Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee in der Weichselposition, und jede Verlegenheit, die man Rußland in Polen bereitet, ist ein Zwang Rußlands zur Verständigung mit Frankreich... Die Erneuerung des französischen Uebergewichts auf dem Kontinent wird durch die Wiederherstellung Polens noch leichter gemacht, als durch die Vergrößerung Frankreichs am Rhein... Wir können den Rhein nicht halten, wenn wir Polen im Rücken haben“ (Bismarck-Jahrbuch 1899, S. 173).

Unter diesen Voraussetzungen ist machtpolitisch der Gesichtspunkt Polens zu würdigen, daß der territoriale Ausgang zum Meer für ein Land von 30 Millionen schwerwiegender sei als das Bedürfnis von 2 Millionen Ostpreußen, mit dem deutschen Reich durch eine Gebietsbrücke verbunden zu sein.

Indessen sind ja im Grunde alle diese Beweisführungen der einen oder anderen Seite für die Recht- oder Unrechtmäßigkeit der gegenwärtigen Lage geschichtlich überholte Angelegenheiten. Es ist begreiflicherweise bei dem Hin und Her der Meinungen schwierig, sich über die wirkliche Lage ein sachgemäßes Urteil zu bilden. Ich verweise an dieser Stelle zur Unterrichtung ausdrücklich auf ein von deutscher Seite erschienenenes, überaus verständigungswilliges Schriftchen, das, im Auftrag deutscher und polnischer Pazifisten, vom internationalen Versöhnungsbund durch Kaspar Mayr unter dem Titel „Ist die Verständigung zwischen Polen und Deutschland möglich?“, 1931 herausgegeben worden ist. Es gibt in Polen vernünftige Kreise, die der Ueberzeugung sind, daß man

endlich aufhören müsse, das heutige Deutschland für den legitimen Rechtsnachfolger des Ordensritterstaates zu halten. Es gibt auch in Deutschland vernünftige Leute, die die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen wollen und mit der Gegenwart zu rechnen bereit sind. Aber gerade diese werden von den vornehm-



Karte 17

Nach Wąsowicz, Mapa narodowości w Polsce
II. slaw. geograph. Kongreß II. 50

lich im Osten Deutschlands maßgebenden Kreisen unter die Nationalverräter eingereiht. Es hat das größte Mißbehagen in diesen Kreisen erregt, als der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe am 16. Januar 1927 in Łódz in einer Rede ausführte: „In Deutschland protestiert man gegen den Korridor; aber alle Welt ist sich darüber einig, daß seine Bevölkerung polnisch ist.“ („Łództer Freie Presse“ 17. Januar 1927; Karte 17.) Auch gewisse

Kreise des deutschen Bürgertums beginnen, sich mit der Lage abzufinden. Der frühere deutsche Außenminister Curtius erklärte am 10. März 1930 bei der Begründung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens:

„Die deutsche Menschenbrücke im deutsch-polnischen Korridor und das deutsche Fundament in der abgetretenen Provinz Posen bewahren Ostpreußen vor der Isolierung. Wenn Sie diese Brücke und dieses Fundament zerschlagen, ist Ostpreußen ganz isoliert. Wir aber wollen diese Brücke erhalten und dafür sorgen, daß auf diesem Fundament die Brücke weiter besteht.“

Diese Worte waren in der richtigen Einsicht gesprochen, daß jede Verschärfung des deutsch-polnischen Handelskrieges nur die Lage der deutschen Minderheiten in Polen erschwert.

In reichlich agitatorischer Weise verteidigt den gegenwärtigen Zustand der Propagandist Smogorzewski, der die Frage in das gesamteuropäische Blickfeld einzuordnen versucht, indem er meint, man könne sich nicht „auf sein europäisches Eckchen beschränken“ (Corridor S. 9), und zu der Ueberzeugung kommt:

„Der sogenannte Korridor ist für Europa aus einem noch ganz anderen Grunde (als dem polnisch-nationalen) notwendig, er ist ein neuer Versuch internationalen Rechtes. Es ist eine Hafenstadt geschaffen worden (Danzig), die vom Völkerbund in ihrer Innenpolitik und von Polen in ihrer Außenpolitik abhängig ist. Es handelt sich um eine polnische Provinz, über die Deutschland mit Ostpreußen verkehren kann, wenn es will. Das ist eine neue Formel für internationale Zusammenarbeit, die sich mit der Zeit gewiß auch auf andere Gegenden Europas erstrecken wird. Denn unser Europa ist klein, und wenn man sich dauernd den Kopf damit verkeilt, immer die Grenzen revidieren zu wollen, dann wird man nichts als neue kriegेरische Entwicklungen provozieren, in denen vielleicht unsere Zivilisation zum Teufel gehen wird. Vergift man, daß der Bolschewismus uns allen auflauert und daß er seine Hoffnung auf die ständigen Erschütterungen setzt, die unser Nationalismus unaufhörlich produziert?“ (S. 76.)

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte am 14. Januar 1929 im auswärtigen Ausschuß des Sejm über die bestehenden Schwierigkeiten:

„Die Ursache dieser langsamen Entwicklung und die Hindernisse wurzeln in der öffentlichen Meinung der beiden Völker, ich wiederhole, der beiden Völker, da ich nicht leugnen will, daß auch in der polnischen öffentlichen Meinung, die der Teilnahme Preußens an der Teilung der Republik Polen, der langen Jahre der Knechtschaft und schließlich der Stellungnahme Deutschlands nach unserer Wiederauferstehung gedenkt, im Verhältnis zu Deutschland ein Mißtrauen besteht — ein Mißtrauen, aber keineswegs ein Haß.“

Und so kommt denn Birnbaum, einer der besten Polenkenner unter den deutschen Journalisten, zu einer, allerdings angesichts der europäischen Gesamtlage etwas optimistischen Schlußfolgerung,

die immerhin unter den gegenwärtigen Umständen noch das vernünftigste ist, was man lesen kann:

„Da eine Austragung der Gegensätze seit den Locarno-Verträgen ernsthaft nicht mehr in Frage kommt, muß man irgendwann einmal entschlossen beginnen, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, diese Grenze, die in dem gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte nun einmal nicht zu ändern ist, dafür in ihrer Bedeutung nach Kräften zu vermindern. Der Abschluß des Handelsvertrages würde dazu schon ein gutes Teil beitragen...“

Eine solche Auffassung trägt jedenfalls den Tatsachen der Gegenwart besser Rechnung, als die des Herrn v. Kries, der die Rückgabe des Korridorgebietes den Beteiligten damit schmackhaft machen möchte, daß der Korridor „ein Hindernis in der Entwicklung Polens zu einem europäischen Staatswesen“ sei, da „der Korridor Polen zu einem militärischen Zweimächte-Standard nötigt“, und dann „die Last der militärischen Rüstung Polens, die durch den Korridor bedingt wird, eine fortschreitende Senkung des polnischen Lebenshaltungsstandards, und darum eine allmähliche, aber unaufhaltsame Eingliederung in das russisch-bolschewistische System bringt“ (62, 63).

Man sieht, in der Bolschewistenfeindlichkeit sind sich v. Kries und Smogorzewski durchaus einig; nur muß man bedauernd feststellen, daß der polnische Propagandist seine Ausführungen klüger zu umkleiden versteht, als der deutsche Ostmärker. Gegenüber der deutschen Propaganda für die Wiedergewinnung der „Ostmark“ sind allerdings auch polnische Westmärkerkreise nicht müßig. Das baltische Institut in Thorn hat im Jahre 1930 eine Sammlung von Vorträgen veröffentlicht, in denen der polnische Standpunkt in dieser Frage von den Urnengräbern der Vorzeit bis zum nationalen Pressestreit des Jahres 1930 mit aller Ausführlichkeit behandelt wird. Die Einseitigkeit dieser Ausführungen entspricht durchaus der Einseitigkeit der deutschnationalen Propaganda. Entscheidend bei diesen nationalen Streitigkeiten wird aber auf die Dauer wiederum die ökonomische Entwicklung der beiden Grenzgebiete sein, und insofern berührt Birnbaum den für die Gegenwart entscheidenden Punkt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen.

Literatur:

Bismarck über die Polen, hgg. Koch, Berlin 1913.

Bismarck-Jahrbuch, hgg. Kohl, VI, Leipzig 1899.

Birnbaum, Deutsch-polnische Verständigung. Gesellsch. VI, 1929, I, 442 ff.

Donald, The polish corridor and the consequences. London 1929.

Fink, Kampf um die deutsche Ostmark, Berlin 1897.

Gegen die Polenhetze! Vorwärts 11. 1. 31, 17.

Justizkomödie in Posen auf dem Höhepunkt. Deut. Allg. Ztg. 28. 6. 31.

- Martel, La Pologne et nous. Paris 1928.
 Martel, Deutschlands blutende Grenze, Oldenburg 1930.
 Martin, Europe as I see it to-day, Worcester 1931.
 Mayr, Ist die Verständigung zwischen Polen und Deutschland unmöglich? Wien 1931.
 Naudeau, Le corridor polonais ou le casse-tête européen. In „En écoutant parler les Allemands“ S. 151—178, Paris 1925.
 Osterling, Korridorproblem und Korridorliteratur, Zeitsch. f. Geopol. 1930 II 773 f.
 Paneuropa, Leipzig-Wien, VII. August und November 1931 und VIII., Januar 1932.
 Polen und Deutschland, Debatte im polnischen Sejm, Danzig 1929.
 Proeller, Der polnische Korridor, Ostpreußen und der Frieden, Danzig 1929.
 Przeciw propagandzie Korytarzowej, Pamiętnik Instytutu Bałtyckiego, Toruń 1930.
 Rosinski, La Pologne et la Mer Baltique, Paris 1928.
 Smogorzewski, La Politique polonaise de la France, Paris 1926.
 Smogorzewski, La Pologne, l'Allemagne et le „corridor“, Paris 1929.
 Thugutt u. a., Pologne et Allemagne, Recueil d'études du groupe parlement. Polono-Française en Pologne, Warszawa 1929.
 Volk und Reich, Berlin:
 1929: Haushofer, Zwangsläufigkeiten und Ziele, 145 ff.
 1931: Golding, Statistik der Entdeutschung des Ostens, 486 ff.
 Harmsen, Die Kaschubei, 448 ff.; hier die polnischen Arbeiten von Stefan Ramult (1893, 1899) berücksichtigt!
 Haushofer, Was ist ein Korridor? 22 ff.
 v. Loesch, Wie die Ostgebiete des Reiches verloren gingen, 376 ff.
 Murawski, Das Korridorproblem in der internationalen Diskussion, 241 ff.
 Neumann, Der Korridor in der polnischen Literatur, 276 ff.
 Rauschnig, Bedeutung und Entwicklung der abgetretenen Gebiete Westpreußens und Posens im deutschen und polnischen Raum, 423 ff.
 1932: v. Kries, Deutschland und der Korridor. Sonderheft.
 Volz-Schwalm, Die deutsche Ostgrenze, Unterlagen zur Erfassung der Grenzerreißungsschäden. Leipzig 1929.
 ***, Der Kampf um die deutsche Außenpolitik, Leipzig 1931.

31. Handelsfragen

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen sind heute im wesentlichen durch die Tatsache bestimmt, daß Ostpreußen als deutsches Reichsgebiet vom Kerngebiet Deutschlands getrennt und im Grunde zu einer Provinz geworden ist, die nur auf Grund öffentlicher Unterstützung halbwegs leben kann. Dann dadurch, daß trotz gegenteiliger polnischer Behauptungen der

Korridor keineswegs einen ungehemmten Verkehr zuläßt, oder wie Smogorzewski erklärt, daß seine Grenzen „unsichtbar“ sind (vgl. Kap. 33). Seine Grenzen werden um so „sichtbarer“, je unregelmäßiger der Handelsverkehr ist. Der polnische Außenminister Zaleski erklärte in der auswärtigen Kommission des Sejm am 14. Januar 1929:

„Die Schwierigkeiten Königsbergs ergeben sich aus dem Nichtvorhandensein ausreichender wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Wir wissen alle, daß Gdynia (Gdingen) und Danzig für das polnische Wirtschaftsleben nicht ausreichen, und daß besonders die östlichen Gebiete unseres Landes, ohne Gdynia und Danzig einen Schaden zuzufügen, den Königsberger Hafen benutzen würden, wenn nicht jene Abneigung deutscherseits wäre, die die Normalisierung der Beziehungen mit Polen erschwert.“

Die Tatsache, daß wir seit 1925 im Handelskrieg mit Polen leben, mit anderen Worten, daß ein Handelsvertrag immer noch nicht zustande gekommen ist, erklärt sich im wesentlichen aus den politischen Bestrebungen der in deutschen landwirtschaftlichen Kreisen maßgebenden Kräfte. Angesichts des außerordentlichen politischen Einflusses der großagrarischen Feudalelemente in der deutschen Reichs- und der preußischen Landespolitik ist damit die Frage der Regulierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen eine reichlich hoffnungslose Sache, weil eben die Sanierung der ostdeutschen Landwirtschaft an sich eine hoffnungslose Sache ist. Mit der Tatsache, daß erstklassiger kanadischer Weizen mit 100 RM. pro Tonne in deutschen Freihäfen angeliefert werden kann, ist im Grunde jede europäische Körnerwirtschaft von der amerikanischen Konkurrenz mattgesetzt. Da andererseits die ostdeutsche Landwirtschaft, wie ja auch die landwirtschaftliche Erzeugung der südosteuropäischen Staaten, vorwiegend Körnerwirtschaft ist, so ist die Folge, daß diese Wirtschaftsgebiete der verschiedenen europäischen Staaten nur mit künstlichen Mitteln: Zöllen, Prämien und anderen Subventionen erhalten werden können. Zu dieser Tatsache kommt, daß die deutsche Landwirtschaft, insbesondere im Osten, in einer schwer vorstellbaren Weise verschuldet ist. Die Ursache dieser Verschuldung geht zurück auf die Zeit der deutschen Markstabilisierung, die mit dem Erfolg durchgeführt wurde, daß in breiten Gebieten des Ostens die landwirtschaftliche Verschuldung mehr als zwei Drittel des Bodenwertes, fast in allen Ostprovinzen mehr als die Hälfte des Bodenwertes beträgt (Trampler 46, vgl. Karte 18). Die Stabilisierung der Mark brachte seinerzeit Aufwertungshypotheken zu 25 v. H. Diese Mittel konnte die Landwirtschaft aus eigenen Kräften nicht aufbringen, zumal ihre letzten Einkünfte aus der Ernte im November 1924 noch in entwerteter Inflationswährung bezahlt

worden waren. Dazu kam freilich, daß flüssige Mittel vorher in völlig unsachgemäßer Weise angelegt worden waren — die sprichwörtliche Geschichte von dem Bauern, der sich drei Klaviere als Sachwerte kaufte, ist bekannt. Der Bodenwert wurde



Karte 18

Verschuldung und Abwanderung.

In weiten Gebieten des Ostens beträgt die landwirtschaftliche Verschuldung mehr als $\frac{2}{3}$ des Bodenwertes (■), fast in allen Ostprovinzen mehr als die Hälfte (▨). Die weißen Pfeile bezeichnen die Linie der Abwanderung aus der Ostmark nach den nord- und westdeutschen Städten und nach Uebersee. Die schwarzen Pfeile zeigen das Anwachsen des slawischen Volksdruckes auf die entvölkerte deutsche Ostmark.

Nach einer Zeichnung von Moschick aus Trampler: „Die Einheit des Ostproblems“, S. 46 in „Deutschlands Weg an der Zeitenwende“.

ferner nicht nach dem Ertragswert berechnet, sondern gleichzeitig mit der zu hoch stabilisierten Mark überwertet, wodurch sich eine Beleihungsmöglichkeit trotz falscher Wirtschaftsführung ergab. Auf diese Weise kam es dazu, daß, nach einer Angabe von v. Zitzewitz-Kottow, das ostdeutsche Agrarprodukt eine unerhört hohe Last an Schuldzinsen trägt:

„1928/29 betrugen sie (die Schuldenzinsen) in Ostdeutschland 44,2 RM., in Westdeutschland 40,8 RM. je ha. Dieser Belastung stehen im Durchschnitt in Westdeutschland Verkäufe von 550 RM. je ha, in Ostdeutschland von 375 RM. je ha gegenüber, so daß sich eine Zinsbelastung des Verkaufsproduktes, also des Umsatzes im Westen von 7,4 v. H., im Osten von 12 v. H. ergibt, die sich in Ostpreußen beispielsweise auf 22,6 v. H. steigert“ und „in besonders armen Gegenden auf über 30 v. H.“ klettert (Volk u. Reich 1931, 460).

Man kann verstehen, daß eine solche, allerdings zum großen Teil durch eigene Fehler und Schwächen verschuldete Lage die ostdeutsche Landwirtschaft nervös macht. Aus einer solchen Nervosität ist etwa der Alarmruf des gesamten Vorstandes des Brandenburgischen Landbundes zu verstehen, der unter der Ueberschrift: „Rettet den Osten! Schützt uns vor Polen!“ in der Oeffentlichkeit gegen den Abschluß eines polnischen Handelsvertrages Stimmung zu machen versuchte. Die polnischen Schweine würden auch den kleinsten Bauern wirtschaftlich ruinieren, der „Tiefstand unserer Rindviehpreise“ würde durch polnische Viehproduktion und Ausfuhr verschlimmert werden, polnisches Korn, polnische Kartoffeln, polnische Hühnereier würden „eine Tragödie für den deutschen Osten heraufbeschwören“, deren „Ziel die Eroberung allen deutschen Bodens östlich der Oder ist“. Daher: „unbedingte Ablehnung dieses polnischen Vertrages“. Das war um 1929, als beinahe ein Handelsvertrag zustande gekommen wäre.

Wie unsachlich dieser Notschrei der Landwirte zu einem großen Teil ist, kann man hinsichtlich der am meisten umkämpften Produktion des Schweines, bzw. der Schweinefleischpreise aus der „Schweinefibel“ von Baade lernen. In Wort und Bild wird den Landwirten klargemacht, daß das Polenschwein, das den Schweinepreissturz von 1927/28 verursacht haben soll, gar nichts mit der Krise zu tun hat; denn seit 1925 lebt Deutschland mit Polen im Zollkrieg. In der Zeit also, in der die Schweinepreise auf die Hälfte zurückgingen, ist nicht ein einziges Polenschwein auf den Markt gekommen.

Der Industrie-Kurier brachte am 5. Februar 1929 bei aller Würdigung der Tatsache, daß die Einfuhrkonzessionen in einem Handelsvertrag mit Polen vorsichtig begrenzt werden müßten und könnten, die sehr richtige Bemerkung:

„Bei all diesen Verhandlungen sollte man doch nicht vergessen, daß Deutschland sowohl auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten wie auch von Holz angewiesen ist, weil es den vollen Eigenbedarf dafür noch nicht produziert“ (Storm).

Nach polnischen Quellen (Ringmann) beträgt der deutsche Bedarf, der an Holz aus Polen gedeckt wird, für Rundholz 50 v. H., Grubenholz 85 v. H. und Holz für die Papierfabrikation 44 v. H.

Der polnische Verfasser bekämpft sogar diese trotz des Handelskrieges erfolgte Holzausfuhr als Raubbau an den polnischen Holzbeständen. Im Anschluß an die Bemerkung von Storm ist die Feststellung der deutsch-polnischen Handelskammer in Breslau wichtig, die diese am 12. Juli 1930 an die Mitglieder des handelspolitischen Ausschusses im Reichstag richtete:

„Der fünfjährige Zollkrieg mit Polen hat der deutschen Wirtschaft schwere Schäden zugefügt. Die mannigfachen Handelshemmnisse, die Polen während des vertragslosen Zustandes bis heute zur Anwendung bringt, haben viele deutsche Industriezweige vom polnischen Markt verdrängt.“

Ebenso sprach sich ein Telegramm der Industrie- und Handelskammer Breslau vom 11. Juli 1930 für den sofortigen Abschluß des Handelsvertrages aus:

„Anlässlich der Beratungen über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages halten wir es für unsere Pflicht, noch einmal eindringlich auf den Ernst der Lage in Niederschlesien hinzuweisen. Jede neue Verzögerung der Ratifizierung birgt die Gefahr jahrelanger Fortdauer des Zollkrieges in sich. Weitere Verelendung unserer verarbeitenden niederschlesischen Industrie und der in ihr beschäftigten fast 300 000 Arbeiter, völliges Erliegen unseres seit Jahrhunderten auf den Osten angewiesenen Großhandels wären die Folge. Wir bitten dringend, für baldige Ratifizierung Sorge zu tragen.“

1929 wäre es dann beinahe zum Abschluß eines vorläufigen Handelsvertrages gekommen, aber die innerpolitische Lage in Deutschland und die folgende Reichstagsauflösung hat die Annahme des von Polen bereits ratifizierten Vertrages hinausgeschoben und schließlich vereitelt.

Die Folge sind nunmehr begreiflicherweise Kampftarife auf beiden Seiten. Durch die seit 1925 erfolgte deutsch-russische Verkehrsverständigung kostet z. B. die Beförderung einer Tonne Ware nach Smogorzewski:

von Mannheim nach Charkow		in der Ukraine über	Polen 2439 km	25.41 Dollar
von Nürnberg nach Rostow	"	"	Litauen 2821 km	21.02 "
		"	Polen 2891 km	24.57 "
von Hamburg nach Moskau	"	"	Litauen 3190 km	16.34 "
		"	Polen 2183 km	24.57 "
		"	Litauen 2133 km	16.34 "

Die Tarife im Jahre 1932 zeigen noch größere Differenzen: Für die Tonne Getreide bei Transport von zehn Tonnen zahlt man beispielsweise jetzt auf der Strecke

Mannheim-Charkow	über	Polen	28.91 Dollar
Nürnberg-Rostow	"	Litauen	20.60 "
	"	Polen	32.13 "
Hamburg-Moskau	"	Litauen	12.30 "
	"	Polen	27.91 "
		"	Litauen 10.36 "

(Auskunft der Frachtenstelle der Deutschen Reichsbahn)

Dieser deutsche Ostwestverkehr unter Ausschaltung der polnischen Strecken führt begreiflicherweise nicht nur zu einer ständigen Verärgerung in Polen, die sich dort notwendig gegen die deutschen Minderheiten auswirkt, sondern sie führt auch zu einer Stärkung des von Polen gewünschten Nordsüdverkehrs im sogenannten Korridorgebiet gegenüber dem Ostwestverkehr:

	polnischer Verkehr (Nord-Süd)	deutscher Verkehr (Ost-West)
1925	2 850 520 t	2 083 650 t
1926	6 747 371 t	3 316 914 t
1927	8 619 909 t	4 177 583 t

(Smogorzewski, Corridor 36.)

Mit anderen Worten, die Tatsache, daß zugunsten der engeren Interessen des deutschen Großgrundbesitzes, der ja nur angeblich „auch die Interessen des deutschen Bauern“ vertritt, und zugunsten der deutschen Kohlenindustrie, die sich vor der Einfuhr polnischer Kohlen aus Oberschlesien fürchtet, auf Abschluß des Handelsvertrages verzichtet wird, unterstützt die Festigung der polnischen wirtschaftlichen Entwicklungsrichtung, die im unüberbrückbaren Gegensatz zu den wirtschaftsgeographischen Bedürfnissen des deutschen Handels steht.

Eine Folge des Handelskrieges, die für weite Kreise in Polen eine sehr widerspruchsvolle Rolle spielt, sei zum Schluß angedeutet. Die Absperrung von der Einfuhr industrieller Fertigwaren aus Deutschland ist die Ursache zur Züchtung einer polnischen Industrie, was durchaus im Interesse des polnischen Bürgertums liegt. Diese Industrie würde indessen durch den Abschluß eines Handelsvertrages in erhebliche Schwierigkeiten geraten und möglicherweise in noch höherem Maße, als das heute bereits der Fall ist, zum Erliegen kommen, und damit die proletarische Reservearmee vergrößern helfen. Dem polnischen Proletariat kann also an dieser künstlichen Züchtung industrieller Unternehmungen nichts gelegen sein, eine Erkenntnis, die auch schon deswegen in Kreisen der polnischen Linksparteien erörtert wird, weil feststeht, daß die durchschnittlichen Löhne in Polen so ungefähr die schlechtesten sind, die auf dem Kontinent, vielleicht abgesehen vom Balkan, gezahlt werden. Wenigstens zeigt der vom internationalen Arbeitsamt im November 1928 nach 18 Arbeitergruppen berechnete Durchschnittsindex, wenn man London gleich 100 setzt, folgenden Abfall:

Kopenhagen	108
Berlin	71
Prag	47
Rom	41
Lodz	41
Warschau	40

Die am 1. Januar 1932 ausgesprochene polnische Einfuhrbeschränkung und die gleichzeitig festgesetzten Zollerhöhungen mit ihrer außerordentlich schweren Belastung der deutschen Wirtschaft und der Ausschaltung des deutschen Zwischenhandels bestätigt alle Vermutungen, die an den Nichtabschluß des Handelsvertrages geknüpft werden mußten.

Ferner sollte bei einem Steigen der Krise, soweit sie mit dem Fehlen geordneter Austauschbeziehungen mit dem deutschen Nachbar zusammenhängt, damit gerechnet werden, daß, wie bereits angedeutet wurde, der Ausfuhrrückgang vor allem in Polnisch-Oberschlesien in erster Linie zu einem Abbau der deutschstämmigen Arbeiter führt, und damit die Abwanderung des deutschen Elements, an dessen Erhaltung der deutschen Politik gerade liegen mußte, begünstigt.

Literatur:

Agrarfronde, Wirtschaftsdienst XVI 1931, 233.

Baade, Tausend Worte Roggen I-III, Tagebuch XII 1931, 283 ff., 406 ff., 448 ff.

Birnbaum, Deutsch-polnische Verständigung. Gesellsch. VI 1929 1. 442 ff.

Erkelenz, Der Irrtum der Lohnsenkung. Wirtschaftsdienst XVI 1931 176 ff.

Freund, Die polnische Agrarreform. Arch. f. Weltwirtsch. XXIV 1926, 2, 309 ff.

Hegemann, Rettet die Großgrundbesitzer! Tagebuch XII 1931 843 ff.

Kurvenbilder zur Agrarpolitik. Verein deutsch. Maschin. Bauanstalten, Berlin 1931.

Lychowski, Polsko-niemieckie stosunki handlowe. Przegląd Gospodarczy XII 15. 1. 31, 63 ff.

Martin, Europe as I see it to-day, Worcester 1931.

Oberascher, Führungslose Agrarpolitik. Wirtschaftsdienst XVI 1931 557.

Okoniewski, Polen und das europäische Getreideproblem. Viertelj. Hefte d. poln. Landwirtsch. II 1931 61 ff.

Ringmann, Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze na tle wojny celnej. Warszawa 1929.

Schäfer, Osteuropa und wir Deutschen. Berlin 1924.

Schweinekrisen und Schweinepreise. Sächs. Volksbl. 11. 12. 29.

Sering, Agrarrevolution und Agrarreform in Ost- und Mitteleuropa. Akad. d. Wiss. Berlin 1929.

Sering, Agrarische Umwälzungen im außerrussischen Europa, Berlin 1930, Einleitung.

Smogorzewski, „Corridor“ ... S. Kap. 30.

Stein, Wirtschaft mit Polen, Berl. Tagebl. 21. 10. 31, 446.

Storm, In letzter Stunde, Industriekurier 5. 3. 29.

Trampler, Einheit des Ostproblems, in Deutschlands Weg an der Zeitenwende, München 1931, 39 ff.

v. Zitzewitz-Kottow, Grenzlande Pommern und Brandenburg, Volk und Reich, VII, 1931, 457.

***, Der Fall Baade, Tagebuch XII, 1931, 133 ff.

32. Minderheitenfragen

Die deutsche Minderheit fühlt sich in Polen vielfach unterdrückt und wird auch, entsprechend der Stärke des polnischen Westmarkengeistes, zweifellos in dem früher zu Preußen gehörenden Teil in der Tat nicht so behandelt, wie es dem Geiste der Minderheitenverträge entspricht, wenn auch äußerlich der Schein der Loyalität von Polen gewahrt wird. Andererseits muß betont werden, daß Angehörige der ukrainischen, weißrussischen und jüdischen Minderheit in Polen geradezu erschüttert sind, wenn man mit ihnen über die „Unterdrückung der deutschen Minderheit“ spricht. „Ja, wenn wir es so hätten, wie die! Hinter denen steht ja das Deutsche Reich, aber wer steht hinter uns?“

Von polnischer Seite wird gegenüber den Klagen seiner deutschsprachigen Staatsbürger immer wieder darauf hingewiesen, daß ja die Deutschen in Polen durch Verträge geschützt seien, während die Polen in Deutschland keinerlei vertragsmäßigen Schutz genießen. Dieser Gesichtspunkt wurde bereits von der polnischen Delegation gelegentlich der Friedensverhandlungen in den Vordergrund geschoben:

„Solange der Friedensvertrag mit Deutschland keine Entschließung enthält, die die Rechte der polnischen Minderheiten garantiert, würde es ungerecht sein, daß der Vertrag der Großmächte mit Polen den Deutschen in Polen über die Gleichheit der Rechte hinaus das Privileg sichert, die deutsche Sprache vor den Gerichten zu gebrauchen und auf öffentliche Kosten Schulen mit deutscher Sprache zu unterhalten“ (Actes 1919, vgl. Kap. 15).

Wie steht es nun in Wahrheit um die Lage der deutschen Minderheit in Polen und der slawischen Minderheiten in Deutschland?

Am 23. Oktober 1919 forderten die Elsässer, Dänen und Polen das Selbstbestimmungsrecht im deutschen Reichstag. Dieser Antrag wurde durch die politische Entwicklung überholt. Das Elsaß fiel an Frankreich zurück, die nördlichste Zone von Schleswig-Holstein kam an Dänemark, und im deutsch-polnischen Mischgebiet stabilisierte der Friedensvertrag die Verhältnisse, um die es sich in unserer Betrachtung handelt. Trotz der weitgehendsten Berücksichtigung der polnischen Gebietsansprüche ist die Zahl der in Deutschland verbliebenen Polen nicht unbeträchtlich, und wenn man von einer polnischen Statistik auch etwas abstreichen muß, so ist sie doch immerhin für die Begründung polnischer Ansprüche wichtig genug. Smogorzewski schätzt (Pologne restaurée 117) die Ziffern der in Deutschland lebenden Polen wie folgt:

Polen in Deutschland			
	Deutsche Staatsb.	Polnische Staatsb.	Zusammen
Grenzprovinzen	840 000	10 000	850 000
Berlin, Brandenburg,			
Sachsen, Hannover, Hessen-			
Nassau, Braunschweig	148 000	60 500	208 500
Mecklenburg		21 000	21 000
Hamburg	28 000	2 000	30 000
Westfalen	210 000	36 000	246 000
Rheinland	14 000	12 000	26 000
Freistaat Sachsen	6 000	4 000	10 000
Bayern, Württemb. Baden	3 000		3 000
Breslau, Niederschl.	3 500		3 500
	1 252 500	145 500	1 398 000

Wir können also immerhin mit rund einer Million Polen in Deutschland rechnen.

Artikel 113 der Reichsverfassung von 1919 bestimmt:

„Die fremdsprachlichen Volksteile dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch der Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.“

Man wird den Polen zugestehen müssen, daß eine ungeschmälerete Berücksichtigung dieses Artikels in dem Gebaren der deutschen Republik keineswegs zu verzeichnen ist, wie denn auch von seiten der nationalen Minderheiten in Deutschland überaus angefochtene gerichtliche Entscheidungen darüber erfolgt sind, daß der Artikel 113 der deutschen Reichsverfassung keineswegs „positives Recht“ darstellt, also keinen unmittelbaren Anspruch polnisch sprechender Bürger des deutschen Staates gewährleistet. Die Behandlung der Minderheitenangehörigen erfolgt im Interesse des nationalen Ansehens des diesseits wie jenseits der Grenzen herrschenden Bürgertums, nach dem gleichen Gedankengang. Der polnische Schriftsteller Zzczepański schreibt in einer Arbeit über Oberschlesien und die Genfer Konvention, daß unter Minderheitenschutz zu verstehen sei „das Recht dieser Minderheit, ihre Existenz zu bewahren, niemals aber die Ermächtigung zur Expansion auf Kosten des staatsbildenden Nationalelements“; denn „das wäre gleichbedeutend mit einer Erschütterung der Existenz der Grundlage des Staates selbst“. Es liegt auf der Hand, daß mit einer solchen Auffassung — die „Germania“ schrieb z. B. am 21. Dezember 1930, daß die polnische Minderheit in Deutschland ihr Polentum behalten könne, es aber gar nicht behalten wolle, vor allem kein Verlangen habe nach einer polnischen Schule, „die sie nie gekannt hat“ — der willkürlichen Beschränkung berechtigter Minderheitenansprüche Tür und Tor geöffnet wird; denn das „Staatsvolk“ kann natürlich bei jeder Gelegenheit erklären, daß die Verwirklichung eines Min-

derheitenanspruchs, und sei es auch nur der auf eine bisher nicht vorhandene Minderheitenschule, Expansion auf Kosten des staatsbildenden Elements darstellt.

Die Klage, die von deutscher Seite immer wieder erhoben wird, daß das deutsche Schulwesen in Polen unerhört schikaniert und bedroht würde, versucht Zzczepański durch folgende Tabelle zu widerlegen (S. 112 ff.):

Deutsches Schulwesen in Polen:							
		1924/25		1925/26		1926/27	
		Schulen	Kinder	Schulen	Kinder	Schulen	Kinder
I. Volksschulen							
staatliche		70	18 029	72	20 571	88	20 506
private		9	806	8	644	11	1 068
		79	18 835	80	21 215	99	21 574
II. Höhere Schulen							
kommunale		5	3 272	5	3 262	3	954
staatliche		3	496	3	540	3	613
private		9	1 325	8	1 495	9	1 638
		17	5 093	16	5 297	15	3 205
Polnisches Schulwesen in Deutschland:							
		31. 3. 26		31. 3. 27		31. 3. 28	
Volksschulen							
staatliche		40	1 353	34	863	29	659
private		—	—	—	—	—	—
Höhere Schulen		—	—	—	—	—	—

Dabei gehöre in Polen nicht ein Lehrer in deutschen Minderheitsschulen der polnischen Nationalität an, in Deutschland aber seien in den öffentlichen polnischen Schulen 83 v. H. der Lehrer, in den mittlerweile gestatteten privaten 76 v. H. der Lehrer Deutsche. Im Schulstreit von 1926 bis 1928, der auf Grund polnischer Beanstandungen ausbrach, habe die gemischte Kommission für Oberschlesien Polen Unrecht gegeben, vor dem Haager Schiedsgericht dagegen habe es Recht bekommen. Der Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Dienst werde in Polen viel weiterherziger gehandhabt als der der polnischen in Deutschland, aber die deutschen Minderheitsschulen in Polen würden von den Deutschen eben als Expansionsmittel mißbraucht.

Genau so erklärt etwa der deutsche Curt Stromeier im „Kyffhäuser“, daß in den deutsch gebliebenen Kreisen von Ost-Westpreußen eine unerhört expansive Polenagitation mit Hilfe der Geistlichkeit und des Großgrundbesitzes gegen Deutschland getrieben werde. Material über diese polnischen Expansionsbestrebungen im einzelnen stellten in jüngster Zeit Rathenau und von Oertzen zusammen. Mit anderen Worten, es ist immer dasselbe: In einem Staate, in dem das Bürgertum herrscht, wird dieses

Bürgertum jede Regelung der anderssprachigen Minderheit als gegen sein eigenes nationales Interesse gerichtet empfinden und entsprechend mit Unterdrückungsabsichten beantworten. Henryk Loewenherz vom Pilsudzkiblock wies 1929 im auswärtigen Ausschuß des Sejm darauf hin, daß es in Polen 105 861 deutsche Kinder, in Deutschland dagegen 115 976 polnische Kinder gäbe. Von den deutschen Kindern in Polen würden 66 868 in deutscher Lehrsprache, 10 691 auf zweisprachigen Schulen unterrichtet, so daß also 72,74 v.H. dieser deutschen Kinder deutsche Unterrichts-sprache genössen. In Deutschland würden zur gleichen Zeit 506 polnische Kinder in polnischer Sprache unterrichtet, also 0,04 v.H. 99,56 v.H. sind des polnischen Unterrichts beraubt. Diesen Ausführungen erwiderte der Abgeordnete Naumann von der deutschen Fraktion, daß zwar nach dem Artikel 109 der polnischen Verfassung besondere Staatsgesetze den Minderheiten im polnischen Staate die volle und selbständige Entwicklung ihrer völkischen Eigenart, mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden öffentlich-rechtlichen Charakters im Umfang der Verbände der allgemeinen Selbstverwaltung, „gewährleiste“, daß aber in zehn Jahren nichts zur Verwirklichung dieses Artikels getan worden sei. In Deutschland dagegen hat

„nach Benehmen mit den Führern des Polenbundes — so etwas gibt es nämlich in Deutschland — die Preußische Regierung eine Verordnung erlassen, die, ganz nach dem Wunsche der interessierten Volksgruppen, deren Schulwesen völlig herausgelöst aus dem deutschen Schulsystem regelt. Kein Wunder, daß sich die Führer des Polentums in Deutschland in anerkennender Weise über den Schritt der Preußischen Regierung äußerten“ (Polen und Deutschland, S. 37).

Tatsächlich hat die preußische Regierung 1928 eine Verordnung zur Regelung des polnischen Minderheitenschulwesens erlassen und diese 1929 durch einen Ausführungserlaß ergänzt. Wohlgemerkt ist in dem Genfer Abkommen über Oberschlesien eine gegenseitige Bindung beider Staaten über das Minderheitenschulwesen bis 1937 eingeschlossen. Die erwähnten Verfügungen der preußischen Regierung (31. Dezember 1928 und 30. April 1929) für das nicht-oberschlesische Gebiet sind also freiwillige Leistungen. Der Stand des Minderheitenschulwesens in Preußen vom 1. April 1930 ist auf Grund einer amtlichen Antwort des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Präsidenten des Staatsrats (U III A Nr. 5218 II. 1, A III O) vom 18. Juli 1930 festgestellt worden:

„B. Regierungsbezirk Oppeln.

- I. Öffentliche polnische Minderheitenschulen (Stand vom 1. April 1930).
Es sind zusammen 28 öffentliche Minderheitenschulen mit etwa 351 Kindern vorhanden (gem. Art. 106 Genfer Abkommen).

II. Private polnische Volksschulen.

Auf Grund von Art. 97 bis 104 Genfer Abkommen sind drei private polnische Volksschulen eingerichtet worden, die zusammen von 60 Kindern besucht werden; an diesen sind zusammen drei Lehrer polnischer Staatsangehörigkeit tätig (Jendrin, Gr. Borck und Wyssorka).

Vermerk: Außerdem bestehen noch zwölf am 1. April 1927 bzw. früher eröffnete Minderheitenschulen, die zurzeit ohne Schüler sind. Die Wiederaufhebung dieser Schulen gem. Art. 108 § 1 Abs. 2 des Genfer Abkommens ist bisher nicht erfolgt.

C. Sonstiges Preussisches Staatsgebiet.

(Mit Ausnahme von Regierungsbezirk Oppeln.)

(Stand zu Beginn des Schuljahres 1930/31.)

I. Öffentliche polnische Minderheitenschulen sind nicht vorhanden.

II. Private polnische Volksschulen (auf Grund der Verordnung vom 31. Dezember 1928). In den Regierungsbezirken Allenstein, Marienwerder, Schneidemühl und Köslin sind zusammen 39 polnische Volksschulen vorhanden, die von insgesamt 1480 Kindern besucht werden. An diesen Schulen sind 56 Lehrkräfte tätig, davon 46 Polen und zehn Preußen.

In den übrigen Regierungsbezirken sind keine polnischen Schulen vorhanden.

D. Auf Grund des Erlasses vom 31. Dezember 1918 — U III A 1420 — ist polnischer Schreib-, Lese- und Religionsunterricht eingerichtet: (Stand vom April 1930.)
(Die Zahlen in () sind die des Vorjahres.)

Bezirk	Zahl der Schulen	Von polnisch-sprachigen einschl. der zweisprachigen		Es besuchen den polnischen Unterricht tatsächlich:
		a) besuchen die Schule überhaupt:	b) kommen für den polnischen Unterricht in Frage:	
Alenstein . . .	(2)	(184)	(30)	(30)
Marienwerder	7	425	125	110
	(12)	(768)	(237)	(237)
Schneidemühl	19	740	351	261
	(24)	(1356)	(1304)	(1232)
Oppeln	40	8789	1615	ca. 1500
	(63)	(12862)	(2016)	(2000)
zusammen	66	9954	2091	1871
	(101)	(15170)	(3587)	(3497)

Anmerkung: Im Regierungsbezirk Schneidemühl ist in sämtlichen Orten, für die ein Antrag gestellt worden ist, der Unterricht eingeführt worden. In acht Orten ist der Unterricht im Einverständnis mit den Eltern eingestellt worden."

Die letzte Tatsache wird begreiflicherweise von polnischer Seite aus darauf zurückgeführt, daß auf die vorwiegend dem Land-

arbeiterstand angehörenden Eltern von deutscher Seite ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt wird, genau so etwa, wie der polnischen Bahnverwaltung in Danzig vorgeworfen wird, sie mute unter wirtschaftlichem Druck deutschsprechenden Danziger Eisenbahnern zu, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken. Die Tatsache, daß es in Oberschlesien zwölf öffentliche Minderheitenschulen gibt, die keine Kinder aufzuweisen haben, erklären die dort ansässigen polnisch-sprechenden deutschen Staatsbürger damit, daß sie keine Lust hätten, ihre Kinder dem Einfluß der für diese Schulen bestellten Stahlhelmlehrer auszuliefern. Man hat also bei unvoreingenommener Würdigung der Dinge den Eindruck, daß Deutschland Polen nichts vorzuwerfen hat und umgekehrt. In Polen wird von deutscher Seite darüber geklagt, daß insbesondere das Schulunterhaltungsgesetz 1922 „aus Gründen der Sparsamkeit“ deutsche Schulen zu Parallelklassen polnischer Schulen gemacht habe, womit dann aber nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine Unterrichtsvereinheitlichung sich eingestellt habe. Das Schulnetz werde möglichst so gebildet, daß die für die Minderheitenschulen notwendigen 40 Kinder nicht zusammenkommen, „man dürfe den Kindern keinen zu langen Schulweg zumuten“ und so fort. Die 70,2 v.H. deutscher Kinder, die 1924 noch deutsche Minderheitenschulen besuchen konnten, seien 1930 bereits auf 54,8 v.H. zusammengeschmolzen, während 45,2 v.H. in rein polnische Schulen gezwungen würden.

„Dabei muß man noch hervorheben, daß man den ‚deutschen‘ Unterricht, den die Kinder in der deutschen Minderheitenschule genießen, nur schwerlich als wirklich deutsch ansprechen kann. Die Zahl der deutschen Minderheitenschulen sind in der gleichen Zeit (1924 bis 1930) von 557 auf 285, die Zahl der Lehrer allein im Jahre 1929 von 338 auf 297 zurückgegangen (für die von Deutschland abgetretenen Gebiete in ‚Deutsche Volkstumnot‘ 165).“

Diese Ziffer ist natürlich zu beurteilen nur unter Berücksichtigung des Rückgangs der Deutschen in Polen, der ja allerdings, wie bereits in Kapitel 30 angeführt, sehr beträchtlich ist. Daß hierbei Verwaltungswillkür nicht ohne vorgefaßtes Ziel von Polen angewandt wird, dafür nur ein Beispiel:

Am 11. Juni 1931 ist in der RP ein Gesetz zur Bekämpfung des Alkoholismus in Kraft getreten, das an sich außerordentlich begrüßenswert ist. Der Verkauf und Ausschank alkoholhaltiger Getränke an Schüler und Personen unter 21 Jahren ist verboten, Getränke mit mehr als 45 v.H. Alkohol dürfen nicht verkauft werden. Ebenso ist Verkauf und Ausschank an Sonn- und Feiertagen von 6 bis 14 Uhr verboten. Bis 1. Juli 1932 ist die Schließung von 1175 Alkoholverkaufsstellen vorgesehen, während die Zahl

der zugelassenen Schankstellen in ganz Polen auf 20 000 festgesetzt wurde. Begreiflicherweise gibt ein solches Gesetz eine sehr günstige Grundlage, um einem der nationalen Minderheit angehörenden Wirt die Schankkonzession zu entziehen, damit diese Wirtschaft wirtschaftlich untergraben wird und auf diese Weise gleichzeitig die gegebenenfalls in den Räumen dieses Wirtes tagenden Minderheitenvereinigungen ihres Vereinslokals beraubt werden. Bei aller Anerkennung der Berechtigung der Beschwerden der Minderheiten in beiden beteiligten Staaten kann eins grundsätzlich festgestellt werden: Der Völkerbund, der sich zum Schutzorgan der Minderheiten bestellt hat, hat auch in diesem Punkte im allgemeinen glänzend versagt, wobei nicht die Bedeutung der Tatsache verkannt werden soll, daß von den 404 Eingaben, die von den Angehörigen von 19 Völkern in 13 Staaten 1920 bis 1930 in Genf eingereicht worden sind, Polen mit 88 an der Spitze marschiert (allein in Oberschlesien waren 40 deutsche und 20 polnische Beschwerden zu verzeichnen)*). Von diesen kamen nur 20 von 228 vor den Völkerbundsrat, 208 blieben also im Verwaltungsapparat von Genf stecken (Truhart).

Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle der Auseinandersetzung über die Frage der slawischen Minderheiten in Deutschland noch ein Wort über die sorbische Minderheit, die sogenannten Wenden, gesagt werden. Die „Lausitzer Sorben“ zerfallen in zwei Sprachstämme, von denen das niederlausitzer Sorbisch dem Polnischen, das vorwiegend im sächsischen Wendeland gesprochene oberlausitzer Sorbisch dem Tschechischen näher steht. Die Sorben sind der letzte Rest der ausgebreiteten westelbischen Slawenbevölkerung, die im Laufe der Jahrhunderte dem Deutschtum gewichen ist. 1404 starb die letzte slawisch sprechende Person in Rügen, 1798 die letzte slawisch sprechende Person im sogenannten Lüneburger Wendland. Die wendische Sprache erlosch in Guben 1200, in Luckau 1600, in Storkow 1630, in Beeskow 1760, in Lübben 1790. Die Auflösung des im Elbe-Oderland wohnenden Slawentums ist natürlich nicht ohne politische Druckmittel vor sich gegangen. 1293 untersagte Bernhard VI. von Anhalt den Gebrauch der wendischen Sprache in seinem Lande, 1327 Graf Friedrich dasselbe für Altenburg, 1427 erfolgte die gleiche Maßnahme für Sachsen, mit Ausnahme des Meißner Gerichtsbezirks. 1714 verbot Friedrich Wilhelm I. den Gebrauch des Wendischen in der Schule. 1731 wurde für alle Wenden, die nicht deutsch sprechen

*) Beschwerden in Genf für Polen 88, Griechenland 61, ČSR 51, Rumänien 48, Jugoslawien 34, Türkei 29, Litauen 28, Albanien 24, Ungarn 16, Oesterreich 12, Lettland 6, Bulgarien 3, Estland 2.

konnten, ein Heiratsverbot erlassen. 1848 erfaßte die demokratische Bewegung auch das sorbische Volkstum: 5000 Unterschriften forderten in Sachsen Sprachengleichheit, wurden aber vom Ministerium zurückgewiesen; die Reaktion in der Folgezeit unterband alle weiteren Schritte in dieser Richtung. Zur Zeit der deutschen Revolution begab sich eine sorbische Abordnung deutscher Staatsbürger nach Paris, um im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes Autonomie für das sorbische Volkstum zu erwirken. Die deutsche Regierung antwortete auf diesen Selbstständigkeitsdrang damit, daß der Führer dieser Abordnung, Barth, 1919 vom Reichsgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde und erst durch Eingreifen des tschedischen Außenministers Beneš am 17. September 1920 befreit wurde.

Am 22. Juli 1919 und 31. Juli 1922 erließ dann die sächsische Regierung Verordnungen über die begrenzte Zulassung der sorbischen Sprache in den Schulen der sächsischen Oberlausitz. Die sorbische Nationalbewegung spielt allerdings infolge der relativ geringen Zahl der in Deutschland noch lebenden, sorbisch sprechenden Personen, die von wendischer Seite aus auf 130 000 bis 150 000 Köpfe beziffert, von deutscher Seite auf weniger geschätzt werden, keine sehr große Rolle. Des ungeachtet sollte natürlich, einem vernünftigen Nationalitätsprinzip entsprechend, der freien Entwicklung des sorbischen Sprachgutes (vgl. Karte 19) nicht durch verwaltungstechnische Unterdrückung Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, obschon zugegeben werden kann, daß eine Angleichung der Sorben an ihre deutsche Umgebung aus wirtschaftlich-kulturellen Gründen, sagen wir ruhig Bequemlichkeits- und Verkehrsrücksichten, sinnvoll und auch kaum vermeidbar ist. Die Propaganda für die Anerkennung der sorbischen Besonderheit macht zweifellos einen etwas künstlichen Eindruck; denn schwerlich wird dem Glashüttenarbeiter in Weißwasser die Frage der sorbischen Sprache, die die Mehrzahl seiner Arbeitskollegen nicht versteht, wichtiger sein als der gezahlte Lohn.

Das Zentrum der sorbischen Kulturbewegung liegt heute in Bautzen (sorbisch Budyšin). Ueber das sorbische Schrifttum kann man sich durch den ausführlichen Katalog des sorbischen Hauses, Verlag Schmalzer, in Bautzen, informieren (Zapis Łužisko-Serbskich Knihow a Spisow).

Literatur:

Actes, concernant... vgl. Kap. 15.

Deutsche Blätter in Polen und Sonderhefte dazu, hgg. Zöckler, Posen-Stanislaw, laufend.

Erler, Recht der nationalen Minderheiten, Münster 1931.



Karte 19

- Hirsch, Untergang und Aufbau einer Provinz. Das Schicksal der Deutschen in Posen. Berl. Tagebl. 22. 11. 31, 551.
- Hubrich, Die Minderheitenschule (Stand vom 1. 4. 27). Berlin 1927.
- Laubert, Das Heimatrecht der Deutschen in Westpolen, Bromberg 1924.
Vgl. auch Lauberts Leitartikel, Meseritzer Zeitung 23. 5. 31.
- Meyer, Das Rauschningsche Buch: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens, Deutsche Blätter in Polen, Posen, VII, 1930, 26 ff.
- v. Oertzen, Polen an der Arbeit, München 1932.
- v. Opendorski, Ist Art. 113 der deutschen Reichsverfassung positives Recht? Kulturwehr 1931, 125 ff.
- Polen und Deutschland, Danzig 1929.
- Rathenau, Polonia irredenta? Berlin 1932.
- Rauschning, Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik. Berlin 1930.
- Schatton, Finanzpolitik der polnischen Minderheit in Deutschland. Berlin 1931.
- Strohmeyer, Die polnische Agitation im Osten. Kyffhäuser 13. 12. 31.
- Truhart, Völkerbund und Minderheitenpetitionen 1920/30 in Junghann-Böhm, Ethnopol. Almanach 1930.
- Warum dürfen polnische Kinder keine privaten Minderheitenschulen in Preußen besuchen? Kulturwehr 1931, 41 ff.
- Winkler, Die Minderheitenfrage. Wien 1924.
- Zzczepański, Górny Śląsk w świetle wykonania Konwencji Genewskiej, Warszawa 1929.
- Müller, Das Wendentum in der Niederlausitz. Cottbus 1922 (1. Aufl. 1894).
- Páta, Aus dem kulturellen Leben der Lausitzer Serben nach dem Weltkrieg, Bautzen 1930.
- Páta, Zawos du studija serbkeho pismowstwa. Bautzen 1929.
- Pohl, Sagenbuch des Kreises Rothenburg. Weißwasser 1923.
- Resack, Deutsch-Wendisches Wörterbuch, Bautzen 1920.
- Scheltz, Geschichte der Ober- und Niederlausitz.
- Scholze, Wendisches Gesprächsbuch, Bautzen 1920.
- Schmaler, hgg. v. Haupt, Volkslieder der Wenden in der Ober- und Niederlausitz, Grimma 1841/43, I, II.
- Schmidt, Die Wenden, Dresden 1926 (hier genauere Angaben über das Schulwesen in Sachsen).
- Thar, Lausitzer Erde. 1 Bergland. 2 Wendenland. Bautzen 1925.
- Vierset, Un peuple martyr. La question des Wendes devant l'opinion publique. Bruxelles 1923 (Impr. Politika Prague!).
- Die Wenden, Forschungen zu Geschichte und Volkstum der Wenden. I. A. d. Stift. f. deutsche Volks- und Kulturbodenforschung, Leipzig/Langensalza, ab 1930.
- Zapis łuzisko-serbskich knihow a spisow, Budyšin-Bautzen 1928.

33. Ostpreußen

Der bereits mehrfach zitierte Smogorzewski hat die für Deutschland peinlichen Worte geprägt: „Ostpreußen ist die einzige Kolonie, die man Deutschland gelassen hat“ (Corridor 45). Sofern Kolonie mit Zuschußgebiet gleichgesetzt wird, was nach dem üblichen Sprachgebrauch nicht ganz einwandfrei ist, dürfte die Behauptung Smogorzewskis in vollstem Maße zutreffen; denn Ostpreußen ist eine Provinz geworden, die ohne Staatszuschuß nicht leben und mit Staatszuschuß nur schlecht leben kann. Wenn aber mit dem Ausdruck „Kolonie“ behauptet werden soll, und das dürfte die tiefere Absicht Smogorzewskis sein, daß Ostpreußen deutsches Kolonialland im slawischen Gebiet und also rechtmäßig eigentlich Gebiet der Rechtsnachfolger der Weichselslawen, nämlich der RP sei, so stimmt das nicht, wenn man schon der Geschichte Rechnung tragen will. Denn die Pruzen, Sprachverwandte der heutigen Litauer und Letten, gegen die der deutsche Orden im 13. Jahrhundert auftrat, sind ein vernichtetes, baltisches Volk und seit seiner Vernichtung ist Ostpreußen deutsches Gebiet, woran weder die zeitweilige Vasallenschaft im polnischen Königreich noch die russische Besatzung und Verwaltung 1758—1762 etwas zu ändern vermochte. An der Kolonisierung dieses Gebietes haben übrigens im Laufe der Jahrhunderte die verschiedensten deutschen Stämme Anteil genommen; denn die deutschen Kolonisten, die der Orden nach sich zog, die Nachschübe, die nach dem Tartareneinfall 1651 nach Masuren kamen, die die Menschenverluste durch den Pestepidemiebruch 1708 ausglich, die Einwanderung der Salzburger 1731: stets waren es Deutsche, die diesem Lande Kultur brachten, wenn man von den 500 Refugiés absieht, die Anfang des 18. Jahrhunderts aus Frankreich kamen. Diese Eigentümlichkeit der deutschen Kultur in diesem, lange Zeit so wie heute vom deutschen Reich abgesprengten Landesteil fand ihren Mittelpunkt in der am 17. August 1544 gegründeten Universität von Königsberg, deren erster Rektor, Georg Sabinus, der Schwiegersohn Melanchthons war. Diese enge Beziehung zum Kreise der deutschen Reformation ist vielleicht ein Erklärungsgrund, neben dem starken politischen Interesse, das das aufstrebende Preußen mehr und mehr an dieser Politik gewinnen mußte, dafür, daß der slawische Bevölkerungsdruck das deutsche Gebiet bisher nicht erheblich verkleinern konnte. Wie denn auch die Tatsache, daß der slawische Stamm der Masuren im Süden der Provinz vorwiegend protestantisch ist, bisher seine Eingliederung in den deutschen Kulturkreis, gegenüber der großpolnischen Propaganda, erheblich

erleichtert hat. Dann kam hinzu, daß Ostpreußen das einzige deutsche Gebiet war, das von den Wirren des dreißigjährigen Krieges verschont blieb. Die Bedeutung, die der in Thorn und Danzig tätige Martin Opitz (1597—1639) für die deutsche Literatur und damit im besonderen für das Wachstum der werdenden Bürgerkultur des Ostens gewonnen hat, ist nicht zu unterschätzen. So entwickelte sich der Kulturboden, aus dem der Verfechter der Frauenbildung Gottsched (1700—1766), Kant (1724—1804) und Herder (1744—1803) hervorgingen. Auch die Namen von E. T. A. Hoffmann (1766—1822) und des Kupferstechers Chodowicki (1726—1801) sind eng mit der deutschen Ostkultur verbunden. 1841 richtete von Ostpreußen aus Johann Jakoby die berühmten „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“, an die Adresse der deutschen monarchistischen Reaktion, und in unserer Zeit verbinden die Namen von Arno Holz (1863—1929), Paul Scheerbart (1863—1914) und Käthe Kollwitz, geb. 1867, die moderne deutsche Kultur mit Ostpreußen und Danzig.

Die territoriale Trennung des Landes vom Kerngebiet des Deutschen Reiches hat die Provinz um so schwerer getroffen, als sie an sich schon derjenige Teil Deutschlands war, der während des Krieges am schwersten gelitten hatte. Große Teile waren durch den Einfall russischer Truppen und die sich daran anschließenden Kämpfe zerstört worden, und erst 1923 war der Wiederaufbau dieser Gegenden vollendet. Der kulturelle Zusammenhang mit dem deutschen Gebiet ist jedoch durch diese schweren Ereignisse während des Krieges auch bei denjenigen Bewohnern nicht erschüttert worden, die ihrer Sprache nach als Angehörige nicht-deutschen Volkstums gelten müssen, bei den Masuren im Süden und in den litauischen Gebieten im Nordosten. Die auf Grund der Friedensverhandlungen am 1. Juli 1920 vorgenommene Abstimmung in den masurischen und den bei Deutschland belassenen westpreußischen Restbezirken ergab im westpreußischen Bezirk 92,5 v. H., im ostpreußischen 97,5 v. H. für Deutschland. Von polnischer Seite wird allerdings diese Abstimmung angefochten mit der Behauptung, daß die Werbekraft Polens gerade zu jener Zeit durch den russisch-polnischen Krieg außerordentlich geschwächt und außerdem der Einfluß des deutschen Beamtentums während der Abstimmung nicht ausgeschaltet gewesen sei. Diese Kritik ist zweifellos übertrieben; denn, wenn man ihr selbst ein gewisses Recht zubilligen würde, so könnte man daraus nie und nimmer die Eindeutigkeit einer fast hundertprozentigen Stimmenabgabe für Deutschland anfechten.

Die Tatsache, daß hier wirklich sprachliche Zugehörigkeit

keineswegs mit kultureller übereinstimmt, ist ja in den fraglichen Gebietsteilen Ostpreußens, unabhängig von irgendwelchem Hineinspielen polnischer Interessen, dadurch erbracht worden, daß das zum deutschen Kulturkreis gehörende, aber 1923 nach dem Abzug französischer Besatzung durch Handstreich litauischer Truppen zu Großlitauen geschlagene Memelland, trotz rücksichtslosester großlitauischer Propaganda, noch im Mai 1932 in überwiegendem Maße für Deutschland eingestellte Parteivertreter gewählt hat.

Die Bevölkerungszählung ergab am 16. Juli 1925 in Ostpreußen 2 256 349 Einwohner. Die Lage dieser Bevölkerung ist zweifellos heute durch den ebenfalls seit 1925 mit Polen herrschenden Zoll- und Handelskrieg außerordentlich schwierig; es wird von polnischer Seite nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß keineswegs die Abtrennung vom Reich allein die Schuld an den Schwierigkeiten Ostpreußens haben könne. Denn, wenn die Ursache der Ostpreußennot in der polnischen Konkurrenz läge, so müßte sich ja die Lage innerhalb der Provinz seit der teilweisen Grenzsperre, infolge des Handelskrieges also gebessert haben.

Die Sorgen, die die preußische Verwaltung der Provinz zurzeit hat, sind vielleicht am besten zusammengefaßt in der Rede, die der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, Prof. v. Batocki-Friebe, in der Königsberger Stadthalle am 8. August 1928 gehalten hat:

„Wenn wir mit den billiger arbeitenden Polen mitkommen wollen, müssen wir in der Landwirtschaft rationalisieren und die Arbeitskräfte nach Möglichkeit durch Maschinen ersetzen, nicht nur auf den Gütern, sondern auch in den Bauernwirtschaften, ... Arbeiter muß die Landwirtschaft in immer geringerer Zahl beschäftigen. Der Bevölkerungsüberschuß muß abwandern, wenn ihm nicht andere Erwerbsmöglichkeit gegeben wird. Ein stark agrarisches Land wie Ostpreußen muß im Vergleich zu den Industrieprovinzen veröden... Die einzige Rettung für uns ist Durchsetzung unserer Erwerbsmöglichkeiten mit Industrie, wir müssen aufhören, ein rein agrarisches Gebiet zu sein... Wir bekommen keine dichtere Bevölkerung, wenn wir nicht Absatzmarkt im Innern und Industrie schaffen. Gelingt uns das nicht, dann werden wir ein volksarmes Gebiet, wir bleiben zurück hinter Deutschland, werden volksärmer als das umliegende polnische Gebiet. Die Folgen liegen auf der Hand.“

Die Abwanderung nach dem Westen und das damit immer mehr ins Gewicht fallende Sinken der Besiedlungsdichtigkeit ist dadurch gekennzeichnet, daß jährlich etwa 10 000 bis 15 000 Menschen ins Reich gehen, die natürlich unter den gegenwärtigen Umständen dort auch nur die Arbeitslosenziffern erhöhen. Demgegenüber ist die Schaffung neuer Siedlungsstellen auch nach dem Urteil der preußischen Regierung dienstbaren Fachleute ganz ungenügend. Die Bevölkerungsdichte beträgt heute 61 Menschen

pro Quadratkilometer, und an neuen Siedlungsstellen sind geschaffen worden:

	von Landgesellschaften	durch Kulturämter	zusammen
1925	66	157	223
1926	162	155	317
1927	336	193	529
1928	617	198	815
1929	865	595	1458
1930	1111	1026	2137
	3155	2324	5479

Sering, zweifellos einer der besten Kenner deutscher und osteuropäischer Agrarverhältnisse, sagt dazu:

„Jene Ziffern beleuchten die tödliche Gefahr, welche den Osten des entwehrten Deutschland und ganz besonders Ostpreußen bedroht. Angesichts des Aufkommens großer Bauerngebiete an unseren Grenzen und des polnischen von dem Landhunger der Volksmassen und dem politischen Ehrgeiz der führenden Schichten getragenen Expansionsdranges müssen die Leistungen des ostdeutschen Siedlungswerkes quantitativ als ganz ungenügend erscheinen. Die dichtere Besiedlung des deutschen Ostens ist eine der dringendsten Aufgaben deutscher Selbsterhaltung“ (S. 41).

Die Siedlung in Ostpreußen ist natürlich erschwert dadurch, daß einmal durch die kürzere warme Jahreszeit die Konkurrenzfähigkeit mit günstiger gelegenen Gebieten an sich bedroht wird, dann aber vor allem dadurch, daß der Transportwiderstand ostpreußischer Waren, ganz abgesehen von der Agrarkrise, für das Deutsche Reich außerordentlich groß ist. Es wird von polnischer Seite her häufig behauptet, daß die Grenzen des „Korridors“ unsichtbar seien. Das ist nun keineswegs richtig. Die Wirtschaftlichkeit des Korridorverkehrs zwischen dem deutschen Kerngebiet und Ostpreußen ist schon deswegen sehr fragwürdig, weil die das Korridorgebiet durchfahrenden Zugteile abgeschlossen werden und also kein Zwischenverkehr besteht. Der Güterverkehr wird durch Grenzaufenthalte verzögert, erfordert teilweise Umladung, weil Stückgut nur in geschlossenen Wagen durchgeführt werden darf und ist ganz besonders eingengt, soweit es sich um Eilgüter handelt, z. B. beim Viehtransport, weil höchstens drei Güterwagen von polnischen Personenzügen übernommen werden. Dazu kommen die bürokratischen Vorschriften der Aufstellung von Zuglisten, Lagelisten und Fahrkartenlisten, die die polnische Bahnverwaltung verlangt (vgl. auch Volk u. Reich 1930 S. 287). Die wesentlichste Schädigung Ostpreußens durch die Abtrennung der heute polnischen Gebiete vom Reich liegt jedoch darin, daß der Absatz in das Gebiet des heutigen Polens so gut wie ganz zum Erliegen gekommen ist, während früher gerade die Provinz Westpreußen und zum Teil auch Posen in hohem Maße Absatzgebiet für Ostpreußenwaren gewesen sind.

So ging etwa der landwirtschaftliche Absatz nach dem Korridor-gebiet in folgender Weise zurück:

	1913	1926
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	220 000 t	17 000 t
Kühe	69 456 t	1 852 t
Schweine	80 358 t	1 116 t
Stiere	7 325 t	33 t
Schafe	9 690 t	1 483 t
Geflügel	21 756 t	1 369 t

(Volk u. Reich 1930, 298/99.)

Bei dieser Transportfrage spielt natürlich eine erhebliche Rolle auch der früher stark benutzte, schon in der Zeit Friedrichs II. aus-gebaute Wasserweg von der Netze über den Bromberger Kanal in die Weichsel. Dieser Wasserweg ist auch für den innerpolnischen Verkehr heute völlig ausgeschaltet, weil die Polen bei ihrem Be-streben, in erster Linie die Nord-Süd-Richtung ihres Verkehrs zu fördern, die Bromberger Kanalschleusen verfallen ließen und überdies für die Aufrechterhaltung der früher bis Thorn hinauf regulierten Weichsel nichts mehr getan haben, so daß der Strom weitgehend versandet ist.

Die politische Absicht, die die polnische Politik gegenüber Ost-preußen verfolgt, ist außerordentlich klar in dem Werk des frühe-ren polnischen Konsuls in Königsberg, Srokowski: „Aus dem Lande des schwarzen Kreuzes“, gekennzeichnet (zitiert nach Volk und Reich 1930, 306):

„Kein Opfer ist also zu groß, das man bringen müßte, um Ostpreußen auf diese oder jene Weise zu gewinnen, indem man es in den polnischen Herrschaftsbereich hineinzieht... Fest steht, daß einerseits

a) dahin gestrebt werden muß, daß Ostpreußen den Vorteil einsieht, den es von seiner Anlehnung an seinen polnischen Nachbar hat, und andererseits

b) in Europa und Amerika eine lebhafte und unaufhörliche Aktion in der Presse und mit Hilfe von Broschüren entfaltet werden muß, die darüber Aufklärung geben soll, daß Ostpreußen eine Kolonie ist, die sich in den Schoß der ihr fremden slawisch-litauischen Welt hineingedrängt hat... Es kommt jetzt darauf an, Ostpreußen als Ersatz dafür an eine nordsüdliche Handelsstraße zu gewöhnen, die es mit Polen wirtschaftlich enger verbinde. Wenn Ostpreußen, wie zu erwarten, dies nicht wolle, müsse man es wirtschaftlich dazu zwingen, indem man es isoliere und die Frachten seines natürlichen Hinterlandes durch Anlage von Parallel-bahnen südlich der ostpreußischen Grenze und durch starke Frachtver-günstigungen für Danzig und Gdingen um ganz Ostpreußen herum nach diesen beiden Häfen ableite. Ostpreußen werde dann wirtschaftlich mehr und mehr verelenden. Die Wirkung werde sein, daß das Reich das Inter-esse an einer also notleidenden Provinz mehr und mehr verlieren und müde werden würde, die ostpreußische Wirtschaft mit Zuschüssen zu stützen. Für die ostpreußische Wirtschaft werde dann, wenn sie erst genügend unter Druck gesetzt sei, kein anderer Weg übrigbleiben, als selber auf einen Anschluß an Polen zu drängen.“

Es ist bereits im Kapitel über den Handelskrieg darauf hingewiesen worden, daß die wirtschaftsgeographische Lage, in der sich Ostpreußen gegenwärtig befindet, zu einer starken Bevorzugung der Handelsbeziehungen über Litauen zur Sowjetunion geführt hat, wofür die zitierten und gerade von polnischer Seite scharf befehdeten Transportsätze kennzeichnend sind. Der Ausbau des Königsberger Hafens, die Königsberger Messen, die direkte Luftverbindung Königsberg—Moskau stehen im Dienste dieser Beziehungen. Alles indessen, was das Reich in Verfolg seines Ostpreußenprogramms vom 28. April 1922, weiter auf Grund der „Ostpreußenhilfe“ 1928/29, schließlich durch die Osthilfe 1930/31 der Provinz an Subventionen zugeführt hat, kann zweierlei nicht hindern:

1. Daß infolge des Vorherrschens des Großgrundbesitzes die Nutznießung all dieser Subventionen nicht den notleidenden unteren Schichten, sondern vorwiegend dem Großgrundbesitz selbst zugute kommt, der infolge der vom Reich gezahlten Subventionen keinen Anlaß hat, seine Landwirtschaft auf Weizenbau, wo Boden und Klima es zulassen, und vor allem auf Viehwirtschaft umzustellen. Die Landarbeiterverhältnisse in Ostpreußen spotten jeder Beschreibung.

2. Daß Ostpreußen, soweit es wirtschaftlich von der Ausnutzung des Königsberger Hafens abhängig ist, durch die Konkurrenz des Ausbaus von Gdingen immer mehr in seiner Ostseegeltung ins Hintertreffen geraten muß, wobei auch nicht verschwiegen werden soll, daß die Stadt Königsberg im Schußkegel der Ferngeschütze der polnischen Küste liegt.

Literatur:

Bernier, Die Lebenshaltung, Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 145 deutschen Landarbeiterfamilien. Berlin 1931.

Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, hgg. vom Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Königsberg 1931, Sammelwerk.

Herrnstadt, Ein vermiedener Krieg. Berl. Tagebl. 28. 5. 32, 250.

Hoffmann, Volksabstimmung in Westpreußen am 11. 7. 20, Marienwerder 1920.

Höhn, Der ostpreußische Holzhandel nach dem Kriege, Jena 1925.

v. Mühlenfels, Ostpreußen, Danzig und der polnische Korridor, Schrift. d. Inst. f. ostdeutsche Wirtsch. in Königsberg, Königsberg i. Pr., 1930.

Ostpreußen. Volk u. Reich 1930, 229—324, Kartenwerk.

Worgitzki, Ostpreußen, Selbstbestimmungsrecht oder Gewalt? Berlin 1926.

***, Ostpreußens Abschnürung von der Weichsel, Marienwerder 1928.

34. Danzig

Im Rahmen der polnischen Ansprüche auf Danzig spielt eine nicht unerhebliche Rolle wiederum der Historizismus, im besonderen die Behauptung, daß der Name der Stadt slawischen Ursprungs sei und damit also ein Beweis für die Rechtsansprüche Polens auf dieses Gebiet begründe. Der polnische Name für Danzig ist Gdańsk. In frühen Urkunden tritt er, in der Zeit des Bischofs Adalbert, als Gyddanycz auf. Polnische Forscher schließen daraus, daß es sich hier um eine in den slawischen Sprachen häufige Bildung handele, die, von *ku dana*, bedeute: die Stadt am Wasser, entsprechend ähnlichen Bildungen in Dnjepr, Dnjestr. Rudnitzki in Posen behauptet allerdings, daß Gdynja (Gdingen) mit der Wurzel *Gud* von Goten zu tun habe und entsprechend auch der Ursprung des Wortes *Gdańsk* zu erklären sei. Es steht ja fest, daß das den Hafen Gdingen westlich begrenzende Oxhöft eine alte Wikingergründung ist, wie denn auch der skandinavische Name *Svann* im kaschubischen *Swian* bis 1400 vorkam, wovon *Swianowo* bei Karthaus seinen Namen haben dürfte.

Wenn auch diese Namensstudien keine eindeutige Erklärung gestatten, so dürfte jedenfalls feststehen, daß vor dem Einzug der Ordensritter das Gebiet von Danzig von Slawen bewohnt war. Ob diese Slawen Polen waren, ist mehr als zweifelhaft. Daß sie von den Ordensrittern in der damals üblichen Art ausgerottet wurden, steht auch nach deutschen Quellen fest. Am 14. November 1308 sollen, wie Löschin in seiner 1828 erschienenen Geschichte Danzigs bekundet (I S. 38), 10 000 Personen dem eindringenden Orden zum Opfer gefallen sein. Und Generalmajor Köhler schreibt in seiner Geschichte der Festung Danzig (I S. 20):

„Es liegt ein Stück mongolischer Kriegsführung in dem Verfahren des Ordens gegen die Städte Danzig und Dirschau. Dschingis-Chan verfuhr ebenso, da er nicht mit hinlänglichen Truppen versehen war, die er in den maßgebenden Städten hätte lassen können. Bei den geringen Kräften, über die der Orden gebot, blieb ihm nichts anderes übrig, als ebenso zu Werke zu gehen.“

Seit der Eroberung durch den Orden ist Danzig trotz der zeitweisen Zugehörigkeit zum polnischen Reich deutsches Kulturland geblieben. Als es 1454 zur polnischen Krone kam, behielt es als Privileg das Recht seiner deutschen Sprache, in der es mit dem Krakauer Hofe verkehrte, es behielt das Recht, eigene Soldaten zu halten und war nicht zum polnischen Heeresdienst verpflichtet, nahm auch nicht am polnischen Reichstag teil. Immerhin waren die Danziger damals, bevor das Nationale eine politische Funktion

der bürgerlichen Gesellschaft wurde, keineswegs so national wie sie es heute sind. Das polnische Wirtschaftsgebiet als Hinterland schien den Danziger Kaufleuten erheblich wichtiger als die strategischen Absichten des Königs von Preußen, und so widersetzte sich die Bevölkerung bei der zweiten Teilung Polens mit Waffengewalt dem Anschluß an Preußen. Friedrich Wilhelm II. betonte in seiner Deklaration vom 24. Februar 1793 ausdrücklich den feindlichen Charakter Danzigs (G. F. Martens, *Recueil des traités*, Göttingen, V, S. 444). Als in der napoleonischen Zeit Danzig durch einen „preußischen Korridor“ von seinem polnischen Hinterland getrennt war, bemühten sich die Danziger Kaufleute energisch darum, mit Polen wieder vereinigt zu werden. Am 8. Januar 1813 fuhren fünf Senatoren mit geheimer Instruktion als Abordnung der Freien Stadt zur kaiserlichen Regierung nach Paris und verlangten die Vereinigung mit Polen, sprachen sich jedenfalls gegen jede Rückkehr zu Preußen aus. Noch 1863 herrschte in Danzig starke Sympathie für Polen, worauf es zurückzuführen war, daß am 18. Februar 1863 Bismarck eine scharfe Rede gegen Polen hielt, „weil es Danzig zurückhaben“ wolle (Reden II S. 75). Die Danziger waren, wie Filipowicz mitteilt, gegen jede antipolnische Politik Preußens. 1877 erhielt Danzig mit der Fertigstellung der Bahn über Marienburg—Mława die fersehnte Verbindung mit Warschau, und selbst der nationalistische deutsche Flugschriftenverfasser Hans Hübner schreibt:

„Seither verlor der Flußweg der Weichsel seine Bedeutung, der schon durch die schlechte russische Wirtschaft aufs äußerste erschwert war. 1883 kam die letzte Getreideladung auf dem Wasserwege in Danzig an“ (S. 12).

Trotz dieser ökonomischen Bindung an das polnische Gebiet war Danzig im Bereich des deutschen Kulturlebens im Laufe der Jahrhunderte stets ein hervorragender Posten. Persönlichkeiten, wie der Astronom Hewelius, die Künstler Schlüter und Chodowiecki, der Physiker Fahrenheit, Schopenhauer und die Dichter Trojan und Scheerbart bezeichnen den Rang Danzigs in der deutschen Kulturgeschichte. Insofern ergibt die berühmte polnische Rechnung, daß Danzig 650 Jahre polnisch und nur 148 deutsch war, ein völlig schiefes Bild.

Durch die 1919 und 1920 abgeschlossenen Verträge wurde Danzig, wie 100 Jahre zuvor, zwangsweise zum Freistaat erhoben. Im Artikel 100 des Versailler Vertrages verzichtete Deutschland auf alle Rechte. Artikel 102 und 103 erklärten die Freistadt als unter dem Schutz des Völkerbundes stehend; Artikel 104 umschrieb die Beziehungen zwischen Danzig und Polen,

woraufhin am 9. November 1920 durch Paderewski für Polen und den jetzigen Berliner Oberbürgermeister Sahm für Danzig die Konvention über diese Beziehungen unterzeichnet wurde. Am 24. Januar 1920 war die Stadt von den deutschen Truppen geräumt worden, am 15. November 1920 konstituierte sie sich als Freistadt gemäß den Verträgen.

Der Einfluß der Polen im Gebiet des Freistaates ist zahlenmäßig gering geblieben, ja von Wahl zu Wahl zurückgegangen:

Volkstagswahl 1920	6,1	v. H.	polnische Stimmen
Volkstagswahl 1923	4,4	"	"
Landtagswahl 1927	3,15	"	"

Die Kreistagswahlen 1931 in den drei Landkreisen ergaben 957 Polenstimmen bei 55 264 abgegebenen Stimmen überhaupt.

Die politischen Rechte Polens innerhalb des Gebietes der Freistadt dagegen sind sehr beträchtlich. Zunächst gehört Danzig zum polnischen Zollgebiet. Die Polen haben außerordentlich weitgehende Rechte im Hafen, Freibenutzung der Docks und Kais, die Verkehrsgewalt über Post und Telephon im Hafen, sowie die Weichselkontrolle, dann das Recht, am Hafenausbau mitzuwirken, das Recht auf ein Munitionslager am Hafenausgang, der sogenannten Westerplatte, und schließlich die diplomatische Vertretung Danzigs in auswärtigen Angelegenheiten. Die Jahre seit der Ablösung Danzigs vom Deutschen Reich haben die Konfliktstimmung zwischen den herrschenden deutschen Kreisen im Freistaat und der polnischen Regierung eigentlich ständig sich verschärfen lassen. Es ist ja auch nicht zu verkennen, daß Polen, als es im Frieden in Paris die politische Eingliederung Danzigs in seinen Staat nicht erreichte, damit notwendig auf die Linie gedrängt wurde, auf der es sich heute befindet: Das, was es vertragsgemäß gegen den englischen Widerspruch nicht erreichen konnte, nun durch wirtschaftspolitische Druckmittel allmählich zu erzwingen. Im Vertrag ist Polen „zur Ausnutzung des Danziger Hafens“ verpflichtet worden, ja, diese Schaffung eines Hafenausgangs zur Ostsee war der wesentlichste politische Grund dafür, die deutsche Stadt Danzig in das polnische Zollgebiet einzugliedern und Polen die erwähnten Rechte im Gebiete des Freistaates zuzubilligen. Es wird also formell zweifellos mit Recht von Danzig und vom Deutschen Reich betont, daß die Schaffung eines eigenen polnischen Hafens, nämlich des Hafens von Gdynia (Gdingen), 20 km westlich der Danziger Hafeneinfahrt, einem Bruch des Vertrages gleichkommt. Diesen Hafen zu bauen, beschloß der polnische Reichstag im Herbst 1923; man hatte in Polen nicht vergessen, daß Danzig im polnisch-russischen Kriege 1920 neutral geblieben

Bild 60
Seite 225

war, und daß die Danziger Arbeiter Waffeneinfuhr für Polen und somit die „Vollausnutzung“ des Hafens verhindert hatten! Verwirklicht wurde der Beschluß durch Bildung eines Konsortiums, vorwiegend französischer Firmen, und es ist natürlich eine auf Unkenntnis des Westens spekulierende Naivität des Herrn Smogorzewski, wenn er in seinem Korridorbuch (S. 62) erklärt: „Gdingen ist nicht bestimmt, Danzig Konkurrenz zu machen“. Zahlenmäßig sieht die Sache folgendermaßen aus: Danzig hat zweifellos durch die Erhebung zum Hafen des polnischen Hinterlandes gegenüber den anderen Ostseehäfen erheblich gewonnen, und das ist auch der Gesichtspunkt, den die Polen immer und immer wieder dafür anführen, um zu beweisen, daß Danzigs Interesse durch Polen loyal verwaltet wird. Indessen ändert sich diese Situation prozentual zuungunsten Danzigs mit dem Ausbau des Hafens von Gdingen, der seit 1926 in steigendem Maße für polnische Ausfuhr benutzt wurde und im Rahmen des strategischen, von Frankreich stark beeinflussten Planes der sogenannten Kohlenbahn Gdingen—Kattowitz eine ganz entscheidende Rolle zu spielen begann.

	Einlaufende Schiffstonnage (in 1000 N. R.).					
	1931	1930	1929	1928	1927	1913
Danzig	4061	4143	3892	4073	3900	931
Stettin	1829	2471	2332	2305	1931	2715
Königsberg . .		758	715	704	599	646
Gdingen	2649	2030	1380	983	423	

	Anteil Danzigs und Gdingens am Gesamtverkehr					
	1931	1930	1929	1928	1927	1926
Danzig	60,5	67,1	73,8	80,5	90,2	94,3
Gdingen	39,5	32,9	26,2	19,5	9,8	5,7

Die Auffassung, die Steinert 1930 im Weltwirtschaftlichen Archiv vertrat, dürfte also für jeden etwas Einsichtigen nicht weiter überraschend sein, „daß heute im Wettbewerb der deutschen Ostseehäfen weniger die natürliche Lage und die vorhandenen Verkehrsbeziehungen entscheidend sind, sondern staatliche Maßnahmen den Ausschlag geben“ (S. 617). Das gilt auch für Danzig und Gdingen. Die Wirtschaftslage der Stadt Danzig ist, angesichts der Tatsache, daß sie zwar dem polnischen Zollgebiet, nicht aber dem polnischen Staatsgebiet angehört, unter dem Ein-

fluß der Wirtschaftskrise einerseits, der zwiespältigen Haltung Polens ihrem Wirtschaftsleben gegenüber andererseits, nahezu hoffnungslos. Die Industrie liegt darnieder, die Werften bauen einige kleine Schiffe für die Regierung der Philippinen und haben einige Flußdampferaufträge von der UdSSR. Die Landwirtschaft im Freistaat hat ihre Zahlungen praktisch eingestellt, so daß auch die Produktion der Landmaschinen zum Erliegen kommt. Die Zolleinnahmen blieben erheblich unter dem Ansatz für 1931 zurück, die Gelder für die Erwerbslosen mußten um 55 v. H. gegenüber dem Etat vermehrt werden. Daß eine derartige Krise die politische Nervosität auf beiden Seiten erhöht, ist begreiflich, und so lagen denn Ende 1931 dem Völkerbund bzw. dem Hohen Kommissar nicht weniger als 22 Streitfälle zur Begutachtung vor. Die etwa erzielbaren Entscheidungen stehen indessen meistens auf dem Papier, zweifellos dann, wenn sie für Danzig günstig auslaufen, wie z. B. die Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 27. Oktober 1931, daß Polen zur „vollen Ausnutzung“ des Danziger Hafens verpflichtet sei.

Gemäß dieser zwiespältigen Lage, in der sich Danzig durch seine Zollunion mit Polen und durch seine kulturelle Union mit Deutschland befindet, ist unter den gegenwärtigen Voraussetzungen eine Befriedung des Verhältnisses kaum zu erwarten. Daß der Hafen von Gdingen, diesem Ort, der von einem Fischerdorf von 400 Einwohnern (1925) zu einer Stadt von 32 000 Einwohnern (1932, Mitteilung auf der Weltwirtschaftskonferenz, Berlin 1932) angewachsen ist, die Besorgnis der Danziger nationalen Kreise ständig vermehrt, ist selbstverständlich, daß antipolnische Geiztheit der Danziger Presse wiederum keine Sympathie in Polen findet, ist ebenso selbstverständlich. Unter den Voraussetzungen einer solchen Spannung, die, da Danzig der schwächere Teil in diesem Kampfe ist, nur gegen die deutsche Stadt ausschlagen kann, finden die Polen notwendigerweise die Möglichkeit, ihre unter französischem Einfluß gefestigten, rein politischen Gesichtspunkte zum Ausbau ihres eigenen Hafens psychologisch zu begründen.

Gdynia hat heute bereits drei Hafenbecken, einen Vorhafen und den Hafenkanal von 8 bis 12 m Tiefe; — 629 ha fertiges Baugelände; 2430 lfd. m Wellenbrecher; 10 925 lfd. m Kaimauer auf Eisenbeton-Kaissons; — 85 km Hafengleise; — 15 km Straßen und Wege im Hafen; — 48 Kräne; drei Umschlagvorrichtungen für Kohle, eine Kipperkatzenbrücke und zwei gewöhnliche Kipper mit Gurtbändern; — 18 Lagerhäuser und Hafenschuppen. Der

Bild 59
Seite 225

Hafen besitzt die zweitgrößte Kühlhalle der Welt, ein Getreidesilo für 5000 t, eine Schiffswerft mit einem 3000 t Schwimmdock; eine eigene Wasserleitung, ein Reserveelektrizitätswerk, eine Hafenfeuerwehr, eine eigene Fernsprechanlage usw. Für die polnische Privatwirtschaft ist von erheblicher Bedeutung die 1927 erbaute Reismühle mit einer Verarbeitungsmöglichkeit von 100 000 t Rohreis, und die Oelmühle mit einem Silo von 6500 t und einer Verarbeitungsmöglichkeit bis zu 80 000 t. Die privatwirtschaftliche Bedeutung Gdynias wird gekennzeichnet durch die zahlreichen Bankniederlassungen, sowie konsularische Vertretungen von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Norwegen und Schweden.

Diese privatwirtschaftliche Bedeutung wird indessen durch die militärisch-strategische für Polen bei weitem überwogen, worauf in Kap. 36 des näheren eingegangen wird.

Literatur

Albert, Wachsende Konkurrenz Gdingens gegen Danzig, Material z. Problem Danzig. Danzig 1930.

Askenazy, Dantzig et la Pologne. Paris 1919.

Bagiński, Zagadnienie dostępu Polski do morza. Warszawa 1927 (Kap. XII).

Danzig, Eingabe der Regierung an den Völkerbundkommissar Gravina, 9. 5. 30, Pressestelle des Senats. Vergl. Ztsch. f. Geopol, 1931, 667 ff.

Filipowicz, Confident. Corresp. of the Brit. Government respecting the Insurrection in Poland. Londres 1914, Doc. 138.

Harder, Danzig, Polen und der Völkerbund. Berlin 1928.

Herrnstadt, Was geht in Danzig vor? Berl. Tagebl. 16. 5. 31, 227.

Keyser, Der Kampf um die Weichsel. Berlin 1926.

Köhler, Geschichte der Festung Danzig. Danzig 1893.

Makowski, La situation juridique du territoire de la Ville libre de Dantzig. Paris 1925.

Slawski, L'accès de la Pologne à la mer. Paris 1925.

Steinert, Der polnische Hafen Gdingen als Wettbewerbsfaktor in der Ostseeschifffahrt. Weltwirtsch. Archiv XXXI, 1930 I 591 ff. Vergl. Entgegnung dazu XXXIII 1931 I 628 ff.

Trampler, Polens Zugang zum Meer, Korridor oder Freihafen? Berl. Börs.-Kur. 27. 9. 31, 451.

Wagner, Danzig und der Korridor. Berlin 1925, in „Der poln. Korr.“. Wirtschaftsdienst, über Danzig, 1931 Nr. XVII, 12. Februar 1932 S. 191.

35. Oberschlesien (O.-S.)

Neben dem „Korridorproblem“ ist zweifellos das bedrohlichste Spannungsfeld deutsch-polnischer Beziehungen durch die oberschlesische Frage gekennzeichnet. Der deutsche Standpunkt läuft im großen ganzen nach wie vor darauf hinaus, daß Oberschlesien widerrechtlich geteilt worden sei. Indessen sah der erste Entwurf des Versailler Vertrages vom Mai 1919 vor, daß Oberschlesien ohne Abstimmung in ganzem Umfange an Polen kommen sollte; die Tatsache, daß eine Abstimmung im Gebiet überhaupt zugelassen worden ist, stellt also zweifellos einen der ganz wenigen Erfolge deutscher Diplomatie in der Zeit der Friedensverhandlungen dar.

Im endgültigen, im Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag, war laut Artikel 88 eine Volksabstimmung für Oberschlesien vorgesehen. Bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrages (10. Januar 1920) indessen brach im September 1919 der erste polnische Aufstand aus, dessen Seele der katholische Polenführer Korfanty war. Die Absicht, vollendete Tatsachen zu schaffen und damit einen bei einer Abstimmung zu befürchtenden Gebietsverlust zu vermeiden, mißlang den Polen in diesem Falle völlig. Freiwillige Verbände der alten deutschen Armee schlugen den Aufstand nieder, und am 11. Februar 1920 übernahm die Internationale Kommission die Verwaltung des Landes aus der Hand der deutschen Behörden mit dem Auftrage, dafür zu sorgen, daß ordnungsgemäße Verhältnisse während der Abstimmung und bis zur Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit bestehen blieben. Indessen zeigte sich bei der Handhabung der Geschäfte durch den Vorsitzenden der Abstimmungskommission, den französischen General Le Rond, daß Frankreich unter dem Deckmantel der Neutralität von vornherein unverkennbar seine eigenen politischen Ziele in Oberschlesien verfolgte; Le Rond sollte die Geschehnisse so beeinflussen, daß das Land nach Möglichkeit Polen zufiel und damit nicht nur eine produktionstechnische Stärkung des neuen französischen Vasallenstaates, sondern auch die Möglichkeit eines unter französischer Leitung stehenden Ausbaus der osteuropäischen Waffenbasis gesichert würde.

So konnte der zweite Polenaufstand im August 1920 unter französischer Duldung einen sehr erheblichen Umfang annehmen. Es kam zu schweren Konflikten der französischen mit den englischen und italienischen Mitgliedern der Abstimmungskommission, da General Le Rond jede politische Propaganda zwecks „Beruhigung des Landes“ untersagte, in Wahrheit aber nur die deutsche unterdrückte und die polnische nicht sah. Italienische

Besatzungstruppen traten zur Erhaltung der Neutralität den polnischen Aufständischen entgegen; 22 italienische Soldaten fielen in diesem Kampfe.

Die polnische Aufstands- und Propagandaleitung bediente sich in hohem Maße der religiösen Agitation

„in dem Sinne: polnisch ist katholisch und deutsch ist evangelisch, der liebe Gott und die Mutter Gottes verstünden nur polnisch; wer deutsch stimme, verrate die Kirche. Ein großer Teil der Geistlichkeit Oberschlesiens schloß sich zwecks polnischer Propaganda zu der Sektion des Pfarrers Kapitza zusammen“ (Loesch S. 395).

Am 20. März 1921 fand endlich die durch den Vertrag vorgesehene Abstimmung statt. Sie ergab bei einer Gesamtziffer von 1 213 164 Stimmen 707 554 für Deutschland und 478 820 für Polen. Polnische Mehrheiten hatten nur die vorwiegend agrarischen Kreise Pleß (Pszczyna), Rybnik und Tarnowitz (Tarnowskie Góry); vor allem hatten die Stadtgemeinden in überwiegendem Maße deutsche Stimmen abgegeben.

Die deutsche Politik betonte verständlicherweise nach diesem Abstimmungsergebnis, daß die Mehrheit für Verbleiben bei Deutschland entschieden habe und also von einer Teilung des Landes keine Rede sein dürfe. Außerdem handele es sich auch um ein so eng verflochtenes Industrie- und Verkehrsgebiet, daß jede Teilung die Lebensfähigkeit des Landes auf das schwerste beeinträchtigen müsse. Die Diplomatie in Paris war einschließlich der englischen Mitglieder für eine Teilung, jedoch begannen sich maßgebende Kräfte für eine Zuteilung nur des Kreises Pleß und der südlichen Gegenden des Kreises Rybnik an Polen auszusprechen. Damit wäre die Schwerindustrie, auf die es Polen und Frankreich ankommen mußte, dem neuen Staat verlorengegangen. Vermutlich nicht ohne geheime Instruktionen von französischer Seite, brach am 8. Mai 1921 der dritte Korfanty-Aufstand aus, der durch General Le Rond offen gefördert wurde. Als Freiwillige des „Deutschen Selbstschutzes“ erfolgreich gegen die polnischen Insurgenten vorzugehen begannen und mit der Erstürmung des Annaberges bei Cosel eine entscheidende strategische Position gewannen, griff Le Rond wiederum zugunsten der Polen ein und verhinderte weiteren Einflußgewinn der deutschen Streitkräfte.

Mittlerweile gingen die Verhandlungen in Paris weiter. Es gelang den französischen Diplomaten schließlich, von England die Zustimmung zur Ueberweisung der gesamten Frage an den Völkerbund zu erreichen. Am 12. Oktober 1922 erfolgte ein Beschluß auf Teilung des Landes, und am 20. Oktober des gleichen Jahres wurde die Entscheidung der Botschafterkonferenz durch Aristide

Briand dem deutschen Botschafter in Paris überreicht. In dieser Entscheidung war die Schaffung eines deutsch-polnischen Abkommens über die Regelung der Verhältnisse des Landes während einer Uebergangszeit von 15 Jahren vorgesehen. Diese Periode, die mit der Uebernahme der Verwaltung des abgetretenen Gebietes durch Polen, also vom 16. Juni 1922 zu laufen beginnt, rechnet demnach bis 1937. Bis dahin besitzt das von Deutschland abgetretene Gebiet eine relative Autonomie im Rahmen der RP.

Die Teilung selbst führte dazu, daß 3213 qkm mit 985 076 Einwohnern an Polen fielen, während 9703 qkm mit 1 129 072 Einwohnern bei Deutschland blieben. Das Schwergewicht der großen Industriewerke indessen fiel an Polen. Seit der Grenzziehung überschneidet der wahrscheinliche Beckenrand der oberschlesischen Kohlenvorkommen die deutsche Grenze nur unerheblich, während der größte Teil dieser Vorkommen mit der Mehrzahl der Gruben (48,83 von 75,5 Milliarden t abbaufähigen Materials) zu Polen gekommen ist. Von den Vorkommen an Zink- und Bleierzen erhielt Polen 9 Millionen von 20 Millionen t, an Eisenerzen etwa 5 Millionen von 17,8 Millionen t. Sehr viel ungünstiger für Deutschland liegt die Sache allerdings, wenn man die zur Zeit der Abstimmung betriebenen Werke ins Auge faßt. Von ihnen erhielt im Eisenbergbau Polen 96,6 v. H., in der Zinkerzförderung 81,9 v. H., sämtliche Rohzinkhütten und die beiden vorhandenen Bleihütten (Aubin 420). Es wurden im einzelnen polnisch:

von 67 Steinkohlengruben	53
„ 15 Zink- und Bleigruben	10
„ 14 Stahl- und Walzwerken	9
„ 8 Hochofenwerken	5
„ 37 Hochöfen	22

Der Verkehr über die neue Grenze, deren Länge 95 km beträgt, ist nach dem unter Leitung des Schweizer Delegierten und Vorsitzenden der Internationalen Kommission für Oberschlesien, Calonder, benannten deutsch-polnischen Abkommen für deutsche wie für polnische Oberschlesier erleichtert. Immerhin bedeuten 61 Zollübergangsstellen auf einer 95 km-Grenze eine erhebliche Erschwerung, zumal wenn man bedenkt, daß durch die Teilung 45 Straßen, 15 Reichsbahnstrecken, 9 Schmalspurlinien und 7 Straßenbahnlinien durchschnitten wurden, z. T. so, daß die Gleise auf der einen Seite der Grenze aufhören, dann beseitigt sind und jenseits eines Gitters, auf der anderen Seite der Grenze, wieder beginnen.

Bild 61
Seite 240

Die Entwicklung, die das Land unter den neugeschaffenen Voraussetzungen seither genommen hat, ist keineswegs geeignet, die seinerzeit erzwungene Zerreißung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes zu rechtfertigen. Zwar sind die Versuche, die von deutscher Seite gemacht wurden, die polnisch gewordene Industrie durch Boykott zu schädigen und damit die Lebensunfähigkeit des polnischen Teiles zu zeigen, mißlungen. Im Gegenteil, diese Versuche begünstigten eine provozierte Entwicklung der auf sich gestellten polnischen Industrie, so daß die „Frankfurter Zeitung“ am 14. Juni 1925 erklären mußte, die „polnische Wirtschaft“ sei nicht daran kaputtgegangen, und am 25. Oktober 1926 den Abbruch des ökonomischen Krieges forderte. Die Feststellung, daß die betrübliche Entwicklung des Gebietes seit der Teilung das Urteil von Kries rechtfertigt: „Die Entwicklung der Lage in O.-S. bleibt ein Musterbeispiel für eine politische Bilanzverschleierung großen Stils“, ist keineswegs im Sinne einer Rechtfertigung deutschnationaler Revisionsansprche zu verstehen. Vielmehr geht es der breiten Masse der oberschlesischen Bevölkerung auf polnischer Seite schlecht und auf deutscher Seite nicht viel besser. Gewiß hat das Calonder-Abkommen mit den immerhin bis 1937 geltenden beiderseitigen Zugeständnissen einen Teil der durch die Zerreißung des Gebietes hervorgerufenen Hrten mildern können. Nicht verhindern konnte es die Verschärfung der politischen Verhältnisse durch nationale Prestigercksichten des beiderseits regierenden deutschen bzw. polnischen Bürgertums. Und so spielen in diesem Gebiet die gegenseitigen Vorwürfe, da auf geringeren Raum zusammengedrängt, eine vielleicht noch größere und belastendere Rolle als in dem übrigen deutsch-polnischen Reibungsgebiet. Interessant bei diesen Reibungen ist, daß die „nationale Stellungnahme“ offensichtlich von beiden Seiten vielfach nur als Kulisse für das jeweils deutsche oder polnische Hinterland gedacht ist. Der gegenwärtige Wojewode in Kattowitz, Graszynski, ein ergebener Mitarbeiter Pilsudzkis, findet mit seiner polnischen Zentralisierungspolitik keineswegs die Zustimmung aller polnischen Kreise Oberschlesiens und steht insbesondere in schärfstem Gegensatz zu der Richtung des Mannes, dessen Energie im Grunde O.-S. für Polen erobert hat, zu Korfanty.

Die einheimischen polnischen Kreise dieses Gebietes legen auf ihre durch das Calonder-Abkommen begründete Autonomie außerordentlichen Wert und sehen keineswegs ganz ohne Sorgen dem Ablaufen dieses Abkommens entgegen. Die westliche Kulturhhe Oberschlesiens gegenüber den weitaus weniger entwickelten Gebieten des ehemaligen Kongreßpolen und Galizien ist ja auch

zu offensichtlich, als daß sie nicht in der Ideologie der führenden Kreise eine entscheidende Rolle spielen sollte. Andererseits sind auch die nationalen Beteuerungen der deutschen Führer im deutschgebliebenen Teil keineswegs immer so ernst zu nehmen, wie sie vorgetragen werden. In der Sitzung des Preußischen Landtags vom 16. März 1932 wurde ohne Widerspruch mitgeteilt, daß ober-schlesische Industrielle ihre deutschen Betriebe stillgelegt, und 36 Millionen Mark, die sie als Staatssubvention von Preußen erhalten hatten, in ihre Betriebe in Polnisch-Oberschlesien gesteckt haben. Was, nebenbei gesagt, nicht hindern kann, daß die polnische Gesamtkrise für Ostoberschlesien eine ganz außerordentlich bedrohliche Lage geschaffen hat. So entfallen etwa aus dem 7 Millionen Złoty betragenden Budget der Stadt Königshütte (Królewska Huta) über 2½ Millionen auf die soziale Fürsorge. Die 80 000 Einwohner zählende Stadt hat 10 000 Arbeitslose und zahlt monatlich 200 000 Złoty an Arbeitslosenunterstützung (April 1932). Das ist für Polen um so bedeutungsvoller, als die Wojewodschaft Schlesien der beste Steuerzahler der Republik Polen war, und daher alles darauf ankam, den schlesischen Export zu steigern — dieser Zusammenhang dient ja zur wirtschaftlichen Rechtfertigung der an sich vorwiegend strategischen „Kohlenbahn“ Kattowitz—Gdingen. Aber der Export und der etwaige damit verbundene Devisengewinn hängt eben vom Funktionieren der ober-schlesischen Industrie ab, und seit die Aufträge für die Sowjet-Union fortgefallen sind und das Sinken des englischen Pfundes den englischen Export, vor allem auf den skandinavischen Märkten, wieder konkurrenzfähig gemacht hat, außerdem der Absatz an Kohle und Eisen im eigenen Lande infolge des Umsichgreifens der Krise ständig fällt, befindet sich die Regierung in einer schwierigen Lage. Subventionen, die von Warschau aus angeboten wurden, hinderten, genau wie in der deutschen Schwerindustrie, die Inhaber der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt in den ober-schlesischen Werken nicht, am 1. Februar 1932 eine Lohnsenkung im Bergbau um 21 v. H., in den Hüttenwerken um 25 v. H. zu verkünden. Obschon die stark den Weisungen der Katholischen Volkspartei Korfantys folgende, an sich also willige Arbeiterschaft im allgemeinen als recht friedlich betrachtet werden konnte, liefen die Dinge diesmal anders als bisher: Die Wut der in ihren primitivsten Lebensinteressen bedrohten Arbeiter, höchst gleichgültig, ob deutscher oder polnischer Sprachangehöriger, richtete sich nicht nur gegen die Betriebsleitungen, sondern auch gegen die verschiedenen Gewerkschaftsverbände, und selbst die sozialdemokratischen Gewerkschaften konnten einen Rest von

Autorität sich nur dadurch retten, daß sie den Streik erklärten. Der Streik im benachbarten, ehemals kongreßpolnischen Revier von Dombrowa nahm allerdings viel radikalere Formen an, als die Sozialdemokraten in O.-S. befürworten wollten. Aus der Zwierspältigkeit der Führung ergab sich der Zusammenbruch des Streiks, was, bei dem sich auch dort immer mehr zuspitzenden Gegensatz zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Betriebsarbeitern sowie kommunistisch organisierten Arbeitslosen, zwangsläufig dazu führte, daß die Autorität der sozialdemokratischen Verbände nicht gerade wuchs. Das Proletariat in Polnisch-Oberschlesien beginnt, wenn es auch zu einem Teil mindestens noch stark unter dem Einfluß der katholischen Korfantypartei steht, allmählich mehr und mehr zu begreifen, daß es bei dem Streit um O.-S. weniger um die Nation, als um Kohle, Eisen und Macht der bürgerlichen Herrenklasse geht. Und ähnlich liegt es in dem in seinem Kulturstandard hinter dem übrigen Deutschland weit zurückstehenden deutschen Oberschlesien, wie aus den von der Provinzialverwaltung von Oberschlesien und dem ober-schlesischen Verkehrsverband in Ratibor herausgegebenen Werbeschriften klar hervorgeht. Hier wird offen ausgesprochen und natürlich auf die Notlage infolge des Versailler Diktates zurückgeführt, daß es zu wenig Blindenheime, zu wenig Altersheime, zu wenig Krankenanstalten, zu wenig Heilstätten, zu wenig Jugendheime, zu wenig Volksbildungseinrichtungen in Oberschlesien gäbe, daß überhaupt die kulturellen Einrichtungen Oberschlesiens in einem geradezu hoffnungslosen Rückstande gegenüber dem Reiche sich befinden. Schriften, wie „Oberschlesien, das Land unterm Kreuz“, werden jedem Interessenten vom Verkehrsamt Ratibor kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie sind überaus lehrreich, bedürfen allerdings in einem Punkte einer Ergänzung. Die Notlage in O.-S. hat keineswegs gehindert, angeblich als Werbung für die deutsche Kultur, in die verräucherten, schmutzigen Bergarbeiterstädte prunkvolle Monumentalgebäude hinzusetzen, wie z. B. das halbleerstehende „Haus Oberschlesien“ in Gleiwitz, für dessen Bau Hunderttausende zwecklos verausgabt wurden, wie den Wolkenkratzerpalast der Sparkasse in Beuthen, den Admiralspalast in Hindenburg, die riesigen Polizeiuunterkünfte in den größeren Städten.

Diese propagandistischen Leistungen überwiegen zweifellos auch im äußeren Bilde des Landes das, was zum Kampf gegen die Not geschah. Es ist daher zu verstehen, daß die Stimmung der Bevölkerung bei der Feier der zehnjährigen Wiederkehr jener für Deutschland siegreichen Abstimmung (März 1931) keineswegs

ungeteilt freudig war. Ich sah in jenen Tagen in ober-schlesischen Städten erregt diskutierende Gruppen vor den Maueranschlügen der kommunistischen Partei, in denen betont wurde, daß weder die Regierung Hindenburgs diesseits, noch die Regierung Pilsudzkis jenseits der Grenze den werktätigen Massen soziale Erleichterung verschafft habe. Regierungs- und Kirchenbauten beiderseits der störenden Grenze, Wohnungsnot und niedrigste Lebenshaltung ebenfalls beiderseits der Grenze seien die Kennzeichen Oberschlesiens; nicht ob deutsch, ob polnisch sei die entscheidende Frage, sondern ob für das Bestehende oder ob für Aenderung des Bestehenden.

So drängte sich gerade in jenen Tagen festlichen Anstrichs, aber politischer Hochspannung dem Besucher des Landes der Eindruck auf, daß die Verhältnisse diesseits und jenseits der ober-schlesischen Grenze nur die Lage diesseits und jenseits aller in den Verträgen von 1919 geschaffenen Grenzen widerspiegeln. Daß also eine Lösung der ober-schlesischen Frage schwerlich von einer Verlängerung des Calonder-Abkommens, nicht einmal von einer Bereinigung des deutsch-polnischen Zwistes in seiner Gesamtheit zu erwarten sei, sondern daß über Oberschlesien die Entwicklung der politischen Gesamtlage Europas entscheiden werde, in deren Kräftespiel dieses Gebiet allerdings einen besonders wichtigen Bezirk darstellt.

Literatur:

- Aubin, Der deutsche Wirtschaftsraum von 1918 und seine Zerstörung. Volk und Reich 1931, 410 ff.
 Birkenwald, Die Arbeiter in der Großindustrie Oberschlesiens, Neue Zeit XI, 1892/93, 1, 568 ff.
 Birnbaum, Beim ober-schlesischen Wojewoden. Voss. Ztg. 30. 3. 29.
 Boehm, Die deutschen Grenzlande, Berlin 1930.
 Briand, Note über die ober-schles. Entscheidung, Reichstagsdrucksache 4345, Wahlper. 1920/22, S. 253.
 Bronnen, O.-S. (Oberschlesien), Berlin 1929.
 Calonder-Abkommen („deutsch-polnisches Abkommen über Oberschlesien“), Reichstagsdrucksache 4345, Berlin 1922.
 Deutsche Arbeit und Kultur in O.-S., Leipz. Illustr. Ztg. 3. 6. 20, Nr. 4014.
 Deutsches Grenzland O.-S., Literaturnachweis von Kaisig, Bellee, Vogt, Gleiwitz 1927.
 Gospodarcze bogactwo Polski, Katowice 1927.
 Graham, Silesia revisited 1929. London 1929.
 Greuel des Grenzschutzes während des Augustaufstandes, oder wie O.-S. „gesäubert“ wurde. Nikolai O.-S., Miarka 1920.
 Handbuch des ober-schles. Industriebezirks, Festschrift zum Allg. deutsch. Bergmannstag Breslau 1913, Band II, Kattowitz 1913.
 Handelskammer Breslau, Oberschlesiendenkschrift, Juni 1913.
 Herrstadt, Stille in O.-S., Berl. Tagebl. 18. 2. 32, 82,
 Hillen-Ziegfeld, Schlesien, Volk u. Reich 1931, 471 ff.

- Kaisig, Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in O.-S., Ostland 1912, 205, 1913, 254 ff., Lissa.
- Kaisig, Sprachmischung in O.-S., unter „Spektator“, Kattowitz 1909.
- Kaisig, Die polnische Sprache in O.-S., Oberschlesier 1920, Nr. 16.
- Katsch, Der oberschles. Selbstschutz im dritten Polenaufstand. Berlin-Leipzig 1921.
- v. Kries, Oberschlesien, Volk u. Reich 1931, S. 478 ff.
- v. Loesch, Schlesiens Lage und ihre Gefahren, ebenda 1926, 166 ff.
- v. Loesch, Wie die Ostgebiete des Reiches verloren gingen, ebenda 1931, 376 ff.
- Ludyga Laskowski, Materialy po historyi Pawstan G. Śląskich. 1919/1920.
- Martyrium der Deutschen in O.-S., Greuelthaten und Gewaltakte der Polen während des dritten Aufstandes in O.-S., Berlin 1921.
- Oberschlesien, das Land unterm Kreuz. Ratibor 1929.
- Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch, Osteur. Institut, Berlin 1925.
- Darin Göppert, Das deutsch-polnische Abkommen über O.-S., 171 ff.
- Rezawa, Polnisches und Oberschlesisches, Neue Zeit XII, 1893/94, 2, 13 ff.
- Schiedsgericht für O.-S., Amtl. Samml. der Entscheidungen, Berlin, laufend.
- Sontag, Die Franzosenherrschaft in O.-S., Berlin 1921.
- Stähler, Das oberschles. Revier, Berlin 1928 (mit guten Karten über die Bodenschätze und Besitzverhältnisse).
- Stephan, Der Beuthener Polenprozeß im Lichte der Wahrheit oder wahrheitsgetreue Enthüllungen... Königshütte-Berlin 1904.
- Weber, Die Polen in O.-S., Berlin 1914.
- Weinhold, Verbreitung und Herkunft der Deutschen in Schlesien, Stuttgart 1887.
- Weißbuch, Der wahre Wert des polnischen... „Violations du Traité de Paix par les Allemands en Haute-Silesie“, Berlin 1920.

Die internationalen Fragen

36. *RP und CSR im Militärsystem Frankreichs*

Der Gegensatz zwischen den polnischen Interessen, deren Durchsetzung an die Sicherung der Nord-Süd-Verbindung Gdingen—Kattowitz—Lemberg gebunden ist und den deutschen, die auf die Ost-West-Beziehung Berlin—Königsberg angewiesen sind, ist unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen nicht ausgleichbar. Befriedigt man den einen Interessenten, so verletzt man den anderen und umgekehrt.

Diese Unausgleichbarkeit besteht aber begreiflicherweise nur solange, als hinter dem einen wie dem anderen politischen Anspruch das Monopolbestreben eines nationalen Bürgertums steht. Die Eigenart dieser nationalen Gebundenheit sowohl der deutschen wie der polnischen bürgerlichen Politik zwingt die maßgebenden Kreise beider Länder zu Bündnissen, die niemand aus Zuneigung eingehen würde.

Das nationale Unbehagen auf deutscher Seite kommt sehr charakteristisch zum Ausdruck in der Schrift von Wilhelm von Kries über „Deutschland und der Korridor“:

„Der polnische Besitz des Korridors nötigt das Deutsche Reich zu einer gefährlichen und unnatürlichen, aber unvermeidlichen Verbindung mit Sowjetrußland“ (S. 62).

Den Polen aber wird bei jeder Verhandlung über die für sie so notwendige finanzielle Rücksicherung von den Beauftragten des großen Paten Frankreich zum Bewußtsein gebracht, für wie unsicher und wie wenig westeuropäischen Ansprüchen genügend man ihr wirtschaftliches Terrain ansieht.

Die Beziehungen, die sich aus der Ost-West-Richtung Deutschlands zur Sowjet-Union und aus der Nord-Süd-Richtung der polnischen Politik zu Frankreich ergeben, nötigen uns also, den

Fragenkreis der deutsch-polnischen Beziehungen zu erweitern. Und zwar gilt es dabei, die Stellung dieser deutsch-polnischen Spannung im Gesamtbilde der europäischen Politik zu erörtern.

Das französische Großbürgertum als europäische Vormacht und Nutznießer der Friedensverträge von 1919 verfolgt in seiner Europapolitik im wesentlichen zwei Ziele: erstens die Erhaltung des durch diese Friedensverträge geschaffenen Herrschaftssystems und zweitens die Organisierung eines politischen Kraftzentrums gegen die Sowjet-Union, die ja im Empfinden der französischen Bourgeoisie nach wie vor als ein Staatsgebilde erscheint, das mit vielen Milliarden französischer Hypotheken belastet ist. Bei der Schaffung dieser antisowjetistischen Europafront spielen die RP und ČSR eine entscheidende Rolle. Die ČSR deswegen, weil dieses stark industrialisierte Land mitteleuropäischer Vorposten der französischen Waffenindustrie ist; die RP aber aus leicht ersichtlichen geographischen Gründen: Sie ist das gegebene Aufmarschfeld gegen die Sowjetgrenzen im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Die RP ihrerseits sieht in ihrer Eingliederung in die französischen Europapläne eine Rücksicherung für ihre durch die deutschen Ansprüche bedrohten Westgrenzen und glaubt sich diese Sicherung durch stete Betonung der Tatsache erhalten zu können, daß Polen der Vorposten der europäischen Zivilisation gegen den Bolschewismus ist.

Der wahre Sinn der französischen Europapolitik, die Vormachtstellung des französischen Kapitals gegebenenfalls auch mit kriegerischen Mitteln zu sichern, wird begreiflicherweise der öffentlichen Meinung gegenüber mit den üblichen Beteuerungen verhüllt, die man aus den Reden der französischen Minister in Genf über die „Sicherungen des europäischen Friedens“ kennt. Diese „Sicherung des Friedens“ beruht auf einer Reihe von politischen Abkommen und militärischen Geheimverträgen, deren Endergebnis jener „Bund der Sechs“ ist, den die französischen Banken und der französische Waffenkonzern Schneider-Creuzot führen. Die Grundlage zu diesem Bunde wurde bereits 1919 durch den französisch-belgischen geheimen Militärvertrag gelegt, der später durch Uebereinkommen zwischen den Generalstäben der beiden Länder erweitert wurde. 1920 kam dann ein Vertrag zwischen Frankreich, Rumänien und der RP hinzu, „über die gemeinsamen Interessen in den Fragen der Verteidigung“. 1921 folgte der polnisch-rumänische Garantiepakt, der mehrfach erweitert und endgültig im Januar 1931 in Genf durch die Außenminister Zaleski und Mironescu unterzeichnet wurde.

1920/21 wurde die sogenannte kleine Entente zwischen der ČSR,

Jugoslawien und Rumänien zustande gebracht in Form von drei militärischen Schutzverträgen zwischen den drei beteiligten Staaten. 1925 folgte der Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der CSR. 1927 der Vertrag zwischen Frankreich und Jugoslawien.

Seither steht das Militär und die militärische Aufrüstungsindustrie der genannten sechs Länder Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien unter französischer Aufsicht; bei den Kriegsministerien der verbündeten Länder bestehen ständige französische Militärmissionen; der französische Generalstab sorgt für Vereinheitlichung aller strategischen Pläne der beteiligten Mächte, wofür die laufenden „Besuche“, in Wahrheit Inspektionsreisen, der französischen Generäle ein beredtes Zeugnis sind.

Der zahlenmäßige Stand der von diesem Militärsystem überwachten militärischen Kräfte ist begreiflicherweise aus den offiziellen Ziffern nicht vollständig ersichtlich. Unter Einbeziehung einiger notwendiger Korrekturen, die sich als zutreffend erweisen lassen durch den Vergleich der Angaben politisch ganz entgegengesetzter Militärkritiker (von deutschnationaler Seite etwa Loeffner, Volk und Reich 1931, 314 — von kommunistischer Seite Wolhynski, Inprekor., 19. Februar 1932, 421), sieht das französische Sicherungssystem gegenwärtig, im Frühjahr 1932, folgendermaßen aus:

Länder	Armee in Friedensstärke	Zahl der militärisch Geschulten	Zahl der Kampf- flugzeuge	
			1932	1923
Frankreich	724 300	4 260 000	2810	1542
Polen	290 000	2 000 000	1200	126
Rumänien	240 500	1 200 000	800	182
Tschechoslowakei . . .	138 600	1 200 000	600	228
Jugoslawien	184 400	1 875 000	500	90
Belgien	86 400	600 000	400	189
	1 664 200	11 125 000	6300	2357

In der Reserve der Kriegssaviation befinden sich gegenwärtig 100 v. H. der „aktiven Flugzeuge“ (Wolhynski). Die Bedeutung dieser Ziffer wird einigermaßen verständlich, wenn man weiß, daß der technische Ausbau des Flugzeugwesens dazu geführt hat, die Leistung der Maschinen folgendermaßen zu steigern:

Qualitative Entwicklung der Flugzeuge.

Aufklärer:	1914	1918	1923	1928	1930
Stärke (Pferdekraft)	100	300	400	600	1200
Geschwindigkeit (km p. Std.)	150	215	220	258	300
Aktionsradius (km)	240	660	900	1200	1200
Maximale Flughöhe (km)	2,5	5	6	8	8

Bombenflugzeuge:	1914	1918	1923	1928	1930
Stärke (Pferdekraft)	—	900	900	2000	6000
Gewicht der Bomben (kg)	—	500	600	1000	7500
Geschwindigkeit (km p. Std.)	—	154	165	196	230
Aktionsradius (km)	—	1000	1000	1200	2000
Maximale Flughöhe (km)	—	4,5	4,5	5,5	5,5
Zerstörer:					
Stärke (Pferdekraft)	—	300	400	600	1000
Geschwindigkeit (km p. Std.)	—	230	260	300	350
Notwendige Zeit z. Erhebung auf 5000 m Höhe (Min.)	—	22	16	10	8,5
Maximale Flughöhe (km)	—	6	7	9	10

Bild 64
Seite 241

In Verbindung mit der Gaskampftechnik erhellt ohne weiteres, was eine derartige Waffe im Falle kriegesischer Verwicklungen zu leisten vermag. Wenn man dazu berücksichtigt, daß allein die RP zurzeit über 400 Tanks und 100 Panzerwagen verfügt, so fragt man sich mit Recht, ob diese riesige Militärmacht wirklich „zur Sicherung des europäischen Friedens“, also zur Erhaltung der Friedensverträge von 1919, mit anderen Worten, als notwendiges Gegengewicht gegen die 100 000 Mann deutsche Reichswehr und die 30 000 Mann österreichisches Bundesheer gedacht sein kann, selbst dann, wenn man diese im Vergleich lächerlich geringe Waffenmacht der ehemaligen Mittelmächte durch rund 1 Million faschistischer Hilfstruppen ergänzt denkt.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Militärsystem einen realen Sinn nur als Mittel für eine Auseinandersetzung zwischen der Vormacht des kapitalistischen Europa mit der kommunistischen Sowjet-Union haben kann.

Solange es jedoch noch nicht so weit ist, dient der gesamte Sicherungsapparat in hervorragendem Maße zur Anlage und Vervielfältigung französischen Kapitals. Die außerordentliche Belastung der staatlichen Etats der am Bündnisystem beteiligten Mächte ist begreiflicherweise ohne französische Anleihen gar nicht erträglich.

Die Wehrausgaben betragen in

	P o l e n:		Prozentualer Anteil des Wehrhaushaltes am Staatshaushalt
	Gesamtetat in Millionen Złoty	Wehrhaushalt	
1929	2656,9	1016,6	38,2
1930	2914,4	1076,3	36,9
1931	2872,8	1062,3	36,9
	Č S R:		
	in Millionen Kč.		
1928	9534,3	1400	14,7
1929	9354,1	1400	18,3
1930	9293,2	1400	17,6

Jugoslawien:			Prozentualer Anteil des Wehrhaushaltes am Staatshaushalt
	Gesamtetat in Millionen Dinar	Wehrhaushalt	
1929	12 464,5	2549,0	20
1930	13 348,0	2522,9	19

Rumänien:			
	in Milliarden Lei		
1928	52	7,83	15
1929	54	7,93	14,7
1930	3745	9,09	24,5 (Wirsing 167.)

Es ist zu berücksichtigen, daß diese offiziellen Ziffern erfahrungsgemäß ergänzt werden durch eine Reihe von geheimen Fonds, so daß, wie mir aus glaubwürdigen Quellen in Polen mitgeteilt wurde, dort mit einer Aufwendung von etwa 50 v. H. der Gesamteinnahmen für Militärzwecke zu rechnen ist.

Die Kriegsindustrie wird, unter persönlicher Mitwirkung von Eugen Schneider, dem Leiter des Creuzot-Konzerns, durch zwei Großbanken finanziert, die den symbolischen Namen Union Européenne und Union Parisienne tragen. Sie arbeitet in der ČSR unter Vermittlung der Živnostenská Banka (Kramář) im wesentlichen durch die Ausstrahlungen des Škoda-Konzerns. Das Zentralwerk von Škoda befindet sich in Pilsen. Die Škodawerke, das frühere Zentrum der österreichischen Kriegsindustrie, beschäftigten im Jahre 1917, zur Zeit der kriegserischen Höchstleistung, 30 000 Arbeiter. Sie beschäftigten 1930, nach dem bereits erfolgten Einbruch der Weltkrise, 40 000 Arbeiter. Die Aktienmehrheit ist bereits 1919 von der Union Européenne übernommen worden. Die Werke gliedern sich heute in 16 Betriebe, zu denen die Automobilfabrik Laurin und Klement, die tschechoslowakische Luftfahrtgesellschaft und die bis 1924 dem Staate gehörenden Brünnener Waffenwerke gehören. Im ganzen beherrscht das französische Militär in der ČSR heute:

- 6 Geschütz- und Maschinengewehrfabriken,
- 5 Artillerieausrüstungsfabriken,
- 15 Patronen- und Geschosßfabriken,
- 6 Panzerautomobil- und Tankfabriken,
- 7 Flugzeugfabriken,
- 4 Flugzeugmotorenfabriken,
- 8 Schießpulver- und Sprengstofffabriken,
- 10 Fabriken für Giftgasabwehrmittel und Giftgaserzeugung.

In Rumänien hat Schneider-Creuzot im August 1931 die Schwerindustriebetriebe von Reschitza erworben, die die Grundlage der rumänischen Kriegsindustrie darstellen. Škoda besitzt die Mehrzahl der Aktien der Metallfabrik von Ploesti, sowie der rumäni-

schen Geschütz-, Maschinen-, Gewehr- und Panzerautomobilfabriken.

Die Kriagsindustrie Polens gruppiert sich um die Škoda-Zaklady, die polnische Niederlage des Creuzot-Konzerns, und umfaßt heute über 30 staatliche und 100 private Unternehmungen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg von 1923 bis 1931 von 21 000 auf 65 000. Immerhin kann diese Industrie nur etwa 25 bis 30 v. H. des polnischen Bedarfs befriedigen, so daß die Sicherung des polnischen Aufmarschgeländes im wesentlichen ein Verkehrsproblem ist.

Das ist der Grund dafür, daß Frankreich neben der Finanzierung des Betriebsausbaus sein Hauptaugenmerk auf die strategisch wichtigen Verbindungswege in den von ihm abhängigen Staaten richtet. In diesem Zusammenhang muß es gewertet werden, daß die RP auf der Halbinsel Westerplatte an der Danziger Hafeneinfahrt ein riesiges Munitionslager unterhält und daß der Hafen Gdingen die französische Materialeinfuhr von Norden wie der jugoslawische Freihafen in Saloniki den entsprechenden Antransport von Süden ermöglicht. Dem Ausbau einer einwandfrei funktionierenden Verbindungslinie dient die viel besprochene „Kohlenbahn“ von Gdingen über Bromberg—Posen nach Kattowitz, sowie der Ausbau der rumänischen Strecken auf der Linie Konstanza—Bukarest—Tschernowitz, die übergreift auf das polnisch-ukrainische Gebiet und über Lemberg—Tarnów—Krakau ihren Anschluß nach Polnisch-Oberschlesien findet. Daneben besteht eine ständige Luftverkehrslinie von Gdingen—Danzig über Warschau—Lemberg—Bukarest nach Saloniki, die am klarsten die Luftlinie einer vorläufig nur gedachten Aufmarschfront des französischen Militärsystems verdeutlicht. Der Ausbau des Lufthafens in Kraljevo für etwa 600 Flugzeuge und die Errichtung eines entsprechend großen Lufthafens in Kaschau in der Ostslowakei vervollständigen das Bild. Indessen scheint gerade dieses für eine kommende militärische Auseinandersetzung entscheidende Luftverkehrswesen noch keineswegs den Ansprüchen seiner Verteidiger zu genügen. Wenigstens ist es nicht anders zu verstehen, wenn im tschechischen Parlament erklärt wurde:

„Unsere Taktik muß das Schwergewicht von der Artillerie auf das Flugwesen verlegen. Es müssen Flugzeuge zur Zurücklegung großer Strecken gebaut werden. Es muß das Problem der Höhen- und Nachtflüge gelöst werden. Ich würde wünschen, daß unsere Fabriken, besonders Škoda, Flugzeuge bauen, die ganz aus Stahl wären.“

Dieses Bekenntnis stammt nicht etwa aus dem Munde des faschistischen Generals Gajda, sondern diese Rede hielt der Ab-

geordnete Srba, Mitglied der tschechischen sozialdemokratischen Partei. Daß der Abgeordnete Pik, Mitglied derselben Partei, im Aufsichtsrat der Škoda-Werke eine führende Rolle spielt, kann in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung sein.

Daß das französische Großbürgertum neben seinen politischen Interessen sehr wohl versteht, materiell seine Geschäfte zu machen, ja, daß vielleicht der Trieb zu diesen Geschäften sogar einen wesentlichen Anstoß zu gewissen militärisch-industriellen Unternehmen gibt, beweist am besten der Vertragsabschluß mit der RP über die Eisenbahn Gdingen—Kattowitz. Der Vertrag über diese Bahn, die von Schneider und der Banque des Pays du Nord finanziert wird, ist von der Regierung so eilig verabschiedet worden, daß in der entscheidenden Sitzung dem Parlament nicht einmal der Vertragstext vorgelegt worden war. Man hatte dazu vermutlich triftige Gründe. Die Bedingungen des Geschäftes sind nämlich folgende: Die französisch-polnische Gesellschaft für den Bahnbau, mit dem Sitz in Paris, verpflichtete sich, innerhalb von drei Jahren 1,1 Milliarde Franken aufzubringen; sie gab zu diesem Zweck in Paris Papiere zu einem Kurs von 94 und einem Zinssatz von $6\frac{1}{2}$ v. H. aus. Die polnische Regierung mußte sich verpflichten, die Garantie für den gesamten Zinsen- und Emissionsdienst, einschließlich Nebenspesen zu übernehmen, so daß die Kosten der Anleihe für Polen nominell 9,37 v. H. betragen. Die Verpachtung erfolgte bis zum Jahre 1975. Für den Fall, daß der Verkehr auf der Bahn die 9,37 v. H. nicht abwirft, hat also der polnische Staat für den Ausfall aufzukommen; außerdem muß er, um die transportierten Güter konkurrenzfähig zu erhalten, Frachtverbilligungen zugestehen, so daß eine Effektivverzinsung der Anleihe von 18—20 v. H. zustande kommt (Wirsing 191 und Hernstadt). Die polnische Regierung hat es als einen großen Gewinn gebucht, diese Anleihe zu diesen Bedingungen zu erhalten, und ist sie gegenüber der mit 9,44 v. H. Zinsen abgeschlossenen Zündholzsanleihe mit Kreuger in der Tat um 0,08 v. H. billiger erstanden. Hernstadt schreibt mit Recht darüber:

„Daß Polen an Sowjetrußland grenzt, ist in französischen Finanzkreisen schwerlich eine Empfehlung. Wie wenig es eine Empfehlung ist, geht aus dem unterschiedlichen Zinsfuß hervor, den die Pariser Banken von Prag und von Warschau fordern.“

Es sind, nebenbei gesagt, in Prag 5,5 v. H. gegenüber einem internationalen Satz von 3 bis 4 v. H.

Literatur:

Eichler, Polen, ein Volk in Waffen. Berlin 1929.

G. Die bewaffneten Kräfte des Imperialismus. Inprekor. 24. 7. 31, 1625 f. Graux, La Tchécoslovaquie économique, Paris 1930.

- Herrnstadt, Polens Turksib. Die Bedeutung der Bahnlinie Kattowitz-Gdingen. Berl. Tagebl. 5. 5. 31, 208.
 Rudolf, Die kriegsindustrielle Basis des Antisowjetkrieges. Inprekor. 21. 7. 31, 1593.
 Taylor, Finanzpolitik und Steuerpolitik der Republik Polen. Jena 1928.
 Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Jena 1932.
 Woker, Der chemische und bakteriologische Krieg. Menschenrechte VI, 25. 9. 31, 157 f.
 Wolhynski, Der Bund der Sechs. Inprekor. 19. 2. 32, 421 ff.

37. *RP und CSR und die europäische Krise*

Die Aktivierung dieses unerhört starken Militärkonzerns des französischen Imperialismus kann um so eher spruchreif werden, je mehr die Krise in den europäischen Staaten die Stabilität der bürgerlich-kapitalistischen Welt bedroht. Nun wirkt gewiß eine starke Gegentendenz gegen die Aktivierung des Militärapparates in dem Bestreben der kapitalistischen Staaten, durch Aufrechterhaltung des Handels und also der friedlichen Beziehungen mit der Sowjet-Union ihr Budget zu entlasten. Aber auch schon hierin liegt wieder ein Konfliktgrund insofern, als die bürgerliche Welt zwar in jedem Fall gern nach der Sowjet-Union einführt, dagegen höchst ungnädig berührt ist, wenn die Sowjet-Union zwecks Devisenbeschaffung auch ausführt. Das erregte Geschrei über das „sowjetistische Dumping“ ist zu bekannt, als daß hier darauf eingegangen werden müßte.

Notwendig dagegen ist es, sich einen Ueberblick über die Tiefe der europäischen Krise zu beschaffen, da, wie gesagt, von der Krisentiefe die Gefahr einer Aktivierung des militärischen Apparates abhängt. Nach den Daten des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, 1928 gleich 100 gesetzt, stellte sich der Index der industriellen Produktion folgendermaßen:

	Maximum 1929	November 1931	Rückgang in v. H.
Welt ohne Sowjet-Union	106,9 a)	70,8 b)	36,5
Vereinigte Staaten	113,5	64,9	43
Großbritannien	112	79,5 b)	29
Deutschland	108,4	63,8	42,7
Frankreich	113,7	90,6	20,2
Polen	106,8	68,9 b)	35,5

a) Jahresdurchschnitt 1929, b) Monat Oktober (Großbritannien, drittes Vierteljahr).

Die Erschütterung selbst der französischen Wirtschaft ist unverkennbar, wenn auch infolge der ungemein stark gesicherten Vormachtstellung noch nicht so fühlbar wie in den anderen Ländern. Die Schwierigkeiten des europäischen Kapitalismus zeigen sich am deutlichsten in der außerordentlichen Devisenunsicherheit, die durch die vielfachen Zwangsbewirtschaftungsgesetze für Devisen zu Handels- und Zahlungshemmungen geführt haben, die früher unvorstellbar gewesen wären. Man kann heute am Bahnhof in Wien keine Fahrkarte nach Prag kaufen, sondern nur zur Landesgrenze. Man bekommt in Preßburg unter den schwierigsten Voraussetzungen einige Pengö, die man haben muß, weil man eine Fahrkarte an der Bahn für Tschechokronen nur bis zur ungarischen Grenze lösen kann und in der Bahn kein Wechselkontor besteht usw. Ein zweiter Maßstab für die Kunstmittel, mit denen ein äußerlich halbwegs geordnet aussehendes Wirtschaftsleben aufrechterhalten werden soll, sind die Zollsätze, die gerade in den von Frankreich abhängigen Staaten eine außerordentliche Höhe erreichen. Sie betragen:

Weniger als 15 v. H. in Belgien, Holland, Dänemark,	
16—20 v. H. in Deutschland, Schweiz, Oesterreich, Schweden,	
21—30 v. H. in Italien, Frankreich,	
31—40 v. H. in Ungarn, Jugoslawien, ČSR,	
41—50 v. H. in Polen,	
Ueber 50 v. H. in Rumänien.	

(Kaskeline, Mittel-Europa-Probleme.)

Die Unsicherheit des kapitalistischen Wirtschaftslebens in den fraglichen Staaten ist, genau wie in Ostdeutschland, der Anlaß gewesen, in einem früher innerhalb der liberal-kapitalistischen Wirtschaft ungekannten Maße staatliche Unterstützungsmaßnahmen Platz greifen zu lassen. Dieser sogenannte Etatismus ist wohl am stärksten in Polen ausgeprägt, wo insbesondere die Monopolwirtschaft in Tabak, Branntwein, Salz, Zündhölzern, Sacharin und Lotterie etwa ein Drittel der Staatseinnahmen sichern muß. Auch hierbei ist ein Beispiel für die Einschätzung der unsicheren Wirtschaftslage im Osten bei den westlichen Gläubigern charakteristisch.

Im März 1924 wurde mit einer italienischen Gesellschaft ein Anleihevertrag über 20 Millionen Dollar abgeschlossen und als Sicherheit das gesamte Vermögen und die Einnahmen aus dem Tabakmonopol hypothekarisch verpfändet. Für den Fall eines bewaffneten Einfalls in Polen erhielt das italienische Konsortium „das Recht, auf dem Eigentum des Tabakmonopols die italienische Flagge zu hissen“ (Wirsing 183)!

Ist schon die Industriekrise derart bedrohlich, daß die etatistischen Maßnahmen der verschiedenen Regierungen vielfach einem völlig unkontrollierten Staatskapitalismus ähnlich sehen, so herrscht der Agrarkrise gegenüber im Durchschnitt völlige Ratlosigkeit. Der Massenruin unzähliger kleiner Landwirte ist durch den Preisfall, den landwirtschaftliche Produkte im Laufe der gegenwärtigen Krise auf die Hälfte und darunter erlitten, unwiderruflich besiegelt. Die Auseinandersetzung zwischen Bauer und Maschine steht in den europäischen und vornehmlich in den südosteuropäischen Staaten im Vordergrund der wirtschaftlichen Problematik, zumal ja die Anwendung des Traktors in den Ueberseeländern den Anlaß für den agrarischen Preisfall gegeben hat. Indessen hat die Selbstwehr der Bauern, die auf Veranlassung des Führers der tschedischen Agrarpartei Švehla eingeleitet wurde, bisher keinerlei praktisches Ergebnis gezeitigt. 1922 lud Švehla gemeinschaftlich mit Hodža, dem Gegenspieler Hlinkas in der Slowakei, und Metschir, gelegentlich der landwirtschaftlichen Ausstellung, den damaligen Ministerpräsidenten von Polen, Witos, und den bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulijski zusammen mit den Führern anderer slawischer Bauernparteien nach Prag ein. Es kam zur Gründung der sogenannten „Grünen Internationale“. Dem Statut des damals gegründeten internationalen Agrarbüros traten bis 1930 zwanzig Bauernparteien bei. In den Programmen, die sich gleich ablehnend gegen feudalen Grundbesitz und Sozialisierungstendenzen richten, kehrt beständig die Formulierung wieder: Keine Diktatur, keine Klassenherrschaft!, „obwohl gerade in der ČSR die Regierung der Bauernpartei oft sehr stark an Klassenherrschaft gemahnte. Eine schöpferische Idee konnte aus dieser Geistigkeit nicht entspringen“ (Wirsing 151).

Nicht nur dieser geistige Mangel war zu verzeichnen; es gelang auch in keiner Weise, etwas Nachhaltiges zur Erleichterung der Lage der bäuerlichen Schicht zu tun. Am überzeugendsten wurde dieses Versagen dargetan durch die Tatsache, daß das Militärregime Pilsudzkis den Führer der polnischen Bauern, Witos, mit den anderen Oppositionsführern in die Brester Kasematten verschleppen ließ (vgl. Kapitel 16). Auch die Einigung der drei polnischen Bauernparteien, die neuerdings vollzogen wurde, und ihr Bündnis mit der PPS. hat keinerlei Wirkung in der polnischen Politik auszulösen vermocht.

Das Versagen aller politischen Bemühungen um eine Lösung der Agrarkrise im europäischen Südostrraum legte, immer von neuem, der französischen Regierung nahe, darüber nachzudenken,

welche Mittel gegen eine, durch das Andauern der Agrarkrise unausbleibliche Radikalisierung der Bauernmassen anzuwenden seien. Die verschiedenen Bemühungen, die unter dem Namen Europäische Union oder Donablock usw. bekanntgeworden sind, waren das Ergebnis dieser Ueberlegungen. Der Briandsche Plan, der in der Denkschrift des französischen Außenministers vom 17. Mai 1930 den europäischen Großmächten vorgelegt wurde, hat bekanntlich freundliche Zustimmungen, aber in der Praxis keinerlei Bedeutung erlangt. Das Schicksal des deutsch-österreichischen Zollvertrages, der, wenn auch nicht gerade geschickt eingefädelt, so doch von der deutschen und österreichischen Regierung als realer Beginn einer Aufhebung der Zollschranken gedacht war, stieß begreiflicherweise auf den entschiedenen Widerstand der französischen Vormacht, und die seinerzeit in der französischen Kammer erfolgte Abstimmung gegen diesen Plan mit 470 gegen 0 Stimmen ist ein bezeichnender Kommentar zu den freundlichen Annäherungsreden, die gelegentlich der gegenseitigen Ministerbesuche zwischen deutschen und französischen Vertretern getauscht wurden. Ein einiges Europa, gewiß, aber nur unter französischer Führung, das ist der Sinn aller deutsch-französischen Verständigungsversuche, wenn man sie vom Standpunkt der Macht, nämlich von Paris aus, und nicht vom Standpunkt der Ohnmacht, nämlich von Berlin aus, sieht.

Frankreichs neuester Plan, gestützt auf seine militärische Position in den Vasallenstaaten, die neuerdings ja durch die Ablösung Ungarns aus der italienisch-englisch-bulgarischen Interessensphäre verstärkt worden ist, den ersehnten Donablock unter französischer Führung, aber unter Einbeziehung Österreichs zu schaffen, hat bekanntlich erneut zu erheblichen Schwierigkeiten geführt. Denn gewiß ist die Abhängigkeit der Vasallenstaaten von Paris finanziell und militärisch unwiderruflich. Deswegen aber werden die Versuche, wenigstens den Schein der Souveränität zu wahren, nicht aufhören, und sie kommen begreiflicherweise am stärksten in dem industriell gefestigten Staatswesen zum Ausdruck, in der ČSR. Die Rede, die der tschechische Außenminister Beneš am 22. März 1932 im Außenausschuß des Prager Parlaments über die Frage des Donauzusammenschlusses gehalten hat, war in mehrfacher Beziehung von Bedeutung. Die Tatsache, daß er die Notwendigkeit der Einbeziehung Deutschlands und Italiens in eine derartige Föderation der mittel- und südosteuropäischen Staaten als unumgänglich erklärte, ist eine Konzession an die wirtschaftliche Einsicht. Denn trotz aller finanziellen und in hohem Maße auch kulturpropagandistischen Bemühungen Frankreichs kann die

Wirtschaft der Nachkriegsstaaten doch die geographischen Beziehungen nicht ausschalten; sie aber führen dazu, daß eben etwa der Warenaustausch zwischen der ČSR und Polen einerseits, Deutschland und Oesterreich andererseits weitaus stärker ist, als es den französischen Geldgebern lieb sein kann und dem militärischen Aufbau des „Bundes der Sechs“ entspricht.

Diese geopolitisch bedingte Tatsache ist die einzige wesentliche Kraft, die dem Bestreben des französischen Bürgertums, Deutschland trotz aller seit Locarno gepflegten Redensarten, zu isolieren, entgegenwirkt. Die prozentuale Verteilung der Einfuhr gliedert sich nämlich wie folgt:

	Polen					
	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Deutschland	—	43,3	34,2	31,0	23,6	25,2
USA.	—	15,3	12,4	13,7	17,4	12,1
Großbritannien	—	8,1	7,5	7,9	10,4	9,2
Frankreich	—	3,8	4,9	5,9	7,4	7,5
Oesterreich	—	8,7	11,7	9,6	6,8	6,6
ČSR	—	4,8	5,7	5,5	5,0	5,6
	ČSR					
	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Deutschland	27,9	40,8	35,2	31,2	21,2	29,9
Oesterreich	7,8	6,6	7,9	7,4	7,4	7,1
Polen	2,6	3,7	4,6	7,0	7,2	5,7
Ungarn	5,4	3,5	5,6	6,4	6,7	5,4
USA	18,0	7,0	5,6	6,4	5,0	6,8
Italien	2,3	4,6	6,2	4,1	2,2	2,3

Die Konferenz der Internationalen Handelskammer in Innsbruck 1932 hat eindeutig erwiesen, daß selbst bürgerliche Betrachter zu der Erkenntnis der ausschließlich politischen Beweggründe Frankreichs bei diesen „Europaaktionen“ gekommen sind. So erklärt etwa Haßlinger in seinem Aufsatz „Donau-Autarkie — eine Fehlrechnung“:

„Sollte also nach dem Ergebnis der wirtschaftlichen Beratung von Innsbruck das Projekt einer Donauautarkie von politischer Seite her erneut auftauchen, oder gar, wie hier in Oesterreich verlautet, Maßnahmen ergriffen werden, um Oesterreich durch einen ‚Ueberbrückungskredit‘ zur Zustimmung zum Tardieu-Plan zu gewinnen, so würde diese Maßnahme von vornherein als überwiegend politisch gekennzeichnet sein. Mittelbar wirtschaftsfördernd könnte sich der Zusammenschluß nur bei gleichzeitiger Gewährung ausreichender Investitionskredite zur Ankurbelung und Rationalisierung auswirken. Eine Rationalisierung aber hätte notwendig eine sehr einschneidende Strukturveränderung zur Folge, was in Anbetracht der unökonomischen neuen Industrie in den Nachfolgestaaten eine Rückbildung dieser Industrie bedeuten müßte, was voraussichtlich von diesen Staaten nicht akzeptiert werden dürfte. Zur Voraussetzung hat sie eine Schmälerung der Eigenstaatlichkeit der betroffenen Staaten, die politisch undenkbar ist.“

Man sieht also, daß die Durchsetzung der eindeutigen fran-

zösischen Herrschaftsinteressen in den Vasallenstaaten auf tief begründete Schwierigkeiten stößt und daß infolgedessen eine Sanierung der daniederliegenden Wirtschaft dieser Staaten in absehbarer Zeit kaum zu erwarten ist. Je länger und je tiefer indessen die Krise wirkt, um so unvermeidbarer ist die bereits beginnende Radikalisierung, vor allem auch der bäuerlichen Massen. Damit aber, besonders auch in Verbindung mit der beispielhaften Wirkung des Aufbaus in der Sowjet-Union, sind begreiflicherweise die riesigen Anleihen, die Frankreich in seinem Interesse in diesen Staaten investiert hat, gefährdet. Es ist also von neuem ein Anlaß zur Aktivierung des militärischen Apparates gegeben. Mit anderen Worten, es steht alles auf des Messers Schneide, wenn man bedenkt, um welche Summen das französische Kapital zittert:

Rumänien	1923:	875	Millionen	Francs
	1929:	640	"	"
	1931:	575	"	"
Jugoslawien	1931:	675	"	"
	1931:	250	"	"
Ungarn	1922:	64	"	"
	1927:	27	"	"
	1930:	60	"	"
	1931:	355	"	"
ČSR	1932:	600	"	"
Polen	1927:	2000	"	"
Bulgarien	1925:	45	"	"
	1929:	130	"	"

Abgesehen von den geopolitischen Bedenken, die Herr Beneš in seiner erwähnten Rede zur Geltung brachte, enthielten seine Ausführungen jedoch noch eine weitere wichtige Mitteilung, nämlich die, daß Frankreich bereit sei, dem neuen Block, sofern er zustande käme, ausgiebige Finanzhilfe zu leisten. Im Zusammenhang mit dieser Bemerkung ist der Satz bedeutungsvoll, mit dem der Außenminister den japanisch-chinesischen Zusammenstoß im Fernen Osten erwähnte: „Wenn es hier zum Konflikt käme, in den notwendigerweise auch irgendein anderer Staat außer China und Japan verwickelt werden müßte, so ist es klar, wie weit das alles führen könnte.“ Es ist allerdings klar, daß das nicht „irgendein“ Staat, sondern nur die Sowjet-Union sein kann, und daß die Enthüllungen der russischen Staatspolizei über die Hintergründe des seinerzeit geplanten Attentats auf den japanischen Botschafter in Moskau und des durchgeführten Attentats auf ein Mitglied der deutschen Botschaft in Moskau Verbindungen aufgedeckt haben, die über ein Mitglied der tschechischen diplomatischen Vertretung in der Sowjet-Union nach Prag, und über den Attentäter Stern,

der inzwischen hingerichtet wurde, nach Warschau führen. Die Namen der Personen, die insbesondere auf polnischer Seite bei diesen Versuchen, die Sowjet-Union in außenpolitische Schwierigkeiten zu bringen und damit den Elfmillionenapparat des französischen Militarismus in Bewegung zu setzen, beteiligt waren, sind in den Berichten über den Prozeß gegen Stern und Wassiljeff nicht genannt worden, weil ihre Nennung voraussichtlich allein schon Anlaß zu diplomatischen Verwicklungen gegeben hätte. Vertreter der deutschen und polnischen Diplomatie sind jedoch als Teilnehmer bei allen vertraulichen Sitzungen des obersten Gerichtshofs der Sowjet-Union zugelassen gewesen, sie wissen also über die Beziehungen Bescheid. Sie haben nichts unternommen, um der Sowjetregierung bekannte Beziehungen zu „dementieren“. Das Spiel ist also klar: Der Sicherungsapparat des französischen Militarismus richtet sich gegen die Sowjet-Union. Die Möglichkeiten, ihn in Bewegung zu setzen, sind zahlreich genug.

Die Uebersicht über die Zuspitzung der europäischen Lage, an der die deutschen Nachbarstaaten RP und ČSR führend beteiligt sind, wäre indessen unvollständig, wenn dabei zwei Faktoren unerwähnt blieben, die gerade für Deutschland von Bedeutung sind: Es handelt sich einmal darum, daß die katholischen Kreise der fraglichen Länder sich bei einer antisowjetistischen Politik vor ihrer Kirche gerechtfertigt fühlen. Am 7. Februar 1932 schrieb das katholische Gewerkschaftsorgan „Der Deutsche“:

„Vielleicht ist dann der Zeitpunkt da, in dem der Völkerbund zum erstenmal funktioniert, da er energisch wird und den Russen den Weltkrieg erklärt.“

Zu gleicher Zeit veröffentlichte der bekannte Priester der Gesellschaft Jesu, Friedrich Muckermann, ein im Gegensatz zur sonstigen deutschen Literatur sehr polenfreundliches Buch: „Der Mönch tritt über die Schwelle“. Darin heißt es über den Dichter der polnischen Romantik Mickiewicz:

„Es liegen in seinem Werke wahre Schätze aufgespeichert, die dem Aufbau einer christlichen Demokratie dienstbar gemacht werden müssen... Freiheit und Bruderschaft, das hatte bei Mickiewicz einen Klang, der sich mit dem Ton des Evangeliums wohl vertrug...“ (242).

Die Greuel in der Ukraine erwähnt Muckermann nicht, obwohl sich doch die Pazifizierungsaktion der „Söhne der Mutter Gottes von Tschenstodau“, wie sich die Polen selbst nennen, wahrlich mit dem Ton des Evangeliums keineswegs vertrug, vielmehr einzig aus strategischen Gründen verständlich war. Der schmale, von Ukrainern bewohnte Grenzstreifen zwischen Tschernowitz und Lemberg ist eben die schwächste Stelle der militä-

rischen Position des französischen Kapitals. Diese Tatsache erklärt die besondere Rigorosität des Vorgehens der polnischen Regierung in diesem Gebiet.

Es handelt sich zweitens um die Tatsache, daß die französische Rüstungsindustrie jede politische Kombination nicht nur zur Festigung der französischen Vormacht, sondern vor allem zur Erhöhung ihres Gewinns auszunutzen versteht, also auch das Anwachsen des politischen Einflusses der Rechten in Deutschland als neuen Anlaß nimmt, Verstärkung der Rüstung zu betreiben. Hieraus ergibt sich Absatz für die französische Rüstungsindustrie in Polen, CSR und Rumänien. Und mit dieser Verstärkung der Rüstungsmaschinerie kann trotz aller Gegenkräfte der Zeitpunkt immer näher rücken, in dem, wie Stalin auf dem 16. Parteitag der russischen kommunistischen Partei gesagt hat, man infolge der Zuspitzung der Gegensätze in der kapitalistischen Welt sich ernstlich fragen muß,

„ob es nicht möglich wäre, die einen oder die anderen Gegensätze des Kapitalismus oder sogar alle Gegensätze insgesamt auf Kosten der UdSSR zu lösen.“

Literatur:

Briand, Memorandum on the organization of a régime of european federal union, 17. 5. 30, Worcester 1930.

European Federal Union, Replies of 26 Governments of Europe to Briands Memorandum. Worcester 1930.

Feistmann, Die Rüstungsindustrie und der imperialistische Krieg. Roter Aufbau V, 1932, 311 ff.

Fürstenberg, Ad absurdum. Berl. Tagebl. 27. 3. 32, 147, Handbl.

Haßlinger, Donau-Autarkie — eine Fehlrechnung; ebenda 1. 5. 32, 206.

Hill, Post war treaties of security and mutual guarantee. Worcester 1928.

Hoernle, Welternte—Welthungersnot, Roter Aufbau IV, 1931, 822 ff.

Hofbach, Die Verkehrsbedeutung des Großschiffahrtsweges Rhein-Main-Donau für die großdeutsche Wirtschaft. Berlin 1928.

Kaskeline, Mitteleuropaprobleme. Berl. Tagebl. 5. 3. 31, 109, Handbl.

Kaskeline, Langsamer Konjunkturabstieg auch in Frankreich; ebenda 28. 8. 31, 404, Handbl.

Klesse, Unsere Außenpolitik und die drei Fronten des deutschen Sozialismus. Zeitschr. f. Geopol. IX, 1932, 193 ff.

Locarno, Final Protocol of the Conference 1925 and Treaties between France and Poland and France and Czechoslovakia. Worcester 1926.

Muckermann, F., Der Mönch tritt über die Schwelle, Berlin 1932.

Varga, Beiträge zur Agrarfrage. Hamburg 1924.

***, Frankreichs Kampf um Europa. Zeitschr. f. Geopol. VII, 1930, 355 ff.

38. Die Gegenkräfte

Trotz dieser Worte Stalins, die weltpolitisch zweifellos eine möglicherweise nahe bevorstehende Lage kennzeichnen, gibt es natürlich innerhalb der kapitalistischen Welt Strömungen, die der Aktivierung der gekennzeichneten imperialistischen Front zeitweilig entgegenzuwirken imstande sind. Es ist hier nicht der Platz, im einzelnen auf die Rolle einzugehen, die in ihrer anti-französischen Haltung England und Italien oftmals einzunehmen gezwungen sind, einer Haltung, die hinsichtlich der deutsch-polnischen Frage in den Äußerungen Mussolinis über die Notwendigkeit der „Korridor“-Revision gekennzeichnet wird. Dagegen ist es nötig, mit einigen Worten auf die zwiespältige Rolle der polnischen Politik im Zusammenspiel der europäischen Mächte einzugehen. Man erinnere sich der Nervosität der polnischen Presse anlässlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin. Diese Nervosität hat sich gelegentlich der französisch-russischen Verhandlungen über die Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen wiederum gezeigt. Als diese Verhandlungen zu einem positiven Abschluß zu kommen schienen, beeilte sich die polnische Regierung in letzter Minute, den Entwurf zu einem Nichtangriffspakt durch ihren Moskauer Gesandten vorlegen zu lassen. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb darüber am 27. August 1931:

„Aus welchem Grunde nun in diesem Augenblick Polen . . . es für richtig gehalten hat, seine früheren Angebote in einem zusammenfassenden Schriftstück der russischen Regierung zu übergeben, ist nicht recht ersichtlich.“

Für den Kenner der Hintergründe dieser Aktion ist das durchaus ersichtlich. Die Formulierung dieses Nichtangriffspaktes war nämlich so gehalten, daß die Sowjet-Regierung ihn in der vorgelegten Form schlechterdings nicht unterzeichnen konnte. Die erwartete Ablehnung sollte die französische Regierung aber zu einer Entscheidung bringen, ob sie sich trotz „Brüskierung“ ihres „treuesten Verbündeten“ auf Weiterführung der Polen überaus unangenehmen Verhandlungen zwischen Paris und Moskau einlassen sollte. Jede Beziehung, die ein freundschaftlicheres Verhältnis zwischen europäischen Mächten und der Sowjet-Union in Aussicht stellt, muß begreiflicherweise trotz aller freundlichen Beteuerungen aus Warschau für Polen etwas Peinliches haben. Und so ist es durchaus verständlich, wenn der offizielle Propagandist der polnischen Regierungspolitik, Smogorzewski, 1927 schrieb:

„Es ist eine naive Idee, den Bolschewismus als Instrument der deutschen Politik zu betrachten, aber ein Bündnis zwischen Berlin und Moskau ist eine Sache, mit der man rechnen muß. Bereits im Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland hatte sich die Solidarität der

deutschen und der sowjetistischen Politik klar gezeigt. Aus dieser bereits gefestigten Solidarität ergab sich der polnisch-russische Krieg“ (Pologne restaurée, 141), und weiter: „Polen ist der Meinung, daß die Diplomatie des Friedens in Europa heute darin besteht, das Zustandekommen eines militärischen Bündnisses zwischen Deutschen und Russen zu verhindern, das sich fatal in den Dienst der deutschen Revanche stellen würde. Die französisch-russische Freundschaft auf der einen Seite, die polnisch-russische Annäherung auf der anderen, sind die Mittel, um das zu verhindern. Zwischen Rußland und Polen könnte Frankreich übrigens eine ausgleichende Rolle spielen“ (160).

Diesen Betrachtungen scheint das Verhalten der polnischen Regierung im Herbst 1931 durchaus zu widersprechen. Indessen ist dieses Verhalten der Beweis dafür, daß die realen Spannungen der wirtschaftlichen Grenzzone zwischen kapitalistischer und kommunistischer Welt weitaus bedeutungsvoller sind als die beschönigenden theoretischen Betrachtungen des Propagandachefs der polnischen Gesandtschaft in Paris. Die weißrussische und die ukrainische Irredenta, die durch das minderheitenfeindliche Vorgehen der Regierung Piłsudzkis in den Ostgebieten der polnischen Republik entstand, ist natürlich nicht geeignet, auf die polnische Politik beruhigend zu wirken und erhöht die Nervosität der sonst ungemein geschickten polnischen Diplomatie um so mehr, als die Unsicherheit der geographischen und wirtschaftlichen Lage des Landes in der Wertschätzung des westlichen Auslandes den Polen ja selbst von „ihren besten Freunden“ immer wieder höchst fühlbar zum Ausdruck gebracht wird.

Genau so zwiespältig wie das Verhältnis zur Sowjet-Union muß angesichts des Bündnisses der Sechs und der geopolitischen Entwicklungsrichtungen die Haltung der polnischen Politik zu Deutschland sein und bleiben. Solange der bestehende Gebiets- und Verkehrskonflikt im Rahmen bürgerlich-nationaler Politik ausgefochten wird, wird er Europas Sicherheit ständig bedrohen. Zwar gibt es auch heute noch sonst ernsthafte Menschen, die glauben, daß die Bemühungen des Völkerbundes oder der Abrüstungskonferenz geeignet sein könnten, die Streitigkeiten mindestens zu mildern. Das völlige Versagen der Völkerbundsmaschinerie im japanisch-chinesischen Konflikt sollte sie eigentlich belehrt haben, daß diese, wie nicht anders möglich, ein Werkzeug zur Austragung imperialistischer Interessen der Großmächte ist.

Es bleibt also die Frage, welche Bedeutung die Kräfte der proletarischen Gruppen für die Entwicklung der internationalen Situation haben, soweit die slawischen Nachbarn Deutschlands an dieser Entwicklung maßgebend beteiligt sind.

Die sozialdemokratischen Gruppen der Arbeiterschaft werden trotz ihrer internationalen Beziehungen nicht ausgleichend zu

wirken vermögen; denn sie treiben in jedem Staate nationale Politik, mit anderen Worten, in einem tieferen Sinne treiben sie aus den mehrfach erläuterten Gründen bürgerliche Politik. Angesichts einer ungemein entscheidenden Spannung in Polnisch-Oberschlesien schrieb am 13. Februar 1932 das bürgerlich-demokratische „Berliner Tageblatt“:

„Es häufen sich die Fälle, in denen Gewerkschaftsführer von den Arbeitern verjagt werden, wenn sie sich in den Gruben zeigen. Da außerdem in der bereits ruinierten Hüttenindustrie täglich neue Betriebseinschränkungen erfolgen, die auf die Stimmung der Bevölkerung einwirken, hat es den Anschein, als entgleite das Revier dem Einfluß der Gewerkschaften und damit auch dem Einfluß des Staates.“

Dieses „und damit“ bezeichnet deutlich den politischen Standort der sozialdemokratischen Gewerkschaften und damit im weiteren Sinne den politischen Standort der Zweiten Internationale. Im gleichen Sinne wie in Polen ist die Politik der Führer der tschechischen Sozialdemokratie nicht gerade derart, daß eine wirklich entscheidende Opposition gegen die imperialistischen Kräfte im eigenen Staate von ihr erwartet werden kann. Es bedarf jedenfalls keines Kommentars, wenn der bereits zitierte tschechische Sozialdemokrat Srba am 27. Januar 1930 im Budgetausschuß des Parlaments in Prag zur Militärfrage erklärte:

„Die tschechische Sozialdemokratie ist für eine Kürzung der Präsenzdienstzeit und für die vormilitärische Erziehung der Jugend... durch die vormilitärische Erziehung soll die Jugend zu nationalem Stolz und Selbstverteidigung angeleitet werden. Diese Erziehung soll schon im schulpflichtigen Alter beginnen, um die Jugend zur Vaterlandsverteidigung zu befähigen.“

Ebenso wendet sich der sozialdemokratische Senatspräsident in Prag, Soukup, in einem Aufsatz gegen den österreichischen Faschismus in der Wiener Arbeiterzeitung vom 21. November 1931 zwecks Unterdrückung der faschistischen Aktionen im Nachbarlande nicht nur an seine Partei oder an das Proletariat, sondern an „die Regierung unserer Republik“, also die Regierung des tschechischen Bürgertums.

Angesichts solcher Beispiele der Einordnung führender sozialdemokratischer Kräfte in den bestehenden Regierungsapparat ist es unwahrscheinlich, daß im Falle eines entscheidenden militärischen Zusammenstoßes die Gruppen der Zweiten Internationale den Krieg würden zu verhindern wissen.

Nun ist ja die Feststellung des „Berliner Tageblatts“ anläßlich der Wirtschaftskämpfe in Polnisch-Oberschlesien tatsächlich ein Hinweis darauf, daß mit der Dauer der Krise und dem völligen Versagen aller Sanierungsversuche der Einfluß aller sozialdemokratischen Organisationen sinkt. Die Sektionen der kommunisti-

schen Internationale sind notwendigerweise die Nutznießer dieser Entwicklung. Man versuche sich einmal vorzustellen, in welcher Form Fragen, wie etwa das Korridorproblem oder die ober-schlesische Frage gelöst werden würden, wenn in den fraglichen polnischen und deutschen Gebieten sowjetistisches Minderheitenrecht herrschen würde. Kein Geringerer als Prof. Otto Hoetzsch hat am 22. Dezember 1929 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 594) bekannt, daß die Fragen der Minderheiten „in der Praxis in Sowjet-Rußland am besten schon beantwortet sind“. Dieses bolschewistische Nationalitätenprogramm, das in einem Staate von über 150 Nationen bereits in 15 Jahren erprobt ist, würde Anwendung finden in Gebieten, wie im sogenannten Korridor oder in Oberschlesien: Sinnlose Verkehrshemmungen, Barrieren, Gleis- und Straßensperrungen, Visa-Hindernisse, Devisenschwierigkeiten verschwinden mit der Aufhebung der nationalpolitischen Grenzen. Eine Regierung nicht der polnischen Arbeiter und Bauern, sondern der Arbeiter und Bauern Polens hätte kein Interesse daran, aus Klassenprestigegründen deutsch sprechende oder ukrainisch sprechende Klassengenossen zu unterdrücken, weil es dann kein Klassenprestige mehr geben würde. Ebenso wenig würde es für das deutsche Proletariat ein politisches Problem sein, ob in einer Schule, sagen wir des Kreises Bomst, deutsch oder polnisch als Unterrichtssprache benutzt würde. Man würde voraussichtlich in solchen Mischgebieten beide Sprachen obligatorisch machen.

Je mehr die Wirtschaft aller beteiligten Mächte erschüttert wird, desto stärker wird die Werbekraft des sowjetistischen Nationalitätenprogramms und der sowjetistischen Politik überhaupt als überaus ernste Bedrohung des herrschenden Systems empfunden. Dieses System reagiert im Maße seiner Bedrohung mit Verschärfung der Abwehr bzw. der Terrormaßnahmen gegen kommunistische Propaganda. Die Tatsache, daß die Pilsudzki-Regierung am 21. August 1931 den Unterschied zwischen politischen und anderen Verbrechen aufgehoben hat, daß sie Eisenbahner und Arbeiter der Kriegsbetriebe in den Soldatenstand versetzt, also unter Militärrecht gestellt hat, ferner ihr brutales Vorgehen am schwächsten Punkte ihrer Militärposition, in der Ukraine, die Nervosität der tschechischen Regierung anläßlich der Hungerhilfsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe für die Karpatho-Ukrainer und das Einrücken aktiver Truppen in die Streikbezirke des Brüxer Kohlengebietes sind Belege genug.

Diese Entwicklung aber, das ist das letzte, was überdacht werden muß, ist mit der Gefahr der Aktivierung des imperialistischen

Militärapparats der bürgerlichen Welt verbunden. Eine solche Aktivierung des militärischen Apparats bedeutet für die Sowjet-Union eine Gefährdung des zweiten Fünfjahrplanes und damit eine Gefährdung des sozialistischen Aufbaues. Niemand also kann sich ernsthaft darüber wundern, daß die Sowjetregierung unerschütterlich die Politik des Friedens verfolgt: Sie hat ein un-mittelbares, materielles Interesse am Frieden.

Andererseits kann die bürgerliche Welt ein ebenso materielles Interesse am Kriege gewinnen, sofern die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise einen wirklich revolutionierenden Grad erreicht. Damit ist für die Union der sozialistischen Sowjet-republiken die Gefahr einer Intervention der anderen Mächte dauernd gegeben. Ob die Abwehr einer solchen Interventions-gefahr und damit die Erhaltung des Friedens gelingt, hängt von dem Maße des Einflusses ab, in dem organisierte Massen der Werktätigen in den bürgerlichen Staaten selbst bestimmend in den Gang der Geschichte einzugreifen in der Lage sind. Die Er-kenntnis solcher Möglichkeit ist nicht Aufgabe der Geschichts-forschung, sondern Aufgabe der Politik.

Die Gefahr für die bürgerliche Welt, bei Ausbruch eines Krieges sich einer Front im eigenen Lande gegenübergestellt zu sehen, ist vielleicht das ernsteste Hemmnis innerhalb dieser bür-gerlichen Welt, krieglerische Verwicklungen zu riskieren. Ob dieses psychologische Hemmnis stark genug sein wird, um der Eigengesetzlichkeit des militärischen Apparats und der ihn diri-gierenden Rüstungsindustrie mit Erfolg entgegenzuwirken, ob also dieses Hemmnis den Frieden sichert, ist die brennendste Frage der Gegenwartspolitik. Erst der Historiker der Zukunft wird sie beantworten können.

Literatur:

- Arbeiter und Bauern bilden gemeinsame Kampffront. Der Kampf der polnischen Sozialisten. Danziger Volksstimme. 12. 6. 31.
Hildebrandt, Der Moskauer Prozeß. Inprekor. 8. 4. 32, 877.
Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden. Berlin 1929.
Müller, Wenn wir 1918... Berlin 1930.
v. Ossietzky, Pilsudski, Weltbühne XXVII, 8. 9. 31, 355 ff.
Slovensko hladuje. Karlin 1931.
Soukup, Was wird mit Oesterreich? Wiener Arbeiter-Zeitung, 21. 11. 31, 321.
Woytinski, Proletariat und Bauerntum, Gesellsch. II, 1926, I, 410 ff.
V. Zjazd KPP. Uchwaly, rezolucje, materialy. Wrzesień 1930, ohne Ort, da illegal.
Zur Ueberwindung der ideologischen Erbschaft des Luxemburgismus in der kommunistischen Partei Polens. Resolut. d. ZK d. KPP, Dezember 1931, Inprekor. 15. 1. 32, 100 f.
-

Personen- und Sachregister

š gleich sch, č gleich tsch, ż (poln.) und ž (tsched.) gleich j in Journal, beide hinter „z“, q (poln.) gleich on hinter „a“.

- Abendmahl in beiderlei Gestalt 196
Abstimmung in Masurien 1920 276
— in Oberschlesien 1921 288, 292
Adalbert, Bischof 60
Adel, polnischer 63, 67, 79, 87, 91, 104, 105, 138, 159, 168, 182
—, tschechischer 193, 196, 198, 204, 214
Adler, Friedrich 239
Adler, Viktor 24
Aehrenthal 207
Aeneas, Sylvius 197
Agrarbevölkerung in Deutschland 114
— in Polen 114
Agrarfrage in Kongreßpolen 80
Agrarkrise 304 ff.
Agrarpartei, tschechische 214, 217, 222, 226, 232
Agrarpolitik, deutsche 259 ff., 277, 280
Agrarreform, polnische 116, 117, 163, 182
—, tschechische 214, 215, 232, 241
Agglomerierung in der TschSR 51
Agramer Hochverratsprozeß 1909 207
Agudisten 153, 218
Aktivisten 110
Albert 286
Albrecht, Ordenshochmeister 65
Alexander I. 142
Alexander II. 36, 82, 84, 171
Alexander III. 144
Alexei, Zar 33, 170
Alkoholismus, poln. Gesetz gegen 270
Alldeutschtum 6, 9, 29, 30, 97, 103
Allianz, Heilige 1813 70, 71, 75
Analphabetismus, polnischer 163
—, ungarischer 227
—, weißrussischer 163
Andler 29, 32
Anerbenrecht 181
Anleihen Frankreichs in Osteuropa 306
Annexion von Bosnien 1908 36, 206
Ansiedlungsfonds, preußischer 28, 92
Ansiedlungskommission 92, 95, 96, 103
Ansiedlungspolitik, preuß. 92, 93, 94, 99
Ansiedlungsgesetz 1886 92, 1904 94, 1908 100
Antibolschewismus 128, 133, 160, 178, 209, 241, 256, 257, 295, 307, 311
Antiparlamentarismus in Polen 120
Antisemitismus 81, 111, 139, 140, 149, 154
Antisowjetismus 296, 298
Arbeiterakademie in Prag 238
Arbeiterbewegung in der TschSR 236 ff.
Arbeiterurlaubsgesetz in Polen 129, 131
Arbeiterziffern in Polen 81, 130
Arbeitsaufwand pro Bodeneinheit (Polen) 115
Arbeitsbedingungen 182
Arbeitslosigkeit 131, 241, 244, 285, 291
Arbeitskämpfe in Polen 121, 131, 291
— in TschSR 244
— in Weißrußland 166
Arbeitsrecht (Polen) 129
Arendsee, Marta 135
Arius, Sektierer 171
Aschkenazim 145
Askenazy 135, 286
Aubin 293
Aufstand, arabischer 1929 155; — Kuruzen-1708 226; — ober-schlesischer 1919 287, 1920 287, 1921 288; — polnischer 1794 67, 1830 72, 77, 88; 1846 73, 1863 75, 77, 142, 171; 1918 59, 102, 110, 250; 1926 (Staatsstreich) 119, 121; — tschechischer 1618/21 199, 200; — ukrainischer 1637 139; 1645 139; 1930 183
August II. sächs.-poln. König 66; — III. 66
Aulard 112
Auslandskapital in Polen 118, 123
Außenhandel, poln. 132
Austerlitz, Red. 26
Auswart. Verband poln. Sozialisten 84
Baade 261, 264
Baalschem 140, 146
Baczynski 61, 65
Baer, von Mizritz 140
Baginski 286
Bakunin 37, 204
Balfour-Deklaration 154
Baltische Sprachen 159, 275
Baltisches Institut in Thorn 129, 257
Banken, franz. 299
—, poln. 94, 119, 181
—, tschechische 204, 213, 221, 224, 299
Baraba 188
Bardowski 84
Barlicki 124
Barth, sorb. Pol. 272
Bartowicz 157
Baruch-Hagani 157
Bathory, Stefan 64, 139
Batoeki 277
Batja 242
Bauer 20, 24, 26
Bauernbefreiung in Galizien 104
— in Rußland 78, 143
Bauernfrage im alten Böhmen 196; — im alten Polen 138; — in Galizien 181, 182; — im neuen Polen 67, 68, 72, 73, 87, 90, 133, 304; — in der TschSR 231, 234, 304
Bauernkriege, deut. 139
Bauernpartei 121, 127, 183, 188, 303, 304
Bauernrevolution 191, 194
Bazar, in Posen 89
Becket 136
Beer, Max 74, 76, 157, 195, 197
Beisteuer (Galizien) 105
Belcikowska 135
Bender 195
Bendow 149, 157
Benedikt 245, 246
Benesch 204, 206, 207, 212, 213, 216, 218, 219, 221, 229, 272, 305, 306
Bergarbeiterstreik 1932 in der TschSR 244
— engl. 121
Bernhard IV. von Anhalt 271
Bernhardt, Oekonom 96, 103
Bernstein, Eduard 175
Berliner Kongreß 1878 112
Bernier 280
Bernolák 226
Bernstorff 254
Besitzverteilung: Polen 115, 134, 181; — poln. Ukraine 182
Beskiden 13, 50
Bessarabien 61, 167, 177
Bessarabowa 184
Bevölkerungsbewegung im deutschen Osten 44, 90; — in Ostpreußen 277; — in Polen 44, 118, 127; — in der TschSR 43, 210
Bevölkerungsdichte 45
Birkenwald 293
Birnbau 123, 135, 256, 257, 264, 293
Bismarck 31, 84, 89, 92, 93, 111, 253, 254, 257, 282
Boehm 293
Block, überparteilicher in Polen 120, 141
Bobrinski 107
Bodenbesitz, siehe Besitzverteilung
Bodenerträge (Polen) 115
Bodenreform, siehe Agrarreform
Bodenverschuldung im deutschen Osten 259, 260, 261
Böhmische Brüder 198
Böhmische Groschen 192
Böhmische Krone 190
Böhmisches Becken 191
Bogensee 46
Bohatsch 129
Bohuschevitsch 160
Boiko 185
Bolschewiki 177
Bonhardt 29, 33
Boruchow 157
Boy, siehe Zelenski
Brand 135
Bratkowski 135
Brest-Litowsk 86, 109, 110, 124, 165, 240
Bretholz 195
Briand 108, 293, 305, 309
Bril 188
Brlie 204
Bromberger Kanal 279
Bronnen, A. 293
Brückner 135
Brüderschaft, Kijew 172
Brüner Parteitag 1899 21, 239
Bruno von Olmütz 192
Brutkus 157
Brzozowski 82, 87
Buber, Martin 141
Bürger 218
Bürgerertum, deutsches in Polen 118; — deutsches in der TschSR 209, 217, 225; — der Minderheiten in der TschSR 241; — ukrainisches in Polen 187
Bujak 135
Bukowina 167, 175
Bund der Sechs 296, 306
Bund, jüd. Arb. in Rußl. u. Pol. 145, 146, 153
Bund zur Befreiung der Ukraine 174
Bunzel 246
Buratschok, Pseudonym f. Bohuschevitsch 160
Butter 221, 231
Calonder 289, 293
Calonder-Abkommen, s. deut.-poln. Abkommen
Capri 92, 93
Chaloupecki 201
Chaluzim 153, 155
Chassidismus 140, 142, 143
Cheder 152 [222
Chemische Industrie in Polen 117, 131
Chelicki 198, 201, 206
Chleborad 237
Chmelnicki 139, 170
Chodowiecki 276
Claparede 126
Clemenceau 31, 112
Clemens XIII. 127
Clermont-Tonnère 136
Code Civil, im Herzogt. Warschau 70

- Coester, Landrat 19, 112
 Confédération von Targowice 1794 67
 Convention von Taurroggen 1813 70
 Comenius, s. Komensky
 Coranik 147, 157
 Csáky 188
 Curtius, Minister 256
 Cwiklinski 113, 188
 Cyrillische Schrift 234
 Cyrillus 172, 191, 229
 Czaban 236
 Czartoryski 72, 73, 76, 89
 Czernicki 135
 Czerwinski 126
 C siehe unter Tsch
 Dombrowski, Gen. 59, 69
 Dombrowski, Komm. 76
 Daltonplan in Polen 126
 Damaschke 71
 Danycz 135
 Danzig 12, 49, 60, 62, 64, 70, 250, 252, 256, 259, 279, 281 ff., 300
 Daszynski 84, 87, 107
 David 31 [123]
 Delbrück 91, 103
 Dekabristenaufstand 72
 Demokratische Gesellschaft 1832 73, 84, 107
 Denikin 178
 Deutsch, öst. SD. 246
 Deutsch, Amtsspr. in d. Habsb. Mon. 201
 Deutsch-polnisches Abkommen über O.-S. 289, 290, 293
 Deutsch-polnische Frage 249, 311
 Deutsche in Polen 53, 134, 253, 255; — in der TschSR 191, 194, 199, 210, 215, 222 ff.
 Deutsche Uebersetzungen aus dem Polnischen 129
 Deutschenabwanderung aus Polen 251
 Deutscher Ritterorden 49, 60, 61, 62, 65, 159, 250, 255, 275, 281
 Deutsches Stadtrecht in Polen 63
 Deutschsprechende, Zahl 46 [43]
 Dlugoż 169
 Dmowski 79, 81, 107, 108, 110, 113, 135, 157
 Dobrowsky 202
 Döblin 27, 33, 146, 211
 Donald 257
 Donauföderation 216, 305
 Donau-Panslawismus 34
 Doppelsprachigkeit 50
 Doroschenko, Hetm. 170
 Doroschenko, Hist. 46
 Doroschkewitsch 175
 Draganow 175
 Dritter Stand 64, 136
 Dreißigjähriger Krieg, siehe Krieg
 Drwenski u. Langner 96
 Dschingiskhan 168, 281
 Dubnow 157
 Durham 37
 Dvorsky 46
 Dybowski 135
 Dyksztain 76, 82
 Edukationskommission in Polen 67, 126
 Eichler 301
 Eisenbahnen in Polen 117, 131
 Ehrenburg, Ilja 141, 157
 Ehrlich 135
 Emigration, jüd. 156; — poln. 69, 71 ff., 88; — russ. 232; — ukrainische 232; — weißrussische 164
 Engels, Friedr. 72, 76
 Englisch, Min. 213, 241
 Enteignungsgesetz 100
 Entente, Kleine 296
 Erler 272
 Erkelenz 264
 Ermland 61, 62, 64, 253
 Ernst, Minister 1918 19
 Erziehungsideal, poln. 126 — in der TschSR 219
 Etatismus als Wirtschaftsform 213, 259, 275, 291, 303
 Eulenburg 90
 Europ. Union 305 306
 Fahrenheit 252
 Falta 246
 Februarrevol. 1917 146
 Fedenko 175, 179
 Federowski 166
 Feinberg 157
 Feist 157
 Feistmann 309
 Feldman 71, 74, 76, 77, 173, 176
 Ferdinand II. 199
 Fichelle 204
 Fiedler 135
 Filipowicz 113
 Filipowicz 282, 286
 Fink 99, 253, 257
 Fischel 35, 37
 Flöter 214, 215, 216
 Flugzeugwesen 297, 300
 Forbach 207
 Frankfurter Parlament 1848 24, 203
 Franz Joseph I. 231
 Französische Polenpolitik 79, 254, 284, 287, 259 ff.
 Freidenker i. d. TschSR 194, 218
 Freist. Danzig s. Danzig
 Freund 264
 Frieden von Basel 1433 197; — von Brest Litowsk 1918 240; — von St. Germain 1919 222, 231; — von Oliva 1660 65; — von Riga 1920 162; — v. Thorn 1466 62; — von Trianon 1919 9, 228; — von Versailles 1919 32, 282, 287, 292
 Friedenskonferenz Paris 1919 52, 102, 110, 111, 149, 209, 254, 265
 Friedensverträge 1919 9, 14, 31, 70, 190, 211, 249, 282, 293, 295, 298 —: Gebietsveränderungen 37
 Friedrich Graf v. Altenburg 271
 — Barbarossa 192
 — II. 55, 66, 190, 279
 — Wilhelm I. 271, 271
 — Wilhelm II. 282
 Frind 194, 195
 Fügner 204
 Gada 76
 Gajda, General 217, 300
 Galizien 84, 104 ff., 144, 147, 149, 167 ff., 178, 179, 290; — Berufsgliederung 173; — Name 168; — Uebervölkerung 115
 Gdynia (Gdingen) 118, 259, 279, 280, 281, 283, 285, 300
 Gegenreformation in Polen 64, 169; — in der TschSR 195, 198 ff., 206, 214
 Genko 246
 Genter System 241, 243
 Georg v. Podjebrad 198
 de Gerando 236
 Gerdano 188
 Gerichtswesen in Polen 122, 124
 v. Gerlach 113
 Germanisierungspolitik gegen Polen 28, 98
 Gero, Markgraf 168
 Geschichtsunterricht 7, 211
 Getreideerträge in Podkarpatska Rus 234 — in Polen 55
 Ghetto 137, 142, 143
 Gewerbezahlung in der TschSR 1930 212
 Gewerkschaften 130, 135, 238, 241, 243, 291, 311
 Gindely 199, 200, 201
 Gliwice 119, 130
 Gnatjuk s. Hnatjuk
 Gogol 172
 Goiding 258
 Goralen, Bergpolen 50
 Gottesgnadentum 31
 Gottsched 276
 Grabski 107, 110
 Gräfe 61, 65
 Grätz 157
 Graham 293
 Graszynski 290
 Graux 301
 Gravina 286
 Gregor X. 192
 Grenzen, Deutschlands an slaw. Staaten 9
 Gromada 165
 Großstädte Polens 114
 Grudziński 165
 Grünberg 113
 Grüne Internationale 304
 Hruschewski s. Hrusch.
 Gundelitsch 33
 Gurka 187, 188
 Haberlandt 229
 Habsburger, Absetzung 1918 208; — Amtssprache 201; — Entsetzung d. Hausmacht 192, 198; — u. Preußen 90, 190; — und Slawentum 7; — und tschechische Opposition 205; — Zentralismus 199, 200, 203; — Zusammenbruch 25
 Häcker 21, 26, 86
 Hainfelder Parteitag 1889 21, 145, 238
 Hakatismus 93, 97, 99, 102
 Hallerarmee 178 [102]
 Halytsch, Fürstent. 168
 Hamilton 235
 Hamsun 102
 Handelsfragen, deutsch-poln. 258 ff.; — mittel-europäische 306
 Handelskrieg s. Zollkr.
 Handelsvertrag, dtsh.-poln. s. Handelsfragen
 Handelswege bis 1453 62
 Handschriftenstreit, böhmischer 202
 Hanka 202
 Hansa, deutsche 62
 Hansemann 93
 Harmsen 258
 Hartmann 239
 Hassinger, Geogr. 52, 57, 201, 202, 204, 219, 221, 228, 240
 Hasslinger 206, 309
 Hauptstädte, Entfernungen voneinander 10
 Haushofer 258
 Havlicsek 24, 202
 Hedwig von Polen 60, 159, 168
 Hegemann 264
 Heilige Allianz 1813 36
 Heller 155, 157
 Henderson 186
 Henrykowski 132, 135
 Herder 27, 33
 Herkel 33, 37
 Herrstadt 33, 87, 122, 135, 157, 280, 286, 293, 301, 302
 Herzl, Theodor 145
 Herzogtum Warschau s. Warschau
 Hewelius 282
 Hieronymus v. Prag 195
 Hildebrandt 314
 Hill 209
 Hillen-Ziegfeld 293
 Hindenburg 32, 248, 293
 Hirsch 274
 Hitlerbewegung 32, 187, 217
 Hlinka 217, 226, 229, 304
 Hnatjuk 175, 236
 Hobohm 33
 Hodza 304
 Hoehn 280
 Höfler 195
 Hörigkeit i. Böhmen 193 — in Polen 78
 Hoernle 309
 Hoetzsch 46, 92, 135, 313
 Hoffmann, E. T. A. 276
 Hoffmann 280
 Holowko 186
 Holz, Arno 276
 Horatschek 26, 246
 Horabin 38, 46
 Mrs. Horabin 136
 Hobbach 309
 Hradschin 216
 Hromada s. Gromada
 Hruschewski 59, 173, 174, 175
 Hryniewiecki 82
 Hubrich 274
 Hübner 282

- Hugenberg 29, 98
Hugo, Pseudonym für Lindemann 87
Hungersnot in Galizien 105, — in der Podkarpatska Rus 234
Hurban 204
Hus 193 ff., 197, 206, 219, 229
Hussiten 62, 169, 196 ff.
Hymans 162
Iglaue Sprachinsel 225
Ignatius von Loyola 199
Industrialisierung Böhmens 203, 204; — Galiziens 105, 173; — Kongreßpolens 77 f., 80; — der TschSR 212
Industrie Danzigs 285; — Oberschlesiens 289; — Polens 114, 117, 130; — der Slowakei 228, 230; — TschSR 212
Inflation in Polen 119
Internationale, erste 71, 75; — zweite 239, 312, 313; — dritte 25, 153, 246, 313; — grüne 304
Internationale Arbeiterhilfe, tschech. 235, 244, 314; — Fragen 295 ff.; — Kommission f. Oberschlesien 1920 287; — Krise 302
Internationaler Kongreß in Amsterdam 238; — in Kopenhagen 238; — in London 145; — in Zürich 85
Interventionsgefahr für die Sowjetunion 314
Ischboldin 8
Jablonowski 175
Jagiello von Litauen 60, 159, 168
Jagiellonen 61, 111
Jahoda 236
Jakoby 276
Janoschik 226
Janschul 82
Jaworski 135
Jazdzewski 91
Jehuda Halevy 153
Jellacic 35
Jendrzejewski 186
Jesuiten 64, 199, 200
Jiddisch 51, 140, 155
Javorschkyj 175
Jodko s. Narkiewicz
Johann II., Bischof 192
John 7, 8
Joseph II. 104, 201
Juden 40, 47, 51, 59, 63, 104, 105, 111, 117, 134, 136 ff., 163, 173, 222, 232, 233
—, Ritualmordaberglaube 206
—, Schlägerel 139
—, Zahl (Polen) 53, 128
Jüdische Arbeiterbewegung 144 ff.; — Berufsgliederung 919; — Parteien in Polen 152; — Parteien i. d. TschSR 219; — Unternehmen in Kongreßpolen 144
Jungmann 59, 202
Justiz s. Gerichte
- Kafka 230
Kahalen 138, 139, 140
Kaindl 195
Kaiserproklamation üb. Polen, 1916 109
Kaisig 294
Kaliski 154, 157
Kaniowski 82
Kant 276
Kapitza 288
Kaplan-Kogan 157
Karg 230
Karin, Kommunist 166
Karl IV. von Böhmen 192, 193, 194
Karl XII. v. Schweden 171
Karl von Oesterreich, 1917, Kaiser 207, 208
Karpatho-Ukraine siehe Podkarpatska Rus
Karski 28, 33, 85, 103
Karskil 166
Kaschuben 41, 49, 53, 57, 94, 95, 197, 250, 253
Kaschubisch 50
Kasimir d. Gr. 60, 137
Kaskeline 214, 218, 303, 309
Katharina II. 33, 66
Katholizismus 90, 127, 128, 169, 191, 200, 216, 218, 219, 308
Katsch 294
Kautsky 16, 19, 25, 26, 34, 86, 175, 201, 246
Kawerau 8
Keller 15, 48, 49, 50
Kennemann 93
Keyser 286
Kirche als politische Macht 128, 182, 193, 196, 206, 218
Kirchenstreit deutsch-böhmischer 192
Kirchenunion 1596 169
Klante 212
Kleine Entente 296
Kleiner 135
Klesse 309
Knorr 76
Kober 230
Köhler 281, 286
Königsberger Messe 280
Kohlenbahn Odylna — Katowice 39, 118, 284, 291, 300, 301
Kolas 160
Kollár 202
Kollontay 70, 71
Kollwitz 276
Komensky 60, 198, 200, 206, 229
Komischke 135
Kommunist. Internationale (Komintern) 25, 153, 246, 313
Kommun. Manifest 73, 172
Kon, F. 157
Konferenz Suwalki 161
Konfession 53, 64, 90, 94, 121, 127, 128, 143, 169, 191, 206, 250, 288
Konkordat in Polen 127
Konrad v. Masowien 60
Kongreßpolen 34, 68, 114, 144, 149, 290
Konowalew, ukr. Weißgardist 187
- Konzil von Breslau 1267 137; — von Kalisz 1420 139; — von Konstanz 1415 190, 194; — v. Lenczyca 1285 137; — von Ofen 1279
Kopernikus 33, 61 [137
Kopicki 109
Korduba 175
Korianty 121, 124, 287, 290, 291
Koroljenko, Dichter 172
Korridor, poln. 49, 61, 247 ff., 250, 278
—, preuß. 1807 70, 282
Kosaken 139, 169
Kosciuszko 59, 74, 160
Kossow 130, 135
Kossowsky 158
Kostomarov 172
Kossuth 34, 227
Kowalewskyj 172
KPTsch s. Tschechische Kommun. Partei
Krakau 61, 70
Kral 230
Kramarsch 205, 208, 209 211, 212, 213, 216, 240
Krasinski 59, 74
Kreppel 158
Kreuzzüge 138
Krieg, dreißigjähr. 198, 276; — nordisch. 1709 170; — russ.-polnisch. 1920 161, 179, 211, 276, 283, 311
Kriegspolitik der kapitalist. Staaten 313
Kriegsverluste der kongreßpoln. Industrie 114
v. Kries 247, 248, 252, 257, 258, 290, 294, 295
Krischanitsch 33
Krofta 230
Krupp 97
Kruszynska s. Luxemburg
Krutschinskyj 188
Kryzaczanowsky 124
Kürbs 135
Kubat-Erlaß 229
Kuffner 201, 209, 210, 212
Kuhn 135
Kulczycki 87
Kulisch 172, 175
Kulmerland 62
Kulturgefälle in Europa 43, 252, 290
Kulturkampf Bismarcks 75, 90
Kumaniecki 113
Kunitzki 82, 84
Kupula s. Lucevitsch
Kuruzen 226
Kushnir 184, 189
Kwapinski 132
Lahuszczyński 186
Landsberger 158
Laskowski 294
Laubert 274
Lausic 166
Lausitz an Sachsen 200
Lausitzer Sorben 11, 15, 41, 48, 56 271 ff., 272
Leger 225
Legionäre, polnische 106, 110, 120, 122, 248
—, tschechische siehe Tschech. Legion
- Légrady 46
Leibeigenschaft, Aufhebung in Rußland und Polen 78, 172; — in Galizien 104; — im alten Polen 139
Lenin 21, 22, 26, 137, 145, 157, 158, 161, 177, 178, 179
Lenski 135, 189
Leontjew 158
Leser 113
Lestschinsky 157
Leszynski, Stanisł. 67
Letten 275
Leuthner 239
Leviathanverband 120
Lewicki 71
Lewnitzkyj 175
Liberman 123, 124
Liberum veto 67, 105
Liebknecht, Wilh. 237
Liga polska 107
Likowski 108
Limanowski 84
Lisicki 76
Litauen 60, 61, 77, 168, 277, 280
Litauer 11, 53, 74, 159, 161, 275
Literarische Gesellsch. 1832 73
Litwaken 143
Lloyd George 111, 178
Locquin 123
Löbe 255
Löhne in Polen 263
— in der TschSR 244
v. Loesch 248, 294
Loehr 158
Loeschin 281
Loeßner 297
Loewenherz 268
Londres 141, 151, 158
Lopatín 82
Lorenz 50, 57, 94
Loserth 195
Losinskyj 175, 178, 189
Lublimer Union 60, 63, 159, 169
Lucevitsch 160
Luckyj 186
Ludendorff 47, 109, 248
Ludwig XV. 67
Lueger 206
Luftmenschen 149, 153
Lupka 167
Luther, Martin 32
Luxemburg, deutsches Kaiserhaus 192
Luxemburg, Rosa 21, 26, 63, 65, 78, 79, 81, 85, 87, 239
Lychowski 264
Lypaciewicz 132
Maas 135
Machatschek 11, 15, 215
Machiewicz 135
Magyaren s. Ungarn
Magyarország s. Ung. Majestätsbrief Rudolphs Major 244 [II. 198
Makowski 286
Malinowski 132
Malone 184
Marcinkowski 59, 88
Marguerite 102
Maria Theresia 66, 200
Martel 258

- Martens 282
 Martin 250, 258, 264
 Martinu 194, 195
 Marx, Karl, über Auf-
 stand 1863 73; — über
 Krakauer Aufstand 73;
 — über Bauernbefrei-
 ung 78; — über Juden
 40, 137, 158; — über
 Kapitalwachstum 149;
 — üb. Nationalitäten-
 statistik 47; — über
 Panlawismus 34; —
 über Religion 139; —
 üb. Talmud 138; — üb.
 Teilung Polens 71, 72
 Masaryk 5, 8, 29, 30,
 41, 46, 56, 200, 203 ff.,
 212, 213, 216, 219, 221,
 224, 229, 231
 Mastalka 207
 Masuren 11, 15, 49, 50,
 253, 275, 276
 Matejko 59, 61
 Matthias Corvinus 227
 — von Janow 193
 — von Plock 50
 Materialistische Ge-
 schichtsauffassung 140
 Mayr 254, 258
 Mazepa, ukr. Schriftst.
 189
 Mazeppa, Hetman 171
 Mazowiecki, Pseudonym
 für Kulczycki 87
 Mehnert 189
 Mehring 64, 65, 69, 239
 Meir Jaari 158
 Meisel 158
 Meisl 158
 Melanchthon 275
 Memelland 277
 Mémoire III der Tsche-
 chen 1919 52, 209
 Mendelson 82, 87
 Menschewiki 177
 Merhout 229
 Mermelx 11, 113
 Messe in Königsberg 280
 Methodius 172, 191, 229
 Metschir 304
 Metternich 72
 Meyer 274
 Mickiewicz s. Kolas
 Mickiewicz 33, 59, 72,
 73, 89, 97, 159, 308
 Mieroslawski 76
 Miesko 60
 Militarisation d. Wirt-
 schaft i. Polen 132, 313
 Militär in Frankreich u.
 abhäng. Staaten 297
 Militär, poln. 122, 125, 297
 Militärbündnis, russisch-
 franz. 1891 79
 —, franz.-belg.-tschech.
 rumän.-poln.-jugosl.
 1919—1931 296
 Militärkolonisation, pol-
 nische 163, 181, 182,
 233; — tschechische
 228, 231
 Militsch v. Kremsier 193
 Milkowski 107
 Milwicz 158
 Minderheitenfragen 14,
 52, 117, 211, 216, 220,
 221, 230, 249, 256, 263,
 265 ff.; — in der deut-
 schen Verfassung 266;
 — Schutzverträge 11,
 134, 222, 265; — Ver-
 tretung in Polen 121;
 — Völkerbundstätigkeit
 271; — Ziffern 222
 Minzin 158
 Mirtschuk 189
 Missnagdim 140
 Modratschek 26
 Moldau, Fürstentum 61
 Mongolen 60, 63, 168
 Moraczewski 113
 Mornik 53, 55, 57, 161
 Muckermann 308, 309
 v. Mühlenfels 280
 Müller, deutsch. Volks-
 kundler 274
 Müller, SD, jetzt Kom-
 munist 314
 Murawski 258
 Mussolini 123, 310
 Muttersprache als sta-
 tistisches Merkmal 48
 Nachman 141
 Nadolny 28, 33
 Naegle 198
 Najda 133, 135, 158, 189
 Napoleon I. 69, 78, 136
 Naprzód 21
 Narkiewicz-Jodko 76, 87
 Narodnaja Wolja 82, 84
 Nation, Begriff 17, 203
 — und Sprache 41, 201,
 250
 Nationaldemokraten
 (ND) polnische 27, 107,
 120, 121, 141, 143; —
 tschechische 216;
 — ukrainische 174, 187
 Nationalsozialisten in d.
 TschSR 216
 Nationale Politik 16, 18,
 201; — Einheitsstaaten
 16, 89; — Revolution
 1918 25
 Nationaler Arbeiterver-
 band (Limanowski) 84
 — Mißbrauch d. Agra-
 reform 116, 215
 — Feiertag (Polen) 67
 — Rat der Tschechen
 in Paris 207; — in
 Prag 208
 Nationalitäten in der RP
 53, 134
 — -Staaten 11, 14, 15, 20
 — -Statistik 46, 47 ff.
 — Programm der Kom-
 mintern 25, 167, 188,
 242, 313; — des
 Brüner Parteitag
 s. Brüner Parteitag;
 — der Wiener
 Arbeiter 1868 237
 Naudeau 258
 Naumann 268
 Netschas 236
 Netzedistrikt 66, 252
 Neumann 258
 Nichtangriffspakt, russ.-
 poln. 310
 Niederle 11, 15, 41, 46
 Niedzialkowski 136
 Niepodlegloscowcy 84
 Niepodałowski 34, 63,
 72
 Nikolaus III., Papst 192
 NKN, Oberstes Volks-
 Komitee, Krakau 107
 Nordau 149
 Nordslawen 42
 Nordrichtung d. pol-
 nisch. Verkehrslinien
 263, 279, 295
 Oberascher 264
 Oberländer 158
 Oberschall 57, 218, 230
 Oberschlesien, O.-S., 61,
 117, 118, 124, 130, 142,
 264, 267, 269, 271, 287 ff.
 O.-S.-Abkommen 134, 268
 Oberstregime in Po-
 len 120
 v. Oertzen 166, 267, 274
 Oesterr.-Schlesien 190
 Olberg 246
 Okoniewski 264
 v. Opendorski 274
 Opitz 276
 Oppositionsparteien in
 Polen 121
 Orbisverlag 221
 Orden s. Deutsch. Orden
 Organisches Statut in
 Polen 1832 72
 Orłowicz 136
 Orthodoxe, jüdische 139,
 146, 152; — russische
 128, 169, 218
 v. Ossietzky 315
 Ossowski 84
 Ostdeutsche Landwirt-
 schaft 259 ff.
 Osterling 258
 Osthilfe 280
 Ostjuden s. Juden
 Ostmarkenpolitik, deut-
 sche 12, 92 ff., 259
 Ostmarkenverein, deut-
 scher 93, 100, 187,
 250
 Ostmarkenzulage 100
 Ostpreußen 65, 66, 249,
 252, 254, 256, 258,
 275 ff.; — -Hilfe 280;
 — Bevölkerungszahl 277
 Ostwestrichtung des
 deutschen Verkehrs
 263, 295
 Otschaschek 205
 Ottokar II. Prschemysl
 192
 Pachtssystem, poln. 115
 Paderewski 109, 112, 283
 Palacky 34, 59, 194, 196,
 197, 202, 203, 229
 Palästina 145, 153, 154,
 Paneiko 19, 178 [158]
 Pangermanismus 27 ff.,
 Panin 66 [102]
 Panislawismus 155
 Panlawismus 33 ff., 86,
 227
 Papst Clemens XIII. 127
 — Gregor X. 192
 — Nikolaus III. 192
 — Pius XI. 127
 Parteien i. d. TschSR 216
 Parzellierungsbank,
 polnische 94
 Páta 274
 Pawlo 236
 Pazifizierung Galiz. 183
 Peies 142, 152
 Pernerstorfer 239
 Peter d. Gr. 33
 Peter III. 66
 Peters, Afrikaforscher
 29, 98
 Peters, deutsch-böhm.
 Publizist 230
 Petljura 147
 Petroleumgebiete 23,
 114, 117, 136
 Petrycki 113
 Philipp 242, 246
 Philippson 159
 Pietrosinski 84
 Pilsudski, Jan 122
 — Józef 59, 69, 77, 86,
 87, 106, 107, 109,
 110, 113, 119, 121,
 123, 125, 126, 132,
 142, 152, 160, 161,
 183, 186, 187, 267,
 290, 304, 311, 313
 Pík 301
 Pius XI. 127
 Poale Zion 145, 153
 Podkarpatska Rus 156,
 168, 177, 188, 190, 208,
 211, 219, 222, 230 ff.
 Podolskij 175
 Pogrom 142; — unter
 Alexander III. 143; —
 von Kischinew 1903
 144; — von Lemberg
 1918 147 f.; — in der
 Ukraine 1918 147; —
 von Umam 1768 140;
 — 1931 156
 Pohl 274
 Polen in Deutschland
 266; — in Danzig 283;
 — i. d. TschSR 11
 Polenbund in Deutsch-
 land 93, 268
 Polenaufstände s. Aufst.
 Polizei in Polen 122,
 127, 131
 Pollatschek 205, 212
 Polnische Agitation in
 Deutschland 267
 Polnische Bank 78
 Polnische Legionäre s.
 Legion
 Polnische Literatur und
 Judenfrage 142
 Polnisches National-Ko-
 mitee 107, 109, 110
 Polonisierung 23, 118,
 125, 163, 164, 169, 179
 Pomerellen 62, 63, 66,
 Popowici 227, 230 [87 ff.]
 Posen, Verkehrslage 39
 Postschikanen 98
 Potocky, poln. Adl. 67
 —, poln.-habsburg.
 Statthalter 174
 PPS (polska partya so-
 cjalistyczna) 21, 84,
 85, 108, 119, 120, 121,
 123, 127, 132, 143, 236,
 292, 293, 304
 Pradt 71
 Prag 61, 192, 194, 198
 Prager Fenstersturz 198
 Prager Kompaktate 197
 Pragier 123
 „Preußen auf Kündi-
 gung“ 91
 Privilegienstatut für die
 Juden in Polen 133
 Prokop 197
 Proeller 258

- Proletariat in Polen
81ff., 121; — in öst.
Galizien 106; — und
Polenfrage 21
Proletariat 82, 83
Prosvita 173, 181
Protestanten (Polen) 128
Prschemysliden 192
Pruzen 275
Putzger 15
Quäker 198
Rabbi Nachman 141
— Spira 222
Raciborski 113
Rádl 218, 221
Radziwill 120
Räteherrschaft, ung. 25
Rákóczy 226
Rakowsky 179
Ramult 258
Raschin 213, 218
Rasumowsky 171
Rathenau, F. 267, 274
Ratti s. Pius XI.
Rauschberg 221
Rauschnig 252, 258, 274
Rayon, jüd. im Zaren-
reich 142, 146, 149
Recke 81, 166
Reformation 198, 275
Reichenberger Regie-
rung 1919 208
Reimann 242, 246
Renn 235
Renner 239
Rentengutsiedlung 92,
93
Republikenschutzgesetz,
tschechisches 241
Resack 274
Revolution 1848 203 ff.,
272; — 1917 160, 177;
— 1918 177
Reymont 129
Rezawa 159, 172, 175, 294
Richard II., England 193
Rieker 34, 59
Ringmann 261, 264
Ritterorden s. Deut. O.
Ritualmordaberglaube
206
Rjasanoff 72, 76, 78
Riepin 169
Römisches Reich deut-
scher Nation 192, 198
Roepell 65, 71
Rohrbach 33
Rohstoffverteilung in
Polen 55
Le Rond 287, 288
Rosinski 258
Roth 113, 136
Rousov 175
Rousseau 71
Rudnicki 281
Rudnicky 175
Rudolf, deutsch. Kom-
munist 302
Rudolf I. 192; — II. 199
Rumänien 117, 155, 167,
168, 179, 188, 222, 296,
299, 306
Ruml 221, 231
Ruppini 136, 158
Russifizierung Galiziens
1915 108; — Kongreß-
polens 77, 88, 143; —
der Ukraine 171
Ruthenen s. Ukrainer
Ruwido 136
Rybinski 88
Rychnowski 212
Sabinus 275
Sahn 283
Santoro 136
Sapieha 161
Saporoger Kosaken 169,
171
Sato 186
Saudek 8
Seifter 136
Selbstimmung der Na-
tionen 25, 208, 265
Selrob 183, 188
Sembratowicz 175
Semlja i Wolja 82
Sephardim 145
Sering 264, 278
Shepard 136
Siedlung, deut. im Osten
Sieger 17 [278
Sienkiewicz 101, 103,
Sieroszewski 113 [159
Sigismund, deut. Kaiser
197; — I. von Polen
65, 138; — III., Wasa
64, 138
Sinowjew 246
Skala 42, 46, 51
Składkowski 185
Skoropadsky 177, 178
Slawen, Einteilung 41
—, Zahl der 41, 42
Slawenkongreß 1848 34,
35, 203; — 1908 36
Slawisches Erbrecht
115, 181
Slawisierung Oester-
reichs 223
Slawistik an deutschen
Universitäten 6 ff.
Slawski 286
Slowacki 59, 72, 74, 159
Slowakei 190, 195, 201,
207, 211, 218, 226 ff.,
230
Slowaken 9, 41, 208, 217,
222 ff.
Slowakische Sprache
220, 226
Slowenen 9, 41
Skirmunt 109
Simogorzewski 50, 57,
109, 136, 149, 161, 166,
187, 256, 259, 262, 265,
275, 284, 310
Sobieski 17, 65
Sokol 204, 219, 240
Sokolnicki 70
Sombart 30
Sortag 294
Sontar 33
Sorben s. Lausitzer S.
Soukup 312, 315
Sowjet-Minderheiten-
recht 46, 56, 146, 313
— -Slawen 42
— -Union 280, 285, 295,
302, 306, 310
Sozialdemokratie (SD)
312; — deutsche 240;
— deutsche in der
TschSR 23; — gali-
zische 106; — KPL
(im König. Polen und
Litauen) 85, 108; —
österreichische 21, 84,
238; — polnische s.
PPS; — russische 145;
— tschechische 216,
236, 240, 241, 245, 301,
311; — ukrainische
173, 177, 183, 187
Sozialpatrioten 66, 107
Sozialversicherung in
Polen 131; — in der
TschSR 241, 242
Spett 15
Spina 222, 225, 230, 232
Sprache und Nation s.
Nation
Sprachgebiete 11, 252
Sprachenkampf i. Preu-
ßen 88, 91, 97, 99
Sprachgesetz in Sach-
sen üb. sorb. Sprache
272; — in der Pod-
karpatska Rus 231; —
i. d. TschSR 220, 222
Srba 301, 311
Srokowski 279
202, 208, 247
Sudetendeutsche 51, 52,
Suk 236
Südslawen 42
Szent-Ivány 230, 236
Szulski 175
Schafarschik 102
Schäfer 264
Schatten 274
Scheerbart 276, 282
Scheidemann 31
Scheiner 205, 208
Scheltz 274
Schewtschenko 59, 172
— -Gesellschaft 173
Schinkel 90, 103
Schischmanow 175
Schkodakonzern 299
Schlacht am Weißen
Berge 1620 199, 215
Schlachten 19, 88, 105, 138
Schlachziz 19
Schlesien 60, 200, 262
Schmalzer 274
Schmaler 207, 239, 241
Schmidt, Slawist 6, 9
Schmidt, Wendenfor-
scher 274
Schneider-Creuzot 296,
Scholze 274 [299, 301
Schopenhauer 282
Schtelanik 58 207, 229
Schtür 226, 229
Schuchewycz 175
Schüllergeläuf 140
Schulpolitik, deutsche
91, 93, 267, 268; —
polnische 121, 125,
164, 180, 267; — ru-
mänische 167; —
tschechische 51, 211,
220, 233; — ukrai-
nische 180
Schumski 188
Schvehla 304
Schwalm 258
Schwarzkopf 147
Schwed.-poln. Krieg 65
Schwerindustrie poln. 80
Staatsgebiet Polens 68
Staatsnation 52
Staatsprache als Unter-
drückungsinstrument
19, 24, 53
—, tschechisch als 22
Staatsstreich in Polen
1926 119, 121
Staatsvolk 17
— und Minderheit 20 ff.
Stabilisierung der Wä-
hrung in Polen 132
Stablewski 93
Städteentwicklung in
Polen 62
Stähler 294
Stahlhelm 32
Stalin 17, 19, 309
Stambulski 304
Stanjek 207
Staniewicz 136
Stanislaus, August 140
Stanoyevich 61, 65, 210
Stegman 87, 246
Stein, SD 174, 175
Stein, deut. Journ. 236,
Steinert 254, 286 [264
Stephan 294
Stern 307
Steuerpolitik, zarist in
Polen 80
Stickstoffwerke 117
Strschibryny 217
Stolajewski 105
Stolypin 141
Storm 264
Strauß 175, 205, 214,
218, 240, 246
Stresemann 32
Stromeyer 267, 274
Stürgh 239
Taboriten 196, 197
Tallis 142
Talmud 138, 140, 152
Tardieuplan 306
Tarikampf, deut.-poln.
262
Tataren 60, 137, 168, 275
Tatra 60, 137, 168, 275
Taylor 302
Tefillin 142
Teilung Oberschlesiens
1922 288; — Polens
1772 12, 65; — 1793
67; — 1795 69; —
1815 70; — d. Ukraine
1667 170; — 1681 170;
— 1923 179
Terror 123, 124, 133,
136, 162, 163, 164,
183 ff., 235, 244, 313
Teschener Frage 211
Tetzner 100, 101, 103
Textilindustrie in Polen
78, 80, 114, 131
Thar 274
Thorner Blutgericht
1724 64
Thugutt 165, 185, 258
Thun, Graf 35
Tiedemann 93
Tiltman 136, 189
Tobolka 246
Tomaschek 239, 246
Tramperlaß (Kubat) 229
Tramper 259, 260, 264,
Trautmann 6, 9 [286
Trojahn 282
Truhart 271, 274
Tscharot 160
Tschech 240
Tschechenkrone 213
Tschech. Kommun. Par-
tei 241, 242, 246
Tschech. Legion 58, 208,
211, 217, 228

- Tschsch. Separatismus
 i. d. österr. Gewerkschaften 238
 Tschschisierung 209, 216, 220, 223 ff., 230, 233, 247
 Tschechoslowakei als Entente-Kriegsziel 208
 Tschechoslowak. Kirche Tscherny 273 [218
 Tschutschmann 184, 189
 Tuka 229
 Türken 63, 65, 170, 198, Tusar SD 238 [226
 Tyrsch 204, 219
Ueberparteilicher Block in Polen 120
 Uebervölkerung in Galizien 115
 Ukrainer 11, 40, 41, 53, 117, 134, 139, 147, 167 ff., 190, 208, 218, 308; — in der Revolution 1905 174; — in der TschSR 230 f.; —, Verlust der Selbstständigkeit 171; —, Zahl der 167, 210
 Ukrainische Autonomie 179, 180
 Ukrainische Parteien in Polen 187
 Ukrainische Sowjetrepublik 11, 167, 168, 176, 179, 188; — Volksrepublik 177
 Ukrainischer Presse-dienst 187
 UNDO 187
 Ungarn, Friede v. Trianon 9; — Magyarisierung 223; — Name 7; — und Polen 168; — Räteherrschaft 25, 211, 228; — und Slowaken 227, 228, 230; — in der TschSR 11, 210, 230 f.; — Beziehung zur TschSR 39, 190, 207, 228
 Universitäten, erste in Mitteleuropa 61
 Urban 229
 Ussischkin 155
 UWO 187
 Valnitski 189
 Vanderveelde 136
 Vanjek 238
 Varga 309
 Vatikan 127, 169, 194, Velitchko 175 [219, 229
 Verein für Unterrichtshilfe Paris 1832 89
 Verein zur Unterst. der lern. Jugend Posen 1841 89
 Verfassung Polens 1791 56, 67, 72, 79; — 1921 112, 119
 Verkehrsfragen 19, 39, 78, 105, 117, 278, 280, 300
 Vertrag von Andrusow 1667 170; — von Hadjacz 1658 170; — von Krakau 1924 212; — von Perejaslawl 1654 170; — von Pittsburg 1918 208, 211; — von Scranton 1918 208, 211, 231; — von Sévres 1920 179; — von Versailles 1919 32, 282, 287, 292
 Verschuldung s. Bodenverschuldung
 Vesely 205
 Vierst 274
 de Viski 230
 Völkerbund 311; — in der Danziger Frage 256, 285; — in der litauisch-poln. Frage 161, 162; — und Minderheiten 271; — u. ukrainische Frage 186
 Vogl 201
 Voigt 57
 Volkisten 153
 Volksbüchereigesetz in der TschSR 220
 Volkszählung s. Bevölkerungsbewegung
 Volz 258
 Voßberg 136
 Vrchlicky 59
 Wacelrod 61
 Währungstrennung der TschSR von Oesterreich 213
 Wagner, deut. Publ. 286
 Wagner, deut. Hist. 103
 Wahlalter in Polen 119
 Wahlkönigtum Polen 69
 Wahlterror 124
 Waldes, Peter 193, 198
 Wanderungen 223, 250, 277
 Warschau, Stadt 61
 —, Herzogtum 68, 70
 Warynski 82, 83, 84
 Wasilewski 19, 54, 87
 Wasserpöhlen 49
 Wassilief 207
 Wonsowicz 15, 255
 Weber 294
 Wedel 136
 Wehrausgaben 298
 Weichselgrenze, deut.-polnische 249
 Weigner 219
 Weinfeld 166
 Weinhold 294
 Weinstein 158
 Weiskopf 246
 Weiß 240, 246
 Weißer Adler 62, 70
 Weißrussen 11, 40, 53, 59, 117, 134, 158 ff.
 — Zahl der 161
 Weißrülland, Gebiet 160
 Weltkrieg 106, 276
 Wendel 205
 Wenden s. Laus. Sorben
 Wenzel, d. Heilige 59, 145
 Wenzel, Prschemysl 192
 Wenzel, Sohn Karls IV. 194, 197
 Werfel 169, 198
 Westerplatte 283, 300
 Westmarkenverein, polnischer 12, 103
 Westpreußen 62, 249, 252, 278
 Westslawisches Institut in Posen 129
 Westukraine 167, 175 ff.
 Weygand 179
 Wichtl 205, 212
 Wielopolski 76, 143
 Wiener Kongreß 1815 20, 34, 36, 70, 78, 88
 Wilhelm II. 30, 249
 Wilnafrage 40, 159, 161 f.
 Wilson 32, 59, 110, 254
 Windischgrätz 35, 203
 Winjarski 79, 81
 Winkler 274
 Wirsing 218, 299, 301, 302, 303, 304
 Wirtschaftsgeographie von Polen 55
 Wirtschaftskrise in Polen 132, 156, 302 ff.; — TschSR 217, 242, 302 ff.
 Wissenschaft, poln. 128
 Witos 124, 304
 Wladislaw 192
 Wojewodschaften 12, 54
 Wojtowicz 115, 132
 Woker 302
 Wolff 129
 Wolfstirn 200
 Wolker 246
 Wolhynski 297, 302
 Worgitzki 280
 Woytinski 315
 Wrubleski 76
 Wunderrabbi 141
 Wybicki 69
 Wychowskyj 170
 Wycliffe 193, 196, 198
 Wynnitschenko 177
 Wyspianski 74, 76
 Wyzwolenie 127, 132
 Yuhasz 236
Z gleich S
 Zagorski 123
 Zahajkewytsch 186
 Zaleski 161, 256, 259, 296 [296
 Zaliwski 77
 Zaloziecki 189
 Zamoyski 67
 Zaremba 185
 Zieliński 129
 Zieliński 116, 136
 Zlotyährung 119, 132
 Zukowski 166
Z gleich Z
 Zaddikim 140, 141
 Zensurbehörde, zarist. i. d. Ukraine 171
 Zetterbaum 181, 189
 Zimmerwald 1916 22
 Zionisten 51, 145, 153, 154, 155, 219, 222, 233
 Zipser Deutsche 222
 v. Zitzewitz-Kottow 260, 264
 Zöckler 272
 Zolkrieg, deutsch-poln. 118, 247, 256, 269 ff., 277; — tschech.-ung. [234
 Zollsätze 303
 Zollunion, dtisch-österr. 305; — russ.-polnische
 Zriny 227 [1851 78
 Zwischeneuropa 191
 Zweig 136
 Zycha 196
 Zzczepanski 266, 274
Z und Z
 Zelenski (Boy) 129, 135
 Zeligowski 161, 162
 Zeromski 129, 185
 Ziska 197



Ukraine

ung

ukiewerstaat

fall
annt

ytsch vom Papst zum K

Fürstentümer

flüsse durch deutsche e

chen Ungarn und Polen
Halytsch - Wolhynien
ert
ischer Einfluß in steige
ur

on: Organisierte Pole

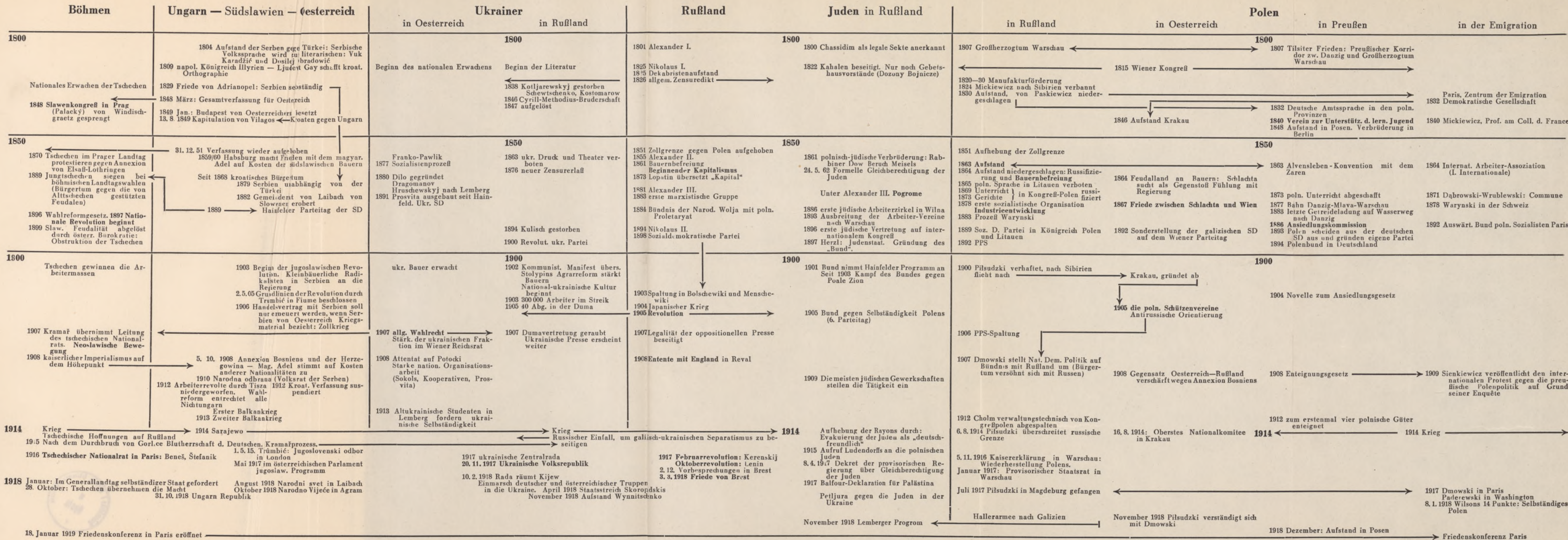
lles Kosakenzentrum
(Kirche)
enaufstand
e Repressalien
Chmelnickij
erejaslawl: Personal-
d: Ukrain. Autonomie
der Ukraine zwischen
len (Dnjepr-Grenze).
a Hetman's zu Hilfe ge
and der Ukraine zw
and und Türkei

rieg — Mazeppa
arls XII. bei Poltawa
russischen Kampfes
che Selbstverwaltung
rbehörde

zwingt letzten Hetman

tsch durch Ueberfal

ische Russifizierung
r russischen Leibeigen
: Beginn der ukrain



ANTYKWARIAT

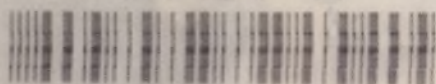


60.-

E * 090260

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

3734 S



001-003734-00-0

HODANN

DER
SLAWISCHE
GÜRTEL

UNIVERSITAS
BERLIN